

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Der Obdachlose und Wohnungsuchende

Dragoni, Alfons

Innsbruck, 2014

Der Obdachlose und Wohnungsuchende 1924

Der Obdachlose

Schriftleitung und Verwaltung:
Innsbruck, Rathaus (hof. links)
// Interate nach Tarif //

und Wohnungsuchende

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 2

Innsbruck, 15. Jänner 1924

Erscheint monatlich

Genug des Jammers.

In rücksichtsloser Anwendung der trockenen Buchstaben des Gesetzes und ohne sich mit dem Wohnungsamt ins Einvernehmen zu setzen, werden vom Gerichte

täglich Delogierungen

angeordnet und auch durchgeführt. Selbst alten Exekutoren treten die Tränen in die Augen, wenn sie in Erfüllung ihrer Pflicht die Leute aus den Wohnungen treiben müssen, obwohl sie wissen, daß diese Familien keine andere Unterkunft haben.

Über 200 Delogierungen wurden in den letzten Monaten durchgeführt.

Das Wohnungsamt ist natürlich nicht in der Lage, Ersatzwohnungen oder auch nur Kommuterkünfte zu schaffen, es wird ihm sogar verwehrt, zugunsten der Delogierten zu intervenieren, weil das Gericht oft jede Verfügung des Wohnungsamtes unterläßt.

Schrecklich sind die Szenen

bei solchen Delogierungen. In vielen Fällen muß auch noch die Polizei als Hüterin der „Ordnung“ intervenieren. Gutherzige Bekannte nehmen einzelne Familienmitglieder zu sich, können sie aber natürlich nur kurze Zeit behalten. Viele sind gezwungen, in Gasthöfen oder Hotels zu übernachten und ihren ganzen Verdienst dafür zu opfern, daß sie wenigstens abends nicht in Kälte und Schnee auf der Straße liegen. Die Möbel wandern in einen Raum, wo sie mangels richtiger Obhut und Konservierung zugrunde gehen, da die Aufbewahrung gegen Entgelt zu teuer ist und die Gemeinde schon nicht mehr in der Lage ist, Räume hierfür zur Verfügung zu stellen. Zwei Magazine sind bereits mit Möbeln von Delogierten vollgepackt.

Es würde den Rahmen unseres Blattes weit überschreiten, wenn wir alle durch Delogierungen verursachten Elendsbilder einzeln verzeichnen. Es sind das himmelstreichende Sünden, die an unseren Mitmenschen begangen werden. Die Tageszeitungen verhalten sich dazu ganz passiv, sie sind stumm.

Die Deffentlichkeit ist grausam

und verhält sich in den Mantel eifigen Schweigens. Was nichts einbringt, und keine Dividenden oder fetten Gewinne abwirft, ist nicht der Mühe wert, mitzuteilen. Rufensationslüstern, geile Dirnen geschichten, blutrünstige Nordprozesse, nervenkitzelnde Perverstitäten werden dem Publikum im Schlafjimmerruß serviert. Inimste Familiengeheimnisse werden ausgeplaudert und oft ganz gemeine Verbrecher und Abenteurer mit Rose zu Helben gestempelt, aber über die wirklichen Opfer unserer Zeit verliert man kein Wort. Warum auch? Ob einige Menschen mehr oder weniger zugrundegehen, ist Euch doch ganz gleich. Wir leben ja im Zeitalter der Humanität und Wohlthätigkeit. O, Ihr Heuchler! Laßt Euch nur einmal die Larve von Euren Anstich reißen! Wenn Ihr auf den Ehrennamen „Mensch“ Anspruch erhebt und ein Herz im Leibe habt, dann gesteht es ein: Unsere heutigen Jammerzustände verdienen die harte Bezeichnung

„Periode der Bestialität“

weit eher als alle humanitätsduffeligen Phrasen.

Aus der langen Reihe der bereits in der letzten Zeit vollzogenen und der teilweise unmittelbar bevorstehenden Delogierungen wollen wir hier nur

einige Fälle

herausgreifen, und zwar den einer armen Näherin und den eines Beamten:

Eine Weibhärerin mit zwei Kindern, die sich mühselig mit ihrer Hände Arbeit gewiß nicht leicht durchs Leben bringt, wurde wegen Eigenbedarf der Hauptpartei gelündigt und trotz aller Bitten und vielen Interventionen obdachlos. Sie wohnt jetzt auf einem unbeheizbaren offenen Dachboden. Dabei ist zu berücksichtigen daß die Frau, die schon hoch an Jahren ist, kränklich ist.

Einem Privatbeamten steht die Delogierung unmittelbar bevor. Der Mann muß Frau und Kind zu Verwandten nach Wien schicken, dort für ihren Unterhalt sorgen und hier selbst im Gasthaus leben — bei einem Gehalt von 1.600.000 K monatlich. Er muß sich im Büro eine Siegerstrat herrichten und seine Möbel gegen Bezahlung in Obhut geben. Und dies ist bei weitem nicht der ärgste Jammer.

Her mit dem eisernen Besen.

Ein Meister im Verdrehen. — Um die Ehre der Beamten.

Häuserbauern ist eine lohnende Kapitalanlage.

Elendsbilder. — Obdachlosenfürsorge und Caritas.

Und wieder das Innsbrucker Wohnungsamt.

Der Verkauf des Hotel „Sonne“ in Innsbruck.

Da drängt sich wohl der Ruf auf: Schluß mit den Delogierungen! Das Gesetz kann einfach nicht vom Gerichte angewendet werden, weil es langsam

Wort oder Selbstwort

für die armen Betroffenen bedeutet. Eine höhere Gewalt, das Gewissen, kann es nicht zulassen, Menschen ärger wie Hunde zu behandeln, sie in Eis und Schnee hinauszuweisen.

Das Wohnungsamt muß zumindest vom Gerichte verlangen, vor Delogierungen immer gehört zu werden, damit es dieselben zu verhindern trachtet, wenn absolut keine Unterkunft zu erhoffen ist.

Unsere Forderungen.

II.

Diese haben wir in drei Gruppen eingeteilt:

1. Rationellere Ausnützung der vorhandenen Wohnungen.

2. Erstellung von Neubauten und

3. Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und Reorganisation der Wohnungsämter.

1. So lange nicht genügend Wohnungen vorhanden sind, Laufende unserer Mitbürger obdachlos sind oder zusammengepfercht wie die Heringe oft 10 und mehr Personen in einem Raume hausen müssen und die Kinder gesundheitslich und moralisch zugrunde gerichtet werden, ist es nur ein Gebot der Gerechtigkeit, daß bei Vermeidung aller Härten und Schikanen die vorhandenen Wohnräume besser und rationeller als bisher verwendet und gleichmäßiger verteilt werden. Es ist ein schweres Unrecht an der Gesamtheit, daß ein Großteil von Leuten in Wohnungen sitzt und sich darin breit macht, weil die Mietzinse für große Wohnungen meistens in keinem Verhältnis zu den Preisen anderer Artikel stehen. Deshalb fordern wir:

a) Die im Wohnungsanforderungsgesetz § 10 festgelegte Wohnungslokompetenz möge dahin geändert werden, daß jeder Familie nur soviel Wohnräume zustehen, als die Familie Personen über 10 Jahre umfasst.

Nach dem jetzigen Gesetze hat jede Familie Anspruch auf so viel Räume als Personen über zehn Jahre vorhanden sind mehr einen Raum. Dieser eine Raum bedeutet, wenn er weggenommen und vermietet wird, in meisten Fällen sicher nicht die moralische und seelische Vernichtung der jetzigen Wohnungsinhaber, aber für den Wohnungsmarkt Innsbrucks eine Vermehrung von zirka 800 bis 1000 Zimmern. Mit dieen könnte ganz bedeutende Hilfe gegen die Wohnungsnot gebracht werden. Viele Existenzen wären vor dem Untergang zu retten und auf der anderen Seite wäre nur ein geringer Abbruch in der Bequemlichkeit zu verzeichnen.

b) Laut § 10, Punkt 3, gebührt je zwei Kindern unter zehn Jahren ein Zimmer, für ein drittes Kind werden bereits zwei Zimmer berechnet. Die Auswirkung dieser Handhabung der Anforderungsgesetze ergibt nun beispielsweise folgenden sehr häufigen Fall:

Ein Ehepaar mit einem zwölfjährigen Knaben und drei Kindern unter zehn Jahren hat Anspruch auf eine 6-Zimmerwohnung. Bewohnt also eine solche Familie seit Kriegsende eine solche Wohnung, so kann bei ihr niemand ein Zimmer anfordern. Dieses luxuriöse Wohnen ist natürlich nur bedingt, weil die Wohnungen nichts kosten. Auch wir wollen, daß die Menschen nicht zusammengepfercht hausen sollen, aber Luxus soll sich nur der leisten, der es bezahlen kann sind einmal Nachfrage und Angebot am Wohnungsmarkte wieder in Ordnung, dann mögen es sich die Leute, die sich leisten können, Salons

halten, so viel sie wollen. Wir fordern daher die Reduzierung der Kinderzimmer.

c) Der Wohnungsausschuß, der die Wohnungen zu vergeben hat, möge durch einen Vertreter der Obdachlosen und Wohnungsuchenden erweitert werden.

Diese von uns seit Jahr und Tag unansgesetzt wiederholte Forderung ist auch in dem Wohnungsanforderungsgesetz begründet. Sie ist aber auch ein Gebot der Gerechtigkeit und der sogenannten Demokratie und des umso mehr, je größer die Anzahl der Obdachlosen und Wohnungsuchenden ist. Es gibt in Oesterreich keine Interessengemeinschaft, die so vollständig von dem Abstimmungsrecht über ihr eigenes Schicksal ausgeschlossen ist, wie die Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck.

d) In Gemeinden, in welchen die Wohnungsnot einen beträchtlichen Umfang angenommen hat, daß bei Beibehaltung der jetzigen Wohnungszwangsgesetze, beziehungsweise der jetzigen Wohnungspolitik eine Befriedigung der Wohnungsbewerber vollständig aus dem Bereiche der Möglichkeit gerückt ist, haben diese Gemeinden von selbst bei der Bundesregierung Schritte zu unternehmen, um diesem unhaltbaren System ein Ende zu bereiten.

Zu dieser Forderung haben wir uns entschließen müssen, da von Seiten der Gemeinde für die Abschaffung der jetzigen Wohnungspolitik keine energischen Schritte unternommen worden sind, und es bis jetzt nur Aufgabe der Hausbesitzerorganisation und der Vereinigung der Wohnungslosen war irgend etwas Positives bei der Regierung zu unternehmen. Wir haben im vorigen Jahr eine diesbezügliche Eingabe an den Innsbrucker Gemeinderat gerichtet und den Bescheid erhalten, wir mögen uns mit dieser Forderung direkt an die Bundesregierung wenden.

e) Säuberung der Wohnungsämter von allen unfreundlichen Beamten.

Diese Forderung wäre eigentlich eine glatte Selbstverständlichkeit. Wir sehen jedoch vollständig ein, daß die Beamten der Wohnungsämter, die alljährlich die unglaublichen, gerechten und ungerathenen Klagen, Anwürfe und Verweisungsandränge der Wohnungslosen zu hören bekommen, mit der Zeit gegen das große soziale Elend gleichgültig abgestumpft werden und es dann rein menschlich erscheint, wenn hier und da eine und der andere Beamte, den im Wohnungsamte Vorpreschenden des Öftern nicht mit der genügenden Artigkeit entgegenkommt. Es ist daher Sache der Gemeinden, rechtzeitig Abhilfe zu schaffen und überarbeitete Beamten abzulösen, bezw. auszutauschen.

f) Vereinfachtes Anforderungs- und Zuweisungsverfahren.

Die Praxis in der Auslegung des Wohnungsanforderungsgesetzes hat ergeben, daß Wohnungsanforderungen oft ein Jahr und noch länger im Wege der Mietkommission und der höheren Instanzen vor sich gehen und daß die Wohnung erst nach endgültiger oft monatelanger Urteilsfällung der Wohnungsbewirtschaftung zugeführt wird. Es vergeht meist lange Zeit, bis eine angeforderte und bestätigte Wohnung einer wohnungsuchenden Partei zugewiesen wird. Die Wohnungsuchenden sehen in der Zwischenzeit nur die leerstehende Wohnung, lassen ihren ganzen Unmut in ungerechter Weise gegen das Wohnungsamt aus und doch sind in solchem Falle nicht das Wohnungsamt oder der Wohnungsausschuß, sondern das ungenaue und nicht genügend präzisierete Gesetz, das verschiedene Auslegungen zuläßt, daran Schuld.

g) Deffentlichkeit im gesamten Wohnungswesen.

Diese Forderung ist dann überflüssig, wenn die Organisation der Wohnungsuchenden mit Sitz und Stimme im Wohnungsamt vertreten ist.

b) Verteilung eines separaten Zählers für elektrisches Licht und Gas bei Untermietern.

Ein unausgeglichener Reibungspunkt zwischen Hauptpartei und Untermieter stellt die Forderung der Gas- und Elektrizitätsrechnungen dar, da in einer Wohnung nur ein Zähler vom Gas- und Elektrizitätswecke beigestellt wird, so sollen in allen Fällen, in denen diesbezügliche Streitigkeiten herrschen, für die Untermieter auf eigene Rechnung Zähler angebracht werden. Für das elektrische Licht müssen oft einige 100.000 K bezahlt werden und da die Untermieter an und für sich horrenden Preise für ihr Zimmer bezahlen müssen, so wäre es eine Ungerechtigkeit gegen den Untermieter, wenn sie, wie es häufig vorkommt, die Elektrizitäts- und Gasrechnungen voll begleichen müssen.

i) Kerkerstrafen und eventuelle Landesverweisung für Wohnungswucherer.

Es ist eine effektive Tatsache, daß möblierte Zimmer in Innsbruck heute durchschnittlich 200.000 bis 300.000 K monatlich kosten, aber auch Beträge bis zu einer halben Million und darüber hinaus nicht selten. Ist es schon an und für sich ein schweres Unrecht, daß heute dem Hausbesitzer ein verhältnismäßig geringer Zins, geschätzt durch die Mietengesetze, bezahlt wird, so muß doch endlich dem unausgesetzten Steigen der Zimmerpreise endlich ein radikales Ende bereitet werden! Die Bestrafung mit Kerkerhaft, mit Veröffentlichung des Namens und der Adresse in den Tageszeitungen auf Kosten des Verurteilten und die Bestrafung mit event. Abschaffung aus dem Lande, in dem sich der Wucherer die Ungleichheit gegen seine Mitmenschen zuschulden kommen ließ, würde heilsame Folgen bringen.

(Fortsetzung folgt.)

Und wieder das Wohnungsamt in Innsbruck.

Die Behandlung des Obdachlosenvereins durch das städtische Wohnungsamt haben wir in unserer letzten Nummer ausführlich besprochen. Es wurde dort der Grund angegeben, warum unser Verein mit dem Wohnungsamt nicht zufrieden ist, und auch erwähnt, in welcher selbstherrlicher Weise sich der Leiter des Amtes über Gemeinderatsbeschlüsse einfach hinwegsetzt.

Der Innsbrucker Gemeinderat hat in zwei Beschlüssen, u. zw. am 29. September 1922 und am 7. November 1922 für die Leitung unseres Vereines eine Sprechstunde beim Wohnungsamt, u. zw. jeden Dienstag von 8 bis 9 Uhr vormittags festgesetzt. Diese Gemeinderatsbeschlüsse hat der Leiter des Wohnungsamtes ohne zwingenden Anlaß selbständig außer Kraft gesetzt. Dagegen haben wir bereits Stellung genommen und erwartet, daß der Bürgermeister diese offene Bräuterei von Gemeinderatsbeschlüssen aus der Welt schaffen und die Angelegenheit irgendetwas bereinigen wird.

Bürgermeister Dr. Eder hat dem Vorstand unseres Vereines ausdrücklich erklärt, daß er unserer Organisation freundlich gegenüberstehe. Nun hätte er Gelegenheit gehabt, im Interesse des Gemeinderates und der Obdachlosen die bisher noch nie bekundete Sympathie zu beweisen. Trotzdem einige Wochen vergangen sind, hat es der Bürgermeister bisher nicht der Mühe wert gefunden, diese gewiß nicht nebensächliche Angelegenheit irgendetwas in Ordnung zu bringen. Es ist gewiß nicht schwer für den Bürgermeister, die Vertreter der Wohnungsuchenden und Obdachlosen mit einigen billigen Worten abzuweisen, aber damit ist den Obdachlosen nicht geholfen.

Wir verlangen die uns vom Gemeinderat eingeräumte Sprechstunde, um die in unserer Kanzlei einlaufenden Klagen, Bitten und Beschwerden formgerecht und nach Abstreifung aller überflüssigen Nebensächlichkeiten mit dem Wohnungsamt zu besprechen. Dadurch werden viele Mißstimmigkeiten und Redereien über Protektionswirtschaft und Ungerechtigkeiten beim Wohnungsamt in der Bevölkerung und besonders in den Reihen der Obdachlosen und Wohnungsuchenden aus der Welt geschafft.

Wir wissen genau, daß wir den Herren im Wohnungsamt keine angenehmen Personen sind, denn sie lauern nur, um uns irgendetwas eines ans Zeug zu fügen, eventuell sogar, um uns gerichtlich belangen zu können. Aber wir lassen uns von dem nun einmal vorgesteckten Ziele nicht abbringen. Wir werden trotz aller Herausforderungen den Boden der Sachlichkeit nicht verlassen. Wir führen keinen persönlichen Kampf, uns ist es in erster Linie um die Sache zu tun. Wenn sich aber eine Sache von einer Person nicht trennen läßt, dann muß diese Person einsehen, daß wir in unserer Verzweiflungsstimmung beim Kritikalität etwas schärfer werden können. Wir verlassen aber deshalb nicht den Boden des Erlaubten und Anständigen. Der Posten als Leiter des überflüssigen, rein nur statistischen Zwecken dienenden Wohnungsamtes ist gewiß kein leichter und derjenige, der ihn übernimmt, muß sich von vornherein klar sein, daß er auf einem so exponierten Posten gewiß oft unanständigen und auch ungerechten Angriffen ausgesetzt ist. Soweit muß er aber sein, daß er eine gerechte und berechtigte Kritik verträgt.

Das Wohnungsamt ist überflüssig, weil es nicht imstande ist, im Wohnungswesen einigermaßen Ordnung zu schaffen. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Amte haben gezeigt, daß es dem großen Elend ratlos gegenübersteht. Die ansteigende Zahl der Delinquenzen beweisen das vollständige Versagen der Wohnungszwangswirtschaft und das Fiasco der auf die-

sem unglücklichen System aufgebauten Wohnungsämter. Um unseren Mitgliedern dennoch Gelegenheit zu geben, in Wohnungsfragen mit kompetenten Persönlichkeiten sprechen zu können, sind wir diesbezüglich an alle Gemeinderäte des Wohnungsausschusses herangetreten. Ein Teil der Vertreter dieses Ausschusses hat sich bereit erklärt, der Leitung unseres Vereines im Interesse der Wohnungsuchenden Sprechstunden einzuräumen, für welche Zusage wir danken. Gleichzeitig hoffen wir, durch dieses Entgegenkommen erfolgreicher für die Wohnungsuchenden arbeiten zu können.

Wir haben uns anfangs Jänner an höherstehende Behörden gewendet, bei denen wir gegen die Behandlung der Obdachlosen-Organisation durch das Wohnungsamt und durch die Gemeindeverwaltung energisch protestiert haben.

Am 11. Jänner erhielten wir folgendes Schreiben: „An die Leitung des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck! Dem Wunsch des Herrn Bürgermeisters nachkommend, erkläre ich mich bereit, einem Vertreter Ihrer Organisation gemeinsam mit Herrn Stadtrat Jbl neuerlich eine Sprechstunde, und zwar am Dienstag von 8 bis 9 Uhr vormittags, einzuräumen. Ich betone jedoch neuerdings, daß ich hiezu durch keinen Gemeinderatsbeschuß verhalten bin und weise den mehrfach gegen mich erhobenen Vorwurf, bei Sisierung der Sprechstunde eine Eigenmächtigkeit begangen zu haben, entschieden zurück. Für das städt. Wohnungsamt: der Amtsleiter: Dr. Schuler.“

Wir bringen den Wohnungsuchenden folgendes zur Kenntnis: Am 27. Dezember hat sich Dr. Schuler bereit erklärt, dem „Wunsch“ des Herrn Bürgermeisters zu entsprechen. (Zeit wann gibt der Bürgermeister einem Untergebenen „Wünsche“ bekannt? Am 3. Jänner hat Dr. Schuler im gemeinderätlichen Wohnungsausschuß diese Erklärung wiederholt und erst am 11. Jänner erhielten wir obenstehende Zuschrift!)

Gelegentlich unserer Demonstration am 24. November haben wir dem Herrn Bürgermeister ein Schreiben überreicht, das er bis zum 5. Dezember zu beantworten versprochen hat, in dem wir auf die unhaltbaren Zustände hingewiesen haben. Nachdem aber sowohl der Bürgermeister als auch das Wohnungsamt mehrere Wochen verstreichen ließen, ohne überhaupt nur eine Antwort zu geben, wir also auf ein wohlwollendes Entgegenkommen von dieser Seite nicht mehr rechnen konnten, haben wir, um unser gutes Recht als Obdachlosenorganisation durchzusetzen, bereits andere Schritte eingeleitet.

Zu dem Schreiben des Wohnungsamtsleiters bemerken wir: Wir können uns nie und nimmer mit der Erfüllung eines „Wunsches“ des Bürgermeisters abfinden, sondern verlangen nach wie vor, daß der Verkehr zwischen Obdachlosen-Organisation und Wohnungsamt in Durchführung der betreffenden Gemeinderatsbeschlüsse auf eine sichere Grundlage gestellt wird. Wer gibt sonst der Leitung des Obdachlosenvereines die Gewähr, daß infolge einer schärferen, aber sachlichen Kritik es dem jeweiligen Leiter des Wohnungsamtes anheimgestellt ist, nach eigenem Ermessen jeweils den Verkehr wieder abzubrechen? Uns mutet es so zu, daß man beim Wohnungsamt die Sperrung der Sprechstunde für unsere Organisation als eine Bestrafung aufgefaßt hat und daß man sich dort in der Rolle eines Vorgesetzten gefallen will, von dem wir Wohlthaten empfangen sollen. Wir machen aber ausdrücklich darauf aufmerksam, daß wir auf unserem Rechte bestehen bleiben und als freigestellte Organisation von einem Amte, das ausschließlich für die Obdachlosen und Wohnungsuchenden ins Leben gerufen worden ist, keine Gnaden und Wohlthaten verlangen, sondern nur unser Recht.

Das Wohnungsamt ist geschaffen worden für die Wohnungsuchenden und nicht umgekehrt!

Wenn wir das Wohnungsamt nicht hätten.

Wir erhalten folgenden Notzettel, den wir fast wörtlich zum Abdruck bringen. Die ärgsten Stellen stehen wir fort:

„Diese weiße Einrichtung ohnegleichen!“ „Ungezählte Familien wären ohne geräumige Wohnungen“ — Obdachlose gibt es ja bekanntlich nicht — so und ähnlich hört man behaupten. Daß sich die Sache etwas anders verhält, darüber wissen jene Bedauernswerten Bescheid, die jemals in die „angenehme Lage“ versetzt wurden, die segensreiche Tätigkeit des Wohnungsamtes näher kennen lernen zu müssen.

Schon die Zusammensetzung dieser „Behörde“ verspricht genug: da findet sich eine Anzahl Leute zusammen, die das Wohnungselend nur als mühsige Zuschauer kennen und wohl kaum zu mildern trachten. Sie haben ja ihre Wohnungen und die Hauptsache bleibt das große Wort...

Der Obdachlose hat für die Sache ein schärferes Auge und sieht in zahllosen Fällen, daß es leerstehende Wohnungen gibt, die an Minderbedürftige vergeben werden und wenn sich dann die Herren Nachhaber über die Zuweisung einer Wohnung nicht recht einigen können, dann bleibt eben diese Wohnung einige Monate leer stehen, währenddem zahllose Obdachlose auf das Freiverden einer Wohnung warten.

Der Obdachlose wird stets auf die weiße Klasseneinteilung verwiesen und er ist heute überzeugt, daß ihm mindestens bei seinem Lebensende eine Wohnung versagt sein wird. Diese Klasseneinteilung ist wirklich eine vortreffliche Einrichtung: da wird eingereicht und rekurriert, um eine Einreihung in die vordringlichere Klasse zu er-

wirken, aber der Effekt ist immer nur unzulose Papier- und Zeitverschwendung. Die Herren des Wohnungsamtes sichern sich durch „Amtsüberbürdung“ allerdings ihre sichere Stelle, weil die „Unentbehrlichkeit“ nachgewiesen wird, aber das ganze Um und Auf ist nur dazu da, um die „Vorgemerkten“ zu verdrängen und Wohnungen „nach eigenem Ermessen“ zuzuweisen.

Rekluse, Eingaben, Bitten, Drohungen, werden an das Wohnungsamt gerichtet, aber in vielen Fällen scheinen andere Gesichtspunkte, nie aber die Reihenfolge oder Bedürftigkeit ausschlaggebend zu sein. Gegen dieses Vorgehen wurde nun oft genug protestiert, aber endlich geht auch bei uns die Geduld zu Ende. Wir machen zunächst die feiner- und abgabenerleistende Bevölkerung auf die ungerechte Verschwendung der für das Wohnungsamt ausgeworfenen Gelder aufmerksam und fordern, daß dieses Amt umgestaltet wird! Den Obdachlosen als Erstinteressierten muß ein Einfluß, sowie Teilnahme an den Beratungen zugestanden werden. Die betreffenden „Rückfragen“ auf den Stand des Wohnungsuchenden haben auszuführen und eine gerechte Wohnungszuweisung hat an deren Stelle zu treten.

Gleiches Recht fordern wir und schweigen werden wir erst dann, wenn Gerechtigkeit plakt.

L. F.

Ein Meister im Verdrehen.

Antwort auf einen Artikel der Innsbrucker Volkszeitung.

In unserer ersten Ausgabe haben wir in einem Artikel betitelt „Die Auswirkung des Mietengesetzes gegen die arme Bevölkerung“ nachgewiesen, wie sich das Mietengesetz speziell gegen die arme Bevölkerung auswirkt, die in alten Häusern wohnt, in denen der Instandhaltungszins bedeutend höher ist als in Villen oder in den erst in den letzten zwei Jahren erbauten Häusern. Für diese Behauptungen können wir zahlreiche Beweise anführen.

In einer der letzten Nummern der Innsbrucker sozialdemokratischen „Volkszeitung“ wird in einem Artikel gegen die von uns angeführten und nicht wegzuleugnenden Tatsachen Stellung genommen. Der Artikelschreiber geht aber in der Hauptsache nicht auf die angeführte Frage selbst ein, sondern polemisiert ganz allgemein gegen die „Obdachlosen“. Vor allem versteigt er sich zur ungläubigen Behauptung, die Zeitung, bzw. unserer Herausgeber und Redakteur, Major Dragoni, habe „eine unglückliche Hand, wenn er alle jene, die das Wohnungselend durch Erbauung von Wohnungen bekämpfen wollen, von vornherein als Feinde bezeichnet“. Wo jemals im Verein der Obdachlosen eine derartige Äußerung gefallen ist, wo Major Dragoni sich derart geäußert hat und wo der Artikelschreiber in unserer Zeitung eine derartige Feststellung gefunden hat, darauf bleibt er uns die Antwort schuldig. Sie ist rein aus den Fingern gezogen und im Gehirn des Artikelschreibers allein entsprungen. Wir, die wir mit allen Mitteln auf die Ermöglichung des Baues dringen, die wir, wie die vorliegende Ausgabe des „Obdachlosen“ zur Genüge beweist, sogar den Weg der Selbsthilfe für die Obdachlosen auf die, em Gebiete beschreiten, sollen Feinde der Erbauung von Wohnungen sein? Davon ist der Artikelschreiber wohl selbst nicht überzeugt! Diese Behauptung ist eine glatte Lüge. Wenn er aber meint, daß mit den staatlichen und kommunalen Mitteln die Wohnungsnot nie aus der Welt geschafft wird, sondern nur durch Velebung und Hebung der privaten Bauaktivität, so ist er ein ganz gewöhnlicher Wort- und Tatsachenverdrehen. Unsere Leier werden sich jedenfalls ein anderes Urteil über die von uns vertretenen Forderungen und über den von uns geführten Kampf gegen das Wohnungselend gemacht haben. Davon sind wir überzeugt, weil wir darüber genügend Beweise in Händen haben.

Auf diese erste Lüge folgt eine Verdächtigung; der Artikelschreiber läßt zwischen den Zeilen durchblicken, daß die Hausbesitzerorganisation den Artikel in unsere Zeitung gegeben hat, und richtet dann die Frage, woher der Verein die Mittel hat, um eine eigene Zeitung herauszugeben. Diese allgemeine Verdächtigung beweist, daß der Artikelschreiber die Zeitung nicht einmal richtig gelesen hat, denn sonst würde er finden, daß zwei Seiten bezahlte Inserate vorhanden sind, daß Pressependen entgegen genommen werden und daß die Zeitung überaus l. portiert wird. Wir wären froh, wenn sich „Kapitalisten“ fänden, die unserem armen Verein unter die Arme greifen würden weil wir dann die Zeitung noch weiter ausbauen und zum Leidwesen der Verteilung der aus der Kriegszeit übernommenen Zwangsgesetze öfter erscheinen würden, um den Verfechtern dieses unglückseligen starren Systems noch unangenehmer als bisher zu werden. Darüber denkt aber der Artikelschreiber nicht nach. Er verdächtigt ganz einfach gedankenlos.

Die weitere Folge des Artikels zeigt, daß es gar keinen Zweck hat, mit einem fanatischen auf sein Parolebrot blind eingeschworenen Vertreter der Mieterzwangsgesetze und der sozialdemokratischen Mieterorganisation heranzutreten. Die eben erwähnte Organisation will ja die Vereinerung der jetzt bestehenden „alten“ Mieterschutzgesetze, wir aber wollen Abbau derselben und möglichst baldigen Uebergang in Friedensverhältnisse. Wohin die Forderung der Sozialdemokraten führt, das wissen die Obdachlosen und Wohnungsuchenden am allerbesten: Tagtäglich wird das Wohnungselend größer!

Dieserjenige, die in großen Wohnungen ihr Heim haben, sind eben keine Menschenfreunde und Idealisten, sondern wollen sich in der Mieterorganisation durch den Besitz ihrer Wohnungen Vorteile ergattern auf Kosten der Obdachlosen, Wohnungsuchenden und Delogierten, denen sie keinen „Mieterschutz“ angeheihen lassen, sondern

die sie in vielen Fällen schamlos bewuchern und ausbeuten.

Die Schlussfolgerung des Artikels, daß die sozialdemokratische Partei den Weg gewiesen habe, wie aus der Wohnungsalamität herauszukommen wäre, nämlich durch Bauen, wollen wir etwas näher beleuchten: Im Hauptprogramm des Jahres 1923 ist für Innsbruck der Bau von 15 Wohnhäusern vorgesehen gewesen, mit Ende 1923 waren davon erst 5 bewohnt und 2 werden demnächst bezogen. Es bleiben daher vom Bauprogramm 1921 noch mehr als die Hälfte für das Jahr 1924 und dabei ist es ganz unsicher, woher die Gemeinde dafür das Geld aufbringen soll. So sieht die kommunale Bautätigkeit aus, unter der wir Obdachlose zugrunde gegangen sind! Ist da unsere Forderung nach Hebung der privaten Bautätigkeit berechtigt? Die Sozialisten in der Provinz bewundern immer den Finanzreferenten von Wien, den Stadtrat Breitner. Hat er die Wohnungsnot in Wien behoben? Wie einwandfrei und nachweisbar festgestellt wurde, ist die Wohnungsnot in Wien, wenn die von Breitner vorgesehenen 25.000 Wohnungen tatsächlich zur Ausführung kommen, bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie fertig sein sollen, größer als jetzt, wenn sie in gleichem Maße ansteigt wie bisher. Die Erfahrung lehrt aber, daß sie nicht nur in gleichem Maße, sondern in erhöhtem Maße anwächst. Sieht da der Volkszeitung-Schreiber noch immer nicht ein, daß auf diesem Wege keine Milderung der Wohnungsnot herbeigeführt wird? Warum machen es denn die Genossen in der Provinz ihrem Finanzgenie Breitner nicht nach, wenn sie ihn schon immer bewundern? Wir werden gewiß die ersten sein, die ihnen Dank und Respekt entgegenbringen würden, wenn sie auf diesem Weg die Wohnungsnot beheben könnten.

Her mit dem eisernen Besen!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Vor einigen Tagen kam mir die Nummer 1 Ihres jeben erschienen Organes „Der Obdachlose“ in die Hände, welche Zeitung ich mit größtem Interesse gelesen habe; sie hat nicht nur meinen, sondern allgemeine Beifall gefunden. Wenn schon vor einigen Tagen erst eine eigene Sportzeitung in Innsbruck erschienen ist, warum sollen sich nicht auch die Wohnungssuchenden erlauben, auch eine Zeitung herauszugeben, die das große Wohnungselend und die traffen Mißstände etwas näher beleuchtet. Ein eiserner Besen tut no!

Nachdem ich nun auch zu den Wohnungssuchenden gehöre, so melde ich hiemit meinen Beitritt zu Ihrem Verein und bitte um freundliche Aufnahme. Um Ihnen gleich auch etwas Stoff, den Sie in Ihrer Zeitung verwerthen können, zu liefern, erlaube ich mir tiefersehend, auch meine beschränkten Wohnungsverhältnisse etwas näher zu schildern.

Auch ich bin, wie viele, seinerzeit als begeisterter Kaiserjäger ins Feld gezogen und konnte mich nicht als braver Hinterlandstachiniere in eine der noch im Jahre 1914 leer gestandenen 300 Wohnungen hineinsetzen, denn ich war als braver Plänkler für die Front auserkoren. Als ich im Jahre 1919 aus der Gefangenschaft heimkehrte, war alles schon zu spät. Als ich im Jahre 1920 heiratete, mußte ich eben dertweil Unterschlupf suchen, so gut es eben ging.

Selt 3 Jahren vorgemerkt.

Als Wohnungssuchender wurde ich vor drei Jahren unter Nr. ... vom Wohnungsamt nach „reislicher“ Prüfung in Klasse 3 eingeteilt. Hierauf ergriff ich den Rekurs und erhielt vom Wohnungsamt die Mitteilung, daß meinem Ansuchen zwecks Einteilung in eine andere Klasse nicht Folge gegeben werden könne und ich als Wohnungssuchender der Klasse 3 abgewiesen werde. Somit machte man mir sogar die 3. Klasse strittig. Ist das nicht ein Hohn? Ich reagierte auf diese bürokratische Leistung nicht weiter.

Ob dieser Entscheidung war ich für den Moment gleichgültig und ließ die Sache ruhen. Aber es ließ mir doch keine Ruhe. Ich nahm sie und da meinen Vormerkzettel zur Hand, ging zum Wohnungsamt in den sogenannten Parteienraum (ich möchte lieber sagen Proletarierraum, denn für manche Leute wird es ja noch „andere“ Anträge geben) und hielt sie und da Nachfrage. Man erklärte mir einfach: „Nichts“. Leicht erklärlich! Ich gehöre ja doch nicht mehr der Klasse 3 an. Also ich war

ein Stiefkind des Wohnungsamtes.

Ich schilderte meine Wohnungsfrage und der Beamte sagte mir: „Am besten ist es, Sie reden mit H. Dr. Vogel.“ Nun gut. Nach neunmaligem Hinlaufen wurde ich zu Dr. Vogel vorgelassen. Ich trug ihm meine Wohnungsangelegenheit vor. Es wurde nämlich, wie der Beamte des Parteienraumes sagte, angeblich ein Rechtssitz eil daraus. Dr. Vogel erklärte: „Wenn wir da einen Prozeß führen, so fallen wir glatt durch!“ Also wieder nichts. Was unternimmt nicht alles ein Wohnungssuchender? Wenn ihm jemand sagt, er soll 2mal in einem Tag auf die Frau Pitt rennen und er erhält dann eine Wohnung, so wird er es vielleicht auch tun.

Die Sache ruhte nun wieder einige Wochen. Die Wohnungsalamität ließ mir halt keine Ruhe. Und so sagte ich den Entschluß, einmal mit dem „Reißer“ selbst zu reden. Ich ging zum Amtsleiter Dr. Schuler. Er schenkte meinen Ausführungen recht freundlich Gehör (wovon ich natürlich nichts habe) und sagte mir: „Da müssen wir etwas machen.“ Es wurde auch etwas gemacht. Eine Kommission kam. Und seitdem hörte ich nichts. Nichts ist also geschehen.

Nun lieber „Obdachloser“ höre:

Wer keinen Haushalt führt, besitzt eine Wohnung — wer Haushalt führt, bleibt Mieter!

Ich wohne mit Frau und Kind als Untermieter. Mir steht ein kleines Zimmer mit Küche zur Verfügung, während der Hauptpartei das große Zimmer und das Kabinett zur Verfügung steht. Das Kabinett wird als Holzlager benutzt, was eigentlich gar nicht notwendig wäre, nachdem sie einen schönen Keller hat. Der Hauptmieter, der eine Villa in nächster Nähe von Innsbruck besitzt, und nur durchschnittlich 2 bis 3 Tage der Woche (oft dies nicht) in Innsbruck weilt, führt, nebstbei bemerkt, überhaupt keinen eigenen Haushalt in Innsbruck, zumal seine Frau überhaupt für beständig in der Villa wohnt. Es kommt der von ihm bewohnte größere Teil der Wohnung nur als Schlafstätte in Betracht, während der wenigen Tage, wenn er in Innsbruck ist. Ich muß mich natürlich mit Frau und Kind in so einem Loch herumschlagen, während der andere, ja der größte Teil der Wohnung, verperrt und fast immer unbewohnt ist. (Offen lassen kann man ja heute nichts bei den unsicheren Zeiten!)

Ist das nicht ein Skandal?

Wäre es kein Wunder, wenn da nicht einmal einem die Geduld reißt und man sich zu unüberlegten Handlungen hinreißen läßt und den ganzen Plunder zum Fenster hinauswirft?

Ja, die Sache ist noch schöner! Der Hauptmieter ist bei einer Firma angestellt, die in Innsbruck vier Häuser besitzt. Und da gehört folgendes festgenagelt: In einem der Häuser wohnen im 2. Stock, welcher aus 3 Wohnungen besteht, drei Parteien und zwar drei Witwen. Wenn man das Gebäude ansieht, so hat gerade dieser 2. Stock nicht weniger als eine Front von sage und schreibe 16 Fenstern. Also

hinter 16 Fenstern drei Witwen.

Ist das nicht auch ein Skandal? Und wofür benutzen diese Witwen diese großen Wohnungen? Wahrscheinlich, um

Teppichhaus
WEISER & FOHRINGER
INNSBRUCK
 Landhausstraße 3

Teppiche, Vorhänge, Decken, Wachstuch,
 Linoleum, Möbelstoffe, Matratzenradl

das Lamm von einem Untermieter zu fressen. Diesen Uebelständen sollte man doch abhelfen können! Aber da wird natürlich das Wohnungsamt keine Rücksicht halten. Warum? „Weil alles besetzt ist.“

Nun frage ich, wäre es da nicht möglich, daß eine dieser drei Witwen (Wohnungsinhaberinnen) vom Hausherrn beauftragt werden, für einen seiner Angestellten ein Zimmer zu einem „christlichen“ Preis abzulassen, damit wenigstens ein anderer menschlich wohnen kann und wieder ein Wohnungssuchender weniger ist? man müßte doch annehmen, daß eine solche Regelung dem Wohnungsamt recht und auch mit nicht allzu großen Schwierigkeiten zu machen sei!

Für alle möglichen und unmöglichen Sachen werden große Wohnungen beansprucht; einer hat Empfangszimmer, der andere wieder Repräsentationsräume und ein anderer wieder etwas anderes. Und warum kann ich, der ich für diejenigen, die sich jetzt in den Wohnungen breit machen, nicht eine Wohnung für drei Personen, bestehend aus zwei Zimmern für mich beanspruchen, da dies ja leicht im Rahmen der Möglichkeit gelegen ist, wenn etwas gute Wille vorhanden wäre. Man sagt einfach, ja, das geht nicht. Ich erinnere mich ob dieses geistreichen Spruches ans Militär zurück. Ja, was wäre da einem geschehen, wenn einer gesagt hätte, ja, das geht nicht? Da hat es eben nichts gegeben und es hat geheissen, das muß gehen und es ist auch gegangen. Wie es manchmal gegangen ist, war Nebensache, aber gegangen ist es.

Schon wieder ist mir eine andere Wohnungsunzulässigkeit zu Ohren gekommen. Ich werde der Sache nachgehen und Ihnen dann einen ausführlichen Bericht zukommen lassen. Ich kann Ihnen versichern, daß Sie in mir einen guten Mitarbeiter finden werden, denn ich werde alles Ihrer Zeitung bekanntgeben.

Der Name des Einsenders, sowie alle in diesem Schreiben erwähnten Personen sind der Redaktion bekannt.

Wohnungssuchende! Gedenkt Eures Pressefonds!

Spenden zur Erhaltung und zum Ausbau unserer Zeitung werden in der Kanzlei entgegengenommen.

Obdachlosenfürsorge und Caritas.

Die Vorstehung des Obdachlosenvereines hat bei einer Besprechung beim Tiroler Caritasverband für die Ziele des Vereines vollen Verständnis gefunden; der Verband wird in der nächsten Nummer einen längeren Artikel erscheinen lassen über die Frage der Einwirkung der Wohnungsnot auf die Entfaltung des Volkes.

So brennend die Obdachlosenfrage seit den Tagen des Umsturzes für die armen Opfer des ungeliebten Wohnungselendes ist, so lebhaft hat sie auch seit je her alle wahrhaft sozial-taritative Denkenden beschäftigt. Dieses Interesse flaut nicht ab, sondern wächst im Gegenteil mit jeder neuen Erfahrung, wie zerrütend die Wohnungsnot auf die Grundform und Krone der Gesellschaft, auf die Familie, einwirkt, wie schlimm sich der Mangel an einem geordneten Daheim an der heranwachsenden Jugend rächt und wie viel Furchtvolles diese Unstetigkeit und Heimlosigkeit selbst auf den Mann ausübt, der sich nach der Tagesron nach einer eigenen Stube sehnt, — nicht zu reden von den Obdachlosen unter der Frauenwelt, für die so oft Geduldn und Verderben mit häuslichen Verhältnissen auf das innigste verknüpft sind. So ist es natürlich, daß auch die Caritasorganisation mit gespannter Aufmerksamkeit das Schicksal des Obdachlosenvereines verfolgt, fest überzeugt, daß die Schaffung geeigneter Neuwohnungen eine gewaltige soziale Tat wäre und erfüllt von dem lebhaften Wunsche, daß es gelingen möge, in der Frage der Wohnungsnot endlich zu segensreichen Erfolgen zu gelangen. H. C.

Um die Ehre der Beamten.

In unserer ersten Nummer haben wir die Angelegenheit des ehem. Leiters des Innsbrucker Wohnungsamtes, des Obermagistratsrates Jotti, der Dessenlichkeit in Erinnerung gerufen, weil sie bis heute von keiner Seite eine volle Aufklärung des Falles erhalten hat. Obermagistratsrat Jotti fand sich in unserer Angelegenheit ein und legte den Beschluß der Disziplinarkommission vor, aus dem die Einstellung des Verfahrens und die Nichtöffentlichkeit der gegen ihn erhobenen Anwürfe ersichtlich ist.

Wir bringen dies mit Befriedigung im Interesse der Obdachlosen und der ganzen Beamtenerschaft der Dessenlichkeit zur Kenntnis. Wir finden es aber höchst merkwürdig, daß erst wir mit unserer Zeitschrift die Vereinigung der Angelegenheit, die seinerzeit so viel Staub aufgewirbelt hat, erwirken mußten, nachdem schon über ein Jahr vergangen war. Dies wäre eine selbstverständliche Aufgabe des Magistrats gewesen.

Häuserbauen ist eine lohnende Kapitalanlage.

Projekt der Gründung einer Baugesellschaft.

Dies mag unglaublich klingen, so viele werden sagen, daß wir damit einen glatten Anstich behaupten, denn in einer Zeit, wo man Häuser weit unter dem Erstellungspreise zu kaufen bekommt, wird es doch keinem Kapitalstrahligen einfallen, den horrenden Kostenaufwand für die Herstellung eines Neubaus beim Fenster hinaus zu werfen. Und doch haben wir mit unserer Behauptung — wie nachstehend nachgewiesen werden soll — vollständig recht.

Man denke einmal nach: Die Wohnungszwangsgesetze werden doch endlich einmal abgebaut und die freie Wirtschaft nicht mehr eingeschränkt sein. Nicht nur der Bundeskanzler und die Regierung haben dies bereits des öftern angelündigt, sondern in der ganzen Welt sind die Mietengesetze und die damit für die Entwicklung der Bautätigkeit lähmenden Hindernisse entweder bereits zur Gänze abgeschafft oder im Abbaue begriffen. Ausgerechnet wir in Oesterreich werden daher die jetzige Wohnungsbewirtschaftung nicht beibehalten können. Von dieser Erkenntnis ausgehend, behaupten wir, daß die Privatbautätigkeit ein lohnendes und erträgliches Geschäft darstellt.

Nach den uns vorliegenden Bauplänen und Baukostenberechnungen stellt sich ein drei Stock hohes Haus (Quadratfußbau mit Parkettfußboden, Badezimmer und Dienstzimmer, Erker, Balkon, Garten, auf baureifem Grunde auf rund eine Milliarde. Dies entspricht bei acht Wohnungen und einer 10prozentigen Verzinsung des Baukapitals einem Monatszins von einer Million Kronen.

Nehmen wir den Uebergang zur freien Wohnungsbewirtschaftung in drei oder vier Jahren an, so werden nach dieser Zeit entsprechend den Friedenszinsen die Mieten in Goldparität und mit beiläufig 50 Prozent Mehrertrag, bedingt durch allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung für eine ebenso große Wohnung sicher eine Million und noch mehr betragen.

Diese horrenden Steigerung der Zinse wird zur Folge haben, daß die Gehälter und Löhne um zifra 50 Prozent erhöht werden müssen. Dies bedingt wieder eine allgemeine Verteuerung unserer Lebenshaltung oder faatlich ausgedrückt einen positiven Zinse von 50 Prozent. Es wird also innerhalb einiger Jahre infolge der beiläufig 50prozentigen Verteuerung aller Artikel auch das Bauen von Wohnhäusern um 50 Prozent teurer werden. Niemand wird wohl bestreiten, daß endlich einmal gebaut werden muß. Man kann nun verschiedener Auffassung über die Zeit des Beginnes dieser Bautätigkeit sein. In Innsbruck allein fehlen uns

auf Grund der Friedensbautätigkeit zirka 250 Häuser.
 Aus dem Angeführten schließen wir mit aller Sicherheit, daß nach einer kurzen Reihe von Jahren die Erstellung von neuen Häusern, also auch eines der von uns angeführten 3 Stod hohen Wohnhäuser mit einem allgemeinen Kostenaufwand von einer Milliarde, ebenfalls der Verteuerung der ganzen Wirtschaftslage um 50 Prozent unterliegen wird. Nachdem die jetzt gebauten Qualitäts Häuser zu einer Milliarde nach ein paar Jahren durch Abnutzung noch nicht gelitten haben werden, so behaupten wir, daß das Bauen in dieser Zeit bereits eine lohnende Kapitalanlage bedeutet.

Es haben sich bereits eine Reihe von Persönlichkeiten (Fachleute, Finanzleute) zur Gründung einer „Tiroler Allgemeinen Baugesellschaft“ gefunden, welche sich vorläufig als Kuratorium konstituierten. Ueber das Projekt werden wir in der nächsten Nummer Näheres berichten.

Es wäre nicht nur ein Akt der Nächstenliebe, sondern auch ein rentables Geschäft, sich an unserer Aktion zur Errichtung von Wohnhäusern mit Kapital zu beteiligen. Geplant wird die Erstellung von dreistöckigen Häusern auf baureifem Grund, Reihenhäuser, mit Garten in drei Typen.

Erste Type: 2 Zimmer mit Bad oder Kabinett, Balkon, Küche, Kofsett und allem Zubehör. Erstellungskosten: siebenhundert Millionen für das Haus.

Zweite Type: 3 Zimmer mit Bad und allem Zubehör. Erstellungskosten: neunhundert Millionen.

Dritte Type: 3 Zimmer, Kabinett und Bad, Erstellungskosten: neunhundertfünfzig Millionen.

Die Häuser enthalten acht Wohnungen, sind Qualitätsbauten, Parkettfußboden und Kamine usw. Der Monatszins würde bei Type I 700.000 Kronen, bei Type II 900.000 Kronen und bei Type III 1.000.000 Kronen betragen. Hierzu kommt noch 50 Prozent des Zinses als Amortisierungsbetrag, Amortisierungsbauer 10 bis 11 Jahre, nach welcher Zeit die Wohnung in das unumschränkte Eigentum übergeht.

Wir richten an jene Kreise unserer Bevölkerung, welche ihre Spargelder in sicherer und gut verzinsten Art und Weise anlegen und hierbei an einer hervorragenden menschensfreundlichen, sozialen Aktion mitwirken wollen, den Aufruf, sich mit kleineren oder größeren Beträgen, zum mindesten mit einer Million Kronen an der Baugesellschaft zu beteiligen.

Hauptsächlich solche Parteien, welche auf Grund ihrer Erwerbsverhältnisse dauernd in Innsbruck zu wohnen genötigt sind, dann größere Arbeitsgeber, die in die Lage kommen, für einzelne ihrer Angestellten eine Wohnung zu sichern, sollten den Aufruf beherzigen.

Der Verkauf des Hotel „Sonne“ in Innsbruck.

Laut Blättermeldungen hat die Tiroler sozialdemokratische Partei um einige Milliarden das große Hotel „Sonne“ am Bahnhofplatz in Innsbruck käuflich erworben. Es werden dort das Parteiblatt, die Arbeiterbank, die Wirtschaftsorganisationen (Arbeiterbäder, „Gewah“ usw.) sowie die Büros der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen untergebracht.

Dieser Kauf bedeutet für die Wohnungslosen nicht nur keinen Nachteil, sondern eher einen Gewinn, da dadurch einige Wohnungen, die bisher von den Organisationen als Kanzleiräume benützt waren, frei werden. Wir fordern, daß diese freierwerbenden Räume ausschließlich für Wohnungszwecke Verwendung finden und in sie nicht wieder Büros hineinkommen.

Aus dem Kaufe ist klar zu ersehen, daß die sozialdemokratische Partei über viele Gelder verfügt. Wir richten deshalb auch an die Partei unter Hinweis auf unseren Artikel in der heutigen Nummer „Häuserbau eine lohnende Kapitalanlage“ den bringenden Appell, sie möge wenigstens einen Teil ihres Geldes in Neubauten anlegen, um dadurch ihren Genossen Wohnungsmöglichkeiten zu schaffen. Es wäre ein Akt wirklicher Solidarität, wenn die Partei ihren eigenen obdachlosen Genossen helfen würde.

Der gemeinderätliche Wohnungsfürsorgeausschuß hat sich in der vergangenen Woche energisch gegen die beabsichtigte Entziehung der Spitalkassen in der Fabriksgasse für Wohnungszwecke eingesetzt und einen scharfen Protest dagegen an die Bundesregierung gerichtet. Wir schließen uns diesem Proteste an, erwarten aber vom gemeinderätlichen Wohnungsfürsorgeausschuß die gleiche Stellungnahme hinsichtlich des Gebäudes des Südbahninspektors am Bahnhofplatz. Durch den Übergang der Südbahn in den Staatsbetrieb werden dortselbst zahlreiche Kassen für Wohnungszwecke frei. Bei der Spitalkassenhandlung es sich um minderwertige Wohnungen, während sich im Südbahninspektorsgebäude Parkettfußböden, sehr schöne Kamine und komplette elektrische Installation befinden. Es muß daher mit allem Nachdruck auf die Freiwerdung dieser Räume gedrängt werden.

„Der Obdachlose“

wird dem Bundeskanzler, den Ministern für soziale Fürsorge, für Justiz und für Finanzen, dem Generalkommissar, allen Innsbrucker Nationalräten, Landtagsabgeordneten und Gemeinderäten, allen größeren Zeitungen Oesterreichs, sowie allen an der Lösung der Wohnungsnot beteiligten und interessierten Personen und Körperschaften zugesandt.

Schriftleitung und Verlag.

Einheimische müssen Fremdensteuer zahlen.

Eine Anfrage an den Gemeinderat.

Zeit der Pauschalierung der Fremdenwohnsteuer müssen die Einheimischen, die infolge der großen Wohnungsnot gezwungen sind, in Gasthöfen und Hotels zu logieren, in den meisten Fällen auch diese für die Fremden zu berechnende Gemeindegabe leisten. Wir haben schon im vergangenen Herbst diesbezüglich eine Zuschrift an den Gemeinderat gerichtet, sind aber bis heute ohne Antwort geblieben.

Wir wiederholen hier die Anfrage, ob der Gemeinderat bereit ist, die ständig in Innsbruck Beschäftigten von der Fremdenwohnsteuer zu befreien?

Elendsbilder aus Innsbrucker Wohnverhältnissen.

„Alles für das Kind!“

In der Anstrasse 59 wohnt ein Doktor mit Frau und einem Säugling in Untermiete; die Familie hat nichts als ein Zimmer, muß durch die Zimmer der Hauptpartei durchgehen, Wäsche waschen und trocknen sowie Kochen, alles im Zimmer. Dabei ist der Mann Bankbeamter mit täglich zehn- und mehrstündiger Arbeitszeit. Ein Ausruhen nach anstrengender Arbeit ist bei dieser Lebensweise gänzlich ausgeschlossen. Infolge hoher Vormerknummer ist auf jahrelange Wohnungszuweisung nicht zu rechnen. Auch ein befehrter Anhänger der heutigen Wohnungspolitik!

Eine Wöchnerin in einem feuchten Loch.

In einer Barade in Pradl wohnt eine Familie (ein Ehepaar und drei Kinder). Diese Notunterkunft ist vollständig baufällig. In die Wohnung regnet es buchstäblich hinein und kein Fleck in den beiden Zimmern vorhanden, wo man sich vor den Wassertropfen schützen kann. Die Frau hat vor einigen Tagen ein totes Kind entbunden. Nach der Entlassung aus der Gebärdklinik wohnt die Frau nun in ihrem Quartier schlechter als die Soldaten im Felde in einer Deckung, die ohne Dachpappe gebaut ist. Seit Monaten wird dieser Partei versprochen, daß sie aus ihrem Elendsquartier befreit wird.

Ein Laden ist gleichzeitig Wohn- und Schlafzimmer.

Ein hiesiger Geschäftsmann muß tagtäglich die Ladenpöbel an die Wand schieben, nur damit er die Betten aufstellen kann, denn das Ladentisch dient nicht allein als Verkaufsstätte, sondern ist auch gleichzeitig Wohn- und Schlafzimmer. Das 10 Monate alte Kind muß den ganzen Tag im Bett bleiben, weil die Familie keinen Raum hat, wo das Kind die ersten Gehversuche machen kann. Der Mann ist seit Februar 1921 und seit vorigem Jahr als vordringlich vorgemerkt und ist mit Recht darüber aufgebracht, daß andere erst kurz Verheiratete sofort in den Besitz von Wohnungen kommen, während er als Bürger von Innsbruck schon seit Jahren aussichtslos auf eine Wohnung wartet.

6 Personen in zwei Betten.

In dem an Innsbruck angrenzenden Hötting sind die Wohnverhältnisse nicht besser. Ein Ehepaar mit 4 Kindern, die Frau leidet an offenen Geschwüren, wohnt in einem kleinen Zimmer mit 2 Betten.

Wohnungen stehen Monate lang leer!

Ein Geschäftsmann ist das fünfte Jahr beim Wohnungsamt vorgemerkt. Er bewohnt mit Frau und einem neun Monate alten Kind ein Kellermagazin als Notwohnung. Sein bisheriges Geschäftslokal wurde ihm für 1. Februar wegen Eigentumsveränderung gekündigt. Er steht vor dem wirtschaftlichen Ruin und sein Familienleben geht vollständig in Trümmer. Er hat schon mehrmals beim Wohnungsamt lange freistehende Wohnungen namhaft gemacht, doch nie ist es ihm gelungen, eine zu erhalten. Eine Wohnung am Zimrain 33 stand durch ein halbes Jahr leer! Auf sein letztes Geheiß von anfangs Dezember hatte er bis zu dem Tage, als er uns den Fall vortrug, am 4. Jänner, noch keine Antwort. Sogar die Wohnung der eigenen Schwiegereltern, die durch zwei Monate leer steht, wurde ihm nicht zugewiesen. Wiederholt machte er die Erfahrung, daß man lieber Wohnungen Monate hindurch leer stehen läßt, in einer Zeit, in der Leute mit kleinen Kindern in Kellern und Eisenbahnwaggons wohnen müssen! Oftmals hätte er Gelegenheit gehabt, eine Wohnung zu bekommen, aber entweder hieß es, sie seien außerhalb des Wohnungsschutzes oder es wurden Ablösen von vielen Millionen verlangt. Der gesunde Hausverstand kann nicht einsehen, daß das Mietenschutzgesetz nicht überall gleichmäßig durchgeführt wird. Man möchte meinen, vor dem Gesetz seien alle gleich und doch ist die Handhabung ganz verschieden, wie der Mann, der fünf Jahre lang um eine Wohnung kämpft, mit mehreren Beispielen belegen kann.

Ein Lediger hat vier Zimmer!

Wir haben in unserer letzten Ausgabe folgenden Fall der Offenheit unterbreitet: Im Saggen starb vor mehr als einem halben Jahre eine Dame; ihre Wohnung wurde nach ihrem Ableben angefordert. Die Anforderung wurde jedoch nicht befähigt und der Bräutigam der Verstorbenen erhielt die große Vierzimmerwohnung zugesprochen. — In dieser Angelegenheit, wegen der wir wiederholt Eingaben an die betreffenden Behörden gerichtet haben, ging uns von der Landesregierung am 31. Dezember folgender Bescheid zu: „Die Landesregierung hat

auf Grund der Allen die Ueberzeugung gewonnen, daß es aus juristischen Gründen wohl aussichtslos wäre, die a. o. des Mietkommissionsbeschlusses vom 22. März 1923, W. A. 60/23 beim Oberlandesgericht zu beantragen, weshalb sie hievon absehen muß. Wohl aber ergeht unter einem an das städt. Wohnungsamt der Auftrag, die Wohnverhältnisse in dieser Wohnung neuerdings zu überprüfen, um die vorhandene Anzahl von anforderbaren überzähligen Wohnräumen festzustellen.“

Der Bettgeher schläft unter dem Tisch.

Eine Partei in Hötting, bestehend aus 4 Personen, bewohnt ein Zimmer, trotzdem hat sie noch Platz, einen Untermieter, einen „Bettgeher“, zu halten, dem als Schlafstelle der Raum unter dem Tisch angewiesen ist.

Sympathische Aufnahme unseres Blattes.

Als wenige Tage vor den Weihnachtsfeiertagen die erste Nummer unseres Blattes hinauslieferte, da hatten wir die bange Sorge, ob wohl die Freunde, Leidensgenossen und Leser mit diesem Produkte bitterer Not und besten Willens einverstanden und zufrieden seien. Wir hatten ja nur einige Tage Zeit zur Manuskriptlieferung, da der Entschluß, ein eigenes Blatt herauszugeben, unter dem Eindruck der Empörung über das Verhalten des städtischen Wohnungsamtes in Innsbruck unserem Verstande gegenüber erst eine Woche vor dem Erscheinen gefaßt wurde. Wir mußten uns auch darüber entscheiden, ob es nützlicher für die Interessierten der Obdachlosen und Wohnungsuchenden sei, ein draußgängiges Kampfblatt herauszugeben mit allen Schärpen des Ausdruckes und mit rücksichtsloser Bloßstellung der Personen oder ein Blatt zu schaffen, das bei aller notwendigen Deutlichkeit unserer Wollens, unserer Angriffspunkte und unserer unglücklichen Lage in der Form die würdige Haltung eines für seine gerechte Sache eintretenden, aber auch trotz Erbitterung im Rahmen der Sachlichkeit bleibenden Kämpfers einnimmt. Wir haben uns für das letztere entschieden. Wir wollen kein Rebalverblatt herausgeben, sondern ein Organ, das wegen seines sachlichen Inhalts ernst genommen werden muß. Wir lassen die Tatsachen allein für die Sache und für unsere berechtigten Forderungen sprechen, sie sind so traurig ernst und tiefgehend, daß wir dazu keine Schimpfworte zu ihrer Verächtlichmachung brauchen.

Die Aufnahme der ersten Nummer unseres Blattes war im allgemeinen sympathisch, aber naturgemäß je nach Temperament des Lesers verschieden. Viele lobten den vornehmen Ton, der keine Beschimpfung, Verdächtigung oder Uebertreibung in sich schloß, vielen war das Blatt zu zahm und sie hätten gewünscht, daß es viel schärfer gegen alle Unbill des Wohnungselends aufgetreten wäre. Beide Teile haben recht und wir wollen zugeben, daß manche Dinge schärfer hätten angepaßt werden können. Aber ist damit mehr für die Sache getan, wenn sie in größerer Rücksichtslosigkeit gebrandmarkt wird? Unsere Sache ist so gerecht, unsere Forderungen sind so gerechtfertigt, daß es nicht des Ueberschwengens der Stimme bedarf, um sie vernehmbar zu machen. Es heißt zwar, daß nur derjenige etwas erreicht, der laut zu schreien und sich in den Vordergrund zu drängen versteht, aber eine gute Sache muß auch auf einem anderen Wege vertreten werden können.

Konsequent und unermülich auf das Ziel hinarbeiten, sich durch nichts beirren lassen, müßig für seine Ueberzeugung eintreten, dieser Weg birgt den Erfolg.

Man soll uns nicht als Krakehler und Stänkerer betrachten — das Innsbrucker Wohnungsamt scheint dies allerdings zu tun —, sondern als ernst zu nehmende Vertreter eines großen Teiles der Bevölkerung, der zwar unter den unheilbaren Wohnungszuständen leidet, aber dessen sich bewußt ist, daß diese Zustände abgeheilt werden müssen, wenn nicht die Grundlagen der Ordnung zerfällt, moralisches und physisches Elend unheilbar das Volk zugrunde richten sollen.

Wir bleiben also sachlich und zurückhaltend, wir können aber auch anders. Wenn wir sehen, daß bei den kompetenten Stellen der gute Wille, dem großen Wohnungselend, dieser modernen Kulturschande unserer Zeit, völlig an den Leib zu rücken, mangelt, wenn man unsere Bestrebungen verhöhnt, wenn man unsere Stimme zu unterdrücken versucht, weil sie unangenehm in die Ohren gellt, wenn man schließlich glaubt, das Wohnungselend in dem bisherigen Tempo und mit den bisherigen Mitteln bekämpfen zu

Öffentlicher Dank.

Au den Feiertagen sind unserem Verein für arme Mitglieder und Kinder aus allen Kreisen der Bevölkerung, insbesondere von der Geschäftswelt von Innsbruck, zahlreiche Spenden zugekommen, die wir am heiligen Abend an wirklich Bedürftige verteilt haben, denen wir damit eine Weihnachtsgabe bereitet. Wir sagen namens der Beteiligten auf diesem Wege allen Spendern und Gönnern des Vereines

herzlichsten Dank!

Wir werden in Zukunft, so wie bisher, im Rahmen der finanziellen Möglichkeit der Vereinskasse den armen Mitgliedern, besonders den Deslogierten, die ins ärgste Elend gestoßen sind, kleine geldliche Unterstützungen zukommen lassen.

Die Sammlungen wurden von uns eingeleitet. In der nächsten Nummer werden die eingelaufenen Spenden veröffentlicht.

Der Ausschuß
des Vereines der Obdachlosen
und Wohnungsuchenden.

fönnen — indem man schablonenhaft registriert —, dann werden wir nicht davor zurückschrecken, auch in einer schärferen Tonart uns bemerkbar zu machen. Geht es nicht mit Handschellen, dann haben wir auch keine Ursache, die schwierige Hand zu verbergen.

Nun kennen nicht nur die Freunde, Leidensgenossen und Leser, sondern auch die maßgebenden Personen und Körperschaften unsere Taktik. Sie richtet sich nach dem Verhalten derjenigen, die Abhilfe schaffen können. Heute glauben wir noch einigermaßen an den guten Willen; erweist sich dieser Glaube als eine Täuschung, dann sollen diejenigen Leidensgenossen, die uns heute als Zeisetreter betrachten, uns an ihrer Seite finden, um mit ihnen in kräftigen Tönen die Gehörorgane der Schuldigen recht unanständig zu beschäftigen.

Die Schriftleitung.

Außer zahlreichen Erinnerungsschriften, auch von auswärts, haben sich auch einzelne Zeitungen zum „Obdachlosen“ geäußert. Wir lassen im Nachfolgenden einige Stimmen der Presse folgen:

„Grazer Volksblatt“ (Nr. 351 vom 23. Dezember 1923): „Eine Zeitung für Obdachlose. Die Grazer haben den wöchentlichen „Mieterschutz“, die Innsbrucker den monatlichen „Obdachlosen“, der von Major Dragoni geleitet wird. Daß ein Blatt für Obdachlose und Wohnungsfürher erscheinen muß, ist nur ein Beweis für den trostlosen Zustand unserer Wohnungsverhältnisse. Das neue Blatt verlangt in erster Linie langsamen Uebergang zur freien Wohnungsbewirtschaftung, Ausschließung aller in Goldparität Verdienenden aus dem Mieterschutz, Einführung von Wohnungsgeldbeiträgen und Einschränkung der überflüssigen Kanzleien, Entziehung der Wohnung bei Bucherfällen usw. Das Blatt bringt auch ein Duzend krasser Gläubigerfälle aus Innsbruck, das heute mehrere tausend Wohnungsfürher zählt, während vor dem Kriege 300 Wohnungen leer standen. Es ist begreiflich, daß in einem solchen Kampfblatte auch das Innsbrucker Wohnungsamte nicht gut wegkommt.“

„Tiroler Anzeiger“, Innsbruck (Nr. 6 vom 8. Jänner): „Eine eigene Zeitung für Wohnungsfürher erscheint seit kurzem in Innsbruck unter dem Titel „Der Obdachlose“. Wer etwa noch Zweifel hegt hinsichtlich der Bedürfnisfrage, wird durch die erste Nummer des neuen Blattes gründlich eines Besseren belehrt. Es sind in unserer Stadt der Wohnungsfürher so viele, daß für sie ein eigenes Organ wohl gerechtfertigt ist.“ — Das Blatt bringt dann einen kurzen Inhaltsauszug und fährt fort: „Die neue Zeitung ist keiner Partei dienstbar, weil unter der Wohnungsnot alle, ohne Partei- und Klassenunterschied, in gleicher Weise leiden. Wenn „Der Obdachlose“ in der begonnenen kräftigen Art weiterfährt, ist wohl zu hoffen, daß er zur Lösung der Wohnungsnot den Grund und Boden des allgemeinen Verständnisses vorbereiten wird.“

„Tiroler Volksbote“, Innsbruck (Nr. 2 vom 10. Jänner): „Unter dem Titel „Der Obdachlose“ erscheint seit Mitte Dezember in Innsbruck ein eigenes Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsfürher. Das neue, jeden Monat einmal erscheinende Blatt will vor allem ein besseres Verständnis für die entsetzliche Wohnungsnot vermitteln und zugleich die Interessen der Wohnungsfürher nach jeder Richtung schneidrig und gerecht vertreten. Die erste Nummer ist ein sehr guter Anfang hiezu. Weil im Interesse des Volkstums und unserer Jugend alle auf die Beseitigung des volks- und sitten-schädlichen Wohnungselendes gerichteten Bestrebungen nur zu begrüßen sind, wünschen wir dem neuen Blatte recht guten Erfolg.“

„Der Arbeiter“ Wochenblatt für christl. Arbeiter der Alpenländer (Nr. 1 vom 9. Jänner): Kampf gegen Parteilichkeit und jedwede Ungerechtigkeit im Wohnungswesen hat eine neue Monatschrift „Der Obdachlose“ zu seiner Parole gemacht. Nach der ersten Nummer zu schließen, haben wir es hier mit einem schneidrigen Organ für alle Wohnungsfürher zu tun. Das Blatt scheint über tüchtige Mitarbeiter zu verfügen. Herausgeber und Schriftleiter ist Major Dragoni, der bekannte Obmann des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsfürher in Innsbruck. Das Blatt ist vollständig unparteilich und will alle Maßnahmen, die zu einer erfolgreichen Beseitigung der Wohnungsnot dienen können, in den Kreis seiner Erörterungen ziehen.“

„Allg. österr. Hausbesitzer-Zeitung“ (Nr. 1): „Der Verein der Obdachlosen und Wohnungsfürher in Innsbruck ist mit einer eigenen Zeitung auf den Plan getreten. Am 21. Dezember v. J. überraschte er die Öffentlichkeit mit einer eigenen Zeitung. Die neue Zeitung, die in Großformat allmonatlich erscheint, führt den Titel: „Der Obdachlose und Wohnungsfürher“ und wird von dem bekannten und anerkannt tüchtigen Obmann des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsfürher in Innsbruck, Herrn Major a. D. Alfons Dragoni, herausgegeben. Herr Dragoni führt schon durch einige Jahre als Obmann des Vereines der Obdachlosen einen au-reißenden, erbitterten Kampf gegen das herrschende Wohnungselend und gegen die Untätigkeit der verantwortlichen Stellen, der zu einer Reform des Wohnungsamtes führte. Obmann Dragoni hat manchen Obdachlosen und Wohnungsfürher zu einer menschenwürdigen Unterkunft verholfen und wenn er sich heute zur Herausgabe einer eigenen Zeitung entschloß, so kann angenommen werden, daß er in bekannter, ausdauernder Art nunmehr den

Kampf mit erhöhter Intensität fortzusetzen beabsichtigt. Obmann Dragoni stand von allem Anfang an auf dem Standpunkte, daß eine nachhaltige Behebung der Wohnungsnot nur durch den Abbau der Mietenzwangsgesetzgebung möglich und denkbar ist. Er war daher starken Anfeindungen von Seite der Sozialdemokraten ausgesetzt. Die Zeit hat ihm Recht gegeben. Unermessliche volkswirtschaftliche Schäden hat die Mietenzwangsgesetzgebung verursacht, unjünglich bitteres Leid über viele Tausende von Familien gebracht und das Wohnungselend ist heute größer als je zuvor. Man versehe sich nur in die Lage der in die Tausende zählenden Waggonbewohner in den letzten Weihnachtstagen, wo es durch Wochen ununterbrochen schneite und die freistehenden Waggons bis zu den Dächern eingeweicht wurden. Man sollte einmal die Nationalräte samt der Regierung mit Geißel an der Spitze auf 14 Tage in diese Waggons schieben, wahrscheinlich würde ihnen dann ihr feiges, verbrecherisches Gebaren in der Mietenzwangsgesetzgebung zum Bewußtsein kommen. Major Dragoni führt keinen dankbaren, aber gewiß ehrenreichen Kampf und jeder Mitfühler wird ihm und seiner neuen Zeitung den besten Erfolg wünschen.“

Parlament und Wohnungsnot

Das Bauaufwand-Begünstigungsgesetz.

Das Bundesgesetz vom 21. Dezember 1923 über Steuerbegünstigungen für Wohn- und Geschäftsbauten ist nunmehr in Kraft getreten. Darnach hat derjenige, der in der Zeit vom 9. Oktober 1923 bis Ende 1925 Wohnungsbauten und zwar neue, Zu- und Aufbauten beginnt und benutzbar vollendet, den Anspruch darauf, daß ein Teil, und zwar höchstens 75 vom Hundert seiner bezüglichen Aufwendungen bei der Einkommen- oder besonderen Erwerbsteuer steuerfrei behandelt wird. Die gleiche Begünstigung kann für jene Bauten bewilligt werden, wenn dadurch der für Wohnzwecke benutzbare Raum zumindest verdoppelt wird. Die Kosten des Baugrundes gelten nicht als Bauausgaben. Auch für Geschäftsbauten dieser Zeit kann die Finanzlandesbehörde die Steuerbegünstigung

Wohnungsfürher! Obdachlose!

Die Vollversammlung findet am Donnerstag, den 17. Jänner, 8 Uhr abends, im Gasthose „Dester. Hof“, Andreas Hoferstraße, statt. Erscheinen Pflicht!

In der Versammlung werden bedürftige Familien mit je 5 Kilo Nullem hl beteuert werden.

gung gewähren, wenn glaubhaft gemacht wird, daß durch den Bau für Wohnzwecke benutzbare Räumlichkeiten frei werden. Hierüber ist vor dem Bau eine Borentscheidung zu treffen.

Das Gesetz wird unserer Ansicht nach keinen Nutzen für die Behebung der Bauunfähigkeit darstellen, der 75prozentige Steuernachlaß des Bauaufwandes geht auf Kosten des Staates. Im besten Falle wird möglicherweise in bestimmten Fällen die Errichtung von Gasthöfen und Hotels erleichtert.

In Deutschland wie bei uns.

Einführung der Friedensgoldmiete. — Kein Verständnis der Reichsbehörden.

In Deutschland steht ein Kabinettsbeschuß unmittelbar bevor, der die schon seit geraumer Zeit gerüchtweise verlautenden weitreichenden Pläne der Regierung hinsichtlich einer grundlegenden Aenderung der ganzen Mietpolitik verwirklichen will. Die Grundgedanken dieser Verordnung, die auf der Basis des Ermächtigungsgesetzes sofort nach erfolgtem Kabinettsbeschuß in Wirksamkeit treten würden, sind in großen Umrissen kurz folgende: Im Laufe einiger Monate soll ganz allgemein die Friedensgoldmiete erreicht werden. Davon sollen 50 Prozent den Hausbesitzern und 50 Prozent den Ländern und Gemeinden zustießen. Der ursprüngliche Plan, 25 Prozent den Ländern und 25 Prozent dem Reiche zugunsten einer Fortführung der Wohnungsbautätigkeit zu überlassen, ist fallen gelassen worden. Gleichzeitig soll auf dem Verordnungswege eine Ausweitung von Hypotheken grundsätzlich ausgeschlossen werden. Die Heranziehung der Besitzer von Eigenhäusern zu der Mietzinssteuer soll in das Bestehen der Länder gestellt werden.

Eine solche Maßregel hätte nur einen Sinn, wenn dadurch die Wohnungsnot gelindert oder behoben werden würde. Aber ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums hat sich zu der Behauptung verstiegen, der Mangel an Wohnungen betrage nur 6 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes, auf anderen Gebieten wäre aber ein Fehlbetrag von mehr als 30 Prozent vorhanden. Darum könne man von einer Wohnungsnot nicht

sprechen! Für eine solche Postul hat der Obdachlose kein Verständnis. Daß solche Schlussfolgerungen bei einer Reichsbehörde überhaupt möglich sind, zeigt die völlige Naivität derjenigen, die die Wohnungswirtschaft wieder aufzubauen haben.

Der Verein der Obdachlosen und Wohnungsfürher in Innsbruck

zählt gegenwärtig 2749 eingetragene Mitglieder. Die Kanzlei hat im Jahre 1923 über 3000 Interventionen beim Wohnungsamte, 150 juristische Vertretungen bei Gericht in Wohnungsangelegenheiten befragt, 1130 Gesuche und Rekurse für Parteien verfaßt, über 700 Briefe verschiedenen Inhalts und 350 Eingaben an Behörden geschrieben.

Briefkasten.

Anforderung. Was hat mit einer angeforderten und vom Mietamt bestätigten Wohnung zu geschehen und welches Rechtsmittel steht gegen die nicht bestimmungsgemäße Vergebung der Wohnung offen? — Eine Wohnungsanforderung geschieht auf Grund der §§ 1, 12, 16 und 18 des Wohnungsanforderungsgesetzes vom 7. Dezember 1922 zu dem Zweck um dadurch eine Wohnung für die Zwangsbewirtschaftung frei zu bekommen. So angeforderte und bestätigte Wohnungen haben natürlich an beim Wohnungsamte vorbringlich klassifizierte oder delogierte Familien zugewiesen zu werden. Aus ihrer Anfrage ist nicht ersichtlich, ob dies geschehen ist; wenn Sie einen konkreten Fall im Auge haben, geben Sie uns das Nähere bekannt und wir werden die weiteren Schritte unternehmen. Urteile der Mietkommission können durch das Oberlandesgericht überprüft werden. Gegen die nicht bestimmungsgemäße Verwendung einer angeforderten bestätigten Wohnung durch das Wohnungsamte, bezw. Wohnungsausschuß können wir die Hilfe des Ministeriums für soziale Verwaltung anrufen.

H. P. Innsbruck. Wenn Ihnen die Wohnung wegen Eigenbedarf der Hauptpartei auf Grund unrichtiger Angaben klägerischerseits gekündigt und Sie delogiert wurden, und heute nach einem halben Jahr der Grund des Eigenbedarfes nachgewiesenermaßen ein erschwelter war, so gehen sie sogleich auf Bezirksgericht Innsbruck, Zimmer Nr. 6, wo sie weitere Aufklärung erhalten werden. Im übrigen trösten Sie sich: Es ist nicht ein einzelner Fall. Ein Großteil der Kündigungen aus Eigenbedarf geschieht aus fingierten Gründen; der wahre Grund ist meist das Bestreben der betreffenden Partei, durch anderweitige Vermietung noch größeren Schaden zu treiben zu können.

Obdachloser Kaffeekausbesucher. Daß Sie Ihre ganze freie Zeit im Kaffeekaus zubringen müssen, weil sie kein heizbares Quartier haben, ist sehr traurig, aber Sie sind nicht der einzige, dem es so geht.

H. R. Ist Herr Jgnaz Mahr, Museumstraße, geneigt, seine „bescheidene“ 8-Zimmerwohnung mit einem oder mehreren Waggonbewohnern zu tauschen. Hätte das Wohnungsamte dagegen was einzumenden? — Schwierig, nur die Magistratsgebühr von 6000 K und 2000 K Stempel bitte nicht zu vergessen!

Nr. 3. Uns ist nur der Ausbau des Dachgeschosses bekannt. Diese Wohnung steht außer Mieterschutz und wird gegen Erlag des einmaligen Betrages von 11 Millionen und 150.000 K Monatszins bei fünfjährigem wissbarren festen Vertrag durch den Hausbesitzer vermiietet. Die Baukosten für Ausbau dieses Dachfußes betragen 4 Millionen Kronen.

Photographen. Da der Kampf für die entrechteten unter den Obdachlosen, die Waggonbewohner, noch immer nicht die gewünschten Erfolge gezeitigt hat und in Desterreich als mitteleuropäische Kulturschande noch immer viele hundert Kinder unter vollem Zugsmaterial heranwachsen, müssen wir zu einem anderen Hilfsmittel greifen, um den Armen zu helfen. Wir richten an Photographen das Ersuchen, uns gegen billige Kosten die Waggonbewohner und sonstige krasse Gläubigerquartiere in ihren jetzigen „Wohnstätten“ zu photographieren, damit wir die Bilder in das uns freundlich gesinnte und neutrale Ausland verschicken können. Vielleicht wird dann der Kulturschande ein Ende bereitet.

Galler Anzeiger. Auf die uns eingelangte Artikkellei über „Wohnungsnot, Mietengesetz und Bauunfähigkeit“ werden wir in unserer nächsten Nummer nach genauem Studium derselben zurückkommen. Wir danken für die Sympathien und die aufmunternden Worte.

Herrart in Dorf Tirol bei Meran. 1. Unsere Mietengesetze sind vom 7. Dezember 1922 und dem Teufel zu schlecht; werden aber sicher in Wäld abgebaut. 2. Wiesen und Acker, sowie Gärten gehören gleichfalls in den Bereich dieses Gesetzes. 3. Unverständlich, da sie nicht angeben, seit wann Sie Besitzer des Anwesens sind.

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck

Ecke Erler- und Museumstraße

Filialen: Kitzbühel — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.

Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.

Einheimisches Geldinstitut



SILBERKRAFTSEIFE
EPP
SEIFEN

Martin Fiegl
INNSBRUCK
Viaduktgasse Nr. 8
Bindermeister

Große Auswahl in vorrätigen Binderarbeiten, besonders Wasch-Wannen, Kinder-Wannen, Schafeln, Fässern u. Bottichen



Alle Reparaturen werden übernommen

Großhandlungshaus
Carl Feichtinger

Innsbruck, Museumstr. 11

empfiehlt zu allerbilligsten Preisen sämtliche

**Strickwaren,
Pelzwaren, Knaben-
und Mädchen-Garnituren,
Strümpfe, Socken,
Handschuhe,
Damen- und Herren-Wäsche**

Größtes Lager aller Mode- Wirk- und Kurzwaren
Groß- und Kleinverkauf

ZWEI WORTE!

Mundings Edel-Punsch bezeichnen ein vorzügliches, billiges Getränk, frei von allen chemischen Präparaten. 1 Liter gibt 9-10 Liter Familienpunsch. Gute, billige Torten, Bäckereien, Bonbons, Malz, Elbisch, Schokolade.

Rum und Obstbranntwein billigst, im großen und kleinen. Wiederverkäufer große Auswahl in Merkanilbäckereien etc., höchsten Rabatt.

Alpenparle, erstklassiges alkoholfreies Erfrischungs-Getränk. Gemütliche Räume mit Terrasse. — Große Tasse Milchkaffee K 1800.—

Gegründet 1858 / **Mundings Konditorei, Café u. Bodega** / Gegründet 1858

ehemaliger Hof- und Kammerlieferant
Kiebachgasse 16

Paris 1900 u. 1908, Wien goldene Medaille und Ehrenkreuz.

MÖBEL AUER & GRAUS
Innsbruck, Leopoldstr. 7

liefert lagende, von bestqualifizierten Tischlermeistern ausgeführte,

Schlaf- u. Speisezimmer, Tiroler Bauernstuben, Küchen- und Vorzimmer-Einrichtungen sowie sämtliche **Polstermöbel**

Matratzen, Diwane, Ottomanen, Kluggarnituren in Stoff u. Leder zu bekannt konkurrenzlosen Preisen u. weitestgehend Zahlungsbedingungen.

Telephon 593/II u. 1114/IV **Eigene Werkstätten** Telephon 953/II u. 1114/IV



**Feichtinger-
Nähmaschinen**
Fahrräder und
Grammophone
Milchzentrifugen

Billigste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer.

JOSEF FEICHTINGER

INNSBRUCK
Maximilianstraße 1
Filiale KUFSTEIN

Josef Kritzinger

En gros Holz- und Kohlenhandlung En detail

Innsbruck, Dufreggerstr. 29

empfiehlt für den Winterbedarf sein großes Lager in Holz, Kohle, Koks, Briketts sowie Sägespäne

Zustellung durch eigenes Lastauto, daher prompte Bedienung gewährleistet.

Die nächste Nummer erscheint am 15. Februar

BAU- UND MOBEL-TISCHLEREI

M·A·T·T·H·I·A·S B·U·K·O·W·E·T·Z

INNSBRUCK, MARIA THERESIENSTRASSE 38

Wohn-, Schlaf- und Speisezimmer, Büro-Einrichtungen, Vertäfelungen jeder Art werden in allen Stilarten angefertigt

Für solide Ausführung wird garantiert — Uebernahme sämtlicher Bauarbeiten

Kleine Anzeigen.

Wer zieht aufs Land?

Familien, besonders Pensionisten, die Wohnungsinhaber sind, aber aus keinem Grunde gezwungen sind, in der Stadt zu wohnen, und gesonnen sind, am Lande Wohnung zu nehmen, wo es ja noch schöne und ruhige Wohnungen gibt, mögen sich in der Vereinskanzlei melden. Als Ablösung für die Wohnung werden die Abmietungskosten bezahlt.

Sekretär gesucht.

Wir suchen für unseren Verein einen Sekretär, der in allen Büro-Arbeiten bewandert ist. Nur schriftliche Angebote an den Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden.

Anfällige, ehrliche Arbeitslose.

Invalide, usw. finden lohnende Beschäftigung durch Reinigungsportage und andere Arbeiten. Zu melden in der Kanzlei des Obdachlosenvereins.

Delogierte Familie.

drei Personen, mit 19jähr. Sohn, sucht annehmbare Untermiete oder Wohnung, außerhalb des Mietengesetzes stehend; sie ist zu Geldausgabe bereit.

Bei schriftl. Anfragen

wolle Rückporto beigefügt werden.

**Kleiderhaus und Maßgeschäft
Josef Schirmer
nur Innsbruck, Landhausstr. 6**

Älteste, leistungsfähigste
Bezugsquelle für
Fertige Herren- und
Knaben-Bekleidung

Feinste, gediegenste Maßanfertigung
speziell in modernsten Sportfassonen

Reserviert
für das
Zentral-Kino

**HANS SPORER
INNSBRUCK, SEILERGASSE 3**

HAUS- u. KÜCHENGERÄTE

Glas-, Porzellan- und Stein-
gutwaren, Emailgeschirr in
vorzüglichen Qualitäten

Rasiere dich selbst

kaufe deine

Klingen, Seifen, Pinsel, Apparate
und alle anderen Hilfsmittel bei

**Tachezy, Innsbruck
Museumstraße 22**

dann sparst du Geld.



**10—30%
Preis-Ersparnis**

Bevor Sie Ihren Bedarf in Schuhen decken
beachten Sie im eigenen Interesse meine
konkurrenzlos niederen Preise

Die Qualität meiner Schuhwaren
ist anerkannt unerreicht

Schuhhaus Zwick, Anichstr. 5

Haus- u. Küchengeräte

Gegründet
1854

jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge
in allen Ausführungen, Eisen- und Metall-
waren, landwirtschaftl. Geräte, Schrauben-
waren, Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche,
verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.

Gegründet
1854

**Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)
INNSBRUCK, Leopoldstraße 3 (Gasthof Greif)**

Interieren Sie im Kleinen
Anzeiger.

Meisel & Schneider

Erstklassige Bezugsquelle für
Seidenwaren / Etamine
Samte / Wirkwaren
Schneiderzugehör
Futterwaren
Aufputzartikel
Damenwäsche
Handtaschen

Innsbruck, Anichstraße Nr. 3

Öffentlicher Dank.

Den wärmsten Dank sagen
wir dem Herrn Bürgermeister
und Mühlenbesitzer Rauch
in Mühlau, der unserem Verein
300 Kilogramm Nullermehl in
hochherziger Weise gespendet
hat.

Der Ausschuß.

Bevor Sie einen

Regenschirm

kaufen, besichtigen Sie, bitte, in Ihrem eigenen
Interesse das riesige Schirmlager der

**Erste Tiroler Schirmfabrik
FRANZ FRECHINGER
Innsbruck, Maria Theresienstr. 22**

Tief reduzierte Preise.

Damen und Herrenschirme
von K 55.000.— aufwärts
Reparaturen u. Überziehen
raschest und billigst.

Elektro- Artikel Apparate Material

kaufen Sie
preiswert bei



**P. Schneider
Innsbruck**

Karl Ludwigplatz Nr. 8
Telephon Nr. 1167/6



Ständiges Lager von:
Fahrrädern, Nähma-
schinen, Zentrifugen
Erstklassige Marken in jeder Preislage.
Mechanische Reparaturwerkstätte



Neuheit:
„ZELBO“-Friscerhaltungs-Apparat

erhältlich nur bei

NIKOLAUS GASSLER, Innsbruck, Leopoldstr. 36

Wagenlackierer
Sattler
und
Taschner

Innsbruck
Rieseng. 8
(Altstadt)



Friedrich Mühlgraber

Gelegenheits-
Käufe von
Wagen
Geschirren
Koffern
und
Taschen

Reparaturen
prompt!

Wenn Sie
bei unseren Inserenten
Bestellungen machen, dann
vergessen Sie nie
sich auf dieses Blatt zu be-
rufen. Sie nützen uns
dadurch!

Telephon: Pradl 25



Telephon: Pradl 25

JOHANN TANZER & CO

handelsg. protok. Holz- und Kohlen-Großhandlung
Innsbruck-Pradl, Hunoldstraße 17a

Prompte Lieferung. Beste Zahlungsbedingungen.

Aufruf!

Die Wohnungsnot mit allen ihren gesundheitlichen, sittlichen und anderen Gefahren wächst von Tag zu Tag. Fast ein Drittel der gesamten städt. Bevölkerung ist direkt oder indirekt von dem großen Wohnungselend betroffen. Niemand ist sicher, ob ihm nicht selbst das traurige Schicksal über kurz oder lang beschieden ist, das heute über die vielen tausenden Obdachlosen, Wohnungsuchenden und Delogierten hereingebrochen ist. Die staatlichen und kommunalen Mittel reichen nicht aus, dem Wohnungsmangel ernstlich und dauernd an den Leib zu rücken; sie sind nur Tropfen in einem Fasse.

In den Zeiten vor dem Kriege wurden in Innsbruck alljährlich mindestens 30 Neubauten aufgeführt; seit 9 Jahren ruht aber fast jede Bautätigkeit. Alle gesetzlichen Maßnahmen, die Wohnungsnot wirklich zu lindern, haben sich bisher in der Praxis als völlig unzureichend erwiesen. Nur eine allgemeine Belebung der privaten Bautätigkeit kann dem großen Wohnungsmangel abhelfen.

Der Verein der Obdachlosen in Innsbruck will nun durch prakt. Selbsthilfe, soweit es in seinen Kräften steht, darangehen, für einen Teil der Ärmsten unter den Armen, die schon seit mehreren Jahren obdachlos sind, Wohnhäuser auf städt. Gründen bauen. Um für diese Zwecke den Grundstock eines Kapitals aufzubringen, hat der Verein eine

Effekten-Lotterie

mit wertvollen Treffern

mit staatlicher Genehmigung und unter staatl. Aufsicht veranstaltet.

Die Gewinnmöglichkeiten sind sehr groß,

da mindestens 20% des Anlagewertes auf Treffer entfallen, die in schönen Wohnungs- u. Zimmereinrichtungen u. anderen wertvollen Gebrauchsgegenständen bestehen. Der gesamte Reingewinn wird

zum Bauen von Wohnhäusern

verwendet. Ein Los kostet 10.000 Kronen. Die Ziehung findet am 15. April 1924 im Parissaal des Tiroler Landhauses in Innsbruck im Beisein eines Notars statt.

Die Lose gelangen ab 20. Jänner zur Ausgabe.

Sie sind durch die Alpenländ. Vereinsbank und ihre 7 Filialen, durch größere Tabaktrafiken, durch alle größeren Buchhandlungen oder direkt durch die Kanzlei des Vereines der Obdachlosen, Innsbruck, Rathaus, zu beziehen.

Der Obdachlose

Schriftleitung und Verwaltung:
Innsbrucker Rathaus (Post. 1118)
Inserate nach Tarif //

und Wohnungsuchende

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 3

Innsbruck, 1. Februar 1924

Erscheint 14 tägig

Es muß gebaut werden!

In Anbetracht des großen Wohnungselends und des Versagens der Gesetzgebung und der Behörden, dieser wahren Volksnot abzuhelfen, sowie im Hinblick auf die Notwendigkeit durch Belebung der privaten Bautätigkeit der gesamten Volkswirtschaft wirksam unter die Arme zu greifen, hat sich der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck entschlossen, eine große Effektenlotterie zu veranstalten, deren Erlös als Grundstock einer zu gründenden Baugesellschaft dienen soll. Mit den Mitteln der Allgemeinheit sind einzelne wenige in den Besitz einer Wohnstutte gekommen, während der allergrößte Teil der Wohnungsuchenden noch heute vergeblich auf Zuteilung wartet und auf Jahre hinaus zu warten rerurteilt ist, wenn nicht mit allen Mitteln und mit fester Energie darangegangen wird, die private Bautätigkeit zu heben und Häuser zu bauen.

Unser Verein ist an maßgebende Persönlichkeiten und Großfirmen herangetreten und hat sie zum Bau von Wohnungen wenigstens für ihre Angestellten und Arbeiter energisch aufgefordert, sie an die Pflicht der Allgemeinheit gegenüber erinnert und ihr Gewissen ordentlich aufgerüttelt. Von einigen Seiten sind auch schon ganz bestimmte bindende Zusagen eingelangt, so daß zu hoffen ist, daß die Bautätigkeit im heurigen Jahre doch etwas lebhafter sein wird als in den letzten Jahren. Wir begrüßen jede diesbezügliche Regung und werden auch nicht erlahmen, unsere Bestrebungen in dieser Richtung fortzusetzen. Das viele Reden, das Enquête- und Sitzunghalten hat keinen Zweck mehr. Es muß sofort an die Arbeit gegangen werden! Mit dem Reden und Debattieren ist schon mehr als genug viel Zeit nutzlos vergeudet worden, während auf der anderen Seite die Wohnungsnot ins Ungeheure wächst und die allgemeine Wirtschaftslage infolge Ausschaltung eines so wichtigen Zweiges, wie es das Baugewerbe ist, in ihrer Entwicklung gehemmt wird. Auch die Diskussion, ob zuerst die Mietenschutzgesetze fallen und dann gebaut werden soll oder ob zuerst gebaut und dann erst das Mietenzwangsgesetz allmählich verschwinden soll, verläuft resultatlos; sie läßt nur mit jedem Tag, der nutz- und tatelos verstreicht, die Vergrößerung des Wohnungskandals zu.

Unser erster Aufruf und die persönliche Agitation für unsere Baugesellschaft haben bereits schöne Erfolge gezeitigt. Zahlreiche Persönlichkeiten haben der Baugesellschaft, die die Einlagen verzinsen wird, Kapitalien zur Verfügung gestellt; es sind bereits einige 100 Millionen Kronen gezeichnet. Einige maßgebende Grofinanzleute sind noch ausständig, doch haben wir auch von dieser Seite fast bindende Zusagen erhalten. Die zur Verfügung gestellten Kapitalien werden in sicherer und gut verzinsten Art angelegt und je nach der Höhe auf den Häusern als Anteile grundbücherlich gutgeschrieben. Die Verwaltung des Kapitals erfolgt durch Banken und Sparkassen, mit denen bereits ständige Fühlung hergestellt ist.

Wir fordern noch alle Interessenten, die in der Lage sind, Anteile der Baugesellschaft von einer Million Kronen aufwärts zu zeichnen, auf, sich in unserer Kanzlei zu melden oder uns schriftliche Anmeldungen zukommen zu lassen. Schon in den nächsten Wochen werden die Anmeldungen zum Abschluß gebracht; hierauf werden alle Interessenten zwecks Konstituierung der Baugesellschaft von uns verständigt werden. Es darf keine Zeit vergeudet werden, da wir die heurige Bauperiode voll ausnützen wollen!

Auf ans Werk! Diejenigen, die ihre Kapitalien der Baugesellschaft zur Verfügung stellen, sichern sich nicht nur eine gute Verzinsung, sondern sie

Das Volk in Not — Heimlosigkeit und ihre Bedeutung für das soziale Leben

Beamtenabbau — Kanzleienaufbau

Das Sudbahninspektorat und die zwei Fahndungsbezirke in Innsbruck

Die Selbsthilfe — der kürzeste Rettungsweg

Unter der Lupe

Die früheren Zahlen des Innsbrucker Wohnungsamtes

Lehrreiche Erfahrungen — Elendsbilder

Der Uebergang zur freien Wohnungsbewirtschaftung

helfen auch mit, das große, durch die Wohnungsnot hervorgerufene Elend zu lindern.

Reichtum verpflichtet! Wer mit irdischen Glucksgutern gesegnet ist, darf sich dieser großen Aktion nicht entziehen! Die beste und zweckmäßigste Förderung des Wiederaufbaus unseres Landes und des Wiederaufstiegs unseres Volkes ist die Mithilfe an der Milderung der gräßlichen Wohnungsnot.

Praktische Arbeit.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter erhalten wir folgenden Artikel, den wir vollinhaltlich zum Abdruck bringen, ohne uns mit seinem Inhalt voll zu identifizieren.

Die Obdachlosen und Wohnungsuchenden sind angesichts der Ausichtslosigkeit einer baldigen Beendigung ihrer Leiden in einer Verzweiflungsstimmung. Turmhoch sind die Hindernisse, die sich einer Wiederaufnahme der normalen Bautätigkeit entgegenstellen, gar nicht zu reden von einem Nachholen der Mistand in der Wohnungsbau. Alle Ausdrücke der Verzweiflung, Anklagen gegen die wirklichen und vermeintlichen Schuldigen an die en Zuständen, aber auch die einleuchtendsten sachlichen Gründe für ein Abgehen von der bisherigen Politik des Vogel Strauß, das Elend nicht sehen zu wollen, scheitern an der Macht der Tatsache, daß die Ursachen der Wohnungsnot zu tief liegen, um sie ohneweiters durch Verzweiflungsausbruche oder die trefflichsten Argumente beseitigen zu können.

Das bestehende Mieterschutzgesetz ist nicht allein schuld, wenn es auch die Möglichkeit schafft, daß sich eine Reihe von Menschen mißbräuchlich Vorteile auf Kosten der Wohnungslosen sichert. Die Beseitigung dieses ziemlich letzten Produktes des Kriegszustandes stößt aber auf derartige, fast unüberwindliche Schwierigkeiten, daß man versuchen muß, es auf dem Wege einer praktischen Wohnungspolitik aus dem Wege zu räumen.

Die bisherigen Kämpfe zur Beseitigung dieses Zwangsgesetzes haben infolge der großen Interessengegensätze und der politischen Machtverhältnisse der Parteien kein Resultat erzielt, es soll daher ein anderer Weg versucht werden.

Das Mieterschutzgesetz mußte seinerzeit wie alle anderen Zwangsgesetze gemacht werden, da sonst bei aller Strenge der Kriegsgesetze die Fronten nicht hätten gehalten werden, wenn die Vaterlandsvertheidiger hätten besurkten müssen, daß ihre Familien das Dach über ihrem Haupte verlieren könnten. Der Krieg ist vorbei, die Zwangsgesetze wurden abgebaut, aber das Mieterschutzgesetz ist geblieben. Diese Tatsache ist nicht auf den bloßen bösen Willen zurückzuführen, sondern auf volkswirtschaftliche Gründe.

Wenn nun die Herstellung des vorkriegszeitlichen Zustandes im Wohnungswesen durch eine parlamentarische Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung auf schier unüberwindliche Schwierigkeiten stößt — es näher auszuführen, würde zu weit führen — andererseits aber die Wohnungsnot einen derartigen Umfang annimmt, daß sie eine Gefahr für das Volksganze wird, so muß man dem Uebel beizukommen versuchen, ohne daß die besurkten volkswirtschaftlichen und politischen Ersutterungen

eintreten. Es muß der Weg der Ueberstuffigmachung des Mieterschutzgesetzes durch praktische Bautätigkeit beschritten werden.

Das bestehende Gesetz besagt, daß alle Neubauten außerhalb des Mieterschutzgesetzes stehen. Wenn dennoch nicht gebaut wurde, so hatte dies seinen Grund in den Baukosten, die jede Rentabilität angeblich ausschloen. Warum fehlt die Rentabilität? Sie fehlt eigentlich nicht, sondern es ist bloß die Möglichkeit vorhanden, das Bargeld verleihtester in der Spekulation anzulegen, so daß es keinen Baulredit und keine Hypotheken gibt und deshalb will niemand bauen, weder Privatkapitalisten noch Banken.

Hier muß aber der Hebel angefaßt werden, um das Mieterschutzgesetz uberstuffig zu machen. Durch moralische Einflußnahme und wenn es sein muß durch gesetzlichen Zwang! Die Mittel der Volkswirtschaft dürfen auf die Dauer nicht länger bloß zur Spekulation auf industrielle und Handelsgewinne in wucherhafter Höhe Verwendung finden, sie müssen auch der Hebung der Bautätigkeit zugeführt werden, denn es ist ein verbrecherischer Zersinn zu glauben, daß es genügt, Fabriken, Handelsunternehmungen zu schaffen, muelosen Gewinn dabei einzustreichen, ohne daran zu denken, daß die Menschen auch wohnen müssen.

Der neue praktische Weg zur Beseitigung des Wohnungselends liegt in der Beseitigung des Mieterschutzgesetzes durch die Bautätigkeit, die, wenn es sein muß, erzwungen wird. Ein schlechtes Zwangsgesetz muß durch ein gutes abgelöst werden. Wo nicht soziale Einsicht, realer Erwerbssinn, Erkennung der Pflichten des Besitzes vorhanden sind, muß der Zwang des Gesetzes nachhelfen.

In demselben Maße, in dem die Bautätigkeit sich entwickelt, wird auch das Mieterschutzgesetz fallen. Die Lohn- und Gehaltsfae werden sich den neuen hohen Mieten ebenso anpassen wie seinerzeit bei der Aufhebung der Prozentschuffe.

Das Privilegium der derzeitigen Besitzer von Wohnungen, fast umsonst und miunter sehr bequem zu logieren, wird damit fallen, wenn auch dem Kündigungsrecht bis zur Herstellung normaler Verhältnisse noch einige Schranken gesetzt bleiben müssen.

Es ist schließlich noch der Einwand zu beleuchten, daß bei dieser Regelung der Wohnungsfrage eigentlich die Besitzer der alten Häuser die Kriegsgewinner sein werden denn sie erhalten dann ebenso wie die Erbauer der neuen Häuser hohe Mietzinse, die im Hinblick auf die entwerteten Hypotheken einen ungebührlichen Rentengenu darstellen. Diesem ungerechtfertigten Vorteil muß dadurch vorgebeugt werden, daß durch das gleiche Zwangsgesetz, welches das Bauen neuer Häuser durch Opfer der Besitzenden und der Mieter, sowie der Arbeitgeber ermöglichen soll, auch vorzuschreiben ist, in welchem Ausmaß die Besitzer alter Häuser zu Wohnbauzwecken der Gemeinden beizutragen haben. Die neu entstehende Wohnungskonkurrenz der neuen Häuser wird übrigens den Besitzern der alten Häuser Bagel in der Begehrlichkeit aufzulegen.

Wir stellen diesen nur in großen Umrissen skizzierten Gedanken der Beseitigung des Mietenzwangsgesetzes durch ein Wohnbauzwangsgesetz zur Diskussion. Der bisherige wilde Kampf zwischen Wohnungslosen, Wohnungsbesitzenden und Hausbesitzern um das

Mieterschutzgesetz führt zu keinem Ende. Es muß auf anderem Wege die Entscheidung herbeigeführt werden.

Anmerkung der Redaktion: Wir bringen diese Ausführungen, können uns jedoch nicht mit allem einverstanden erklären. Es ist richtig, daß Neubauten, die ohne Subventionierung des Staates ausgeführt werden, außerhalb des Mietengesetzes stehen, aber nicht richtig ist es, daß ausschließlich die geringe Rentabilität für das angelegte Baukapital der einzige Grund für das Ruhen der Privatbautätigkeit ist.

Als eine ausschlaggebende Ursache, daß so wenig zeitig gebaut wird, ist das allgemein noch vorhandene Mißtrauen gegen unsere Staatswirtschaft und Gesetzgebung. So haben sich bei einem Innsbrucker Baumeister, dessen Name uns bekannt ist, 8 Interessenten für Wohnungen eingeschrieben, die zusammen die Baukosten für ein 3 Stock hohes Haus hergeben wollten; jedoch hat der betreffende Baumeister mit dem Bemerkten abgelehnt, daß er keine Sicherheit habe, daß nicht doch, wenn heute oder morgen wieder die Ruten zur Regierung kommen, auch die Neubauten unter das Mieterschutzgesetz gestellt werden.

Während eben im Auslande großes Vertrauen zu unserer Verwaltung und zur Sanierung vorhanden ist, wie überhaupt der Kleinstaat Oesterreich vorläufig als ein konsolidierter Staat betrachtet wird, raunzen wir Oesterreicher, seit jeher so gewohnt, an allen unseren Einrichtungen, Gesetzen und Regierungsmännern herum.

Wir können uns auch nicht der Ansicht anschließen, daß die Hausbesitzer alter Häuser nach Inkrafttreten des in diesem Artikel enthaltenen Vorschlages als Kriegsgewinner zu bezeichnen wären, denn diese haben nun fast durch ein Dezennium in ihrem rechtmäßigen Eigentum andere gehalten und wälten lassen, keinen Ertrag aus ihren Häusern gezogen und werden bei freier Wohnungsverwaltung wieder dem Staate die Hauszinssteuer entrichten müssen.

Wir stehen auf dem Standpunkt: Man muß die Schnur, Hausbesitzer zu werden, durch entsprechende Gesetze wieder in die Allgemeinheit tragen und entsprechende Kreditverhältnisse schaffen, dann erst wird die private Bautätigkeit richtig in Schwung kommen.

Heimlosigkeit und ihre Bedeutung für das soziale Leben.

Von Direktor Karl Eisenegger des Tiroler Karitasverbandes.

Bereits in der Friedenszeit bildete die Obdachlosensfrage ein bedeutendes Problem für den denkenden Fürsorger. Die Obdachlosen-Statistik lehrte allzu deutlich, daß sich die Obdachlosigkeit nicht mit wenigen, vorübergehenden, traurigen Einzelfällen erschöpfte, sondern, daß es sich dabei „um regelmäßig wiederkehrendes, unheimlich anwachsendes Elend“ handelte, wie der damalige Karitas-Sekretär A. Färinger in Wien schon im Jahre 1916 unter Darlegung erschütternder Zahlenmaterials nachwies, und mit einer Sicherheit, die heute fast prophetisch anmutet, wies er darauf hin, daß wir „in dieser Hinsicht sehr ernsten Zeiten entgegen gehen“.

Das Wort hat sich erfüllt. Wir stehen heute vor einem Obdachloseneleud, das Niesensformen angenommen hat, Formen, die zu Kriegsende noch kaum jemand für möglich gehalten hätte. Und immer greifbarer reisen

die bösen Früchte des Masseneleuds.

Der tagtäglich in der traurigen Lage ist, die Auswirkung der Zeitverhältnisse an Einzelmenschen zu beobachten, den Gründen der Verelendung bei niedergeborenen Existenzen nachzuspüren und die geheimen Zusammenhänge zwischen Not und Schuld, äußerer Bedrängnis und innerem Niedergang zu ahnen, den möchte fast eine Art Entsetzen erfassen beim Gedanken, daß die Obdachlosigkeit Tausender nach fünfjähriger Nachkriegszeit nicht nur nicht erleichtert erscheint, sondern sich im Gegenteil in immer krasserer Ungeheuerlichkeit offenbart.

Wir werfen nicht die Frage nach den Schuldträgern auf. Die mühte heute wohl mit einem ziemlich unzweideutigen: „Wir alle sind mehr oder minder schuld daran“ beantwortet werden, denn die Zahl der Tat- und Unterlassungssünden ist Legion, angefangen von dem grausam präsenten Worte des Vermieters von einst: „Haben Sie Kinder?“ und der diplomatischen Umgruppierung von Küchen und Kammern, um niemand Unwillkommenen „hineinnehmen“ zu müssen, bis zum brutalen planmäßigen Wohnungswucher, der uns heute völlig himmelschreiend anmutet.

Das Uebel wird dadurch nicht kleiner, daß die verbitternde Schuldfrage immer wieder in den Vordergrund gerückt wird; nur die sühnende Tat von Seiten jedes Einzelnen vermöchte ein Merkliches gegen die Volksschuld, an der nur die wenigsten ohne jeden Anteil sind.

So wenige ganz Schuldlose, so wenige mag es aber auch geben, die sich der Bedeutung einer gesunden Wohnungsfürsorge für unser Volksleben völlig bewußt sind.

Und doch beruht auf allgemein geordneten Wohnungsverhältnissen zu einem Großteil das Wohl des Volkstanzes.

Wo baut sich ein gedeihliches Familienleben besser auf als im geschlossenen Dacheim, in dem jedes größer werdende Familienglied das wärmste Interesse daran hat, mitzuschaffen, zu verschönern, zu hegen und zu hä-

ten, was dem Kleinen Kreise eigen ist? — Und wo wird das Kind stiller stärker werden, gesundheitlich behüteter sein: unter den Augen der Mutter und des Vaters, die jedes aufsteigende Unheil in der ersten Schwäche noch ersticken, jedes werdende Gute schonend und liebend fördern können — oder auf der Gasse? Dieser letzteren aber fällt mehr minder jedes Kind anheim, das kein Zuhause hat! Welche Eindrücke, was für Anregungen senken sich in die junge Kinderseele, die fragend vor dem Leben steht und der nur die lauten, wirren Stimmen der Straße Antwort geben; die sich weich und anschniegend wissender Güte anvertrauen möchte und dafür dem Hasse, der zynischen Ausgelassenheit, dem gierigen Materialismus all derer begegnet, die nicht zu Hause sind, die vielleicht selbst niemals um den Frieden und die Freude eines warmen Familienlebens gewußt haben?

Und was wird aus heimlosen Kindern? Werden es schwache, sehnüchlich Wartende oder roh und brutal Zertretende, wie sie selbst zertreten waren? Wohnungsfürsorge, Heimvorbereitung für die Familie und

das Kind ist Zukunftsarbeit!

Wenn einem Durchschnittsjungen der Begriff „Heim“ nur etwas Unangenehmes, ja Widerliches bedeutet, mit dem sich Verdricklichkeit und Ungunst, Einschränkung und Ueberborteilung immerzu decken, so wird er schwerlich sein Denken und Wünschen auf ein geordnetes Heimleben, auf die gesunde Familie einzustellen vermögen. Wie soll ein Mädchen, das selbst nie ein Dacheim kennen gelernt, Sinn und Eignung zum Frauentum im häuslichen Kreise in sich nähren? Wenn sie nicht gerade ein günstiges Schicksal in eine Stellung, in eine Umgebung führt, wo sie Hauswesen und Hausfraulichkeit verstehen lernt, so sind die Vorzeichen für eine zu gründende Familie völlig trostlos. Oder sollte eine Jugend, im Wagon oder in Hotelzimmern verlebte, eine starke Gewähr für unberührte Jugendblüte, für Liebe zum Heim, für Stetigkeit und Zufriedenheit, für sinnigen Fleiß und fröhliche Sparfamkeit bieten? Ganz gewiß kann eine brave Mutter auch unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Müt-

Teppichhaus
WEISER & FOHRINGER
INNSBRUCK
Landhausstraße 3

Teppiche, Vorhänge, Decken, Wachstuch,
Linoleum, Möbelstoffe, Matratzengradl

terlichkeit bewahren und durch den Sonnenschein und die Lichtigkeit ihres eigenen Wesens auch den armseligsten Winkel nach und nach zum Heim machen — aber wieviele bringen dazu die innere Kraft auf? Und wer wollte ihnen ein Verlagen unter solchen Umständen zum schwersten Vorwurfe machen?

Die hygienische und volkswirtschaftliche Wichtigkeit der Heimfrage zu erörtern, ist hier nicht der Raum. Von welcher Bedeutung das Heim für die Arbeitsfreudigkeit, Schaffenslust und Berufsjrische des Einzelnen ist, weiß jeder Leser wohl aus eigener Erfahrung. Wie oft haben Kraft und Unfähigkeit, stählerne Nerven oder Widerstandlosigkeit, Aufgeschlossenheit oder Stumpfheit ihre letzte Ursache im Heim!

Tausendfältig wirkt die Umgebung auf den Menschen, besonders auf den werdenden Menschen ein. Wollen wir ein gesundes, ein tatfrohes und glückliches Volk, so ist es erstes Erfordernis, nach Kräften die Vorbedingungen hierfür zu schaffen. Eine gerechte und weitblickende Wohnungsfürsorge zählt dazu in hervorragender Weise. Hätte die Karitas in Tirol die Mittel, die es ihr gestatten würden, über die gesteckten Schaffenskreise auch nur um Armeslänge hinauszuweichen, wahrlich, sie würde diese vorbereitende Arbeit am Volksglück nicht eine Stunde unberücksichtigt lassen. Sobald die Mittel aber nicht einmal für die brennenden Augenblickserfordernisse der Fürsorge hinreichen, ist ihr ein großzügiges Mitschaffen

An die Mitglieder und Leser!

Wir waren bei Gründung des „Obdachlosen“ der Meinung, daß es genügen würde, wenn wir monatlich einmal zur breiten Öffentlichkeit durch unser Organ sprechen. Nun hat sich aber die Zeitung schon so bald als eine Notwendigkeit erwiesen, daß wir uns entschlossen haben, zweimal im Monat zu erscheinen.

Der „Obdachlose“ erscheint jeden 1. und 15. im Monat. Für die uns von allen Seiten und allen Kreisen, auch aus dem Auslande, zugekommenen Zustimmungserklärungen sagen wir herzlichsten Dank. Wir bitten, unsere Bestrebungen und unser Organ auch fernerhin kräftigst zu unterstützen.
Die Redaktion.

leider versagt. Umso dringlicher jedoch richtet sie ihren Ruf an jene, die durch Besitz, durch Stellung oder Einflußkraft in der Lage sind, der Not der Obdachlosigkeit Schranken zu setzen:

„Rettet die Kinder, die Jugend, die Familie, die Volkskraft durch eine große, wahrhaft menschenfreundliche Tat! Schafft Heime, öffnet den Armen ein Asyl der Heimsüchlichkeit, wo Gesundheit, Friede, Wohlstand und Sitte Schutz finden — seid Menschen gegen Menschen!“

Unter der Lupe.

Die kritischen Zahlen des Innsbrucker Wohnungsamtes.

Mitte Jänner hat das städtische Wohnungsamt in Innsbruck in der Tagespresse an Hand von Zahlen seine Unentbehrlichkeit nachweisen wollen. In dem Berichte wird u. a. erwähnt:

„Vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1923 wurden 1287 Vormerkungen wohnungsuchender Parteien entgegengenommen, insgesamt erfolgten bisher seit dem Bestehen des Amtes 8029 Anmeldungen. Am Schlusse des Berichtsjahres verblieben noch 4659 Parteien in Vormerkung, hievon 965 als vordringlich klassifizierte. Es mußten 204 rechtskräftig gerichtlich geländete, bezw. delogierte und obdachlose Parteien in die Liste der Delogierten aufgenommen werden, von diesen wurden 136 untergebracht, 68 barren noch der Erledigung. Im Rahmen der öffentlichen Wohnungsfürsorge sind 731 Parteien untergekommen.“

Den vorstehenden Auszug des Tätigkeitsberichtes des Wohnungsamtes müssen wir ein wenig unter die Lupe nehmen und ihn teilweise ergänzen, um der großen Masse der Wohnungsuchenden ein richtiges Bild zu geben.

In dem Berichte heißt es: Am Schlusse des Jahres 1923 verblieben noch 4659 Parteien in Vormerkung. Der Ungeweihte wird glauben, daß in dieser Zahl alle Wohnungsuchenden und unter der Wohnungsnote stehenden enthalten sind. Dem ist jedoch bei weitem nicht so. Alle hier nicht Heimatberechtigten und diejenigen, die nicht durch dringende berufliche Tätigkeit am Platze gezwungen sind, hier zu wohnen, werden beim Wohnungsamte gestrichen. Niemand kann aber bestreiten, daß auch diese Familien, wenn sie hier schon einmal domizilieren und eine Uebersiedlung aus finanziellen oder sonstigen Gründen nicht durchführen können und gleichfalls unter der Wohnungsnote leiden, in die erwähnte Zahl Wohnungsuchender einzubeziehen wären. Ferner gibt es Familien, deren Wohnungskalauidien erst jüngsten Datums sind, z. B. jungverheiratete Ehepaare, denn Familienwachst, die einsehen, daß eine Anmeldung beim Wohnungsamte zwecklos ist und einfach die Anmeldung unterlassen. Nach unserer vorsichtigen Schätzung gehören zu der vom Wohnungsamte angegebenen Zahl von Wohnungsuchenden noch zirka 20 Familien. Ohne Uebertreibung sind in Innsbruck zirka 5500 wohnungsuchende Familien mit einem Durchschnittshande von drei Köpfen pro Familie, also zirka ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Der Bericht behauptet, daß im Rahmen der öffentlichen Wohnungsfürsorge 731 Parteien untergekommen sind. Auch diese Unterbringung der Parteien muß näher beleuchtet werden: Zwei Drittel derselben sind tatsächlich für die Wohnungsfürsorge erledigt. Sie haben in einem Normalhause eine Wohnung erhalten und ihre Existenz ist gesichert. Ein Drittel ist jedoch von einem Loch, von einem Elendsquartier, von einer Parade in die andere einfach übersteuert. Wohl hat sich ihre trostlose Lage um ein klein wenig verbessert, aber für die Wohnungsfürsorge sind sie keinesfalls erledigt. Dann alle 160 Familien im Baradenlager, alle Familien im Turnvereinshaus, im Autoersahdepot, im Prägelsbau usw. sind und bleiben Wohnungsuchende und es ist eine kulturelle Notwendigkeit, ehestens mit diesen Elendsquartieren aufzuräumen.

Weiters erwähnt der Bericht 965 Parteien als vordringlich klassifiziert, d. h. Familien, die in Räumen, die vom Stadtpfysikat zum Wohnen als ungeeignet erklärt wurden oder in Räumen hausen mit starkem Ueberbelag, so daß mit Rücksicht auf Gesundheit und Verschiedenartigkeit der Geschlechter größere Wohnungen oder eine Trennung der betreffenden Partei dringend notwendig wäre. Es sind dies also Familien und Parteien, die nicht länger in ihrer jetzigen Unterkunft belassen werden dürfen. Wenn aber nach Angabe des Wohnungsamtes zirka 700 Parteien im Jahre 1923 untergebracht wurden (wie, das wird oben erwähnt), so kann sich jeder vordringlich klassifizierte selbst ausrechnen, daß bei 900 Vordringlichen im Jahre 1924 wieder nur ein Teil untergebracht werden kann. Nun fragen wir: Heißt das Wohnungsfürsorge, wenn Vordringliche, also ausgesprochene Elendsquartierbewohner, jahrelang diese Fürsorge nicht aus dem Elend herauskommen und vor dem Untergang gerettet werden können? Aber wir haben noch andere Klassifizierte: Ia und Ib, das sind jene, die in unhaltbarer Untermiete, in getrenntem Haushalte zu leben gezwungen sind und Anwartswohnende, die zur Ausübung ihres Berufes täglich in die Stadt hereinfahren müssen. Für sie ist die sogenannte Wohnungsfürsorge überhaupt vollständig zwecklos, denn sie können durch unsere heutige Wohnungsgesetzgebung niemals zu einer Wohnung gelangen!

Dies kurz zur Aufklärung der Wohnungsbewerber. Es hat daher keinen Zweck, sich beim Wohnungsamte vorzumerken und dieses zu befürmen. Hilfe kann nur der sanftweise Abbau unserer heutigen Wohnungspolitik

bringen, und dazu ist unsere große Organisation da.

Beamtenabbau — Kanzleienaufbau.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Regierung gibt von Zeit zu Zeit in Berichten über den Fortgang der Sanierungsaktion die Ziffern bekannt, wie viele Beamte dem Abbau verfallen und wie viele noch abzubauen sind. Der klare Menschenverstand folgert daraus, daß mit dem Beamtenabbau auch eine Verminderung der Zahl der Kanzleiräume eintritt. Dem ist aber, wie die Praxis lehrt, nicht so. Der heil. Bürokratius arbeitet eben ohne Verstand und zeigt sich

den wirklichen Verhältnissen gegenüber blind. Er trägt heute vielfach einen noch längeren chinesischen Zopf als in den Zeiten der Monarchie. Was kümmert ihn Not und Elend, unter denen ja die eigenen Beamten auch schwer leiden? Er ist selbst dem Wohnungselend der eigenen Beamten gegenüber fast wie eine Hundeschwauze. Ihn haben alle sozialen Fortschritte nicht berührt, er ist in früheren Jahren nur mit trockenen Gesetzesparagraphen und toten Buchstaben erzogen worden und hat seither nichts mehr dazu gelernt.

Es wurde schon in der letzten Nummer dieses Blattes darauf aufmerksam gemacht, daß

das Gebäude des Südbahninspektorates am Bahnhofplatz

durch die Uebernahme der Südbahn in den Bundesbahnbetrieb für Wohnungen frei zu machen wäre. Bei den Bahnen ist der Abbau vielleicht zu radikal vorgenommen worden; wieso werden aber keine Kanzleien frei, um die übernommenen Südbahnbeamten im großen Direktionsgebäude im Sagen unterzubringen? Kann man in der „Tintenbürg“, wie das Direktionsgebäude im Volksmunde in Innsbruck genannt wird, wirklich die Südbahnbeamten nicht mehr unterbringen? Wie man hört, soll das Südbahninspektoratsgebäude die Beamten aufnehmen, die gegenwärtig in Baracken am Bahnhofe arbeiten. 60 Beamte sollen angeblich noch in Baracken arbeiten und für diese soll das Südbahninspektoratsgebäude freigemacht werden. Wahrscheinlich wird man dann in die Baracken die obdachlosen Familien mit Kindern und Säuglingen stecken! Während die Familien Tag und Nacht in Räumen hausen müssen, die Beamten aber in der Mehrzahl doch nur achttündigen Dienst leisten, so kommt man eben wieder dazu, daß dem heil. Bürokratius das Wohl und Wehe von Familien — und unter diesen sind zahlreiche Beamtenfamilien — gar nichts gilt! Also Kanzleien kommen in festgebauten Häusern, Familien mit Säuglingen werden in Baracken untergebracht und dies alles im Zeichen und in der Zeit des größten Beamtenabbaues, den Oesterreich kennt! Wer greift sich da nicht auf den Kopf und fragt, ob das vernünftig ist?

Ein anderes Beispiel: Im Polizeigebäude am Burggraben war bisher die Fahndungsabteilung der Gendarmerie untergebracht. Nun ist es aus uns unbekanntem Gründen zwischen der städtischen Polizei und der Gendarmerie wegen dieser Fahndungsabteilung zu offenem Bruch gekommen. Kurz entschlossen packte die Gendarmerie ihre Fahndungsevidenz zusammen und zog — nicht wie man vielleicht annehmen möchte — ins große Gebäude der Landesgendarmerie, sondern in die Hofburg, wo ihr sofort vier Kanzleien eingeräumt wurden. Da für die Fahndungsevidenz in erster Linie in Tirol doch

Innsbruck in Betracht kommt und diese Evidenz vor allem hier von Wert ist, so sah sich die städt. Polizei gezwungen, selbst eine Fahndungsabteilung zu errichten. Wir haben also

in Innsbruck zwei Fahndungsevidenzen anstatt einer, die ganz gleiches Material verarbeiten und ganz gleiche Aufgaben zu erfüllen haben. Wieso ist derartiges möglich in der Zeit des Beamtenabbaues? Wer trägt für diese Verfügungen die Verantwortung? Wir erwarten, daß sich der Gemeinderat, bezw. die Polizeisektion, mit dieser Sache beschäftigen und Ordnung machen werden, sonst wäre man gezwungen, diesen Fall an höhere Stellen weiterzuleiten. Es liegt bestimmt nicht in den Intentionen der Regierung, daß anstatt einer mit einem Male zwei Fahndungsevidenzen in Innsbruck existieren! Was sagt der Abbaudiktator zu diesem Kanzleienaufbau?

Unsere tägliche „Wohnung“ gib uns heute!

Man schreibt uns: Wohl die meisten in unserem Vaterlande mußten während des Krieges und nach Beendigung desselben unter der bitteren Not leiden, die ihnen durch das geringe zur Verfügung gestellte Ausmaß der lebenswichtigsten Artikel auferlegt wurde. Wenn in schwerer Kriegsnot das „Vater unser“ gebetet wurde, legte zweifellos jeder auf die Worte „Unser tägliches Brot gib uns heute“ besonderen Nachdruck. Die meisten Menschen haben nun diese „Nahrungsforgen“ vergessen und sie können sich, wenn sie nur auch über bescheidene Mittel verfügen, diesbezügliche Wünsche erfüllen.

Mangel an Lebensmitteln ist keiner mehr vorhanden, aber ein großer Mangel an Wohnungen: eine Wohnungsnot. Sie läßt alles hinter sich und wie eine schreckliche Seuche klopft sie an Häuser und Familien und kein Arzt hat sich bis heute gefunden, dieser „Vollkrankheit“ Einhalt zu tun. Wohnungsnot! Sie ist ein furchtbarer Feind unserer Jugend und spielt bei Zusammenstößen sonstiger miffliger Verhältnisse in einer Familie zweifellos die traurigste Rolle in der Sterblichkeit der Säuglinge. Krankheiten werden durch die Wohnungsnot gefördert, Familienelend zehrt und selbst vor dem Alter macht sie nicht halt, indem sie Greise und Greisinnen, die auf ein langes Brot angewiesen sind und sich nicht eine wohluliche Unterkunft leisten können, in Elendsquartieren, fast, leucht, bums! — wie der Sensenmann selbst — ihren „Lebensabend“ beschließen läßt.

Wohl sind bei den Wohnungssäckern, so auch in Innsbruck, „Wohnungsfürsorgeanstalten“ eingeführt, denen vielleicht die vornehmste und dabei auch die unangenehmste Aufgabe zufällt, „für Wohnungen zu sorgen“. Aber auch dort herrscht Ratlosigkeit, weil diese Wohnungsfürsorge keine Fürsorge im wahrsten Sinne dieses Wortes ist. Um hierbei abzuschwenken und zu fragen, wie wohl am zweckmäßigsten vorzugehen sei, ob die zur Ver-

teilung gelangenden Wohnungen nach der „Dringlichkeit“ oder nach der „Vormerknummer“ zu vergeben seien, muß ein jeder einsichtige Wohnungswerber zugeben, daß dabei nur mit einer „Salomonischen Weisheit“ vorzugehen sei, um beiden Ansichten Rechnung zu tragen. Wenn aber keine Wohnungen zu vergeben sind, und das ist solange der Fall, als nicht „gebaut“ und die Zinsbildung reguliert wird, macht sich auch ein noch so ideal gedachter Wohnungsfürsorgeausschuß von selbst zwecklos und mit ihm ein Wohnungsamt. Ein Wohnungsamt ohne Wohnungen ist soviel wie eine Kasse ohne Geld. Die paar Wohnungen, die durch irgend einen Anlaß zur Wiederbezw. Neubesezung kommen, können beispielsweise in Innsbruck — insoweit wir das dem Teufel zu schlechte Zwangswohnungsgesetz haben — von einem „Salomon“ vergeben werden.

Wenn wir also heute bitten: „Unsere tägliche Wohnung gib uns heute“ — denn zum täglichen Brot zählen auch die zur Lebensnotdurft gehörigen Unterkünfte, also Wohnungen, gute Freunde und getreue Nachbarn —, dann wollen wir, daß erstens eine rege Bautätigkeit einsetze, daß sich hierzu genügend, besser gesagt, zahlreiche Interessenten mit Geld finden möchten und daß zweitens die den Wohnungsmarkt hemmenden Zwangsgefetze und mit ihnen die Wohnungsämter restlos zum Wohle unserer vielgeprüften Mitmenschen verschwinden. „Unsere tägliche Wohnung gib uns heute . . .“

Unsere Ausstellung.

Um dem Publikum die Treffer unserer großen Effektenlotterie zeigen zu können, haben wir eine eigene Ausstellung im Parissaal des Tiroler Landhauses veranstaltet. Die Ausstellung ist in der Zeit vom 1. bis 8. Februar täglich bis 6 Uhr abends geöffnet.

Am 31. Jänner wurde in Anwesenheit der Vertreter der Behörden die Ausstellung feierlich eröffnet. Es hatten sich eingefunden: Landeshauptmann Doktor Stumpf, Nationalrat Scheibler, Vizebürgermeister Unterwiesinger, in Vertretung der politischen Behörde die Hofräte Baron Unterreither und Vill, vom städt. Wohnungsausschuß Stadtrat Jdl, Gemeinderat General Baron Schuster, die Frauen Gemeinderat Klammer und Marianne Schneider, von der Presse die Redakteure Paulin („Innsbrucker Nachrichten“), Spirek („Tiroler Anzeiger“) und Spielmann („Volkszeitung“).

Der Obmann des Vereines, Major Dragoni, begrüßte an der Spitze des Ausschusses die Honoratioren. In kurzen Worten erklärte er den Zweck der Ausstellung, die nach Ueberwindung von großen Hindernissen und unermüdlicher Arbeit zustande gekommen sei. Er bat die Anwesenden, sowie die breite Oeffentlichkeit um wärmste Unterstützung des Uniernehmens.

Landeshauptmann Dr. Stumpf führte u. a. aus: Die Wohnungsnot wird von Tag zu Tag größer und es muß endlich einmal daran gegangen werden, das große Uebel zu beseitigen. Die Obdachlosen haben in ihrer Not das getan, was man heute tun muß: Sie haben eine Organisation gegründet, sich fest zusammengeschlossen, ein Sekretariat errichtet und gehen den Wohnungsuchenden und Obdachlosen mit Rat und Tat im Rahmen der Möglichkeiten an die Hand; sie haben durch Eingaben, Resolutionen und Forderungen die Oeffentlichkeit und die Behörden auf das volkszerstörende Uebel der Wohnungsnot verwiesen und sind unverdroffen in ihrer schweren Arbeit bei der Sache. Die Vereinsleitung hat so die unangenehm-

INSERIEREN
Sie im „Obdachlosen“, der nach allen Orten Oesterreichs verschickt wird

Ein Gebot der Zeit.

Seit der erfolgten Stabilisierung der Krone wird von Zeit zu Zeit der Bevölkerung ein Bericht des Generalkommissars vorgelegt, in dem immer wieder auf die Fortschritte in unserem Staate hingewiesen wird. Es wird niemand leugnen, daß die Stabilisierung unsere Währung eine große Erleichterung in unserem Leben gebracht hat, wenn dabei auch die großen Opfer und die ungeheuren Lasten nicht verschwiegen werden sollen. Inwieweit sich die Sanierung im Staatshaushalte auswirkt und ob die Lasten gerecht verteilt sind, darüber hier zu debattieren, soll nicht die Aufgabe dieses Artikels sein. Es soll in den folgenden Zeilen nur auf Erscheinungen unserer Zeit hingewiesen werden, die sehr dringend einer „Sanierung“ bedürftig wären.

Der Fasching gibt geeigneten Anlaß, Vergleiche zu ziehen und für jeden, der offenen Auges in die Welt blickt, eine offene Klarlegung trasseller Widersprüche anzustellen. Täglich werden viele Millionen in Umlauf gebracht — für Wohnungen? beileibe nicht — für Tanz! Während viele Mütter, die Kinder großziehen und vielleicht schon wieder ein Kind unter dem Herzen tragen, nicht wissen, wie sie es einteilen sollen, daß alle in einem stinigen Raum ihre abgemergelten Glieder austrecken können, sollen die anderen ganze Nächte durch, werfen mit leichter Hand Zehn- und Hunderttausende hinaus. Wir sind nicht prüde und gönnen den Faschingsparten ihre Freuden, aber wir können es nicht unterdrücken, im Namen der Kernisten der Armen, der Obdachlosen und Wohnungsuchenden, einmal offen auszusprechen: Alles mit Maß und Ziel! Wie es aber heute getrieben wird, ist es direkt aufreizend. Wer das unsagbare Elend unter den Obdachlosen kennt, der muß sich nur wundern, daß bisher keine Verzeiwungsakte vorgekommen sind! Ist genug wäre Anlaß dazu da und auch begründete Entschuldigungen. Wir hören schon die Ganz-

gescheiten rufen: Die Unterhaltungen sind eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, weil sie eine Industrie, die Luxusbranche, beschäftigen und Geld unter die Leute bringen. Nun eine Frage: Ist es nicht eine viel größere volkswirtschaftliche Notwendigkeit, die Bautätigkeit zu beleben? Würde dadurch nicht auch Geld unter die Leute kommen? Wenn man Geld für Firt und Land hat, dann muß man auch Geld für das notwendigste unter der Bevölkerung aufzubringen sein, nämlich zum Bau von Wohnungen! Es wäre nur ein wirkliches Menschlichkeitsgebot der Zeit, wenn diesbezüglich eine „Sanierung der Geister“ plangreifen würde.

In den Tageszeitungen werden mit größter Ausführlichkeit Sadistenprozesse, Giftmorde und allerlei nervenkitelnde Artikel gebracht. Dafür ist immer Platz vorhanden, wenn die Zeitungen auch noch so sehr über Papierpreis und Platzmangel klagen! Wenn der Theaterdirektor mit der Presse einen Streit hat, dann werden täglich halbe und ganze Spalten Platz geopfert! Kümmerst du dich aber die Tagespresse um die Kinder, die dem Wohnungselend zum Opfer gefallen sind? Kümmerst du dich um die große Zeitschande, die Kinder mit ihrem jungen Leben hängen müssen? Hat sie noch nie die Kinder in den Elendsquartieren gesehen mit ihren blassen überalterten Gesichtern, den mageren frostblauen Gliedern, in ihren abgenutzten und ausgetragenen Kleidern? Die Kinder mit den großen Augen und der grauen Gesichtsfarbe? Auch in dieser Hinsicht wäre eine „Sanierung“ notwendig!

Besucht man ein Cafehaus, so findet man den größten Prozentatz der Besucher von Jugendlichen, kaum der Schule Entwachsenen, gestiebt. Die heutige Jugend die ohne jede Zucht und Disziplin aufwächst, die mit Hunderttausendern herumwirft, wie in der Vorkriegszeit die Kinder mit Kreuzern, hat ihre Erziehungsstätte in den Kinos, in den Theatern, Bars, in Konzerthäusern, Stehbirken, Automatenbuffets. Ist

es früher einmal vorgekommen, daß man in der Presse eine Verlustanzeige fand, daß einem Schüler in der Schule eine Briestafche mit 800.000 K abhanden gekommen ist? 800.000 K bedeuten 57 Goldkronen. Welcher Schulmabe hatte in Friedenszeiten 50 Kronen in der Tasche? Wie schwer wird dieser Jugend der Uebergang zu normalen Verhältnissen sein, wenn sie wieder anstatt mit Hunderttausendern wird mit eins und zwei rechnen müssen? Ja, auch da muß rechtzeitig „saniert“ werden, d. h. unserer Jugend muß wieder Zucht und Ordnung beigebracht werden!

Durch die Presse geht die Meldung, daß der jährliche Verbrauch für Toilettenpuder, Gesichtsereme und Schminke in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf 750 Millionen Dollar berechnet wird. Man bedenke, das sind nach unserer astronomischen Währung 52.500.000.000.000 K. Von Oesterreich liegen keine diesbezüglichen Meldungen vor, aber im Verhältnis werden bei uns keine anderen Ziffern herauskommen. Ist das nicht eine Kulturschande der Halbweismode, die heute auf allen Gebieten tonangebend ist? Wir lachen über das Bemalen der Gesichter einiger Kannibalen und unsere sogenannten hochzivilisierten „Damen“ der weißen Rasse werfen Milliarden aus für Puder und Schminke! Ja, wir haben es wirklich weit gebracht mit unserer Kultur! Während Tausende von armen Frauen und Kinder kein Obdach, nicht genügend zu essen haben und zugrunde gehen, schmieren sich die „Damen“ um mehrere Milliarden Farbe ins Gesicht! Wenn die Staatsmänner und Politiker sich auf große Laten etwas einbilden, dann soll das ihre Sache sein. Wie groß wäre aber die Tat, in unseren heutigen „Kultur“-Zuständen eine „Sanierung“ herbeizuführen!

nen Aufgaben zu erfüllen und wir müssen ihr dafür Dank und Anerkennung aussprechen. Um zu der Mitwelt zu sprechen, hat der Vereinsausschuss sich ein eigenes Organ beigelegt. Nun veranstaltet der Verein eine Lotterie, um aus dem Erlös zu praktischer Arbeit überzugehen. Es wird nicht leicht sein, die Wohnungsnot zu bekämpfen, aber jeder Anfang ist schwer. Es ist unserer aller Pflicht, die Aktion auf's wärmste zu unterstützen und ich bitte Sie, in der breiten Öffentlichkeit in diesem Sinne Fürsprecher zu sein und durch den Kauf der Lose der Baustelle zusammenzutragen. Ich wünsche der Lotterie einen glänzigen Erfolg und erkläre die Ausstellung für eröffnet.

Vizebürgermeister Unter Müller, der in Vertretung des Bürgermeisters erschienen war, entschuldigte das Fernbleiben desselben und überbrachte die besten Glückwünsche der Gemeinde. Als früherer Obmann des Wohnungsfürsorgeausschusses lenne er aus eigener Erfahrung die Not der Wohnungsuchenden sehr genau. Er versprach, das Vorhaben des Vereines bestens zu unterstützen.

An diese Worte schloß sich ein Kundgang durch die Ausstellung an. Sie zeigt eine Fülle von wertvollen und praktischen Gegenständen, durchaus Erzeugnisse heimischen Gewerbes und inländischer Industrie. In erster Linie fallen die schönen Wohnungseinrichtungen auf. Der 1. Haupttreffer ist eine komplette Schlaf- und Speisezimmer- und Kücheinrichtung im Werte von 30 Millionen Kronen. Ferner sind zu sehen Schmuckgegenstände (goldene und silberne Uhren), Fahrräder, Näh- und Schreibmaschinen, alle möglichen Musikinstrumente, Bilder, Skulpturen, Stoffe, Kleider, Schuhe, Wäsche, alle möglichen Sportartikel, haltbare Lebensmittel, Fett in Dosen, Konserven, Zucker, Mehl usw. Der größte Teil der kleineren Treffer konnte wegen Raumangel gar nicht zur Besichtigung ausgestellt werden.

Die Ausstellung, die auch am Freitag und Samstag den ganzen Tag über geöffnet ist, bleibt bis 8. Februar dem Publikum zugänglich.

Unser Forderungen.

III.

Wir setzen nun heute die kurzgefaßte Erläuterung unserer Forderungen fort:

2. Erstellung von Neubauten.

Diese zergliedern sich:

- a) Kommunalbauten.
- b) Genossenschaftsbauten mit staatlicher Subvention.
- c) Privatbauten.
- d) Zwangsweise Bauten.

a) Kommunalbauten.

Seit zirka einem Dezennium ruht die allgemeine Bautätigkeit. Hierdurch resultiert in diesem Zeitraume ein Anstehen von zirka 100.000 Neubauten in Oesterreich. Diese sollten in der Kriegszeit und in der ersten Nachkriegszeit teilweise durch Gemeindebauten ersetzt werden. Wir sagen es gleich vorweg, daß die staatliche, beziehungsweise kommunale Bautätigkeit nicht im entferntesten den Anforderungen entsprochen hat und entsprechen kann. Die öffentliche Bautätigkeit wird auch bei Einführung aller entsprechenden Zweckbauten absolut nicht der Wohnungsnot Herr werden. Wäre die öffentliche Bautätigkeit von allem Anfang an einheitlich von einer Zentralfirma aus geleitet und durchgeführt worden, dann hätte sie zwar auch nicht entsprochen, aber sie wäre wenigstens nicht der Willkür der jeweiligen Auffassung von Gemeindeverordnungen ausgeliefert gewesen.

So z. B. baut die Wiener Gemeinde viel moderner und weitausprechender, als die Gemeinde Innsbruck. Wenn auch die öffentliche Bautätigkeit, d. h. das Bauen mit Steuergeldern, niemals das Wohnungselend beseitigen wird, so soll doch auf dieselbe zumindest während der Ubergangszeit nicht vollständig verzichtet werden.

Wir verlangen daher:

Die Gemeinden, in welchen Wohnungsnot herrscht, aber die Bekämpfung der Wohnungsnot durch Erstellung von Neubauten als ihre wichtigste Aufgabe zu betrachten. Jede andere soziale Tätigkeit der Gemeinde tritt in den Hintergrund gegenüber der verantwortungsvollen Aufgabe, Wohnungen zu schaffen. Ob zur Erreichung dieser Aufgabe Privatgelder oder Wohnbausteuer, Grundsteuer oder sonstige Steuern eingeführt werden, hat nur untergeordnete Bedeutung.

b) Genossenschaftsbauten:

Wir haben Hunderte von Baugenossenschaften in Oesterreich und ihr Zweck ist die Erstellung von Eigenheimen, die ideale Bauweise. Das ist das Um und Auf der Bodenreform. Daher verdienen diese Genossenschaften von Seiten des Staates, der Gemeinde und von privater Seite die größte Unterstützung. Steht doch mit dieser bodenreformistischen Bewegung mit Eigenheimen die wahrre Heimatliebe in engstem Zusammenhange. Man

würde daher glauben, daß jede Regierung, die doch selbstredend die Vaterlandsliebe fördern muß, die größte Unterstützung diesen Baugenossenschaften angedeihen ließe. Doch weit gefehlt — nichts ist zur Förderung zu sehen. Keine Baugenossenschaft in Oesterreich hat seit neun Jahren wirklich Ertragsüberschüsse geleistet, von einigen Eisenbahner-Baugenossenschaften abgesehen, die infolge Einnahmestärkung auf die Regierung immerhin etwas erreicht haben.

Es bleiben noch die Privatbauten und die zwangsweise Bauen von großen Industrieunternehmen, Banken usw. zu besprechen, auf die wir in unserer nächsten Nummer ausführlich zurückkommen werden. Infolge starken Stoffandranges konnten wir heute der Fortsetzung unserer Forderungen nur in verkürztem Ausmaße Raum gewähren.

Für das Volk in Not.

Ein Volksnotopfer gegen das Wohnungselend.

Ein gutgemeinter Vorschlag.

Man schreibt uns:

Unter dem Wohnungselend leiden in erster Linie die Wohnungslosen, die Folgen desselben fallen aber auf das ganze Volk zurück. Nicht nur in moralischer und gesundheitlicher Beziehung allein, sondern auch in wirtschaftlicher, da das Brachliegen der Bautätigkeit auf viele Berufe nachteilig wirkt.

Die Wohnungsnot ist eine Kriegsfolge, aber wie alle Schäden des Krieges, muß auch diese Schädigung des Volksganges ein Ende nehmen. Wir dürfen es nicht so weit kommen lassen, daß

tausende Menschen erst im Grabe eine Erlösung von ihrem Elend finden, das mit dem Jahre 1914 begonnen hat.

Wie dem Uebel der Wohnungsnot beizukommen wäre, sollen die nachfolgenden Zeilen aufzeigen. Der Schreiber meint eben, daß es Pflichten der Allgemeinheit gibt, die unter allen Umständen erfüllt werden müssen, damit nicht die Allgemeinheit die Folgen der Leiden eines Teiles der Bevölkerung büßen muß.

Die Bürger unseres Staates leiden unter einer schweren Steuerlast und es geht nicht an, sie durch eine neue

Besucht fleißig die Ausstellung der Lotterietreffer im Landhaus und schickt alle Eure Bekannten und Freunde hin!

Steuer noch mehr zu belasten, um dadurch das Wohnungselend zu beseitigen. Aber durch ein freiwilliges Volksnotopfer, durch eine von der ganzen Bevölkerung freiwillige Bauabgabe könnte die Wohnungsnot einigermaßen behoben werden.

Wie soll diese Bausteuer, dieses Volksnotopfer eingehoben werden?

Vor allem müßte

das öffentliche Gewissen aufgerüttelt

und so geschärft werden, daß ein jeder Bewohner des Staates die unumgängliche Notwendigkeit eines kleinen persönlichen finanziellen Opfers einseht. Diese Aufgabe hätten Presse und Volksvertreter zu erfüllen. Es muß vorerst die Ueberzeugung Gemeingut des Volkes werden, daß es nicht mehr angeht, einen Teil des Volkseinkommens zugrunde gehen zu lassen, damit der größere Teil die Vorteile der Kriegsgeheimhaltung, des Mieterschutzgesetzes in der Form fast kostenlosen Wohnens und niedriger Lohnauszahlung genießt. Alle Augenblicke der heutigen Wohnungsgesetzgebung müssen ein verhältnismäßig kleines Opfer bringen, um den leidenden Teil der Bevölkerung aus dem Elend zu befreien.

Man gibt heute verzinsliche und von der Regierung garantierte Bauleihe aus, die fast niemand kauft und daher nicht viel nützt. Wenn aber ein Volksnotopfer in kleinen Beträgen ausgeschrieben und eingehoben wird, so kommen Summen zusammen, die eine wirkliche Abhilfe bringen.

Aus Kleinen wird Großes.

Von allen Gemeinden, in den Landgemeinden etwa von den Pfarrämtern unterstützt, müßten von Markten im Betrage von 500 bis 1000 K in den Verkehr gebracht werden. Wenn nun jeder Staatsbürger weiß, daß er mit einer regelmäßigen kleinen Abgabe an der größten Elend, der Wohnungslosigkeit, ein halbes Ende bringt, wenn insbesondere alle jene, die heute fast umsonst wohnen, zugunsten ihrer benachteiligten Mitmenschen monatlich eine oder mehrere solcher Marken kaufen und damit der Allgemeinheit einen kleinen Tribut leisten, so kommt eine Summe zusammen, mit der wirklich etwas geleistet werden kann. Solche regelmäßige kleine Ausgaben bedeuten im Wirtschaftsleben des Einzelnen nicht viel, zusammengenommen, schafft man aber aus dem Ertragnis sehr viel Gutes.

Eine derartige freiwillige Leistung würde für den Arbeiter einige Minuten Arbeitszeit, für Geschäftsleute, Beamte usw. eine unbedeutende Opferung bedeuten.

Das Ertragnis des Volksnotopfers müßte nach einem gerechten Schlüssel auf die Bundesländer aufgeteilt und von den Landesregierungen verwaltet und verwendet

werden. Die Gemeinden müßten die Einhebung in der örtlichen Weise durchführen.

Wenn nun die bisherige private und öffentliche Bautätigkeit auch noch weiter betrieben und in erhöhtem Maße fortgesetzt wird, wenn die Ertragnisse der aus dem Volksnotopfer erkundenen Wohnbauten wieder gebaut werden, so würde in absehbarer Zeit das Wohnungselend doch verschwinden und das Mieterschutzgesetz abgebaut werden können, ohne Erschütterungen zu befürchten.

Aus der Not der Zeit könnte ein Werk von weittragender wirtschaftlicher Bedeutung geschaffen werden. Ich unterbreite diesen Vorschlag zur Diskussion.

Nachschrift der Redaktion: Wir geben dieser Anregung Raum, ohne uns mit allem, was da in angeführt wird, zu identifizieren. Wir sind der Meinung, daß jeder derartige Vorschlag ein Körnchen Wahrheit enthält und daß durch die Veröffentlichung der Bevölkerung der Ansporn gegeben wird, derlei Ideen anzugreifen und darüber nachzudenken, um etwas Nützliches zu schaffen. Das Volksnotopfer, das hier vorgeschlagen wird, könnte etwa so bewertet werden, wie die seinerzeitigen Aktionen für die Kriegsanleihen.

Wenn man sich mit dem Vorschlag näher beschäftigt und Berechnungen anstellt, kommt man zu folgendem Schluß: In ganz Oesterreich sind zirka 4 Millionen Wähler, also erwachsene Personen. Wenn diese jede Woche 1000 K (für den Arbeiter bedeutet dies kaum eine Viertelstunde Arbeit) auf dem Altar des Vaterlandes zur Behebung der größten Not der Mitmenschen opfern würden, so wären dies in einer Woche 4 Milliarden oder im Jahre 208 Milliarden Kronen. — In Tirol haben wir 175.000 Wähler; bei einer Spende von 1000 K wöchentlich würden 175 Millionen zusammenkommen im Jahre über 9 Milliarden. Mit dieser Summe wären 100 Familien schön untergebracht. Allerdings sind in obiger Schätzung die Eintreibungs- und Verwaltungskosten nicht berücksichtigt. Diese dürften auf keinen Fall 10 Prozent übersteigen.

Man sieht aus den Beispielen, daß damit die Wohnungsnot noch lange nicht behoben wäre, obwohl sie sehr begrüßt werden, wenn wenigstens 100 Familien untergebracht werden könnten. Letzter Schluß: Die allgemeine ja doch nur wieder zu demselben Schluß: Die allgemeine Privatsbautätigkeit mit allen Mitteln zu fördern.

Elendsbilder aus Innsbrucker Wohnungsverhältnissen.

In einem gesundheitsgefährlichen Quartier.

Die Familie W. ist seit über 3 1/2 Jahren beim Wohnungsamt vorgemerkt; sie bewohnt in der Pradlerstraße ein derartiges Elendsquartier, daß ihre zwei Kinder langsam dahinsiechen. Das Stadthygienikat hat im Oktober 1922 dieses Quartier für Wohnzwecke als vollkommen ungeeignet erklärt. Jetzt, zu Beginn der Jahres 1924, hat die Familie noch immer keine Wohnung zugewiesen, sondern steckt noch immer in den gesundheitsgefährlichen Räumen.

Die „Gerechtigkeit“ des Wohnungsfürsorgeausschusses.

Der gemeindefürsorgliche Wohnungsfürsorgeausschuss hat an eine Partei W., deren Vormerknummer weit über 7000 liegt, eine neue Dreizimmer-Wohnung im Schlachthofe vergeben, als ob gerade die Vormerknummer für die vordringlichst Klassifizierten nicht mehr als drei Monate dauern würde. Wir gönnen der Partei von Herzen die zugesprochene Wohnung und umso mehr, als der Obmann des Vereines, um der Partei helfen zu können, seine eigene Vormerknummer 67 ihr überlassen wollte. Ein diesbezügliches Gesuch, welches über Aufforderung des Leiters des Wohnungsamtes dem Wohnungsfürsorgeausschuss vorgelegt wurde, hat der Ausschuss aus „prinzipiellen Gründen“ abgewiesen.

Die Waggonbewohner sollen noch fest zahlen!

Der älteste der Waggonbewohner bleibt trotz aller Bitten ohne Wohnung. Nachdem mehr als zwei Jahre vergangen sind, will das Wohnungsamt bzw. der Wohnungsausschuss ihm eine Wohnung zuweisen. Diese Wohnung ist eine Dachwohnung, für die der Waggonbewohner mehr als 11 Millionen Kronen Reparaturkosten zahlen soll! Jeder Kommentar überflüssig!

Der Dank des Vaterlandes!

Im Airtschental in Hötting wohnt seit Jahren ein Schwerinvalider, ein Krüppel, der infolge des Wohnungselends der Verzweiflung nahe ist. Der Mann hat eine Frau und sechs Kinder und bewohnt eine kleine Kammer mit einer kleinen Küche, ohne Holzlege, ohne Dachboden. Besucher können sich in dieser Wohnung keine zehn Minuten lang aufhalten. Die Familie wäre mit irgend einer Barackenwohnung schon zufrieden.



Bau-Genossenschaften, Baumeister, Zimmermeister und alle Gewerbetreibenden des Bauwesens können

kostenlos

in unserer Zeitung Mitteilungen.
Bekommen für Inserate Vorzugspreis.

„Der Obdachlose“

wird dem Bundeskanzler, den Ministern für soziale Fürsorge, für Justiz und für Finanzen, dem Generalkommissär, allen Innsbrucker Nationalräten, Landtagsabgeordneten und Gemeinderäten, allen größeren Zeitungen Oesterreichs, sowie allen an der Lösung der Wohnungsnot beteiligten und interessierten Personen und Körperschaften zugesandt.

Schreibleitung und Verlag.

Der Uebergang zur freien Wohnungsbewirtschaftung.

Wir erhalten folgende Zuschrift aus Streifen des Bau-gewerbes:

Es ist zwecklos, heute zu betonen, daß die Zwangs-bewirtschaftung der Wohnungen eine soziale Notwendig-keit war, überflüssig, heute die Feststellung zu machen, daß die vernichtenden Wirkungen des sozial gewollten Mieterschutzes viel mehr entsetzliches,

grauesvolles Unrecht und Elend

geschaffen haben, als die unsoziale Unterlassung des Mieterschutzes jemals Härten und Unbilden für den an-deren Teil hätte bringen können. Niemand hat eine gut-gewollte Gesehgebung so unsinnige, nervenzerrüttende Auswirkungen gezeigt, so vollkommen nutzlose gesun-d und zeitverschlingende Aufwendungen erfordert, als der Mieterschutz.

Man möge den gesetzlich Geschädigten noch eine Ueber-gangszeit gewähren, streiten wir nicht um ihre Dauer, sehen wir den Endtermin auch nicht zu kurz; aber zu Ende nach langem, verderblichem Streit ist

die Zeit des Wirrwarrs,

wie wir ihn heute auf dem Wohnungsmarkte haben; die Gesamtwirtschaft muß allmählich ihrer Fesseln entledigt werden. So wie die Mietzinskurve steil und steiler an-steigen wird, so wird die Staatsgewalt für die Anpas-sung der Lebenshaltung zu sorgen haben.

Es soll nachsichend versucht werden, Vorschläge für die Umgestaltung der Wohnungsbewirtschaftung zu machen und damit einem allgemeinen Bedürfnis zu entsprechen.

Die Zwangswirtschaft muß fallen und an ihre Stelle muß die freie Bewirtschaftung des Wohnungswesens und damit zusammenhängend die Belebung der privaten Bautätigkeit treten. In der Uebergangszeit muß die Ver-hörde selbstverständlich noch ein wachsames Auge auf alle diejenigen haben, die allzu geschäftstüchtig sind und an ihre Mieter über das Normalmaß hinausgehende Forderungen stellen. In kurzer Zeit wird sich hier aus Angebot und Nachfrage von selbst ein Ausgleich ergeben. Selbstverständlich muß dafür gesorgt werden, daß die wirt-schaftlich Schwachen über die Uebergangs-zeit hinwegkommen, man kann ihnen helfen, wie man ihnen auch bei der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides geholfen hat, eventuell könnten die Mittel hierfür durch eine Umlage bei den Hausbesitz-ern aufgebracht werden.

Die Zwangswirtschaft muß fallen, der Hausbesitzer muß wieder Besitzer seines Hauses werden und über kurz oder lang müssen die Mieten wieder so werden, daß von einer, wenn auch nur geringen, Rentabilität des Hausbesitzes gesprochen werden kann. Im gleichen Augen-blick werden auch wieder Hypotheken zu haben sein, denn auf die durch die Zwangswirtschaft belasteten Häuser gibt niemand Geld. Sobald aber wieder Geld auf Hypotheken zu haben ist, wird ganz automatisch die private Bautätigkeit wieder beginnen. Sache der Stadt wäre es, durch Zurverfügungstellen von Baugeldern gegen mäßigen Zins, eventuell gemeinsam mit der Spar-kasse oder anderen Geldinstituten, hier mit gutem Bei-spiel voranzugehen, damit auch die Privatgelder wieder Vertrauen gewinnen.

Der erste Erfolg der Stadt wäre der, daß viele, jetzt der Fürsorge zur Last fallende Arbeitskräfte Beschäfti-gung und Verdienst fänden, es würde also gleichzeitig produktive Arbeitslosenfürsorge geleistet. Wir fordern dringend, daß die Stadt bei Land und Bund mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Aufhebung der Zwangswirtschaft durchzusetzen versucht. Wir hoffen aber, daß die Stadt schon jetzt im eigenen Bereich überall helfend eingreift und den bisherigen etwas bürokratischen Standpunkt verläßt.

Die Abgaben für Hausanschlüsse an Kanalisation, Gas, Wasser und elektrisches Licht dürfen nicht als Einnahme-quellen betrachtet, sondern müssen ganz erheblich ermä-ßigt werden, soweit es sich um Wohnungsneubauten handelt.

Den Baulustigen sollten auf mehrere Jahre alle den zu erstellenden Neubau betreffenden Steuern und Umlagen erlassen werden. Die neugeschaffenen Steuerobjekte bring-en nach Ablauf der kurzen Frist neue Einnahmen, die den scheinbaren Ausfall voll bedecken.

Die Wohnungsbewirtschaftung kann in ihrem heuti-gen Zustand nicht mehr länger aufrechterhalten werden.

Der Auflösungsprozess der Zwangswirtschaft muß beginnen.

Man versucht zwar noch von verschiedenen Seiten das vielköpfige Ungeheuer zu halten und lebens-fähig zu machen, aber was in allen Staaten Europas durchgekehrt wurde, kann in Oesterreich nicht mehr länger verhindert werden! Es nützt aber nichts mehr, das Unthier noch länger mit Verordnungen zu füttern und die Gerichte und Behörden zu überlasten, es ist nur eine künstliche Lebensverlänge-rung, die da gemacht wird. Die Käse, die dem Unthier abgezapft werden, sind nur mehr dazu da, um sie dem eigenen furchtbaren Elend nutzbar zu machen. Der End-kampf um die Aufhebung und den Abbau der Zwangs-bewirtschaftung hat begonnen. Alle Lebensverlänge-rungsversuche werden nichts nützen! Dem Baugewerbe und der Gesamtwirtschaft dürfen die notwendigen Kräfte und Säfte, die sie zum Leben und zur Entfaltung brauchen, nicht mehr länger durch Gesehe entzogen wer-den! Der Staat wird dabei sicherlich auch nicht schlicht wegkommen, wenn Gewerbe, Industrie und Handel wie-der Vollbeschäftigung bekommen. F. T.

Wenn die Wohnungszwangsgesetze fallen.

Sehr lehrreiche Erfahrungen.

Die Zeitungen brachten in einem Telegramm aus Rom am 23. Jänner folgende interessante Feststellung:

„Der italienische Ministerrat hat sich dagegen aus-gesprochen, daß in der Wohnungsfrage neue Zwangs-maßnahmen ergriffen würden, welche die Bau-bewegung entmutigen und hemmen würden, nach-dem diese infolge der Rückkehr zur Freiheit auf dem Wohnungsmarkte bisher einen großen Aufschwung genommen habe.“

Diese Meldung, die in vielen Zeitungen ohne jeden Kommentar wiedergegeben wurde, ist für uns sehr lehr-reich. Sie beweist, daß man anderswo die Arbeitslosig-keit im Baugewerbe und in vielen anderen Branchen viel ernster nimmt, als bei uns. Was sagen die Arbeiterver-treter dazu?

Die Selbsthilfe — der kürzeste Rettungsweg.

So wie unser Verein hat auch die „Christliche Bau- und Wohnungsgenossenschaft“ in Innsbruck, die schon zwei Häuser aus der Zeit vor dem Kriege ihr eigen nennt, den einzig richtigen Weg, um die Wohnungsnot zu lindern, betreten: den Weg der Selbst-hilfe. Die Genossenschaft hat sich dabei folgenden Plan zugrunde gelegt:

Tirol zählt 110.000 katholische Wähler. Wenn unter diesen 50.000 die ideale Gesinnung aufbrächten, der Ge-nossenschaft zehn Monate lang jeden Monat je 10.000 Kronen oder mehr als Anteile zu überweisen, so läme mühelos ein Baukapital von 5 Milliarden Kronen zu-stande. Die Genossenschaft könnte damit sechs bis acht Häuser mit je acht Wohnungen bauen. Das Geld wäre in diesem Falle nicht geschenkt, sondern würde dem be-treffenden Idealisten als Genossenschaftsanteil, resp. als Darlehenssumme verbucht. Durch die Ausführung von sechs bis acht Häusern wäre es möglich, über den nächsten Sommer einer Reihe von Arbeitern, aber auch von Klein-gewerbetreibenden Arbeit und Verdienst zu verschaffen.

Dieser Plan wird unterstützt von Landeshauptmann Dr. Stumpf, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Beer, Hochw. Bischof Waid, Vizebürgermeister Franz Fischer usw.

Wir begrüßen diese Aktion aufs wärmste und freuen uns, in der Selbsthilfe einen so tapferen Weggenossen zu haben. Hoffentlich gelingt es ihm wie uns, möglichst viel Kapital zum Bau von Wohnhäusern zu sichern, um das Wohnungselend zu lindern und Glück und Wohlstand zu heben.

Der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

hielt am 17. Jänner im Saale „Zum österreichischen Hof“ in Innsbruck eine sehr gut besuchte Vollversammlung ab, in der der Vorstand, Major Dragoni, den Tätigkeits-bericht erstattete und von den neuen großen Aktionen des Vereines, wie Zeitungsgründung, Effektenlotterie, Bau-gesellschaft usw. Mitteilung machte.

Die Ausschuwahlen ergaben folgendes Resultat: Ob-mann: Major a. D. Alfonso Dragoni; erster Stellver-treter: Tischlermeister Josef Köhler; zweiter Stellver-treter: Offiziersstellvertreter Gustav Kohr; Kassier: Kaufmann Josef Mair; Stellvertreter: Dr. Arthur Löffler; Revisoren: Hauptmann a. D. Albert Salschán und Kaufmann Michael Murauer; Beisitzer: Adjunkt a. D. Peter Griesmann und Rudolf Dalagiovana und Bankbeamter Hans Füll, sämtliche in Innsbruck.

Im Laufe der Debatte wurde durch die Frau Ge-meinderat Marianne Schneider die Versammlung in Erregung gebracht, weil sie einen Techniker, der erklärt hatte, daß mit Resolutionen und summen Demonstra-tionen bei der heutigen Geistesverfassung der maßgebenden Körperschaften und Regierungsstellen nichts zu erreichen sei, sondern daß in radikalster Weise vorgegangen wer-den soll, als „kommunistischen Demagogen“ bezeichnete. (Nebenbei bemerkt, gehört der Techniker seiner politischen

Gesinnung nach der gleichen Partei, wie Frau Schneider, nämlich der Großdeutschen Partei, an!) Die Worte der Frau Schneider haben unter den Anwesenden berechtig-ten Unwillen hervorgerufen und nur mit Mühe und mit großem Takt ist es dem Versammlungsleiter, Major Dra-goni, gelungen, die erregte Stimmung abzumildern. Kaum war dies geschehen, antwortete Frau Schneider auf eine an sie aus der Versammlung gerichtete Anfrage wegen der Wohnungszuweisung an den Beamten des Wohnungsamtes, Dr. Vogel, der schon nach kaum drei-monatlicher Verheiratung in den Besitz einer Wohnung gekommen ist, daß Dr. Vogel die Vormerknnummer 1 habe. Darüber brach in der Versammlung ein wahrer Sturm der Entrüstung aus. Frau Gemeinderat Schneider hat damit wissenschaftlich oder unwissenschaftlich eine glatte Unrichtigkeit behauptet.

Nach der Vollversammlung hat sich die Vereinsleitung sofort in dieser Angelegenheit an den gemeinderätlichen Wohnungsfürsorgeausschuß gewendet, unter gleichzeiti-gem Hinweis, daß unsere nächste Ausgabe bereits am 1. Februar erscheinen werde. Wir hofften, daß die An-gelegenheit inzwischen bereinigt werden würde, da es nicht unsere Absicht war, die Sache in die Zeitung zu bringen. Nachdem aber der gemeinderätliche Wohnungs-fürsorgeausschuß es nicht der Mühe wert gefunden hat, darauf zu antworten und auch eine Zuschrift vom 14. Jänner bis heute unbeantwortet blieb, so haben wir uns veranlaßt, den Sachverhalt der Öffentlichkeit zu unter-breiten, damit sie sieht, mit welchen Mitteln gegen unseren Verein seitens einzelner gewählter Vertreter gearbeitet wird und damit sich die Bevölkerung ein Urteil bilden kann, wie der Wohnungsausschuß und das Wohnungsamt die Ver-tretung der Obdachlosen und Wohnungsuchenden behan-deln. Uns blieb eben kein anderer Ausweg, als gegen unsere bessere Ueberzeugung die Kampfweise einzelner Mitglieder des gemeinderätlichen Wohnungsausschusses der breiten Öffentlichkeit vor Augen zu führen.

Was das Wohnungsamte betrifft, so erklären wir, daß dort anscheinend noch immer keine Gerechtigkeit be-steht, einen gedeihlichen Verkehr zwischen dem Amt und der gewählten Vertretung der Obdachlosen und Woh-nungsuchenden herzustellen. Wir werden die kostbaren Spalten unserer Zeitung mit dieser Nebenfallschichte nicht überfüllen, sondern uns nur nach eigenem Ermessen und Gutdünken im Interesse der Obdachlosen und Woh-nungsuchenden in speziellen Fällen mit dem abbaureif-ten Amte, dem Wohnungsamte, befassen. Das Elend ist viel zu groß und wir fassen unsere Arbeit viel zu ernst auf, als daß wir uns mit einzelnen Personen, die ja doch nur Figuren eines im Absterben begriffenen, aus dem Kriege übernommenen Systems darstellen, herumstreiten. Wir haben viel größere Ziele, wie an anderer Stelle unserer Zeitung bewiesen wird, vor Augen, und deren Er-reichung auch tatkräftigst in die Wege geleitet. Unser Hauptziel bleibt nach wie vor: Mit allen Mitteln die private Bautätigkeit zu beleben und die volkszerstörenden Mietenzwangsgesetze allmählich und insentweise zu be-seitigen!

Briefkasten.

M., Innsbruck. Sie schreiben wörtlich: „Warum wird das Wohnungsamt nicht abgebaut? — Wir haben doch einen Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden, der die Sache besser und billiger macht. Ueberall wird abgemauert, aber dieses meistgehobte, überflüssigste Amt bleibt vom allgemeinen Abbau verschont!“ — Wir machen zwar die Sache auch nicht besser, da eben aus nichts nichts gemacht werden kann, wir geben Ihnen aber recht, daß das Amt in diesem Umfange als Archiv oder Statistisches Büro wirklich überflüssig ist. Die Be-amten würden in ihrem ursprünglichen Berufe gewiß Er-spriechlicheres leisten.

Josef A., Anatomiekr. Wenn beim Wohnungsamt vor-gemerkt, können die Eltern für Kinder Eigenbedarf gel-tend machen. — Mündliche Aussprache erwünscht.

L. B., Innsbruck. Nach welchem Recht wird die Woh-nung des Prof. Mathes, Salurnerstraße, inbenutzt ge-lassen? — Wir werden der Sache nachgehen.

Franz St., S. Im Hause Mandelstergergasse 21 ist eine Wohnung seit 5 Monaten nicht betreten worden, da die Partei in der Museumstraße wohnt. — Mag stim-men, aber wir glauben, daß die Behörde davon weiß; durch die Gesehe ist eben der Anfordierungsweg ein lang-wieriger.

Martha B., St. Johann. Als Mitglied aufgenommen. Brieflich das Nähere.

L. W., Bischofshofen. Betrag erhalten; als Mitglied aufgenommen.

Ferrari, Dorf Tirol bei Meran. Schreiben erhalten. Antwort schriftlich.

Achtung, Leser und Wohnungsuchende!

Vom Vereine wird gegenwärtig nach Überwindung fast un-überwindlicher Hindernisse die

größte Effektenlotterie Tirols

veranstaltet. Die Lose derselben sind in allen Geschäften, Trafiken sowie in der Kanzlei des Vereines, Rathaus l. Hof links, erhältlich.

Die Dreffer im Werte von K 200.000.000

werden im Paris-Saal des Landhauses ab 1. Februar l. S. öffentlich ausgestellt.

Epesenbeitrag 1000 K.

Die Ausstellung wird am 31. d. M., 1/2 10 Uhr vormittags durch den Herrn Landeshauptmann Dr. Franz Stumpf feier-lich eröffnet. Wir fordern alle Wohnungsuchenden und sonstigen Interessenten zu zahlreichem Besuche auf.

Kauft Lose der



Wohnbau-Effekten-Lotterie

und vertreibt sie unter euren Bekannten!

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck

Ecke Erler- und Museumstraße
Filialen: Kitzbühel — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.
Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.

Einheimisches Geldinstitut

Fett, Mehl Del, Zucker

stets bekannt billig, verkauft im

Diaduktbogen
Nr. 11 und

Liebeneggstraße 1

Therese Moll

Innsbruck, Anichstraße 36
Telephon Nr. 545

Großhandlungshaus

Carl Feichtinger

Innsbruck, Museumstr. 11

empfiehlt zu allerbilligsten Preisen sämtliche

**Strickwaren,
Pelzwaren, Knaben-
und Mädchen-Garnituren,
Strümpfe, Socken,
Handschuhe,**

Damen- und Herren-Wäsche

Größtes Lager aller Mode-Wirk- und Kurzwaren

Groß- und Kleinverkauf

HANS SPORER

INNSBRUCK, SEILERGASSE 3

HAUS- u. KÜCHENGERÄTE

Glas-, Porzellan- und Stein-
gutwaren, Emailgeschirr in
vorzüglichen Qualitäten

TIROLER WAFFENFABRIK JOHANN PETERLONGO

Jagd- und Verteidigungswaffen

Sportgeschäft Joh. Peterlongo

Moderne Ausrüstung für Jagd,
Touristik und Wintersport.

Bei Bedarf an Drucksorten

wenden Sie sich am vorteilhaftesten an die
Buchdruckerei Tyrolia, Innsbruck.
Mit Entwürfen, Ratschlägen und Kalkulationen wird
jederzeit gedient. Prompte Erledigung aller Aufträge.

GROSSHANDLUNGSHAUS Stiassny & Schlesinger

Anichstr. 4 INNSBRUCK Anichstr. 4

empfiehlt:

Mäntel, Kostüme
// und Kleider //

von der einfachsten bis
zur feinsten Ausführung

Besichtigen Sie unsere Schaufenster!

Engl

Wintersport

Engl

Leitern

Engl

Kinderwagen

Innsbruck, Leopoldstraße 39

Wagenlackierer
Sattler
und
Taschner

Innsbruck
Rieseng. 8
(Altstadt)



Gelegenheits-
Käufe von
Wagen
Geschirren
Koffern
und
Taschen

Reparaturen
prompt!



Wenn Sie
bei unseren Inserenten
Bestellungen machen, dann

vergessen Sie nie

sich auf dieses Blatt zu be-
rufen. Sie nützen uns
dadurch!



Tachezy RUM

Ist der Beste!
1 Liter 24.000 K
Museumstr. 22

Uhren-Speziallager in:

Strapazuhren
Präzisionsuhren
Wanduhren
Weckeruhren etc.

TRAURINGE!

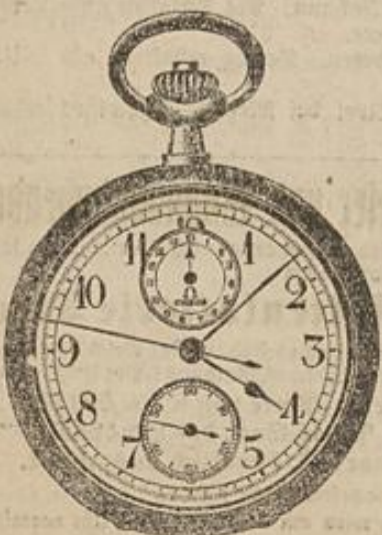
in größter Auswahl, nach
Gewicht zum Goldtageskurs

Schmucksachen
Ringe über 2000 Stück
Silber- u. Goldzigarettendosen
Silberwaren feinsten Art
Silber- und Alpaka-Bestecke

empfiehlt in unübertroffener Auswahl

FA. MARIE LEITNER

(INH. THOMAS u. KARL LEITNER)
Uhrmacher, Uhren- und Juwelengeschäft
LEITNERHOF, INNSBRUCK, MARIA THERESIENSTRASSE 37



Große 1320

Effekten-Lotterie

der Obdachlosen und Wohnungsuchenden
2000 Treffer im Werte von 200.000.000 K
Ziehung am 15. April 1924 — Ein Los 10.000 K

Lose in allen Filialen der Alpenländischen Vereins-
bank, in Trafiken und in der Kanzlei des Obdachlosen-
vereins in Innsbruck, Rathaus, 1. Hof links, zu haben.

Billigste Bezugsquelle für Holz, Kohlen,
Briketts, Holz, Sägespäne

Jos. Krüger, Holz- u. Kohlenhandlung
Pradi, Defreggerstraße 29.

Zustellung durch eigene Lastautos, daher prompte Be-
dienung garantiert.

Kleine Anzeigen.

Do-kommen Personen
verlässliche werben gegen gute Bezahlung zum Verschleiß unserer Lofe angestellt. Zu melden in der Vereinskanzlei, Rathhaus, I. Hof, links.

Wer nimmt Familie,
die wegen Eigenbedarf be-
logiert wurde, in Unter-
miete? Als Gegenleistung
wird eine Einzelperson voll-
ständig versorgt.

**Ein 3 Stock hohes Ge-
haus,** 17 Jahre alt, in der
Göttingerstr., sonnig,
mit sofort beziehbare
Wohnung, mit Garten, zu
verlaufen. Zu erfragen in
der Kanzlei, Rathhaus, I. Hof,
links.

Zeitungs-Isporteur
gegen gute Entlohnung ge-
sucht. Zu melden in der
Vereinskanzlei, Rathhaus,
I. Hof, links.

Bei schriftl. Anfragen
wolle Rückporto bei-
gelegt werden.

Haus

zwei Stock hoch, in Mariahilf

billig zu verkaufen.

Zu erfragen in der Kanzlei des Obdachlosen-
vereines Innsbruck, Rathhaus, Hof links.

Martin Fiegl

INNSBRUCK
Viaduktgasse Nr. 8

Bindermeister

Große Auswahl in vorrä-
tigen Binderarbeiten, be-
sonders Wasch-Wannen,
Kinder-Wannen, Schaf-
feln, Fässern u. Bottichen



Alle Reparaturen werden übernommen

Unterberger & Comp.

Kolonialwaren- und Landesprodukten-Großhandlung



Detailgeschäft Herzog Friedrichstr. 26 unter den Lauben
Telegramme: Waren Unterberger : Fernsprechstelle 258

Haus- u. Küchengeräte

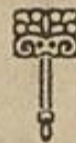
jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge
in allen Ausführungen, Eisen- und Metall-
waren, landwirtschaftl. Geräte, Schrauben-
waren, Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche,
verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.

Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)
INNSBRUCK, Leopoldstraße 3 (Gasthof Greif)

Johann Egger

Innsbruck

Pfarrgasse 2



Bettfedern
Weißwaren, Matrazengradl
Bettdecken, Garne, Herren- u. Damen-
Kleiderstoffe sowie alle Gattungen Futterstoffe.

Hans Paulus

Innsbruck, Sillgasse Nr. 17

Werkstätten für
Inneneinrichtung, Ledermöbel, Polstermöbel
Matratzen usw.

Übernahme sämtl. Reparaturen



in jeder Menge (von aus-
wärts franco Bahnhof ob.
Haus Innsbruck geliefert)
kauft die Buchbindererei
Thyrolia, Innsbruck,
Andreas Hoferstraße 4. ::
Fernsprech-Nummer 742



Feichtinger- Nähmaschinen

Fahrräder und
Grammophone
Milchzentrifugen

Billigste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer.

JOSEF FEICHTINGER

INNSBRUCK
Maximilianstraße 1
Filiale KUFSTEIN

BAU- UND MÖBEL-TISCHLEREI

M·A·T·T·H·I·A·S B·U·K·O·W·E·T·Z

INNSBRUCK, MARIA THERESIENSTRASSE 38

Wohn-, Schlaf- und Speisezimmer, Büro-Einrichtungen, Vertäfelungen jeder Art werden in allen Stil-
arten angefertigt

Für solide Ausführung wird garantiert — Uebernahme sämtlicher Bauarbeiten

Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Die Wohnungsnot mit all ihren gesundheitlichen, sittlichen und anderen Gefahren wächst von Tag zu Tag. Fast ein Drittel der gesamten städtischen Bevölkerung ist direkt oder indirekt von dem großen Wohnungselend betroffen. Niemand ist sicher, ob ihm nicht selbst das traurige Schicksal über kurz oder lang beschieden ist, das heute über die vielen tausenden Obdachlosen, Wohnungsuchenden und Delogierten hereingebrochen ist. Die staatlichen und kommunalen Mittel reichen nicht aus, dem Wohnungsmangel ernstlich und dauernd an den Leib zu rücken; sie sind nur Tropfen in einem Fasse.

Der Verein der Obdachlosen in Innsbruck will nun durch praktische Selbsthilfe, soweit es in seinen Kräften steht, darangehen, für einen Teil der Aermsten unter den Armen, die schon seit mehreren Jahren obdachlos sind, Wohnhäuser auf städtischen Gründen bauen. Um für diese Zwecke den Grundstock eines Kapitals aufzubringen, hat der Verein eine

Effekten-Lotterie

mit wertvollen Treffern mit staatlicher Genehmigung und unter staatlicher Aufsicht veranstaltet. — Die Ziehung findet am 15. April 1924 unter behördl. Aufsicht im Beisein eines öffentl. Notars in Innsbruck, Parissaal (Landhaus) um 8 Uhr vormittags öffentlich statt.

Die Lotterie umfaßt 2000 Gewinne und zwar:

1. Haupttreffer: 1 Speise- und Schlafzimmer- (Eiche hart) und Kücheneinrichtung Im Werte von 30 Millionen K
2. Haupttreffer: 1 Speisezimmer (Eiche hart) Im Werte von 12 Millionen K
3. Haupttreffer: 1 Schlafzimmer (Nuß hart) Im Werte von 9 Millionen K
4. Haupttreffer: 1 Bauernstube mit Uhr, kompl. im Werte von 7 Millionen K
5. Haupttreffer: 1 Zirbel-Schlafzimmer Im Werte von 6 Millionen K

45 Haupttreffer, bestehend aus Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Fahrräder, Möbel, Uhren, Kleider, Manufakturwaren, Schuhe etc., im Werte von zusammen 56 Millionen Kronen. Dann weitere 1950 Treffer in nützlichen Gebrauchsgegenständen im Werte von zusammen 80 Millionen Kronen.

Der Gesamtwert der 2000 Gewinne beträgt 200.000.000 K.

Die Gewinnsausgabe beginnt 14 Tage nach der Ziehung gegen Vorlage der Lose. — Binnen drei Monate nach der Ziehung nicht behobene Treffer verfallen zugunsten des Lotteriezweckes. — Ablösungen der Treffer in Geld finden nicht statt. Die Gewinne werden nach Anmeldung im Vereinslokale, Innsbruck, Rathaus, im Hofe links, angewiesen.

Der gesamte Reingewinn wird

zum Bauen von Wohnhäusern

verwendet.

Ein Los kostet 10.000 Kronen.

Die Lose sind durch die Alpenländische Vereinsbank und ihre 7 Filialen, durch größere Tabaktrafiken, durch alle größeren Buchhandlungen oder direkt durch die Kanzlei des Vereines der Obdachlosen, Innsbruck, Rathaus, zu beziehen.

Innsbruck, am 19. Jänner 1924.

An den

Verein der Obdachlosen

zu Händen des Herrn Major Alfons Dragoni, Innsbruck.

Verehrter Herr Major!

Ich danke Ihnen bestens für Ihre Zuschrift vom 18. ds. Mts., in der Sie mir von Ihrer großen Effekten-Lotterie zugunsten einer Bauaktion für Obdachlose Mitteilung machen.

Die von Ihrem Verein veranstaltete Effekten-Lotterie, die bestimmt ist, die ersten finanziellen Mittel für Ihr Unternehmen zur Stelle zu schaffen, kann ich nur bestens empfehlen. Aus eigener Anschauung und aus Mitteilungen von verschiedenen Seiten, insbesondere aber aus den unwiderleglichen Darstellungen von Ihrer Seite, bzw. den Angehörigen des Vereines der Obdachlosen, weiß ich nur zu genug, welch drückende Not gerade auf diesem Gebiete herrscht. Wenn daher durch Ihr Unternehmen nur einem kleinen Prozentsatz dieser wirklich Hilfsbedürftigen eine Erleichterung gebracht werden kann, so ist damit schon ein großes Werk geschehen und der Anfang einer praktischen Hilfeleistung gemacht.

Ich kann daher diese Aktion jedermann wärmstens empfehlen, und wünsche, daß die Hoffnungen die Sie auf diese Effektenlotterie setzen, reichlich erfüllt werden.

Es zeichnet hochachtungsvoll ergebener:

Dr. Stumpf, Landeshauptmann.

An den löblichen Verein der Obdachlosen.

Was durch die wirtschaftliche Notlage der jetzigen Zeit, durch die Wohnungsnot und deren verderbliche Folgen erheischt wird, was vielfältigen Segen zu bringen geeignet ist und was deshalb von vielen Kreisen der Bevölkerung lebhaft ersehnt wird — die Belegung der Bautätigkeit zur Herstellung von Wohnungen — ist der Zweck der großen Effektenlotterie, welche der Verein der Obdachlosen durchzuführen unternehmen hat. Es ist unser sehnlichster Wunsch, daß das Verständnis dafür in viele Kreise dringe und eine eifrige Mitarbeit veranlasse. — Möge Gottes Segen dieses Werk begleiten!

Innsbruck, 20. Jänner 1924.

Sigmund Waitz, Bischof.

Der Obdachlose

Schriftleitung und Verwaltung:
Innsbruck, Rathaus (Dof. links)
Inserate nach Tarif //

und Wohnungsuchende

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 4

Innsbruck, 15. Februar 1924

Erscheint 14 tägig

Die unsittlichen Teepuppen

In Innsbruck existiert ein Verein zur Bekämpfung der üblichen Unsittlichkeit. Die Gründung dieses Vereines wurde seinerzeit von uns Obdachlosen und Wohnungsuchenden begrüßt und zur gründenden Versammlung wurden 2 Delegierte unseres Ausschusses entsendet. Wir waren der Meinung, daß sich der Verein sein Hauptbetatigungsfeld in der Bekämpfung der großen Wohnungsnot suchen wird, da doch bekanntlich durch

das zusammengepferchte Wohnen die größte Unsittlichkeit

gefördert und die Moral vollstandig untergraben wird. In dieser Meinung sandten wir auch nach der Gründung des Vereines an den Obmann ein in warmen Worten gehaltenes Begrüßungsschreiben, worin nochmals gebeten wurde, unsere Bestrebungen zu unterstützen. Wir gaben uns eben der selbstverständlichen Auffassung hin, daß der hauptsächliche Zweck des Vereines unsere Aufgaben wesentlich erleichtern und fördern würde. Wiederholte Anfragen an die Herren Sittlichkeitsmeier, ob sie denn gar kein Interesse daran hätten, gemeinsam mit uns die großen moralischen und sittlichen Gefahren, wie sie das Wohnungselend hervorbringen, zu bekämpfen, blieben resultatlos. Wohl aber hörte man immer wieder, daß der Verein gegen ernste Tanzkunsstdarbietungen in scharffster Weise Stellung nahm und daß er wiederholt zum Schaden des eigenen Vereines mit allerlei Nichtigkeiten und Kleinlichkeiten die Bevölkerung belästigte.

In der letzten Zeit haben sich diese merkwurDIGen Moralhuter gar zu einem

Feldzug gegen harmlose Teepuppen

entschlossen und Zeter und Mordio darüber erhoben, daß unbedeckte Teepuppen noch verkauft werden! Wir haben es wirklich weit in Innsbruck gebracht! Wozu müssen doch überall die Begriffe „Moral“ und „Sittlichkeit“ herhalten! Die großen Gefahren sieht man nicht, daß für aber zieht man gegen harmlose Teepuppen ins Feld... Nun der Verein hat von der Presse auch die richtige Antwort bekommen; er hat sich damit nur selbst zum Gespotte der ganzen Oeffentlichkeit gemacht. Man versteht eben dort nicht die durch das Wohnungselend hervorgerufene namenlose Unmoral, unter der heute Tausende Kinder aufwachsen, daß für aber schreit man laut auf über Teepuppen, die in Auslagenfenstern stehen!

Die Sache ist viel zu ernst, als daß sie ins Lachliche gezogen werden darf, wie es leider vom Verein zur Bekämpfung der Unsittlichkeit geschieht. Wir fragen deshalb nochmals — und diesmal öffentlich — die Leitung des genannten Vereines:

Haben Sie kein Verständnis für die

durch die Wohnungsnot gezügelte Bigamie, Blutschande, Notzucht

und sonstigen unzähligen moralischen und hygienischen Schäden?

Läßt es Sie vollstandig gleichgültig, wenn heute noch in Innsbruck 20 geschiedene Ehepaare gezwungen sind, zum Hohn des gerichtlichen Urteils „Trennung von Tisch und Bett“ zusammenhausen und oft noch der Mann neben seiner Frau eine Konkubine in der Wohnung aufnimmt?

Sind Sie taub gegenüber den Klagen der Familien, die mit 5 und 6 Kindern in einem einzigen Raum zusammengepfercht hausen müssen?

Haben Sie keinerlei Bedenken, wie in solchen und ähnlichen Fällen die Jugend heranwachsen soll?

Schafft Bausteine herbei.

(Von unserer Baugesellschaft.)

12 Beamte für ein nutzloses Amt.

Wohnungen nur für Bemittelte.

Beamtenabbau — Kanzleienaufbau.

Der große Schneefall und das Zerschlagen der Dächer. Elendsbilder. — Keine untauglichen Mittel!

Sind Sie allen Ernstes nur darauf eingestellt, daß Teepuppen gerichtlich verfolgt werden?

Ist Ihnen die Zeit nicht zu kostbar und zu ernst, um sie für derlei Lächerlichkeiten aufzuwenden?

Wir hoffen, daß diese Fragen, die wir mit unzähligen Fällen aus unserer traurigen Praxis belegen können, den Verein zur Bekämpfung der Unsittlichkeit einmal wachrutteln werden. Man möchte doch erwarten, daß den sonderbaren Moralisten

die Schamrote ins Gesicht getrieben

wird, wenn sie von den sittlichen Zuständen in den Innsbrucker Elendsquartieren hören. Ein Verein zur Bekämpfung von Teepuppen hat keine Existenzberechtigung! Wenn die Sittlichkeitsmeier schon so überaus empfindlich sind, warum erheben sie denn nicht flammenden Protest in aller Welt gegen die größte Unsittlichkeit unserer Zeit: gegen die Wohnungsnot?

Unsere Forderungen.

IV.

Wir setzen die Erläuterungen unserer Forderungen fort:

c) Privatbauten: Die einzig wirklich praktische und gründliche Abhilfe der so vollzerstorenden Wohnungsnot ist die Hebung und Wiederbelebung der Privatbautätigkeit. Es soll überall als erster Grundsatz gelten, die notwendigen Wohngelegenheiten nur durch private Bautätigkeit zu schaffen. In Normalzeiten wurden durch die Gemeinden, beziehungsweise Landes- und Staatsregierungen, Rathäuser, Kirchen, Schlachthöfe, Markthallen usw. gebaut, während Wohnhäuser, Villen, Siedlungskolonien fast nur durch Private errichtet wurden. Es war von einer quantitativen Wohnungsnot auch in industriereichen Gegenden, in denen die Bevölkerung rapid zunahm, nicht die Rede. Wir kamen in der Vorkriegszeit nur eine qualitative Wohnungsnot.

Durch den Umsturz, wie durch die Aufrollung der großen sozialen Probleme wurde auch die These aufgestellt: Häuser sollen nicht Privatbesitz sein, sondern gehören der Allgemeinheit. Hausbesitzer zu sein, sei kein Beruf. Wenn während des Krieges aus andern Gründen, wie Mangel an Arbeitskräften usw., nicht gebaut wurde, so fiel es natürlich durch die revolutionären Erscheinungen in der Nachkriegszeit niemanden mehr ein, sein Geld in Häusern anzulegen, weil er ja nicht wusste, ob ihm nicht sein Besitz sozialisiert werde. Als Begleiterscheinung der Revolution waren auch die ungeheure Spekulation, der blühende Schleichhandel, die Schieberei und andere üble Volksschaden zu finden. Es war daher kein Wunder, daß sich jeder, der über Kapital verfügte, außerdem noch sagte, er habe ein lohnenderes Feld für sein Geld.

Nun sind wir aber so weit, daß diese mit jeder Revolution verbundene Krankheitserscheinungen so ziemlich der Vergangenheit angehören. Auch die Sozialisierungsexperimente mit dem Hausbesitz werden von keiner ernst zu nehmenden Seite mehr betrieben. Deshalb könnte wieder die qualitative Normalbautatigkeit von schönen Wohnungen beginnen und über kurz oder lang werden wir in allen Städten und Ortschaften eine kolossale Bautätigkeit entwickelt sehen; es fehlen ja in Oester-

reich nicht weniger als 100.000 Häuser. Kurz angeführt fordern wir daher:

Die Regierung hat alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Privatbautätigkeit zu fördern, insbesondere hat die Regierung bindende Erklärungen abzugeben, daß unter allen Umständen Neubauten vor jedweder Beschlagnahme und jeder Enteignung gesichert bleiben.

Weiters hat die Regierung durch Steuerbegunstigungen den Anreiz für die Entwicklung der Privatbautätigkeit zu geben.

Die Gemeinden und die Landesregierung haben an Baugesellschaften, Baugenossenschaften, sowie an Privatbauende die Baugründe kostenlos in der Zeit der nächsten 3 Jahre zu überlassen.

Anmerkung: Das vom Nationalrat beschlossene Steuerbegunstigungsgesetz, durch welches 75 Prozent des Bauaufwandes als steuerfrei bezeichnet wurde, wird keinerlei Anreiz für die Bautätigkeit haben. Wir stellen uns beiläufig ein derartiges Steuerbegunstigungsgesetz so vor:

Alle jene, die im Jahre 1924 Neubauten für Wohnungen errichten, werden für dieses Jahr von 50 und 50 Prozent Erwerb-, Einkommen- sowie Gewerbesteuer befreit. Für die, welche im Jahre 1925 Wohnungen erstellen, gelten dieselben Steuerbegunstigungen, jedoch nur in der halben Höhe. Es dürften hiedurch bestimmt ganz kolossale Beträge an Steuern der eigenen Finanzwirtschaft eingehen, aber wir glauben, daß innerhalb dieser beiden Jahre die Wohnungsnot so ziemlich in ihrem größten Schrecken verschwunden sein wird, wenn der Staat wirklichen Anreiz zum Bauen gibt.

„Wohnungen in Innsbruck — nur für Bemittelte!“

Aus Leserkreisen wird uns geschrieben:

Die Meinung aller objektiv Denkenden geht dahin, daß die endgültige Regelung der Wohnungsfrage nur durch eine großzügige Bautätigkeit erzielt werden kann, ebenso aber wird sich niemand der Einsicht verschließen, daß durch eine bessere Ausnützung und gerechtere Verteilung der vorhandenen Wohnungen das Wohnungselend schon jetzt bedeutend gelindert werden könnte, wenn von den zuständigen Behörden die gefehrlich gebotenen Wohnungsanforderungen endlich einmal energisch und schnell durchgeführt werden. Ueberdies sollten die Pensionisten-Familien und Wohnparteien ohne ständigen Verzug von der Stadt verhalten werden (wo es die Verhältnisse zulassen), ihren Wohnsitz in die Umgebung Innsbrucks und in die Landgemeinden zu verlegen und wäre es Aufgabe der Volksvertreter und Gemeinde-Funktionäre, diesbezuglich entsprechende gesetzliche Bestimmungen zu beschließen. Wenn Stadt, Land und Bund die Uebersiedlung von Berufslosen sowie Pensionisten und abgebauten Angestellten aus den Städten nach Landgemeinden durch Beitragsleistungen zu den Uebersiedlungskosten begunstigen und hiezu entsprechende Kredite aus den Mitteln der verschiedenen Wohnungsforsorge-Fonds sofort flüssig gemacht würden, wäre schon in allernächster Zeit eine bedeutende Entlastung des Wohnungsmarktes in den Städten möglich, nur müssen eben auch alle freien, unbenutzten Wohnräume in den Landgemeinden und insbesondere in der Umgebung der Städte ruckfahrig los angefordert werden.

Geradezu herausfordernd aber ist es, wenn zur selben Zeit, wo so viele unglückliche Familien in Baracken,

Eisenbahnwaggons, Kellern, Dachwohnungen oder sonstigen elenden oder von der Arbeitsstätte weit entfernten Notwohnungen ihr Dasein fristen müssen, in den Städten gänzlich leerstehende Wohnungen oft durch Monate hindurch (oft mit Wissen der zuständigen Behörden) ganz und gar unbenutzt bleiben. Der Wohnungsuchende hat ein scharfes Auge zur Auffindung von Wohnungsmöglichkeiten! Der Obdachlose will es nicht begreifen, daß in einer demokratischen Republik das Mieterschutzgesetz nicht gleichmäßig oder allgemein zur Anwendung kommt, ein Unterschied gemacht wird, wer der Hauseigentümer und dementsprechend die leerstehende Wohnung angefordert wird oder nicht.

Eines von den vielen Beispielen sei angeführt: In einem der Zwangswirtschaft nicht unterliegenden Hause in der inneren Stadt ist nunmehr das dritte Monat eine Dierzimmer-Wohnung unbenutzt und zur Vermietung freistehend! Es wäre verständlich, wenn alle Wohnungsnotleidenden sich zu einem Demonstrationsumzug zusammenschließen würden, um dagegen zu protestieren, daß das Wohnungsanforderungsgesetz durchlöcherter wird von Bestimmungen, die geeignet sind, das ganze Mieterschutzgesetz in Frage zu stellen oder dessen Wert wesentlich herabzumindern.

So lange nicht der freie Wohnungsmarkt möglich oder gesetzlich nicht zulässig ist, muß es ausgeschlossen sein, daß, wie im vorliegenden Falle, ein Regierungsbeamter als Verwalter eines Wohnhauses eine Wohnung willkürlich an den Meistbietenden verschachert, wie es bereits mit einer zweiten Wohnung im gleichen Hause geschehen ist. Wenn eingewendet wird, daß der Fonds, dem dieses Haus gehört, sanierungsbedürftig ist, dann sei auch auf jene vielen Fälle hingewiesen, wo kleine Rentner, ganz besonders aber unmündige Kinder mit dem oftmals recht largen „Einkommen“ aus ihrem Hausbesitz das Leben fristen sollen.

So lange das Mietengesetz existiert, müssen alle unbenutzten Räume oder nicht voll ausgenutzten Wohnungen angefordert werden und die Mietzinsen betragt einheimlich geregelt sein, daß nicht der Großteil der Bevölkerung eine oft lächerlich geringe Miete bezahlt, während viele weniger Glückliche ganz enorme Mietzinsen zu zahlen haben, die oftmals die Hälfte ihres Einkommens verschlingen.

Anmerkung der Redaktion: Auch wir fordern im Interesse der Allgemeinheit und aus Billigkeitsgründen die einheitliche und unterschiedslose Behandlung des alten Hausbesitzes hinsichtlich gleichmäßiger Anwendung der Wohnungsanforderungen, da es nicht angeht, die Eigentümer der Vorkriegswohnhäuser zum Nachteil der Wohnungsuchenden in verschiedenen Kategorien einzuteilen; zuwiderlaufende Gesetzesparagrafen wären durch die Volkvertretung unbedingt abzuändern. — Viel nützlicher aber wäre es, sich im Kampfe nicht zu zersplittern. Im großen Kampfe um ein schützendes Dach für die nach Tausenden zählenden Wohnungsbedürftigen darf das Ziel, daß das Wohnungselend in seiner Gesamtheit verschwinden muß, nicht aus den Augen verloren werden; um einen Raum oder um einen Paragraphen herumzustritten, wäre für die Gesamtheit müßig. Die Verhältnisse am Wohnungsmarkt müssen wie in der Vorkriegszeit die Konkurrenzfähigkeit fördern und die Bautätigkeit muß mit allen Mitteln gehoben werden, damit wieder die volkswirtschaftlichen Gesetze von Angebot und Nachfrage Geltung erhalten und die Wohnverhältnisse in ein für die Gesamtheit erträgliches Verhältnis gebracht werden.

Wo der Wille vorhanden, ist auch das Geld da.

Der große Schneefall hat in Innsbruck nicht nur im Verkehr, sondern auch finanziell katastrophal gewirkt. Es entstand für die Gemeinde die Notwendigkeit, wenigstens die Hauptverkehrsadern der Stadt von den Schneemassen zu säubern, was übrigens in der denkbar unwirtschaftlichsten Weise geschah und wobei auch heute noch wichtige Straßenzüge durch hohe Schneeberge verunstaltet sind.

Die finanzielle Belastung ist nach den Mitteilungen, die im Gemeinderat gemacht wurden, ungeheuer. Es soll, nach der Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Eder, die Schneereinigung per Monat eine halbe Milliarde Kronen

verschlingen. Als diese Notwendigkeit eintrat, war auch sofort das Geld da, obwohl bei unseren Stadtfinanzen eine halbe Milliarde Kronen schon eine bedeutende Rolle spielt.

Und nun taucht bei uns unwillkürlich die Frage auf: Wenn jemand im Gemeinderat beantragt hätte, es soll monatlich eine halbe Milliarde zu Wohnbauzwecken verwendet werden, da auch die Wohnungsnot katastrophal geworden ist, hätte da nicht sofort der Gemeinde-Finanzminister die Unmöglichkeit erklärt, diese Summe zu beschaffen? Sehen wir nur den Fall, daß vier Monate lang diese Schneebeseitigungsnotwendigkeit bestehen würde, so müßten zwei Milliarden von der Stadt ausgebracht werden. Für Wohnbauzwecke ist dieser Betrag aber „unerschwinglich“.

Der katastrophale Schneefall hat den unwiderleglichen Beweis erbracht, daß Geld vorhanden ist, wenn es unbedingt sein muß. Wenn nun die Möglichkeit gegeben ist, allmonatlich eine halbe Milliarde aufzubringen, warum hat man kein Geld für den Bau von Wohnungen?

Also, wenn es sein muß, geht! Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Bei dieser Gelegenheit soll auch darauf hingewiesen werden, wie

viele Millionen für die Säuberung der Dächer von den Mietparteien aufgebracht werden mußten. Die Dächer wurden aber vielfach von unsachmännlicher Seite vom Schnee gesäubert. Mit Eispickel und anderen Instrumenten wurden oft die angefrorenen Eiskügel zerhaut und die Dachziegel zerschlagen!

Mindestens hundert Häuser in Innsbruck sind auf diese Art auf ihren Dächern ruiniert worden. In zahlreiche Wohnungen in den obersten Stockwerken rinnt das Wasser durch die zerschlagenen Dächer. Früher mußte der Hausherr für diese Reparaturen aufkommen. Durch die Entrechtung im Hausbesitz brücken sich die Hausherren und die mit dem Mieterschutzgesetz gesegneten Mieter können die teuren Reparaturen bezahlen. Die Kosten für diese Reparaturen betragen in Innsbruck mehr als eine Milliarde, die nur von den Mietern aufgebracht werden müssen. Wenn das Mieterschutzgesetz, so wie alle anderen Kriegszwangsgesetze, abgeschafft wäre, dann wären die Mieter von dieser besonderen Auslagen verschont geblieben. Die Auswirkung des sauberen Mieterschutzgesetzes verspüren weniger die reichen Mieter in großen neueren Häusern, als in erster Linie die armen Bewohner alter Häuser in den alten Stadtteilen — obwohl es von „berufener Seite“ abgelehnt wird.

Beamtenabbau — Kanzleienaufbau.

In unserer letzten Nummer haben wir eine Zuschrift veröffentlicht, in der dagegen Stellung genommen wurde, daß in der Zeit des Beamtenabbaues die Kanzleiräume der Behörden und Ämter vermehrt werden. Es wurde erwähnt, daß das Südbahn-Inspektorsgebäude am Bahnhofspolizeistation, das durch die Uebernahme der Südbahn in den Bundesbahnbetrieb und durch den großen Beamtenabbau eigentlich frei werden müßte, nicht für Wohnungen, sondern wieder für Kanzleiräume Verwendung finden soll. Man will dafür die Baracken, die jetzt für Familien dienen, für Wohnungen frei machen. Also, die Familien sollen mit den kleinen Kindern in Baracken unterkommen, dafür soll das festgebauete Haus am Bahnhofspolizeistation wieder von Kanzleien besetzt werden, in denen doch nur 7 bis 8 Stunden Dienst gemacht wird.

Weiters wurde in der erwähnten Zuschrift darauf hingewiesen, daß die Landes-Fahndungs-Evidenz in der Hofburg mehrere Kanzleiräume zugewiesen erhielt und daß nun dort, wo sie früher untergebracht war, nämlich im Polizeigebäude, eine eigene Fahndungs-Evidenz errichtet wurde, so daß wir plötzlich in Innsbruck zwei Fahndungs-Evidenzen haben. Auf den letzterwähnten Hinweis ging uns vom Präsidium der Landesregierung folgendes Schreiben zu, welches die in unserer Zuschrift veröffentlichten Mitteilungen bestätigt.

Das Schreiben lautet:

„Bezugnehmend auf den in Nummer 3 des von Ihnen herausgegebenen und geleiteten Blattes „Der Obdachlose“ veröffentlichten Artikel „Beamtenabbau — Kantenaufbau“ beehrt sich die Landesregierung mitzuteilen, daß dieser Artikel, insoweit er sich auf die Landes-Fahndungs-Evidenz bezieht, auf unrichtigen Voraussetzungen und Informationen beruht.“

Es ist richtig, daß die Kriminalabteilung der Landesregierung bisher im städtischen Polizeigebäude untergebracht war. Da das Stadtpolizeiamt aber diese Räume gekündigt hat, mußte diese Abteilung anderwärts untergebracht werden. Hierfür wurden zu Wohnzwecken wegen ihrer Lage und der Räumlichkeit nicht geeignete Räume in der Hofburg herangezogen, während die übrigen Zimmer der aufgelassenen Finanzprokuratur ohnehin zu Wohnzwecken verwendet wurden. Gleichzeitig mit der Kriminalabteilung der Landesregierung, die neben der Redaktion des Polizei-Anzeigers noch die Führung der für das ganze Land bestimmten Landes-Fahndungs-Evidenz zu besorgen hat, wurde auch die Bahngendarmerie ebenfalls untergebracht, welche bisher gegen hohen Mietzins in einer Baracke am Bahnhofe beherbergt war. Es ist unrichtig, daß im Gebäude des Landes-Gendarmeriekommandos Räume zur Verfügung ständen, zumal dieses Gebäude für das Kommando selbst viel zu klein ist. Mit der Verlegung dieser Amtsstellen wurde aber keineswegs eine Renaustellung irgend eines Amtes herbeigeführt, im Gegenteil, bedeutende Ersparungen erzielt.

Wahr ist, daß das Stadtpolizeiamt, ungeachtet der bereits bestehenden Landes-Fahndungs-Evidenz, eine eigene Evidenz für seine Zwecke neu aufgestellt hat. Der Landesamtsdirektor: Dr. P o d e l s .“

Das Schreiben gesteht alle von uns gemachten Konstatierungen klar zu. Es gesteht, daß früher eine und jetzt zwei Fahndungs-Evidenzen in Innsbruck bestehen, es gesteht, daß für die Bahngendarmerie festgebauete Räume zur Verfügung gestellt wurden, während die Baracke freigemacht wurde.

In keiner Stadt Österreichs bestehen zwei Fahndungs-Evidenzen, in jeder größeren Stadt führt diese Evidenz selbstverständlich die Polizei, nur in Innsbruck haben wir gleich zwei. Die Räume, die von der Landes-Fahndungs-Evidenz (ein vollständig überflüssiges Amt, da bei der Polizei sowieso eine Evidenz besteht) in der Hofburg bezogen wurden, wären gut für Wohnzwecke zu verwenden gewesen. Man hat auch gleich anschließend an die neu bezogenen Räume eine Wohnung

für einen in Landeshof abgebauten Hofrat geschaffen. Die Landes-Fahndungs-Evidenz, die doch keine andere Arbeit zu erledigen hat als die Polizei-Fahndungs-Evidenz, wurde in ihren neuen Räumen in der Hofburg ausgebaut und erweitert. Das alles heißt man „Ersparungen“.

Schafft Bausteine herbei!

Vorarbeiten für unsere Baugesellschaft.

Als vor mehr als einem Jahrzehnt der steirische Volksdichter Rosegger für die deutschen Schulen im bedrängten Gebiet ein nationales Notopfer forderte, da waren in kürzester Frist die „Bausteine“ dafür beisammen und bald die vorbestimmte Summe überreicht und vervielfacht. Heute ist es notwendig, gegen das größte Volksübel unserer Zeit, zur Bekämpfung der großen Wohnungsnot, ein nationales Notopfer zu bringen! Die bei unserer Baugesellschaft eingezahlten Bausteine sollen ein solches Volksopfer sein. Sie sind keine Spenden, sondern werden gut verzinst und zurückgezahlt. Bausteine in der Höhe einer halben Million Kronen sind in wertbeständiger Währung an die Baugesellschaft zu senden.

Rechnet Bausteine in großer Zahl! Das Direktorial über die Bausteine-Aktion hat Frau Landeshauptmann Stumpf übernommen, die das größte Interesse der ganzen Aktion entgegenbringt. Sie steht den Wohnungsuchenden, wo sie nur kann, mit Rat und Tat bei und ist in jeder Richtung bemüht, das traurige Los der Obdachlosen zu lindern.

In unserer vielen Arbeit für die Gründung der beabsichtigten Baugesellschaft sind wir bereits so weit vorgeschritten, daß wir ohne Ueberreibung mit aller Ruhe sagen können: Die Baugesellschaft kommt zu Stande und, was für die Interessenten das Wichtigste ist: es wird heuer mit aller Sicherheit gebaut werden. Die notwendigen Kapitalien werden auf folgende Weise heringebracht:

1. Durch Gesellschaftsmitglieder, von denen beinahe eine Milliarde bereits gezeichnet wurde.
2. Durch Geldinstitute, Industrien, besonders die der Baubranche, die ein eminentes Interesse an der Hebung der Bautätigkeit haben.
3. Durch Zeichnung von Bausteinen, über die wir oben kurz berichteten.

Wir hoffen, durch die interessierten Körperschaften und Einzelpersonen die notwendigen Baukapitalien zusammenzubringen, damit wir drei Stock hohe Reihenhäuser (Qualitätsbauten) sowie einzelne Ein- und Zweifamilienhäuser fertigstellen können.

Die Versammlung der Baugesellschaft (nicht der Bausteinezeichner) findet am Donnerstag, den 28. Februar, halb 8 Uhr abends, im Gasthof „Brennöhl“, ersten Stock, in Innsbruck, statt, wo Pläne aufgelegt und genaue Ausklärungen erteilt werden. Dort findet auch die definitive Aufnahme der Mitglieder der neu zu gründenden Baugesellschaft statt. Zu dieser gründenden Versammlung werden außer den bereits in unserer Kanzlei angemeldeten Gesellschaftsmitgliedern eingeladen: Die Landesregierung, die Gemeinde, der Bankenverband, die Direktoren der nichtparteilichen Banken, der Sparcassen und Hypothekarankassen, die Präsiden der Handels- und Gewerbekammer, der Arbeiterkammer, des Industriellenverbandes, des Tiroler Gewerbeverbandes, des Verbandes der Tiroler Genossenschaften, des Reichsverbandes der Bank- und Sparkassebeamten usw.

Unsere Ausstellung.

Unsere Ausstellung im Landhause in Innsbruck, welche selbst die 2000 Treffer unserer Effekten-Lotterie zur allgemeinen Beschäftigung zugänglich sind, erfreut sich an allen Kreisen der Bevölkerung des regsten Interesses. Der Anreger dieser Effektenlotterie, unser Obmannsstellvertreter, Josef Köppler, hat gemeinsam mit den Herren Dalagiovanna und Gruppman, diese Aufgabe übernommen, und zwar sowohl bei der Beschaffung und Zusammenstellung der vielen, wertvollen Treffer, als auch beim Arrangement der Ausstellung im Parksaal des Landhauses. Im Interesse dieses Unternehmens haben die Genannten ihre ganze Zeit in unermüdbar Weise zur Verfügung gestellt. Unser Dank gebührt aber auch den Lieferanten der Treffer, die uns die günstigsten Kaufbedingungen gewährten; Tapeziermeister Paulus besorgte in anerkennenswerter Weise die dekorative und Gärtnermeister Tröblich stellte die Pflanzen zur Verschönerung der Ausstellung bei. Wir danken auch den sonstigen Mitarbeitern und Förderern unserer Lotterie und hoffen, daß die geleistete Arbeit aller vom schönsten Erfolge begleitet sei und daß diese einzigartige Ausstellung wesentlich zum Verkaufe der Lose beitrage, deren Reinertrag der Grundstock und die ersten Mittel zum Baue von Wohnhäusern im Rahmen einer eigenen Aktion bilden sollen.

Wir bitten alle Leser und Freunde unseres Blattes, sich mit Losen einzubeden und unsere Lotterie auch im Bekanntenkreise wärmstens zu empfehlen.

Die Ausstellung, die schon in den ersten Tagen ihres Bestandes, von weit über 4000 Personen besucht wurde, bleibt bis auf weiteres geöffnet.

Gedenket des Pressefonds des „Obdachlosen!“

Zwölf Beamte für ein nutzloses Amt.

Es wird uns geschrieben:
 Das neue Innsbrucker Adressbuch ist für jedermann eine lehrreiche Lektüre. Man findet in dem Buche viele Adressen von Wohnräumen, die trotz der Wohnungsnot ihrer ursprünglichen Bestimmung entzogen und für verschiedene Beamter und Amtskollegen beansprucht wurden, obwohl es ein Gebot der Stunde wäre, die Beamten zusammenzuziehen und in einigen Amtsgebäuden unterzubringen, was bei einem Personalabbau möglich wäre. Aus manchem „Stall des Amtsschimmels“ könnte ein Familienheim entstehen.
 Das Aufreizende ist aber, wenn man liest, daß das städtische Wohnungsamt, also eine Institution, die gänzlich überflüssig ist, weil eine kleine Wohnungsvermittlungsanstalt bei Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen die paar Fälle ebenfugot erledigen könnte und die geführte Statistik ohnehin für die Katz ist, einen Personalstand von 13 Angestellten (derzeit 12) hat. Da könnten wohl manche Wohnungslose im „Goldenen Dach“ Unterkunft finden, wenn diese „Unentbehrlichen“ zu einer produktiven Arbeit herangezogen würden.

Keine untauglichen Mittel!

Seit dem Bestande unseres Blattes waren wir bestrebt, alle Vorschläge und Aktionen zur Linderung der Wohnungsnot vorurteilslos zu prüfen und ohne Rücksicht auf die politische Partei, von der ein solcher Vorschlag ausgeht, das Gute zu befruchten und das Nutzlose zu bekämpfen. Von dem gleichen Bestreben geleitet, müssen wir zu einem Vorschlag Stellung nehmen, der von der sozialdemokratischen Partei im Innsbrucker Gemeinderat ausgeht und im Parteiblatt an leitender Stelle besprochen wurde.

Erfreulicherweise bestätigt das sozialdemokratische Blatt die allerdings weniger erfreuliche Tatsache, daß die Wohnungsnot schon mehr als unerträglich geworden ist, daß keine Möglichkeit besteht, das vermehrte Wohnungsbedürfnis zu befriedigen und daß keine Stadt in Österreich im Verhältnis zur Einwohnerzahl einen so großen Prozentsatz Wohnungsuchender hat wie gerade Innsbruck.

Unrichtig ist allerdings, daß die private Initiative noch kein einziges Haus erstellt hat, obwohl neuerbaute Häuser nicht unter das Mieterschutzgesetz fallen. Unseres Wissens und nachweisbar wurden etwa 20 Häuser von Privaten gebaut, was allerdings einen Tropfen Wasser auf einen heißen Stein bedeutet. Zweifelslos wirken auch die wahnwitzigen Zinsen des Leihkapitals lähmend auf den Häuserbau, aber auch die Furcht der Kapitalbesitzer, darunter auch der Banken, es könnte eine kommende, unter sozialistischem Einflusse stehende Regierungsmehrheit auf den Gedanken kommen, auch die neuen Häuser unter das Mieterschutzgesetz zu stellen. Das Vertrauen, daß solches nicht geschehen wird, ist leider nicht groß genug, um das Häuserbauen verlockend zu machen.

Es wird in dem Artikel des sozialdemokratischen Blattes nun ein Vorschlag erläutert, um wenigstens das gemeinderätliche Bauprogramm vom Jahre 1922 (richtig 1921) durchzuführen. Aber dieser Vorschlag ist recht wenig durchdacht, sonst müßte der Verfasser doch bei einiger rechnerischer Begabung darauf gekommen sein, daß es ein vollständig

untaugliches Mittel

ist, was er und seine Parteigenossen zur Linderung der Wohnungsnot vorgeschlagen hat.

Der Artikelschreiber stellt sich die Sache so vor, daß den Mietern eine — wie er im Durchschnitt annimmt — den Betrag von 4000 K monatlich ausmachende Wohnbausteuer aufgebürdet wird, die ihm zu zahlen schwer ankommen wird, aber wenigstens etwas zur Linderung der Wohnungsnot beiträgt. Diese Steuer soll zur Sicherung der Verzinsung eines aufzunehmenden Baukapitals dienen.

Sehen wir uns den Vorschlag näher an:
 Wir haben in Innsbruck rund 10.000 Parteien, die nach dem Vorschlage 12 mal 4000 K, also 48.000 K Wohnbausteuer bezahlen sollen. Das sind insgesamt 480.000.000 K jährlich. Damit wird ein Baukapital von rund fünfseinhalb Milliarden verzinst? Man wird zugeben, daß damit nicht viel gebaut werden kann, noch dazu, wenn die Gemeinde baut, der merkwürdigerweise das Bauen weitaus teurer zu stehen kommt, wie den Privaten. Nun sieht aber die Sache so, daß die Häuser mit der Zeit abgenutzt werden, das ensicherte Baukapital aber nicht geringer wird, sondern bleibt, da mit den Mieten zwar die normale, nicht aber die durch die Zeit hervorgerufene Abnutzung, gewiß aber nicht die Amortisierung gedeckt werden kann. Die Mieter zahlen also den Geldgebern die Zinsen, tragen zur Erhaltung der Häuser bei, aber die Häuser bleiben Eigentum der Geldgeber, denn die Gemeinde kommt nicht in die Lage, das Geld jemals zurückzahlen.

Wir müssen sagen, daß dieser Vorschlag denn doch zu unüberlegt ist, um ernst genommen zu werden. Das Opfer, das den Mietern damit auferlegt wird, ist eigentlich zweifelslos gebracht, denn viel Hilfe wird dabei nicht herauskommen und die 4000 K monatliche Mietrückgabe werden sich im Index fast gar nicht bemerkbar machen, so daß eine Rückwirkung auf die Lohn- und Gehaltsbezüge ausbleibt.

Der Vorschlag müßte anders aussehen. Ebenso wie seinerzeit bei der Aufhebung der Brotzuschüsse, müßte die Wohnbausteuer für die ärmere Bevölkerung von den

Arbeits- und Dienstgebern, für die selbständig Erwerbenden, den Unternehmern und Reichen von diesen selbst, getragen werden, sie müßte daher, wenn sie wirklich eine Linderung bringen soll, in einer Höhe festgesetzt werden, daß sie sich im Index ausdrückt und als Baukapital dienen kann. Wenn die Wohnbausteuer, sagen wir, mit rund 50 Prozent (progressiv ansteigend) festgesetzt wird, zahlt der Besitzer für seine schöne große Wohnung noch immer einen Pappensiel, der Arbeiter und Angestellte würde natürlich bei den heutigen Bezügen unerträglich belastet werden, aber es wird und muß sich diese Belastung in den Bezügen ausgleichen, wie es seinerzeit bei der Aufhebung des staatlichen Brotzuschusses der Fall war. Dann könnte die Gemeinde mit dem Kapital bauen und sie könnte bei normalen Mieten das Erträgnis ihres Eigentums zu neuen Wohnbauten verwenden.

Der Einwand, daß dieser Vorschlag nicht in Innsbruck allein durchgeführt werden kann, weil sonst Innsbruck zur Stadt der höchsten Lohn- und Gehaltsbezüge, daher zur teuersten Stadt werden müßte, ist berechtigt, deshalb sollte im Wege des Städtetages ein Gesetz erzwirkt werden, daß, insoweit das Mietergesetz in Betreff der Mieten keine Abänderung erfährt, diese Wohnbausteuer in allen Städten und Industrieorten von den Gemeinden eingeführt werden muß, damit neue Wohnhäuser gebaut werden können. Wenn der Städtetag in diesem Sinne beschließt, werden sich Regierung und Parlament nicht ablehnend verhalten.

Die Widerstände der Hausbesitzer können nur temporär sein, denn es ist allen Verständigen klar, daß mit der Erstellung genügender Wohnhäuser nicht nur die Wohnbausteuer, sondern auch das Mieterschutzgesetz fällt. Wenn die Hausbesitzer selbst nicht bauen können und keine Wohnbausteuer geschaffen wird, so bleibt jener Zustand, wie er heute ist, für immer bestehen. Die zwei Böcke am Wege, die nicht ausweichen wollen, sind nicht geeignet, Sympathien zu erregen. Als Gegner des staatlichen Mietenzwangsgesetzes, als Gegner einer Wohnbausteuer erklären wir, daß als ein Uebergang zur freien Bewirtschaftung des Wohnungswesens eine als Wohnbaukapital verwendbare Wohnbausteuer jenem Fließwerk vorzuziehen ist, das im Innsbrucker Gemeinderat geplant ist.

Wie berechtigt unsere Ansicht ist, daß sich eine Erhöhung der Mietzinse zu Zwecken der Erstellung von Wohnbauten wieder im Dienst- und Arbeitseinkommen rückwärts würde, zeigt folgender Artikel des Linzer Stadtrates Dr. R u t h e n s t e i n e r, welcher es bestreitet, daß Arbeiter und Beamte zu den Aufnehmern des Mieterschutzgesetzes gehören. Er schreibt:

„Auf den ersten Blick möchte man als Kuhnzieher des Mieterschutzgesetzes als Mieter ansprechen, weil sie eben billig wohnen. Dem ist nicht so. Allen Arzeten mit normalem Arbeitseinkommen, insbesondere den Arbeitern und Beamten, brachte das Mieterschutzrecht so gut wie keinen Vorteil. Das Einkommen dieser Schichten hat sich einfach dem billigen Mietzinse angepaßt. Hätten sich die Mietzinse, natürlich unter der Kontrolle des Staates, den Preisen der Lebensmittel, der Stoffe und dem Preise des übrigen Lebensbedarfes angepaßt, kurzum, wären sie mit dem Index gegangen, so hätten sich die Beamten- und Arbeiter- und die Arbeitseinkommen zur Zeit der Inflation ziemlich schmerzlos angepaßt. Sogar das Aufhören der Lebensmittelzuschüsse hat sich erstaunlich glatt vollzogen, wenn man bedenkt, wie unvermittelt und wie spät dieser Abbau einsetzte. Die Träger dieser Arbeitseinkommen sind im Gegenteil durch die Mieterschutzgesetzgebung in eine sehr unsichere Lage versetzt, die je länger, je unhaltbarer wird, denn sie müssen für die Hausreparaturen aufkommen. Die kleinen Leute werden hiedurch am allermeisten getroffen. Sie sind es ja, welche zumeist in reparaturbedürftigen Häusern wohnen, während die besser situierten Kreise vielfach Häuser bewohnen, bei denen die Reparaturen noch jahrelang hinausgeschoben werden können. Das Arbeitseinkommen erhöht sich nicht, wenn der Mieter noch so viel Reparaturbeiträge zahlen muß. Jeder Arbeiter und jeder Beamte, welcher in einem bauwürdigen Hause wohnt, wird seinem Kollegen gegenüber, der ein gutes Haus bewohnt, sehr benachteiligt sein. Das Mieterschutzrecht brachte daher den Arbeitern und Beamten nur ganz vorübergehende, sehr geringe Vorteile, heute aber beginnt es, ihre Existenz zu bedrohen. Selbstverständlich ist hier nur vom Betrag der Miete und nicht von der Unfindbarkeit der Wohnung die Rede. Die Unfindbarkeit der Wohnung mußte festgesetzt werden und ist notwendig, so lange ein fühlbarer Wohnungsmangel besteht.“

Der Verfasser geht nun auf die Frage ein, wer zu den Kuhnziehern des Mieterschutzgesetzes zählt und antwortet darauf:

„Vor allem Leute mit einem großen Einkommen, es müssen nicht gerade die Schieber und Spekulant sein, deren Einkommen von der Höhe der Wohnungsmiete nicht abhängig ist und überhaupt vom Index nicht beeinflusst ist. Diese Leute verdienen um so mehr, je weniger die Wohnung kostet. Sie wohnen nicht selten luxuriös, sie hätten für ihre Wohnung samt Steuern 20 bis 30 Millionen und auch mehr zu zahlen. Diese 20 bis 30 Millionen ersparen sie zu allem übrigen. Es ist ihnen umso leichter möglich, Kapital anzuhäufen. Besonders begünstigt wurde durch das Mietenschutzrecht die Zuwanderung von fremden Spekulanten. Sie konnten ihre Spekulationen und Schieberereien mit wenig Kapital beginnen, denn sie brauchten nur verhältnismäßig geringe Vorteile zu bieten, etwa so viel, als sie zu Hause in einem einzigen Jahre ohnehin hätten für ihre Wohnung zahlen müssen, und fanden bei uns nicht nur Wohnungen, sondern auch oft Geschäftsräume

und Kanzleien. Allen diesen Leuten wurde durch das Mieterschutzrecht das Einkommen und auch das Recht werden sehr erleichtert, sie sind in hervorragender Weise Kuhnzieher des Mieterschutzgesetzes. Die Mieterschutzgesetzgebung hat das sicher nicht gewollt. Aber jedes wirtschaftliche Gesetz, das gegen die wirtschaftliche Vernunft erlassen wird, schädigt den kleinen Mann und begünstigt den Ausbeuter.“

Des Weiteren gehören unter die Kuhnzieher der Mieterschutzgesetzgebung alle jene, welche ihre Wohnung entweder gar nicht oder nur zum kleineren Teil benötigen und die also gar nicht zu schützenden gewesen wären. Viele unter diesen ließen sich ihre Wohnung unter dem Titel „Wohnungsablöse“ um Preise abkaufen, die sich meistens zwischen 15 und 100 Millionen halten. Dieser Vorgang ist nicht ganz gesetzlich, er hat sich jedoch sehr häufig abgespielt. Was haben diese Leute gemacht? Sie haben sich Vermögenswerte angeeignet, die eine ungeschickte Gesetzgebung dem Hausherrn entzogen hat. Sie haben gleichsam gesagt: „Du brauchst eine Wohnung, ich kann meine Wohnung entbehren. Meine Wohnung ist aber abnorm billig. Sie sollte jährlich 12 Millionen Kronen kosten, sie kostet aber nur 200.000 Kronen, weil ich dem Hausherrn nicht so viel zahlen muß, als er eigentlich nach dem Werte beanspruchen könnte. Gib mir daher 40 Millionen Kronen. Binnen vier Jahren hast du diesen Betrag herinnen.“ Sie haben also den Zinsentgang, den der Hausherr erleidet, kapitalisiert und sich vom Ablöser auszahlen lassen. Wohlbedacht, das waren lauter Leute, die einen Wohnungsgenuß überhaupt nicht verdient hätten, und gerade dieser Umstand versetzte sie in die Möglichkeit, Kuhnzieher dieser sogenannten sozialen Gesetzgebung zu sein.

Noch eine weitere Gruppe gehört hierher, das sind die Subvermieter, also wiederum Leute, bei denen die Größe der Wohnung ihr eigenes dringendes Wohnungsbedürfnis übersteigt. Sie lassen sich von ihrem Mieter ein Zimmer oft mit 2, 3, auch mit 400.000 Kronen monatlich bezahlen, d. h., ein Zimmerherr bezahlt für sein einfaches Zimmer in einem Monat meist mehr, als der Vermieter oder die Vermieterin im ganzen Jahr für die Wohnung zahlt. Gar manche Mieter haben mehr als einen Mieter. Was macht dieser Subvermieter? Er sagt zum Mieter: „Ich habe infolge einer volkswirtschaftlich ganz falschen Gesetzgebung eine spottbillige Wohnung, eine kleine Goldgrube. Ich wäre ein Narr, diese Goldgrube nicht auszubeuilen. Du brauchst dringend ein Zimmer. Gut, du kannst es haben, und zwar nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, sogar ein wenig über dem Vorkriegspreis, wo die Zimmer leichter angenommen sind wie heute. Belege dich nicht, daß du mir 300.000 Kronen im Monat zahlen mußt. Das Zimmer ist so viel wert. Es geht nicht auf deine Kosten, es geht auf Kosten des Hausherrn, der durch die Mieterschutzgesetzgebung gebundene Hände hat.“ Diese Subvermieter haben außerdem nicht immer die Sympathie gegen sich, denn oftmals handelt es sich um kleine Leute, denen an und für sich ein wirtschaftlicher Vorteil zu gönnen ist. Das Traurige ist nur, daß sie diesen Vorteil einem Unrecht verdanken, das der Hausherr stillschweigend ertragen muß, und einem Zustand, der, je länger er besteht, der gesamten Volkswirtschaft einen umso größeren Schaden zufügen wird, und daß die Mieter meist junge, schlecht bezahlte Leute sind, die ihr Zimmer in der Goldparität bezahlen müssen, während wirtschaftlich gesessigte Existenzen für eine große Wohnung viel weniger leisten.

Sicher ist, daß heute sehr, sehr viele Leute durch das Mieterschutzrecht begünstigt werden, die vermöge ihrer wirtschaftlichen Lage eines solchen Schutzes in keiner Weise bedürftig sind, daß sich das Mieterschutzrecht zu einer großen Gefahr für alle in reparaturbedürftigen Häusern wohnenden Mieter auswächst, daß es die Kreditfähigkeit herabdrückt, dem Entstehen von Neubauten und damit dem Aufhören der Wohnungsnot hindernd im Wege steht, daß es den Wert der Häuser unsäglich herabdrückt und eine große Ueberfremdung des nationalen Hausbesitzes herbeiführt und, wie die vorstehenden Ausführungen in Kürze darzutun, sich geradezu zum Schutze derjenigen ausgewachsen hat, die gar keines Schutzes bedürftig sind.“

An unsere Leser und Freunde!

Durch Schwierigkeiten, die der Vertretung der Wohnungsuchenden und Obdachlosen bereitet wurden, waren wir Ende des vorigen Jahres plötzlich gezwungen, ein eigenes Verbandsorgan herauszugeben. Dieses Sprachrohr hat sich als eine Notwendigkeit erwiesen, wie die zahlreichen an uns gelangten Zuschriften und Zustimmungskundgebungen aus dem ganzen Reiche bezeugen. Es wurde beschlossen, die Zeitung zweimal monatlich erscheinen zu lassen. Es ist Pflicht aller durch die Wohnungsnot Betroffenen sowie aller Kreise, die an der Behebung der Wohnungsnot interessiert sind, dieses Organ nach Kräften durch Mitarbeit, Inserate und Unterstützung des Pressefonds zu fördern.

Die Bezugspreise für den „Obdachlosen“

wurden wie folgt festgesetzt:

Für ein Jahr	24.000 K
für ein halbes Jahr	12.000 K
für ein Vierteljahr	6000 K

Wir ersuchen, uns die Abonnementsbeiträge im vorhinein pünktlich einzusenden. Auf Verlangen wird ein Erlagschein beigelegt.

Redaktion und Verwaltung des „Obdachlosen“,
 Innsbruck, Rathaus, 1. Hof, Unt.

Elendsbilder aus Innsbrucker Wohnungsbeziehungen.

Kinder, für die keine Sonne ins Zimmer scheint.

In der Altstadt wohnt in der Riesengasse eine Familie S. Sie ist seit über 3 Jahren beim Wohnungsamt vorgemerkt, seit fast zwei Jahren in der vordringlichen Klasse eingereiht. Die beiden Kinder dieser Familie, von denen das eine bereits schulpflichtig ist, haben noch nie in der Wohnung einen Sonnenstrahl gesehen.

Das Martyrium einer Mutter.

Frau H., seit über zwei Jahren gerichtlich geschieden, wohnt mit ihren drei Kindern noch immer bei ihrem geschiedenen Mann in einem Zimmer. Die Drangsalierungen, die diese Frau auszuhalten hat, sind unbeschreiblich. Seit über einem Jahr bemühen wir uns umsonst, der Frau mit den drei Kindern zu helfen — alles umsonst.

Zerstörtes Eheglück.

Die Familie D., mit ganz niedriger Vormerksnummer, seit dreiviertel Jahren auf der Delogiertenliste stehend, ist nun, da sie keine Hilfe durch das Wohnungsamt erreichen konnte und trotz aller dringlichen Vorgesprächen unberücksichtigt geblieben ist, auseinander gegangen — die Ehe wurde aufgelöst. Wir wissen in diesem Falle genau, daß kein anderer Grund für das zerstörte Eheleben anzuführen ist, als die Wohnungsnot. Die Frau geht nun wieder in Dienst, der Mann, mit den Nerven vollständig zusammengebrochen, ist in einer Heilanstalt.

Delogiert — und keine Aussicht auf eine Wohnung.

Partei B. mit niedriger Vormerksnummer ist als erste Partei auf der Delogiertenliste. Sie hat bis heute noch keine Wohnung und auch keine Aussicht auf eine solche.

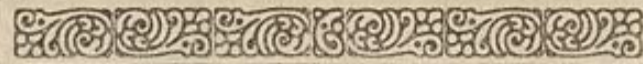
Drei Jahre obdachlos ist noch nicht genug lange . . .

Familie A., ein Ehepaar mit sechs Kindern, also acht Köpfe, wohnt in einer Baracke im Praderlager in einem Zimmer. Die Vorgespräche für diese Familie blieben resultatlos, da man beim Wohnungsamt erklärte, diese Familie sei noch nicht lange genug in der Baracke, um herauszukommen. Sie wohnt nämlich erst geschlagene drei Jahre dort.

Vereinsmitteilungen.

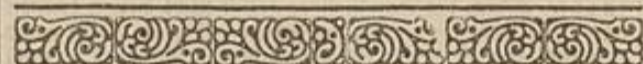
Herr Hauptmann a. D. Albert Laschan ist aus Gesundheitsrücksichten von seinem Vereinsamte eines Rechnungsprüfers zurückgetreten; die Stelle wird bis zur Neuwahl durch die Vollversammlung gemäß § 10 der Statuten provisorisch besetzt werden, da die beiden Revisoren nach § 15 der Statuten außerhalb des Ausschusses stehen, tritt in der Zusammenkunft desselben keine Aenderung durch den Rücktritt des Revisors ein. — Wir danken wärmstens Herrn Hauptmann a. D. Laschan für seine dem Verein geleisteten Dienste.

Gemäß § 10 der Vereinsstatuten wird die nächste Vollversammlung über einige Anträge für eine zeitgemäße Aenderung der Satzungen zu beschließen haben, die sich durch die erweiterte Tätigkeit des Vereines und des dadurch bedingten Ausbaues der Geschäftsführung des Vereines ergeben.



Verschlussmarken

nach nebenstehendem Muster werden vom Verein der Obdachlosen in Vertrieb gebracht und kosten pro Bogen (81 Stück) einschließlich Porto 3000 Kronen. Wir ersuchen um recht zahlreiche Bestellungen in der Kanzlei des Vereines der Obdachlosen, Innsbruck, Rathaus, 1. Hof, links.



Briefkasten.

Bruneder-Straße. Der Beschluß des Wohnungsausschusses vom 7. Februar 1924 zeigt nur deutlich, daß trotz des Auftrages der Landesregierung, die Wohnung der beiden Damen anzufordern und trotz zweimaliger Verstärkung dieser Anforderung durch das Mietamt und die Mietkommission diese Wohnung eben der Zwangsbewirtschaftung nicht unterworfen werden soll, weil diese beiden alleinstehenden Frauen von gewissen Funktionären anscheinend mehr Berücksichtigung erfahren, als ver-

heiratete, vordringlich klassifizierte Familien. Wir sind jedoch sicher, daß ihr Streben, aus der Wohnung herauszukommen, in einigen Wochen in günstiger Weise erfüllt wird.

St. . . . In „Adambrau“ wohnen zwei rumänische Damen, welche erst nach dem Umsturze eingezogen sind. Diese haben eine 3-Zimmer-Wohnung. Beruf ist unbekannt. Wie kamen diese Leute zu dieser Wohnung? — Werden der Sache nachgegangen. Wenn es sich wirklich so verhält, zeigen wir das Wohnungsamt der Landesregierung an.

Mehrere Anfragen. Demonstrationen müssen genau vorbereitet werden, denn sie sollen doch etwas bezwecken und erreichen. Gelegentlich der stillen Demonstration im November vor dem Gemeinderatssaal hat Bürgermeister Dr. Eder das Versprechen gegeben, die ihm damals überreichte Bittschrift bis zum 5. Dezember zu beantworten. Dieses Versprechen wurde bis heute nicht eingelöst. Künftig wissen wir, was wir von Versprechungen zu halten haben. Wenn tatsächlich größere Demonstrationen der Obdachlosen und Wohnungsuchenden notwendig werden sollten, so wird Sorge für richtige Vorbereitung getroffen werden, damit der Zweck voll erreicht wird.

B. A., Innsbruck. Wenn Ihnen ein Beamter des B. A. in roher Weise, trotz Ihrer dringenden und begründeten Bitte, sogleich vorgelesen zu werden, die Türe vor der Nase zuschlug, so nennen Sie uns den Namen. Wir werden das Weitere veranlassen.

Wohnungsaustausch Graz—Innsbruck. Gesehlich zulässig, in Ihrem Falle sehr leicht. Das Grazer B. A. ist hiezu verpflichtet.

R. P., Alagensfurt. Wir raten Ihnen ab, nach Innsbruck zu übersiedeln. Das Wohnungsamt kann Sie als Wohnungsuchender nicht anerkennen.

M. G., Bitten a. Ayspangbahn. Als Vangeiellschaftsmitglied willkommen, als Wohnungsuchende Partei Aufnahme jedoch ausgeschlossen.

D. Brig, Wallis. Wir haben unserem Schreiben noch hinzuzufügen, daß uns die Zeichnung in Kronen genau so wertvoll ist, wie in Schweizer Franken.

M. S., Jenbach; R. A., Kitzbühel; A. A., Brigg; M. A., Wörgl; F. S., Landeck; St., Schwarz; D. J., St. Johann i. T. Brieflich erledigt.

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck

Ecke Erlers- und Museumstraße

Filialen: Kitzbühel — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.

Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.

Einheimisches Geldinstitut

Wo! kauft man die besten u. billigsten Maschinen für Industrie u. Landwirtschaft?



Maschinenvertrieb
Mayritsch Innsbruck
Museumstraße 14.

Jos. Mitterhofer
Innsbruck, Marktgraben 3



Spezialgeschäft für

Korb- und Holzwaren
Haus- u. Küchengeräte

Neuanfertigungen
von Holzwaren werden übernommen.

Telephon 583/II u. 1114/IV

Franz Widmann, Baumeister

Herstellung von Bauten aller Art u.
Reparaturen in guter Ausführung
bei billigster Berechnung.

Innsbruck, Roseggerstr. 12 * Telephon 932/IV

MÖBEL AUER & GRAUS

empfehlen ihr reichhaltiges Lager an

Schlaf- und Speisezimmer, Küchen- und Vorzimmer-Einrichtungen sowie sämtl. Polstermöbel

Matratzen, Diwane, Ottomanen, Klubgarnituren in Stoff u. Leder zu bekannt konkurrenzlosen Preisen u. weitestgehend Zahlungsbedingungen.

Telephon 583/II u. 1114/IV Eigene Werkstätten Telephon 953/II u. 1114/IV

Franz Jiranek

Bau- u. Galanterie-Spenglerei
und Glaserer

Innsbruck

Viaduktstraße
Bogen 25-28

empfeilt sich zur Uebernahme aller
Spengler- und Glaserarbeiten,
Dachreparaturen
sowie Lieferungen von Tafelglas
jeden Quantums zu solidesten Preisen.



Kleine Anzeigen.

Wohnungstausch

Bo. en - Innsbruck. Von Südtirol ausgewiesene deutsche Familie stellt eine Dreizimmer-Wohnung in Bozen gegen eine Zweizimmer-Wohnung in Innsbruck zur Verfügung. Dringend. Näheres durch die Verwaltung d. Blattes.

Wohnungstausch

Hötting - Innsbruck. Tausche meine Dreizimmer-Wohnung mit Nebenräume Balkon usw. gegen ebenso große Wohnung in Innsbruck. Bahleberbedlungskosten. Auskunft in der Verwaltung dieses Blattes.

Wohnungstausch

Hötting - Speckweg - Innsbruck-Stadt. Gebe mein ganzes Einfamilienhaus, bestehend aus 8 Zimmern (eventuell 2 Wohnungen), gegen eine Fünfstücker-Wohnung in der Stadt in Tausch. Mein Haus ist Neubau, daher außerhalb des Mietengesetzes stehend. Hins unter der Goldparität. Auskunft in der Verwaltung dieses Blattes.

Ein 3 Stod hohes Ed-Haus

17 Jahre alt, in der Höttingergerau, sonnig, mit sofort beziehbarer Wohnung, mit Garten, zu verkaufen. Zu erfragen in der Kanzlei, Rathaus l. Hof, Haus, zwei Stod hoch, in Mariabühl, billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Kanzlei des Obdachlosen-Vereines, Innsbruck, Rathaus, Hof links.

Wohnungstausch

Landes - Innsbruck. Gebe meine Dreizimmer-Wohnung mit allem Komfort gegen ebensolche oder Zweizimmer-Wohnung. Tausch ohne Ueberbedlungskosten. Näheres in der Verwaltung dieses Blattes.

In Obsteig

ist eine Dreizimmer-Wohnung mit Küche (ohne Möbel) gegen Uebernahme der Verwaltung unentgeltlich zu haben. Auskunft in der Verwaltung d. Blattes.

Schöne Zweizimmer-Wohnung

mit Nebenräumen, Balkon usw. gegen Bezahlung der Ueberbedlungskosten sofort beziehbar. Guter Wohnungsuchende besonders bevorzugt. Auskünfte in der Verwaltung dieses Blattes.

Bei schriftl. Anfragen volle Rückporto beilegt werden.

Ankündigungen

im „Kleinen Anzeiger“ haben größten Erfolg.

Wagenlackierer
Sattler
und
Taschner

Innsbruck
Rieseng. 8
(Altstadt)



Friedrich Mühlgräber

Gelegenheits-
Käufe von
Wagen
Geschurren
Koffern
und
Taschen

Reparaturen
prompt!



Große Effekten-Lotterie

der Obdachlosen u. Wohnungsuchenden
2000 Treffer im Werte von 200.000.000 K
Ziehung am 15. April 1924 - Ein Los 10.000 K

Lose in allen Filialen der Apenninischen Vereinsbank, in Trafiken und in der Kanzlei des Obdachlosenvereines in Innsbruck, Rathaus, l. Hof links, zu haben.

Wenn Sie bei unseren Inserenten Bestellungen machen, dann vergessen Sie nie sich auf dieses Blatt zu berufen. Sie nützen uns dadurch!

Tachezy RUM

ist der Beste!
1 Liter 24.000 K
Museumstr. 22

Altpapier

in jeder Menge (von auswärts franko Bahnhof od. Haus Innsbruck geliefert) kauft die Buchdruckerei Thylla, Innsbruck, Andreas Hoferstraße 4. Fernsprech-Nummer 742



Ständiges Lager von:
Fahrrädern, Nähmaschinen, Zentrifugen
Erstklassige Marken in jeder Preislage.
Mechanische Reparaturwerkstätte
Neuheit:
„ZELBO“- Frischhaltung-Apparat



erhältlich nur bei
NIKOLAUS GASSLER, Innsbruck, Leopoldstr. 36

Hans Paulus

Innsbruck, Sillgasse Nr. 17

Werkstätten für
Inneneinrichtung, Ledermöbel, Polstermöbel
Matratzen usw.

Übernahme sämtl. Reparaturen

Haus- u. Küchengeräte

jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge in allen Ausführungen, Eisen- und Metallwaren, landwirtschaftl. Geräte, Schraubwaren, Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche, verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.

Gegründet 1854
Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)
INNSBRUCK, Leopoldstraße 3 (Gasthof Greif)

Elektro-Artikel Apparate Material

kaufen Sie
preiswert bei



**P. Schneider
Innsbruck**

Karl Ludwigplatz Nr. 8
Telephon Nr. 1167/6

Inseriert
im
„Obdachlosen“

Unterberger & Comp.

Kolonialwaren- und Landesprodukten-Großhandlung

INNSBRUCK

Detailgeschäft Herzog Friedrichstraße 26
unter den Lauben
Telegramme: Waren Unterberger
Fernsprechstelle 258

BAU- UND MÖBEL-TISCHLEREI

M·A·T·T·H·I·A·S B·U·K·O·W·E·T·Z

INNSBRUCK, MARIA THERESIENSTRASSE 38

Wohn-, Schlaf- und Speisezimmer, Büro-Einrichtungen, Vertäfelungen jeder Art werden in allen Stilarten angefertigt
Für solide Ausführung wird garantiert - Uebernahme sämtlicher Bauarbeiten

Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Die Wohnungsnot mit all ihren gesundheitlichen, sittlichen und anderen Gefahren wächst von Tag zu Tag. Fast ein Drittel der gesamten städtischen Bevölkerung ist direkt oder indirekt von dem großen Wohnungselend betroffen. Niemand ist sicher, ob ihm nicht selbst das traurige Schicksal über kurz oder lang beschieden ist, das heute über die vielen tausenden Obdachlosen, Wohnungsuchenden und Delogierten hereingebrochen ist. Die staatlichen und kommunalen Mittel reichen nicht aus, dem Wohnungsmangel ernstlich und dauernd an den Leib zu rücken; sie sind nur Tropfen in einem Fasse.

Der Verein der Obdachlosen in Innsbruck will nun durch praktische Selbsthilfe, soweit es in seinen Kräften steht, darangehen, für einen Teil der Aerinsten unter den Armen, die schon seit mehreren Jahren obdachlos sind, Wohnhäuser auf städtischen Gründen bauen. Um für diese Zwecke den Grundstock eines Kapitals aufzubringen, hat der Verein eine

Effekten-Lotterie

mit wertvollen Treffern mit staatlicher Genehmigung und unter staatlicher Aufsicht veranstaltet. — Die Ziehung findet am 15. April 1924 unter behördl. Aufsicht im Beisein eines öffentl. Notars in Innsbruck, Parissaal (Landhaus) um 8 Uhr vormittags öffentlich statt.

Die Lotterie umfaßt 2000 Gewinne und zwar:

1. Haupttreffer: 1 Speise- und Schlafzimmer- (Eiche hart) und Kücheneinrichtung im Werte von 30 Millionen K
2. Haupttreffer: 1 Speisezimmer (Eiche hart) im Werte von 12 Millionen K
3. Haupttreffer: 1 Schlafzimmer (Nuß hart) im Werte von 9 Millionen K
4. Haupttreffer: 1 Bauernstube mit Uhr, kompl. im Werte von 7 Millionen K
5. Haupttreffer: 1 Zirbel-Schlafzimmer im Werte von 6 Millionen K

45 Haupttreffer, bestehend aus Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Fahrräder, Möbel, Uhren, Kleider, Manufakturwaren, Schuhe etc., im Werte von zusammen 56 Millionen Kronen. Dann weitere 1950 Treffer in nützlichen Gebrauchsgegenständen im Werte von zusammen 80 Millionen Kronen.

Der Gesamtwert der 2000 Gewinne beträgt 200,000.000 K.

Die Gewinnsausgabe beginnt 14 Tage nach der Ziehung gegen Vorlage der Lose. — Binnen drei Monate nach der Ziehung nicht behobene Treffer verfallen zugunsten des Lotteriezweckes. — Ablösungen der Treffer in Geld finden nicht statt. Die Gewinne werden nach Anmeldung im Vereinslokale, Innsbruck, Rathaus, im Hofe links, angewiesen.

Der gesamte Reingewinn wird

zum Bauen von Wohnhäusern

verwendet.

Ein Los kostet 10.000 Kronen.

Die Lose sind durch die Alpenländische Vereinsbank und ihre 7 Filialen, durch größere Tabaktrafiken, durch alle größeren Buchhandlungen oder direkt durch die Kanzlei des Vereines der Obdachlosen, Innsbruck, Rathaus, zu beziehen.

Innsbruck, am 19. Jänner 1924.

An den

Verein der Obdachlosen

zu Händen des Herrn Major Alfons Dragoni, Innsbruck.

Verehrter Herr Major!

Ich danke Ihnen bestens für Ihre Zuschrift vom 18. ds. Mts., in der Sie mir von Ihrer großen Effekten-Lotterie zugunsten einer Bauaktion für Obdachlose Mitteilung machen.

Die von Ihrem Verein veranstaltete Effekten-Lotterie, die bestimmt ist, die ersten finanziellen Mittel für Ihr Unternehmen zur Stelle zu schaffen, kann ich nur bestens empfehlen. Aus eigener Anschauung und aus Mitteilungen von verschiedenen Seiten, insbesondere aber aus den unwiderleglichen Darstellungen von Ihrer Seite, bzw. den Angehörigen des Vereines der Obdachlosen, weiß ich nur zu genug, welch drückender Not gerade auf diesem Gebiete herrscht. Wenn daher durch Ihr Unternehmen nur einem kleinen Prozentsatz dieser wirklich Hilfsbedürftigen eine Erleichterung gebracht werden kann, so ist damit schon ein großes Werk geschehen und der Anfang einer praktischen Hilfeleistung gemacht.

Ich kann daher diese Aktion jedermann wärmstens empfehlen, und wünsche, daß die Hoffnungen die Sie auf diese Effektenlotterie setzen, reichlich erfüllt werden.

Es zeichnet hochachtungsvoll ergebener:

Dr. Stumpf, Landeshauptmann.

An den löblichen Verein der Obdachlosen.

Was durch die wirtschaftliche Notlage der jetzigen Zeit, durch die Wohnungsnot und deren verderbliche Folgen erheischt wird, was vielfältigen Segen zu bringen geeignet ist und was deshalb von vielen Kreisen der Bevölkerung lebhaft ersehnt wird — die Belebung der Bautätigkeit zur Herstellung von Wohnungen — ist der Zweck der großen Effektenlotterie, welche der Verein der Obdachlosen durchzuführen unternommen hat. Es ist unser sehnlichster Wunsch, daß das Verständnis dafür in viele Kreise dringe und eine eifrige Mitarbeit veranlasse. — Möge Gottes Segen dieses Werk begleiten!

Innsbruck, 20. Jänner 1924.

Sigmund Waitz, Bischof.

Der Obdachlose

Schriftleitung und Verwaltung:
Innsbruck, Raibauer (Hof, 11115)
// Inserate nach Tarif //

und Wohnungsuchende

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 5

Innsbruck, 1. März 1924

Erscheint 14 tääig

Die Gründung der Tiroler Baugesellschaft.

Der 28. Februar war für unseren Verein ein denkwürdiger Tag. Nach mühevollen, monatelangen Vorarbeiten ist in Innsbruck die Tiroler Baugesellschaft gegründet worden, die aus der Initiative unseres Vereines ins Leben gerufen wurde und bei der unser Verein Parte gestanden ist.

Im Saale des Großgasthofes „Dreindöfl“ hatten sich sehr zahlreich die Interessenten und Vertreter der Behörden und Korporationen eingefunden. Es waren u. a. erschienen: in Vertretung der Landesregierung Landeshaupmannstellvertreter Dr. Beer und die Hofräte Dr. v. Lill und Baron Unterrichter, in Vertretung des Bürgermeisters G. M. Waldmüller, in Vertretung der Bauktion G. M. Asam, in Vertretung des Wohnungsfürsorgeausschusses Frau G. M. Klammer, in Vertretung des Caritasverbandes Direktor Eisenegger, in Vertretung der Handels- und Gewerbesammler Sekretär Dr. Gerharding, in Vertretung des Tiroler Industriellenverbandes Syndikus Dr. Steinbrecher, in Vertretung des Tiroler Gewerbeverbandes Vizepräsident Kommerzialrat Hermann Wolf und Sekretär Fuchs, außerdem von den Eisenbahner-Baugenossenschaften die Inspektoren Franzoi und Brennersdorfer.

Der Obmann des Vereines, Major a. D. Dragoni, beleuchtete in seinen Einleitungsworten kurz das mit jedem Tag größer werdende Wohnungsleiden und wies auf die ständig steigenden kriminellen Verbrechen hin, die in der großen Wohnungsnot ihre Ursachen haben. Alle Versammlungen, Sitzungen, Zeitungsartikel, Demonstrationen usw. führen zu keinem positiven Resultat. Es muß der Weg der Selbsthilfe beschritten werden. In Verfolg dessen ist der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden im Monat Dezember darangegangen, eine große Effektenlotterie mit Genehmigung der Bundesregierung zu veranstalten, um flüssiges Kapital aufzubringen: der Erlös der Effektenlotterie, die allseits sympathische Aufnahme beim Publikum gefunden hat, wird den Grundstock einer Gesellschaft bilden, die das Bauen von Wohnhäusern selbst in die Hand nimmt. Mit dem Grundstock wird weitergearbeitet, er wird durch Privateinlagen und eventuelle Zuschüsse verstärkt werden, so daß endlich mit dem Bauen begonnen werden kann.

Die Beweggründe, warum der Obdachlosenverein eine derartige Aktion ins Leben ruft, sind folgende: Von dem Grundsatz ausgehend, daß die Privatbauartigkeit unter allen Umständen in jeder Weise gefördert werden muß, da ohne ihr an eine Linderung der Wohnungsnot überhaupt nicht gedacht werden kann, will der Verein die Initiative ergreifen und sich als Mittelglied zwischen Privatbauartigkeit, die heute noch im Dornröschenschlaf liegt, und der Kommunalbauartigkeit einschalten. Ein weiterer Beweggrund liegt darin, daß der Verein die jetzige Zeit als günstigste und billigste Bauperiode betrachtet. Die Mietengesetze werden einmal fallen müssen; man mag sich sträuben, wie man will, auf ewig werden sie nicht bestehen; sie werden in Oesterreich ebenso abgebaut werden müssen, wie sie heute schon in allen europäischen Staaten abgebaut werden. Wann die Mietengesetze bei uns in Oesterreich fallen, ist für uns belanglos. Wenn sie aber gefallen sein werden, dann wird mit einer bedeutenden Mietzinserhöhung zu rechnen sein, die beim Einzelnen und in der Gesamtheit ganz beträchtlich in die Wagschale fallen wird. Der hohe Mietzins wird sich in der staatlichen Sanierungsaktion in einer sprunghaften Erhöhung des Index auswirken und zu diesem Zeitpunkte einen hohen positiven Index ergeben. Dadurch werden auch die Löhne erhöht werden und das Erbauen von Häusern wird sich viel höher stellen, als heute. Das sind, kurz gesagt, die Beweggründe, die den Verein veranlassen, an die Gründung einer Baugesellschaft auf genossenschaftlicher Basis zu greifen.

Eigener Herd ist Goldes wert.
Ein Riesenhotel. — Den Genossen ins Stammbuch.
Werden städt. Wohnungen verschachert?
Fliegende Kommissionen wären notwendig!

Das Kind.

Zur Abwehr gegen boshafte Angriffe.
Glendsbilder. — Das Blochhaus.

Der Verein ist an die Banken, an die Bundesregierung, an die Landesregierung, an die Gemeinde, an den Industriellenverband, an die Handels- und Gewerbesammler herantreten und hat überall willige Ohren gefunden; als einzige Korporation hat sich nur die Arbeiterkammer, an die wir ebenfalls herantreten sind, abseits von unserer Aktion gestellt.

Was wollen wir: Wir wollen durch die Baugesellschaft Hochhäuser erstellen und durch Erwerb von Objekten und Grundstücken Siedlungen in der Umgebung der Stadt ins Leben rufen. Auf die Erstellung von Hochhäusern können wir in der Zeit der großen Wohnungsnot nicht verzichten, obwohl wir auf dem Standpunkte stehen, daß das Ideal für eine Familie das Eigenheim darstellt.

Die Mitglieder der Baugesellschaft verpflichten sich, mindestens einen Geschäftsanteil in der Mindesthöhe von 3 Millionen Kronen zu zeichnen und die Statuten pünktlich einzuhalten. Es zeichnet z. B. jemand 20 Millionen, die Kosten einer Wohnung in einem Hochhaus stellen sich aber auf circa 100 Millionen, so daß der Betreffende dann den Rest der Baukosten verzinsen muß. Es ist sicher, daß die Gesellschaft ein bedeutend billigeres Geld erhalten wird, als jeder einzelne, der heute bei einer Bank Kapitalien für Bauzwecke aufnimmt. Der Zinssfuß wird bestimmt 10 Prozent nicht übersteigen. Diejenigen, die ein Eigenheim anstreben, müssen ebenfalls das Geld, das die Gesellschaft in das Haus hineinsteckt, verzinsen.

Nach diesen erläuternden Worten gelangten die umfangreichen Statuten zur Verlesung. Daran schloß sich eine kurze Debatte, in der einige Änderungen vorgeschlagen wurden, welche die Versammlung genehmigte.

Hierauf wurde die Gründung der Tiroler Baugesellschaft vollzogen, zu der in der Versammlung 24 Mitglieder beigetreten sind, die sich verpflichteten, mehrere Anteile zu zeichnen.

Landeshauptmannstellvertreter Dr. Beer begrüßte die neue Gesellschaft mit herzlichen Worten. Soweit es die Mittel gestatten, werde auch die Landesregierung ihren Beitrag leisten und einen allfälligen Beschluß wegen Zeichnung der Anteile fassen.

G. M. Waldmüller entschuldigte das Fernbleiben des Bürgermeisters Dr. Eder und sagte in seinem Namen der Gesellschaft die Unterstützung der Gemeinde zu.

G. M. Asam ergänzte diese Ausführungen namens der Bauktion, daß sie der gemeinnützigen Gesellschaft im Saal in der Defreggerstraße hinter der Sillbrück die Gründe für Reihenhäuser kostenlos überlassen werde für Einfamilienhäuser kommen gegen geringe Grundablösen die Gründe in der Reichenau in Betracht.

Mit warmen Dankesworten an die Herren des Ausschusses, die die umfangreichen Vorarbeiten geführt haben, an die Hofräte Dr. v. Lill und Baron Unterrichter von der Landesregierung sowie an die Inspektoren der Eisenbahner-Baugenossenschaft Franzoi und Brennersdorfer, die bei der Ausarbeitung der Statuten dem Verein mit ihrem auf Erfahrung gestützten Rat zur Seite gestanden sind, schloß der Vorsitzende, Major Dragoni, die denkwürdige Versammlung.

Der nächste Schritt des Vereines wird es sein, bevor die Baugesellschaft auf eigenen Füßen steht, den Zusammenschluß aller bisher in Tirol bestehenden Baugenossenschaften und Siedlungsgenossenschaften zu einem **Zweckverband** herbeizuführen.

Unsere Forderungen.

V.

Wir setzen die Erläuterungen unserer Forderungen fort:

a) **Zwangswise Bauten:**

Gebaut muß werden! Wir glauben nicht, daß jemand anderer Meinung sein kann, als daß gebaut werden muß. Verschiedene Meinung gibt es nur über den Zeitpunkt, wann die Bauartigkeit einsetzen und wer bauen soll. In Oesterreich fehlen über 30.000 Häuser. Daß gebaut werden muß, ist klar. Kommunale Bauten bringen nie den Abbau der Wohnungsnot, auf die Privatbauartigkeit kann man nie verzichten. So lange sich jedoch diese nicht bemerkbar macht und allorts einsetzt, verlangen wir von der Regierung **Zwangsmassnahmen**, um jene Kreise für die Privatbauartigkeit heranzuziehen, die über genügend Geldmittel verfügen. Banken und Industrien sind gesetzlich zu verhalten, für ihre Angestellten oder wenigstens für einen Teil derselben, durch Errichtung von Neubauten zu sorgen. Ist dies in anderen Staaten, zum Beispiel in Jugoslawien, reibungslos gegangen und wurden dort sogar Baudenkmäler errichtet, so setzen wir wirklich nicht ein, warum bei uns nicht ein ähnliches Gesetz ins Leben gerufen werden kann. Wir erwähnen bei dieser Gelegenheit eine höchst bezeichnende Begebenheit, die sich bei einer Filiale eines Wiener Großbankinstitutes ereignete:

Mit 1. April 1923 mußten sämtliche Banken Jugoslawiens mit ihrer Bauartigkeit begonnen haben. Die Marburger Filiale der betreffenden Wiener Bank tat dies nicht und wurde am 2. April behördlich gesperrt. Eine Woche später waren Pläne vorgelegt und man entschloß sich, selbstredend sofort mit dem Bauen zu beginnen. Heute steht in Marburg von dieser Filiale ein kleines Bankpalais. Direktor und Prokurist haben dort ebst eine Herrschaftswohnung. Zur selben Zeit, als die Wiener Bank für ihre Filiale in Marburg um teures Geld baute, wurde in Wien in einem Bezirk durch Delogierung zweier Familien eine Filiale errichtet. Wir sind nicht gehässig. Wir wissen, die österreichischen Banken erfreuen sich des besten Rufes in der ganzen Welt. Sie sind Institute, die konkurrenzfähig und mustergültig für die ganze Welt dastehen. Aber ein scharfes Gesetz der Regie ung, die Banken zur Privatbauartigkeit zu zwingen, würde ohne Schädigung der großen Geldinstitute, dafür aber zum Segen für viele wohnungsuchende Familien, vor allem für die eigenen Angestellten der Banken, von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Wir fordern daher:

Banken und Industrien haben durch Errichtung von Neubauten für die Unterbringung ihrer Angestellten selbst Sorge zu tragen.

Bei Vergebung von Konzessionen neuer Industrien ist die Bewilligung erst dann zu geben, wenn der Bewerber sich verpflichtet, für den Zugang von Arbeitern und Beamten Wohnungen zu erstellen.

Es gibt nur ein Mittel, um der Wohnungsnot wirklich ernst zu begegnen, und das ist die gesetzliche Herabsetzung des Zinsfußes bei den Gek.l.s.u.en. Diese Herabsetzung würde sofort das Bauen von Häusern ermöglichen, sie würde die Arbeitslosigkeit auf ein erträgliches Maß herabmindern, sonstige wirtschaftliche Schäden, die vielleicht vorübergehend eine Verschärfung erleiden, in kurzer Zeit beheben und zur Gesundung der ganzen Volkswirtschaft wesentlich beitragen. Im Frieden wurden für aufgenommene Hypotheken 6 Prozent bezahlt. Wir geben zu, daß in der Zeit des fortwährenden Verfalls unserer Währung niemand an Hypothekendarlehen denken wird, wir finden es auch begreiflich, daß wegen der bedeutend höheren Betriebskosten der Bankinstitute einerseits, dem Gehirngang Rechnung tragend andererseits, die Verbehaltenung des Prozentigen Zinsfußes vielleicht heute noch nicht realisierbar wäre. Aber bei einer stabilen Währung, also bei unserer Goldkrone, die sich heute vollständig an den Dollar anlehnt, ist es auf die Dauer nicht möglich, einen Zinsfuß von 2 bis 3 Prozent pro Monat zu verlangen und bei derart sündhaft teurem Gelde ist natürlich auch an eine ausgiebige Privatbautätigkeit nicht zu denken. Ein kurzes Beispiel hierfür:

Jemand will sich ein kleines Einfamilienhaus erstellen. Dieses kostet 200 Millionen Kronen, der Bauherr selbst besitzt aber nur 50 Millionen, er muß sich deshalb 150 Millionen bei einem Bankinstitut zu einem Zinsfuß von beiläufig 20 Prozent ausleihen. Er müßte also jährlich ohne Amortisierung 30 Millionen Zinsen zahlen. Da selbstverständlich die wirtschaftliche Kraft der Bürger unseres Staates nicht eine derartige ist, daß man für eine Wohnung solche horrenden Summen zahlen kann, so ist es natürlich, daß die Hypothekendarlehen und die Banken sich langsam ihrer Pflicht werden erinnern müssen, billiges Geld zum Bauen zu geben. Es könnte nämlich sonst der Fall eintreten, daß man auswärtige Gelder aufnimmt, z. B. in der Schweiz oder in anderen Staaten, wo Zinsfuß überaus vorhanden ist. Wenn das Vertrauen zu unserem Staate im Auslande ein genügend großes sein wird und die einheimischen Geldinstitute nicht zu bewegen sein sollten, zu einem erträglichen Zinsfuß Hypotheken zu geben, so wird man sich eben dieses Geld vom Auslande beschaffen, denn dort ist es bedeutend billiger zu haben.

Wir fordern daher:
Die Banken haben Einzelpersonen, Baugesellschaften und Genossenschaften Hypotheken zu einem billigen Zinsfuß zu geben. Die Hypothekendarlehen sind wieder ihrem ursprünglichen Zwecke dienlich zu machen und haben gleichfalls billige Hypotheken zu gewähren.

Fliegende Kommissionen wären notwendig.

Man schreibt uns:
Im Interesse der Allgemeinheit und zur Binderung der unbeschreiblichen Wohnungsnot wird Ihnen jedenfalls die Mitteilung über das Vorhandensein von 320 freien, unbenützten Wohnungen ge-
legen kommen und ist es nun Sache des städt. Wohnungsamtes, die Wohnungsanforderungen unverzüglich, energisch und unparteiisch durchzuführen.

1. Im Wohnhaus Wiltenberg Nr. 10 befindet sich eine anforderungsreihe Wohnung, bestehend aus Küche, Speise, Saal mit Veranda im ersten Stock und zwei möblierte Zimmer im zweiten Stock. Diese Wohnung war im Vorjahre, obwohl im Stadtgebiet gelegen, als „Sommerwohnung“ vermietet, ist also seit vorigen Sommer unbenützt und soll erst im kommenden Sommer wieder vermietet werden. Der Hauseigentümer bewohnt im ersten Stock als Junggeselle zwei Zimmer mit Vorzimmer, benötigt also vorgenannte Räume nicht, insbesondere auch nicht die im ersten Stock gelegene Küche, da für die Wirtschaftsführung tatsächlich die ebenerdig befindliche Küche benützt wird, umso mehr, als auch die Wirtschaftlerin und das sonstige Hauspersonal in den Partieräumen untergebracht sind, wogegen im zweiten Stock außer den zwei erwähnten möblierten, jedoch freien und unbenützten Zimmern, noch weitere zwei Zimmer, Küche und Vorzimmer an eine Mietpartei seit längerer Zeit tatsächlich vermietet sind, woraus hervorgeht, daß es sich nicht um ein Einfamilienhaus, sondern um ein Wohnhaus handelt.

2. Auch im Wohnhaus Wiltenberg Nr. 5 befindet sich im zweiten Stockwerke links eine anforderungsreihe Wohnung, bestehend aus einem großen Zimmer mit Erker und einer anschließenden geräumigen schönen Küche. Diese Wohnung ist seit längerer Zeit frei und unbenützt und dient derzeit nur als Magazin für im Haus überflüssige Möbel des Hauseigentümers; das Haus ist angeblich für eine Fremdenbeherbergung eingerichtet, aber im selben Hause sind noch andere Mietparteien untergebracht, so daß das Haus nicht als Fremdenbeherbergung, sondern als Wohnhaus anzusprechen ist.

Es sind dies unter vielen zwei interessante Fälle.
Es gilt nun, daß das Wohnungsamt die genügende Autorität und Kraft ausbringt, diese Wohnungen sofort rücksichtslos anzufordern, damit der große, notleidende Teil der Bevölkerung Innsbrucks endlich die Gewißheit hat, daß die diesbezüglichen Gesetze im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt angewendet werden.

Es wäre wünschenswert, daß der Innsbrucker Gemeinderat, bzw. der gemeinderätliche Wohnungsfürsorge-Ausschuß mehr als bisher von dem gesetzlichen Wohnungsanforderungsgesetze Gebrauch machen und durch fliegende Kommissionen in allen Amts- und Wohnhäusern und Villen erheben würde, ob alle be-

wohnbaren Räume ständig und voll im Sinne der bestehenden Vorschriften ausgenützt werden. Die Wohnungs-Requirierungs-Kommissionen, bestehend aus Gemeindefunktionären und Beamten, sollten aus praktischen Gründen durch Delegierte der an der Wohnungsfrage hauptsächlich interessierten Korporationen (Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden, Mieter-Vereinigung, Baugesellschaften und Hausbesitzervereine) ergänzt werden, damit, ferne vom Partei-Getriebe und von Politik, frei von Geschäftlichkeit, einvernehmlich im Interesse der Volkswohlfahrt und des Wiederaufbaues gearbeitet wird.

Den Genossen ins Stammbuch.

Ein Wort an die sozialdemokratische Partei.

In einem Artikel der sozialdemokratischen Innsbrucker „Volkzeitung“ vom 21. Februar „Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Industriekrise“ behauptet der Schreiber, daß in unserer Zeitung fortgesetzt gegen die Bewirtschaftung der Wohnungen, gegen das Mietergesetz, gehetzt wird. Der Aufsatz hat einzelne lose Teile aus unseren Forderungen herausgerissen und ohne Zusammenhang wiedergegeben, so daß der ahnungslose Leser dieses Blattes die ganze Organisation der Obdachlosen und Wohnungsuchenden entweder für schlecht geleitet oder für verrückt halten müßte. Wir gehen auf Einzelheiten dieses Artikels nicht ein, aber wir sind durch ihn angeregt worden, einmal ein ernstes Wort mit der sozialdemokratischen Partei zu reden. Vorerst verwahren wir uns gegen den Vorwurf, daß unsere Zeitung gegen das Mietergesetz hetzt. Wir betreiben keine Demagogie und hegen nicht, sondern wir wollen mit allen Mitteln, die die Demokratie in erweitertem Maße gewähren soll, gegen die jetzige Wohnungspolitik, die doch unbestreitbar namenloses Unglück über tausende Familien gebracht hat, mit Zielbewußtheit und Entschlossenheit ankämpfen. Wir nennen das nicht Hetzen. Das tun genügend Leute in anderen Zeitungen.

Von der Sozialdemokratie verlangen wir keineswegs eine Verleugnung ihrer Grundsätze, wenn wir sie dazu bringen wollen, unsere Forderungen zu überdenken und sie zu den ihrigen zu machen. Diese Partei ist nun einmal aufgebaut auf dem Grundsatz, die Güter zu verallgemeinern, d. h. die Sozialisierung des Besitzes durchzuführen; deshalb ist sie auch aus Prinzipienreue natürliche Gegnerin der Hausbesitzer. Wir sehen deshalb ein, daß es ein Un Ding wäre, von der Partei zu verlangen, daß sie uns beim Abbau der Mietengesetze, die doch eine verstaßte Form des Sozialismus beinhalten, Schweißhilfen leisten soll. Wir haben es auch nie getan. Wir verlangen von der Partei keine Verleugnung der Grundsätze, wir ertragen ganz gut und wünschen nur einen offenen und ehrlichen Kampf der Partei für die Beibehaltung der Mietengesetze. Es ist nicht unsere Sache, darüber nachzudenken, daß sich unter den Wohnungslosen mindestens 60 Prozent Proletarier befinden, denen bis jetzt und auf Jahre hinaus jede Aussicht, zu einer Wohnung zu kommen, benommen ist. Den wichtigsten unserer Programmpunkte, Aenderung der staatlichen Wohnungspolitik und kufenweiser Abbau der Wohnungszwangsgesetze im Einklange mit der wirtschaftlichen Lage und Stärke des einzelnen und der Gesamtheit überhaupt zu vertreten, das fordern wir mit allem Nachdruck von den bürgerlichen Parteien. Es kann der Regierung, die sich auf eine bürgerliche Mehrheit stützt und der man bestimmt nicht Mangel an Lokraft und Energie vorwerfen kann, doch nicht an Mitteln und Wegen fehlen, um dem letzten Kriegsnotgesetze ein Ende zu bereiten.

Die Mietengesetze wurden während des Krieges geschaffen und niemand bestreitet, daß sie eine Notwendigkeit waren. Der große Krieg hat das ganze Volk militarisiert, kommunistiert und verallgemeinert. Von der Türkinke, dem Kochtopf angefangen bis zum Menschen war alles dem Staate unterworfen und sozialisiert. Der Krieg war aus — und schon die erste Regierung der Republik bemühte sich, die Spuren des Krieges zu verwischen. Nun sind mehr als 3 Jahre verflossen und alle Kriegsnotgesetze verschwunden. Viele Menschen haben während des Krieges jede Hoffnung aufgegeben, daß es jemals wieder Kaiserjennien, Schlagobers u. dal. Dinge geben wird und heute sehen wir, daß durch die freie Wirtschaft, wenn auch um sündhaft teures Geld, aber doch alles zu haben ist. Nur an Wohnungen fehlt es, alles andere ist da, Nahrung, Kleidung, Gurus, nur eben keine Wohnungen und da vor dem Kriege von einem quantitativen Wohnungsmangel keine Rede war, weil eben die freie Wirtschaft durch das eiserne Noturgesetz von Arbeit und Nachfrage den Wohnungsmarkt regelte, so müssen wir logischerweise trachten, zu dem alten Zustande, der allerdings nicht in derselben Form aufzuheben soll, zurückzukehren. Der Uebergang zur freien Wohnungswirtschaft soll und darf jedoch keineswegs in die Zustände der Elendsquartiere, Bettgeherwirtschaft und sonstigen unhygienischen Wohnungsverhältnisse führen: da wird es Sache der sozialen Fürsorge sein, gerade dem Unbemitteltesten, dem Arbeiter, zu einer gesunden, sonnigen, wenn auch bescheidenen Wohnung zu verhelfen. Der Abbau der Mietergesetze muß allmählich und, wie bereits oben betont, im Rahmen der Möglichkeit der wirtschaftlichen Kraft des einzelnen und der Gesamtheit vor sich gehen.

Als der Staat große Summen für die Verbilligung des Brotes ansetzte und vom Abbau dieser außerordentlichen Ausnahmen gesprochen wurde, da erhob sich allerorts ein Geschrei, daß die arme Bevölkerung die hohen Brotpreise

nicht erschwingen könne. Was geschä? Die Brotzuschüsse sind gefallen, die Arbeitnehmer haben durch erhöhte Zölle höhere Löhne und Gehälter erhalten und Brot, das früher schwer zu haben war, ist auf einmal in Hülle und Fülle vorhanden. Die Summen aber, die der Staat für die Brotzuschüsse ausgegeben hat, haben ihn in Schulden geführt, die jetzt in Form hoher Abgaben und Steuern im Rahmen der Sanierung von der Bevölkerung wieder zurückgezahlt werden müssen. Wir zahlen also jetzt noch immer die Differenzen der seinerzeitigen Brotverbilligung und außerdem noch die hohen Zinsen an die Banken, die dem Staate das Geld vorgeschickt haben. Auf dem Wohnungsmarkt verhält es sich ähnlich. Die Kosten für die Hausreparaturen, die infolge der künstlich niedrig gehaltenen Mietzinse früher nicht vorgenommen wurden, müssen jetzt von den Mietern aufgebracht werden und noch dazu oft hohe Bankzinsen, da die Mieter nicht immer in der Lage sind, in kürzester Frist viele Millionen für Hausreparaturen aufzutreiben. Alle unnatürlichen Eingriffe in das Volkswirtschaftsleben rächen sich bitter, weil man die Bedürfnisse, die Eigenschaften und Verbrauchsmöglichkeiten der Menschen nicht in einen Karton einschachteln und gleichmachen kann.

Von der sozialdemokratischen Partei, von der wir also keineswegs Opfer ihrer Ueberzeugung fordern, können wir aber mit Fug und Recht verlangen, daß sie von uns alle jene Programmpunkte, die sich mit ihrer Auffassung vollständig decken, zu eigen macht und nachdrücklich vertritt. Wir glauben nicht, daß es dem Programm der Sozialdemokratie widersprechen dürfte, wenn wir fordern, daß dem unerhörten Zimmertwacher ein Ende bereitet wird, und wenn sie es nicht wissen sollte, so geben wir ihr bekannt, daß in Wien kein Zimmer unter 600.000 bis 800.000 K und in Innsbruck keines unter 300.000 K bis 600.000 K zu haben ist. Das sind für Innsbruck 30 bis 40 Friedenskronen, also Uebergosparrität. Diese schamlose Verwucherung, die sich die Untermieter — in der Zeit des Mieterschutzes! — gefallen lassen müssen, hat jedoch keine Auswirkung auf den allmonatlich festgesetzten Zins. Wir sind auch der Meinung, daß es nicht gegen irgend einen Grundsatz der Sozialdemokratie verstoßen würde, wenn sie in der gegenwärtigen Zeit der von ihr selbst eingestandenen größten Wohnungsnot gegen den Wohnungsluxus Stellung nehmen würde, wie er oft dadurch hervorgerufen wird, daß die Zahl der einer Familie zuzurechnenden Wohnräume zu hoch ist. Es gebühren nämlich trotz des großen Wohnungsmangels einer Familie noch immer soviel Wohnräume als sie Köpfe über 10 Jahren im Familienstand hat und noch ein Raum, das sogenannte Pluszimmer. Es gebühren also einem Ehepaar mit zwei Kindern von 10 und 12 Jahren 5 Zimmer. Wir bezeichnen eine derartige Ausnützung in der Zeit der größten Not als einen großen Luxus, den sich immer nur der leisten kann, der mit irdischen Gütern gesegnet ist.

Ein weiterer Punkt, von dem man annehmen müßte, daß er bei den Sozialdemokraten sympathische Aufnahme findet, betrifft die Wohnungsabläse. Die jetzige Praxis mit den hohen Wohnungsabläsen nimmt einem armen Teufel, also jedem Arbeiter und Angestellten, die Möglichkeit, auf diesem Wege zu einer Wohnung zu gelangen. Der Weg bleibt wieder nur ein ausschließliches Privilegium begüterter Leute.

So finden wir viele Programmpunkte, die sich reibungslos in das sozialdemokratische Wohnungsprogramm einfügen lassen und es ist daher kein unbilliges Verlangen der Obdachlosen und Wohnungsuchenden, wenn wir von der Partei nachdrücklichste und schärfste Vertretung jener unserer Programmpunkte fordern, die sich mit den Anschauungen von ihr decken.

Den bürgerlichen Parteien werden wir in unserer nächsten Nummer einige Verse ins Stammbuch schreiben.

Das Kind.

(Beitrag zu den Vorträgen des Prof. Dr. Muder-
mann.)

Wer vielleicht sorglos vorbei gegangen ist an den Muderermann-Vorträgen, die in Innsbruck und in anderen Städten gehalten wurden über „Das kommende Geschlecht“, also über unsere Kinder und Kindes-
kinder, der mag wissen, daß dort, im engsten Zusammenhange stehend mit der Auszucht unserer Nachkommen, die Wohnungsfürsorge mit wenigen, aber trefflichen Worten, wie sie zum Schutze unserer Kleinen sein sollte, beleuchtet wurde. Wenn es gerade in unserer Zeit des Wohnungsmangels als „Luxus“ aufgenommen werden mußte, für unsere Kinder „Kinderzimmer“ einzurichten, eine Fürsorge, die selbst im tiefsten Frieden nur wenigteil werden konnte, so muß unbedingt gefordert werden, daß sich die kerusenen Güter der Wohnungsgesetze endlich einmal auch die hohe Aufgabe zu eigen machen, bei Vergabung von Wohnungen im Kleinen und bei Beratung aller Wohnungsfragen der vielen Kinder mehr denn je zu gedenken, die ganz besonders unter der Wohnungsnot — mit ihren Eltern — zu leiden haben.

Wenn Sie eine Wohnung brauchen, beziehungsweise beantragen, müssen sie zuerst heiraten“, so hört man am Wohnungsamt; ist man dann verheiratet und kommt, „um eine Wohnung zu bitten“, dann heißt es: „Wenn Sie eine Wohnung suchen, müssen Sie zuerst ein Kind haben.“ — Und wenn dann eine Mutter in ihrer Verdrängnis steht: „Geben Sie mir doch jetzt eine Wohnung“, dann wird ihr mit einem kühlen Lächeln geantwortet: „Ja, Ihr Kind ist noch zu klein, um aus diesem Grunde eine Aenderung Ihres derzeitigen Wohnungsverhältnisses durchzuführen.“ Das sind so die

Antworten, die werdende und gewordene Mütter als Wohnungsfuchende bekommen können.

In Innsbruck wurden bekanntlich innerhalb kurzer Zeit einige städtische Wohnungen in den Neubauten beim Schlachthof besetzt. Bewerberinnen, die glaubten, mit Rücksicht auf ihre kleinen Kinder dortselbst unterzukommen, wurden abgewiesen mit der Begründung, daß ein „Neubau“ für kleine Kinder ungesund sei. Allerdings, wer selbst geborgen wohnt, kann sich schwerlich in die Lage einer icht der Wohnungsnot leidenden Mutter hineindenken, aber wir glauben es den Müttern selbst überlassen zu müssen, zu urteilen, ob sich ihre Kinder in einem Neubau wohler fühlen und besser gedeihen, als in verschimmelten Kellerunterkellern und sonstigen Elendsquartieren.

Was nützen die gut gemeinten Verhaltungsmaßregeln für Mutter und Kind seitens der Ärzte und Fürsorgeanstalten, wenn sie die Mütter für sich und ihr Kind nicht einhalten können; warum sehen da nicht Mutter- und Säuglingsfürsorge ein, wo es gilt und in erster Linie ein dringendes Gebot der Notwendigkeit ist: für die einzige Vorbedingung für Mutter und Kind, für eine gesunde Wohnung!

Verkennen wir nicht, daß einzig und allein das Schwergewicht unserer ganzen Kinderfürsorge in einem gesunden und geordneten Wohnverhältnis liegt und daß nur dann unsere Jugend zu dem wird, was wir von ihr erwarten, wenn ihr „mehr Sonnenschein“ am häuslichen Herd vermittelt werden kann. R.

Eigener Herd ist Goldes wert!

Vortrag über Siedlungsweisen.

In der Innsbrucker Arbeiterkammer fand in der vergangenen Woche ein sehr lehrreicher und interessanter Vortrag des Sekretärs des österreichischen Verbandes für Siedlungs- und Kleingartenwesen, Dr. Otto Neuraith, statt, der sich eines sehr zahlreichen Besuches erfreute; es hatten sich auch Abordnungen der Obdachlosen und Wohnungsfuchenden, der Kriegsinvaliden, der Waisärwitwen, Kleintierzüchter usw. eingefunden.

Der Vortragende führte in seiner Einleitung aus: In den großen Industriestädten ist in den letzten Jahren eine starke Bewegung entstanden, welche sich damit beschäftigt, unter eigener Mitarbeit der Wohnungsbedürftigen Grund und Boden zu bebauen und selbst Heimestätten zu errichten. Die Not der Nachkriegszeit hat die im Kriege entstandene Schrebergartenbewegung zu einer vollständigen Massenbewegung entfaltete; heute haben wir in ganz Oesterreich bereits 40.000 Siedler, deren Hauptstich die Umgebung von Wien ist.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages führte der Referent dann Lichtbilder von Siedlungen in der Umgebung von Wien vor. Diese Siedlungen, die oft einen sehr gefälligen Eindruck machen, stellen gleichzeitig eine neue Art der Stadterweiterung dar. Da der Bund, die Länder und Gemeinden nicht helfend eingreifen konnten, sahen sich die unentwegten Siedler gezwungen, sich zu organisieren und durch Selbsthilfe an die Lösung des Wohnungsproblems zu schreiten. Die organisierte Selbsthilfe hat dann schöne Früchte gezeitigt. Die im Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen zusammengekommenen 250 Vereine und Ortsgruppen haben ein eigenes Büro in Wien errichtet, das die an den verschiedenen Orten gemachten Erfahrungen mit den Siedlungshäusern sammelt, Pläne entwirft und neuen Ortsgruppen mit Rat und Tat zur Seite steht. Die Bewegung hat besonders in den letzten 1 1/2 Jahren mit der zunehmenden Wohnungsnot einen großen Aufschwung genommen.

Das erwähnte Büro empfiehlt zum Bau die Type des sogenannten „Kernhauses“, d. h. eines Hauses, das in seinem Anfangsstadium eine Wohnküche, eine Schlafkammer und ein Schlafzimmer umfaßt und das später, wenn wieder Geldmittel vorhanden sind, ausgebaut und ausgebaut werden kann. In Wien war der Vorgang so, daß die Gemeinde das Geld, das sie bei Banken aufgenommen hat, den Siedlern vorstreckte, die dann das Geld in siebenjährigen Raten abzahlen. Es war notwendig, die Gemeinde zu diesem Zweck heranzuziehen, weil die Hypothekarinstitute für derartige Bauten noch keine Kredite hergeben.

Um die Baukosten so weit als möglich herabzubringen, werden Türen und Fenster nach einheitlichen Normen erzeugt. Wenn in der Nähe der Baustelle Sand und Schlacke vorhanden sind, dann werden anstatt Ziegel, die man bei Lehmboden verwendet, sogenannte Hohlbetonziegel zum Bauen benützt, die sich bisher bewährt haben. Die Hohlbetonziegel haben den Vorteil, daß der Siedler selbst und seine Angehörigen, sowie überhaupt alle ungelerneten Arbeitskräfte, die Ziegel herstellen und auch verlegen können. Dadurch werden Arbeitslöhne erspart und die Gesamtkosten herabgedrückt.

Die Bauweise der Siedlungshäuser wird dem Landescharakter angepaßt. Ueber Holzbauten, die sich in erster Linie in Waldgebieten lohnen, hat der Verband noch keine Erfahrungen gesammelt. (Es erscheint über den Blockhausbau in unserer heutigen Ausgabe ein eigener Artikel.)

Die Grundbedingung jeder Siedlungsorganisation ist die Solidarität und straffe Disziplin der Mitglieder. Es muß ein harmonisches Einsitzen der einzelnen in den Rahmen der Gesamtheit, eine Unterordnung der Wünsche des einzelnen unter die der Gesamtheit erfolgen, sonst wird die Arbeit nicht erfruchtlich gestaltet.

Der Vortragende verbreitete sich dann über die durch das Siedlungsweisen in ganz neue Bahnen gelenkte Erweiterung der Städte. Die Siedlungsbewegung ist letzten Endes eine Aufsehnung der Menschen gegen die Großstadt, gegen das zusammengeschichtete Wohnen und das Streben breiter Massen nach Licht, Luft und Sonne. An Hand lehrreicher Statistiken wies der Vortragende nach, daß die Sterblichkeit in den englischen Siedlungen um die Hälfte geringer ist als in den geschlossenen Großstädten. Der Frage der Stadterweiterung und der architektonischen Ausgestaltung einer Stadt oder einer Siedlung muß das größte Augenmerk zugewendet werden. Jede Gemeinde hat die Pflicht, daß so gebaut wird, daß das Stadtbild ein ganzes, ein harmonisches bleibt. Das Hauptgewicht muß auf die Art der Stadterweiterung gelegt werden, die mit den Hochbauten in ein richtiges Verhältnis gebracht werden muß. Die Zügellosigkeit beim Bauen muß hinfangehalten werden. Es muß so gebaut werden, daß das alte Stadtbild nicht sinnlos zerstört wird.

Der Verein der Obdachlosen hat den zweifellos gesunden Gedanken des Siedlungswesens aufgegriffen und der Bewegung, die nun auch in Tirol Fuß fassen soll, seine wertvollste Mitarbeit und Unterstützung zugesagt, weil von ihm eben alles gefördert wird, was nur einigermaßen geeignet ist, die Wohnungsnot zu bekämpfen.

Unsere Zeitung ist gerne bereit, ihre Spalten den Siedlern zur Verfügung zu stellen. Auch die Kleintierzüchter, die in vieler Hinsicht die gleichen Interessen verfolgen, finden bei uns stets bereitwillige Hilfe ihrer Bestrebungen.

Um ein einheitliches Zusammengehen in der Frage des Siedlungswesens zu erzielen und unsere neugegründete Baugesellschaft in den Dienst der großen Bewegung zu stellen, werden wir in den nächsten Tagen an alle Tiroler Baugenossenschaften, Kleingärtner usw. veranlassen und sie zu einem Zusammenschluß bei vollständiger Wahrung des Spezialcharakters jeder einzelnen Organisation in einen Zweverband einladen.

Werden städtische Wohnungen verschachtelt?

Diese Frage richten wir öffentlich an das Wohnungsamt und an den gemeindefürsorglichen Wohnungsfürsorgeausschuß von Innsbruck. In einer Tageszeitung stand nämlich vor einigen Tagen ein Inserat, das einem Schacher mit städtischen Wohnungen verleiht ähnlich sieht. Die Anzeige lautet:

Wohnungsabgabe. Neue Zweizimmerwohnung, mit Küche usw., sofort abzulösen. Zeitweise möbliert. Beziehbare bis längstens 15. März. Zahlungsangebote unter „Schlachthofnähe“ an die Verwaltung.

Da unseres Wissens nach in der Nähe des Schlachthofes in Innsbruck neue Wohnungen nur in den städtischen Häusern existieren, so dürfte es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um eine Wohnung in den neuen Schlachthofhäusern handeln, die von der Stadt mit großen finanziellen Opfern erbaut wurde. In dieser Meinung wurden wir noch bekräftigt durch die Angaben von zwei Frauen, die sich bei uns einfanden und dies bestätigten. Sie gaben an, daß für die neue Wohnung 30 Millionen Kronen Ablöse gefordert werden. Wir haben weitere Erkundigungen in dieser Angelegenheit nicht eingezogen und veröffentlichen den Fall nur, damit die Stellen, die es angeht, zum Rechten sehen sollen. Es wäre ein unerhörter Skandal, wenn ein derartiger Schacher mit städtischen Wohnungen zustandekäme.

Ein Riesenhotel.

Nach Blättermeldungen aus Klübühel wurde das von dem Geschwistern Prammer gehörige Brennerfeld von einer Gesellschaft angekauft, um auf dessen Grund ein großes Hotel errichten zu lassen. Mit dem Baue soll bereits Anfangs April begonnen werden. Das Hotel soll mit mehr als vierhundert Zimmern das größte Hotel im österreichischen Alpengebiet werden. Hauptgeschäftlich beteiligt ist der Generaldirektor der Babischen Anilin- und Soda-fabrik in Ludwigshafen Dr. Buch, der auch als Präsident der neuen Hotelgesellschaft fungieren wird. Das Aktienkapital in Höhe von siebenzig Millionen Kronen soll bereits voll eingezahlt sein. Es ist geplant, den Betrieb des Etablissements im Sommer 1925 zu eröffnen.

So sehr es begrützt werden muß, daß im Interesse des Fremdenverkehrs erkaufte Gaststätten in den bekannten Kurorten und Sportplätzen errichtet werden, so sind Bedenken, die mit der Wohnungsfrage in Zusammenhang stehen, doch nicht zu unterdrücken. Die Errichtung neuer Industrie- und Erwerbsunternehmungen birgt in der gegenwärtigen Zeit immer die große Gefahr in sich, daß sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt in der betreffenden Gemeinde damit erheblich verschlechtert. Man hört wohl da und dort von großen Projekten, aber nie hat man bisher davon vernommen, daß die Erbauer derartiger Etablissements auch dazu verhalten werden, daß das Personal und die Angestellten in Wohnungen untergebracht wird. Man baut große Hotels für die Fremden — für die Einheimischen überläßt man die Sorge um die Quartiere den Gemeinden.

Vom Standpunkte der Bekämpfung der Wohnungsnot aus müssen wir entschieden von den Behörden fordern, daß den Bauherren die Verpflichtung auferlegt wird, daß sie für die restlose Unterbringung der gesamten Angestelltenschaft selbst zu sorgen haben. Wenn diese Herrschaften gleich 70 Milliarden für ein Hotel aufwenden, so darf es ihnen darauf auch nicht mehr ankommen, 2 oder 3 Milliarden für Personalhäuser auszugeben. Bevor diese Verpflichtung seitens der Bauherren nicht vorliegt, darf die Behörde auf keinen Fall die Baubewilligung erteilen! Dieser Standpunkt soll in allen Gemeinden zur Richtlinie werden!

Klübühel ist ein kleines Tiroler Fremdenstädtchen von gutem Ruf und Klang. Man hat dort in den letzten Monaten nirgends mehr Privatzimmer erhalten. Selbst die Betten bei den Bauern in der nächsten Umgebung werden zu teuren Preisen vermietet. Naturgemäß wird die einheimische Bevölkerung die Angestelltenschaft der Hotels nicht gern aufnehmen, weil das Fremdenpublikum doch bedeutend höhere Preise zahlt.

Wir erheben deshalb unsere warnende Stimme an die Behörden, daß es ihre Aufgabe in allererster Linie ist, eine Vergrößerung des Wohnungselends und eine Ausbreitung der großen Wohnungsnot in den Städten auf die kleineren Orte mit allen Mitteln zu verhindern. Dadurch, daß an die behördliche Baubewilligung auch die Verpflichtung geknüpft ist, für die Unterbringung des Personals selbst sorgen zu müssen, soll auch verhindert werden, daß ein für Bauzwecke zur Verfügung stehendes Kapital in ganz einseitiger Weise Verwendung findet, ohne auf das lebensnotwendigste Problem unserer Zeit, auf die Schaffung neuer Wohnungen für die einheimische Bevölkerung, Rücksicht zu nehmen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch die Rentabilität der heutigen Bevölkerung, die über mehr oder weniger Kapital verfügt, etwas näher betrachten. Und ist genau bekannt, daß zahlreiche Privatpersonen über ganz respektable Summen verfügen. Die Zahl der neuen Selbarristokratie ist bedeutend größer, als man annimmt. Zahlreiche Vorsprachen bei diesen Leuten, um sie für die Bautätigkeit zu interessieren und ihnen die Rentabilität vor Augen zu führen, daß das Häuserbauen zwar momentan nicht ertragreich sei, jedoch in kürzester Zeit, wenn die Zwangsgeetze gefallen sind, sehr einträglich werden dürfte, zeigte uns deutlich, daß die Mehrzahl der kapitalstärkigen Personen auf den momentanen Gewinn eingestellt sind; soziales Empfinden ist keines oder nur in geringem Maße anzutreffen. Um Konzessionen für Bars, Tanzsäle, Kinos und sonstiger Vergnügungstätten zu erhalten, findet bei den Behörden ein direktes Wettlaufen statt. Man muß sich da ernstlich fragen, wer trägt die Schuld an dieser Geistesrichtung und ohne die Frage zu beantworten, wollen wir mit diesen Zeilen nur die Regierung auffordern, geeignete Mittel zu finden, um kapitalstärkige Personen für die Privatbautätigkeit zu gewinnen.

Das Blockhaus.

Unter den notwendigen Lebensbedarfsartikeln steht die Wohnung an erster Stelle. Seit Jahr und Tag wird mit mehr oder weniger Verständnis daran gearbeitet, die Wohnungsnot zu lindern — natürlich meist nur auf dem Papier oder in Versammlungen. Viele Pläne und Projekte werden durchberaten, aber schließlich und endlich alle unter den gleichen unnatürlichen Voraussetzungen, denen die Welt letzten Endes heute auf allen Gebieten ihre zerrütteten Zustände zu verdanken hat.

Wenn die Gemeinde Häuser aufführt,

so sind diese Bauten von der Not diktiert und im Grunde genommen Gewaltmittel auf Kosten der Allgemeinheit. Wenn auch die Gemeinden von der Verpflichtung, alles mögliche zur Linderung des Wohnungselends zu tun, nicht entbunden werden dürfen, so weiß doch jeder Einsichtige, daß man fast überall in den Gemeindefassen bald auf den leeren Boden kommt. Die Umlagen und indirekten Abgaben in den Gemeinden sind schon so enorm, daß sie schwerlich noch weiter in die Höhe getrieben werden können. Kleine Erhöhungen der Umlagen können zur Linderung des Uebels nur wenig beitragen; werden die Umlagen aber gewaltig erhöht, so sind es vor allem die Mieter in den alten Häusern, die in diese Belastung einbezogen werden. Wenn sich eine Gemeinde in der Hauptsache aufs Häuserbauen verlegt, so fürzt sie sich in endlose Schulden und dann

muß die Bevölkerung Abgaben zahlen bis zum Weißbluten.

Abgesehen von der schweren, fast unmöglichen Kapitalbeschaffung für eine größere Anzahl von Häusern, erwachsen der Gemeinde auch noch die Verwaltungskosten, die bekanntermaßen den öffentlichen Verwaltungskörpern bedeutend höher zu stehen kommen, als durch eine Privatverwaltung.

Zum Bauen muß vor allem die Privatinitiative herangezogen werden!

Alle Gemeindebauten bedeuten nur einen kleinen Tropfen auf einen heißen Stein. Es muß ein anderer Weg eingeschlagen werden, um dem Uebel beizukommen.

Wenn auch die massiven Reibenhäuserbauten in den Entstehungskosten billiger sind, so darf auf keinen Fall

die ideale Bauweise, Heimstätten zu schaffen, welche den sofortigen oder möglichst baldigen Erwerb durch einen Mieter vorsehen, aus dem Auge verloren werden. Im Interesse der Volksgesundheit und Aufbahnung des sozialen Ausgleiches soll womöglich in erster Linie auf diese Bauweise Bedacht genommen werden. Das Endziel sollen nicht sogenannte moderne Zinshäuser, richtiger Zinskasernen, sein, sondern Familienhäuser unter Eigenbesitz; nicht zum Massenartikel, sondern zum

Besitzer auf eigener, wenn auch kleiner, Scholle soll der Mieter werden. Damit wird der beste soziale Fortschritt geschaffen werden. Die Mieterschutzgesetze sind überall über das beabsichtigte Ziel hinausgegangen. Die Wirkung war die allgemeine, in jedem Staate heute erkannte, daß die Bautätigkeit unterbunden, die Arbeitslosigkeit aber gefördert wurde, der Zweck, die Wohnungsnot zu beheben, war verfehlt.

Wenn es besser werden soll, dann muß mit allen Mitteln getrachtet werden, daß der Grundsatz wieder Geltung erhält:

Der Wert einer Wohnung unterliegt dem eisernen Gesetze der Volkswirtschaft, welches durch Anbot und Nachfrage geregelt wird.

Das Kapital wurde infolge der Zwangsgesetze dem Hausbau entzogen, das Anbot wurde unterbrochen und die Wohnungsnot trat in krasserer Form in Erscheinung. Eine gründliche Besserung dieser sorgenschweren Lage kann nur eine Milderung des Mieterschutzgesetzes oder dessen Auslassung für bestimmte Verhältnisse bringen. Überall, wo das Mieterschutzgesetz aufgelassen oder weitgehend geändert wurde (Schweden, Italien, Schweiz, Jugoslawien), ist die von den Mieterverbänden angesagte Katastrophe nicht eingetreten, wohl aber hat die Bautätigkeit einen auf natürlichen Grundlage stehenden Anstoß erhalten und die Wohnungsnot wird in den angeführten Staaten vielleicht schon nach den kommenden zwei oder drei Bauperioden eine überwundene Not sein.

Unser Ziel muß neben dem Abbau der naturwidrigen Zwangsgesetze dem Aufbau neuer Wohnstätten gelten. Die katastrophale Erfahrung, die man mit den Mieterschutzgesetzen gemacht hat, soll allen zur Lehre sein. Ein durch ehrliche Arbeit erworbener Besitz darf nicht eine drückende Last sein! Um ein eigenes, selbst gewähltes sicheres Heim erwerben zu können, müssen an Stelle der Wohnungszwangsgesetze

Heimstätteengesetze

treten. Eigener Herd ist Goldes wert! Glücklicher Mensch, der es besitzend ausdrücken kann. Die Mehrzahl der Menschen allerdings kann es nicht. Wer die Wohnungsnot an eigenen Leibe jemals verspürt hat, den schüttelt's, Hilfe tut dringend not! Aber die Verhältnisse sind gegenwärtig und auch noch in einigen Jahren so, daß es selbst besser gestellten Leuten unmöglich ist, zu bauen. „Bauen, das ist eine Lust, doch was es kost' ist mir bewußt!“ So mag wohl dieser oder jener gute Mann ausrufen, der das Experiment versucht hat. Um nun das Hauptziel, die freie Heimstätte, nicht aus dem Auge zu verlieren, soll hier eine uralte und doch bewährte Bauweise aus der Kumpfkammer der Vergangenheit in der heutigen Zeit der Not wieder hervorgeholt werden. Es ist dies

der Blockhausbau.

Dieser wurde überall dort angewendet, wo Holz vorhanden, anderes Baumaterial aber nur schwer zu beschaffen war. Ein Blockhaus kommt bestimmt billiger zu stehen, als ein Stein- oder Ziegelbau. Leute, welche in solchen Blockhäusern gewohnt haben, ja, darin aufgewachsen sind, wissen, daß herartige Häuser trocken sind und warm halten, daß also das Wohnen darin gesund ist. Es gibt heute noch zahlreiche Gegenden, wo der Blockhausbau (vor allem in Schweden) hoch in Ehren steht.

In einer kürzlich in Innsbruck abgehaltenen Versammlung von Heimstättenfreunden wurde auch die Frage des Blockhausbaus gestreift. Man ging darauf nicht näher ein, weil ein anwesender Baumeister die Frage kurzerhand abgetan hat; er erklärte nämlich, daß seitens des Landes Likol schon vor Jahren einmal der Versuch unternommen wurde, die Kostenfrage zwischen Ziegelbau, Hohlsteinbau und Blockhausbau zu prüfen und in Vergleich zu ziehen. Das Resultat sei gewesen, daß der Hohlsteinbau um zirka 5 Prozent billiger zu stehen kam, als der Ziegelbau und der Blockhausbau, die im Preise keinen merklichen Unterschied aufwiesen. Dazu ist zu bemerken, daß herartige Vergleichsbauten, die einzeln nebeneinander aufgeführt werden, nicht heranzuziehen sind, weil ja logischerweise ziemlich gleiche Erstehungskosten erwachsen. Ein richtiges Bild läßt sich nur gewinnen, wenn man bei serienweiser Erzeugung die drei Bauarten in Vergleich zieht. Dabei wird sicherlich, nach Erfahrungen, die in Schweden gemacht wurden, bei günstigsten Voraussetzungen (Nähe des Waldes und einer großen dementsprechenden Sägerei) der Blockhausbau der rentabelste und billigste sein.

Es sei bemerkt, daß der vorstehende Artikel von keinem Fachmann geschrieben wurde; diese Zeilen sollen nur eine Anregung für die Leser sein, die Frage des Blockhausbaues zu überdenken. Vielleicht finden sich Fachleute, die mit Bauplänen und Kostenberechnungen bei serienweiser Erzeugung unseren Lesern dienen können. Auch die Behörden sollen sich im Interesse der Pensionisten und Invaliden der gewiß sehr dankbaren Aufgabe unterziehen, der Frage des Blockhausbaues näher zu treten.

Endbilder aus Innsbrucker Wohnungsverhältnissen.

Das Heim im Pferde stall.

Ein Vierfährer wohnt mit seiner Familie, insgesamt sechs Personen, darunter drei kleine Kinder, in einem Pferde stall, der höchst ungesund und feucht ist.

Eines von vielen.

Das Ehepaar St., seit anderthalb Jahren verheiratet, ist noch ohne jedes Obdach. Der Mann ist Diener in einer kleinen Bant und hat ein ganz winziges Kabinett, das ursprünglich als Garderobe bestimmt war, als Unterkunft für seine Person. Seine Frau hat überhaupt keinen ständigen Aufenthalt. Sie schläft einmal da, einmal dort bei Bekannten. Ihr Kind haben sie in der Fremde. Reizen es Familienidyl! Die Frau beucht uns fast täglich in der Kanzlei und ist schon halb wahnsinnig.

Der Dant des Vaterlandes.

Kriegsinvalidler Reuschnigg L., seit vielen Jahren im Turnusvereinshaus, bewohnt mit 6 Personen seiner Familie bloß ein Zimmer. Der Mann hat ein Bein amputiert und an einer Hand fehlt ihm ein Finger. Die Frau ist schwer lungen- und herzkrank und hat Knochen-erweichung. Die Kinder sind gleichfalls ständig krank. Das jüngste liegt im Sterben. Diese Familie bitter seit Jahr und Tag nur um Zuweisung eines zweiten Zimmers im Hause. Auch alle unsere Bemühungen für diese Partei, die vom Schicksal so schwer geschlagen ist, sind seit anderthalb Jahren erfolglos geblieben.

Die Fürsorge für das Alter.

Eine Großmutter, namens Krauninger, wohnt mit ihrer Enkelin, einem äußerst schwächlichen Mädchen, im Pradler Baradenlager in einem feuchten Zimmer. Seit einem Jahr hat diese Partei vom Wohnungsamt das schriftliche Versprechen erhalten, mit Rücksicht auf die angegriffene Gesundheit und das hohe Alter, daß sie endlich eine Permanenzwohnung erhalten werde. Wir bemühten uns beim Wohnungsamt vor Einbruch des nun abgelaufenen Winters, dieser Partei zu helfen. Nun ist der Winter vorüber und die hochbetagte Frau mit ihrer Enkelin haust noch immer in der Notunterkunft.

Von einem Glendquartier ins andere.

Die Familie des Bahnbediensteten Josef S., Nebenlohnig, bewohnt in der Junstrasse seit über 5 Jahren ein Zimmer. Trotz ihrer ganz niederen Bormer.nummer beim Wohnungsamt hat diese Familie bis heute noch keine Wohnung erhalten. Wohl hat man ihr im Pradler Baradenlager eine kleine Zweizimmerwohnung zuweißen wollen, doch da dieselbe feucht und viel zu klein ist, hat diese Partei die Zuweisung nicht angenommen. Es hätte auch wirklich seinen Zweck, wenn man eine Familie aus einem Glendquartier heraus in ein anderes überstellen läßt.

Kinderreiche Familien bekommen ewig keine Wohnung.

Die Familie eines höheren pensionierten Gerichtsbeamten bewohnt am Junntain eine kleine 3-Zimmerwohnung. Da sein Familienstand ein sehr großer ist, so benötigt er, um nicht wieder unter der Wohnungsnot zu leiden, eine 4-5-Zimmerwohnung. Er ist seit vier Jahren beim Wohnungsamt vorgemerket. Wir behaupten mit Sicherheit, daß infolge des Anforderungsgesetzes das Wohnungsamt kaum mehr in die Lage versetzt sein wird, eine 5-Zimmerwohnung vergeben zu können, daher hat diese Familie, solange die jetzigen Wohnungs Gesetze bestehen, kaum jemals Aussicht, eine Wohnung zu erhalten. Dieser Familie kann nur durch freiwilligen Wegzug einer großen Familie geholfen werden. Familien mit 7 und mehr Personen wird in Zukunft überhaupt nicht mehr geholfen werden können, denn alle größeren Wohnungen sind voll belegt und ohne Wegzug oder Aussterben aller Menschen werden solche Wohnungen für das Wohnungsamt nicht mehr verfügbar.

Zur Abwehr gegen boshafte Angriffe.

Die Innsbrucker sozialdemokratische „Volkzeitung“ fabrizierte auf Grund eines entstellten Berichtes der „Innsbrucker Nachrichten“ über die Generalversammlung des Haus- und Grundbesitzervereines Innsbruck einen Artikel, in dem die Behauptung aufgestellt wird, daß der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden mit den Hausbesitzern durch „bid und bün“ gehe. Wir haben sowohl den „Innsbrucker Nachrichten“ als auch der „Volkzeitung“ eine Verächtigung zugehen lassen. Der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden vertritt die Interessen seiner Mitglieder und nicht die der Hausbesitzer. Wohl aber haben wir mit den Hausbesitzern die Forderung nach stufenweise m Abbau der Mieterschutzgesetze im Einklange mit der wirtschaftlichen Kraft des einzelnen und der Gesamtheit gleich. Dar-

aus aber schon die Folgerung ziel... daß der Obdachlosenverein mit der Hausbesitzerorganisation „durch bid und bün“ gehe, ist eine maßlose Uebertreibung und beinhaltet einen offenen und verdeckten Angriff gegen unseren Verein, den wir hiermit schärfstens zurückweisen. In weitere Polemiken lassen wir uns, solange wir nicht herausgefordert und zur Abwehr gezwungen werden, nicht ein, weil uns der Raum unserer Zeitung viel zu kostbar ist, um Zeitungsstreitereien, bei denen ja doch nie etwas Geheiltes herauskommt, heraufzubeschwören.

Die Angriffe, die gegen uns Obdachlose erfolgen, lassen uns im Uebrigen ganz laß. Wir werden uns von dem vorgestakten Ziel, die Wohnungsnot zu bekämpfen, durch Niehmacher und Zerstörer der Einigkeit, die zur Abwehr des größten Volksübel's notwendig wäre, nicht von unserem festgelegten Ziel abbringen. Die Angreifer werden deshalb unter die Bilanz ihrer volksschädigenden Ministerarbeit das Sprüchlein aus Sebastian Brant's „Narrenschiff“ setzen müssen, das da lautet: „Aber durch Mißheiß und Zwicktracht werden auch große Dinge zerstört...“

Unsere Ausstellung.

Unsere Ausstellung im Parissaal im Tiroler Landhaus, wo die 2000 Treffer unserer Effektenlotterie zur allgemeinen Beschäftigung zugänglich sind, bleibt unwillkürlich

bis Donnerstag, den 6. März, geöffnet.

In der Ausstellung wurde ein ganz niederträchtiger Einbruch verübt. In der Nacht auf 17. Februar ist ein Dieb in die Ausstellung eingedrungen und hat dort von den Treffern 3 goldene und 6 silberne Uhren und 2 Rasiermesser gestohlen. Die polizeilichen Erhebungen haben bisher zu keinem Resultat geführt. Durch den Diebstahl kommt kein Possesitzer zu Schaden, da die gestohlenen Gegenstände durch die Versicherung gedeckt werden.

Bereinsmitteilungen.

An Stelle des zurückgetretenen Rechnungsprüfers, Hauptmann a. D. Lashan, wurde bis zur definitiven Neuwahl das Ausschußmitglied Herr Fisk zum Kassarevisor bestellt.

Der Verein der Wohnungsuchenden und Obdachlosen ist dem Postparlamentsverehr beigetreten und können Einzahlungen für diesen unter der Nummer 20.771 erfolgen. Auf die Dauer der Effektenlotterie wollen alle in diese bestimmten Einzahlungen auch weiterhin auf das Postcheckkonto Nr. 127.712 der Alpenländischen Vereinsbank in Innsbruck durchgeführt werden.

Briefkasten.

R. L. Innsbruck. Wenn Sie auf die Verschärfung des englischen Mietkontrollgesetzes hinweisen, so erwidern wir Ihnen nur kurz darauf, daß wir so ein Kontrollgesetz ebenfalls wünschen. Das englische Mietenschutzgesetz scheidet sich gründlichst vom österreichischen Mietengesetz. In England erhält der Hausbesitzer 10 Prozent des Friedenszinses in demselben Ausmaße als er weniger Einnahmen durch den Wohnungszins dadurch hat, im jetzigen Verhältnis ist der betreffende Hausbesitzer auch von den Steuern entlastet. Kein Hausbesitzer darf nach diesem Gesetz eine Wohnung unbekannt lassen. Das Kündigungrecht des Hausbesitzers ist eingeschränkt. Nur wegen Eigenbedarf steht es dem Hausbesitzer zu, eine Wohnung in seinem eigenen Hause zu kündigen. Gerichtlichen Einspruch gegen eine solche Kündigung gibt es nicht. Außerdem ist in England das Einfamilienhaussystem äußerst eingebürgert, daß fast jede eingebürgerte, bodenständige Familie ihr eigenes Haus besitzt. Zinskasernen finden wir nur in den Großstädten und in diesen wohnt hauptsächlich die nicht stabile Bevölkerung. Für diese letzte Kategorie ist eben das Mietkontrollgesetz bestimmt. Wir werden demnächst über die Mieterschutzgesetze in anderen Staaten vergleichsweise Artikel bringen.

G. Innsbruck. Nachdem Ihnen die Anforderung Ihres Geschäftslokales durch das Wohnungsamt beim Mietamt befristigt, Ihr Returs aber abgewiesen wurde, bleibt Ihnen jetzt wirklich nichts anderes übrig, als die betreffende Partei zu kündigen. Da es sich um eine Einzelperson handelt, werden wir die Angelegenheit in die Hand nehmen, da wir auf dem Standpunkt stehen, daß Einzelpersonen kein Anrecht auf eine komplette Wohnung haben, solange ein derart großer Mangel an Wohnungen herrscht.

St. Innsbruck. Daß das Wohnungsamt unsere Zeitung aufmerksam liest, wissen wir, ebenso, daß dieses Amt uns, wo es angeht, Schwierigkeiten bereitet.

M. W. Stitting. Die angeblich leerstehende unbekündigte Wohnung im Huterweg geben wir der Gemeinde Stitting bekannt, welche das Nötige veranlassen wird.

M. J. Hall. Daß heute noch Bauverbote gehandhabt werden, die den Bauwilligen die Erstellung von Neubauten unmöglich machen, können wir nicht glauben. Das wäre doch der höchste bürokratische Unsinn. Ihrer Einladung Folge leistend, werden wir in der nächsten Zeit bei Ihnen vorsprechen.

M. G. Bitten a. d. Spangbahn; R. A. Lentasch; B. M. Jenbach; A. O. Rißbühel; M. B. Maura; A. G. Wattens; S. G. Abjam; L. Hall; B. S., St. Johann i. T.; F. W. Gams; M. G. Ratters; A. R. Manker; M. R. Wildschönan; F. S. Landek; P. R. Hall; A. P. Fulmes; J. St., Schwaz; die gründende Versammlung hat, wie Sie aus der heutigen Zeitung entnehmen werden, am 28. Februar stattgefunden. Der definitive Beitritt zur Baugesellschaft muß in der ersten Hälfte März vorgenommen werden.

Obdachlose, Wohnungsuchende, Hausbesitzer und alle Mieter, die ein Interesse daran haben, daß die Wohnungsnot gelindert und beselligt wird **verbietet den Obdachlosen** Verlangt ihn in allen Gast- u. Caféhäusern Friseurläden usw.

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck

Ecke Erler- und Museumstraße
 Filialen: Kitzbühel — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.
 Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.

Einheimisches Geldinstitut

Haus- u. Küchengeräte

jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge in allen Ausführungen, Eisen- und Metallwaren, landwirtschaftl. Geräte, Schraubwaren; Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche, verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.

Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)

INNSBRUCK, Leopoldstraße 3 (Gasthof Greif)
 Filiale: Museumstraße Nr. 28.



Wenn Sie bei unseren Inserenten Bestellungen machen, dann

vergessen Sie nie

sich auf dieses Blatt zu beziehen. Sie nützen uns dadurch!



Alleinverkauf der weitbekannten

Bludener-Oefen

für Holz- und Kohlenfeuerung, sehr sparsam, jahrzehntelange Haltbarkeit,

Dauerbrenner Kochherde

nur erstklassige Marke, emailliert und lackiert,

Eisen- und Sägespänofen

zu billigsten Preisen bei reellster Bedienung bei

Al. Fankhauser Inh. H. Waiz, Innsbruck

Viaduktstraße 1, Ecke Museumstraße.

MÖBEL AUER & GRAUS

Innsbruck, Leopoldstraße Nr. 7

empfehlen ihr reichhaltiges Lager an

Schlaf- und Speisezimmer, Küchen- und Vorzimmer-Einrichtungen und sämtl. Polstermöbel

Matratzen, Diwane, Ottomanen, Klubgarnituren in Stoff und Leder zu bekannt konkurrenzlosen Preisen und weitestgehenden Zahlungsbedingungen.

Telephon 953 II u. 1114/IV **Eigene Werkstätten** Telephon 953 II u. 1114/IV



Spiral-Stahldraht-Matratzen

Kinderbetten, Messingbetten, Kastenbetten, Arbeiterbetten usw., verzinkte Drahtgeflechte, Siebe, Spalierdrähte, Wurrgitter, Drahtseile, Drahtgewebe, Stahldrähte, Fußabstreifer

verfertigt die älteste, bestbekannte Tiroler Drahtindustrie

Bernh. Weithas & Söhne, Innsbruck, Mariakölz Nr. 28.

Mitglieder des Obdachlosen- und Wohnungsuchendenvereines erhalten Preisnachlaß.

Wer

eine Zeitung zugeschickt erhält und sie

fortlaufend annimmt,

auch wenn er dieselbe schriftlich oder mündlich abbestellt hat, ist trotz alledem

zahlungspflichtig.

Sehr

preiswertes Anbot!

- 1 Liter Rum, 40° K 24.000
 - 1 Liter Essig-Essenz 24.000
 - 1 Liter Kümmelschnaps 24.000
 - 1 Liter Brennspiritus 7.500
 - 1/2 Flasche „Luta“ Tee-Rum 15.000
 - 1 Flasche 30.000
 - 1/2 Flasche Ungar. Cognac 45.000
 - 1/2 Flasche Burvyn Cognac 40.000
 - 6 Handseifen, à K 1000 6.000
 - 6 Apollo-Seifen, à K 1500 9.000
 - 6 Apollo-Citron-Seifen, à K 3000 18.000
 - 6 Tachezy Honigseifen 15.000
- und 1000de einschlägige Waren

TACHEZY

Museumstraße 22

Johann Egger, Innsbruck

PFARRGASSE 2

Bettfedern

Weißwaren, Matratzengradl

Bettdecken, Garne, Herren- u. Damen-

kleiderstoffe sowie alle Gattungen Futterstoffe

Verkaufsstelle des

Vorarlberger Zementwerkes „LORÜNS“

Ges. m. b. H. in Bludenz und der

Gips- und Kalkwerke, Ges. m. b. H. in Feldkirch

WILHELM MÜLLER

Baumaterialien- und Glas-Großhandlung

Erlersstr. 11 INNSBRUCK Erlersstr. 11

liefert billigst Portland-Zement, Gips, Kalk, Glas, Ziegeln und alle sonstigen Baumaterialien.

Oswald Corradini

(früher Nagels & Amplatz)

Innsbruck, Andreas Hoferstraße Nr. 36

Telephon 87 c.



BAUMATERIALIEN

aller Art

(Portland-, Romanzement, Gips, Ziegel, Binsen, Dachpappe etc.)

Otto Huber

vormalis Josef Maix

Eisen- und Metallwaren-Handlung

Innsbruck, Kiebachgasse Nr. 5

Empfehle mein Lager in vorzüglichen Vertretungen für alle Berufsweige, Maschinen, Bau- und Möbelbeschläge, Bedarfsartikeln für Sattler und Tapezierer, Schraubwaren, Nägel, Stiften, Draht u. Ketten, landwirtschaftl. Geräte, Wagen u. Gewichte, Haus- u. Küchengeräte usw.

BAU- UND MÖBEL-TISCHLEREI

M·A·T·T·H·I·A·S B·U·K·O·W·E·T·Z

INNSBRUCK, MARIA THERESIENSTRASSE 38

Wohn-, Schlaf- und Speisezimmer, Büro-Einrichtungen, Vertäfelungen jeder Art werden in allen Stilarten angefertigt

Für solide Ausführung wird garantiert — Uebernahme sämtlicher Bauarbeiten

Kleine Anzeigen.

Wohnungstausch

Landeck - Innsbruck. Gebe meine Dreizimmer-Wohnung mit allem Komfort gegen ebensolche oder Zweizimmer-Wohnung i. La. sch. Bahle Ueberfl. dungslosten. Näheres in der Verwaltung dieses Blattes.

Schöne Zweizimmer-Wohnung mit Nebenräumen, Balkon usw. gegen Bezahlung der Ueberfl. dungslosten sofort beziehb. Gatter Wohnungsuchende besonders bevorzugt. Auskünfte in der Verwaltung dieses Blattes.

In Obsteig in eine Dreizimmer-Wohnung mit Küche (ohne Möbel) gegen Übernahme der Verwaltung mietgeltlich zu haben. Auskunft in der Verwaltung. ds. Blattes

Wohnungstausch

Bozen - Innsbruck. Von Südtirol ausgewiesene deutsche Familie stellt eine Dreizimmer-Wohnung in Bozen gegen eine Zweizimmer-Wohnung in Innsbruck zur Verfügung. Dringend. Näheres durch die Verwaltung dieses Blattes

Wohnungstausch

Hötting-Edenweg - Innsbruck-Stadt. Gebe mein ganzes Einfamilienhaus, bestehend aus 8 Zimmern (eventuell 2 Wohnungen), gegen eine Fünfzimmer-Wohnung in der Stadt in Tausch. Mein Haus ist neu, daher außerhalb des Mietengesetzes stehend. Sind unter der Goldparität. Auskunft in der Verwaltung dieses Blattes

Franz Jiraneck

Bau- u. Galanterie-Spenglerei und Glasererei

Innsbruck

Viaduktstraße
Bogen 25-28

empfiehlt sich zur Uebernahme aller Spengler- und Glaserarbeiten, Dachreparaturen sowie Lieferungen von Tafelglas jeden Quantum zu solidesten Preisen.



Altpapier

in jeder Menge (von auswärts franko Bahnhof od. Haus Innsbruck geliefert) kauft die Buchdruckerei Tyrolia, Innsbruck, Andreas Hoferstraße 4. Fernsprech-Nummer 742

Wo! kauft man die besten u. billigsten Maschinen für Industrie u. Landwirtschaft?



Maschinenvertrieb
Mayritsch Innsbruck
Museumsstraße 14

2900

Josef Norz Halt in Tirol TISCHLEREI

empfiehlt sich zur Anfertigung von
Schlaf- und Speisezimmern,
Küchen, Wohnzimmern und
Bauernstuben in allen Stil-
: und Holzarten. :

Leset und verbreitet eure Zeitung!

Franz Widmann, Baumeister

Herstellung von Bauten aller Art u. Reparaturen in guter Ausführung bei billigster Berechnung.

Innsbruck, Roseggerstr. 12 * Telephon 932/IV

Wagenlackierer
Sattler
und
Taschner

Innsbruck
Rieseng. 8
(Altstadt)



Gelegenheits-
Käufe von
Wagen
Geschirren
Koffern
und
Taschen

Reparaturen
prompt!



Ständiges Lager von:
Fahrrädern, Nähma-
schinen, Zentrifugen
Erstklassige Marken in jeder Preislage.
Mechanische Reparaturwerkstätte



Neuheit:
„ZELBO“-Friseurhaltungs-Apparat
erhältlich nur bei
NIKOLAUS GASSLER, Innsbruck, Leopoldstr. 36

KAUFT LOSE

der großen Effektenlotterie des Obdachlosenvereines. Preis pro Los 10.000 Kronen. Zu beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines Innsbruck, Rathaus, Hof links.

Erhard BOLIK

INNSBRUCK

Telephon Nr. 476
Postsparkasse-Konto 72.526



Reich sortiertes
Lager in Fayencewaren, wie
Klosetts, Pissiors, Waschtische, Wandbrunnen etc.,
Klosettsitzen, Spülapparaten, Zubehör für Klosetts, gußeiserne, porzellan. und emaillierte Badewannen, sämtliche Armaturen für Bierpressionen

Elektro- Artikel Apparate Material

kaufen Sie
preiswert bei



**P. Schneider
Innsbruck**

Karl Ludwigplatz Nr. 8
Telephon Nr. 1167/6

Der Obdachlose

und Wohnungsuchende

Redaktion und Verwaltung: Innsbruck, Rathaus (1. Hof, links) Telefonate nach Tarif

Nicht betteln nicht bitten, Nur mutig gestritten!

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragani

Nummer 6 Innsbruck, 15. März 1924 Erscheint 14 tägig

Der Mieterschutz, der Feind der Mieter.

Der Mieterschutz wurde, wie schön sein Name sagt, geschaffen, um die Mieter zu schützen, sie durch Verhinderung von Kündigungen und Zinssteigerungen im Besitze ihrer Wohnung zu erhalten. Während er anfänglich seine Aufgabe voll erfüllte, führt er jetzt durch die veränderten Verhältnisse sehr häufig zu Konsequenzen, die für den Mieter, den er schützen soll, nichts weniger als günstig sind.

Seit Jahren wurden in den meisten Häusern keine Reparaturen vorgenommen. Jetzt müssen aber — sollen die Häuser nicht zusammenfallen — Renovierungen vorgenommen werden; die Kosten der Reparaturen bezahlen die „geschützten“ Mieter. Da sie meist nicht imstande sind, die in die Millionen gehenden Auslagen auf einmal zu bezahlen, so müssen sie die Kosten durch Darlehensaufnahme decken lassen und für hohe Bankzinsen aufkommen.

Der jetzige Zins und die Abzahlung der Schulden sowie die Zinsen machen bei vielen Mietern heute schon soviel aus, als ob überhaupt kein „Mieterschutz“ existieren würde. Je länger er noch beibehalten wird, umso mehr blamiert er sich, umso eher macht er sich selbst überflüssig.

Für die Arbeiter, Angestellten und Gehaltsbezieher hat dieser „Mieterschutz“ noch den kolossalen Nachteil, daß er

hohe Bankzinsen

sich im Index nicht auswirkt.

Für jede dieser Mehrauslagen, die bei der Reparaturbedürftigkeit der Häuser in viele Millionen gehen, bekommt der „geschützte“ Mieter nicht eine Krone Gehaltserhöhung, denn der Index, nach dem die Arbeiter und Festangestellten bezahlt werden, berücksichtigt nur die allgemeine Steigerung der Lebens- und Wohnungskosten, nicht aber die enormen Reparaturbeiträge, die viele unglückliche Besitzer von Wohnungen in alten baufälligen Häusern bezahlen müssen. Das ist ja auch nicht anders möglich, da ja sonst für jeden Arbeiter und Festangestellten ein eigener Index errechnet werden müßte. Die Mieter, die für die unbedingte und unveränderte Beibehaltung des jetzigen Mietergesetzes eintreten, schneiden sich früher oder später, wie oben klar nachgewiesen wird, ins eigene Fleisch.

Selbstverständlich kann von einer momentanen Aufhebung der Kündigungsbeschränkungen keine Rede sein, solange die Wohnungsnot andauert, aber bei den Mietzinsen könnte allmählich der volkswirtschaftliche Grundsatz, der früher in Geltung war, wieder hergestellt werden. Der frühere Zustand, wo der Hausbesitzer einen festen Zins erhielt, aus dem er alle Betriebsauslagen und Reparaturen bestreiten mußte, war für beide Teile, für Mieter und Hausbesitzer, gerechter und erträglicher als

das gegenwärtige Mieterschutzgesetz.

Wenn der Mietzins stufenweise erhöht wird, dann wird auch jeder Arbeiter und Festangestellte um den entsprechenden Betrag mehr Lohn und Gehalt fordern können und bekommen. Er wird daher wesentlich besser fahren als jetzt, wo er die Reparaturbeiträge aus seinem für andere Zwecke bestimmten und benötigten Einkommen leisten muß.

In der nächsten Zeit wird diese Erscheinung immer größere Bedeutung gewinnen, da allmählich

Den bürgerlichen Parteien ins Stammbuch. Der Grund des Wohneleids.

Soll ein Zentralverband der Wohnungsuchenden gegründet werden?

Vergrößerung der Wohnungsnot durch den Zementzoll.

Elendsbilder. — Von der Tiroler Baugefellschaft.

alle Häuser ausbesserungsbedürftig werden. Der strenge, lange und schneereiche Winter hat ebenfalls dazu beigetragen, um die ganze Frage akuter zu gestalten. Es ist auch zu bedenken, daß heutzutage die Hauseigentümer gar kein Interesse daran haben, die Arbeiten möglichst billig, rationell und dauerhaft ausführen zu lassen, denn wenn nach kurzer Zeit das Haus wieder schadhaft wird, so wird eben nochmals

das Haus auf Kosten der Mieter repariert.

Kleine Schäden, die oft mit geringen Kosten beseitigt werden können, bleiben unbeachtet, bis sie sich zu ernststen Beeinträchtigungen des Bauzustandes ausgewachsen haben. Der „geschützte“ Mieter muß es ja bezahlen und der Hausherr geht den dornenvollen Weg zum Schlichtungsamt und zur Mietkommission lieber später als früher.

Das ganze wäre anders, wenn der Index einen höheren Mietzins in Berücksichtigung ziehen und der Hausbesitzer wieder auf eigene Rechnung wirtschaften würde. Während die Hauseigentümer die uneingeschränkte Verfügung über ihr Eigentum fordern, preklamieren die Mieter ihr neu gewonnenes „Recht“ auf kostenlose und unkündbare Wohnung. Dieser Zustand — das wird jeder vernünftig denkende Mensch einsehen — ist auf die Dauer unhaltbar. Er muß geändert werden!

Bei den vielen Erörterungen über die Wohnungsnot und über die Mietengesetze wird auf die vorstehend behandelte Seite der Frage viel zu wenig Gewicht gelegt, obwohl gerade sie es ist, die in erster Linie den Ansporn zu einer Einigung bieten müßte. Ein Mieterschutz, der sich immer mehr gegen die Mieter kehrt, ist ein Unding und der größte Feind der Mieter.

Warum hält sich das Mietengesetz so lange?

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Nach dem allgemeinen Zusammenbruch im Jahre 1918 war die Sozialisierungswelle sehr hochgehend. Es gab Tage und Stunden (als in Budapest und München die Räteregierungen hausten), in denen wir in Oesterreich den Uebergang zur Vollsozialisierung befürchten mußten. Die Zeiten haben sich wieder geändert. Die Sozialisierungswelle ist verebbt, da man allgemein eingesehen hat, daß ein Wirtschaftssystem nicht über Nacht auf den Kopf gestellt werden kann; ein politisches System läßt sich wohl binnen kurzem ändern. Wir haben es ja erlebt, daß über Nacht alte Throne und Reiche verschwunden sind.

Die Massen wurden in der Richtung aufgepeitscht, daß alles Heil, alles Glück und aller Wohlstand von der Sozialisierung zu erwarten sei. Aber langsam lehrte in unserem Volke die Einsicht wieder, daß nur der normale Entwicklungsgang des Wirtschaftslebens beschritten werden kann, um vorwärts zu kommen. Die Zwangs-

gesetze, die der Krieg als Notgesetze brachte, wurden abgebaut. Man hat mit diesen Ansätzen einer Sozialisierung gründlich aufgeräumt; es mußte nothgedungen der freien Wirtschaft wieder Platz gemacht werden. Zu das Sozialisierungskorn haben mehr oder weniger alle Parteien geblasen, da niemand den Willen, die Kraft und Stärke aufgebracht hat, sich gegen die von Osten über Europa hereingebrochene Weltbeglückelung ernstlich zu stemmen.

Der Versuch, die auf Naturgesetzen aufgebaute Volkswirtschaft aus den Angeln zu heben, ist schmächtig mißglückt. Das alte Wirtschaftssystem lehnte langsam zurück. Alle diesbezüglichen Gesetze haben Abstriche erfahren und sind im großen und ganzen auf das Maß der wahrhaft demokratisch gesunden Sozialgesetzgebung zurückgedrängt. (Obwohl auch hier, wie bei allen Wohlfahrts-einrichtungen, noch viel für eine segensreiche Novellierung zu tun übrig bleibt) Einzig und allein die begonnene Sozialisierung des Hausbesitzes — und die Mietengesetze bedeuten im Grunde genommen nichts anderes — blies auf ihrem einmal eröfneten Standpunkt stehen. Während der Bauer imstande war, seine Lebensmittel zu verbergen, da seine Exekutive so stark war, um ihn reißlos zur Herausgabe seiner Produkte zu zwingen, hatte der Hauseigentümer einen unverrückbaren Besitz, er konnte sein Haus nicht unsichtbar machen oder verstecken. Erst als die freie Wirtschaft kam, war der Bauer geneigt, seine Produkte freiwillig herauszugeben.

Man kann sich zu den Mietengesetzen stellen wie man will. Tatsache ist, daß alle Gemeinden die Wohnungsfrage auf verschiedene Art und Weise lösen wollen, aber alle unter Beibehaltung der Mietengesetze. Obwohl man durch das entgegliche Wohnungseleiden den Versall weiter Bevölkerungszunahme beobachtet, hält man doch an die'm letzten Rest der Kriegswirtschaft fest, wenn auch dieser Rest in unsere gesamte Wirtschaft gar nicht mehr hineinpaßt, weil er für sie ein großer Hemmschuh ist. So wie sich alle Kriegsgesetze überlebt haben, hat sich auch das Mietengesetz in der Praxis längst überlebt, wie durch hundert Fälle bewiesen werden kann. Trotzdem gibt man das Sozialisierungsexperiment auf dem Gebiete des Hausbesitzes nicht auf. Dieser Zustand ist nicht nur rüchlich, sondern bitter an der Volkswirtschaft, an den Gewerbetreibenden, an den Arbeitern, an den Mietern, kurz an allen und auf jedem Gebiete.

Es erscheint vollständig unbegreiflich, wie unsere jetzige Regierung, die unverrückbar und stabil seit über anderthalb Jahren die Regierungsgeschäfte verleiht, an die'm namenlosen Unglück der Wohnungslosen so achlos vorübergeht. Es kann doch der Regierung nicht verborgen sein, daß die Kosten für eine Wohnung nicht ewig so tief unter der Weimartpreisliste bleiben können. Es muß bei einer Angleichung der Gehälter und Löhne und einer gründlichen Novellierung der Wohnungszinsbildung, welche die freie Wohnungsbewirtschaftung nach sich zieht, auch mit einem positiven Index von zirka 30 Prozent gerechnet werden. Diese Tatsache ist unumstößlich richtig und so lange dies nicht geschehen ist, ist von einer wirklichen Sanierung keine Rede. Warum also gehen die Regierungsmänner nicht ernstlich an die letzte Phase des Abbaues der Kriegsgesetze heran, um endlich durch die befreiende Tat den Wohnungslosen zu helfen, tausenden Familien Existenz und

Familienglück zu retten, und der Wirtschaft und den Arbeitslosen Verdienst und Arbeit zu bringen?

Es gibt daher nur eins: Fort mit den Mietengesetzen und zurück zur freien Wohnungsbewirtschaftung, wie wir sie im Frieden hatten!

Soll ein Zentralverband der Wohnungsuchenden und Obdachlosen gegründet werden?

Wir erhielten folgende Zuschrift, die wir zum Abdruck bringen und die die allgemeine Diskussion über eine wichtige Organisationsfrage eröffnen soll:

Aus den zahlreichen „Für und Wider“, welche in dieser Frage schon vorgebracht wurden, geht deutlich hervor, daß eine Einigung aller Wohnungsuchenden und Obdachlosen in Oesterreich — und das wäre ja das Ausschlaggebende — kaum erzielt werden kann. Das Hauptargument, das sich gegen einen solchen Zentralverband richtet, ist zweifellos darin zu erblicken, daß eine solche Vereinigung, um wirklich alle Obdachlosen und Wohnungsuchenden umfassen zu können, politisch farblos sein müßte, mit anderen Worten, daß die Mitglieder und Mandatäre des Zentralverbandes von Haus aus auf eine Einflusnahme auf Fragen rein politischer Natur, wie z. B. auswärtige Angelegenheiten und dergleichen, verzichten müßten, widrigenfalls der Verein oder Verband, wie dieser Zusammenschluß aller Bedrängten in Wohnung Angelegenheiten heißen würde, binnen kürzester Zeit infolge innerer Gegensätze zerfallen müßte. Letzten Endes müßte dies zu der unmöglichen Konsequenz führen, daß es dann im Nationalverband eine Partei gäbe, die sich im Interesse ihres Bestandes in allen Fragen politischer Natur der Stimme enthält.

Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß keine der politischen Parteien des Nationalrates für allein berufen betrachtet werden kann, die Interessen der Wohnungsuchenden und Obdachlosen zu vertreten, weil jede — vielleicht mit der einzigen Ausnahme der die Mietervereinigungen stützenden Partei — sowohl programmatisch als auch nach ihrer tatsächlichen Zusammensetzung einfach alle Stände vertreten will.

Die Hauptsache der das ganze politische Leben verfeuchenden Demagogie liegt darin, daß alle politischen Parteien im Wahlkampfe Versprechungen machen und im Falle eines Sieges ihre Versprechungen nicht einlösen können. Wir erinnern hiebei nur an die Vorgänge vor den letzten Gemeinderatswahlen in Innsbruck und auf jene vor den Nationalratswahlen, wo in Sonderheit der Verein der Wohnungsuchenden und Obdachlosen in Innsbruck sich mit jedem einzelnen Mandatsvererber ins Einvernehmen setzte und immer und überall dem Vereine die weitestgehenden Versprechungen gegeben wurden, die zur Erfüllung unserer Forderungen, zur Behebung der Wohnungsnot, hätten führen sollen. Bis zur Stunde ist aber nicht ein iota an den versprochenen Miet- und Wohnungsansforderungsgesetzen gerüttelt worden oder auch nur eine unserer eminenten Forderungen im Interesse der Allgemeinheit zum Durchbruch gekommen. Die wirtschaftlichen Interessen der in einem solchen Verbande zusammengefaßten Stände widerstreiten sich vielfach und können daher nicht so leicht unter einen Hut gebracht werden. Es wurde u. a. schon oft darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, den Firangeseckten und Arbeitern höhere Einkünfte zu gewähren, damit sie in die Lage versetzt werden, auch einen entsprechend höheren Zins zu bezahlen.

Wo liegt nun ein Ausweg zur Behebung der Wohnungsnot? Einzig und allein in der kausalen Aufhebung der Mietengesetze und in der Neubehaltung der privaten Bautätigkeit! Zum mindesten müssen vorerwähnte Gesetze, weil man sie über Nacht nicht zunichte machen kann, derart geändert werden, daß sie für die, um deren willen sie geschaffen wurden, erträglich werden und daß auch die Anwendung auf ihnen eine bedeutend größere wird, wie bisher. Das Mietengesetz hat allerdings für die „Mieter“ gewisse Vorteile gebracht, darum soll nach Meinung der Mietervereinigung nicht daran gerüttelt werden, das Wohnungsansforderungsgesetz hingegen hat überall mehr Reibereien als Nutzen gebracht.

Sollen wir einen Zentralverband der Wohnungsuchenden und Obdachlosen gründen? Die klare Antwort lautet: Ja! Ein Sprichwort sagt: „Einigkeit macht stark“ und auf seinem Gebiete wäre die Einigkeit so notwendig, wie gerade in den Reihen der Obdachlosen. Der Verein der Wohnungsuchenden und Obdachlosen in Innsbruck ist bereits bahnbrechend in Oesterreich hervorgetreten. Auch in der Reichshauptstadt Wien gibt es eine ähnliche Vereinigung, die sich die gleichen Ziele gesetzt hat, und überall, wo die Wohnungsnot in erschreckender Weise die Menschen bedrängt, wird versucht, sich zusammenzuschließen, um eine Organisation zu bilden. Selbstredend müßte der Sitz des Zentralverbandes der Wohnungsuchenden und Obdachlosen in Wien sein, am Sitze der Regierung. Es wäre daher Aufgabe, Mittel und Wege zu suchen, um eine Interessengemeinschaft aller Wohnungsuchenden und Obdachlosen in Oesterreich zu gründen, die aber, wie eingangs erwähnt, vollkommen neutral eingestellt sein müßte. Allerdings ist es schwer, in unserer Zeit der Politik immer reibungslos unpolitisch zu bleiben, aber bei festem Willen müßte es gehen, daß in einer solchen Interessengemeinschaft, die doch alle Stände zu vertreten hätte, die Politik ausgegerrt bleibt.

„Für und wider“, wie dem auch sei, es kommt die Zeit, wo die Laune der Wohnungsuchenden und Obdachlosen, wie sie sich leider zu ihrem eigenen Schaden überall auswirkt, schon deshalb aufhören muß, weil unter den derzeitigen Verhältnissen, unter deren Joch sie schwer leiden, wahrscheinlich doch einmal ihre Geduld zu Ende sein wird und dann sich alle zweifellos finden werden zu einer gefestigten Organisation in den einzelnen Städten im kleinen und zu einer großen Organisation, der die Städteorganisationen angehören.

Bis dahin laßt uns getreulich fortfahren an dem begonnenen Werke, denn, wer im Kleinen treu ist wird auch im Großen treu bleiben. Aller Anfang ist schwer und er hat auch uns schon schwere Kämpfe gekostet! A.

Den bürgerlichen Parteien ins Stammbuch.

Wir haben in unserer letzten Folge der sozialdemokratischen Partei einige unserer wichtigsten Forderungen, die diese Partei bei Wahrung ihres Parteigrundgesetzes jederzeit erfüllen kann, ins Stammbuch geschrieben und wollen heute an die bürgerlichen Parteien einen Mahnruf erlassen und sie auffordern, Farbe zu bekennen. Wie sie sich die Lösung der Wohnungsfrage eigentlich vorstellen und was sie zu tun gedenken, damit der allgemeine Kulturkampf an den Leib gerückt wird.

Das bisherige Verhalten der bürgerlichen Regierungsmajoritäten ist ein derartiges, daß wirklich niemand weiß, wie sie sich die Lösung dieses größten sozialen Problems eigentlich vorstellen. Wir wissen genau daß die Wohnungsnot nicht über Nacht beseitigt werden kann. Aber wenn wir uns die Wahlansprüche der großen bürgerlichen politischen Parteien in Erinnerung rufen, so erkennen wir mit aller Klarheit und Deutlichkeit, daß das Versehen des furchtbar großen Wohnungsleides zugestanden wurde und daß aber auch bei allen Wahlreden erwähnt wurde, daß Abhilfe geschafft werden muß, wenn nicht ein namenloses Elend über einen Teil unseres Volkes hereinbrechen soll. Wir erinnern daran, daß die bürgerlichen Parteien nicht nur vor den Wahlen, sondern auch schon früher jederzeit zugegeben haben, daß die Ursache der Wohnungsnot fast ausschließlich in dem Alter die Notwendigkeit beibehaltener Mietengesetze zu suchen ist und nun sind die Wahlen fast ein halbes Jahr vorüber und alle möglichen Fragen und Probleme, politische und finanzielle Angelegenheiten, werden im Volkshaufe verhandelt und nur vom Kapitel Wohnungsnot und von einer Sanierung auf diesem Gebiete hört man nichts. Wir wissen daher den bürgerlichen Parteien ernstlich zu, sie mögen bei diesem wichtigsten Problem nicht wie jener Wägenwagen den Kopf in den Sand stecken, um nicht sehen zu müssen! Wir erwarten vor dem kausalen Abbau des Mietenzwangsgesetzes keine wirkliche Linderung des Wohnungsleides. Wir wissen aber auch genau, daß jeder Schritt zur freien Wohnungsbewirtschaftung und endlich durch Falllassen der Mietenzwangsgesetze überhaupt eine wesentliche Verbesserung der Schätter und Löhne voraussetzt oder nach sich ziehen wird. Der allmonatlich fixierte Index wird noch einmal ein bedeutend positiver sein, um circa 30 bis 40 Prozent werden die Einkommen und Löhne erhöht werden müssen. Dies wird unvermeidlich sein, deshalb ist das Verhalten der bürgerlichen Majorität direkt unverständlich. Was nicht zu umgehen sein wird, darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, sonst wird das Elend noch größer und die Behebung ist noch schwieriger.

Das passive Verhalten der bürgerlichen Parteien wird unsso unverständlich, da sie auch alle anderen Vorschläge, die bei Beibehaltung der Mietenzwangsgesetze eine wenn auch geringe, Linderung der Wohnungsnot bringen sollen, gleichfalls vollständig unbedacht lassen. Für eine Zwecksteuer, durch deren Ertragnis neue Wohnungen erstellt werden sollen, sind die bürgerlichen unzugänglich. Ob diese Zwecksteuer nun eine Wohnungsabgabe oder eine Grund- und Bodenbesteuerung ist, ist für die Obdachlosen gleich, der Name und die Art einer solchen Steuer sind bedeutungslos.

Wir halten daher allen Ernstes den bürgerlichen Parteien ihre höchst merkwürdige Haltung vor Augen und verlangen von ihnen und rufen ihnen zu, es möge bei ihnen Versprechen und Halten nicht zweierlei sein, es geht wirklich nicht an, einerseits die Mietengesetze nicht abzubauen, andererseits keine Zwecksteuer einzuführen, weil sonst die Zahl der Wohnungslosen unausgesetzter größer wird. Auch hoffen wir, daß die bürgerlichen Parteien nicht so lange warten, bis die Majorität der Bevölkerung Wohnungsuchende sein werden, sondern daß sie schon jetzt, so lange die Wohnungslosen noch in der Minderheit sind, sich allen Ernstes mit der Lösung des größten sozialen Problems,

der Wohnungsnot, beschäftigen. Die unvermindert herrschende Wohnungsnot macht die Einleitung einer umfassenden Bautätigkeit im Jahre 1924 zur unbedingten Notwendigkeit. Die früheren Schwierigkeiten der Baukostenbeschränkung und der Arbeitsbeschaffung sind behoben: die Schwierigkeiten der Finanzierung müssen überwunden werden, wenn nicht durch ein weiteres Anwachsen der Wohnungsnot die Gesundheit und Sittlichkeit der Bevölkerung ernstlich gefährdet werden soll. Nachdem unverzinsliche Baukostenzuschüsse oder Beihilfen für gemeinnützige Bauvereinigungen nicht mehr zu erwarten sind, wird die Finanzierung im wesentlichen durch öffentliche Mittel in der Form tilgbarer Darlehen erfolgen müssen. Leider werden auf abschbare Zeit Hypothekendarlehen von den Banken und von der Sparkasse in ausgiebigem Maße noch nicht zur Verfügung stellen. Daher müssen die Darlehen aus öffentlichen Mitteln so reichlich bemessen sein, daß sie bei entsprechendem Eigenkapital der Bauvereinigungen die Durchführung des Bauvorhabens gewährleisten.

Ferner muß von den bürgerlichen Parteien getrachtet werden, daß der Wohnungsbau allmählich ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel in Gang gerät und daß sich immer mehr Privatkapital hierfür findet. Die bürgerlichen Parteien müssen sich dabei vor Augen halten, daß der Wohnungsbau zur Behebung der allgemeinen Krise im Wirtschaftsleben und der Arbeitslosigkeit eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die Aufnahme der privaten Bautätigkeit ist der Angelpunkt, von dem aus eine Gesundung des Wirtschaftslebens eintreten muß. Der Gedanke, daß das Baugewerbe befruchtend auf das ganze kriegige Wirtschaftsleben wirkt, muß allen anderen vorgezogen werden.

Der Grund des Wohnleides.

H. Thausing schreibt in der „Oesterr. Revue“:

Das Wohnleiden in den europäischen Städten ist schon sehr oft zahlreich nachgewiesen und mit ganz entsetzlichen Bildern illustriert worden. Waren vor dem großen Krieg die mit Beigehörn angefüllten Einzimmerwohnungen selbst in den modern gebauten Stadtvierteln häufig genug, so ist heute das Elend gleichmäßiger und allgemeiner. Wie viele Schwindsucht- und Tuberkulosefälle könnten durch die Finsternis der Stadt und die Verfehlung in eine vernünftige Wohnung bereitet werden! Wer von uns armen Stadtkindern hatte noch ein Jugendland gehabt oder hätte gar eine Nachtigall schlagen hören? Es hat nie eine Zeit freier Isieren Waiseneis gegeben, nie eine Zeit toller Städtebau, wirklichkeitsremderer Sozialpolitik, so stolz auf ihre dünnen Gedanken und doch so stend aller Anschauung. Breite Straßen, Palastfenster und Flügeltür laut man als das an sich Schöne und sieht nicht, daß das alles die Oede der Elendquartiere nur noch entschärfer macht.

Darum wollen wir hier den wissenschaftlichen Nachweis des Wohnleides überspringen. Uns genügen die obigen Beobachtungen. Suchen wir lieber zu erkennen, aus welcher Tiefe unser Wohnleiden stammt.

Zu einer vernünftigen Wohnung braucht man einen geeigneten Bauplatz und planmäßige Arbeit. Die beiden letzteren Erfordernisse werden kausallich dadurch nicht verbilligt, daß man mehr als zwei bis höchstens sechs von der Straße aus völlig getrennte Wohnungen in ein Haus zusammendrängt. Solche Häuschen liegen sich für den hier in Rede stehenden Zweck noch sauber herstellen, könnten von hübschen Gärten umgeben und mittels schmaler, reinlicher Sträßchen erreichbar sein. Das zu solchen Gärten, Sträßlein und Wegen erforderliche Terrain ließe sich leicht aus den Brunnstraßen eriparen, die heute unsere hohen Mietkasernen als staudige Miststätten umgeben. Warum tut man das nicht, und warum sind die Bauplätze so teuer?

Wenn eine kausliche, die Grundbesitzer einseitig begünstigende Bauordnung beschaffen wird, steigt der Wert der Bauplätze mit der Höhe der gestatteten Hochhäuser. Für die dann erst recht nötigen breiten Nebenstraßen müssen die Mieter mit ihren Steuern und Umlagen sorgen. Unterläßt man es noch dazu, den Wert der Bauplätze zu befeuern, so steigt mit deren Wert auch ihr Preis. Zur Verbilligung der Kaufsumme des Bauplätze muß der Konsument (also hier wieder der Mieter) herangezogen werden. Und ist er eine Wertstätte, ein Gasthaus oder ein Kaufladen, so geht die Wertwägung in der Stadt und auf dem Lande mit mehr oder weniger Grazie weiter. Bedenkt man, daß alle diese Unternehmern und Mieter Einkommen, Erwerb- und Konsumsummen zu zahlen haben und alle Preise um etwas höher kalkuliert werden müssen, als die Steuern unbedingt erforderlich machten, so verwundert man sich nicht mehr darüber, daß die Kaufkraft unseres Geldes sich so verringert, also unsere Valuta so sinkt, daß wir nur mehr durch einen von Zeit zu Zeit wiederholten, fräitigen Pump bei vernünftiger regulierten Böllern leben können. Man wundert sich aber auch nicht mehr, daß sich die Massen bezüglich ihres Wohnbedürfnisses die äußersten Entbehrungen auferlegen müssen, ja schließlich die Mierte auch für die eudsten und überfülltesten Quartiere nicht mehr aufbringen können, die Bautätigkeit ganz aufhört und unsere Städte nur mehr ungeheure Bruststätten der Tuberkulose sind. Eine Regierung, die solche Zustände bestehen ließe und zum Trost nur von Zeit zu Zeit eine Volkshausstätte errichtete, wäre nicht einmal die Warnung wert, die noch im Hohn liegt.

„O glücklich, wer noch hoffen kann, aus diesem Meer des Irrtums aufzutauen“ Man hofft es nicht mehr, kann es aber aus Gewohnheit nicht lassen, nach bestem Wissen zu raten.



Bau-Genossenchaften, Baumeister, Zimmermeister und alle Gewerbetreibenden des Bauwesens können

kostenlos

in unserer Zeitung Mitteilungen bringen Für Inserate Vorzugspreis.

Glücksbilder aus Innsbrucker Wohnungsbeziehungen.

Der Tod steht vor der Tür.

Familie M. J. bewohnt mit ihrer achtköpfigen Familie in der Leopoldstraße eine Küche und zwei kleine Zimmer. Der Ueberbelag wird deshalb doppelt schwer empfunden, weil seit anderthalb Jahren die Grippe nicht verschwindet, was bei dem engen Zusammenwohnen leicht begreiflich ist. Die Uebertragung dieser Krankheit findet unangenehm von einem Familienmitglied auf das andere statt. Zwei Familienangehörige sind in dieser Wohnung schon gestorben.

Zusammengepfercht wie Heringe.

Nicht besser steht es bei der Familie J. in der Bradlerstraße aus. Dort bewohnt eine achtköpfige Familie nur ein Zimmer mit Küche.

In der Hofgasse wohnen sogar neun Personen einer Familie in einem Zimmer und Küche.

In der Universitätsstraße wohnt eine Familie mit sieben Personen in einem Zimmer.

In der Kirchgasse bewohnt sogar eine zehnköpfige Familie ein Zimmer und Kabinett.

Wir haben hier nur ohne jeden Kommentar eine Reihe von Obdachlosen und wohnungsfindenden Familien aufgezählt, die infolge von Ueberbelag ohne Rücksicht auf Gesundheit und Geschlecht schon seit Jahren gezwungen sind, zusammengepfercht zu hausen.

Im tiefsten Sumpf.

In der Altstadt in Innsbruck führt eine geschiedene Frau einen unstilllichen Lebenswandel. Sie bewohnt mit ihren drei Kindern ein Zimmer mit zwei Betten und in diesem Zimmer übt sie ihr Schandgewerbe in Gegenwart der Kinder aus. Nebenbei gibt sie aber auch noch anderen Mädchen für ihr schmutziges Gewerbe in ihrem Zimmer Unterkunft. Als im vergangenen Herbst der Frau die Kinder weggenommen werden sollten, machte sie einen Selbstmordversuch. Seitdem geht das Treiben weiter und die Kinder sind noch immer dort. So sollen heutzutage Kinder aufwachsen!

Das Heim im Pferdestall.

In einem Stadtbogen ist ein Pferdestall. Dort haust neben den Pferden schon seit mehreren Wochen im Ungeziefer eine fünfköpfige Familie. Der Mann ist Kriegsinvalider (Kopfschuß). Der Mann ist dem Wahnsinn nahe. In der fortwährenden Ausbünstung im Pferdestall leben die Eltern und dort wachsen die Kinder heran! Ist denn der vollständige Untergang der Familie nicht anzubahnen? Wir sind wirklich sehr weit gekommen! Es ist eine Schande und ein unerhörtes Skandal für die Stadt Innsbruck, wenn diese himmelschreiende Sünde an der Familie seitens der Gemeinde noch eine Stunde länger begangen wird. Raschheit und dringende Hilfe ist notwendig.

Bürokratismus in der vollendeten Form.

Der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck, eine Erbschaftsorganisation, deren Satzung nach Landesregierungsbeschluss gemäß § 9 des Gesetzes vom 15. November 1887, RGBl. Nr. 134 unter Zahl 812/1 vom 27. Mai 1920 bewilligt wurden und in deren Statuten in § 3 die Vertretung der Wohnungsuchenden beim Wohnungsausschuss vorgesehen ist, hat seit mehr als 3 Monaten keine Gelegenheit, den mündlichen Verkehr mit diesem Komitee pflegen zu können. Wohl wurde der Vereinsleitung die Möglichkeit eingeräumt, beim Wohnungsausschuss vorzusprechen zu können. Die Leitung des Vereines, die seit Jahren mit konsequenter Zähigkeit ihr gestecktes Ziel verfolgt, wird aus dem Rahmen der Reserviertheit keineswegs unberührt hervorreteten und nur gezwungen rufen wie die nachfolgenden Zeilen an die maßgebende Adresse.

Solange das Wohnungsamt besteht, ist es im Interesse der Wohnunglosen und gerade der armen minderbemittelten Wohnunglosen unbedingt nötig, daß zwischen der Vereinsleitung und dem Wohnungsamt der Kontakt hergestellt bleibt. Wenn der mündliche Verkehr derzeit nicht möglich ist, so muß derselbe jedoch auf schriftlichem Wege unbedingt offen bleiben. Und nun fragen wir die Gemeindeverwaltung, ob die Vereinsleitung eine schriftliche Anstige an das Wohnungsamt, deren Beantwortung infolge Arbeitsbelastung dieses Amtes an und für sich 8 bis 14 Tage und darüber hinaus ausständig bleibt, jeden Fragebogen und jedes Schreiben mit der Magistratsgebühr von 6000 K und einem Stempel von 2000 K honorieren muß?

Es wäre nur ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn der Stadtrat diesbezügliche Anordnungen treffen würde, damit der Verein nicht für jedes Schreiben, das

von den Obdachlosen an das Wohnungsamt geschickt wird, 8000 K bezahlen muß.

Ein sozialer Verein, in dessen Reihen die Kernsten der Armen und die bedauernswertesten Leute der Stadt vertreten sind, dessen Leitung in der uneigennützigsten Weise die Interessen der Wohnunglosen vertritt, kann mit Fug und Recht von der Gemeindeverwaltung diese kleine finanzielle Entlastung fordern!

Vergrößerung der Wohnungsnot durch den Zementzoll.

Der Verband der Baumaterialienhändler der Republik Oesterreich hielt kürzlich in Wien eine äußerst zahlreich besuchte Tagung von Delegierten aller an der Bautätigkeit und der Wohnungsfrage interessierten Organisationen (Wohnungslose, Arbeiter und Unternehmer im Baugewerbe und Baustoffhandel) ab. Die Versammlungsredner sprachen sich sämtlich sehr energisch gegen die beabsichtigte Erhöhung des Zement- und Kalkzoll aus. Die Zementindustrie verlange einen sehr hohen Zoll von jedem Kilogramm. Für das laufende Jahr würden etwa 46.000 Waggons Zement benötigt. Ein Wagon Zement würde, falls der Zoll Wirklichkeit werde, mit 1.830.000 K an Zoll und Warenumsatzsteuer, der Wagon Kalk, der bisher überhaupt zollfrei war, mit 700.000 Kronen an Zoll belastet erscheinen. In anderen Staaten werden die Bahnfrachten auf die Hälfte ermäßigt, die Zölle gänzlich aufgehoben, um den Wiederaufbau zur Belebung der Bautätigkeit zu fördern. Bei uns in Oesterreich gefache von dem gerade das Gegenteil.

Die Einführung des Zolles auf Zement würde nur den Zementfabriken ungeheure Gewinne bringen. Während bei uns der Zement 700-800 K per Kubikmetre kostet, kann das Ausland mit einem Zementpreis von 350 K leben.

Die Tagung beschloß einstimmig eine Resolution gegen die geplante Erhöhung des Einfuhrzolles auf Zement und Baumaterialien und sprach sich für die vollkommene Zollfreiheit aus; gleichzeitig wird gegen jede Verwaltungsmassnahme, wie Frachterhöhungen, Steuern usw., die verteuern würden, Vertwebrung eingelegt. Eine Erhöhung des Zolles auf Zement und Baumaterialien wäre nur eine Prämie für einige Fabriken zum Nachteil der Bevölkerung und würde jede Bautätigkeit lahmlegen — sie würde nur das Wohnungsleben vergrößern.

Auch der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck hat einen geharnischten Protest an die Regierung gegen die geplante Zementzollerhöhung gerichtet.

Die Ausstellung

Der Treffer der großen Effektenlotterie im Parissalon im Tiroler Landhaus konnte leider nur einen Teil der vielen Treffer dem Publikum zeigen, während der übrige Teil infolge Platzmangels in Kisten verpackt bleiben mußte. Sie war von 11.338 Personen besucht; 13.350 Lose wurden dort verkauft.

Die Ausstellung ist nun geschlossen. Bei längerem Offenhalten der Ausstellung wären sicherlich Besuchsziffer und Losverkauf beträchtlich besser gewesen, da in der letzten Zeit speziell die Bauernbevölkerung reges Interesse für die Ausstellung gezeigt hat.

Wichtige Mitteilungen für Loskäufer und -verkäufer.

1. Die Bezahlung der Lose soll sofort nach Empfang derselben mittels beigefügten Erlagschein erfolgen, da nicht rechtzeitig bezahlte Lose die Gültigkeit verlieren können.
2. Alle jene Loskäufer, die wenigstens 50 Stück bezogen haben, erhalten die Ziehungsliste gratis zugestellt, alle übrigen zum Preise von 1000 K, welcher Betrag bei der Bezahlung der Lose gleichzeitig einzusenden ist.
3. Bei Lieferung von weniger als 10 Losen muß das Porto für die Loszusendung angerechnet werden.
4. Ab heute werden Lose nur mehr fest (also nicht mehr auf Kommission) und gegen sofortige Bezahlung abgegeben. Wer früher Lose auf Kommission übernommen und noch nicht alle verkauft hat, muß die restlichen entweder fest (auf eigenes Risiko) übernehmen oder sofort an die Lotterieverwaltung rekommandiert einsenden (allenfalls persönlich abgeben).
5. Alle erhaltenen Lose müssen spätestens bis Ende März bezahlt sein. Mahnpfesen werden aufgerechnet.

Von der Tiroler Baugesellschaft.

Die Tiroler Baugesellschaft hat ihre Satzungen und die Geschäftsordnung dem Handelsgericht überreicht und wird sich nach Genehmigung derselben endgültig konstituieren.

Es haben sich zahlreiche Interessenten gefunden. Die Leitung wird unter allen Umständen noch in dieser Bauperiode mit dem Bauen beginnen. Anmeldungen sind noch bis Ende März möglich. Mehr als 60 Mitglieder werden nicht aufgenommen. Die Baugesellschaft wird nicht Mitglieder sammeln, sondern jedes eingetragene Mitglied soll die Gewissheit haben, daß es ihre an uns gestellten Forderungen befriedigt weiß.

Die Tiroler Baugesellschaft teilt mit, daß sie sogleich nach Verschwinden des Schnees mit der Bautätigkeit einsetzen will.

Von den Siedlern und Kleingärtnern.

Unsere, in der letzten Nummer gebrachte Anregung, die Baugenossenschaften, Siedlungsvereine, Schrebergärtner, Kleintierzüchter usw. mögen sich in Tirol zu einem Zweckverband zusammenschließen, um unter Wahrung des Spezialcharakters jeder einzelnen Organisation in vielen Fragen, die alle berühren, gemeinsam vorgehen zu können, hat einen kräftigen Widerhall gefunden. Es hat in dieser Richtung bereits eine Besprechung der Vereins-Genossenschaftsvorstände und der Vereinsobmänner stattgefunden. Die Vorbereitungen zur Gründung des Zweckverbandes sind in bestem Gange.

Briefkasten.

Im Namen vieler. Der Wunsch, bei Erbauung von Hochhäusern auch Häuser mit zwei Zimmerwohnungen, und zwar pro Stockwerk drei Wohnungen zu erstellen, wird im Vorhande und im Aufsichtsrate ernstlich erwogen und selbstverständlich Berücksichtigung finden, wenn sich bei der nächsten Vollversammlung der Baugesellschaft genügend Interessenten für zwei Zimmerwohnungen finden.

Inspektor R., Innsbruck. Wir verweisen auf unseren heutigen Artikel: Sollen wir einen Zweckverband der Obdachlosen und Wohnungsuchenden gründen?

Bodenreformer Landes. Die englische Arbeiterpartei hat ein Programm anarbeiten lassen, in welchem für die Landesbevölkerung die Errichtung von 275.000 Heimstätten vorgesehen ist. An bodenreformerischen Bewegungen sind Holland und England an erster Stelle zu nennen.

St. Pöltener Beobachter! Ihre Zeitschrift vom März 1924 mit dem Artikel: „Der Wohnungsstand: Ein Blick in die Sentgrube“ mit Dank erhalten. Wir haben mit Interesse diesen Artikel gelesen, können auch hier mit gewisser Veruhigung sagen, daß unser Wohnungsausschuss überflüssig ist, weil es keine Wohnungen zu vergeben hat. Zerstörer kommen auch hier vor. Doch Korruptionsaffären sind bei uns in Tirol nicht zu Hause.

M. G., Briglegg. Da Sie Innsbrucker sind und sehr Kinder haben, die hier lernen und in Arbeit gehen sollen und als abgebaute Assistenten einen drei- oder vierteiligen Haushalt nicht führen können, so ist die Gemeinde Innsbruck verpflichtet, für ihre Unterkunft zu sorgen. Wie dies jedoch bei einer zwölfköpfigen Familie geschehen soll, ist infolge der Mietengesetze allerdings ein Rätsel. Sie sind ein von ihrer Heimatstadt Verstoßener. Näheres brieflich.

Nichtere Genossenschaftsmitglieder, Innsbruck. Der Finanzierungsplan für das Jahr 1924 der eigenen Baugesellschaft sieht neben Ertrag der Effektenlotterie, Auflage von Bausteinen, billige Bauvorschüsse von Banken und Industrien, Aufnahme von Krediten in Südtirol und Schweiz, eine Zeichnung der Mitglieder von zirka 700 bis 900 Millionen vor.

M. G., Innsbruck. Der große Sammeltag im ganzen Land für die Obdachlosen wird am 13. April abgehalten.

O., Innsbruck. Da Ihre Familie zehnköpfig ist, ist die Kündigung wegen Eigenbedarf auf Grund § 19, Punkt 3, des Mietengesetzes vom 7. Dezember 1922 zulässig.

In alle auswärtigen Mitglieder der Tiroler Baugesellschaft. Die definitive Eintragung und der Erlag von mindestens einem Anteil von 5 Millionen Kronen sowie die Bekanntgabe der Bauvorschüsse mögen bei uns cheftens durchgeführt werden. Denn für die Ueberweisung einer Wohnung, bezw. eines Eigenheims, ist die Rangordnung, die Reihenfolge der Anmeldung, unbedingt maßgebend.

Die Alpenländ. Lichtpausanstalt Innsbruck
Angerzellgasse 16a (Inb.: Fr. Mayer)
empfiehlt sich zur
Vervielfältigung von Plänen
aller Art. Matrizen werden im eigenen Büro
über Wunsch angefertigt. Für tadellose Aus-
führung wird garantiert.

Oswald Corradini
(früher Nagels & Amplatz)
Innsbruck, Andreas Hoferstraße Nr. 36
Telephon 87 c.
BAUMATERIALIEN
aller Art
(Portland-, Romanzement, Gips,
Ziegel, Binsen, Dachpappe etc.)

Otto Huber vormals Josef Matz
Eisen- und Metallwaren-Handlung
Innsbruck, Kiebachgasse Nr. 5
Empfehle mein Lager in vorzüglichen Werkzeugen für alle
Berufsweige, Maschinen, Bau- und Möbelbeschläge,
Jedersartisen für Sattler und Tapezierer, Schrauben
waren, Nägel, Stiften, Draht u. Ketten, landwirtschaftl.
Geräte, Wagen u. Gewichte, Haus- u. Küchengeräte usw.

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck

Ecke Erler- und Museumstraße
Filialen: Kitzbühel — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.
Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.

Einheimisches Geldinstitut

Kleine Anzeigen.

Züchtige Kolporteurs
gest. u. l. Vertriebsstellen, Mat-
bar 6, 1 Hof links

**Schöne Zweizimmer-
wohnung** mit Nebenäu-
men, Balkon
u. w. gegen Bezahlung der
Nebenschiedslohn sofort
bezahlbar. Guter Wohn-
ungsuchende besonders be-
vorzugt. Auskünfte in der
Verwaltung dieses Blattes.

In Obsteig in eine Drei-
zimmer-
Wohnung mit Küche (ohne
Möbel) gegen Übernahme
der Verwaltung unentgelt-
lich zu haben. Auskunft in
der Verwaltg. des Blattes.

Wohnungstausch
Hötting-Endweg — Inns-
bruck-Stadt. Gebe mein
ganzes Einfamilienhaus,
bestehend aus 8 Zimmern
(eventuell 2 Wohnungen),
gegen eine fünfzimmer-
Wohnung in der Stadt in
Tausch. Mein Haus ist Neu-
bau, daher außerhalb des
Mietengesetzes stehend. Fin-
anzier der Solidität. Aus-
kunft in der Verwaltung
dieses Blattes

Beachten
Sie vor jedem Ankauf die
Ankündigungen in unserem
Blatte!

Verkaufsstelle des
Vorarbeiter Zementwerkes „LOÜNS“
Ges. m. b. H. in Bludenz und der
Gips- und Kalkwerke, Ges. m. b. H. in Feldkirch
WILHELM MÜLLER
Baumaterialien- und Glas-Großhandlung
Erlerstr. 11 **INNSBRUCK** Erlerstr. 11
Liefert billigst Portland-Zement, Gips, Kalk, Gas, Ziegeln und alle
sonstigen Baumaterialien.

**Sehr
preiswertes Anbot!**

1 Liter Rum, 40°	K 24.00
1 Liter Essig-Esenz	24.000
1 Liter Kümmelschnaps	24.000
1 Liter Brennsplittus	7.500
1/2 Flasche „Luta“ Te-Rum	15.000
1/2 Flasche	30.000
1/2 Flasche Ungar. Cognac	45.000
1/2 Flasche Burvy Cognac	4.000
6 Handseifen, à K 1000	6.000
6 Apollo-Seifen, à K 1500	9.000
6 Apollo-Citron Seifen, à K 3000	18.000
6 Tachezy Honigseifen	15.000

und 100' de einschlägige Waren

TACHEZY
Museumstraße 22

Manuskripte dürfen nur einseitig beschrieben werden

**Elektro-
Artikel
Apparate
Material**

kaufen Sie
preiswert bei



**P. Schneider
Innsbruck**
Karl Ludwigplatz Nr. 8
Telephon Nr. 1167-6

Haus- u. Küchengeräte
jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge
in allen Ausführungen, Eisen- und Metall-
waren, landwirtschaftl. Geräte, Schrauben-
waren, Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche,
verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.

Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)
INNSBRUCK, Leopoldstraße 3 (Gasthof Greit),
Filiale: Museumstraße Nr. 28.



Spiral-Stahldraht-Matratzen
Kludbetten, Messingbetten, Kastenbetten, Arbeitbetten usw., ver-
zinkte Drahtgestelle, Stühle, Spalldrähte, Würgitter, Drahtseile,
Drahtgewebe, Stacheldrähte, Fußabstreifer
vertertigt die älteste, bestbekannte Tiroler Drahtindustrie
Bernh. Weithas & Söhne, Innsbruck, Mariahilf Nr. 28.
Mitglieder des Obdachlosen- und Wohnungsuchendenvereines
erhalten Preisnachlaß.

Alleinverkauf der weitbekannten
Bludenzener-Oefen
für Holz- und Kohlenheizung, sehr sparsam, jahrzehntelange Haltbarkeit,
Dauerbrenner Kochherde
nur erstklassige Marke, emalliert und lackiert,
Eisen- und Sägespänofen
zu billigsten Preisen bei reellster Bedienung bei
Al. Fankhauser Inh. H. Waitz, Innsbruck
Vladukistraße 1, Ecke Museumsstraße.

**MECH. TISCHLEREI
KARL ZOGLAUER**
Werkstätte zur Erzeugung moderner Einrichtungen

Spezialität:
**Tiro'ler Möbel und Bauernmöbel
Brautausstattungen und
moderne Küchen-Möbel**

Solide Ausführung, Prompte Bedienung
Mäßige Preise

Absam bei Hall i. Tirol
Telephon Hall Nr. 195 Stelle 6

**Reinschriften
Abschriften
mittels Schreibmaschine
Gesuche
Eingaben und Vervielfältigungen**

billigst

Innsbruck, Heiligeist. tr. I/III., links
von 11 bis 3 Uhr

Kauft Lose der großen Effektenlotterie des Obdachlosen-Vereines **Preis pro Los 10.000 Kronen**

Zu beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines in Innsbruck, Rathaus, Hof links.

Der Obdachlose

und Wohnungsuchende

Schriftleitung und Verwaltung:
Innsbruck, Raibauhaus (Post. 1116)
Inserate nach Zertf.

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 7

Innsbruck, 1. April 1924

Erscheint 14 tägig

Die Wurzel des Elends.

Fast täglich werden in den Zeitungen lange Artikel über die Ursachen und die Folgen der Wohnungsnot veröffentlicht. Alle möglichen Leute und Persönlichkeiten beschäftigen sich mit diesem schwer zu lösenden sozialen Problem, auf alle mögliche Art und Weise will man diesem Uebel steuern. Und wenn man all die vielen Abhandlungen genau durchstudiert, wie wir es selbstverständlich gründlich tun, so zieht sich wie

ein roter Faden

durch all diese Vorschage, die fast alle — zur Ehre der Verfasser sei es vorweg gesagt, — gut durchdacht und logisch aufgebaut sind, der eine Gedanke als vorherrschend, daß

das Wohnungszwangsgesetz,

je nach der politischen Einstellung des Verfassers offen oder verklaufelt,

die Schuld

an dem großen Wohnungselend trägt. Und nun werden in dieser Massenfabrikation von Vorschagen und Plänen zur Beseitigung der Wohnungsnot Mittel und Wege aufgezeigt, wie man

an dem Uebel

vorbeikommen könne. Bei aller Logik der vielen diesbezüglichen Zeitungsartikel wird meist an dem Grundübel selbst (Beibehaltung der Wohnungszwangsgesetze als Ursache der immer größeren Gegensätze zwischen Hausbesitzer und Mieter und Untermieter und Wohnungslosen) nur sehr zart, wie an einem weichen Ei, gerührt.

Vom Standpunkt der Wohnungsuchenden und Obdachlosen, die genau wissen, daß sie bei Beibehaltung der Mietengesetze in ihrer großen Masse auf die Zuweisung von Wohnungen nicht mehr rechnen können, sei es immer und immer wieder frei und offen herausgesagt, daß es unvernünftig ist, um das Unversalubel mit allen möglichen und noch so gut gedachten Mitteln herumzugehen wie die Katze um den heißen Brei. Wir wollen nicht mehr als schwermokranke Patienten

die Versuchskaninchen

für alle möglichen noch nicht erprobten Experimente abgeben, sondern fordern unausgesetzt den Abbau der Zwangsgesetze. Wir haben es satt, daß mit uns wie mit H am p e l m  a n n e r n herumgesprungen wird! Wir wollen nicht mehr die S a n s w u r s t e l der politischen Parteien sein, die mit ihrer Politik die ganze Volkswirtschaft lahmlegen und die große Arbeitslosigkeit verursachen. Daß

die Obdachlosen

den Weg bis zum vollständigen Abbau der Mieterzwangswirtschaft in einer erträglichen und vernünftigen Weise durchgeführt wissen wollen, dafur haben wir seit Jahren ein genau umschriebenes und zu wiederholtenmalen der Regierung unterbreitetes Programm ausgearbeitet, das auf jahrelanger Erfahrung beruht. Abgesehen von den schon so oft geschilderten volks- und familienzerstorenden Folgen der Wohnungsnot wird durch den längeren Fortbestand der Zwangsgesetze

der haerfullte Gegensatz

zwischen Hausbesitzer und Mieter immer größer. Die Wohnungslosen lassen ihren Ingrimm und ihre Wut in ihrer Verzweiflung und Kurzsichtigkeit in der Regel auch an den Behörden, an den Vertretern dieser Wohnungspolitik, an den Wohnungsamtern und deren Beamten aus. Daß natürlich jede Ungerechtigkeit, jede Bevorzugung des einen oder anderen und jede Eigenmächtigkeit oder schroffes Auftreten den armen Wohnungslosen gegenüber bei keiner Behörde so schwer zu verurteilen ist, wie bei einem Wohnungsamte, ist selbstverständlich. Aber im großen und ganzen tragen an

Auf die Straße gestoßen.

Traurige Zahlen.

Die schamlose Bewucherung der Untermieter.

Spiegelbilder der Zeit.

Schlechter als im Kerker.

Es muß ernst gemacht werden.

Wer trägt am Verfall der Häuser Schuld?

Berwahrt und verlauft.

Elendshilder. — Hochwassergefahr in Landeck?

der so furchtbar großen Wohnungsnot doch nicht die Exekutivorgane, d. h. die Wohnungsamter, die Schuld, sondern jenes von allen politischen Parteien bis jetzt geblindete und sorgsam gepflegte

System.

Wie sich beim Zusammenbruch im Jahre 1918 die Masse des Volkes auf die sichtbaren Träger des Krieges, auf die Offiziere, stürzte, weil sie als die markantesten Exponenten der damaligen Zeit in ungerechter Weise für den Krieg und dessen Ausgang verantwortlich gemacht wurden, genau so kann sich

die Wut der Masse der Wohnungslosen

eines schönen Tages in furchtbarer Weise gegen die Behörden, vor allem

gegen die Vertreter der heutigen Wohnungspolitik austoben. Die direkt feindselige Stellung des Wohnungsamtes gegen uns, die wir die Wurzel des Uebels klar erkennen und wissen, daß die dortigen Beamten nur Opfer des unglückseligen Systems sind, halten wir deshalb für unverständlich und kurzsichtig, weil sie eigentlich unsere Bestrebungen unterstützen sollten.

Wir schließen diese kurze Ausführung, indem wir den Personen, die durch Zeitungsartikel oder sonst die Oeffentlichkeit auf das Bestehen der so großen Wohnungsnot aufmerksam machen, gestehen, daß sie sich erst dann den

Dank der Aermsten der Armen,

der Obdachlosen, sichern werden, wenn wirklich ernstlich an den Abbau der naturwidrigen Wohnungsgesetze geschritten wird, denn erst dann kann von einem allmahllichen Ende der Wohnungsnot gesprochen werden.

Ein Mahnwort an die Hausbesitzer.

Man schreibt uns:

Jeder rechtlich denkende Mensch wird ohne weiters zugeden, daß heute neben den Wohnungslosen, Schwerinvaliden und Kleinentern auch die Hausbesitzer zu den Entrechteten gehören. Letztere sind ohne Zweifel ohne zwingenden Grund um den Ertrag ihrer Häuser gebracht; denn wären nach dem Kriege mit der Wegschaffung aller Kriegsgesetze auch die Mietengesetze langsam abgeschafft worden, so hätten wir heute keine so furchterliche Wohnungsnot und eine zufriedene Hausbesitzerschaft und der Staat hätte nur mehr die schwere Sorge für die Kleinentern und die Obforge für die Schwerinvaliden. Nun was rechtzeitig versäumt wurde, ist nicht mehr ungeschehen zu machen. Aber die Haus-

besitzer hätten daraus die Lehre ziehen sollen, daß sie sich wie alle anderen Berufe und Gesellschaftsklassen gut und einheitlich organisieren müssen. Hausbesitzervereine gibt es ja iberall schon seit Desennien. Neugründungen wären daher nicht notwendig gewesen, das stramme Zusammenschlieen aller hätte es getan. Die Hausbesitzer wissen doch, wo sie ihre Feinde zu suchen haben. Sie müssen genau wissen, daß sie ganz allein auf sich selbst angewiesen sind. Neben den Hausbesitzern haben nur die Wohnungslosen ein Interesse, daß die Hausbesitzerschaft im großen und ganzen zufriedengestellt wird, damit die Sehnsucht, Hauseigentümer zu sein, wieder in die weitesten Kreise der Bevölkerung getragen wird, wodurch sich erst die Privatbautätigkeit entfalten wird. Nun würde man glauben, daß analog aller entrechteten Standesgruppen auch die Hausbesitzerschaft eine straffe Organisation hätte und einheitlich in ganz Oesterreich ihren Standpunkt vertritt. Dem ist jedoch nicht so. Wir sehen in jedem Bundesland eine eigene Hausbesitzerorganisation oder sogar deren mehrere. Der Zusammenhalt unter ihnen ist meist nur sehr lose oder es besteht oft sogar eine ausgesprochene Gegnerschaft. Auf diesem Wege werden die Hausbesitzer nie zu ihrem Rechte kommen. Was hier an Einigkeit fehlt, wird noch durch die verschiedenen, zum Teil nicht realisierbaren Forderungen iberboten. Der Ruf an die Einigkeit der Hausbesitzer und an das Aufstellen von maßvollen, erfüllbaren Forderungen richtet sich nur an jene Kreise der Hausbesitzer, die selbstverständlich den Boden der realen Wirklichkeit nicht verlassen: An die ruhigen, konservativen, staatserkhaltenden Kreise.

Die Wohnungslosen haben mit den Hausbesitzern in vielen Punkten gemeinsame Wege. Die Mietengesetze sind iberlebt und sind leider nicht zu der Zeit radikal abgebaut worden, als es, ohne der ganzen Wirtschaftslage des Staates zu schaden, leicht gegangen wäre. Diese Zeit ist leider versäumt und heute muß der Abbau der Zwangsgesetze, der unbedingt kommen muß, im Einklang mit der wirtschaftlichen Kraft der Allgemeinheit und des Einzelnen vor sich gehen. Die Wohnungslosen sind in diesem Hauptprogramm mit der Hausbesitzerschaft solidarisch. Die Wohnungslosen sind sich aber auch darin einig, daß nicht jener Zustand auf dem Wohnungsmarkt wiederkehrt, wie er vor dem Kriege war. Die sozialen Errungenschaften, die für die arbeitende Bevölkerung geschaffen wurden, dufen nicht mehr abgebaut werden, unter diesem anderen gehört dazu auch das Nichtmehrwiederkehren der Bettelherwirtschaft, der Schütz landereicher Familien vor Obdachlosigkeit, das Verbot der Errichtung von neuen Häusern, die ausschließlich auf Gewinn eingestellt sind, die Einschränkung der Erstellung von ausgesprochenen Mietslernen und schließlich und endlich, daß die Wohnungszinse nicht mehr als ein Viertel bis ein Drittel des Einkommens verschlingen dürfen. Die Obdachlosen und Wohnungsuchenden stehen den Hausbesitzern sympathisch gegenüber, solange sie sich durch Aufstellung erfüllbarer maßvoller Forderungen die Sympathien der vernünftigen Mieterkreise sichern und durch straffes Zusammenschlieen ihren Forderungen entsprechenden Nachdruck verleihen können.

Wenig Verständnis.

Die letzte Gemeinderatsitzung in Innsbruck am 28. März erbrachte für uns den Beweis für die Wichtigkeit unserer Behauptung, die wir seit dem Besetzen unseres Vereines immer wieder erneuern müssen, daß es sich in der Innsbrucker Gemeindefestbe niemand ernstlich daran gelegen sein läßt, endlich der übergroßen Wohnungsnot mit tauglichen Mitteln an den Leib zu rücken. Noch im vorigen Jahre haben maßgebende Funktionäre und gewählte Vertreter lähn behauptet, die Wohnungsnot bestehe nur in unseren Köpfen. Andere Persönlichkeiten, Bürger von Innsbruck, erklärten es als ein Unding, daß ein Obdachlosenverein existiere, der nur dann eine Berechtigung hätte, wenn es in Innsbruck tatsächlich Obdachlose geben würde, man sehe aber keine Familien auf der Maria-Theresien-Straße, unter der Triumphspalte oder am Berg Jhel frei kampieren! So ist das Sinnen und Denken vieler und auch maßgebender Kreise in Innsbruck eingestellt!

Im Sommer 1922 haben wir eine dringende Eingabe an den Gemeinderat gerichtet, worin wir wegen der vorgeschrittenen Bauzeit verlangten, daß die nutzlos vergangene Saison dadurch eingebracht werden soll, daß ein 16stündiger Arbeitstag eingeführt werde. Es ist ohne weiteres klar, daß wir nicht die Meinung vertreten haben, daß ein Arbeiter 16 Stunden im Tage arbeiten soll; zur Vorsicht haben wir schon in der betreffenden Eingabe die doppelte Arbeitszeit verlangt. Was geschah? Bei Verlesung der Eingabe im Gemeinderat wurde unsere Ansicht allgemein herzlich belächelt. Tags darauf brachte sogar eine Innsbrucker Tageszeitung einen höhnvollen Artikel über den Obmann unseres Vereines, weil er die Menschen 16 Stunden arbeiten lassen will! Daß einige Witze über die Wohnung des Obmannes einen Wagon gezogen haben, auf dem ein Plakat angebracht war, Major Dragoni möge 16 Stunden Erarbeiten verrichten, sei hier nur nebenbei erwähnt. So konnten wir ununterbrochen Beweise anführen, wie seit Jahr und Tag gegen die Obdachlosen von gewisser Seite systematisch gehetzt wird und mit welchem Ernst und mit welcher Sachlichkeit die Obdachlosen seitens des Innsbrucker Gemeinderates behandelt werden. Alle unsere vielen Gesuche und Eingaben wurden mit wenigen Ausnahmen negativ beantwortet.

Wegen des Achenseeprojektes wurde die Gemeinderatsitzung zweimal verschoben und endlich am 28. März fand eine Sitzung statt. Die sozialdemokratische Partei brachte zu Beginn der Sitzung einen Dringlichkeitsantrag ein, der bezwecken sollte, daß das städtische Bauprogramm vom Jahre 1921 in diesem Kalenderjahre wirklich beendet werden soll. Es betrifft dieses Programm die Errichtung von acht vierstöckigen Wohnhäusern auf den Schlachthofgründen. Dieser Dringlichkeitsantrag, der Ende März etwas merkwürdig klingt und zu dieser Zeit beplaziert ist, hätte unserer Ansicht nach schon im Früheren eingebracht werden sollen! Das Verhalten der Bürgerlichen zu dieser brennend wichtigen Frage war auch nicht ein derartiges, daß die Wohnungslosen begeistert sein können. Es wurden scharfe Debatten, die oft auf das persönliche Gebiet übergriffen, gehalten, es wurde gegenseitig geschimpft, aber grundsätzliche Entscheidungen wurden nicht gefällt. Die Bürgerlichen hätten betonen sollen, daß der Zeitpunkt für den Dringlichkeitsantrag etwas spät ist, sie hätten aber nicht so schroff, wie sie es getan haben, gegen die Dringlichkeit auftreten sollen, weil eben keine Frage wirklich so dringend ist, als das sofortige Bauen. Die Debatte ist erst dann in ein ruhigeres und sachliches Fahrwasser gekommen, als die Führer der Gemeinderatsparteien die Erklärung abgaben, daß die ganze Frage sofort das Finanzkomitee beschäftigen werde. Wäre diese Erklärung vor der Debatte gefallen, dann hätte der Innsbrucker Gemeinderat nicht das traurige Bild geboten, daß über ein so wichtiges und ernstes Problem endlose und nutzlose Reden, darunter auch Schimpfereien persönlicher Natur, gehalten werden. Der Eindruck, den die

Obdachlosen vom Gemeinderat empfangen haben, ist kein guter und die geringen Sympathien, die er noch bei den Wohnungslosen hatte, wurden dadurch sicherlich nicht gehoben.

Wir hätten erwartet, daß die Bürgerlichen eine geharnischte Resolution, in der das Grundübel beim richtigen Namen genannt worden wäre, angenommen hätten. Eine Resolution, in der der Innsbrucker Gemeinderat der Regierung den Ernst der Situation klar gemacht hätte, wäre weit gewichtiger als vieles Reden oder eine Versammlungsentfesselung. Von den Sozialdemokraten hätten wir erwartet, daß sie eine derartige Resolution dazu benützt hätten, um den Zusatzantrag zu machen, daß jede auch die kleinste Erhöhung der Mietzinses sich im Zuge auswirken müsse. Wenn diese Resolution der gewählten Vertreter der Stadt Innsbruck dem in den nächsten Tagen stattfindenden österreichischen Städtetage vorgelegt worden wäre und auch dort eine günstige Aufnahme gefunden hätte, dann hätte sich die Regierung der Forderung nach Änderungen der derzeitigen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkte nicht ohne weiteres verschließen können. Innsbrucks Gemeinderat wäre beispielgebend für alle anderen Städte des Bundes in dieser wichtigen Frage vorangegangen und hätte sich dadurch die volle Achtung aller notleidenden Obdachlosen und gequälten Wohnungsuchenden erworben. Das haben wir erwartet. Hoffentlich raffen sich die Innsbrucker Stadtväter einmal zu einer wirklichen Tat auf, geredet wurde schon immer mehr als notwendig!

Das Blockhaus.

In Nummer 5 unserer Zeitung wurde der Siedlungsgebäude und der Blockhausbau aufgegriffen. Auf unsere Aufforderung hin haben wir von einer deutschen Firma in der Tschechoslowakei und von einer Firma in Deutschland wertvolle, auf Erfahrungen beruhende Mitteilungen erhalten.

Die Firma in der Tschechoslowakei gibt in ihrem Begleitschreiben ihrer Bewunderung Ausdruck, daß in Tirol noch keine Blockhäuser gebaut werden, denn diese Bauweise sei unzulässig und hauptsächlich in den Alpenländern zu finden. In der Tschechoslowakei wurden die ersten Versuche erst im vergangenen Jahre gemacht und man ist mit ihnen allgemein zufrieden. Die Blockhäuser sind wie alle soliden oder massiven Holzhäuser der Gesundheit sehr zuträglich und halten auch die Wärme gut. Sie werden veränderlich abgehunden und können dann überallhin geliefert werden. In Nordböhmen wurden sechs Einheits-typen aufgestellt. Eine gewöhnliche Blockhütte mit 8 Zentimeter Wandstärke, enthaltend ein Zimmer 300x400, eine Küche 250x295, einem Vor- und Stiegenhaus 250x100 und einem Bodenraum stellt sich auf 6500 tschechische Kronen. Diese einfachste und billigste Type trägt mehr oder weniger provisorischen Charakter. — Die zweite Type mit 12 Zentimeter Wandstärke stellt eine Küche (300x300), ein Zimmer (400x400), ein Vor- und Stiegenhaus (100x300) und einen Bodenraum vor und stellt sich auf 15.000 tschechische Kronen. — Type Nr. 3 enthält: eine Küche 450x300 mit eingebautem Vor- und Stiegenhaus (100x250), ein Zimmer 400x400 und einen Bodenraum, Wandstärke 12 Zentimeter. Kosten: 16.000 tschechische Kronen. — Type 4: eine Küche 300x400, ein Zimmer 500x500, ein Vor- und Stiegenhaus 230x500, eine Dachkammer 400x400, Wandstärke im Erdgeschoss 12 Zentimeter, Wandverkleidung im Dachgeschoss. Kosten 30.000 tschechische Kronen. — Type Nr. 5: eine Küche 300x400, ein Zimmer 400x400, ein Zimmer 500x500, ein Vor- und Stiegenhaus 230x500, eine Dachkammer 430x500, eine zweite Dachkammer 220x280, einen Bodenraum, Wandstärke 12 Zentimeter. Kosten: 40.000 tschechische Kronen. — Type Nr. 6: eine Küche 350x400, zwei Zimmer 350x400, ein Vor- und Stiegenhaus 300x400, ein Bad oder eine Speisekammer 140x260, ein Keller 350x400, ein Bodenraum, Wandstärke 12 Zentimeter. Kosten: 50.000 tschechische Kronen. — Die

Blockhäuser sind massiv, die Wände, Fußböden und Decken sind in den Zimmern glatt gehobelt und nutholzartig gebleicht. Alles ist einfach, jedoch sauber gearbeitet. Das Dach ist schweizerdachartig, verschalt und mit Dachpappe eingedeckt. Der Kamin und ein Teil der Wand in unmittelbarer Nähe des Ofens ist mit Beton ausgeführt. Die Gebäude kommen auf ein gemauertes Fundament zu stehen. Verputz und sonstige Wandverkleidungen sind nicht vorgesehen und auch nicht notwendig.

Die deutsche Firma, die uns ausführliche Mitteilungen sandte, liefert Holzhäuser nach der ganzen Welt, sogar bis Südafrika. Sie baut behagliche Holzhäuser, die den Massivbauten ohne weiteres gleichzustellen sind. Leider fehlen in den uns gesandten Mitteilungen die Preise.

Wir werden die Angelegenheit im Auge behalten und hoffen, den Siedlern und Kleinrentzählern, die ein eigenes Heim erstreben, bald nähere Mitteilungen machen zu können.

Es muß ernst gemacht werden!

Die Wohnungsnot kann wirksam nur dann bekämpft werden, wenn das private Kapital in möglichst großem Umfange zum Wohnungsbau mitherangezogen wird; dafür fehlen bei uns aber noch alle Voraussetzungen. In der Tschechoslowakei, die unter der österreichischen Mieterschutzgesetzgebung ebenfalls schwer gelitten hatte, sind eine Reihe von Bauförderungs-gesetzen erlassen worden, die auch für unsere Verhältnisse manche beachtenswerte Anregung geben. Die uns interessierenden Hauptpunkte sind kurz folgende: Das Recht auf Enteignung von Bauplätzen an fertigen und nicht fertigen Straßenzügen mit der Verpflichtung, innerhalb drei Monaten zu bauen; finanzielle Förderung durch Erlass von Steuern und Gebühren; beschleunigte Entscheidung der Baugesuche; Erleichterung der Bauvorschriften für im Jahre 1923 begonnene und bis Ende 1924 fertiggestellte Bauten. Der Staat übernimmt die Beschaffung des fehlenden Hypothekenspekulanten an zweiter und dritter Stelle, indem er hierfür Bürgschaft leistet, sowohl für Verzinsung wie für Amortisation; auf Grund dieser Bürgschaft wird von den Spekulanten das Geld gegeben. Oder, falls dies nicht gewünscht wird oder das Geld schon vorhanden ist, verpflichtet sich der Staat zu einem Zuschuß für Verzinsung und Amortisation des Bauauswandes auf die Dauer von 25 Jahren in der Höhe von 1,75 bis 2,5 Prozent. Diese Bürgschaft erstreckt sich auch auf Baurechte bis zu 90 Prozent der verbürgten Hypothek, gilt als mündelsicher und kann deshalb von allen Geldanstalten gegeben werden, so daß die Beschaffung von Baufreid dadurch ohne Schwierigkeit möglich ist. Zur Gewährung der verbürgten Darlehen können die Geld- und Versicherungsinstitute besondere Gesellschaften bilden, bei denen sich der Staat mit geringen Einlagen beteiligt. Diese Gesellschaften sind steuerfrei nach jeder Richtung. Baunehmern, die innerhalb fünf Jahren, Privatbanen, die innerhalb drei Jahren nach Baubeginn verkaufen, werden die Umschreibungsgebühren erlassen. Im Jahre 1923 begonnene und im Jahre 1924 fertiggestellte Bauten sind zwanzig Jahre lang befreit von den Hauskassen- und Hauszinssteuern; Kleinwohnungsbauteilen sogar 30 Jahre. Gesuche um Baubewilligungen und etwaige Einsprüche dagegen sind beide innerhalb 14 Tagen zu erledigen. Für konstruktive Erleichterungen bei Ausführung der Häuser, für die spätere Herstellung einfacher Zufahrten ohne Pflasterstatut sind weitgehende Zugeständnisse gemacht.

Wie es bei uns steht, weiß jedermann. Die bei uns erlassenen Baubegünstigungen waren nur halbe Masuren. Wir sind noch weit entfernt von einer wirklichen Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit, die der Staat doch in erster Linie fördern müßte zur Befreiung der drückenden Wohnungsnot und der erschröckenden Arbeitslosigkeit. Hier muß endlich ernstlich Wandel geschaffen werden, und zwar sofort! Alle Stimmen aus dem Publikum, das letzten Endes der Leidtragende ist, scheinen die zuständigen Stellen immer noch nicht zum Einlegen eines anderen Kurzes veranlassen zu können.

Spiegelbilder der heutigen Zeit.

In Innsbruck gelang es einem hübschen Mädchen, der 22jährigen Estriebe K n a b, wie es ja die meisten Leser wissen dürften, Kaufleuten und anderen Personen, die über Geld verfügen, drei Millionen unter der Vorpiegelung von horrenden Gewinnen leicht und mühelos herauszulocken. Mit diesem Gelde führte das Mädchen einen luxuriösen Lebenswandel. Und wenn sie in ihrer Naivität nicht zu gutem geht alle Vorsichtsmahregeln vergessen hätte, so wäre sie heute noch nicht erwisch.

In Wien betreibt ein kleiner Winkeladvokat namens U l t m a n n seit langer Zeit ein Provisionsgeschäft. Er verpricht allen Geldverlegern die höchste Verzinsung ihres Kapitals zu 100 Prozent und darüber hinaus im Jahre. Seine Klientel besteht aus allen Bevölkerungsschichten und dieser Mann erstreckt sich eines solofasten Zulaufes. Einmal war er schon verhaftet und wurde nur über Betreiben seiner Geldgeber auf freien Fuß gesetzt. Vor einigen Tagen nun berief dieser merkwürdige Bankier seine Klienten zu einer Versammlung und seit Jahr und Tag war der Stahlfensteraal in Hernals nicht so voll wie bei dieser Versammlung. Für den unbefangenen Zuseher bot die Gesellschaft ein merkwürdiges Bild. Am Podium stand U l t m a n n, der Typus eines kleinen galizianischen Juden. Der Saal war gefüllt Kopf an Kopf von zirka 700 bis 800 Menschen: Advokaten, Arbeiter, Offiziere, Dienstmädchen, Hafenkrenzler, Kommunisten, alle in friedlichster Eintracht beisammen. U l t m a n n gab seinen Zuhörern bekannt, daß er weder Zinsen noch das Kapital den Einlegern zurückzahlen könne, sie mögen ihm

bis Juni Zeit geben. Die Großbanken mit ihrem wucherischen Zinsfuß machen ihm die größte Konkurrenz. Der Unbeteiligte mußte nun annehmen, daß diese ganze Gesellschaft auf den kleinen galizischen Bankiers loszuführen und eine Lynchjustiz an ihm ausüben würde. Doch gerade, so merkwürdig dies auch klingt, das Gegenteil geschah. Mit Begeisterung wurde ihm zugeljubelt, das volle Vertrauen ausgesprochen. Ein Hauptmann hielt eine schwingvolle Lobesrede auf U l t m a n n. Die Witwe eines höheren Staatsbeamten von vornehmer Herkunft sprach dem „Kavalier“ gleichfalls in höchsten Tönen das vollste Vertrauen aus. Ein Arbeiter mit sozialdemokratischem Abzeichen brachte sein Vertrauen sogar soweit, daß er alle Antwessenden aufforderte, sie mögen U l t m a n n alles noch vorhandene Geld zur Verfügung stellen . . .

Diese beiden Fälle herausgegriffen aus der Fülle der Bilder unserer merkwürdigen Zeit geben das berechtigte Zeugnis für den sittlichen Verfall, für den mangelnden Gemeinsinn und für den schrankenlosen Egoismus der jetzigen Zeitperiode. Einem hübschen Mädchen werden von sonst gut rechnenden und überlegenden Menschen auf das Versprechen des wucherischen Gewinnes halber, begleitet mit einigen Augenverbrechungen und schwachen Blicken, Milliarden zur Verfügung gestellt. In andern Fällen werden einem zugereisten galizischen Flüchtling Milliarden ohne jede Sicherstellung anvertraut, nur in der Gier, das Geld in kürzester Zeit zu verdoppeln und zu verdreifachen. Nachdem diese Verdoppelung und Verdreifachung des hergegebenen Geldes nicht eintritt, im Gegenteil unumwunden die Einstellung des Zinrentbiens und die Rückgabe des Kapitals verweigert wird,

herrscht noch helle Begeisterung in der Hoffnung, die großen Gewinne doch noch zu bekommen.

In geordneten Zeiten wären die Fälle Knab und U l t m a n n überhaupt völlig ausgeschlossen. Liebestolle Männer hat es ja immer gegeben und beim Weibe sind schon die größten Summen verloren gegangen. Aber daß in einer verhältnismäßig kleinen Stadt in kurzer Zeit ein Weiblein so eine Riesensumme herauslocken konnte, dies ist nur in unserer glorreichen Zeit möglich und ein Wunderbauwerk, das in früheren Zeiten 100 Prozent verschrohen hätte, hätte nicht einen einzigen Einleger gefunden.

Ein weiteres Spiegelbild unser Zeit zeigen die S p e k u l a n t e n und B a l u t e n s c h i e b e r, die durch die Erholung des französischen Franken mindestens 150 Millionen Goldkronen verloren haben. Es wäre Pflicht der Regierung, gegen die Spekulationswut energisch einzuschreiten und die Parasiten in unserem Wirtschaftsleben unschädlich zu machen. Es ist typisch für die Spekulanten, daß sie ihr Geld für Häuserbauten, die doch eine sichere Kapitalanlage bieten, nicht hergeben, sich dafür aber in unsichere Manipulationen einlassen.

Uns Wohnungslosen aber, die wir um die elementarste Lebensnotwendigkeit seit Jahren betrogen sind, geben diese Beispiele nur wieder den Beweis, daß Geld genügend vorhanden ist, daß es nur der Brutalität der heutigen Menschheit zu danken ist, wenn immer und immer jedwede Kreditfrage zur Errichtung von Bauten mit dem Vermeiden des Geldmangels und Zerdrückung einiger Proleten abgewiesen wird.

Auf die Straße gestoßen.

Mit Vorkennnummer 3 bis jetzt noch keine Wohnung, dafür aber vor der Delogierung.

Nachfolgende Eingabe wurde am 1. April dem städtischen Wohnungsamt Innsbruck gesandt. Sie liefert so recht den Beweis, wie hart durch das Wohnungselend manche Familie getroffen wird.

Das Schreiben lautet:

„Ich bin jetzt verständigt worden, daß ich am Donnerstag, den 3. April — also übermorgen — gerichtlich delogiert werde. Es wird also trotz Ihrer Versprechen so weit kommen müssen, daß ich mit meinen Leuten und dem kleinen Kinde auf die Straße muß, da ich nirgends eine andere Unterkunft habe.“

Nach Ihrer Zuschrift, Zl. 569 vom 8. März 1924, sagen Sie mir zu, den Fall bei der nächsten Gelegenheit zu erledigen. Nun ist aber bald ein Monat verstrichen und das Wohnungsamt hat den Fall noch nicht erledigt. Es ist mir nur auf Grund dieser Zuschrift gelungen, die Delogierung so lange hinauszuschieben und jetzt will eben das Gericht der Sache ein Ende machen, indem ich delogiert werde.

Sie haben jedenfalls keine Ahnung, was es heißt, mit drei erwachsenen Personen und einem kleinen Kinde auf die Straße zu gehen. Jedenfalls muß ich die Verantwortung für die Folgen ganz Ihnen überlassen, denn ich bin nun seit 1919 als „Nr. 3 Vordringlich“ in den dortigen Büchern vorgemerkt und kann es als rechtender Mensch gar nicht begreifen, daß man in einem Ante eine Familie (die sich nie etwas hat zuschulden kommen lassen) so zurücksetzen kann. Wirklich himmelschreiend!!

Wie oft war ich schon persönlich beim dortigen Ante, wie oft habe ich Gesuche gemacht, wie oft habe ich selbst Wohnungen angezeigt, die wirklich leer waren und das alles nur zum Wohle anderer, teilweise nach mir vorgemerkter Leute!

Ich habe sogar die Befähigung vom Hausbesitzer eingebracht und die Wohnung wurde mir trotzdem nicht zugewiesen. Ein anderer wäre einfach eingezogen, aber ich wollte den geraden Weg gehen und habe nichts bekommen.

Ich glaube, nach dieser langen Zeit wäre es nun doch endlich der Plage genug und ersuche den Wohnungsausschuß, den Leiden meiner Familie doch endlich das Erlösungswort zu sprechen. Denken Sie an die Lebenszeit meiner Frau und meiner 67 Jahre alten Mutter, die vier lange Jahre mit einer nervösen, reizbaren Frau zusammen eine kleine Küche teilen mußten.

Und nun nach all diesem, jedes Familienleben zerstörenden Elend sollen wir noch delogiert werden? Ich glaube, Sie werden doch ein Einsehen haben und es nicht dazu kommen lassen.

Zum Schluß betone ich nochmals, daß es nun an der Zeit ist, endlich nach fast 5 Jahren Vorkennnummer eine Wohnung zu erhalten und aber auch an der Zeit, Ihre so oft gegebenen Versprechen zu erfüllen.“

Wir ersuchen das Wohnungsamt und den Wohnungsausschuß, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Delogierung so lange zu verhindern, bis die Familie endgültig eine Wohnung zugewiesen erhält.

Das Gesetz über die Untermietabgabe.

Das Gesetz über die Untermietabgabe stellt sich nun nach fast einjährigem Bestande als eine ausgesprochene weitere Verteuerung und Bewucherung der Untermieter heraus. Der Preis für ein möbliertes Zimmer stellt sich bei uns und in allen anderen Hauptstädten des Bundes durchschnittlich auf 300.000 K. Die gesetzliche Abgabe, die dafür der Vermieter von möblierten Zimmern der Gemeinde abzuführen hat, darf nicht auf den Untermieter abgewälzt werden. Nun ist es uns gelungen, aus Graz, Salzburg und Wien die Erfahrungen, die mit diesem Gesetz dort gemacht wurden, zu sammeln und es hat sich überall das gleiche Bild gezeigt. Es kostet heute durchschnittlich ein möbliertes Zimmer ohne Bedienung und Bettwäsche in Oesterreich 200.000 bis 300.000 K., mit Bettwäsche und Bedienung bis zu 500.000 Kronen. Das sind Preise, die in Meran, Gries bei Bozen, Niva oder Arco für ein Hotelzimmer samt sonnseitig gelegenen Balkon verlangt werden.

Die ständige Steigerung der Zimmerpreise wird nun erfahrungsgemäß, obwohl die Wohnungszwangsgesetze im Laufe des letzten Jahres wesentliche Erhöhungen der Mietpreise der Hauptparteien verhindert haben, zum Großteil mit der angeblich so großen Untermietabgabe begründet.

Die gleiche Verteuerung der möblierten Zimmer tritt auch für die Untermieter in Städten, in denen die Wohnungszwangsgesetze eingeführt ist, ein, weil sie auch dort fast

ausnahmslos zur vollen Gänze auf die Untermieter überwälzt wird. Auch dort, wo die Fremdensteuer pauschaliert ist, wird sie auf die Preise der Hotelzimmer geschlagen und die Einheimischen, die durch die Wohnungsnot gezwungen sind, in Gasthöfen zu wohnen, müssen Fremdenabgabe zahlen! Wir sehen also, daß alle Steuern und Abgaben mit einer unglaublichen Unverfrorenheit nicht nur zur vollen Gänze, sondern meist noch darüber hinaus auf die Untermieter überwälzt werden. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß sich die Gemeindeverwaltungen mit dieser Sache beschäftigen.

Traurige Zahlen.

In Tirol wohnen 11.000 Kinder wegen der Wohnungsnot nicht bei ihren Eltern.

3000 Ehepaare wohnen wegen des Wohnungselends getrennt.

In den letzten Jahren gab es infolge der Wohnungsnot zirka 15.000 Ehrenbeleidigungsprozesse.

47 Todesfälle sind seit Bestehen des Obdachlosenvereines zu verzeichnen, bei denen die Ursache in der Wohnungsnot zu suchen ist.

17 Ehepaare in Innsbruck, die gerichtlich von Tisch und Bett geschieden wurden, leben noch beieinander.

Im Jahre 1923 gab es zirka 3000 Kündigungsprozesse in Innsbruck.

Das verkaufte und verwanzte städtische Asyl für Obdachlose in Innsbruck wurde im vergangenen Jahre von über 1600 Männern, 366 Frauen und 62 Kindern aufgesucht, die dort 5819 Nächte verbracht haben.

Der Verfall der Häuser.

Wer trägt die Schuld?

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Endlich erkennt auch ein Teil der Mieter, daß das Mietengesetz auch sie empfindlich schädigen kann, beginnt das Grauen vor der Gefahr, die allen droht: Verfall der Häuser! Daß das Mietengesetz in seiner jetzigen Form auch die Stifftisse enthält, welche die letzten im Volk noch vorhandenen Keime jener Tugenden vernichten, die für ein geordnetes Nebeneinanderleben unerlässlich sind, begreifen auch heute noch die wenigsten.

Das Mietengesetz hat die Grundlagen unserer Rechtsverhältnisse untergraben und in den breiten Kreisen die Anschauung reifen lassen: Dein Gut ist auch mein Gut. Man spricht in letzter Zeit viel von der Sanierung der Seelen. Sie müßte mit der Wiederherstellung gesunder Eigentumsbegriffe beginnen, mit der Achtung der Rechte und Leistungen des andern, mit der Abschaffung des Mietengesetzes.

Versteht man aber das noch nicht, so beginnt man doch den ökonomischen Unsinn zu fühlen, der im Mietengesetz liegt und man beginnt sich zu empören darüber, daß man für Wohnungen in den ältesten und baufähigsten Häusern die höchsten Mieten zahlt, ohne daß die Mieter deswegen ein höheres Einkommen haben. Tatsächlich sind wir ja soweit, daß diejenigen, für die das Mietengesetz in erster Reihe erfinden wurde, heute den geringsten Nutzen davon haben. Die Bewohner alter Häuser, die seinerzeit die billigsten Wohnungen suchen mußten, tragen schwerer an den unerlässlichen Reparaturen, und die ledigen Arbeiter und Beamten, die Studenten und Konfessionen, die in möblierten Zimmern hausen, wissen längst nichts mehr von den Wohlthaten des Mieterschutzgesetzes. Sie sind das Objekt einer ganz und gar unlauterer Wohnungsspekulation.

**Fett, Mehl
Del, Zucker**

stets bekannt billig, verkauft im

Viaduktbogen
Nr. 11 und
Liebeneggstraße 1

Therese Molk
Innsbruck, Anichstraße 36
Telephon Nr. 545

Besuchet fleißig
die
Ausstellung
der großen
Effektenlotterie
im Parissaale im Tiroler Landhaus
die von nun an bis auf weiteres
wieder geöffnet ist.

Welches Interesse soll aber ein Hauseigentümer noch an der rechtzeitigen und vorsorglichen Erhaltung seines Hauses haben, in dem er nicht einmal wohnen darf? Beabsichtigt derselbe dennoch, eine notwendig gewordene Reparatur vorzunehmen, so ist er nur Aufregungen, Verdruß und Ärger ausgesetzt. Und welchen Kampf muß er mitunter führen, um sich die Kosten zu sichern, obwohl durch eine solche Reparatur keinesfalls der Hauswert ein höherer wird, wie häufig behauptet wird, sondern doch nur ein Gebrochen behoben, ein entstandener Schaden gutgemacht wird. Es muß festgelegt werden, daß an dem schlechten Bauzustand der Häuser nicht den Hausbesitzer die Schuld trifft, sondern die Volksvertreter, die das Mietengesetz geschaffen haben und es jetzt, nachdem alle Kriegszwangsgesetze längst gefallen sind, nicht abbauen wollen.

Zweckverband der Baugenossenschaften Tirols.

Nach verschiedenen Aussprachen und Verhandlungen zwischen den bestehenden Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und aller an der Behebung der Wohnungsnot und im Siedlungswesen interessierten Organisationen wurde ein Zweckverband dieser Gesellschaften als Landesverband für Tirol und Vorarlberg gegründet. Der Verbandstag findet am Montag, den 7. April, 8 Uhr abends, im Großgasthof „Grauer Bär“ in Innsbruck statt.

Es ergeht hiermit die Aufforderung an alle einschlägigen Genossenschaften, die diesem Zweckverband noch nicht beigetreten sind, ihre Anschrift in der Kanzlei des Vereines der Obdachlosen oder gelegentlich des Verbandstages bekanntzugeben. Der Zweck dieser großen Vereinigung besteht hauptsächlich im gemeinsamen Vorgehen in allen einschlägigen Fragen, Materialbeschaffung, Kreditbeschaffung usw.

Teppichhaus
WEISER & FOHRINGER
INNSBRUCK
Landhausstraße 3

Teppiche, Vorhänge, Decken, Wachstuch,
Linoleum, Möbelstoffe, Matratzengradl

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck
Ecke Erler- und Museumstraße
Filialen: Kitzbühel — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.
Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.
Einheimisches Geldinstitut

Die schamlose Bewucherung der Untermieter.

Jeder männliche und weibliche Junggeselle kann ein Lied von den Zimmerfrauen singen. Nur ganz wenige Ausnahmefälle sind in der angenehmen und glücklichen Lage, bei einer Quartiersfrau ein „Heim“ gefunden zu haben. Und ist ein Fall aus der Fischerstraße bekannt geworden, wo ein Handlungsangestellter, der kaum 1.800.000 Kronen Monatsgehalt bezieht, für ein einfaches Zimmer 510.000 Kronen bezahlen muß. Dieser Fall ist aber nicht vereinzelt, sondern gang und gäbe. Was soll der Dursche machen? Wenn er sich mußt, dann wird er auf Grund des famosen Paragrafen „Eigenbedarf“ gezwungen; wenn ein längerer Prozeß daraus entsteht, so treiben ihn zum Schluß doch die Schilanen aus dem Quartier.

Nimmt die Bewucherung von Einzelpersonen in Untermiete schon sehr empfindliche Formen an, so ist dies bei Ehepaaren und besonders mit Kindern in noch erhöhtem Maße der Fall. Wenn ein Ehepaar mit Kindern gezwungen ist, eine Untermiete zu suchen, so bedeutet dies direkt eine moralische und wirtschaftliche Katastrophe. Die Besitzer von Wohnungen nehmen, wenn sie durch das Gesetz gezwungen werden oder wenn sie sich ein Nebeneinkommen schaffen wollen, in erster Linie Junggesellen; einzelstehende Frauen sind schon bedeutend schwieriger unterzubringen, aber Ehepaare, und gar mit Kindern, werden, wenn sie überhaupt in Untermiete genommen werden, auf das schamloseste ausgebeutet. 500.000 K bis zu einer Million Kronen ist der Normalzins, der gefordert wird, für ein Einzelzimmer ohne Kochgelegenheit und ohne Benutzung von Nebenräumen. Erst in der letzten Woche ist uns ein Fall bekannt geworden, wo für ein Zimmer sogar 1 1/2 Millionen Kronen monatlich gefordert wurden!!! Die Verpflichtungen, die das kinderlose Ehepaar eingehen soll, sind aber derartige Schikanen, daß es ausgeschlossen ist, daß das Ehepaar dort wohnen kann.

In dieser schamlosen Ausbeutung der Untermieter, die in den meisten Fällen schon weit über die Goldparität bezahle müssen, ohne aber ein dementsprechendes Einkommen zu haben, zeigt sich die ganze Verlogenheit des Mieters „Schuhses“. Wieso es den Junggesellen niemals möglich sein soll, daß sie sich einen eigenen Hausstand gründen, ist völlig unerklärlich. Es müßte rein irgendein Glücksfall eintreten. Will so der Staat seine „Reinzele“, die Familie, aufbauen? Wundert sich noch jemand, daß die Gefängnisse überfüllt sind und die Jugend verwaht so heranwächst?

Schlechter als im Kerker.

Seit mehreren Jahren hat eine Familie in der Innsbrucker Straße eine Höhle bezogen, die man aber wohl richtiger eine Schlinge bezeichnen muß. Die Wände sind rauh und modrig und die Kinder sind dadurch krank geworden, was durch mehrere ärztliche Zeugnisse erwiesen ist, in denen der Arzt ausdrücklich die Wohnung als Krankheitsursache bezeichnet hat. Die Decke ist eingestürzt und ein Loch in derselben stellt eine Verbindung mit der 1-Stock-Wohnung her. Die sogenannte Küche ist vollständig dunkel und ohne Kochgelegenheit; Herd ist überhaupt keiner vorhanden, wenn man von einem Zimmerhause absteigt, der wohl vor Jahrhunderten ein offener Herd gewesen sein kann. An Regentagen stinkt der ganze Raum, da keine Kanalisierung vorhanden und sich dort eine echte, richtige „Häufelgrube“ befindet. Und für diese Wohnung, die schon durch ihre fast vollständige Dunkelheit schädlich ist und im ganzen 60 Kubikmeter mißt, werden monatlich 65.000 Kronen Miete bezahlt. Selbst die Wohnungskommission erklärte die Wohnung mehrmals als unbewohnbar und als die schlechteste Wohnung, die sie bisher gesehen hat. Wenn man bedenkt, daß in dieser Wohnung sieben Personen schlafen sollen und durch herabdrückendes Gestein gefährdet sind, so wird man zugeben, daß die Wohnung sanitätswidrig und unbewohnbar in jeder Hinsicht ist. Auch in sittlicher Beziehung ist dieser Zustand für die Kinder unzulässig, was sich ja leicht vorstellen läßt. Die Kinder müssen ihre Schulaufgaben bei fremden Leuten machen, da zu Hause nicht Platz genug und Lichtmangel ist. Der Winkel, der als Küche nur vom Hausherrn bezeichnet wird, ist mit allem, was man etwa dorthin stellt, fingerdick mit Ruß belegt, da zu jeder Zeit, außer an windstillen Tagen, welche aber selten sind, Ruß durch fingerbreite Kaminröhren hereinfällt. Die ganze Wohnung spottet jeder Beschreibung. Nach vier Jahren hat sogar das Wohnungsamt diese Not eingesehen und der bedauernswerten Familie eine Wohnung zugewiesen. Das Wohnungsamt verlangte damals eine Unterschrift des Hausherrn, mit welcher derselbe bestätigen sollte, daß dieselbe in ordentlichem Zustande verlassen wird. Der Hausherr weigerte sich, zu unterschreiben, weil die Wohnung nicht salonfähig war und verlangte eine größere Summe Kaution (1/2 Mill. Kronen) zur Herstellung der Wohnung. Das Wohnungsamt verzichtete auf die Bestätigung, weil eine Kaution direkt beim Wohnungsamt erlegt wurde. Mit der Anweisung des Wohnungsamtes sollte dann die zugewiesene Wohnung bezogen werden, aber sie war schon anderwärts besetzt! So ging die Familie wieder leer aus. Sie ist dadurch dem Zwange unterworfen, in dieser Notwohnung zu bleiben! Es ist kaum glaublich, daß ein so trauriger Fall von Wohnungsfeld nicht aus der Welt geschaffen werden könnte und daß eine Familie mit sieben Köpfen eine so kleine, finstere, ungesunde Höhle, die schlechter als ein Kerker ist, bewohnen muß.

Verwanzt und verläuft.

Vor länger als einem halben Jahre haben wir eine dringliche Eingabe an das Wohnungsamt gerichtet, in der wir auf die ständischen Zustände im städtischen Asyl für Obdachlose in Innsbruck hinwiesen und Abhilfe forderten. Wir verlangten, daß wenigstens die Ungezieferplage sofort beseitigt werde, wenn es schon nicht möglich ist, von heute auf morgen die sonstigen notwendigen Änderungen durchzuführen. Wir erhielten auf unsere Eingabe die schriftliche Zusicherung der Gemeinde, daß sofort Abhilfe der von uns aufgezeigten Missetände geschaffen wird.

Seither ist aber nichts geschehen und die ständischen Zustände dauern fort. Die Zusicherungen der Gemeinde waren eben wieder nur leere Worte, wie wir sie von dieser Seite schon längst gewohnt sind. Weitere Beweise, daß nichts geschehen ist, sondern daß die Ungezieferplage fort dauert, lieferten uns unsere Vertrauensmänner und eine Interpellation in der letzten Gemeinderatssitzung, in der das rasche Umschlagreifen des Ungeziefers im Asyl bestätigt wurde. Wir danken dem G. N. Müller dafür, daß er die Angelegenheit in der Gemeinderatssitzung zur Sprache gebracht hat.

Bei dieser Gelegenheit verweisen wir auch auf die etwas rohe Maßnahme, daß Mütter mit Säuglingen und Kindern um 7 Uhr morgens das Asyl verlassen müssen und sozusagen auf die Straße gestoßen werden. Diese harte Maßnahme, die besonders im Winter sehr empfindlich war, wäre bestimmt nicht notwendig. 7 Uhr früh ist keine Morgenstunde für Säuglinge und kleine Kinder! Es ist roh und grausam, wenn man Säuglinge und kleine Kinder schon um halb 7 Uhr früh aus dem Schlafe, dem einzigen Lichtpunkt in dem traurigen Dasein der Kinder, reißt.

Wir sind neugierig, ob man sich jetzt beim Magistrat dazu austraut, im Asyl für Obdachlose Wandel zu schaffen.

Elendsbilder aus Innsbrucker Wohnungsverhältnissen.

Kein Dach überm Haupt.

Die Familie B. mit zwei Kindern ist seit langem obdachlos und steht ohne jeder Unterkunft da. Die Frau erwartet außerdem täglich ihre Niederkunft.

Die Familie K., die seit drei Monaten obdachlos ist, ist gleichfalls ohne Unterkunft.

Die Familie L., die beim Wohnungsamt unter Nr. 3 vorgemerkt ist, hat bis heute noch keine Wohnung.

51 Familien in Waggons.

Als wir vor zirka Jahresfrist die Bundesregierung und speziell den Kanzler, sowie den Minister für soziale Verwaltung, die Südbahndirektion und die Landesregierung in unausgesetzten Eingaben und Vorbrachen auf das Jammerbild und die Schändlichkeit aufmerksam machten, Menschen wie Tiere in Waggons zugrunde gehen zu lassen und um rascheste Abhilfe ersuchten, da hatten wir 72 Waggonbewohnerfamilien in Innsbruck und Hall. Durch die Intervention der Nationalräte Scheibin und Dr. Straßner erhielten wir von der Bundesregierung, vom Eisenbahnministerium und vom Ministerium für soziale Verwaltung sowie von der Tiroler Landesregierung beruhigende Zusagen, die alle dahin ausliefen, daß im Jahre 1923 von den erwähnten 72 Waggonfamilien 24 in Innsbruck, 6 bis 8 in Telfs, Steinach und anderen Orten der Umgebung und der Rest in der ersten Hälfte des Jahres 1924 definitiv untergebracht werden. Nun, nach Ablauf dieser, für die Waggonbewohner so langen Zeit, haben wir noch immer 51 Familien in Innsbruck und Hall mit 122 Kindern, die in ausrangierten Lastwagen weiterbetreten müssen. Ein Großteil dieser Familien hat bereits den zweiten Winter im Waggon zugebracht.

Paradenbewohner.

Ein gutes Drittel der Paradenwohnungen im Prader Lager und alle Wohnungen in den anderen Paraden sind baufällig, unhygienisch und sind nicht einmal geeignet zur Unterbringung von Klimaterial. 165 Familien wohnen in solchen Notunterkünften. Hievon über 50 in baufälligen und unhygienischen Löchern. Das Wohnungsamt, beziehungsweise der gemeinderätliche Wohnungsausschuß, nimmt nun bei jeder größeren Befriedung von Neubauten die ältesten dieser Paradenbewohner heraus und besetzt diese besagten Menschen aus ihrer trostlosen Lage. Dabei mögen aber die Uneingeweihten wissen, daß dreieinhalb Jahre Aufenthalt in so einer Elendsnotunterkunft noch kein Anrecht gibt, von ihr befreit zu werden.

Hochwassergefahr in Landeck?

In Perjen bei Landeck ist eine seit Friedenszeiten stehende Baracke von zwölf Arbeitern bewohnt. Nun erging an die Bewohner die Aufforderung der Bezirkshauptmannschaft, daß die Baracke wegen Hochwassergefahr zu räumen ist. Wie uns unser Vertrauensmann aus Landeck mitteilt, besteht diese Hochwassergefahr nicht. Warum kommt man erst heute darauf, daß dort Hochwassergefahr sein sollte, nachdem man in den vielen Jahren bisher nichts von einer derartigen Gefahr gehört hat? Wenn tatsächlich diese Gefahr, was aber von allen Seiten bestimmt verneint wird, bestehen sollte, dann müßte für die Arbeiter Ersatz geschaffen werden. Oder will man behördlicherseits in Landeck eine Obdachlosen-Kolonie gründen? Wenn sie aber nicht besteht, dann lasse man die Leute gefälligst in Ruhe!

Mitteilungen.

Die Mitgliedskarten des Obdachlosenvereines können während den Bürostunden in der Vereinskassette behoben werden.

Der Vorstand der Tiroler Bauergesellschaft des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden teilt den Interessenten mit, daß die Statuten zur Genehmigung noch bei Gericht erliegen und dieser Tage die Bestätigung erlangen werden, worauf sofort mit der praktischen Tätigkeit begonnen wird. Renanmeldungen für das heurige Baujahr werden in beschränkter Anzahl noch entgegengenommen.

Die Wiener Wohnungsliga, die Organisation der Wohnungslosen, hielt dieser Tage eine Massenversammlung ab, in der analog wie seit Jahr und Tag von uns eine gründliche Kenderung der bestehenden Wohnungspolitik gefordert wurde; in einer ultimatumartigen Resolution wurden beiläufig die gleichen Forderungen gestellt, wie wir sie hier seit Jahr und Tag erfolglos verlangen. Auch dort wurden die schärfsten Tonarten gegen das Wohnungsamt angeschlagen.

Wir haben nun seit vier Monaten keinen mündlichen Verkehr mit dem Wohnungsamt: in selbstherrlicher Weise wurde die Verbindung zwischen Amt und Verein durch den Amtsleiter kurzer Hand abgebrochen. Alle diesbezüglichen Eingaben und Schritte bis zum Ministerium für soziale Verwaltung sind bis jetzt ergebnislos geblieben.

Wir machen auf unsere nächste Vollversammlung am 10. April im Gasthof „Breindl“, 1. Stock, aufmerksam und verlangen, daß sich alle Mitglieder der Pflicht des Erscheinens unbedingt bewußt sind. Man tanzt nur den Leuten auf der Nase herum, die sich gefallen lassen!

Der Zusammenschluß mit der Wiener Wohnungsliga und der großen Mieter- und Wohnungsuchendenvereinigung in Graz ist in bestem Gange.

Briefkasten.

H. St. Johann i. T. Unser letzter Brief scheint verloren gegangen zu sein. Wir haben Ihnen eine aussichtsreiche niedere Vorzeichennummer für unsere Bauergesellschaft reserviert. Bitte uns sogleich das Nähere mitzuteilen.

D. Wien. Daß die Erbauung von großen Mietkasernen in der Zeit der katastrophalen Wohnungsnot die rentabelste Bauweise darstellt, ist richtig, aber die Ersparnisse,

Gedenket des Pressefonds des „Obdachlosen!“

Prima Portlandzement Romanzement Kalk, Gips, Ziegel

sowie alle Baumaterialien kaufen Sie gut und preiswert bei

Friedrich Biendl INNSBRUCK, Anichstraße Nr. 24 Telephon Nr. 1087/II.

MECH. TISCHLEREI KARL ZOGLAUER

Werkstätte zur Erzeugung moderner Einrichtungen

Spezialität:

Tiroler Möbel und Bauernstuben Brautausstattungen und moderne Küchen-Möbel

Solide Ausführung, Prompte Bedienung
Maßige Preise

Absam bei Hall i. Tirol Telephon Hall Nr. 195 Stelle 6

die bei Hochhäusern gemacht werden, können die Vorzüge von Siebungen und Einfamilienhäusern nicht aufwiegen.

Wiederum Schweinefleisch Innsbruck. Anonyme Verbündigungen gegen das Wohnungsamt und seine Funktionäre, sowie gegen uns, wandern in den Ofen.

Mehrere Fragesteller. Sie können größere Reparaturkosten auf Jahre hinaus verteilt dem Hausbesitzer zahlen. Im Falle der Aufnahme einer Hypothek haben Sie die heute noch immer hohen Zinsen gleichfalls zu bezahlen.

M. J. Innsbruck. Sie wollen dem Hausbesitzer die 4000 Kronen monatlich für die Verzinsung der Reinigungsarbeiten auf den Gängen und Treppen nicht zahlen und sind der Meinung, daß wir in dieser Angelegenheit intervenieren sollen? Da haben Sie sich an die falsche Adresse gewendet. Wegen 4000 Kronen monatliche Reinigungskosten werden wir dazu nicht beitragen, daß die sowieso

schon unerträgliche Spannung zwischen Hausbesitzer und Mietern noch vergrößert wird. Wir wissen nicht, wie groß Ihre Einnahmen sind, doch sind 4000 Kronen kein Beitrag, um zu prozessieren.

Hr., Innsbruck. Die Angelegenheit mit dem Kapferer-Männerstahl ist nun endlich vom Gemeinderat erledigt worden, im Laufe des Frühjahres wird es noch bezogen. — Die Brandruinen der früheren Colli-Fabrik wurden im Gemeinderat schon vor längerer Zeit behandelt; Sie haben recht, es wäre Sache des Bauamtes, dort einzugreifen, damit nicht früher oder später Mauern einstürzen und vielleicht gar Passanten gefährden. Ruinen im Reichsbilde der Stadt sind jedenfalls keine Sehenswürdigkeit für Innsbruck. — Der Geschäfts- und Wohnhausbau in der Museumstraße 37 ist sehr zu begrüßen, wenn auch die dort geforderten Mietzinse sicherlich keine billigen sein werden.

Unsere Zeitung wurde von nachstehenden Personen nicht angenommen oder, weil unbekannt oder wegen falscher Adresse, uns zurückgestellt:

- Muer Josef, Mandelsbergerstraße 7, unbekannt.
- Rosenbauer, Franz, Defreggerstraße 8, nicht angenommen.
- Sofchin Moriz, Fallmerayerstr. 7, nicht angenommen.
- Kasser Josef, Adolf-Bichler-Straße 10, abgereist.
- Bichler Franz, Kaiser-Franz-Josefsstraße 11, unbekannt.
- Ertl Andreas, Anichstraße 7, nicht mehr dort.
- Seeresverwaltungsstelle Innsbruck, nicht angenommen.
- Schreiber Roman, Innsbruck, „Goldener Hirsch“, ausgezogen.
- Mandel, „Goldenes Kreuz“, nicht angenommen.
- Beiri Rudolf, Hofgasse, nicht angenommen.

Kauft Lose der großen Effektenlotterie des Obdachlosen-Vereines Preis pro Los 10.000 Kronen

Su beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines in Innsbruck, Rathaus, Hof links.

Tachezy Gummi
ganz verlässliche frische Ware

6 Stück Blaupackung	1 Schilling
6 Grün	1 1/2
6 Rot	2

Versand über die ganze Welt
Ludwig Tachezy
Innsbruck, Museumstraße 22
und Buzen, Leoben 33



Spiral-Stahldraht-Matrasen
Kinderbetten, Messingbetten, Kastenbetten, Arbeiterbetten usw., verzinkte Drahtgestelle, Siebe, Spalierdrähte, Wurzgitter, Drahtselle, Drahtgewebe, Stacheldrähte, Fußabstreifer
verfertigt die älteste, bestbekannte Tiroler Drahtindustrie
Bernh. Welthas & Söhne, Innsbruck, Mariahilf Nr. 28.
Mitglieder des Obdachlosen- und Wohnungsuchendenvereines erhalten Preisnachlaß.

Alhambra

Direktion: **Kullss und Lindner**
Artist. Leitung: **Rolf Reinhardt**

Täglich 1/9 Uhr abends
Das große
sensationelle Kabarettprogramm
11 Schlager
Eintritt K 10.000



Schuhe

sind die **preiswertesten** die Sie kaufen können!

S. GRAUBART
Innsbruck, Museumstraße 8.

Haus- u. Küchengeräte

jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge in allen Ausführungen, Eisen- und Metallwaren, landwirtschaftl. Geräte, Schraubwaren, Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche, verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.

Gegründet 1854

Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)
INNSBRUCK, Leopoldstraße 3 (Gasthof Greif)
Filiale: Museumstraße Nr. 28.

Wintergarten

Täglich ab 8 Uhr abends
Konzert und Tanz

Ab 1. April
Gastspiel des rühmlichst bekannten
Dachauer Ensembles
Jeder lacht sich **krank** über Hans Werner
Jeder lacht sich **tot** über die lustigen Bauern aus München
Jeder lacht sich **gesund** bei den ulkigen Possen
Nur 14 Tage!

Alleinverkauf der weitbekannten
Bludenzener Email-Ofen
für Holz- und Kohlenfeuerung, sehr sparsam, jahrzehntelange Haltbarkeit,
Dauerbrenner Kochherde
nur erstklassige Marke, emailliert und lackiert
zu billigsten Preisen bei reellster Bedienung bei
Al. Fankhauser Inh. H. Waltz, Innsbruck
Viaduktstraße 1, Ecke Museumstraße.

D. Bridarolli

Innsbruck, Müllersir. Nr. 9
Telephon Nr. 898

Wasserleitungen
Kanalisierungen
Brunnen
Wassersche
Klosett-Anlagen
Bäder
sowie sämtliche einschlägigen Artikel

Verkaufsstelle des
Vorarlberger Zementwerkes „LORÜNS“
Ges. m. b. H. in Bludenz und der
Gips- und Kalkwerke. Ges. m. b. H. in Feldkirch
WILHELM MÜLLER
Baumaterialien- und Glas-Großhandlung
Erlersir. 11 **INNSBRUCK** Erlersir. 11
liefert billigst Portland-Zement, Gips, Kalk, Glas, Ziegeln und alle sonstigen Baumaterialien.

Besuchen Sie meine
billige Wirtschaftswoche
vom 31. März bis 5. April.
Johann Pipal
Innsbruck, Marktgraben 12.

Vollversammlung

des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden

Am Donnerstag, den 10. April, 8 Uhr abends findet im „Breinössl“, 1. Stock, eine Vollversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Tätigkeitsbericht.
2. Zusammenschluß mit den Wohnungsuchendenvereinigungen in Wien und Graz.

Da die Geduld der Wohnungslosen nun ihr Ende erreicht hat, wird die weitere Taktik der Vereinsleitung eingehend erörtert. Sämtliche Vereinsmitglieder sowie Untermieter wollen an der Versammlung teilnehmen.

Austria-Bar & Wein-Restaurant

Innsbruck, Anichstraße 24.

Vornehmstes Etablissement am Place. Erstklassiger Mittag- und Abendtisch zu bürgerlichen Preisen. Vorzügliche Tiroler sowie ausländische Weine. Bier vom Fass.

Ab 9 Uhr abends: **Tanzbar.**

Geöffnet ab 10 Uhr vormittags.

Achtungsvollst. W. Umbach.

**Mäuse-
Ratten** - Massenverteilungsmittel
erhältlich bei
**Josef Neumair'sche
Desinfektions-Anstalt**
Innsbruck, Marktgr. 14.

Gegr. 1875
Volland & Erb, Innsbruck
Heiliggeiststr. 3
Filialen:
Feldkirch — Lienz — Bozen

Kleine Anzeigen.

Rinderloses Ehepaar die ehrlich
sucht 1 bis 2 unmobilierte
Zimmer. Kanzlei des Ver-
eines der Obdachlosen und
Wohnungsuchenden, Rat-
haus, Innsbruck.

Kolporteurs die ehrlich
u. anständ-
ig sind, können sich melden
in der Kanzlei des Vereines
Rathaus, 1. Hof, links.

Leset, verbreitet eure Zeitung!

**Möbel
Teppiche
Vorhänge**

besonders moderne und einfache

Schlafzimmer

Alle Wohnungslosen und Hausbesitzer
decken ihren Bedarf bei dieser Firma.

AUER & GRAUSS
Innsbruck, Leopoldstraße 7.

Abtlg. Bauwaren

Portland, Kalk, Ziegel, Tonröhren, Fensterglas, Wand- und Boden-
platten, Beläge, Parketten, Kachelöfen, Dachpappen, Asphaltprodukte,
Schamottewaren, Eternitschiefer, tugenlose Neoxylonböden.

Theodor Zögernitz

Uhrmacher

Innsbruck, Pfarrplatz 11

Reparaturen aller Art schnell und gut.
Ständiges Lager von gut regulierten
Uhren, Schmuckfachen aller Art,
goldene Eheringe und bergleichen.

Manuskripte dürfen nur einseitig beschrieben werden!

Hausbesitzer, Wohnungslose decken ihren Bedarf dortselbst!

Warenhaus Bauer & Schwarz

Gegründet 1868

Innsbruck, Maria Theresienstr. 33-35

bildet als größtes Kaufhaus der Stadt für
Jedermann die gediegenste und billigste
Einkaufsquelle!

Für das Frühjahr empfehlen wir:

**Damenkleidung, Damenhüte, Schuhe,
Kleiderstoffe, Aufputz- und Mode-Artikel,
Wäsche, Herren-Modewaren,**

**Wirtschafts-Artikel, Haus- und Küchengeräte,
Galanteriewaren,
Parfümerie- und Putzartikel etc.**

Zu unserem bekannt größten Kundenkreis zählen infolge un-
serer Preiswürdigkeit, reichen Auswahl, wie sorgfältigster Be-
dienung, der Mittelstand, insbesondere alle Fixbesoldeten!

Der Obdachlose

Schriftleitung und Verwaltung:
Gnnebrud. Raibhaus (Hof, 11116)
// Inlerate nach Tarif //

und Wohnungsuchende

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 8

Innsbruck, 15. April 1924

Erscheint 14 tägig

Der erste Anlauf.

In der letzten Innsbrucker Gemeinderatsitzung wurde seitens der Tiroler Volkspartei anläßlich der Debatte über die Vollendung des gemeinderätlichen Bauprogramms vom Jahre 1921 von Seiten der Tiroler Volkspartei folgende Entschließung vorgeschlagen:

„Der Gemeinderat der Stadt Innsbruck richtet an die Bundesregierung die entschiedene Anforderung, für den cheften stufenweisen Abbau des Mietenschutzgesetzes unter gleichzeitiger entsprechender Erhöhung der Bezüge der öffentlichen Angestellten und Bedachtnahme auf die Lebensmglichkeit der wirtschaftlich schwächsten Volksschichten (Kleinrentner usw.) Sorge zu tragen.“

Obwohl diese Entschließung mit 16 gegen 17 Stimmen abgelehnt wurde, danken wir der Tiroler Volkspartei für den durch die vorgeschlagene Entschließung bekundeten guten Willen, daß endlich einmal in einer Debatte über das Wohnungsproblem die Hauptursache der ganz entsetzlichen Not auf diesem Gebiete aufgezeigt und beim richtigen Namen genannt wurde. In sachlicher Beziehung erlauben wir uns die Bemerkung zu machen, daß mit der Annahme der Entschließung eine sofortige praktische Auswirkung nicht erfolgt wäre; vielleicht würde sie sich erst im nächsten Jahre mit der Wiederbelebung der Bautätigkeit praktisch auswirken können. Umso mehr müssen wir uns deshalb wundern, daß von gegnerischer Seite für die Begründung des ablehnenden Standpunktes fortwarend der plötzliche Abbau des Mietenschutzgesetzes und die damit hereinbrechenden sozialen Erschütterungen als Schreckgespenst hingestellt wurden. Uns Wohnungsuchende muß es empren, daß man sofort, wenn von einem stufenweisen und allmähligen Abbau des letzten Kriegszwangsgesetzes die Rede ist, dieses Thema verneint. Wir sagen es offen heraus, wer sich einer vernünftigen, allmähligen Aufhebung des letzten Kriegszwangsgesetzes widersetzt, ist nach unserer Auffassung entweder krank im Gehirn oder im Herzen. Ja glauben denn die Verteidiger der Mietenzwangsgesetze an die Ewigkeit dieser volkswirtschaftlichen Fesseln oder wollen sie tatsächlich diese Gesetze verewigen? Sie müssen doch wissen und einsehen, daß früher oder später trotz ihrer ausgesprochenen Gegnerschaft diese Gesetze einmal fallen müssen! Durch die Annahme der Entschließung hätten sie sich in keiner Weise an irgend etwas gebunden, sondern hätten nur den Anstoß dazu gegeben, daß auch in anderen Städten ähnliche Entschließungen gefaßt worden wären, so daß die Bundesregierung gezwungen worden wäre, endlich einmal in dieser lebenswichtigen Frage offene Farbe zu bekennen. Wenn die Verteidiger des Mietenzwangsgesetzes wissen — und die Tatsachen beweisen es ihnen doch täglich —, daß mit jedem Tag des Fortbestandes des Zwangsgesetzes das soziale Elend vermehrt und die Wohnungsnot vergrößert wird, warum vergessen sie, einen Erf da für, nämlich Wohnungen, zu bieten? Man weiß doch heute allgemein und die Erfahrungen der letzten Jahre haben es bewiesen, daß selbst das größte Bauprogramm einer öffentlichen Körperschaft, wie z. B. das des Stadtrates Breiner in Wien, im allergnstigsten Falle bewirken kann, daß sich die Wohnungsnot nicht noch mehr steigert, aber auf keinen Fall die Not merklich lindern oder gar beheben kann. Jederzeit kann dies statistisch nachgewiesen werden. Was wollen also die Verteidiger des Mietenzwangsgesetzes, die in großen, schönen Wohnungen hausen? Die Antwort ist leicht zu geben. Aber die Strafe für ihr unvernnftiges, halsstarriges Festhalten wird sich an ihnen selbst noch auswirken.

Mein Freund — der Narr!

Obdachlos bleiben oder auswandern.

Die Abschaffung des Mieterschutzes — ein Appell an das Gewissen.

Gegen den Zementwucher!

Das große Husersterben. — Hochwassergefahr in Landeck?

Wohnungsnot auf der „Schmerlingeralm“. — Elendsbilder.

Wenn auch der erste Anlauf gegen das Erbbel der Wohnungsnot mit knapper Not diesmal abgeschlagen wurde, wir wünschen und hoffen, daß dadurch keine Entmutigung in den Reihen derjenigen aufkommt, die macker gegen die Herrschaft der Unvernunft angekämpft haben. Der zweite oder dritte Anstoß wird dieses Geschick doch zu Falle bringen und wenn noch so dagegen geschrien und getobt wird.

Die Abschaffung des Mieterschutzgesetzes.

Ein Appell an das Gewissen.

Wir veröffentlichen folgende an uns gelangte Zuschrift und identifizieren uns damit in dem Sinne, daß nur ein großes Volksnotopfer der Zwangswirtschaft ein rascheres Ende machen und Angebot und Nachfrage nach Wohnungen bald wieder in ein normales Verhältnis bringen wird.

Der Mieterschutz lasst auf jedermann wie Ketten. Unter ihm, beziehungsweise unter seiner Ursache, der Wohnungsnot, verkümmern ganze Scharen von Volksgenossen und verpesten durch moralische und körperliche Krankheit und Elend das Ganze. Für Tausende ist die Beseitigung der Wohnungsnot eine, richtiger die Lebensfrage, und jeder Tag kostet neue Opfer.

Die Ursache des Mieterschutzes ist lediglich die Wohnungsnot, und gegen diese gibt es nur ein Mittel: zu bauen. So einfach dies ist, so hat es doch auch andere Vorschage gegeben, ebenso wie im Kriege allerlei Ratschläge für Hungernde ausgegeben wurden, nur der eine nicht, zu essen. Sehen wir von diesen Methoden (Einschränkung, Erhöhung der Anforderung „berzahliger“ Räume, Verziehung aufs Land) ganz ab, so gibt es, um zum Bauen zu kommen, verschiedene Vorschage:

1. Abschaffung des Mieterschutzes, wodurch die Marktwirkung die Wohnungspreise steigern soll und hierdurch das Bauen rentabel macht. Es ist aber in erster Linie die Frage, ob die Freigebung der Wohnungen tatsächlich nicht nur die Wirkung einer unerhörten Bewucherung haben würde, wobei sich aber noch kein Siegel rühren würde. Es drft sehr anzunehmen sein, daß das die einzige Folge wäre; vielleicht, daß die Wohnungslosigkeit dann nur fünf statt sonst zehn Jahre noch andauert. Aber diese fünf beziehungsweise zehn Jahre sind leider keine gewöhnlichen zehn Jahre, sondern ausgerechnet die, in welchen wir momentan Lebende wohl den Hauptteil unseres Lebens werden verleben müssen; eine Hilfe, die nicht sofort kommt, ist allzu gering, besonders, wenn sie mit solchen Opfern verbunden sein soll, wie die, daß gerade die Armen darüber zugrunde zu gehen hätten. Aber, was noch wichtiger ist, eine Aufhebung oder Beeinträchtigung des Mieterschutzes ist aus politischen Gründen ganz unmöglich, man mrte geradezu mit Blindheit für die Gegenwart geschlagen sein, um die Nachfaktoren, welche sich dem entgegenstemmen, zu übersehen. Die einzig mögliche Art, wie der Mieterschutz jemals enden kann, besteht darin, daß schon vorher eine so große Zahl an Wohnungen entstanden ist, daß hierdurch eine Untertouristik für Hausbesitz geschaffen wird, daß also von einer Aufhebung des Mieterschutzes in keiner Weise mehr ein Wohnungswucherer zu besrchten ist. Die Hausbesitzer könnten natürlich froh sein, wenn sie um diesen

Preis den Fall der Zwangsgesetze erreichen würden, und sind es auch, abgesehen von ganz wenigen, welche Privilegien im wahren Sinne des Wortes sind, jedoch, wie zur Ehre des Hausbesitzerstandes gesagt werden muß, in verschwindender Minderheit stehen. Denn selbstverständlich ist der Wunsch, an der bestehenden Konjunktur noch zu gewinnen, allein vom Gesichtspunkte der wirklichen Machverteilung das Absurdeste und wird wohl auch nur aus „Troß“, bezw. Prinzipienbetonung bisweilen propagiert.

Dieser Ueberfluß an Wohnungen kann nicht auf dem Wege der Privatinitiative geschaffen werden. Wir kommen somit auf diesem Wege zu keiner Lösung, ebensowenig aber auf dem zweiten: abzuwarten, ob sich nicht von selbst allmahllich eine Bautätigkeit entwickelt. Wir beschreiten diesen Weg in der Praxis seit Beseitigung der Wohnungsnot, d. i. seit mindestens sechs Jahren warten wir und hoffen auf den Beginn der Bautätigkeit. Und heute ist die Spannung zwischen dem was die Bevölkerung im großen und ganzen für die Wohnung zahlen kann, und dem, was sie zahlen mrte, um ein Wohnhaus privatwirtschaftlich ertragbringend zu machen, womöglich noch größer als damals. Es drft nicht weniger als ein Jahrzehnt vergehen, bevor nach diesem „sterreichischen“ System die Wohnungsnot auf ihren Friedensstand reduziert sein wird. Nach Anstoß dieser ist eine Rückkehr zu normalen Verhältnissen schon infolge des Mieterschutzes unmöglich, welcher aber seinerseits wieder unmöglich aufgehoben werden kann, bevor nicht normale Verhältnisse eingeleitet sind. Ebenso bedeuten „zehn Jahre“ für uns nichts anderes, als „ewig“. Zehn Jahre Leben sind das halbe tägliche Leben; die andere Hälfte aber für sich allein ist nur ein Bruch, eine Ruine; und während zehn Jahren sterben überhaupt 33 Prozent aller heute Lebenden.

Es gibt aber dennoch einen Weg, den Wohnungsmangel in kurzer Zeit zu beseitigen, und zwar auf keine andere Weise, als daß diejenigen hierzu verpflichtet werden, welche von der Wohnungsnot, bezw. von deren Trabanten, vom Mieterschutz, den Vorteil genießen. Das sind die geschtzten Mieter. Ist etwas gerechter, als dieses, mit Hilfe der Gesamtmasse der Mieter die Bautätigkeit zu bewirken, die Not zu beseitigen? Sie besitzen ein Geschenk von der Allgemeinheit, welches in vielen Fällen das weitest größte Stück ihres Vermögens ist; eine Wohnung, geschtzte wie Eigentum, verblftigt zu einer bloßen Anerkennung. Dieser Gruppe gegenüber aber stehen ja die Geschädigten, die Obdachlosen und die in engsten, unerträglichen, unsehbaren, mrberischen Behausungen verkümmerten Menschen. Auch diese aber sind Staatsbürger, wie die Beschenkten, und nicht minderen Rechtes und tragen gleiche Lasten und Pflichten. Es ist doch offenbar, daß hier einen Ausgleich zu schaffen die allererste Pflicht des Staates ist. Wenn die mit dem Geschenke der Allgemeinheit Bedachten einen kleinen Teil desselben abzugeben haben würden, so könnte damit in ein bis zwei Jahren der oben angefurte Zustand einer Wohnungsberflle geschaffen werden, der dann auch die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes zulassen würde und die Gesamtmasse der Mieter hätte nur ein Geringes von dem Wert zu opfern brauchen, den ihnen der Staat geschenkt hatte!

Gesetzt, der Mietzins beträgt heute ein Drittelprozent vom Bauwert der Häuser. Gesetzt weiter, die Mieter würden verpflichtet, das Dreifache dessen, was sie als Zins zahlen, ferner als Mietabgabe zu entrichten für den Zweck der Wohnungserrichtung. So könnte der Staat, bezw. die Stadt, oder welche Körperschaft immer, die Aufgabe übernehmen, in einer Stadt mit 4000 Häusern

ungefähr in der Größe Innsbrucks in einem Jahre 40 Wohnhäuser aus der einfließenden Abgabe zu errichten; wenn aber die Abgabe nur zur Ausjun- gung von Leihkapital benötigt wird, z. B. pro Jahr 25 Prozent Zinsen zu zahlen, so könnte sie mit ge- liehenem Geld 160 Häuser jährlich bauen, wobei wir noch davon absehen, daß ja auch die in diesen Häu- sern aufgenommenen Parteien Zins von ein bis ein- halb Prozent entrichten würden.

Ob ich mir Hoffnungen mache, daß dieses Projekt, diese Mietabgabe verwirklicht wird? Es fällt mir nicht ein, mich in Träumen zu wiegen. Man öffne die Augen und sieht sich überall lediglich von Eigenmut und Gewalttätigkeit umgeben. Es genügt mir vielmehr, zu wissen, daß die fürchterliche Geißel der Wohnungs- not in weniger als zwei Jahren verschwinden gemacht werden könnte und daß dieser Weg der Mietabgabe von 200 bis 300 Prozent zwecks Wohnungsbau der einzig gerechte, der einzig nicht gewalttätige, der einzig in Frage kommende ist. Daß er aber bisher noch nicht be- schritten wurde, daß kaum je dieser Weg als eine bloße Möglichkeit Erwähnung gefunden hat, trotzdem er jedem einfallen muß, der mit dem Willen zur Gerechtigkeit an die Frage herantritt, so bewege ich seit sechs Jahren zu einem mehr oder weniger selbstständigen Zweck diese Ge- legenheit, um mich, indem ich an diese Umstände un- jeres Volks, bezw. Wirtschaftslagens denke, von einer etwaigen Anwandlung eines wärmeren Mitgeföhls für die Allgemeinheit zu befreien. Denn, in der Tat, ein Volk, das das Gefühl für die einfachste Gesamt-Gerech- tigkeit verloren hat, in welchem sich für eine auf der Hand liegende soziale Notwendigkeit in so langer Zeit nicht die kleinste Partei, nicht die unbedeutendste Gruppe findet, zu verkünden und zu verlangen, ein solches Volk verdient wohl auch das Schlimmste, was ihm zustoßen kann, und sein schließlicher Untergang wäre nur ein Be- leg für eine höhere Gerechtigkeit.

Indessen, es handelt sich hier um das Vaterland. Dar- um möge jeder überlegen, ob es nicht doch so ist, daß der Reiche von seinem Ueberflus zu geben hat, besonders, wenn der Ueberflus von rechtswegen nicht ihm gehört, sondern allen; besonders, wenn die Folgen auch für ihn die denkbar segensreichsten sind — die Beseitigung der Wohnungsnot befreit auch zahllose Mieter von einem Leben in Dual und Elend! Die Folgen der Bauaktigkeit kämen ja allein schon, unmittelbar, der hal- ben Volkswirtschaft und somit indirekt jedem zugute: mittelbar aber würde die Beseitigung der Wohnungsnot nicht weniger als befreiend wirken, als wenn wir den Krieg gewonnen, statt verloren hätten. Die Bevölkerung würde sich vermehren, Industrie, Handel und Gewerbe würden ungeahnten Aufschwung nehmen und der Gesamtreichtum und die Produktivität der Arbeit zunehmen. Es würden uns die Ver- luste an Volkskraft, welche die Wohnungsnot im Gefolge hat, fernerhin erspart bleiben, und diese waren, bezw. sind schwer, bestehend in Menschen, welche abwandern, bestehend in kulturellem und moralischem Niedergang. Hier ist der Standpunkt der jugendpften Klasse am wenigsten am Platze, die Mietabgabe ist der Weg, den Vernunft und Gerechtigkeit gehen heißen!

Warum ist euch, Vielbürgerliche, die Arbeits- losen unterstützung ein Dorn im Auge? An den wenigen 100.000 Kronen pro Monat, die ein Arbeits- loser bezieht, nörgelet manch einer fleißig herum. Aber was ist das, gegenüber der Unterstützung durch An- weisung einer geschätzten Wohnung? Eine Vierzimmervohnung ist heute wenigstens 1.500.000 K pro Monat wert, d. h., dieses ist ihr Marktpreis; der Staat aber überläßt sie einem Beliebigen — nicht einmal die Bedürftigkeit wird hierbei in erster Linie gestellt, denn ohne Wohnung ist jeder „Bedürftig“, und mit Wohnung keiner — für höchstens 100.000 K monatlich. Sind denn die 1.400.000 K nicht auch als Unterstützung bezogen wor- den? Ganz genau so wie die Arbeitslosenunterstützung. Wohnung ist Geld — denn mit Geld baut man, und Wohnungen sind baubar — die Parallele stimmt genau!

Empörend aber ist, daß andere obdachlos sind; warum ist nicht für sie ein kleiner Teil dieses Geschenks übrig? Nur 300.000 K soll der Staatspräsident, genannt Mie- ter, von den 1.400.000 K abgeben, die ihm der Staat ge- währt, und uns ist geholfen, der Gerechtigkeit ist Genüge getan. Was, uns geholfen! Allen, auch dem Spender ist eine Kette von der eigenen Schulter genommen, eine fürcht- bare Geißel hört mit dieser kleinen Rückgabe auf, uns zu martern.

Was ist denn die moralische Voraussetzung des „Eigentums“? Die Steuer. Was ist die moralische Voraussetzung eines jeden Rechtes und Privilegs? Eine entsprechende Gegenleistung! Nur die Allgemein- heit schafft Rechte, nur sie garantiert Besitz, um- gekehrt aber ist ihre Aufrechterhaltung durch die Gesüh- ten notwendig, durch Leistungen aller Art und durch Steuern. Ein Recht ohne eine Gemeinschaft vieler, die es garantiert, gibt es nicht.

Der Mieterschutz ist für die Geschädigten ein unge- heueres Privileg, ein Geschenk, ein Vermögen — wer garantiert es ihnen als die Allgemeinheit? Keineswegs sie selbst — wenn sie auch die Majorität haben. Aber wo ist die Gegenleistung bis heute? Wenn alle an diesem Geschenk teilnehmen, wäre keine Gegen- leistung notwendig; aber es gibt zahllose, die auch der Allgemeinheit angehören, aber an dem Privileg nicht teilnehmen; darum ist eine Gegenleistung notwendig, zummindest ein Ausgleich gegenüber den leer ausgegan- genen Staatsbürgern.

Denn kann man nicht mehr die Obdachlosigkeit wie eine Art Strafe auffassen, wegen Verletzung des

Spruchwortes verhängt über den Verlezer: „Weibe im Lande und nähre dich redlich“ — denn die Obdachlosen von heute wurden es nicht durch irgend einen Leichtsinn, Frevel oder sonst irgend eine Schuld. Zehn Jahre Woh- nungsnot — ein einzigesmal ein Schicksalsschlag, zu welchem für diese Gruppe Menschen auch das Sakrament der Ehe gehört, ein politisches Ereignis, ein Todesfall, — unzählige Gründe erzeugten in den einzelnen Fällen Obdachlosigkeit, aber keine Schuld. Der reine Zufall, wenn nicht wie sehr häufig, Willkür, Bestechlichkeit, Gemeinheit, Niedertracht — haben ihnen die Wohnung ge- nommen. Es ist nicht damit geholfen, wenn die Behör- den bezüglich der bestehenden Wohnungen den Zufall, das Frühersein usw. über die Befestigung entscheiden las- sen, statt nach Rang und Stand vorzugehen; mit dieser selbstverständlichen Gerechtigkeit ist es nicht getan, denn sie müßten gleichzeitig diejenigen, welche unter den Glück- lichen sind, die mit einer Wohnung betraut wurden, ver- pflichten, das Wohnungselend beseitigen zu helfen, indem sie für den Besitz ihrer Wohnung einen entsprechenden Beitrag leisten. Denn wer sollte wohl zur Abschaffung der Wohnungsnot verpflichtet sein, als die, welche von der Allgemeinheit dieser Not enthoben wurden? Die Allgemeinheit hat das Recht darauf, für ihre Hilfe und ihren Schutz diese einzige Gegenleistung zu verlangen, daß die, denen geholfen wurde, ihr hilft, denen zu helfen, denen sie nicht helfen kann, nämlich denen, die bei der Verteilung der Wohnungen leer ausgingen.

Das dreifache dessen, was als Instandhal- tungszins gezahlt wird, als Mietabgabe zu zahlen — was für eine geringe Gegenleistung für den Besitz einer geschätzten Wohnung! Rechnet einmal die indirekten Vorteile, die auch euch, den Mietern, die Be- hebung der Wohnungsnot nur so ganz nebenbei bringen würde, rechnet diese einmal in Geld um! Vielleicht werdet ihr darauf kommen, daß die Mietabgabe das beste Ge- schäft für euch selbst sein würde. Dr. S. v. R.

Das große Häusersterben.

Vor einigen Tagen wurden im Nationalrat über die Erhaltung der Häuser beziehungsweise die Ungleichmä- ßigkeit und Ungerechtigkeit des Instandhaltungszinses eingehende Erörterungen geführt. Es wurde auch dort seitens der Opposition die gleiche Behauptung aufgestellt, die wir bereits in unserer Zeitung im Februar und auch in einer Eingabe an die Bundesregierung vertreten ha- ben, daß das Wohnen in den alten, reparatur- bedürftigen Häusern infolge der hohen Miet- gelte viel teurer kommt, als in den neuen, luft- und lichtreichen Wohnungen der neuen Häuser. Der Grund hierfür liegt in dem Instandhaltungszins. In neuen Häusern sind Reparaturen nicht nötig, daher wird mit der 15fachen Friedensquote als Instandhaltungszins das Auslangen gefunden. In den alten Häusern ist dieser Instandhaltungszins bereits überall be- deutend höher und gerade die armen Leute, die zum größten Teil gezwungen sind, in solchen Wohnungen zu wohnen, sind daher schwer betroffen. Steht diese von uns aufgestellte und von allen Seiten unbeachtet gebliebene Tatsache an und für sich das Ungefunde und Berrückte unserer heutigen Wohnungspolitik dar, so wird dies in einer noch viel schärferen Weise in der fortschreitenden Bauaktigkeit der Häuser zu Tage treten.

Während vor dem Kriege jeder Hauseigentümer mit besonderer Sorgfalt für die Instandhaltung seines Ob- jektes sorgte, weil jeder vernünftige Mensch eben sein Eigentum ordentlich schätzen will, so hat nach dem Kriege ein Großteil der Besitzer durch die jahrelange Entrechtung das Interesse an den Häusern mehr oder minder verloren. Der Beweis hierfür kann tausendfach erbracht werden. In Berlin haben zum Beispiel Hauseigentümer ihre Häuser der Gemeinde geschenkt und der schlagendste Beweis für unsere Behauptung liegt darin, daß so viele ihre Gebäude weit unter den Erhaltungskosten verlaufen und daß das Angebot heute bedeutend größer als die Nachfrage ist. Damit ist aber eine große Gefahr für die Allgemeinheit verbunden und zwar die rasche Bauaktigkeit. Alle irdischen Dinge haben begrenzte Lebensdauer, so auch die Häuser. Bei guter Pflege ist die Lebensdauer von gutgebauten Objekten zirka 150 Jahre. Bei Vernachläs- sigung verringert sich die Benutzbarkeit der Häuser um ein Bedeutendes. In den Städten Oesterreichs und Deutsch- lands hat nun die Bauaktigkeit einen derartigen Umfang angenommen, daß man glauben möchte, unsere politischen Parteien und die Regierung hätten rechtzeitig ein Ge- sehen gehabt und Maßnahmen getroffen, damit dieser entsetzlichen Erscheinung rechtzeitig Einhalt geboten wird. Dem war und ist jedoch nicht so. Geistlos wird in den Vertretungskörpern überall herumgequatscht, aber die entsetzlichen Folgen, die durch das Ueberhandnehmen der Bauaktigkeit entstehen, werden nicht beachtet.

Es hat nun wirklich den Anschein, daß die Regierung sich dessen gar nicht bewußt ist, in welchem Bauzustand die Wohngebäude, früher Zinsburgen genannt, sich befin- den. Auch die Bevölkerung geht an dieser Tatsache noch achtlos vorüber. Schrecklich wird das Erwachen aus dieser allgemeinen Gleichgültigkeit werden, denn wenn ein- mal das große Häusersterben seinen Anfang nimmt, ist das Ende der Sache nicht abzusehen. Dann wird kein Wohnbauprogramm von 25.000 der Gemeinde Wien und natürlich auch recht nicht das Wohnbaupro- gramm der Gemeinde Innsbruck, die 15 Häuser für das Jahr 1921 vorgeesehen hat und glücklicherweise 1923 8 hievon fertig hatte, helfen. Wenn einmal zum Beispiel bei uns 10 bis 15 Häuser mit beiläufig 100 Wohnungen alljährlich wegen Bauaktigkeit unbewohnbar werden, dann dürfte es wohl zu spät sein, durch den forcierten kostspieligen Bau von Wohnungen selbst in den kleinsten

Miniaturausgabe im Sardinenschachtelformat irgend- welche Abhilfe zu schaffen. Wir sind dieser Kata- strophe näher als man gemeinhin glaubt. Und des- halb ist es Zeit, und zwar höchste Zeit, daß die Regie- rung sich endlich aufrafft und nicht mit der Opposition um einige Prozente der Höhe des Zinses und der Instand- haltung herumjodelt und schäffert, sondern daß endlich diese Mietengesetze fallen und mit der damit verbundenen Novellierung der Einkommen, Gehälter und Löhne ernst gemacht wird. Einem vernünftigen Abbau der Wohnungszwangsgesetzgebung kann sich niemand, der sich mit der Wohnungsnot ernstlich beschäftigt hat, widersetzen, sei es denn, daß er im Hirn oder im Herzen angekränkt sei. Es ist Zeit, daß hier gründlich Wandel geschaffen wird, denn mit den Holzheuten ist niemand gedient, weder den unglücklichen Gebäudebesitzern und Wohnungslosen, noch den Mietern, die über kurz oder lang keine mehr sein werden, weil sie in Ruinen und baufälligen Baracken nicht einmal umsonst eingemietet bleiben können.

Obdachlos bleiben oder — auswandern...

Am 11. und 12. April wurden in Innsbruck von Pfar- rer Meußburger und vom Bahnsinspektor a. D. Thurner Vorträge über die Verhältnisse in Brasilien gehalten; da die beiden Vortragenden seit einer Reihe von Jahren die Einwanderung von Oesterreichern nach Brasilien organisieren und selbst dort gelebt ha- ben, kommt ihren Ausführungen eine erhöhte Bedeutung bei den zahlreichen Zuhörern den Ein- vollständiger Aufrichtigkeit und ehrlichen Willens erweckt. Da der Obdachlosenverein zum Besuche speziell eingeladen wurde, so haben sich einige Ausschusmitglieder mit dem Obmann, Major Dragoni, auch unter den Zuhörern eingefunden. Ohne jede Voreingenommenheit wurden den Ausführungen gelauscht, worauf Major Dragoni zu ihnen vom Standpunkte der Wohnungsuchenden Stel- lung nahm.

Aus den Ausführungen der Referenten ging hervor, daß jedermann zu warnen sei, als „wilder Auswan- derer“ sein Glück in Südamerika zu suchen, weil die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse für den einzel- nen so trübselig sind, daß jeder Einzelauswanderer rettungslos drüben verloren ist, selbst ganze Expeditionen sind drüben berunglückt und größtenteils zugrunde ge- gangen. Nachdem aber Brasilien in seiner ganzen Pracht und Schönheit, in seiner immensen Ausdehnung und schwachen Besiedlung ein ausgesprochenes Kolonisations- gebiet für kulturell hochstehende Völker darstellt, so arbei- ten die beiden Referenten unermüdetlich an dem Ausbau der Organisierung der Auswanderungsbewegung von Oesterreich nach Brasilien.

Wir Obdachlose, die wir mit jedem Tage mehr zur Ueberzeugung kommen, daß Regierung, Länder und Ge- meinden keinerlei ernste Anstalten treffen, um Tausen- de von Familien vor dem Untergang durch Schaffung von Wohnungen zu retten, sind gezwungen, der Aus- wanderungssache ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Es ist selbstverständlich, daß dieser Angelegenheit ein eingehendes Studium vorangehen muß, bevor ernste Ent- scheidungen gefaßt werden. Denn die Verantwortung, die damit übernommen wird, wenn man für eine Auswan- derung Propaganda macht, ist zu groß, als daß man in leichtsinniger Weise auf ungewissen Grundlagen für diese Sache eine Lanze brechen würde.

„Weibe im Lande und nähre dich red- lich!“ ist ein Sprichwort, das uns Oesterreichern be- stimmt immer sehr viel gequatscht hat. Wenn aber unsere Heimat absolut nichts tut und nicht sorgt und auch keine Aussicht bietet, daß einige tausend Familien zu einer halbwegs entsprechenden Wohnung gelangen können, wobei allen bodenreformerischen Bestrebungen, dem Drang nach einem Eigenheim, dem Stedlungsweien, der Kleingartenkultur usw. leider nur untergeordnete Be- deutung beigemessen werden kann, so darf es niemanden wundern, wenn der Gedanke, der Heimat den Rücken zu kehren, immer mehr erwogen wird. Die Wohnungsuchenden wollen ja doch nur menschlich untergebracht werden und da keine Aussicht dafür vorhanden ist, so greift leider der Auswanderungsgedanke um sich; mit einem tief- sitzenden Sackel im Herzen soll das Vaterland verlassen und aufs Ungewisse in die ferne Welt gezogen werden. Wir wollen nicht, daß es soweit kommt, daß tatsächlich die Angelegenheit ernsthaft in Angriff genommen werden muß. Vielleicht lassen sich Regierung und politische Par- teien doch noch in letzter Minute zu einem energischen Handeln und Tun auf. Sonst könnten wir vielleicht wie- der das Traurige erleben, daß einmal Engel und Vrenkel von Oesterreichern bei einer weltpolitischen Erschütterung die Entscheidung gegen ihr ursprüngliches Vaterland her- beiführen müssen, so wie wir es mit den vielen ausge- wanderten Deutschen in Nordamerika beim Weltkriege miterleben mußten.

Das Bedauernswerte und Traurige an den Vorträgen war der überaus zahlreiche Besuch aus allen Schichten und Klassen der Bevölkerung. Es muß dazu bemerkt wer- den, daß Tirol bisher immer das kleinste Kontingent an Auswanderern aus allen Bundesländern in den letzten Jahrzehnten gestellt hat. Hat der Auswanderungsgedanke wirklich schon so festen Fuß in Tirol gefaßt? Wir sind in unserem Lande wirklich weit gekommen! Die maß- gebenden Stellen scheinen sich der Verantwortung gar nicht bewußt zu sein, die auf ihren Schultern ruht; wenn sie noch eine Minute länger der Lösung des Wohnungs- problems taten- und achtlos gegenüberstehen.

Wohnungsnot auf der „Schmerlingeralm“.

Die Gefängnisinsassen als Gefangene.

Im Gefängnis des Innsbrucker Zuchthaus, in der Schmerlingerstraße, ist unter den Angehörigen und Beamten eine unverhältnismäßig große Anzahl Obdachlose und Wohnungsuchende. Schließlich haben ja auch andere Gruppen der Bundesangehörigen, da die Wohnungsnot so furchtbaren Umfang angenommen hat, viele Familien, die unter der Wohnungsnot leiden oder obdachlos sind. Besonders traurig müssen aber die Zustände bei den Justizbeamten im Gefängnis ins Auge fallen und unverständlich ist es von der obersten Justizbehörde, hier nicht mit allem Nachdruck Wandel zu schaffen. Dienstfreudigkeit, Korrektheit, ruhige Nerven sind bei einem Justizbeamten notwendiger als bei vielen anderen Berufsgruppen. Wie könnte die Gerichtsbarkeit einen Beamten, der so furchtbar unter der Wohnungsnot leidet, zur Verantwortung ziehen, wenn er in einem nervösen Anfall, hervorgerufen durch die trostlosen Wohnungsverhältnisse, einen Strafling hart anfährt.

Es wohnen im hiesigen Gefängnis nicht weniger als sechs Justizbeamte in einem Zimmer. Der größte Teil ist verheiratet und die Frau und die Kinder von ihnen zumeist in Innsbruck oder in anderen Städten unterm. Es betrifft meistens solche Beamte, die hierher transferiert wurden. Da dieser Zustand jedoch schon Monate dauert, so bringen wir ihn der Öffentlichkeit zur Kenntnis und hoffen, daß hier ehestens Abhilfe geschaffen wird.

Hochwassergefahr in Landed?

Vom Stadtmagistrat Landed wird uns zu der in unserer letzten Nummer veröffentlichten Notiz über die Parade am Innufer in Landed, folgende Aufklärung zuteil:

Der Inhalt der in der letzten Nummer des „Obdachlosen“, (Nr. 7 vom 1. April 1924) gebrachten Notiz: „Hochwassergefahr in Landed“ entspricht nicht den Tatsachen. Die in Frage kommende Parade, deren Abtragung aus Gründen der Gesundheits- und Sittlichkeitspolizei für einen noch zu bestimmenden Zeitpunkt vom Stadtmagistrat Landed angeordnet wurde, wurde im Jahre 1918 als Notunterkunft gebaut und gibt gegenwärtig 51 Personen in 16 Haushaltungen Unterstuf. Von diesen 16 Haushaltungen sind laut Polizeibericht vom Dezember v. J. mindestens neun als wild und ohne anzusehen. In den einzelnen Abteilungen dieser höchst baufälligen Parade sind bis zu neun Personen in einem Raum untergebracht. Von einer Abtragung wegen Hochwassergefahr war nie die Rede, obwohl eine solche nicht ausgeschlossen wäre, da die Parade knapp neben dem Innufer errichtet ist. Die Bewohner der Parade sind fast durchwegs landfremde Arbeiter, die bei verschiedenen Firmen von Landed oder Umgebung (Spillereierwerk, Continental, Bahnbau Landed-Kund, Elektrifizierung der Arlbergbahn, Textil A. G., Auer und Groce, Pümpel und Söhne usw.) beschäftigt sind. An diese Firmen wurde bereits vor einiger Zeit mit dem Ersuchen herangetreten, für eine bessere Unterkunft ihrer Arbeiter zu sorgen, doch fand diese Einladung fast überall nur Ablehnung. Daß der Stadtmagistrat bemüht ist, wenigstens für einige der einheimischen Familien Unterkünfte zu schaffen, ist selbstverständlich.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung
Josef M. Probst, Bürgermeister.

Gegen den Zementwucher!

Von einer angesehenen Zementhandelsfirma wurde eine Eingabe an das Handelsministerium Innsbruck gemacht, der wir folgenden entnehmen:

Zeitungs- und Nachrichten zufolge ist anlässlich der Beratung des neuen Zolltarifes auch eine bedeutende Erhöhung des Zementzollens in Aussicht genommen. Eine Erhöhung des Zementzollens kann nicht verstanden werden, als dieser Vorgang in seinen Auswirkungen auf das schwer um seine Existenz ringende Baugewerbe geradezu lähmende Wirkungen haben müßte. Es ist mehr als befremdend, daß in einem Lande, das alles tun sollte, um die durch den Krieg erlittenen schweren Schäden wenigstens einigermaßen zu mildern, Maßnahmen getroffen werden, bzw. geplant sind, die geradezu gegenteilige Wirkungen haben. Solche Vorgänge sind weder dem Laien noch einem rechtlich denkenden Interessenten verständlich. Allerdings ist das Schlagwort, unter dem die betreibende Partei sich die Regierung gesüßig machen will, nämlich das Wort „Schutzoll“, für den Augenscheinenden verhänglich. Wie nachstehend dargelegt werden soll, wird hier jedoch mit diesem Worte größtenteils Mißbrauch getrieben. Ohne weiteres sei anerkannt, daß heimische Industrien geschützt werden müssen, doch muß zuerst festgestellt werden, ob dieser Schutz überhaupt gerechtfertigt und notwendig ist und ob nicht durch eventuell getroffene Schutzmaßnahmen andere und viel wichtigere Erwerbszweige geschädigt werden. Auch wäre festzustellen, welche Rückwirkungen derartige „Schutzölle“ auf unsere Nachbarstaaten und eventuell in Frage kommende Exportabgabengebiete haben müßten. Nach allgemeiner Auffassung ist es auch völlig unhalbar, daß Unternehmungen, die unrationell oder mit übermäßigen Gewinnen arbeiten, auf Kosten der Allgemeinheit in ihrem jetzigen Zustande noch gefördert werden.

Die österreichische Zementindustrie ist gegenüber der ausländischen schon heute sehr erheblich geschützt, denn:

1. ist für den eingeführten Zement ein Zoll von 40 K per Kilogramm zu entrichten;
2. ist die Warenumsatzsteuer für eingeführte Ware statt 2,6 Prozent wie bei der inländischen 4,6 Prozent;
3. kostet die Beförderung ausländischen Zementes auf den österreichischen Bahnen seit 1. Jänner 1924 um zirka 50 bis 60 Prozent mehr als die der inländischen Ware. Die Frachtsätze allein schon spielen bei der Art des Artikels eine fast ausschlaggebende Rolle;
4. darf zufolge der bestehenden Verordnungen bei Staats- und Landesbauten kein ausländischer Zement verarbeitet werden. Speziell dieser Punkt fällt schwer ins Gewicht, denn diese Bauten (elektrische Kraftwerke, Wäldbachverbauungen, Elektrifizierungsbauten der Bahnen, Brücken usw. usw.) machen mehr als die Hälfte des gesamten Zementkonsums überhaupt aus. Mangels einer Konkurrenz, da in Oesterreich die in Frage kommenden Werke in einer Hand vereinigt sind, müssen selbstverständlich die geforderten Preise bewilligt werden.

Ein weiterer Schutz durch eine Zollerhöhung erscheint daher ungerechtfertigt. — Der Einwand eines Valutadumpings fällt heute ebenfalls weg, da unsere Nachbargebiete zum Teil sogar unter ganz erheblich schwierigeren Verhältnissen arbeiten müssen.

Welche nächste Folge hätte die weitere Erhöhung des Zolles? Eine gesunde Konkurrenz durch auswärtige Ware würde vor allem unmöglich. Die nächste Folge wäre eine Verteuerung der Ware und damit auch der

Baufosten. Dadurch unterbleiben viele Bauten und eine weitere Verschärfung des Wohnungselendes tritt ein. Die preistreibende Wirkung auf andere Artikel bliebe nicht aus. In seiner Gesamtwirkung würde eine ähnliche Erscheinung wie bei der Kriegs-Zwangswirtschaft eintreten, nämlich eine einseitige Begünstigung der Kartellbildung mit allen seinen bedenklichen Folgeerscheinungen. — Dem Schaden, den die gesamte, um ein vielfaches größere Bauindustrie erleiden würde, ist auch bei rigorosester Beurteilung der Sachlage keine Gegenpost gegenüber zu stellen. Unsere Nachbarstaaten würden diesen „Schutzoll“ mit einer weiteren Absperzung ihrer Gebiete für eine jegige oder eventuell später in Frage kommende Einfuhr beantworten.

Bezüglich der Preisbildung der inländischen Zementindustrie, bzw. der Preissteigerung, sei darauf verwiesen, daß der Generaldirektor der Perlmosek-A.G. in Wien anlässlich der Generalversammlung im Jahre 1922 sagte, „es sei gelungen,

die Preise auf der doppelten Goldparität

zu halten“. Dieser Ausspruch allein kennzeichnet treffend die Situation. Und solche Industrien verlangen außer dem jetzigen noch weiteren Schutz, bzw. damit eine Monopolstellung?

Vor dem Kriege kostete zur Zeit des großen Konkurrenzkampfes der Zement 2 K 60 h per 100 Kilogramm, um in den Zeiten der Konjunktur bis 3 K 50 h hinauf zu gehen. Ersterer Preis entspräche heute umgerechnet 375 K, letzterer 504 K. Im Verhältnis zu den heutigen Preisen also erheblich billiger. Dabei war aber diese Industrie in der Lage, immer neue Werke zusammen zu kaufen und sich einen außerordentlich kräftigen finanziellen Rückhalt zu schaffen. Also trotz der im Verhältnis niedrigeren Preise eine sehr günstige Situation.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß eine neuerliche Erhöhung des Zementzollens auf der einen Seite schwere wirtschaftliche Schädigungen, auf der anderen ungerechtfertigten Gewinn nach sich ziehen würde.

Obdachlosenversammlung in Innsbruck.

Am 10. April fand im „Dreindöhl“ in Innsbruck wieder eine Versammlung des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden statt, in der teilweise sehr scharfe Worte gebraucht wurden. Der Obmann des Vereines, Major Dragoni, erwähnte in dem Tätigkeitsbericht des letzten Vierteljahres, daß die Bau-Gesellschaft ins Leben gerufen wurde, die am Osterdienstag in der Stadulstraße beim Greinajuhl mit dem Bau ihres ersten Hauses beginnen wird. Die Ablehnung der vom Verein veranstalteten Lotterie mußte verschoben werden, weil noch nicht alle Lose verkauft sind. Die Zeitung „Der Obdachlose“ findet allseits guten Anklang; sie wird an alle Orte Oesterreichs und teilweise auch nach Deutschland verschickt. Sie habe aber auch viele Gegner und deshalb müßten die Mitglieber für ihre Zeitung eifrig werben und sich jederzeit für sie einsetzen.

Im weiteren Berichte kam der Obmann auf die Verhandlungen mit der Regierung zu sprechen, von der leider nichts zu erwarten sei. Scharfe Worte fand er gegen die jetzige Wohnungspolitik. Auf der einen Seite bestünde ein Wohnungs-Luxus und auf der anderen Seite die ungeheure Not; er forderte deshalb für die Zeit der Not eine strengere Handhabung des Anforderungsgesetzes und verschärfte Bestimmungen gegen Woh-

Mein Freund — der Narr!

Pfeilgerade komme ich per Hallerbahn vom Leichenbegängnis meines Freundes. Der Leichenzug nahm seinen Ausgangspunkt vom Jrennhaus in Hall und nachdem mein Freund weder Jrenarzt noch Jrenwärter war, mußte er logischerweise ein Narr gewesen sein, was auch den Tatsachen entsprach. Man brüsst sich sonst nicht mit der Bekanntheit eines Narren, auch dann nicht, wenn man von seinem Leichenbegängnis kommt, aber es drängt mich, diese Feststellung zu machen, weil eine Unmenge solcher Narren, teils frei herumlaufen, teils noch nicht ihr Jrrsinn gerichtsnotorisch feststeht.

Die Narrheit meines Freundes hat eine Vorgeschichte, die geradezu belehrend wirkt und deshalb erzählt zu werden verdient.

Während des Weltkrieges wurde er bei der vierten ob.: fünften Musterung mit Rücksicht eines Leibeshabens und sonstiger Ge'rechen als zum Waffendienst geeignet erklärt und rückte frohgemüt ein, nachdem er Weib und Kind in deren Heimat geschickt und die Möbel zur Deckung der hiezu nötigen Auslagen verkauft hatte. Im Hinterland beim Latrinenträumen und Holzspalten konnte meinen Freund keine feindliche Kugel erreichen und er blieb dem Vaterlande erhalten. Der schöne Tod des Koller in Schillers „Münch“ blieb ihm zwar erspart, dafür ist er aber ein Narr geworden. Doch will ich der Erzählung nicht vorgreifen.

Mein Freund sehnte sich wieder nach einem eigenen Heim im Kreise seiner Familie, doch wo eine Wohnung hernehmen? Die Frage ist so kurz und einfach, daß man faunen muß, daß ihre Beantwortung dem Freunde den Verzand kostete.

Er kannte, wie es früher üblich war, durch die Straßen, fand zwar Leidens- und Schicksalsgenossen, aber keine Wohnung. Nar sagte ihm, als er sich darob erstaunt zeigte, daß während des Krieges keine Häuser ge-

baut werden konnten, deshalb seien keine Wohnungen zu haben.

Das begriff der gesunde Menschenverstand meines Freundes ganz gut, aber als verständiger Mann, der er war, sagte er:

„Nichts einfacher als eine Abhilfe! Hat man zu wenig Wohnungen, weil keine Häuser gebaut wurden, so baut man halt jetzt Häuser, um Wohnungen zu bekommen.“

So logisch dies war, wußten doch andere Menschen es besser; diese meinten, man habe kein Geld zum Häuserbauen.

„Wozu braucht man Geld zum Bauen?“ meinte mein Freund. „Man nimmt doch zum Bauen Ziegel, Mörtel, Holz usw., aber keine Tausendkronenscheine?“

Nar ersieht daraus, daß mein Freund einen scharfen Verstand hatte, doch die anderen wußten es besser.

„Mit dem Gelde muß man diese zum Bauen notwendigen Dinge kaufen, dieses Geld besitzen aber nur die Kriegsgewinner, die Schieber und die Banken.“

„Na also,“ äußerte sich mein verständiger Freund, „da geht man einfach zu den Kriegsgewinnern, Schiebern und Banken und verlangt das Geld zum Häuserbauen.“ Die Logik ließ wieder nichts zu wünschen übrig.

Er ging zum Kriegsgewinner, der später zum Schieber wurde, daher Geld im Ueberfluß hatte. Dieser war gar nicht so uneben.

„Was meinen Sie da mit der Wohnungsnot? Ich vernehe nicht recht? Häuser bauen? Ich brauche kein Haus! Obdachlos? Kenne niemand, der auf der Straße wohnt! Reden Sie doch von Valuter, von Prozenten und Waggons, damit wir uns verstehen. Davon verstehen Sie nichts! Dann sind wir doch fertig und Sie fördern mich nicht beim Lesen des Kurzzeitlers.“

Mein Freund war draufen, aber er verzweifelte nicht. Die Banken! Ein Bankgewaltiger empfing ihn ungemein freundlich. Wer ist er, wenn es sich um Geschäft han-

delte, von einem Bankgewaltigen unfreundlich empfangen worden?

Mit dem ihm eigenen scharfen Verstande legte mein Freund los mit seinem Begehren. Da meinte der joviale Bankgewaltige:

„Selbstverständlich, lieber Freund, geben wir das Geld zum Häuserbauen, sogar um einige Prozent billiger als sonst, denn wir sind Menschenfreunde, wohnen muß ja schließlich und endlich der Mensch, das Ebenbild Gottes, es muß wirklich etwas geschahen, aber —“

„Aber?“ fragte so nebenbei mein Freund.

„Aber eine Kleinigkeit muß vorher geordnet werden, wir brauchen eine Sicherstellung.“ Diese Worte waren von dem gewinnendsten Lächeln begleitet, dessen ein Bankgewaltiger fähig ist.

„Verzeihung,“ meinte darauf mein Freund, „bitte schön, was ist eine Sicherstellung? Wo bekommt man eine solche?“

„Erstens bei einem reichen Mann, sei er nun Kriegsgewinner oder Schieber —“

„Die versichern mich und ich zie nicht, wer denn sonst?“

„Wenn kein Geldmensch sich findet, dann in Gottesnamen die Gemeinde, das Land oder der Bund, obwohl diese Bürgschaft nicht ganz zimmerrein ist.“

„Ein anständiger und ehrlicher Mann gibt nichts!“ frug naiv mein Freund.

Ein überlegenes Lächeln war die Antwort.

„Bin zur Gemelnde, zum Land oder zum Bund,“ sagte darauf mein verständiger Freund, denn der Erfolg konnte nicht ausbleiben. Der Bürgermeister war zufällig anwesend, wozu er verpflichtet ist.

„Wir sollen Sicherstellung leisten? Erstens: Womit? Zweitens: Warum ausgerechnet wir? Drittens und vier- tens: Ist die Wohnungsfrage lokal und ist das Häuser- bauen Gemeindefache?“

munasurus. Auf die Tätigkeit des Innsbrucker Gemeinderates übergehend, begrüßte er die von der Tiroler Volkspartei vorgeschlagene Entschliessung, die den stufenweisen Abbau des Mieterschutzgesetzes fordert. Diese Entschliessung bedeute eine Dreifache in dem bisherigen Bankrottstadium.

An Forderungen stellte er auf: 1. Steigerung der Zinse, welche sich in einem positiven Index auswirken müssen. Dagegen werde eingewendet, daß die Industrie nicht mehr exportfähig wäre. Nun sage ein Mensch, wie wird man denn überhaupt jemals aus dem großen Elend heraus? Der Einwand wäre so in unserem heutigen Österreich, daß auf Export angewiesen sei, immer bestehen! 2. Organisierung eines Volkshospitales zum Bau von neuen Wohnhäusern. Etwas müsse endlich geschehen, die Geduld der Obdachlosen sei endlich zu Ende. Bisher habe der Ausschuss die Wohnungsuchenden immer beschwichtigt, von nun an werde er allem seinen Lauf lassen. Man werde im Wege der Selbsthilfe auch vor Gewaltmaßnahmen nicht zurückweichen.

Mit wenigen Worten gestellte Major Dragoni das Verhalten des Innsbrucker Wohnungsamtes, dem er direkte Boshaftigkeit vorwarf. Er sei bereit, die Niedertracht und Boshaftigkeit, mit der das Wohnungsamt mit den organisierten Obdachlosen umspringe, vor Gericht zu beweisen!

In der Debatte sprach der großdeutsche Gemeinderat Waldmüller, der Obmann des Haus- und Grundbesitzervereines. Er betont, daß auch die Hausbesitzer schuld an dem Interesse daran habe, daß gebaut wird. Er behauptete, daß die wichtige Frage der Wohnungsnot von den Sozialdemokraten als Politikum behandelt werde.

Da aber auch seine Rede einen ausgesprochen parteipolitischen Charakter trug, erklärte Major Dragoni zum Schluss, daß der Obdachlosverein vollständig unpolitisch sei und deshalb Parteipolitik nicht getrieben werden darf. Im übrigen könnten dem Obdachlosverein sämtliche politische Parteien gestohlen werden, denn sie alle tragen einen Teil der Schuld an dem Elend der Wohnungslosen. Er wies auch darauf hin, daß das Mieterschutzgesetz schließlich noch durch die Mieter selbst werde gestürzt werden, weil mit ihm eben niemand zufrieden sei, da schon in vielen Häusern so große Reparaturkosten usw. zu zahlen seien, so daß auch den Mietern das „Schutzgesetz“ verleidet sei.

Von unserer Effektenlotterie.

Verchiebung der Ziehung.

Da noch ein Teil der Lose unserer Effektenlotterie nicht verkauft wurde und der Verein mit einem Reingewinn rechnen muß, wurde der Ziehungstag auf 1. Juli verschoben. Das Lotteriekomitee ist bemüht, die Lose so bald als möglich anzubringen und kann dadurch vielleicht den Termin schon früher ansetzen. Der Tiroler Narthaserverband hat die wärmste Förderung und Unterstützung der Lotterie zugesagt, wofür wir ihm schon jetzt unseren verbindlichsten Dank aussprechen.

Infolge Erhöhung der Druckkosten sind wir gezwungen, die Zeitungen um 2000 K pro Stück zu verschleifen. Im Jahresabonnement 1500 K. Der heutigen Auflage liegen Postertagscheine bei. Wir ersuchen, uns die Abonnementsbeiträge zu überweisen und unseres Pressefonds nicht zu vergessen.

Trotz scharfem Verstande wußte mein Freund keine Antwort auf diese vier Fragen und er meinte, da müsse er halt zum Lande gehen, was er auch tat.

Mein Freund trug mit durchdringender Logik die Notwendigkeit einer Sicherstellung des Baukapitals durch das Land vor.

„Die Wohnungsnot ist evident und notorisch,“ sagte der juristisch gebildete Herr, „selbst die Schweine leiden darunter. Es muß also gebaut werden, Schweinehülle und auch Häuser für die Menschen. Aber, lieber Freund — er war also auch sein Freund? — das Land gehen nur die Schweinewohnungen etwas an, die Menschen sind Bundesbürger und es ist Sache des Bundes, dafür zu sorgen, daß seine Bürger Wohnungen bekommen. Der Bundeskanzler ist ein lieber, einsichtiger Herr, gehen Sie einmal zu ihm.“

„Das ist einfach unwiderleglich,“ dachte mein Freund, „man muß zwischen Schwein und Mensch einen Unterschied machen, die einen sind Landessache, die anderen Bundessache.“

Zufällig war der Bundeskanzler zu einer Wählerversammlung herabgelassen und mein Freund ließ ihn bitten, ihm einige Worte Gehör zu schenken, die Angelegenheit sei so einfach, daß sie ohne weiteres erledigt werden könne. Er handle sich nur um eine Sicherstellung für das Land zum Häuserbau.

„Gut,“ gestöhnte der Bundeskanzler, „was Sie verlangen, ist ja schon lange geschehen, der Bund bürgt ja ohnehin für eine reiche Wohnbau-Anleihe und es wird auch gebaut, aber viel zu wenig, es muß — — die Privat-Bau-tätigkeit, einleuchten!“

„Woher?“, meinte mein Freund verwundert, „wenn man kein Geld hat, kann man doch nicht bauen.“ „Das Geld haben die Kriegsgewinnler — ja, auch die Schieber — verstehen aber nicht — Die Banken auch — geben es gerne

Elendsbilder aus Innsbrucker Wohnungsverhältnissen.

Mit zehn Kindern delogiert.

Der bis jetzt in Brizlegg wohnhafte G. M. wurde dieser Tage mit seinen zehn Kindern delogiert. Da G. M. Innsbrucker Bürger ist, so ist die Gemeinde verpflichtet, für die Unterbringung dieser obdachlosen Familie zu sorgen. So das Gesetz. Die Möglichkeit, diese Familie so bald mit einer Wohnung zu versorgen, ist jedoch praktisch nicht gegeben. Auch ein herrliches Beispiel über die Verdrängtheit der jetzigen Wohnungspolitik. Das Mietengesetz schreibt der Gemeinde die Wohnungsfürsorge für die heimatlosgeratenen und aus beruflichen Gründen hier wohnenden Familien als Pflicht vor, sorgt aber andererseits für die Möglichkeit, daß diesen Gesetzen auch Rechnung getragen wird, in keiner Weise.

Ein Professor mit vier Personen in einer Dienstboten-Kammer.

Professor Dr. H. bewohnt in der Kaiser-Franz-Josef-Straße ein Dienstbotenzimmer mit einem Familienstunde von vier Personen. Wie soll ein Pädagoge seinen Beruf, der mit häuslichen Arbeiten, Korrekturen usw. stets verbunden ist, seine für die Bevölkerung so wichtige Aufgabe mit Liebe und Hingebung erfüllen?

Mit einem Säugling delogiert.

Die Witwe Josefine J. wurde vor einem Jahr mit ihrem Säugling, allerdings geschwächt, aber mit rücksichtsloser Härte, delogiert und hat trotz vielfacher Intervention unsererseits, als auch der Mietkommission, bis heute keinerlei Unterkunft vom Wohnungsamt erhalten. Die Frau wohnt in Judenstein und muß täglich, da sie sich durch Wäschearbeiten ihren Unterhalt verdienen muß, nach Innsbruck wandern.

Der delogierte Wehrmann.

M. R., Wehrmann der Reichswehr, verheiratet, mit einem Kinde, wurde rechtskräftig gefändigt ohne jedes Eigenverschulden und nun delogiert. Wir sind der Meinung, daß Exekutivorgane, Polizei, Gendarmerie, Finanz- und Militär, wenn ein Großteil von ihnen berartig unter der Wohnungsnot leiden muß, bald keine Exekutivorgane mehr sein werden. Wo sollten auch diese Leute die Berufsfindung bei eventueller Obdachlosigkeit hernehmen.

Mitteilungen.

Das Wert der Barmherzigkeit.

In der abgelaufenen Woche hielt der Tiroler Narthaserverband in Innsbruck eine geistige und materielle Sammelwoche ab. Die Vorträge, die von den angesehensten Persönlichkeiten im Leopoldensaal alltäglich gehalten wurden, haben eine Fülle von sozialen Problemen und Tagesfragen behandelt. Alle Vorträge erfreuten sich eines zahlreichen, andächtig lauschenden Publikums. Die Vortragenden haben es verstanden, in den Herzen der Zuhörer durch hochwertige und tiefgeistige Schilderungen wahre und praktische Nächstenliebe und Barmherzigkeit zu erwecken. Wir Obdachlosen danken den Rednern, die das Wohnungsamt der Dessenlichkeit aufgezeigt haben, und danken insbesondere der Leitung des Narthaserverbandes, daß sie durch die Vortragswoche das große soziale Elend der Obdach- und Wohnungslosigkeit ohne Ueberreizung in richtiger Weise geschildert hat, wodurch auch uns hoffentlich praktischer Augen erwachsen wird.

her, billig — nur Sicherstellung — Gemeinde — geht nichts an — Land hat für Schweinewohnungen zu sorgen — Bund zu wenig Geld — Privat-Bau-tätigkeit — haben, wie oben gesagt, kein Geld — Kriegsgewinnler, Schieber, Banken — — —

Die Gedanken meines Freundes bewegten sich dreimal um diesen Kreis, seine Logik kam ins Wanken, der scharfe Verstand stumpfte sich ab.

„Trösten Sie sich, lieber Freund, es muß etwas von den politischen Parteien gemacht werden,“ sagte herablassend der Bundeskanzler und zog sich zurück.

Die politischen Parteien erklärten übereinstimmend, es müsse etwas geschehen und mein Freund bezog mit Frau und Kind vorläufig eine Barade und meldete sich beim Wohnungsamt an. Er bekam die Nummer 6533 und hatte begründete Aussicht, im Jahre 2466 nach Christi Geburt an die Reihe zu kommen. Als ihm aber indes Weib und Kind starben, weil sie die Barade nicht verlassen konnten, da redete er so verrücktes Zeug über das Wohnungsamt und die Wohnungspolitik in Gemeinde, Land und Bund, daß ein Gerichtsarzt den Aufenthalt im Haller Irrenhaus für absolut dringlich hielt. Damit war erstens die Wohnungsfrage für meinen Freund gelöst, die Nummer 6533 konnte anderweitig vergeben werden und alle Welt hatte Ruhe vor seinen scharfsinnigen Erläuterungen des Wohnungsproblems.

Wir haben ihn heute, wie ich eingangs erzählt habe, zur letzten Ruhe begleitet, aber ich fürchte, es gibt noch immer Karren, die die Wohnungsfrage mit Verstand und Logik lösen wollen. Deren Leidenbegängnis muß dereinst nicht unbedingt vom Irrenhaus seinen Ausgang nehmen, aber verrückt sind sie doch alle, die mit Verstand zu einer Lösung kommen wollen. Früher oder später verlieren sie ihn doch — — — bevor sie ihr Ziel erreichen! M. R. a. t.

Briefkasten.

G. in B. Natürlich braucht nicht jeder Abonnent des „Obdachlosen“ Mitglied des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden Innsbrucks sein. Wer es zu werden wünscht, muß seine Anschrift uns bekanntgeben und die Gründe, warum er der Vereinigung beitreten will.

Karl, Innsbruck. Das Problem der Tuberkulosebekämpfung ist schlechthin ein Problem der Wohnungsfürsorge. Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ist ohne Schaffung guter Wohnungen am Ende ihrer Kunst und so geht es fort.

Karl M., Innsbruck. Wir haben in den letzten 14 Tagen in den österreichischen Tageszeitungen 32 große Artikel gezählt, die sich mit der Lösung der Wohnungsfrage beschäftigten. Alle möglichen Ideen sind dabei des langen und breiten erörtert worden. Wir konstatieren mit Genugtuung, daß mehr oder minder alle Zeitungsartikel im Wesen offen oder berückt die Schuld an der verheerenden Wohnungsnot der gegenwärtigen Wohnungspolitik zuschreiben. Im übrigen haben wir Wohnungsuchende es gründlich satt, nur mit Vorschlägen und Ratsschlägen bombardiert zu werden. Wenn noch weiter nur Ratsschläge kommen und nichts geschieht, werden wir zuschlagen!

G. M., Hohegasse. Auch ihre letzte Karte versetzen wir nicht, bloß entnehmen wir daraus, daß Herr Mann Schweizer, Meier oder Fiedelmeier werden will. Auch als Waldhüter sollen wir behilflich sein, ihm einen Posten zu verschaffen. Wir sind zwar kein Stellenvermittlungsbüro, doch werden wir uns bemühen, Ihnen behilflich zu sein.

Frau St. Westendorf. Brief vom 4. d. M. wurde am 10. d. M. beantwortet und die Zeitungen abgelesen. Unsere Zeitung wurde von nachstehenden Personen nicht angenommen oder weil unbekannt oder wegen falscher Adresse, uns zurückgestellt:

- Berry Hub., Hohegasse 6, nicht angenommen.
- Erb Karl, Innstraße 4, unbekannt.
- Mendl, „Goldenes Kreuz“, nicht angenommen.
- Wagner, „Edstein“, Mariabühlstraße 42, nicht angenommen.
- Halle Friedrich, Wilt, Greisstraße 12, nicht angenommen.
- Kasser Josef, Adolf Böhlerstraße 10, abgereist.
- Augschöll Josef, Rinn 50, retour, unbekannt.
- Dietrich Engelbert, Sämerlingstraße 1, retour, gestorben.
- Herbina Heinrich, Kirchnergasse 19, nicht ermittelt.
- Prantl, „Tollinger“, nicht angenommen.
- Eller, „Zum Tempel“, Tempelstraße 32, nicht angenommen.
- Beer, „Börgele“, retour, nicht angenommen.
- Berger Adolf, Schloßergasse, unbekannt.

Öffentlicher Dank.

Innsbruck, 10. April.

An die „Bonciere“ Allgemeine Versicherungsanstalt Wien I, Börsegasse 14.

Die gefertigte Vereinsleitung, welche die Auslieferung der Effektenlotterie bei Ihrer Anstalt gegen „Einbruch“ versichert hat, beehrt sich hiermit für die kulante und rasche Liquidation des am 16. Februar d. J. erfolgten Einbruchschadens aufs Beste zu danken und sieht sich nicht nur veranlaßt, diesen Dank im Organ der Obdachlosen der Dessenlichkeit bekannt zu geben, sondern auch Ihre Anstalt in allen Kreisen aufs wärmste zu empfehlen.

Wir ermächtigen Sie, dieses Dankschreiben überall zu publizieren und zeichnen

Hochachtungsvoll:

Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck.

Mäuse-Ratten Massenvertilgungsmittel erhältlich bei **Josef Neumair'sche Desinfektions-Anstalt** Innsbruck, Marktgr. 14.

Prima Portlandzement
Romanzement
Kalk, Gips, Ziegel

sowie alle Baumaterialien kaufen Sie gut und preiswert bei

Friedrich Biendl
INNSBRUCK, Anichsstraße Nr. 24
Telephon Nr. 1087/1

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck

Ecke Erler- und Museumstraße
Filialen. Kufstein — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.
Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.

Einheimisches Geldinstitut

Kauft Lose der großen Effektenlotterie des Obdachlosen-Vereines Preis pro Los 10.000 Kronen

Zu beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines in Innsbruck, Rathaus, Hof links.

Kleine Anzeigen.

Kinderloses Ehepaar sucht 1 bis 2 unmöblierte Zimmer. Kanzlei des Vereines der Obdachlosen und Wohnungssuchenden, Rathaus, Innsbruck.

Ehepaar sucht unmöbliertes, event. möbliertes Zimmer. Kanzlei Verein der Obdachlosen, Rathaus.

Eisenbahnbedienteter D. N., 50 Jahre alt, kinderlos, Ehepaar, ruhige, geachtete Leute, suchen Hausmeisterposten in Innsbruck und Umgebung oder Hall. Die Leitung des Vereines der Obdachlosen kann diese Partei den P. T. Hausbesitzern nur wärmsten empfehlen.

In Hall, sonnig gelegen, in ein Dachstuhl zum Umbau für 2 Wohnungen zur Verfügung gestellt. Interessenten mit etwas Kapital mögen in der Kanzlei des Vereines der Obdachlosen u. Wohnungssuchenden Kennweg 6 (oder Rathaus 1. Hof links) anfragen.

Kolporteur die erlich u. anständig und, können sich melden in der Kanzlei des Vereines, Rathaus, 1. Hof, links.

Haus- u. Küchengeräte

jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge in allen Ausführungen, Eisen- und Metallwaren, landwirtschaftl. Geräte, Schraubwaren, Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche, verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.

Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)

INNSBRUCK, Leopoldstraße 7 (Gasthof Greif), Filiale: Museumsstr. Nr. 28.



Spinn- und Drahtdraht-Matratzen

Kindermatratzen, Messingbetten, Kastenbetten, Arbeitbetten usw., verzinkte Drahtgeflechte, Siebe, Spaltdrähte, Würgitter, Drahtschle, Drahtgewebe, Stacheldrähte, Fußabstreifer
verfertigt die älteste, bestbekannte Tiroler Drahtindustrie
Bernh. Weithas & Söhne, Innsbruck, Mariahilf Nr. 28.
Mitglieder des Obdachlosen- und Wohnungssuchendenvereines erhalten Preisnachlaß.

La Voralberger Drehofen-Portlandzement

anerkannt beste Marke „Lorüns“
La Bau- und Stückgips, Weißstückkalk
Düngerkalk und Düngegips / Gipsdielen / Rohrgewebe / Fensterglas usw.
Liefert billigst:
Verkaufsstelle der
Voralberger Zementwerke „LORÜNS“
WILHELM MÜLLER
Erlersstr. 11 INNSBRUCK Erlersstr. 11

Anton Knauer

Schlosserei

Innsbruck, Viaduktbogen 31

empfeht seinen Betrieb zur Ausführung von Schlossarbeiten und Reparaturen. Anfertigung von Sparherden in jeder Größe. Aufsatzherde mit Braueröhre, 70 bis 80% Ersparnis an Holz und Kohle. Für jeden Haushalt passend!



Schuhe

sind die **preiswertesten** die Sie kaufen können!

S. GRAUBART

Innsbruck, Museumstraße 8.

Möbel Teppiche Vorhänge

besonders moderne und einfache **Schlafzimmer**

Alle Wohnungslosen und Hausbesitzer decken ihren Bedarf bei dieser Firma.

AUER & GRAUSS

Innsbruck, Leopoldstraße 7.

Austria-Bar Wein-Restaurant

Innsbruck, Anichstraße 24.

Vornehmstes Etablissement am Plage. Erstklassiger Mittag- und Abendtisch zu bürgerlichen Preisen. Vorzügliche Tiroler sowie ausländische Weine. Bier vom Fass.
Ab 9 Uhr abends: **Tanzbar.** Geöffnet ab 10 Uhr vormittags. Achtungsvollst. W. Ambach.

Bau- und Möbel-Fabrik Angerer & Heinzler

Innsbruck
Staatsbahnstr. 7 & 30

Sämtliche Bau-Ischlerarbeiten sowie Verästelungen, Innen-Ausstattungen und Möbel-Einrichtungen von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung. Tache de P. T. Bau-Ischler aufm rksam auf mein Tischler- und Schlosserarbeiten und Reparaturen. Günstige Zahlung abdingungen.

Innsbruck
Staatsbahnstraße 30

BAU- UND MÖBEL-TISCHLEREI
M·A·T·T·H·I·A·S B·U·K·O·W·E·T·Z
 INNSBRUCK, MARIA THERESIENSTRASSE 38

Wohn-, Schlaf- und Speisezimmer, Büro-Einrichtungen, Vertäfelungen jeder Art werden in allen Stilarten angefertigt
 Für solide Ausführung wird garantiert — Uebernahme sämtlicher Bauarbeiten

**Elektro-
 Artikel
 Apparate
 Material**

kaufen Sie
 preiswert bei



**P. Schneider
 Innsbruck**
 Karl Ludwigplatz Nr. 8
 Telefon Nr. 1167/6

Gegr. 1875
Volland & Erb, Innsbruck
 Heiliggeiststr. 3
 Filialen:
 Feldkirch — Lienz — Bozen

Abtlg. Bauwaren

Portland, Kalk, Ziegel, Tonröhren, Fensterglas
 Wand- und Bodenplatten-Beläge, Parketten, Kachelöfen
 Dachpappen, Asphaltprodukte, Schamottewaren
 Eiernitschiefer — lugenlose Neoxylonböden

**Elektro-Material
 G. A. Bartenbach, Innsbruck**

Fallmerayerstraße 4 :: Telefon 1068/IV
 Postsparkassenkonto Nr. 194 323

**Motore, Dynamos
 Ventilatoren, Staubsauger, Leitungsdrähte, Glühbirnen
 Schwachstrombedarf, Koch- und Heizapparate
 Armaturen, Installationsmaterial usw.**

Uebernahme von Installationen und Reparaturen ::: Anfertigung von Seldenschirmen in jeder Ausführung

Mitglieder des Vereines decken ihren Bedarf bei Firmen,
 die in unserer Zeitung inserieren.

**Tachezy
 Gummi**

ganz verlässliche frische
 Ware

6 Stück Blaupackung . . . 1 Schilling
 6 . Grün 1 1/2
 6 . Rot 2

Versand über die ganze Welt
Ludwig Tachezy

Innsbruck, Museumsstraße 22
 und Bozen, Landstr. 38

D. Bridarolli

Innsbruck, Müllersir. Nr. 9
 Telefon Nr. 898

Wasserleitungen
 Kanalisierungen
 Brunnen
 Waschtische
 Klosett-Anlagen
 Bäder
 sowie sämtliche einschlägigen Artikel



Leset und verbreitet eure Zeitung!

**Warenhaus
 Bauer - Schwarz**

Gegründet 1868

Innsbruck, Maria Theresienstr. 33-35

bildet als größtes Kaufhaus der Stadt für
 Jedermann die gediegenste und billigste
 Einkaufsquelle!

Für das Frühjahr empfehlen wir:

**Damenkleidung, Damenhüte, Schuhe,
 Kleiderstoffe, Ausputz- und Mode-Artikel,
 Wäsche, Herren-Modewaren,
 Wirtschafts-Artikel, Haus- und Küchengeräte,
 Galanteriewaren,
 Parfümerie- und Putzartikel etc.**

Zu unserem bekannt größten Kundenkreis zählen infolge un-
 serer Preiswürdigkeit, reichen Auswahl, wie sorgfältigster Be-
 dienung, der Mittelstand, insbesondere alle Fixbesoldeten!

Der Obdachlose

und Wohnungsuchende

Schriftleitung und Verwaltung:
Innsbruck, Rennweg Nummer 6
Inserate nach Tarif //

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 9

Innsbruck, 1. Mai 1924

Erscheint 14 tägig

Das Elend des Staates Oesterreich.

Index Null Prozent. — Wohnungs- und Siedlungsfonds erschöpft. — 300 Milliarden für Börsespekulanten.

Der Friede von Saint-Germain hat gegen den Willen der gesamten Bevölkerung Oesterreichs die heutige Gestaltung des Staates uns aufgezwungen. Seit dieses verkrüppelte Oesterreich besteht, ist seine Signatur eine wirtschaftliche Notlage des Großteils der Bevölkerung, eine Verkümmern der Industrie, ein überaus schwach entwickelter Handel, eine unzureichende Besoldung der öffentlichen und privaten Angestellten und eine entsetzliche Wohnungsnot. Man hat das frühere zwar national gespalten, aber wirtschaftlich sich gegenseitig ergänzende Oesterreich-Ungarn zerschlagen, es bildeten sich die Nationalstaaten, aber keineswegs auf Grund des Nationalitätenprinzips. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit hat man wirtschaftlich hochstehende deutsche Gebiete dem tschechischen, südslawischen, beziehungsweise italienischen Staate einverleibt und ein Oesterreich gezimmert, das eine geographische und wirtschaftliche Mißgeburt darstellt. Dieses Staatengebilde ist ohne Lebensfähigkeit, ist angewiesen auf das Ausland in allen lebenswichtigen Produkten, sein größtes Reichtum, die Wasserkraften bedürfen zur Erschließung des Auslandskapitals, sein Holzreichtum muß zur Aufbesserung der Handelsbilanz ausgeführt werden.

In den ersten Lebensjahren war unser Staat zur Fristung des nackten Lebens auf den Bettel im Ausland angewiesen. Nicht nur die demoralisierende Wirkung dieser Bettellei eines ganzen Volkes war tief zu beklagen, das arme gepeinigete Oesterreich wurde dem Gespötte der ganzen Welt ausgesetzt, unsere immer tiefer im Werte sinkende Krone durfte unter dem Hohngelächter des Auslandes als Flaschenetikette, als Tapete für Wohnräume, als Prämie für den Ankauf von Massenartikeln in den valutastarken Ländern verwendet werden.

Erst seit nahezu zwei Jahren ist es unserem genialen und energischen Bundeskanzler gelungen, eine Stabilisierung der Krone, eine Einstellung der Betteluppen zu bewirken, kurz, einigermaßen Ordnung in unseren Staatshaushalt zu bringen. Gewiß, alle Kreise der Bevölkerung mußten große, fast unerschwingliche Opfer bringen, die Steuern wurden erhöht, wirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeiten wurden gedrosselt, zehntausende Beamte abgebaut und der Staat unter die Vormundschaft eines Auslandskommissärs gestellt.

Aber niemand, sei er nun Anhänger oder Gegner der heutigen Regierung, hat geglaubt, daß die Sanierung eine dauernde Lebensfähigkeit Oesterreichs verbürgt. Es fehlen hiefür die wirtschaftlichen Vorbedingungen, wir sind zu sehr abhängig von der Auslandszufuhr und müssen stets mit einer passiven Handelsbilanz rechnen. Nur die Lage im Zentrum Europas, die Wichtigkeit Wiens als Tor in den Orient, läßt Oesterreich den fremden Ländern wertvoll erscheinen, da eine Aufteilung dieses Landes zu gefährlich ist. Daher das internationale Bestreben nach Erhaltung dieses Staates. Auch viele Bewohner glaubten schon, daß wir nach der Gewährung des Völkerbundkredites und der Sanierung der Krone geborgen sind — der österreichische Volkscharakter ist ja heute schwärzestes Geräuze und morgen heller Jubel — aber da entstanden nun in der letzten Zeit Schwierigkeiten, die die Existenz dieses Staates zu untergraben geeignet sind und die wirtschaftliche Existenz weiter Bevölkerungskreise gefährden.

Die gerechte Forderung nach endlicher Valorisierung der Gehälter und Löhne wurde aktuell, nach-

Eisenbahnverkehr und Wohnungspolitik.

Geldaushilfe für wohnungslose Beamte.

Wie beschafft man sich eine Dreizimmerwohnung?

Zu was Geld da ist. — Ein Blick in die Zukunft.

dem die Preise aller Bedarfsartikel nicht nur die Vorkriegeshöhe erreicht, sondern teilweise sogar schon überschritten haben. Die Stabilität unserer Währung hinderte nicht eine kontinuierliche Steigerung der Preise und Verteuerung der Lebenshaltung, naturgemäß mußte die Folge davon das allgemeine Verlangen nach Angleichung der Einkommen entstehen.

Unter den gegebenen Verhältnissen hat dieses Verlangen zu einer Reihe von Arbeitseinstellungen führen müssen, die wirtschaftlichen Schaden verursachten. Auch die Kleinrentner rührten sich und verlangten die Eintöfung ihrer Guthaben in gleich gutem Gelde, als ihre Einlagen erfolgten, denn sie können ihr jetziges Elend auf die Dauer nicht ertragen. Wir befinden uns in einem Stadium wirtschaftlicher Not, Industrie und Handel stockt, das Leihkapital ist nicht zu beschaffen oder zu verzinsen bei dieser Geldknappheit und dies alles erfordert entsprechende Maßnahmen des Staates.

Was zeigt sich nun in unserem Oesterreich?

Die stetig steigende Verteuerung der ohnedies gegenüber der Vorkriegszeit eingeschränkten Lebenshaltung — die Erzeisse einer reichgemordenen Schichte der Bevölkerung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen — wird nicht in dem Ausmaße berücksichtigt, wie es notwendig erscheint. Obwohl kein Mensch die steigende Teuerung leugnen kann, weil sie jeder am eigenen Leibe verspürt, weist der von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission ausgerechnete Index seit zwei Monaten keine Erhöhung aus. Die Vogel-Straußpolitik der Indexkommission ist ja mit den Händen zu greifen, man will Oesterreich vor wirtschaftlichen Erschütterungen bewahren, die eine verminderte Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie infolge erhöhter Lohnbezüge hervorrufen müßte. Geradezu aufreizend wirkt es aber, wenn für den Null-Index ins Treffen geführt wird, daß sich die Mietzinse nicht erhöht hätten. Alle Welt weiß, daß zwar infolge des Mieterbeschutzes die Mietzinse nicht gesteigert werden durften, aber jeder weiß auch, daß der zunehmende Verfall der Häuser umfangreiche Reparaturen erforderte, die von den Mietern in immer steigendem Maße gezahlt werden müssen, so daß die Miete sich gewaltig erhöht hat. Man weiß auch, daß die vielen Untermieter ganz unglaublich hohe Wohnungsmieten zahlen müssen. Nur die Indexkommission weiß es scheinbar nicht.

Die Wohnungsnot in allen Städten und Industrieorten wächst ganz entsetzlich und bedeutet schon eine Gefahr für die Kultur des Staatswesens. Der Staat hat mangels einer Privatbautätigkeit — die Ursachen derselben kennen unsere Leser — einen Wohnbau- und Siedlungsfonds geschaffen und fast nutzlos Milliarden hineingesteckt, er weist heute leere Kassen auf und das Wohnungselend wird immer größer und schrecklicher. Er ist daher ein untaugliches Mittel zur Beseitigung des sozialen Uebelstandes geworden und kein Mensch weiß, wie man ihm größere Mittel zuführen könnte, ohne das finanzielle Gleichgewicht im Staatshaushalt zu gefährden.

Nun haben wir in der letzten Zeit ein Ereignis erlebt, das als ein krasser Gegensatz zu dem geschilderten Elend des Staates und seiner Bevölke-

rung erscheint. Der Staat hat kein Geld zu einer Erhöhung der Bezüge seiner Angestellten, er hat kein Geld für die Kleinrentner und die Opfer des Krieges, er muß die Steuern ungeheuer erhöhen und damit die Lebenshaltung der Bevölkerung herabsetzen, denn der Index weist keine Erhöhung aus, er muß die Abhängigkeit vom Auslandskapital, die finanzielle Bevormundung durch einen kostspieligen Generalkommissär über sich ergehen lassen, er wird behandelt wie eine überseeische Kolonie. Der Staat ist bejammernswert und seine Bewohner seufzen unter den Folgen des verlorenen Krieges.

Und nun wird die Welt überrascht von einer Spekulationskrise in Oesterreich. Große und kleine Banken, private Geldmänner, deren Vermögensvermehrung während und nach dem Kriege nicht den Moralbegriffen der Masse standzuhalten vermag, alle diese um das goldene Kalb tanzenden Kreise, die kein Geld für den Bau von Wohnhäusern, für die Industrie haben, weil sie zu wenig Profit davon haben, stürzen sich mit hunderten von Milliarden in eine Frankenspekulation, aus der sie mit Milliardenverlusten hervorgehen. Diese Spekulation bedeutet einen Verlust von einer Billion Kronen für Oesterreich, wenn auch das Geld nicht dem Staate, sondern den Börsenhäusern gehörte. Wie viel Elend hätte mit dieser Summe beseitigt werden können, wie sehr hätte man sich damit von der Fuchtel der Auslandskontrolle befreien können?

Doch nun kommt noch das Schlimmste an der Sache. Logischerweise hätte man die gerupften Börsespekulanten ihrem gerechten Schicksal überlassen müssen, und wenn ein paar solcher Kreaturen sich selbst ins Jenseits befördert hätten, wäre es kein Nachteil für das Volk gewesen. Aber das Schicksal des unglücklichen Staates und seiner Volkswirtschaft ist leider eng verknüpft mit dem Schicksal seiner Geldinstitute und Wertpapiere, daß ein Börsenkrach auch zugleich eine Wirtschaftskrise heraufbeschworen hätte mit all den schlimmen Folgen einer solchen, Arbeitslosigkeit und vermehrtes Elend. Die Regierung mußte daher verhindern, daß die Börse das Schauspiel aus dem Jahre 1873 wiederholt.

Der oberste Beamte des Staates, der Bundeskanzler, mußte, nachdem der Regierung das Verfügungsrecht über den Völkerbundkredit nur im Einvernehmen mit dem Generalkommissär zusteht, diesen bitten, die notwendigen Milliarden für die Abwendung der drohenden wirtschaftlichen Gefahr frei zu stellen. Bekanntlich ist aber das Verhältnis des Bundeskanzlers zum Generalkommissär ungefähr so, wie das des Wirtes zu einem unbequemen Gast, er möchte ihn gerne loshaben, fürchtet aber die Nachteile eines Hinauswurfes. Der Generalkommissär hatte nun eine Gelegenheit, seine Machtfülle zu erweisen und er verweigerte dem Bundeskanzler die verlangte Freistellung der notwendigen Gelder, wie er sich auch weigert, den Rest des Völkerbundkredites zu den in Oesterreich so notwendigen Investitionen freizugeben. Abgewiesen wie ein lästiger Bettler, mußte der Bundeskanzler, der gewiß ein großes patriotisches Opfer brachte, als er das Genfer Protokoll unterschrieb und im Nationalrat vertrat, eine Wirtschaftskrise ohnmächtig

herannahen lassen. Da trat nun Bofel, der aus der Spekulation mit den französischen Franken wie sein amerikanischer Kollege Morgan als Sieger hervorging, verlangt oder unverlangt an den Generalkommissär heran und es kann als ein symptomatisches Geschehen bezeichnet werden, daß der Generalkommissär dem Bankdirektor Bofel das bewilligte, was er dem Bundeskanzler Seipel brüsk verweigert hatte.

Das Elend des Staates Oesterreich erweist sich nach dem Gesagten evident. Will man den Schuldigen daran suchen, so ist es zum Großteil die unerschöpfliche Geduld der Bevölkerung, die es erträgt, daß man mit ihr sich alles erlauben darf.

Aber noch eine typische charakteristische Eigenheit des Oesterreichers gibt uns die Erklärung, daß mit diesem im Grund genommen, trotz der hohen Kulturstufe so gutmütigen, aber auch einfältigen Volke alles gemacht werden kann:

„Es wird schon gehen,“ ist der urwüchsigste österreichische Ausspruch, den man seit jeher bei uns gehört hat.

„Es wird schon gehen,“ hat es geheißt während des Weltkrieges und es ist auch gegangen bis zum Zusammenbruch.

„Es wird schon gehen,“ hörte man, als die Waffenstillstandsbedingungen unterzeichnet wurden — und es ist gegangen bis zum Friedensvertrag von St. Germain, der uns gleich den elendsten Straßenträubern alles gestohlen und geraubt hat.

„Es wird schon gehen,“ hieß es, als der Friedensvertrag unterschrieben und angenommen wurde. Und es ist gegangen, nämlich das Betteln um das tägliche Brot. Und so sagen wir auch, es wird schon gehen mit der Lösung der Wohnungsfrage, und es wird gehen, bis zum Zusammenbruch analog wie im Jahre 1918.

Geldaushilfe für wohnungslose Beamte.

„Es können jetzt verheirateten Bundesangestellten, die von amtswegen an einen anderen Dienstort versetzt werden und in ihrem neuen Domizil keine neue Wohnung erhalten können, besondere Aushilfen über Ansuchen bewilligt werden, wenn sie zwar zur Führung eines doppelten Haushaltes nicht gezwungen sind, ihnen aber infolge des Wohnens fern vom Dienstorte außerordentliche Auslagen erwachsen. Die Höhe der Aushilfe obliegt dem freien Ermessen, darf aber keinesfalls die Hälfte der Tagesblüten überschreiten. Die Aushilfe ist bloß bis zur Erlangung einer Wohnung, grundsätzlich jedoch nur bis zur Höchstdauer von drei Monaten zu gewähren. Eine Vorzahlung über drei Monate hinaus kann nur in außerordentlichen Fällen erfolgen.“

So ein Erlaß des Ministeriums für Unterricht. Andere Ministerien haben analoge Erlässe herausgegeben. Wir bringen dies sämtlichen Bundesangestellten zur Kenntnis, weil wir erstens nicht genau wissen, ob die Betroffenen wirklich alle in Kenntnis dieses Erlasses sind und zweitens, weil wir die Absicht haben, auf Grund dieser Verordnungen für die gesamten Bundesangestellten, die in die Kategorie Wohnungssuchende einzureihen sind (also getrennter Haushalt, Auswärtswohnende, Untermieter, Pensionäre, Hotelgänger usw.) eine Aktion einzuleiten, daß die Quartiersgeldbeihilfe auch für diese angeführten Bundesangestellten im selben Ausmaße wie den Zutransferierten gewährt wird.

Ein Blick in die Zukunft.

Eine Wanderung durch das Wohnungsamt nach zehn Jahren.

In den letzten Jahren haben sämtliche Redakteure und Sozialpolitiker der Stadt unzählige Male Streifzüge durch die Elendsquartiere der Waggonbewohner und Obdachlosen gemacht und ellenlange Abhandlungen über ihre Eindrücke veröffentlicht. In der letzten Zeit erfolgten aber immer häufiger solenne Hinauswürfe der theoretisierenden Menschenfreunde, so daß diese Exkursionen ins Elend aufhörten.

Als anpassungsfähiger Journalist habe ich mich daher entschlossen, auf eine originellere Art die schöne Einrichtung der Wanderungen durch das Elend fortzusetzen, aber nicht mehr zu den Elendsbewohnern, sondern zu deren von der gottgewollten Obrigkeit eingesehten Vorsehung, zum Wohnungsamt zu gehen. Hier an der Quelle dürfte ich hoffen, am besten zu erfahren, wie die Dinge stehen, und so machte ich mich am 1. April 1924 auf die Socken. Wenn der Leser meint, daß wir doch erst im Jahre 1924 leben und ich daher nicht über einen Besuch im Jahre 1924 berichten könne, so läßt er die Tatsache außeracht, daß ein tüchtiger Zeitungsschreiber vorausahnend den Gang der Ereignisse zu schildern verstehen muß.

Bei meinem Besuche im Wohnungsamt merkte ich sofort, daß die verflochtenen zehn Jahre an diesem Institute nicht spurlos vorübergegangen sind. Individuell hat es weder etwas gelernt, noch vergessen, was man Konsequenz nennt, in seiner Gesamtheit hat es jedoch sich zu einer Stadt in der Stadt, ja geradezu zu einer Filiale der göttlichen Vorsehung ausgestaltet.

Die berühmten ärgerlichen und mißbilligenden Blicke

Wir wollen zu dieser kurzen Notiz heute keine näheren Ausführungen bringen, geben aber allen Bundesangestellten bekannt, daß wir in Wien bereits mit Hilfe einiger Nationalräte diese Angelegenheit seit einigen Wochen intensiv betreiben. Alle wohnungssuchenden Bundesangestellten, die diesbezügliche Auskünfte wünschen, mögen sich in der Kanzlei des Vereines einfinden.

Zur Orientierung sei noch bekannt gegeben, daß allerdings die Vertretung der Beamten, der fünfundsüßwanziger Ausschuß, anlässlich der Verhandlungen über die endgültige Lösung der Befoldungsfrage, die Aktivitätszulagen (Quartiersgeldbeihilfen) für die gesamte Beamtenenschaft fordert, doch ist eine wirklich betriebende Lösung (durch Valorisierung der Einkommen der Bundesangestellten) in absehbarer Zeit keineswegs zu erwarten.

Zu was Geld da ist.

Das Organ der Mieter und Kleinpächter in Graz, „Der Mieterschutz“, eine mit uns alliierte Großorganisation, bringt in ihrer Ausgabe vom 26. April d. J. nachstehenden kurzen Artikel:

„Wie wir lesen, vollzogen sich die Vorbereitungen für den Bagerkönig unter kolossaler Aufmachung. Die Zeitungen brachten seitenlange Inserate und eben solche Besprechungen. Der Sportplatz Hohe Warte wurde ganz mit Bretterboden und aufsteigenden Tribünen bedeckt. Herrichtung, Kesseln und Plakate verschlangen drei Milliarden. Ein Ringstich kostete zwei Millionen, der billigste Sitzplatz eine halbe Million. Carpentier erhält als Kampfbörse eine halbe Milliarde, die „Wienna“ als Plakatierte 100 Millionen. Wir sind gewiß keine Mietsmacher und gönnen jedem seine Freude, auch dem Sportmann. Wenn wir aber bedenken, wie die sähigsten Köpfe sich zerbrechen, um herauszufinden, woher die für den Wohnbau so notwendigen Milliarden herzunehmen wären, hier aber Milliarden geradezu hinausgeworfen werden, so will in uns sicherlich ein gerechter Born aufsteigen gegen diese Lotterwirtschaft. Es geschieht auch nicht mit Unrecht, wenn die „Arbeiter-Zeitung“, die sonst uns ferne genug steht, einen großen Teil der Schuld einer gewissen Presse zuschiebt. Sie schreibt: „... Aber Maß halten muß man in diesen Dingen, die Suggestion, die von ihnen ausgeht und in die Massen dringt, muß in Grenzen gebannt bleiben, die vom Geschmack und Kulturwissen gezogen sind. Wenn das nicht der Fall ist und den großen Gladiatoren Triumph zuerkannt werden, die ihrer Bedeutung für das Ganze unseres zivilisatorischen Zusammenhanges völlig unangemessen sind, so ist das lediglich die Schuld der Zeitungen. Jener Zeitungen, die zwar im Weltartikel und im Feuilleton gelegentlich über solche Ausgelassenheiten die Nase rümpfen, aber schon auf der zweiten Seite, wenn irgendwo eine glatte Sensation und vor allem Inserate winken, alle Bügel ihrer guten Erziehung schmeißen lassen und sich weder durch guten Geschmack noch durch das Kulturwissen im geringsten beirren lassen, alle Böbelinstinkte zu wecken. Wer in den letzten Tagen wahrgenommen hat, was für Geschichten die bürgerlichen Zeitungen mit dem Carpentier gemacht haben, geradezu mit der Absicht, einen Sturm zu erzeugen, den wird es nicht wundern, daß dem Vormeister gestern ein Hofstannageheul entgegenstieß, als ob wirklich der Heiland in Wien eingezogen wäre.“

Da unterschreiben wir auch jede Zeile.“ Da wir einen ähnlichen und dem Inhalte gleichlautenden Artikel für unsere Zeitung fertig hatten und wir der Auffassung sind, daß man nicht genügend oft und bei jedem Anlasse bei Ausgaben größerer Summen analog mit der Wohnungsnot und der daraus entstehenden Volksschäden ziehen kann, so veröffentlichen wir diesen kurzen Aufsatz der Grazer Mieterschutzzeitung.

der Beamten beim Erscheinen eines neuen Besuchers schienen mir an Intensität zugenommen zu haben, was schließlich begreiflich ist, denn es gab doch ohnehin genug Wohnungssuchende in den Vormerklisten und für Neuanmeldungen bestand wenigstens bei den Beamten kein Bedürfnis. Das Anmelden hatte man doch ohnehin genügend erschwert und dennoch gab es Illusionisten, die bei der Anmeldung seelenruhig eine Stempelgebühr von fünf Millionen und für jedes Wort einer Auskunft die hohe Telegraphengebühr mit Belästigungszuschlag bezahlten, um nur eine Vormerknummer zu erhalten. Es bestand allerdings der Verdacht, daß die schon auf sechs Ziffern gestiegenen Vormerknummern, dreimal geteilt, zum Gewinnen eines Ternos in der Zahlenlotterie mißbraucht werden, aber es war nicht nachweisbar. Die Vorgemerkten hatten die Anwartschaft, schon in der fünften Generation ihrer Familie in die zweitletzte Vormerkliste zu gelangen, dann in weiteren Zeitabschnitten von je fünfzig Jahren bis zur ersten Gruppe automatisch vorzurücken. Dann waren nur noch die bevorzugten Gruppen Vorbringliche, Dringlich-Vorbringliche, Delogierte, Bevorzugt-Delogierte und Jahrlungsfähig-Abblösfähige in je drei Generationen zu durchheilen, um bestimmt hoffen zu können, eine Wohnung wirklich zu bekommen.

Als ich meine Visitenkarte übergab, hellten sich zu sehends die Blicke der Beamten auf und als ich den Zweck meines Besuches erläuterte, spitzte der Evidenzbeamte an Stelle seines Tintenstiftes seine beiden Ohren und hieß mich freundlich willkommen, was seit dem Bestande des Wohnungsamtes noch keinem Lebenden passiert war. Der Beamte meinte, nun werde die große Öffentlichkeit endlich einmal die Wichtigkeit und unbedingte Notwendigkeit des Wohnungsamtes erkennen, was bisher trotz Veröffentlichung von tausenden Stati-

Eisenbahnverkehr und Wohnungspolitik.

Das große Eisenbahnunglück bei Bellinzona, das viele Opfer an Menschenleben und Gesundheit erforderte, beschäftigt unsere Tagespresse in spaltenlangen Artikeln. Dies menschlich begreiflich, denn, wenn zwanzig lebende Menschen auf einmal in blutige Fezen und verfohlte Klumpen sich verwandeln, entsetzt man sich darüber und fragt nach den Verantwortlichen und nach der Möglichkeit, solche Verluste in Zukunft zu verhindern.

Es besteht ein allgemeines Einverständnis über die Notwendigkeit, das Verkehrsweesen so zu gestalten, daß Verluste von Menschenleben, Schäden an Gesundheit und Vermögen vermieden werden.

Aber gilt dieses Verbot nicht auch für das Gebiet der Wohnungspolitik?

Falsche Weichenstellung auf der Eisenbahn kostet nur einige Menschenleben, falsche Weichenstellung in der Wohnungspolitik kostet tausenden Menschen das Leben und die Gesundheit, verursacht schwere Schäden an Moral, erzeugt Verbrechen.

Was würde man von den Leitern des Eisenbahnwesens sagen, wenn sie Eisenbahnunglücke verhindern könnten und es nicht tun? Aber politische Parteien und Regierungen, die durch die Aufrechterhaltung des Mieterschutzgesetzes in seiner heutigen Form es weiterhin ermutlichen, daß alte Häuser zugrunde gehen, ohne daß neue Häuser gebaut werden, die es verschulden, daß viele Menschen physisch und moralisch zu Grunde gehen, sie bleiben straflos und die gedankenlose Menschenherde läuft ihnen sogar hurrahschreiend nach.

Die Wohnungsnot kostet viel mehr Opfer, als das schlimmste Eisenbahnunglück. Und doch gibt es viele Menschen, die aus purem Egoismus, um fast umsonst wohnen zu können, aus politischem Egoismus, um sich ihre Anhänger zu erhalten, die Aufrechterhaltung der heutigen Wohnungsgesetze begehren, diese menschenmordenden Gesetze preisen, als ob sie die größte Errungenschaft der Kriegszeit wären und das Glück der Menschheit bedeuteten.

Diese Haltung des Großteiles der Bevölkerung und ihrer politischen Vertretung entspringt nicht allein dem Egoismus, sondern auch dem grenzenlosen Unverstand, der nicht einsehen will, daß mit der Zeit das Bestehende zugrunde gehen muß und wenn nichts Neues gebaut wird, ein Zustand eintreten muß, der an die Zeit des Romadentums erinnert.

Der Grundsatz, daß Menschenleben und Menschengeundheit, daß das leibliche und moralische Wohl erhalten bleiben müssen, selbst wenn es dem Einzelnen und der Gesamtheit finanzielle Opfer auferlegt, gilt in der Wohnungspolitik nicht mehr. Unerbittlich wird der Kampf gegen den Abbau des Mieterschutzgesetzes geführt, mag er Folgen nach sich ziehen, die sich einmal rächen werden an der Gesamtheit des Volkes. Wer Anspruch darauf erhebt, Mensch zu sein, wer menschliches Fühlen empfindet, der kann nicht im Unklaren darüber sein, wohin das heutige Wohnungselend der Waggonbewohner, der Obdachlosen führt.

Wir fordern daher nicht bloß von den Eisenbahnverwaltungen, sondern auch von den politischen Parteien und der Regierung den notwendigen Respekt vor dem Leben und der Gesundheit der Menschen, wir fordern, daß die falschen Weichensteller auch in der Wohnungspolitik vom Volksgewissen zur Verantwortung gezogen werden, da ihr Vorgehen ein größeres Verbrechen ist, als die Sorg- oder Gewissenlosigkeit eines Eisenbahnbediensteten, der die Weichen auf der Bahnstrecke falsch stellt, so daß Menschenleben zugrunde gehen.

Denkt daran, ihr Führer des Volkes, daß es auch in der Wohnungspolitik um Menschenleben geht!

stiften — er zeigte auf ein Regal mit fünfzig dicken Bänden — nicht der Fall war.

Nun erfolgte der Rundgang durch die zweiunddreißig Zimmer des Wohnungsamtes, für welches ein eigenes Gebäude mit einem Kostenaufwande von etlichen Millionen hergesteilt werden mußte.

In einigen Zimmern wurden die Parteien empfangen. Eine Halbkompagnie ganz neu abjustierter Wachleute hatte dort für die Ordnung zu sorgen und einen Raum freizuhalten, damit der seit drei Jahren vorzüglich funktionierende Hinauswurf-Apparat zubringlicher und schimpfender Frequentanten des Amtes nicht in seiner Tätigkeit behindert werde. Der Empfang und der Hinauswurf funktionierten ganz tadellos. Es war entschieden ein Fortschritt.

In einigen Räumen waren Beamte damit beschäftigt, die alten Konstriptionsnummern der Häuser der Altstadt aus den Chroniken der Stadt abzuschreiben, um das amtliche Ziffernmaterial für die Statistiken zu gewinnen. Denn auf den amtlichen Charakter legte das Wohnungsamt den Hauptwert, wenn auch sonst die Ziffern keinen Wert hatten. Eine Eigentümlichkeit fiel mir bei den Beamten dieser Abteilung in die Augen. Sie hatten stark abgenützte Hosenhintertheile und man erklärte mir die Sache so, daß seit Bestand des Amtes diese Arbeit gemacht wurde und sie eben die Hosenhintertheile mehr strapazieren, als das Gehirn. Das war einleuchtend.

In einem mächtigen Saale waren in mehreren Riesenkatasterlästen alphabetisch, arithmetisch und chronologisch die Namen der Wohnungsbedürftigen aller erwähnten Abteilungen sein geordnet. Jede Liste wies mindestens fünfhundert und höchstens zehntausend Namen aus. Auf einer Wandtafel waren, damit kein Irrtum passieren konnte, die in den letzten zehn Jahren zusammengestürzten

Wie beschafft man sich eine Dreizimmerwohnung?

Stadthaumeister Dr. Großer-Frankfurt a. M., einer der besten Kenner der deutschen Wohnungsverhältnisse, gab auf obige Frage im „Frankf. Generalanzeiger“ folgende Antwort, die beweist, daß die Verhältnisse in Deutschland genau so wie bei uns liegen:

Am 1. April 1924 wurden in Frankfurt a. M. insgesamt 17.225, davon 810 Ein-, 11.284 Zwei-, 3709 Drei-, 1121 Vier-, 272 Fünf- und 29 Sechszimmerwohnungen gesucht.

Inhabern von Dringlichkeitscheinen bis zu einer gewissen Nummer ist erlaubt, Wohnungen passender Größe anzukaufen. In Frage kommen Privatwohnungen, deren Inhaber unter Verzicht auf eine hierige Wohnung nach auswärtig ziehen. Je nach den Umständen werden für eine Drei- bis Vierzimmerwohnung 1000—1500 Goldmark vergütet; außerdem ist meist das Mobiliar und die Wohnungsinstandsetzung mit zu übernehmen. Wer unbefugt eine Wohnung auskauft, hat im Genehmigungsfall dem Wohnungsamt eine Ablösungssumme zu beschaffen, die zum Ausgleich der bevorzugten Unterbringung im Interesse der Allgemeinheit verlangt werden muß und die den Kosten einer neuherzustellenden Wohnung gleichkommt. Kapitalkräftige Wohnungssuchende handeln deshalb zweckmäßiger, wenn sie sich eine ihren Wünschen entsprechende neue Wohnung im Ein- oder Mehrfamilienhaufe herstellen oder verschaffen.

Wer über größere Vermittler verfügt und erst später sich allein wohnen will, aber eben nur wenige Räume benötigt, für den empfiehlt sich ein Eigenhaus mit 5 bis 6 Zimmern, welche vorübergehend in zwei kleinere Wohnungen geteilt werden können, derart, daß jede derselben für sich abschließbar ist. Die Baukosten stellen sich beim drei- bis viergeschossigen Reihenhause am niedrigsten.

Wer Wohnungen durch Neubauten (oder durch Um-, beziehungsweise Ausbauten) selbst schafft, kann über diese Wohnungen frei verfügen und den Mietzins ohne Miet-einigungsamt festsetzen; denn das Reichsmietengesetz gilt für derartige Wohnungen nicht. Er kann die Wohnung einer selbstgewählten Mietpartei ohne behördliche Mitwirkung vermieten und seinem Mieter wie früher vertragmäßig kündigen. Solche Wohnungen unterliegen auch keiner Beschlagnahme und keiner sonstigen Zwangsmäßnahme.

Trotzdem liegt aber die private Neubautätigkeit, der bis zum Kriege fast ausschließlich die Beschaffung der sogenannten Mittelwohnungen oblag, vollständig darnieder. Dank der jetzigen festen Selbstwährung sind unsere Volkswirtschaft und der private Unternehmungsgeist wesentlich besser geworden. Die unsichere Preisgestaltung ist behoben, sodaß die mit so vielen anderen Erwerbszweigen zusammenhängende Bautätigkeit nun wieder aufleben kann. Wir sind im Begriff, den Wohnungsbau von verlorenen öffentlichen Zuschüssen unabhängig und ertragsfähig zu machen, wozu auch weitere Erleichterungen in den öffentlichen Abgaben und baupolizeilichen Vorschriften, eine zielbewußte Baustoffpolitik und die Aushebung des Achtstundentages während der günstigen Bauperiode dienen sollen. Wir müssen jetzt, nachdem auch in den alten Wohnungen sehr bald die Mieten auf die Höhe der Friedenspreise und je nach den späteren wirtschaftlichen Verhältnissen darüber hinaus steigen werden, die private Bauunternehmung wieder in Gang setzen.

Der Mietertrag eines Wohnhauses soll die erwachsenden Kosten decken, d. h. die Betriebskosten, die Amorti-

sation und die Zinsen des angelegten Kapitals. Der durchschnittliche Mietzins der im Jahre 1913 neugebauten Privatwohnungen in Mehrfamilienhäusern betrug bei drei Zimmern 585, bei vier Zimmern 902 und bei fünf Zimmern 1348 Mark. Die Miete entsprach damals einem Viertel bis einem Fünftel des deklarierten Einkommens der betreffenden Wohnungsinhaber. Bei einer Rente von sechseinhalb v. H. der Gestehungskosten (Bauplatz und Baukosten) waren hiernach für eine Drei-Zimmerwohnung rund 9000 Mark, für eine Vierzimmerwohnung rund 14.000 Mark aufzuwenden. Gegenwärtig ist mit einem Zuschlag von rund 20 v. H. zu rechnen, sodaß eine Drei-Zimmerwohnung etwa 11.000 Goldmark, eine Vier-Zimmerwohnung rund 17.000 Goldmark kosten würde.

In der Annahme, daß es sich ermöglichen ließe, die Hälfte der Gestehungskosten zu einem erträglichen Zinsfuß als hypothekarische Darlehen zu erhalten, wäre Wohnungssuchenden mit einem verfügbaren Kapital von 6000, beziehungsweise 9000 Goldmark Gelegenheit geboten, auf dem Wege der Selbsthilfe mit anderen zusammen sich eine Drei- oder Vier-Zimmerwohnung zu beschaffen und zwar derart, daß etwa vier bis sechs Personen eine G. m. b. H. bilden und sich durch einen Sachverständigen ein Haus mit der entsprechenden Anzahl von Wohnungen bauen lassen. Wenn ein solches gemeinsames Vorgehen nicht behagt und wer lieber ein Häuschen für sich haben möchte, der wird genötigt sein, etwas tiefer in den Geldbeutel zu greifen.

Die erforderlichen Bauplatzflächen sind in Frankfurt vorerst noch in genügendem Umfange vorhanden, teils im Privatbesitz, teils im Besitz der Stadtgemeinde und der Stiftungen.

Ob allerdings die Voraussetzung, daß ein größerer Teil der Baukosten auf Hypothek erhältlich ist, sich verwirklichen läßt, steht leider im Augenblick noch dahin. Wie man hört, sind in dieser Hinsicht Bemühungen im Gange, insbesondere bei den Hypothekendarlehen und bei dem städtischen Hypothekenamt. Sofern diesen Bemühungen der Erfolg versagt bleiben sollte, müßte man allerdings erklären, daß die Beschaffung einer Wohnung, abgesehen von der in weiter Ferne stehenden Zuteilung durch das Wohnungsamt, nur solchen Wohnungssuchenden möglich ist, die fast über die vollen Baukosten verfügen.

Von manchen Seiten hegt man demgegenüber Hoffnungen auf eine umfangreiche Bautätigkeit mit den Mitteln aus der vor einigen Tagen in Berlin beschlossenen Mietzinssteuer von 16 v. H. der Friedensmiete. Hieraus kann man aber keine großen Erwartungen setzen. Die Mietzinssteuer wird nur zum kleinsten Teil für den Wohnungsbau bereitgestellt werden, und zwar in der Weise, daß Hypotheken voraussichtlich in nur mäßiger Höhe, jedoch zu billigem Zinsfuß, gegeben werden. Die organisatorischen Bestimmungen über diese Gelder werden vermutlich so sein, daß es nur der Gemeinde möglich ist, unter Ausnutzung ihres Kredits Wohnungen zu errichten, die dann aber selbstverständlich nur den dringlich vorgemerkten Wohnungssuchenden, die schon mehrere Jahre warten, bereitgestellt werden.

Elendsbilder aus Innsbrucker Wohnungsverhältnissen.

Seit Jahren in einer Selbstkammer.

Frau W. bewohnt in der Amthorstraße am Dachboden ein Zimmer ohne Küche und ohne Wasser und muß mit drei anderen Familien zusammen ein Klosett teilen. Der

Die vom Amtsvorstand eingehend erklärte Einteilung der bewohnbaren Räume weist folgendes aus:

1. Liegeplätze für solche, die vor dem Ableben sind (sehr beschränkt);
2. Halb- oder Liegeplätze für Bewohner von über sechzig und unter einem Jahre (Säuglinge haben überhaupt keinen Platz);
3. Sitzplätze für Eltern, Verwandte bis ins vierte Glied, Mieter und kränkliche Kinder;
4. Sitzplätze auf beiden Füßen für gesunde Kinder und entfernte Verwandte;
5. Sitzplätze auf einem Fuß für aus Mitleid aufgenommene Obdachlose;
6. Wandplätze (Säcke an den Wänden) für Gäste von auswärts;
7. Hängematten, am Plafond angebracht, zur Reserve für vom Wohnungsamt zugewiesenen Zuwachs.

Der Amtsvorstand erklärte mir, daß durch diese Einrichtung zwei Drittel der durch den Zusammensturz der Häuser von achtzehn Straßenzügen obdachlos gewordenen Familien untergebracht werden konnten. Die übrigen wurden in die bestehenden Listen verteilt.

Als ich mir schließlich noch die Frage erlaubte, bis zu welchem Zeitpunkte der Amtsvorstand hoffe, daß die Wohnungsverhältnisse sich bessern werden, meinte er geheimnisvoll, der Wiener Seismograph habe für die nächsten acht Tage ein katastrophales Erdbeben für Tirol vorhergesagt. Wenn wir Glück haben, befindet sich Innsbruck im Erdbebenbereich und stürzt das Brandloch zusammen, die Stadt begrabend. Dann sei es mit der Wohnungsnot zu Ende und sogar das Wohnungsamt hätte damit seine Tätigkeit beendet. Schade sei es nur um die statistischen Feststellungen und das geschulte Personal, man denke daran, sie ins Ausland zu bringen, damit die wertvolle Einrichtung nicht verloren geht.

Rauch von drei Defen im Hause konzentriert sich täglich ausgerechnet im Zimmer dieser Familie, das einer Selbstkammer gleicht. So wohnt sie schon seit vier Jahren.

Idealer Familienzustand.

Hud. Bramer, Arbeiter bei Firma Korger, von Beruf Kellner mit Sprachkenntnissen, infolge seiner Intelligenz und des Zusammenbruchs um seinen ursprünglichen Beruf und Existenz gebracht, verheiratet, mit drei Kindern. Er wohnt in einer Glasveranda mit zwölf anderen Arbeitskollegen. Seine Frau mit einem Kinde in St. Anton am Arlberg, wo sie bedienstet ist. Seine beiden anderen Kinder durch Güte und Entgegenkommen des Herrn Korger in einem Feldbett auf einem offenen Boden.

Dies nur ein Beispiel für idealen Familienzustand, verursacht durch die Wohnungsnot und unsere hervorragende soziale Wohnungsfürsorge.

Wie in einer Sardinienbüchse.

Leophil M. wohnt in der Anatomiestraße in Untermiete mit Frau und 15 Monate altem Kind, zum Teil in der Küche und Vorzimmer. Die ganze Wohnung besteht aus zwei kleinen Zimmern und wird außer dem Ehepaar und dem kleinen Kinde noch von sieben anderen Personen bewohnt.

Prachtvolle Säuglingsfürsorge.

Robert M. wohnt im Stamfersfeld mit Frau und 8 Monate altem Kind in einer unbeheizbaren Kammer ohne Kochgelegenheit. Auf welche Weise bis jetzt das kleine Kind aufgezogen wurde, ist für jedermann unverständlich. Vielleicht ist eine Mutter so gutig und gibt uns Auskunft, wie man einen Säugling in einem unbeheizbaren Zimmer ohne Kochgelegenheit groß bringt.

Mitteilungen.

Der Verein der Obdachlosen in Bludenz hielt bereits dieser Tage seine 2. Generalversammlung ab. Diese Organisation, auf denselben Grundsätzen aufgebaut wie unsere, wird von einem rührigen und eifrigen Ausschuss geleitet, hat unsere Zeitung „Der Obdachlose“ als Fachorgan und unter der Leitung des dortigen Bürgermeisters eine Baugenossenschaft, ebenfalls analog wie unsere, gegründet. Es wäre nur im Interesse der Wohnungslosen, wenn in allen größeren Orten Tirols die Obdachlosen sich genau so zusammenschließen würden, wie es die Bludenzler getan haben. Wir sind immer gerne bereit, mit Rat und Tat neuzugründenden Organisationen zu Hilfe zu kommen.

Briefkasten.

Ant, Innsbruck. Sie haben vollständig Recht, daß der Mangel an Wohnungen viele Leute veranlaßt, einen Hausbesorgerposten anzunehmen, die aber entweder gar nicht die Absicht haben, ihren Verpflichtungen nachzukommen, oder es mangelt ihnen die Fähigkeiten hierfür. Das Wohnungsamt hat schon öfters erklärt, für derlei Leute absolut nicht sorgen zu wollen.

Mehrere Zuschriften. Wir erhalten unangefordert Karten und Briefe, in welchen uns Wohnungszunehmlichkeiten und dergleichen angezeigt werden. Derlei angezeigte Fälle werden von nun an nur mehr dann weitergeleitet, wenn der Betreffende nicht anonym schreibt. Jeder, der sich an uns wendet, muß der Vereinsleitung das Vertrauen entgegenbringen, daß er bei uns vollständig sicher sei. Außerdem haben wir die Erfahrung gemacht, daß anonyme Anzeigen zum größten Teile der Wahrheit nicht entsprechen.

Häuser zu sehen, in diese durfte natürlich niemand hinduzigiert werden.

In diesem Raume machte mir der Leiter der Abteilung freudestrahelnd die Mitteilung, daß gerade heute früh bei Amtsbeginn die Nachricht eingelangt sei, daß eine große Familie plötzlich an einer Wutübergehung gestorben sei, so daß ein Zimmer samt Küche frei geworden sei. Nach den neuesten Zuteilungsvorschriften habe er sofort drei Familien mit zwanzig Personen für diese Wohnung abkommandiert, was nun als neuer Belag für eine solche Wohnung gelte. Mit diesem Bedauern bemerkte der Beamte, daß laut amtlicher Feststellung ein solcher Glücksfall nur alle fünfzehn Jahre eintrete. Die häufiger vorkommenden Schwämmevergiftungen seien leider meist heilbar und für die Wohnungsvergebung daher nicht nutzbar zu machen.

Aus einem Nebenzimmer drang Lärm zu uns herüber. Wir erfuhren, daß es sich um einen Fall von Wohnungslärm handle. Einige seit nicht einmal zwölf Jahren vor-dringlich vorgemerkte Wohnungssuchende beschwerten sich darüber, daß in einer Dreizimmerwohnung bloß acht Familien mit 54 Personen einquartiert seien. Der Plafond sei noch völlig unbenutzt, man sehe nicht einmal Halen dort zum Aufhängen der Hängematten. Der Fall wurde durch Zuteilung von weiteren zwei Familien geschlossen.

Im letzten Zimmer thronte der Amtsvorstand, umgeben mit einer elektrisch geladenen Schutzvorrichtung vor Pressengriffen gegen seine Person. Der Abstreifer vor dem Zimmer war ebenfalls elektrisch geladen, nur war am Schreibtisch eine Abstellvorrichtung angebracht, die bei ungefährlichen Besuchern in Tätigkeit gesetzt wird. Hier konnte ich die sinnreiche Konstruktion der Wohnungsausnützung bewundern.

Massenvertilgungsmittel
erhältlich bei
Mäuse- Ratten- Josef Neumair'sche
Desinfektions-Anstalt
Innsbruck, Marktgr. 14.

Prima Portlandzement
Romanzement
Kalk, Gips, Ziegel
sowie alle Baumaterialien kaufen Sie gut und preiswert bei
Friedrich Biendl
INNSBRUCK, Anichstraße Nr. 24
Telephon Nr. 1087/II.

Feine Gummiwaren bei Tachezy, Museumstr. 22.	Größtes Toiletten-Seifen- Lager bei Tachezy, Museumstr. 22.	Damen- Monatsbinden sehr preiswert bei Tachezy, Museumstr. 22.	Rasierapparate System Gillette 22.500 bei Tachezy, Museumstr. 22.	Wanzenbrut vernichtet sicher ViktoriaLösung bei Tachezy, Museumstr. 22.	Fußbälle, Seelen-Pumpen äußerst preiswert bei Tachezy, Museumstr. 22.	Sehr haltbare Gummirosenträger 25.000 bei Tachezy, Museumstr. 22.
--	---	--	--	---	---	--

D. BridarolliInnsbruck, Müllersir. Nr. 9
Telephon Nr. 898

Wasserleitungen
Kanalisierungen
Brunnen
Waschtische
Klosett-Anlagen
Bäder
sowie sämtliche einschlägigen Artikel



**Möbel
Teppiche
Vorhänge**

besonders moderne und einfache
Schlafzimmer

Alle Wohnungslosen und Hausbesitzer
decken ihren Bedarf bei dieser Firma.

AUER & GRAUSS
Innsbruck, Leopoldstraße 7.

Wohnung von wegziehender Partei gegen Ab-
löse (Ueberfiedlungslohn) gesucht.
Vordringlich an die Redaktion d. Bl.

Eisenbahnbediensteter d. N., kinderloses Ehepaar, suchen
Hausmeisterposten
in Innsbruck, Umgebung oder Gall. Wir empfehlen diese
Partei den Hausbesitzern auf das wärmste.

Im Vorarlberger Drehofen-Portlandzement

anerkannt beste Marke „Lorüns“
In Bau- und Stuckgips, Weißstückkalk
Düngkalk und Düngegips / Gipsdiele / Rohrgewebe / Fensterglas usw.
liefert billigst:

Verkaufsstelle d. Zementwerke „LORÜNS“, Bludenz
WILHELM MÜLLER
INNSBRUCK, ERLERSTRASSE 11

Haus- u. Küchengeräte

jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge
in allen Ausführungen, Eisen- und Metall-
waren, landwirtschaftl. Geräte, Schrauben-
waren, Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche,
verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.

Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)
INNSBRUCK, Leopoldstraße 3 (Gasthof Greif)
Filiale: Museumstraße Nr. 28.

Kleine Anzeigen.**Bier als Notwohnung**

geeignete übertragbare Hütten, 4x21x24 m, gut
erhalten, verkauft à K 1.300.000
Villa „Regenbogen“, Zirl.

BAU- UND MÖBEL-TISCHLEREI**M·A·T·T·H·I·A·S B·U·K·O·W·E·T·Z**

INNSBRUCK, MARIA THERESIENSTRASSE 38

Wohn-, Schlaf- und Speisezimmer, Büro-Einrichtungen, Vertäfelungen jeder Art werden in allen Stil-
arten angefertigt

Für solide Ausführung wird garantiert — Uebernahme sämtlicher Bauarbeiten

Bau- und Möbel-Fabrik Angerer & Heinzeller

Innsbruck
Staatsbahnstraße 30

Sämtliche Bautischlerer-Arbeiten sowie Vertäfelungen, Innen-Ausstattungen
und Möbel-Einrichtungen von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung.
Mache die P. T. Hausbesitzer aufmerksam auf meine Tischler- und Schlosser-
Arbeiten und Reparaturen. Günstige Zahlungsbedingungen.

Innsbruck
Staatsbahnstraße 30

Kauft Lose der großen Effektenlotterie
des Obdachlosen-Vereines **Preis pro Los 10.000 Kronen**

Zu beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines in Innsbruck, Rathaus, Hof links.

Der Obdachlose

Schriftleitung und Verwaltung,
Innsbruck, Rennweg, Nummer 6
Anserate nach Tarif //

und Wohnungsuchende

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 10

Innsbruck, 15. Mai 1924

Erscheint 14 tägig

Es muß etwas geschehen.

Hausbesitzer, Mieter und Wohnungslose.

Wenn man in letzter Zeit die Versammlungen der Hausbesitzer und der Mieter verfolgt, so kommt man zur Ueberzeugung, daß zwischen diesen beiden Gruppen bereits derart viel Gift und Zwietracht gesät worden ist, daß es sehr viel guten Willen beiderseits erfordern wird, um das unbedingt notwendige Verständnis bei den Verhandlungen über den stufenweisen Abbau der Mietenschutzgesetze aufzubringen. Wir Wohnungslose haben n.e. einen aggressiven Ton gegen diese beiden Gruppen angeschlagen, sondern lediglich die Schäden, die die Mietengesetze uns Wohnungsuchenden gebracht haben, im Interesse der Obdachlosen aufgezeigt. Wohl aber nehmen wir scharf Stellung gegen die Beibehaltung der Wohnungszwangswirtschaft in der jetzigen Form, gegen die Bevucherung der Untermieter, gegen rückständige Delogierungen und gegen die vollständige Untätigkeit der Regierung, die Wohnungsnot abzubauen oder wenigstens zu lindern, wir haben aber auch stets den Standpunkt vertreten, daß ein Abbau des Mieterschutzes nur im Einklange mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des einzelnen und der Allgemeinheit überhaupt durchgeführt werden kann und daß die Kündigungsbeschränkungen so lange aufrecht erhalten bleiben müssen, bis Angebot und Nachfrage sich halbwegs decken. Unser Programm und unsere Forderungen hier nochmals zu wiederholen, unterlassen wir wegen Raummangel. Immerhin glauben wir, daß die Untermieter, Obdachlosen und Wohnungsuchenden, trotzdem sie durch die Mietengesetze bis jetzt so schwer geschädigt wurden, bis jetzt am ruhigsten waren.

Wenn die drei Gruppen — Hausbesitzer, Mieter und Obdachlose — sich ohne Voreingenommenheit über die Wohnungsfrage mit gutem Willen am Verhandlungstisch zusammenfinden werden, so kann wirklich für alle etwas Praktisches und Durchfhrbares zustande kommen. Es ergeht daher unser Ruf an alle drei Organisationen, sie mögen frei von jeder parteipolitischen Beeinflussung sich zusammentun, um eine gegenseitige Verderung der unglckseligen Wohnungspolitik herbeizuführen. Wer ehrlich, menschenfreundlich und patriotisch denkt, muß zugeben, daß es nicht länger geht, daß ein Großteil unserer Mitbürger bis jetzt nahezu umsonst wohnt, während ein anderer Teil um sein rechtmäßiges Gut gebracht wird und einem Großteil der Bevölkerung infolge des Vordringens der Bautätigkeit, der Beibehaltung dieser Wohnungspolitik, jede Aussicht genommen ist, endlich einmal bei Lebzeiten noch zu einer menschenwürdigen Wohnung zu gelangen.

Viele Hausbesitzer sind durch die Entrechtung ihres Eigentums gezwungen gewesen, ihre Objekte weit unter den Entstehungskosten zu veraufern andere wieder, die auf einen ruhigen Lebensabend gehopt haben, müssen sich weiter mühselig ihren Lebensunterhalt schwer verdienen und wieder andere lassen ihre Häuser, weil sie eben keine Freude mehr an ihnen haben, frühzeitig verfallen. Wir sprechen keineswegs von den vielen Schiebern und Spekulanten, die durch die Konjunktur Hausbesitzer wurden, sondern eben nur von jenen, die sich ihr ganzes Leben geplagt haben, um ein Haus zu erwerben, und von jenen Hausbesitzern, die nie Zinsbhanen und die jederzeit als haarschrtelnde, patriotische Staatsbürger sich benommen haben. Die Mieter wieder haben ein selbstverständliches Recht, so lange vor willkürlicher Kündigung, vor der Obdachlosigkeit geschtzt zu werden, so lange am Wohnungsmarkt keine neuen Wohnungen angeboten werden. Dieses Verlangen wird ihnen auch der einsichtsvolle Hausbesitzer und auch jene weniger glücklichen Familien, die im Besitze seiner eigenen Wohnung sind, zubilligen. Auch die Wohnungszinse der großen Masse der Mieter (Mittelstand und Arbeiter) müssen noch längere Zeit gesetzlich verankert bleiben, aber nicht so wie es durch das herrliche Mietengesetz vom 7. Dezember 1922 geschieht. Es wird auch jeder vernunftige Mieter zugeben, daß die Wohnungszinse nicht danach beschaffen sind, daß die praktische Bautätigkeit wieder aufleben kann. Wenn auch Neubauten ohne staatliche Unterstützung dem freien Verfall anheim gegeben überlassen bleiben, so liegt eben, abgesehen von der besseren Verwendung des Geldes in Industrie oder Spekulation, doch in allen Kreisen derjenigen, die über Kapitalien verfügen, ein Mißtrauen gegen die heutige Gesetzgebung vor. Der Eingriff in das Wirtschaftsleben, verursacht durch die Mietengesetze, wird von der gesamten Bevölkerung bereits schwer getragen und je länger dieser Zustand anhält, um so schwerer wird das Problem des Mieterschutzes, beziehungs-

Der Anfang vom Ende Trockene, aber traurige Zahlen In den Tod getrieben

weise der Wohnungsfrage gelöst werden. Ohne einer neuerlichen Erschütterung unseres Wirtschaftslebens, ohne eine Verschärfung der Industriekrise, überhaupt ohne Kampf, wird die sozial so eminent wichtige Frage der Wohnungsnot nicht erledigt werden können. Da aber die Wohnungslosen — die unheimlich an Zahl zunehmen — und bis jetzt durch Jahre hindurch eben wegen der Beibehaltung der Mietengesetze um ihr primitivstes Recht, um die Wohnung, betrogen wurden, müssen darauf bestehen, daß hier gründlich Wandel geschaffen wird, weil sonst noch mehr Familien seelisch, moralisch und körperlich zugrunde gehen. Es geht eben auf die Dauer nicht an, daß einerseits ein unerhrter Wohnungsluxus herrscht und andererseits die Mitbürger dem Untergange preisgegeben werden, weil sie keine Wohnung haben und keine bekommen werden.

Deshalb verlangen wir von der Regierung, daß sie, bevor im Parlament das Mieterschutzgesetz behandelt wird, mit den drei Organisationen die ganze Materie eingehend erörtert. Das Abgeordnetenhaus ist zwar unsere gesetzgebende Regierung, aber wenn Ausnahmen die Regel bestätigen, so hat es mit dem Spruche seine Richtigkeit: „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand.“

Mit vereinten Kräften.

Invalide, Kleinrentner und Wohnungslose.

Diese drei sozialen Aufgaben zu lösen, harrt noch immer unserer Regierung.

Wir geben zwar zu, daß für die Kleinrentner und für die wirklich kriegsinvaliden scheinbar doch etwas getan wurde, wenigstens behauptet dies die Regierung des fteren. Auch im Parlament wird dies manchmal behauptet. Daß dies nicht ausreichend und zur Zufriedenheit der Kleinrentner und Kriegsinvaliden geschieht, beweisen jedoch die vielen Demonstrationsversammlungen und die vielen Proteste und Beschwerden dieser Vereinigungen. Sicher ist nur eines; den wirklichen Kleinrentnern wird durch karitative Veranstellungen doch etwas geholfen. Die Schwerinvaliden bekommen eine Invalidenrente, die zum Sterben zu viel bedeutet, zum Leben zu wenig, aber es geschieht doch etwas. Für die dritte Gruppe, für die Obdachlosen und Wohnungslosen geschieht jedoch gar nichts. Tausende Familien sind durch die heutige Wohnungspolitik um jedwede Hoffnung auf Erlangung einer Wohnung bei Lebzeiten gebracht. Alle Klagen, Beschwerden und Demonstrationen der Wohnungslosen haben bis jetzt keine Hilfe gebracht. Vollkommen verstandlos steht die Regierung dieser so eminent wichtigen sozialen Frage gegenüber. Die Parlamentsparteien treiben mit der Wohnungsnot politischen Kuhhandel und das Mietenschutzgesetz wurde als ausgeprochenes Wahlschlager, bauend auf den schamlosen Egoismus der heutigen Menschen, ausgenhlt.

Bei den Obdachlosen und Wohnungslosen kommt nun langsam die Ueberzeugung, mit welchem grausamen Jhnmismus sie von der Regierung und den Parteien um ihr primitivstes materielles Recht betrogen werden. Den ersten Anlauf zum Zusammenschluß aller Wohnungslosen in Oesterreich haben wir bereits unternommen und die Not wird sie sehr bald eng zusammenschließen lassen. Wir sind fest überzeugt, daß in dem Moment, wo eine Reichsvereinigung der Wohnungslosen besteht, welche eine Wahlerzahl von annähernd 150.000 Personen darstellt, das Vhlen um Freundschaft und der Wahlerfang durch die politischen Parteien beginnen werden. Aber wir sagen es jetzt schon offen und ehrlich, genau so wie uns bis jetzt von überall die Türe gewiesen wurde, werden es die Obdachlosen dann mit den politischen Parteien tun. Die konsequente und zielbewusste Führung der bis jetzt bestehenden Wohnungslosenvereine gibt die sichere Gewähr, daß keine politische Partei weiter aus dem Unglück der Waggonebewohner, der Delogierten und aller jener Menschen, die in Elendquartieren hausen und zugrunde gehen müssen, politisches Kapital schlagen werden.

Diese Zeilen sollen in erster Linie bezwecken, die Invaliden und Kleinrentner anzuregen, ob es für sie zweckmäßig erscheint, eine große soziale Vereinigung der um ihr Recht gebrachten Gruppen und Vereinigungen zu schaffen. Wir glauben, daß sich eine so große Vereinigung von wirklich Invaliden, Kleinrentnern im vollsten Sinne des Wortes, verarmten Hausbesitzern, des zusammengebrochenen Mittelstandes und der Obdach- u. Wohnungslosen, wenn diese maßvoll und zielbewusst geführt wird, letzten Endes im Staate zu einem ganz bedeutenden Nachfaktor ausbauen kann, mit dem man sich überall rechnen müssen.

Die Wohnungsnot in Bludenz.

(Eigenbericht.)

Am Montag, den 5. Mai d. J., hielt der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Bludenz einen dem Ab- und Ausbau des Mietengesetzes und der Gründung einer Baugenossenschaft dienenden Vortragsabend, in welchem unser altbewährter Referent und Obmann Alfons Dragoni aus Innsbruck sprach. Seine Ausführungen waren rein sachlicher Natur. Er erlauerte den Zweck und die Ziele des Vereines und dessen Forderungen auf das Genueste. Er betonte, daß heute die praktische Selbsthilfe das beste Mittel ist zur Eindämmung, aber nie zur gänzlichen Behebung der Wohnungsnot. Unter praktischer Selbsthilfe versteht man die Förderung der privaten Bautätigkeit und somit regte er von allem Anfange die Gründung von Baugenossenschaften und den Zusammenschluß aller bestehenden Baugenossenschaften in einen Zweckverband analog dem Innsbrucker Brdervereine an. Der Kernpunkt des ganzen Elendes liegt im Fortbestehen des Mietengesetzes. Hätten die Regierung und die politischen Parteien ihre Pflicht getan, so wäre es niemals zur Organisation der Obdachlosen und Wohnungsuchenden gekommen. Bei Eingang in die Erläuterung der Forderungen erwähnte der Redner, daß trotz Wohnungsnot auf der anderen Seite geradezu ein Wohnungsluxus besteht, da einzelnen Parteien größere Wohnungen überlassen sind, die mit der Zimmervermietung den schamlosesten Bucher betreiben, ohne dem Hausbesitzer nur den kleinsten Anteil ihrer gewinnbringenden Aftervermietung zulassen zu lassen. Deshalb wird die Forderung erhoben, daß das im Gesetze vorgeschriebene Mehrzimmer zu entfallen habe und jeder Person über zehn Jahren nur ein Zimmer gebührt, so daß Kinder unter 10 Jahren nicht in den Besitz eines eigenen Zimmers kommen dürften. Daß alle Eingaben an die Ministerien bis heute abschlägig beschieden wurden, liegt klar vor Augen, wenn man bedenkt, daß ein Großteil dieser Herren, die sich mit der Frage befassen sollen, selbst Mieter sind und sich im Wohnen nicht schmälern lassen wollen. Darum wieder nur die eine Hilfe: die private Bautätigkeit, die Erstellung von Neubauten! Die Schuldtragenden an dem Elend sind nicht die Mieter, sondern die politischen Parteien.

Eine weitere Forderung ist der gesetzliche Zwang zum Bauen. Unter diese fallen: 1. die Banken, 2. die Industrie und 3. die nach heutigen Begriffen reichen Leute. Sie sollen gezwungen werden, für ihre Unternehmungen und ihre Angestellten eigene Bauten auszuführen und Kapitalien für Bauzwecke abzustoen. Falls sie dieser Verpflichtung nicht nachkommen, ist mit der Sperre des Unternehmens vorzugehen.

Es ist nicht allein mit dem Abbau des Mietengesetzes getan, es muß auch gesetzlich eine Quartiergeldbeihilfe an alle Beamten, Angestellten und Arbeiter festgelegt werden, sonst ist es nicht möglich, eine Mehrleistung zu ertragen.

Er besprach dann noch die Pflicht der Gemeinden, für Wohnungen zu sorgen. Um die Forderungen durchzusetzen, müssen sich alle, die von der Not betroffen sind, in einer machtvollen Organisation zusammenschließen. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

In der Wechselrede stimmte Kaufmann Hans Aumann Bludenz dem Referenten vollinhaltlich bei. Er setzte sich

das für ein, daß der Staat zu mäßigem Zinsfuß Geld für Bauten zur Verfügung stelle.

Vizebürgermeister Professor Stroß entbot im Namen der Stadtgemeinde der Versammlung den herzlichsten Gruß. Er teilte mit, daß die Stadtgemeinde das größte Interesse hegt, der Wohnungsnot abzuhelfen. Das Problem müsse rasch in Angriff genommen werden, die Zeit dürfe nicht nutzlos verstreichen.

Stadtrat Sieh (Soz.) polemisierte gegen den Referenten und sprach für Beibehaltung der Zwangsgehalte, worauf ihm Referent, Major Dragoni, in scharfen Worten erwiderte.

Der Obmann, Herr Alfred Dworkal, schloß mit der Bitte, Mitglieder für den Verein zu werben, mit dem Danke an alle Erschienenen die Versammlung.

Der Anfang vom Ende.

Eines sozialen Dramas letzter Akt.

Personen: Der Mann. — Die Frau. — Zwei kleine Kinder, die in einer herausgezogenen Kastenlade gebettet liegen und schlafen. — Eine Prüfungskommission des Wohnungsamtes.

Szene: Ein kleines, nur durch ein Gangfenster belichtetes Zimmer, wo von den Wänden das Wasser herabrinnt. Es ist einfach möbliert, aber die Möbel sind durch das Wasser ruiniert. Am Tisch wird auf dem Spirituskocher gerade gekocht. — Es ist 8 Uhr abends.

Der Mann (zirka 30 Jahre alt, mit intelligenten, aber von Sorge umdüsterten Zügen, finstler blickenden Augen, tritt ohne Gruß ins Zimmer, wirft seinen Hut aufs Bett und brummt): „Glendes Hundeleben!“

Die Frau (sieht bekümmert drein und ihre hübschen Züge werden dadurch vergrämt aussehend): „Also wieder einmal kommt man statt mit einem „Gruß Gott!“ mit Fluchen und Schimpfen zu seiner Familie heim. Das Arafelken und Fluchen nützt nichts, es weckt höchstens die Kinder, die Gott sei dank eingeschlafen sind. Was gibts denn schon wieder?“

Der Mann: „Der Teufel hol's! Wieder einige Stunden zwecklos herumgerannt, habe den Verdienstentgang und die Wohnung doch nicht bekommen können. Ich soll die Möbel ablösen, ganz wertloses Zeug übrigens, die Lieberfiedlung nach Graz bezahlen und die halben Kosten für die vor zwei Jahren gemachten Maserarbeiten übernehmen, zusammen vier Millionen. Woher nehmen und nicht fehlen? Es gibt für uns keine Erlösung aus dieser Hölle, in der wir zugrunde gehen. Und dies nennt sich Wohnungsfürsorge der Gemeinde, dafür haben wir Mieterschutzgesetze und Wohnungsämter und wie der Firteljanz zur Verhöhnung der Wohnungslosen noch heißt.“

Die Frau (traurig seufzend): „Was hilft's, das Aufbegehren. Jahrelang ist uns schon versprochen worden, wir sind bald an die Reihe, die Wohnung ist unsanitär und zum Wohnen ungeeignet, wir müssen hinaus. Man muß bald den Mut verlieren, aber einmal muß es doch anders werden!“

Der Mann: „Ja, bis wir alle vier krepiert und verfaul sind. Es nützt alles nichts! Jetzt haben wir drei Jahre lang uns bemüht, aus diesem mörderischen Loch, das nicht einmal als Magazin sich eignet, herauszukommen, sind vordringlich angemeldet; ich habe mich wiederholt halbe Tage lang im Wohnungsamt herumgebaldet, zwecklose Laufereien gehabt, Kommissionen waren paarmal schon da und was ist der Erfolg? Keine Aussicht, aus diesem elenden Loch hier herauszukommen, das man uns als „vorläufige Notwohnung“ zugewiesen hat.“ (Mit steigender Erregung, die auf Alkoholgenuss hindeutet): „Unsere Kinder müssen erbärmlich zugrunde gehen! Hätten wir Geld zur Ablöse, dann ja, dann bräuchten die armen Würmer da nicht in der Kastenlade auf modrigem Bettzeug, dahinstehend an ekelhaften Krankheiten, liegen, wir bräuchten es nicht mit ansehen, wie unsere paar schwer erworbenen Möbelstücke zugrunde gehen. Der Teufel hole dieses Hundeleben! Den ganzen Krieg habe ich mitgemacht, bin dreimal verwundet worden! Niemand hilft! Wozu haben wir gewährt, keine Partei nimmt sich unser wirklich an, die Regierung ist taub gegen unsere Klagen. Wäre ich doch lieber niedergeschossen worden, dann würde ich unter der Erde und nicht bei lebendigem Leibe verfaulen!“

Die Frau (die mit steigender Bewunderung die hervorprudelnden Worte des Mannes angehört und ihn bedenklich angeschaut hat, wird nun wegen des lauten Tones unwillig): „Deshalb brauchst doch nicht so zu schreien und die Kinder wecken. Wennst auch recht hast, es hilft das Fluchen und Schreien nichts. Aber mir scheint, du hast dir Courage angeirunken für die Familie. Schäm dich, daß du nun so tief stinkt und das Geld ins Wirtshaus trägt und deiner Familie entziehest. Das Trinken ist dir noch abgegangen —“

Der Mann (geärgert durch diese Wortwürfe): „Hör mir auf mit diesen Predigten, sonst gibts etwas. Es geht dich einen Schmarren an, wenn ich ein Glas Wein trinke, übrigens —“

(Es klopft an der Türe, aber im Streite hört es niemand, es tritt herein.)

Die Wohnungsamt-Kommission: (Der Sprecher derselben): „Wir wollten nur den Befund revidieren —“

Der Mann (starrt die Herren an, wird bald klar, was sie wollen und schreit): „Schert euch zum Teufel, ihr Schnüffler! Dreimal ist schon kommissioniert und angenommen worden, jedesmal hats geheißen, die Leute müssen heraus und wir sitzen noch immer in dieser Hölle! Wollt Ihr euch über uns lustig machen? Abien, meine Herren, der Akt liegt im Wohnungsamt!“ (Er drängt die Herren unsanft zur Türe hinaus, die über diese Behand-

lung verblüfft sind und keinen Widerstand leisten; man hört sie von draußen über Gemeinheit und Besoffenheit schimpfen).

Die Frau: „So, jetzt werdens uns erst recht keine Wohnung geben, du grober Mensch du.“ (Zammernd): „Oh, wäre ich doch zuhause geblieben und hätte nicht geheiratet. Wir hätten auch warten können —“

Der Mann: „Und wie Verbrecher heimlich zusammenkommen, unsere Kinder fremden Leuten zum Aufziehen geben, damit sie sie bald zu Engeln machen. Ja, da wird vom Segen der Familie und der Häuslichkeit so viel gepredigt, auch von der Moral und der Notwendigkeit der Volksvermehrung, dann macht man es durch die Wohnungsverhältnisse unmöglich, eine Familie zu gründen oder zerstört sie. Psui Teufel!“

Die Frau: „So laß doch endlich den Teufel in Ruhe, das Fluchen und das Schreien hilft nichts und das Betrinken noch weniger. Es muß doch einmal gebaut werden, so kann es ja nicht fortgehen, so lange kann es nimmer dauern, als es schon gedauert hat.“

Der Mann (höhnisch): „Schnecken, wird gebaut. Ja, für eine Bar, ein Freudenhaus und für Spekulationen ist Geld in Masse vorhanden, aber für Häuser gibt niemand einen Heller her. Oh, du hoffnungsvoller Engel, du! Damit trösten sich hunderte und hunderte und darauf spekulieren die Schuldigen. Mit dieser Hoffnung hast du mich auch zum Heiraten gebracht, als der Bub kommen sollte, und ich Esel hoffte mit. Jetzt maulst du, wenn ich keine Wohnung austreibe, du maulst, wenn ich fluche und nennst mich einen Säufer, wenn ich in der Verzweiflung ein paar Glas trinke. Der Teufel hol mich, wenn ich nicht einmal in der Verzweiflung und Bui noch mehr trinke, dich und die Frauen da umbringe. Dann sollen sie mich hängen oder lebenslanglich einsperren und alles Glend hat ein Ende.“

Die Frau (weinerlich): „Also jetzt sind wir dir im Wege und du willst uns umbringen, jetzt wirfst du mir vor, daß ich dich zur Heirat gedrängt habe. Und alles wegen der dummen Wohnung! Kann ich dafür, daß wir uns keine Wohnung kaufen können und sonst keine bekommen? Ich hätte ja eine schön eingerichtete Wohnung haben können, wenn ich den Witwer geheiratet hätte, aber du hast mir alles Schöne versprochen und nachdem das Unglück geschehen war, mußten wir doch heiraten.“

Der Mann (jornig, roh): „Hättest halt den alten häßlichen Witwer mit der schön eingerichteten Wohnung geheiratet! Dann brauchst dich nicht mit einem Trunkenbold, wie ich einer bin, herumzuströmen. Und alles wegen der Wohnung! Wenn ich trinke, so nur aus Verzweiflung.“

Die Frau (erregt): „Ja aus Verzweiflung jetzt, dann aus Gewohnheit und zum Schluß wirst du arbeitslos, arbeitsscheu und wir sitzen ganz im Glend. Nach nur so fort, fluche, schreie, wirf die Leute zur Türe hinaus und faule —“

Der Mann (springt wild vom Bette auf, worauf er gefesselt): „Jetzt, Weib, hast du Zeit zum Schweigen! Hör mit dem Vorwurf des Besausens auf, sonst gibts ein Unglück!“

Die Frau (bestimmungslos in ihrer Bui): „Ist's vielleicht eine Bißge, daß du betrunken bist? Fluchen und saufen, schäm dich bis in die Seele hinein, du Säufer —“

Der Mann (stürzt auf die Frau zu, erhebt die Hand zum Schläge. Da erblickt er ihr totenschlaffes Gesicht, das ihn entsetzt anstarrt, die Kinder schreien und mit einem unartikulierten Laut läßt er die Hand sinken): „Ein Glüd, daß ich nicht betrunken bin, ich hätte mich sonst vergessen! Du bist es fast nicht wert, daß ich zum Verbrecher werde, wenn du die Verzweiflung nicht verleihest, die mich ins Wirtshaus treibt. Beruhige die Kinder; wir sind fertig miteinander!“

Die Frau (mit gebrochener Stimme): „Also so weit hat es kommen müssen mit uns! Die Kinder flehen dahin, der Mann glaubt, sein Glend im Trunke vergessen zu können, er will seine Frau schlagen, die Mutter seiner Kinder, weil auch sie vom Wohnungselend zermürbt ist und nicht mehr weiß, was sie sagt. Das ist nun das Ende einer Ehe, die so schön erräumt war. Was soll nun sein? Ich kann den Mann nicht mehr achten, der seine Frau schlagen wollte, auch der Born darf nicht so weit gehen. Wir sind wirklich fertig miteinander!“

Der Mann: „Es ist so. Wir werden nebeneinander wie Fremde leben, uns streiten und doch wieder miteinander auskommen müssen. Und dies alles, weil das Wohnungselend immer größer und hoffnungsloser wird. Die Kinder werden, wenn sie nicht in dieser Hölle zu-

grunde gehen, freudlos aufwachsen und keine Jugend haben. Und dabei der Gedanke, daß wir nicht die Einzigen und leider auch nicht die Besten sind, denen es so geht!“

Die Frau (hält den Kopf in die Hände gekläht, ist erschüttert über das Vorgefallene. — Dann ruft sie verzweifelt aus): „Oh Gott im Himmel, muß denn so ein Wohnungselend sein? Ist das der Anfang vom Ende der Zivisation oder das Ende?“ Marat.

In den Tod getrieben.

Zu den vielen Todesfällen, die ihre Ursache direkt oder indirekt im Wohnungselend, beziehungsweise in den sog. Mieterschutzgesetzen haben, ist ein besonders trauriger Fall in Lienz in Osttirol dazugekommen. Dort hat sich die Hausbesitzerin und Dienstvermittlerin Sieger unter den Schnellzug geworfen, weil sie die vermeintliche Schande einer zweitägigen Arreststrafe wegen einer bei einer Mieterversammlung gegen den Vertreter des Mieters begangenen Ehrenbeleidigung nicht über sich ergehen lassen wollte. Beim Leichenbegängnis der Unglücklichen sah man einen schönen Kranz mit der Aufschrift: „Dem armen Opfer der Mietengesetze — Die Hausbesitzer von Lienz“ und diese Inschrift entspricht auch der in weiten Kreisen herrschenden Stimmung über die Vorgänge, die in letzter Linie diesen Selbstmord verursachten.

Trockene aber traurige Zahlen.

Statistisches aus den Wohnungsämtern in einzelnen Städten.

Laut den uns zugekommenen Nachrichten sind bei den Wohnungsämtern der größeren Städte Oesterreichs folgende wohnungsuchende Parteien angemeldet:

Wien 53.000,
Graz 3700,
Salzburg 2100,
Linz 2400,
Magenfurt 1200,
Zunsbrud 4600.

Diese Daten, die keineswegs den Anspruch auf die vollständige Richtigkeit erheben wollen, da sie uns nicht von den Wohnungsämtern mitgeteilt wurden, was diese auch bei dem stachelhaarigen Verhalten den Wohnungslosen gegenüber nie tun würden, beziehen sich auf Ende März d. J.

Für uns ist maßgebend, daß Zunsbrud nach Wien in der Wohnungsnot an erster Stelle steht. Relativ schlagend ist Zunsbrud überhaupt weitans den Referend. Die Wohnungsnot ist entsprechend der Bevölkerungszahl in Zunsbrud doppelt so groß wie in Wien, viermal so groß wie in Graz und fünfmal größer als in Linz a. D.

Aus den trockenen Zahlen, die, wie erwähnt, nicht den Anspruch auf absolute Richtigkeit haben, die aber keineswegs nennenswert korrigiert werden können, ersieht jeder die unbedingte Pflicht der Gemeinde Zunsbrud in erster Linie, der Tiroler Landesregierung und der Zunsbruder Nationalräte in 2. Linie, daß diese Körperschaften und gewählten Persönlichkeiten nicht weithin den Stolz darin erblicken dürfen, daß Tirols Landeshauptstadt weiterhin zu dem ohnehin traurigen Ruhm als teuerste Stadt nun auch noch in der Wohnungsnot bleibend als Spitzenreiter gilt.

Mitteilungen.

Von der Tiroler Baugesellschaft des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden, Zunsbrud. Am Sonntag, den 2. Mai, 8 Uhr abends, fand im Gasthose „Delevo“ in Zunsbrud die erste Generalsammlung der Tiroler Baugesellschaft statt. Anwesend waren außer den gesamten Mitgliedern und dem provisorischen Ausschuss vom Verwaltungsrat u. a. der Vertreter der Landesregierung, Oberamtsrat Dr. Suinzer, von der Stadtverwaltung die Gemeinderäte Waldmüller und Leitner. Die bisherige Zusammenstellung des Verwaltungsrates, sowie die des Ausschusses wurden einstimmig bekräftigt, teilweise durch Zuwahl einiger neuer Mitglieder ergänzt. Der Ausschuss besteht nunmehr aus folgenden Herren: Vorstand: Josef Adler, Vorstand-Stellvertreter: Major Otto Müller-Ordegg, Buchführer: Kaufmann Michael Wurauer, Kassier: Kaufmann Josef Mayr. Schriftführer: Kaufmann J. Lacker, Beisitzer: Bundesbahnadjunkt i. V. Rudolf Dallagiovanna. — Die Namen des Obmannes und der Mitglieder des Aufsichtsrates werden wir in der nächsten Nummer unserer Zeitung veröffentlichen.

Jeder tue seine Pflicht! Wir ersuchen höflichst, von den beigelegten Erlagscheinen Gebrauch zu machen zu wollen, insbesondere fordern wir aber die Zunsbruder P. Z. Abnehmer unserer Zeitung auf, den kleinen Beitrag von 4000 Kronen pro Monat in unserer Kanzlei, Neunweg Nr. 6, erlegen zu wollen.

Gründung einer ständigen Delegation der Haus- und Grundbesitzervereine Oesterreichs. Die gemeinsamen Vertretungen des Alpenländischen Bundes und des Wiener Zentralverbandes behufs Schaffung einer ständigen Delegation für alle den Hausbesitz betreffenden Angelegenheiten wurden am 4. und 5. Mai beendet. Sämtliche Haus- und Grundbesitzerorganisationen haben sich dieser ständigen Delegation unterordnet. An der Spitze derselben stehen die beiden Präsidenten des Alpenländischen Bundes und des Zentralverbandes der Hausbesitzervereine Oesterreichs, die Herren Felix Pfister aus Graz und Ing. Ferdinand Berchinal aus Wien, wovon erster

Prima Portlandzement
Romanzement
Kalk, Gips, Ziegel

sowie alle Baumaterialien kaufen Sie gut und preiswert bei

Friedrich Biendl
INNSBRUCK, Anichstraße Nr. 24
Telephon Nr. 1087/II.

ter jahrgangsgemäß die Führung von Deputationen bei Vorprüfungen übernimmt, während letzterer die Geschäftsführung inne hat. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die Bestimmung, die in den Statuten verankert, daß auf die Dauer des Bestandes der Delegation nur diese ganz allein berufen ist, namens der Hausbesitzerchaft Oesterreichs mit der Regierung und anderen maßgebenden Körperschaften in Angelegenheit des Hausbesitzes zu verhandeln und andere kleinere oder erst ins Leben tretende Organisationen keine Berechtigung haben, namens der Hausbesitzerchaft aufzutreten. Dies ist namentlich darin begründet, daß die von zirka 350 bis 400 Hausbesitzerorganisationen eingesetzte Delegation die gesamte Hausbesitzerchaft Oesterreichs repräsentiert. Es müssen sich daher gegenwärtig bestehende oder neu zu gründende Vereinigungen entweder dem Alpenländischen Bunde oder dem Zentralverbande anschließen, wenn sie ihre Wünsche in den Vertretungskörper oder der Regierung zur Geltung bringen wollen. Der erste Schritt der Delegation

war eine Vorschau beim Bundeskanzler Dr. Seipel, welcher den engen Aneinanderschluß sämtlicher Organisationen der Hausbesitzerchaft begrüßte und gleichzeitig die von der Delegation vorgelegten Anträge mit dem Versprechen entgegennahm, dieselben unverzüglich dem Ministerrat vorzulegen und mit den Parteien betreffs Einsetzung einer Mietenabbauf Kommission zu verhandeln. bez.

her Artikel bei unseren Berufspolitikern doch nur zwecklos vergeudet wäre.

W. Würzschlag. So ist's gut. Angriffe in Parteiblattern müssen stets von eigenen Parteigenossen zurückgewiesen werden. Wir reagieren grundsätzlich nicht mehr auf irgendwelche parteipolitische Angriffe. Von der vollständigen Wichtigkeit unseres Programmes überzeugt, werden wir täglich mehr bewußt, was für furchtbare Folgen die Wohnungszwangsgesetze einem Großteil der Bevölkerung bringen. Aber letzten Endes werden unter diesen Schäden alle zu leiden haben, auch die momentan Beschäftigten.

Mehrere Abonnenten. Sie können beruhigt sein, die Zeitung wird nicht eingehen, wohl würde über den Eingang unseres Blattes in manchen Kreisen die reinste Freude herrschen, die bekanntermaßen die Schadenfreude ist, aber diesen Anlaß werden wir den Betroffenen nicht geben.

An Mitglieder der Baugenossenschaft. Anfragen hierüber werden von nun an fallweise separat beantwortet.

Briefkasten.

Bundesangestellter Innsbruck. Trotz unseres Aufrufes haben sich bis jetzt nicht mehr als sechs Bundesangestellte gemeldet. Wenn das Interesse bei den Intelligenzgruppen derart mangelhaft ist, ersparen wir uns nur Arbeit.

Münzberger Trichter. Felix Harsbörger würde sich im Grabe umdrehen, wenn sein Büchlein als Reklame für einen Massenartikel Verwendung finden sollte und wof-

BAU- UND MÖBEL-TISCHLEREI

M·A·T·T·H·I·A·S B·U·K·O·W·E·T·Z

INNSBRUCK, MARIA THERESIENSTRASSE 38

Wohn-, Schlaf- und Speisezimmer, Büro-Einrichtungen, Vertäfelungen jeder Art werden in allen Stilarten angefertigt
Für solide Ausführung wird garantiert — Uebernahme sämtlicher Bauarbeiten

Bau- und Möbel-Fabrik Angerer & Heinzeller

**Innsbruck
Staatsbahnstraße 30**

Sämtliche Bautischlerei-Arbeiten sowie Vertäfelungen, Innen-Ausstattungen und Möbel-Einrichtungen von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung. Mache die P. T. Hausbesitzer aufmerksam auf meine Tischler- und Schlosser-Arbeiten und Reparaturen. Günstige Zahlungsbedingungen.

**Innsbruck
Staatsbahnstraße 30**

Feine Gummiwaren bei Tachezy, Museumstr. 22.	Größtes Toiletten-Seifen-Lager bei Tachezy, Museumstr. 22.	Damen-Monatsbinden sehr preiswert bei Tachezy, Museumstr. 22.	Rasierapparate System Gillette 22.500 bei Tachezy, Museumstr. 22.	Wanzenbrut vernichtet sicher ViktoriaLösung bei Tachezy, Museumstr. 22.	Fußbälle, Seelen-Pumpen äußerst preiswert bei Tachezy, Museumstr. 22.	Sehr haltbare Gummihosenträger 25.000 bei Tachezy, Museumstr. 22.
--	--	---	--	---	---	--

Franz Kronlachner
Lebensmittel-Einkaufsstelle für Obdachlose
Innsbruck
Haspingerstraße 16, gegenüber der Volksschule Haltestelle Fischergasse
gibt allen Obdachlosen auf Mitgliedskarte
10% Rabatt!!

Haus- u. Küchengeräte
jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge in allen Ausführungen, Eisen- und Metallwaren, landwirtschaftl. Geräte, Schraubenwaren, Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche, verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.
Gegründet 1854
Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)
INNSBRUCK, Leopoldstraße 3 (Gasthof Greif)
Filiale: Museumstraße Nr. 28.

Tachezy Gummi
ganz verlässliche frische Ware
6 Stück Blaupackung . . . 1 Schilling
6 . Grün 1 1/2 .
6 . Rot 2 .
Versand über die ganze Welt
Ludwig Tachezy
Innsbruck, Museumstraße 22
und Brien, Leoben 38

Mäuse-Ratten
Massenvertilgungsmittel erhältlich bei
Josef Neumaier'sche Desinfektions-Anstalt
Innsbruck, Marktgr. 14.

Wenn Sie bei unseren Inserenten Bestellungen machen, dann
vergessen Sie nie
sich auf dieses Blatt zu berufen. Sie nützen uns dadurch!

Eisenbahnbediensteter d. N., kinderloses Ehepaar, suchen
Hausmeisterposten
in Innsbruck, Umgebung oder Gall. Wir empfehlen diese Partei den Hausbesitzern auf das wärmste.

Bier als Notwohnung
geeignete übertragbare Hütten, 4x21x24 m, gut erhalten, verkauft à K 1.800.000
Villa „Regenbogen“, Brl.

Installationen von Hotels, Sanatorien, Zinshäusern und Villen
Templstraße 5
Telephon Nr. 453
Haller & Ortner in Innsbruck
Haymongasse 4
Telephon Nr. 453
Hochdruckwasserleitungen, großes Lager in Gas- und Kohlenbadöfen, sowie Badewannen und Spültischen

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck

Ecke Erler- und Museumstraße

Filialen: Kitzbühel — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.

Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.

Einheimisches Geldinstitut

O. Settele & L. Schmidt
Innsbruck
Heiligegeiststraße 2
Teleph. 1103/IV

Elektrische Installationen für Licht und Kraft,
Telephon, Klingel- und Blitzableiter-Anlagen
Beleuchtungskörper, Glühlampen, Motore.
Reparaturen billigst.

**Baumeister
Franz Widmann**

Herstellung von
**Bauten aller Art
und Reparaturen**
in guter Ausführung bei billigster
Berechnung

Innsbruck, Roseggerstr. 12
Telephon 932/IV

Wohnung von wegziehender Partei gegen Ab-
löse (Ueberfiedlungskosten) gesucht.
Vordringlich an die Redaktion ds. Bl.

Franz Jiranek

Bau- u. Galanterie-Spenglerei
und Glaserei

INNSBRUCK
Viaduktstraße, Bogen 25 - 28

empfehlte sich zur Uebernahme aller
Spengler- und Glaserarbeiten,
Dachreparaturen
sowie Lieferungen von Tafelglas
jeden Quantums zu solidesten Preisen.



**Kleine
Anzeigen!**

Kinderloses Ehepaar
sucht Untermiete, Zimmer
mit Kochgelegenheit. Sehr
ruhige Leute bis zu 300.000
Kronen monatlich

Betaufacht wird Zwei-
zimmerwoh-
nung mit Nebenräumen,
anfangs Seeburggasse,
gegen andere Wohnung in
Innsbruck oder Umgebung

Aus Dienstwohnung
schuldlos delogierte kinder-
lose Part. sucht Hausmeister-
posten, mit Stall (da eigene
Pferde), oder kleine beschei-
dene Wohnung, auch Unter-
miete, gegen guten Zins.

Kleine Familie sucht
Wohnung gegen Bezah-
lung der
Ueberfiedlungskosten. Unter-
Vordringlich an die Re-
daktion ds. Bl.

Alle Mitglieder des
eines der Obdachlosen und
Wohnungsuchenden, Inns-
bruck, welche eine Woh-
nung erhalten und sich bei
der Allgem. Versicherungs-
anstalt „Foncière“ irgend-
wie versichern lassen, helfen
der Vereinsleitung, da die
„Foncière“ die Versiche-
rungsprämie dem Vereine
überläßt.

Sechstöpfige Familie
vordringl. vorgemerkt, bittet
um Ueberlassung einer er-
träglichsten Untermiete bis
Herbst. Da vollständig ob-
dachlos, gute Bezahlung.



Große Demonstrations- Versammlung

des Vereines der Obdachlosen und Wohnungs-
suchenden Innsbruck

Sonntag, den 18. Mai, 10 Uhr Vormittag
im Großen Stadtsaal

Tausende Familien sind rettungslos dem Untergange preisgegeben,
wenn nicht bald eine Aenderung der heutigen Wohnungspolitik und
Wohnungsfürsorge eintritt. Die Wohnungsämter behandeln die Orga-
nisationen der Wohnungslosen hier und in anderen Städten in einer
derart herausfordernden Weise, daß ein ruhiges Verhalten der Woh-
nungslosen nicht mehr möglich ist.

Alle Obdachlosen und Wohnungssuchenden, die mit dieser Woh-
nungsfürsorge, mit dem Wohnungsamte und seiner Tätigkeit nicht
einverstanden sind, mögen unbedingt erscheinen.

**Delogierte, Waggonbewohner, Wohnungs-
suchende**, die Ihr in Notunterkünften, Baracken und sonstigen
Elendslöchern verkümmern müßt, vordringlich Klassifizierte, jung
Verheiratete, die nicht beisammen sein können, erscheint vollzählig!

Sprechen werden:

Vertreter der Wiener Wohnungsliga, Vertreter der Gewerbetreibenden
und Vertreter der Obdachlosen und Wohnungssuchenden.



Kauft Lose der großen Effektenlotterie
des Obdachlosen-Vereines **Preis pro Los 10.000 Kronen**

Su beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines in Innsbruck, Rennweg Nr. 6.

B. 6. b.

Der Obdachlose

Schriftleitung und Verwaltung:
Innsbruck, Rennweg Nummer 6.
Ankate nach Tarif //

und Wohnungsuchende

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 11

Innsbruck, 1. Juni 1924

Erscheint 14 tägig

Der einseitige Mieterschutz.

Ueber die Beibehaltung der Mieterschutzgesetze, eine eventuelle Verschärfung derselben oder eines stufenweisen Abbaues der Gesetze und letzten Endes einer radikalen Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, über all das für und wider, wird seit langer Zeit in allen Tagesblättern nicht nur von den hierzu berufenen Organisationen, sondern auch von Privatpersonen unausgesetzt geschrieben.

Pflicht wäre es gewesen, wie von unserer Seite aus schon so oft betont wurde, eine gründliche Aenderung der Wohnungspolitik bereits vor der Sanierung durchzuführen. Heute weiß jeder, daß die Lösung der Wohnungsfrage das schwerste soziale Problem darstellt.

Vorerst einige Worte über die Mieterschutzgesetze vom 7. Dezember 1922. Wir behaupten und können es jederzeit nachweisen, daß diese Schutzgesetze als elenbigliches Kompromiß zwischen den politischen Parteien an Klarheit und Deutlichkeit eine Schande für diejenigen bleiben, die diese Gesetze verbrochen haben. Erst viele Monate nach Inkrafttreten der Verordnung konnte eine einheitliche Auffassung und Auslegung durch die Spruchpraxis der Richter und Juristen als allgemeine Richtschnur für die Auslegung der Gesetze erzielt werden. Aber auch heute noch werden manche Paragrafen der beiden Mieterschutzgesetze hier und anderswo verschieden ausgelegt und gehandhabt. Der Mieterschutz ist bereits derart durchlosert, daß unter allen Umständen eine Novellierung Platz greifen muß, wenn die Staatsautorität nicht vollständig untergraben werden soll. Das Wohnungsanforderungsgesetz, richtiger gesagt "Das Wohnungsniichtanforderungsgesetz" ist überhaupt ein juristisches Monstrum, das nur bürokratische Vielarbeit verursacht und schon fast völlig zwecklos geworden ist, da die Wohnungsanforderungen rapid abnehmen und wir nicht weit von jenem Termine entfernt sind, wo es überhaupt keine Anforderungen mehr geben wird.

Sicher ist, daß die Gesetze beabsichtigt haben, die Menschen vor einer eventuellen Obdachlosigkeit zu schützen und die Wohnungszinsbildung derart gefahlich zu verantern, daß das Nichtzahlenkonnen der Wohnungsmiete auch für den Minderbemittelten ausgeschlossen erscheint. Wie sieht es nun trotz dieser Gesetze in der Wirklichkeit aus?

Dem ersten Grundgedanken des Gesetzes, der Obdachlosigkeit zu steuern, wurde nicht Rechnung getragen, denn die Delogierungen nehmen, trotz aller Kündigungsbeschränkungen überall von Monat zu Monat zu. Dem zweiten Grundgedanken, die willkürlichen Mietzinsbestimmungen niederzuhalten, wird allerdings den Mietern gegenüber bestimmt zum Teile Rechnung getragen, aber nur bezüglich des Grundzinses. Der Zustandhaltungszins selbst ist variabel und die großen Reparaturarbeiten bringen eine stetige Steigerung der Wohnungszins mit sich, ohne daß hiedurch eine generelle Festlegung der Ausgaben für die Wohnungen gefahlich verantern wird. Diesen ungerechten Zustand will scheinbar die Regierung, damit die Lohn- und Gehaltsfrage sowie der Index das Budget nicht belasten.

Zunehmend sind die Mieter durch diese Gesetze zum Teil geschützt, wenn auch nur vorübergehend und das billige Wohnen so vieler Familien sich über kurz oder lang bittererachen wird. Die Allgemeinheit wird erst später zur Einsicht kommen, daß dieses "Geschenk" eben kein Geschenk gewesen ist, sondern im Grunde genommen als schwerer Eingriff in das gesamte Wirtschaftsleben von der Allgemeinheit zu buhen sein wird.

Die Untermieter jedoch, die ja eigentlich durch dieses Gesetz genau so finanziell geschützt werden sollten, sind jedoch der schamlosesten Bewucherung überall ausgesetzt. Wir haben über die Höhe der Zimmervermietungen schon so oft gesprochen und geschrieben, daß wir annehmen müssen, daß es der Allgemeinheit schon vollkommen bekannt ist, daß die Preise für Vermietungen von Zimmern mit und ohne Beistellung von Einrichtungsgegenständen fast nirgends auch nur annähernd im Einklange zu bringen sind mit dem vom Vermieter an den Hausbesitzer zu entrichtenden Mietzins. Wenn die Untermieter hunderttausende von Kronen für ein Zimmer durchschnittlich pro Monat bezahlen müssen, so entspricht das bereits der Goldparität oder noch darüber. Die Untermieter sind rechtlos und vogelfrei; für sie gibt es keinen Schutz; sie sind zu Staatsbürgern und Steuerzahlern niedriger Ordnung gestempelt worden! Im Staatsgrundgesetz wird zwar von der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze gesprochen, aber die Praxis sieht leider anders aus.

Willfür bei Wohnungszuweisungen. Innsbruck im Bauen an letzter Stelle. Versprochen und nicht gehalten.

Wie der Michel Schafhirt wurde.
Elendsbilder.

Fortschreitende Hauserverwahrlosung.

Welche Folgen die jahrelang vernachlässigte Hauserinstandhaltung, besser gesagt Hausernichtinstandhaltung, zeitigt, davon können sich jene, die in den neueren Häusern bequem und fast unisono wohnen, keine Vorstellung machen. Die Rahmen der Fenster fallen fast heraus oder schließen zumindest so schlecht, daß der kalte Wind durch die Spalten pfeift. Die Ofen und Herde sind meist längst abbruchreif und der giftige Kohlenqualm macht den Aufenthalt in Zimmer und Küche lebensgefahlich.

Aber zu dem Schlimmsten gehört, was die Bewohner der obersten Stockwerke auszuhalten haben, wenn das Hausdach beschädigt ist und den strömenden Regen durchläßt. Bei lange andauernden Regengassen, wie wir sie im Frühjahr hatten, dringt das die Bodenstammern uberschwemmende Wasser durch die Decken in die Wohnungen, so daß — es ist bittere Wahrheit — Schufeln, Eimer und Bannen aufgestellt werden müssen, um die tropfende Kasse aufzufangen. Man muß gesehen oder selbst erlebt haben, welche Zerstörungen das vom Hausboden durchgedrungene Wasser an den Wohnungsdecken und den Wänden angerichtet hat, um sich vorstellen zu können, was die Bewohner einer solchen Wohnung zu leiden haben. Widerwärtige Regensfleder entstehen die Decke, die nasse Wand ill mit Schimmel bedeckt, die Möbel müssen durch aufgelegte Tücher von den fallenden Tropfen geschützt werden, manchmal regnet es oft direkt in die Betten.

Und wenn Reparaturen der Dächer gemacht werden sollen, da kosten sie, weil sie zu lange verzögert wurden, gleich viele Millionen, die nach dem Mieterschutzgesetze den Mietern aufgerechnet werden. Gerade die ärmsten Mieter, die in den alten Häusern wohnen, leiden am meisten unter den Reparaturen. Dabei spielen sich bei der Verteilung der Kosten die häßlichsten Szenen des kratesten Egoismus ab. Die Bewohner der unteren Stockwerke, die nicht direkt unter den Dachschaden leiden, halten sich mächtig darüber auf, daß so kostspielige Reparaturen gemacht werden und sie würden lieber sehen, wenn das Dach dem lieben Mitbewohner im oberen Stockwerk in die Wohnung herunterfällt, bevor sie so viel zahlen sollen.

In der Vorkriegszeit war die Erhaltung des Hauses das ureigenste Interesse des Hausbesitzer, heute kümmert er sich nicht einmal darum, die Reparatur so billig als möglich zu erhalten, denn es müssen doch die Kosten die Parteien zahlen und sie sollen es fühlen, daß sie und nicht der Hausbesitzer die eigentlichen Eigentummer des Hauses sind. Der Mieter, der sich viele Monate gefreut hat, daß er eine "billige" Miete hatte, bekommt plötzlich die Aufrechnung seines Anteiles an den kostspieligen Reparaturen und muß mit Betrübnis erkennen, daß er im Grunde genommen ebenso teuer wohnt, wie vor dem Kriege und es nur gerade die Besitzenden sind, die in den neuen Häusern breitspurig und billig wohnen und die Vorteile der Mieterschutzgesetzgebung genießen.

Gegen diese Tatsache verschließen aber die Verteidiger der Mieterschutzgesetze die Augen. Wenn die Folgen der Verwahrlosung der Häuser noch stärker hervortreten werden und noch mehr Mieter darunter leiden werden, dann wird man einsehen, daß es besser gewesen wäre, jenen Teil der Mieterschutzgesetze abzubauen, der nicht nur keine Existenzberechtigung mehr hat, sondern sich auch zum Nachteil der ärmsten Mieter auswirkt.

Sollte den Mieterschutzgesetzen noch eine längere Lebensdauer beschieden sein, so wollen wir Wohnung-

suchende diese Gesetze lieber über Nacht verbrennen, denn wir pfeifen wir auch auf den stufenweisen Abbau, denn wir wollen nicht langsam stufenweise zugrunde gehen. Ohne Mieterschutzgesetz kann es letzten Endes den Wohnunglosen auch nicht schlechter gehen, als heute.

An den Innsbrucker Gemeinderat.

Ein offener Brief.

Wir haben am 3. März l. J. erneuert die Gemeinde ersucht, sie möge der Leitung des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden wachentlich eine bis zwei Sprechstunden beim Wohnungsamt einräumen. Auch diese Eingabe wurde genau so wie die vorhergehenden nicht beantwortet und von derselben leitet man sich genommen. Abgesehen davon, daß Sprechstunden der Vereinsleitung bereits vor Jahren einwandfrei durch die Gemeinde eingeräumt wurden, ist dies auch in den Statuten der Organisation verankert und, nebenbei gesagt, etwas so Selbstverständliches, daß man wirklich nicht mehr andere Motive oder Gründe für die Verweigerung der Einräumung der Sprechstunden anführen kann, als lediglich die Absicht, diese gewiß für die Behörden unangenehme Organisation durch allerlei Schikanen langsam zur Auflösung zu zwingen.

Daß hiemit gerade das Gegenteil erreicht wurde, scheint man kurzschaftigerweise nicht einsehen zu wollen. Wir sind kein Volksheldenhausen, sondern verlangen nur Aenderung der heutigen unhaltbaren Mieterschutzgesetze und sind den Parteien und der Regierung und anderen Korperchaften der unangenehme Mahner und als solcher daher äußerst unbeliebt.

Wenn wir auch das Wohnungsamt als solches, weil es eben das Exekutivorgan einer unfeligen Wohnungszwangsgesetzgebung darstellt, als überflüssig bezeichnen, so muß es der Vereinsleitung doch selbstverständlich möglich sein, mit diesem Amte verkehren zu können. Der gute Ton zwischen dem Amtsleiter und dem Obmann des Vereines verbürgen sowieso die gute Kinderstube und die genossene Erziehung. Wir intervenieren mündlich beim Wohnungsamt in der Hauptsache nur für die einfache, arme Bevolkerungsschichte, die sich in der komplizierten Wohnungsgesetzgebung nicht auskennt und die allein beim Wohnungsamt ihre Interessen nicht selbst vertreten kann. Wenn man daher diese Intervention weiter unterbindet, so ist es selbstverständlich, daß der Vereinsleitung nur zwei Wege offen bleiben: Entweder sie tritt ab oder sie erzwingt sich mit Gewalt dieses direkt kindisch klingende Verweigern einer so selbstverständlichen Forderung.

Wir geben daher der Gemeinde bekannt: Wir werden am 8. Juni den Bundeskanzler gelegentlich seines Hierseins bitten, er möge diesem unhaltbaren Zustande ein Ende bereiten und wenn uns nicht geholfen werden sollte, so werden wir von Gewaltanwendung nicht mehr Abstand nehmen.

Wir ersuchen, diese letzte Bemerkung, die uns sicher mehr als peinlich ist, so aufzufassen, wie sie gemeint ist, nämlich, daß wir erstens nur durch die äußerste Notlage zu einem derartigen Schritt gezwungen werden und zweitens, daß wir die Konsequenzen hierfür vollständig ablehnen.

Deshalb ersuchen wir nochmals, man möge dies gegen uns direkt feindliche Verhalten einstellen und den seit 5. Dezember v. J. unterbrochenen Kontakt wieder herstellen.

Mit vorzüglichster Hochachtung

Die Leitung des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden.

Obdachlosen-Versammlung in Innsbruck.

Am 18. Mai vormittags hielt der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck im Großen Stadtsaal bei einer Beteiligung von 220 Personen eine Versammlung ab.

Den Vorsitz führte Obmann Major a. D. Dragoni. In seiner Begrüßungsrede führte er u. a. aus: „Wir haben uns heute hier zusammengefunden, um in ruhiger und ernster, aber auch scharfer Weise gegen die Auswirkung der Mietengesetze zu demonstrieren. Wir erheben gegen die vollständige Untätigkeit der Regierung, die Wohnungsnot wenigstens teilweise zu lindern, den schärfsten Protest. Wir demonstrieren gleichzeitig gegen die parteipolitische Ausbeutung der Wohnungsnot zu Wahlmanövern und gegen den Stuhhandel, den die Parteien mit den Wohnungslosen treiben. Wir haben schon seit Jahren versucht, alle Wohnungslosen in einem Reichsverband zu organisieren, weil wir seit jeher eingesehen haben, daß in unserem lieben Oesterreich nur die Selbsthilfe der einzige Weg zur Befreiung der vielen tausenden Familien, die unter der Wohnungsnot leiden, ist. Endlich ist es uns gelungen, überall auf Verständnis zu stoßen und wir gehen heute, nachdem die Wohnungsliga, die große Organisation der Wohnungsuchenden Wiens, der Einladung Folge geleistet hat, zur Gründung der Reichsorganisation aller Wohnungslosen. Ich begrüße den erschienenen Gründer und Vizeobmann der Wiener Wohnungsliga, Herrn Landes, und bitte ihn, das Referat über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses und über die Wiener Verhältnisse der Wohnungslosen zu erklären.“

Vizeobmann der Wohnungsliga, Landes, berichtete in seinem Referate, daß in Wien zwischen den Wohnungsuchenden und den Hausbesitzern ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen sei. Er widerlegte den von sozialdemokratischer Seite erhobenen Vorwurf, daß die Wohnungsliga eine Schutzgarde der Hausbesitzer sei. Da die Wohnungsliga das gleiche Programm und die gleichen Ziele verfolge, wie der Innsbrucker Obdachlosenverein, so ist es selbstverständlich, daß man eine Vereinigung mit den Hausbesitzern vernünftigerweise eingehen muß. Er betonte weiter, daß es unbedingt nötig sei, den vom Innsbrucker Obdachlosenverein verfolgten Zusammenschluß aller Wohnungsuchenden Oesterreichs in einen Reichsverband durchzuführen. Dies geschähe hienit offiziell am heutigen Tage. Als erste Forderung verlangt die Wiener Wohnungsliga, beziehungsweise der Reichsverein der Wohnungsuchenden, die freie Vergabe der verfügbaren Wohnungen ohne Wohnungsamt durch direktes Einvernehmen zwischen den beiden einzig und allein interessierten Gruppen, nämlich zwischen Hausbesitzern und Wohnungsuchenden. Diese Wohnungsvergebungen werden vom Ausschuss dieser beiden Organisationen öffentlich, nicht wie beim Wohnungsamt, hinter verschlossenen Türen, erfolgen und bei den abgehaltenen Versammlungen öffentlich bekanntgegeben. (Großer Beifall.)

Der Redner griff dann in scharfer Weise die Berufspolitiker an, erklärte das heutige parlamentarische System für morsch und veraltet. Die Abgeordneten werden von einer Handvoll politischer Personen geführt, dürfen keine freie Meinung haben, sondern sind vollständig dem Parteizwange unterworfen. (Großer Beifall.)

Der Sprecher kam hierauf auf das Mieterschutzgesetz zu sprechen; es sei selbstverständlich, daß der wirtschaftlich Schwache zu schützen sei. Obdachlosigkeit dürfe nie Folge von Armut sein. Aber ebenso selbstverständlich wie es ist, daß der wirtschaftlich Schwache ge-

schützt bleiben muß, ebenso unerhört und zynisch sei es, daß die Reichen und Vermögenden und jene, deren Einkommen auf Goldparität und darüber hinaus aufgebaut ist, sowie Schieber, vakantstarke Ausländer, Pantbildetoren genau den gleichen Mieterschutz genießen, wie die Arbeiterklasse und der gesamte Mittelstand. Dieses Zwangsgesetz ist das letzte Ueberbleibsel aus der Kriegszeit, nicht nur überlebt, sondern auch von verheerendem Schaden für die Wohnungslosen in erster Linie und eine unerhörte Entrechtung und Eigentumsberaubung der Hausbesitzerschaft. Die Gesetze seien aber auch derartig schlecht und stellen dem Verfasser das größte geistige Armutzeugnis aus. Die Mieter in neuen, nichtreparaturbedürftigen Häusern, also meistens die besser situierte Klasse, leben wirklich fast umsonst in ihren Luxuswohnungen. Der kleine Mittelstand und die Arbeiterklasse, die in der Regel in den alten, reparaturbedürftigen Häusern wohnen, müssen horrenden Reparaturkosten bezahlen; es ist daher für diese eigentlich wirklich Schutzbedürftigen der Mieterschutz jetzt schon von verberblichster Wirkung.

Die Untermieter wieder, das Hauptkontingent der Wohnungslosen, werden schamlos, trotz dieses Gesetzes, bewußt und zahlen allerorts die volle Goldparität und auch weit darüber hinaus. Deshalb müssen diese Gesetze weg, aber nicht nach direkter Anordnung der Herren Berufspolitiker, sondern nur in direktem Einverständnis mit den Hausbesitzern, Mietern und Wohnungslosen. Die Organisation der Wohnungslosen macht einen gewaltigen Unterschied zwischen jenen Haus- und Grundbesitzern, die ihr Haus ererbt, mühselig erworben, um eine Altersversorgung zu haben, und jenen, die infolge der Konjunktur usw. in der Nachkriegszeit zu Hausbesitzern wurden.

Er brachte dann einige trostlose Großstadtbilder, Beispiele des trübseligsten Wohnungslebens von Wien, die unangenehmsten Wohnungsbedingungen, Standale des Wiener Wohnungsamtes. (Große Entrüstung und Zwischenrufe: Man soll die Gauner aufhängen! In Innsbruck werden auch Wohnungen verschahert!) Die Wohnungsliga in Wien und in weiterer Ausgestaltung der Reichsverein erwarten von der Regierung ehestige Abhilfe von diesem Elend, vollständiges Eingehen auf die Forderungen und erklären, daß letzten Endes mit radikaler Gewalt die Selbsthilfe unbedingt einzusetzen wird. (Großer Beifall.)

Vizeobmann Landes schloß seine Rede mit dem Aufruf stramm zusammenzuhalten und mit der Aufforderung, für die Reichsorganisation kräftigst die Werbetrommel zu rühren. (Großer Beifall.)

Major Dragoni versicherte der Wiener Organisation die volle Treue und gab seiner großen Freude Ausdruck, daß die beiden Organisationen, ohne bis jetzt in Fühlung gewesen zu sein, das gleiche Programm als Richtschnur zur Lösung der Wohnungsfrage verfolgt haben und weiter verfolgen werden.

Major Dragoni berichtete: Die Wohnungslosen, die durch die heutige Wohnungsfürsorge so namenloses Unglück schon erlitten, die bereits zahllose Todesopfer zu verzeichnen haben, die durch die Wohnungsnot viele hundert Familien und Existenzen ruiniert wissen, sind bis jetzt die ruhigsten gewesen. Wenn man Versammlungen der Hausbesitzerschaft oder speziell der Mietervereinigung besuchte, so konnte man gerade in letzter Zeit die Erbitterung und auch die direkte Aufhebung gegeneinander wohl bemerken. Zwischen diesen beiden Organisationen ist bereits derart viel Gift gesät worden, daß bei den Verhandlungen, die doch nötig sein werden, es ohne Zusammenstöße kaum abgehen dürfte. Auch deshalb sei es unbedingt nötig, daß zu allen Verhandlungen, bei denen Mieter und Hausbesitzer vertreten sind, die Wohnungsuchenden gleichfalls beigezogen werden, denn sie

sind die einzigen Nächsten und Objektiven. Er richtete an die Mieter, beziehungsweise an die Mietervereinigung, den ersten Ruf, sie mögen nicht so schamlos selbstfüchtig an der Unverrückbarkeit der Mietengesetze festhalten. Aber insbesondere verlange er von den Mietervereinigungen, daß sie sich nicht als ausgesprochene Truppe einer politischen Partei dienstbar machen lassen und genau so unpolitisch-wirtschaftlich sich betätigen sollen, wie dies die Vereinigung der Wohnungslosen tue.

So lange die Mietervereinigung starr an ihrem Programm festhält, müsse die Organisation der Wohnungslosen in ihr ausgesprochene Gegner erblicken. Die Wohnungslosen können mit den Mietern nicht gehen, weil sie ein System verteidigen, durch welches dem Großteil der Wohnungslosen die Aussicht benommen wird, bei Lebzeiten noch eine Wohnung zu erhalten. Die Wohnungslosen können auch deshalb mit den Mietern nicht gemeinsame Wege gehen, weil sie ein System verteidigen, durch welches tausende Familien feindselig, körperlich und moralisch zugrunde gehen müssen, weil sie ein System verteidigen, durch welches ein Teil der Bevölkerung, und gerade der wohlhabendere, fast umsonst wohnt, während die ärmere Bevölkerungsklasse, die in den alten, reparaturbedürftigen Häusern wohnt, und die Untermieter der schamlosesten Bewucherung ausgesetzt sind. Weil sie ein System verteidigen, durch welches ein Teil unserer Mitmenschen direkt ihres Eigentums beraubt wird und weil sie ein System verfolgen, welches der Entfaltung der Bauwirtschaft hinderlich und dadurch letzten Endes die Arbeitslosigkeit vermehrt.

Major Dragoni ging hierauf zum lokalen Teil über und erklärte, da trotz aller Eingaben, Petitionen, Gesuche an allen Stellen, Ministerien, Kanzleramt, es nicht möglich wurde, den am 5. Dezember vorigen Jahres brüst unterbrochenen Verkehr mit dem Wohnungsamt wieder aufnehmen zu können, daß in einer Eingabe an die Gemeinde mitgeteilt wird, daß nur bis zum 8. Juni, d. h. bis Pfingsten, noch zugewartet wird und hierauf mit Gewaltanwendung gegen das Wohnungsamt vorgegangen wird. Die Konsequenzen habe nur die Gemeinde selbst zu tragen. Auch verlangt der Reichsverband aller Wohnungslosen als eine seiner Hauptforderungen für den Uebergang zur freien Wohnungsbewirtschaftung, daß die Wohnungsvergebungen in direktem Einvernehmen zwischen Hausbesitzern und Wohnungslosen vorgenommen werden. Diese Forderung ist nicht die kleinste Wichtigkeit, sondern wir sind uns klar bewußt über die Fülle der Verantwortung, die damit verbunden ist, aber es geschieht hier derart unvernünftige und ungeredete Wohnungsvergebungen, daß es eben nicht angeht, daß hinter verschlossenen Türen, von Menschen, die selbst unter der Wohnungsnot nicht leiden, über das Schicksal anderer selbstherrlich verfügt wird. Major Dragoni bringt einige Beispiele von Wohnungsvergebungen in Innsbruck in der letzten Zeit, die unter keinen Umständen als gerecht oder vernünftig bezeichnet werden können, nur eines konstatiert der Redner mit Befriedigung, daß Korruptionen und Bestechlichkeiten in Innsbruck nicht zu Hause seien.

Nachdem Major Dragoni seine Rede geschlossen, ergriff noch der Obmann der größten Wiener Hausbesitzerorganisation, Herr Eich, das Wort und drückte seine Genugtuung allen Wohnungslosen aus auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit den Hausbesitzern.

Hierauf wurde folgende Resolution verlesen und einstimmig mit Begeisterung angenommen:

- 1. Stufenweiser Auf- und Abbau der Mietengesetze.
2. Beiziehung von Vertretern der Obdachlosen zu allen Verhandlungen über Gesetzesänderung in der Wohnungsfrage.
3. Abbau und Auflösung der Wohnungsämter, die als rein statistische Ämter abbaureif.

Wie der Michel Schafhirt wurde.

Im Dorfe nannte man ihn lange nur den narrischen Michel, weil er in jungen Jahren eifrig allen Weibern, gleichgültig ob alt oder jung, nachstieg und ganz narrisch tat, wenn er eine Schürze erblickte. Er kam dabei oft in recht verwickelte Situationen und einmal hätte er es bald mit der Gendarmerie zu tun bekommen.

Dennoch hatte er im Dorfe einen gewissen Anhang, denn er rebete viel wenn der Tag lang war und tat ungemein wichtig, er schuffelte überall herum und verdeckte seinen Mangel an Vernunft geschickt durch große Worte, die er irgendwo aufgeschnappt oder in einer Zeitung gelesen hatte. Manche Dorfbewohner meinten deshalb, der narrische Michel wäre im Grunde doch ein heller Kopf, aber die Weisten sagten, er sei bestenfalls dazu zu gebrauchen, eine Sache im ganzen Umkreise bekannt zu machen, denn das Maul gehe ihm geschmiert und die Füße seien gesund. Nur sehe man sich der Gefahr aus, daß ihn die Leute nicht verstehen, denn seine Spezialität sei, das Klare möglichst unklar zum Ausdruck zu bringen.

Endlich fand man für den Michel einen passenden Posten. Ueber Anordnung der Behörde mußte im Dorfe eine Einquartierungscommission bestellt werden und da ernannte man halt den narrischen Michel zum Obmann, weil er meinte, da etwas zu verstehen. Nun blähte er sich erst recht auf wie ein Frosch und sein Mundwerk stand seinen Augenblick still.

Vor allem wollte er zeigen, daß er imstande sei, mit großen Herrschaften zu verkehren. Da mußte man verstehen, in der Schriftsprache recht gebildet zu sprechen, was doch nicht schwer fallen konnte, wenn man geschickt ist. Er hörte aufmerksam zu, wie der Bezirkshauptmann und der Pfarrer redeten, guckte ihnen den Ton und das gemessene Reden ab und bald hatte er es gefunden, wie man gebildet und schön sprechen mußte.

Manchen Dorfbewohnern imponierte nun der narrische Michel noch gewaltiger, als er so fein zu reden anfang. Nichten auch die Weisten still in sich hineinlachen, wenn Michel so geschraubt daherredete, er sah es nicht und wollte es nicht sehen. So ging es eine ganze Weile fort, bis es im Dorfe zu einem Streit kam.

Es gab zwei Parteien dort im Gemeinderate, die eine wollte vom Einquartierungskomitee nichts wissen, die Michelpartei hielt daran fest, denn wozu hätte denn der Michel die schöne Sprache der Gebildeten gelernt. Er verteidigte auch die Notwendigkeit seines Amtes in einer langen Rede und sagte am Schlusse seiner Ausführungen mit erhöhter Stimme:

„Männer Hören! Ich habe das Gefühl, daß die Einquartierung eine Nothwendigkeit ist, denn am Prolog ist durch alle Unstanzen verloren gegangen, wir haabon sünn Millionen zahlen müssen, die der Gemäunderaat betwillingon würd müssen, am Bewäus für die Nothwendigkeit der Kommission, an deren Spitze mich das Vertrauen der Mitbürger gestützt hat. Ich haabe das Gefühl, das Dempsünden, daß wir noch viele solche Derfolg haaben würden.“

Als ihm aber ein Gemeinderat zurief: „Nammel eingebildet, red wie dir der Schnabel gewachsen ist oder spud den Anödel aus, den du in der Goshen hast, du faudimmer Tropf!“, da kam der narrische Michel in helle Wut. Je mehr er wütete, desto mehr lachte man ihn aus und schließlich schämten sich selbst seine Freunde seiner und sagten ihm, er soll doch weniger reden, weil er sich doch immer nur lächerlich mache.

Da stand er eines Tages auf und sagte traurig:

„Ach haabe das Gefühl, daß ich nicht vorlaanden würde, ich würde mich zurückziehen und öwig nichts mehr für die große Sauche tun!“

Man mußte aber schließlich für den narrischen Michel doch etwas tun, sonst wäre es mit ihm nicht auszuhalten gewesen. Da machte man ihn in seinen alten Tagen zum Schafhirten der Gemeinde. Da konnte er seinen Schutzbefohlenen draußen auf den Weideplätzen lange Reden in der Schriftsprache halten, die hielten es geduldig aus und wurden sogar langhaarig dabei.

So wurde der narrische Michel Schafhirt und war am richtigen Platze. M a r a t.

Prima Portlandzement
Romanzement
Kalk, Gips, Ziegel
sowie alle Baumaterialien kaufen Sie gut und preiswert bei
Friedrich Biendl
INNSBRUCK, Anichstraße Nr. 24
Telephon Nr. 1087/II.

Elendsbilder aus Innsbrucker Wohnungsverhältnissen.

Vor der Delogierung.

Josef B. war früher Gastwirt, verheiratet, mußte aus Gesundheitsrücksichten seinen Gasthof verkaufen und bewohnt bis jetzt dortselbst mit Frau und zwei kleinen Kindern ein Zimmer. Er wurde nun gekündigt, steht vor der Delogierung und findet, trotzdem er ein Innsbrucker ist, nirgends ein Unterkommen.

Konrad F., Herzog-Friedrich-Straße, bewohnt seit Jahr und Tag mit Frau und drei kleinen Kindern ein Zimmer. Sind gekündigt und erwarten täglich die Delogierung.

L. Mar, Erkerstraße, bewohnt eine Dienstwohnung. Infolge Bleivergiftung kann er seinen Dienst nicht mehr ausüben und steht deshalb vor der Delogierung.

Sch. Marie, Buchbrüderwitwe, mit fünf Kindern, muß infolge Ableben ihres Mannes die Dienstwohnung in der Sillgasse räumen, steht daher knapp vor der Delogierung.

Zusammengeschert wie Heringe.

Die Familie B. Ludwig, Schöpfstraße, bewohnt ein möbliertes Zimmer; sie zählt nicht weniger als sechs Personen, Ehepaar und drei Kinder (darunter Zwillinge von 8 Monaten) und eine Hausgehilfin.

F. Josef, Baumeister in Hall, bewohnt mit seiner achtköpfigen Familie in der Burggasse ein Zimmer.

Aus Südtirol ausgewiesen und in der Heimat obdachlos.

Vor einigen Wochen wurde die Familie Larzer, Malermeister von Bozen, ausgewiesen. Er kehrte mit Frau und Kind in seine Heimatstadt Innsbruck zurück. Nach wochenlangem Umherirren in Innsbruck und auf der Suche nach einer Wohnung kam diese Familie auch in unsere Kanzlei. Die Familie wohnte im Gasthose und mußte 36.000 K pro Tag für das Quartier bezahlen. In unserer Kanzlei erklärte die Frau, daß sie bei uns die erste freundliche Aufnahme gefunden habe. Es gelang uns, einen billigeren Gasthof für diese Familie zu finden (pro Tag 22.000 K). Wir erklärten der Familie die segensreiche Einrichtung der staatlichen Wohnungsfürsorge.

Die Familie sprach auch beim Bürgermeister Dr. Eber und bei dem Caritasverband vor. Wir danken sowohl dem Herrn Bürgermeister als auch dem Herrn Direktor Eisenegger für die Unterstützung und die freundlichen Worte, die sie für die Familie gefunden haben.

Laut Mietengesetz hat die Gemeinde für Wohnungen für die Bürger und für alle beruflich in der Gemeinde Lebenden zu sorgen und nun wird eine Innsbrucker Familie in Südtirol ausgewiesen und steht in Innsbruck obdachlos auf der Straße, dabei ist der Mann 55 Prozent invalide.

Willfür bei Wohnungszuteilungen.

Was geschieht mit angeforderten und seit Jahr und Tag beschäftigten Wohnungen?

Das Anforderungsgesetz vom 7. Dezember 1922 nimmt eigentlich der staatlichen Wohnungsfürsorge fast jedes praktische Recht, wirklich Wohnungen der Zwangswirtschaft zuzuführen. Von Monat zu Monat nehmen die Wohnungsanforderungen ab und bald werden wir so weit sein, daß überhaupt nichts mehr angefordert werden wird. Wenn also dieses merkwürdige Gesetz so wenig seinem Namen Rechnung trägt, so würde man glauben, daß wirklich angeforderte und bestätigte Wohnungen tatsächlich der Wohnungsfürsorge zugewiesen und an wirklich bedürftige Delogierte oder vordringlich klassifizierte Familien vergeben werden. Die Wohnungsfürsorge Innsbrucks handelt aber nicht von dem Gedanken getragen, wirklich jeden verfügbaren Raum sinngemäß zu verwenden, sondern ziemlich willkürlich.

Wir wissen, daß am Innrain in Innsbruck die Bewohner einer angeforderten und bestätigten Wohnung (eine kranke Frau mit drei schulpflichtigen Kindern) rücksichtslos auf die Straße gesetzt sind, um einem jung verheirateten Ehepaar, das nicht in der Gruppe der Wohnungslosen eingereicht werden konnte, Platz zu machen.

Wir haben es erlebt, daß in der Kochstraße eine angeforderte und bestätigte Vierzimmerwohnung von den Bewohnern zu vollem Recht geräumt werden mußte, um sie einem kinderlosen Ehepaar zuzuweisen. Wir haben in der Bahnstraße eine Vierzimmerwohnung schon seit Jahr und Tag angefordert und bestätigt erhalten. Aus

jogenannten Billigkeitsgründen bleiben aber die zwei dort wohnenden alleinstehenden Damen, die hauptsächlich karitativen Vereinigungen zur Last fallen und Ausländerinnen sind, in der Wohnung, die dadurch der Zwangsbewirtschaftung vorenthalten wird.

Wenn sich die Wohnungsfürsorge in Zukunft nicht ihrer vollen schweren Aufgabe bewußt wird, so werden wir mit weiteren Veröffentlichungen kommen. Es geht nicht an, daß bei der entsetzlichen Wohnungsnot durch derartige Vergewaltigungen und Praktiken die so wie so schon nicht mehr fleigerungsfähige namenlose Erbitterung der um ihr primitivstes Recht Betrogenen noch künstlich geschürt wird.

Versprochen und nicht gehalten.

Offener Brief an die Regierung.

An das Bundeskanzleramt in Wien.

In den letzten Tagen wurde im Parlament ein Antrag über stufenweisen Abbau der Mieterschutzgesetze eingebracht. Dieser löste tumultartige Szenen in diesem an derartige Vorkommnisse gewöhnten Hause aus.

Bei diesem Anlaß richtet die Leitung des Vereines an das hohe Bundeskanzleramt die ergebene Bitte, daß gemäß dem Versprechen, schriftlich und mündlich, gegeben vom Herrn Bundeskanzler und Herrn Minister für soziale Verwaltung, zu den Vorberatungen über Änderungen, Ab- und Ausbau der Mieterschutzgesetze der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden Innsbrucks beigezogen werde.

Wir bestehen umso mehr auf diesem uns gegebenen Versprechen, weil gerade die Organisation der Obdachlosen und Wohnungsuchenden, die in ihrer großen Masse durch die jetzige Wohnungspolitik am schwersten getroffen sind, wie die ungezählten Todesfälle, Zerstörungen von Familien, moralische, seelische und körperliche Vernichtung vieler, vieler Existenzen beweisen, das meiste Anrecht haben, gehört zu werden. Die Regierung allein, ebenso die politischen Parteien haben durch ihre Gesetzgebung keineswegs den Beweis erbracht, daß sie ohne Mithilfe der Hausbesitzer, Mieter und Wohnungslosen einen wirklich vernünftigen Ab- und Ausbau, beziehungsweise eine Verbesserung der jetzigen Mietengesetze durchführen können. Auch erachten wir die Beiziehung des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden Innsbrucks und der Wiener Wohnungsliga schon deshalb für geboten, weil die beiden anderen Gruppen, Hausbesitzer und Mieter, bereits eine derart feindselige Stellung gegeneinander einnehmen, daß wir als ausgleichende Dritte, für die bei den Verhandlungen unbedingt nötige Einsicht und für gegenseitiges Verstehen beruhigend einwirken können.

Wir wiederholen deshalb unsere Bitte, beziehungsweise erinnern nur an das uns mündlich und schriftlich gegebene Versprechen und zeichnen mit vorzüglichster Hochachtung: Der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck.

Innsbruck im Bauen an letzter Stelle.

Das Bauprogramm für das Jahr 1924.

In den meisten Städten Oesterreichs und Deutschlands ist heuer bereits eine lebhafte Bautätigkeit als in den letzten Jahren zu konstatieren.

Wir wollen einige Städte vergleichsweise zu Innsbruck anführen:

Wien errichtet heuer mindestens 2700 neue Wohnungen, Nürnberg 860 und Linz a. D. 170 neue Wohnungen.

Der Einwohnerzahl entsprechend, müßte, um nur mit diesen drei Städten gleichen Schritt zu halten, Innsbruck im heurigen Jahre mindestens 100 bis 110 neue Wohnungen errichten. Wir sind fest überzeugt, daß die Gemeinde Innsbruck nicht mehr als 24 Wohnungen bezugsreif bis vor Einbruch des Winters erstellen wird. Vielleicht sind wir auch in dieser bescheidenen Anzahl von Wohnungen noch optimistisch. Wenn man nun die Errichtung von Neubauten in den drei angeführten Städten und den dortselbst vorhandenen Wohnungsmangel wieder vergleichsweise der Einwohnerzahl entsprechend Innsbruck gegenüberstellt, so ergibt sich folgendes Bild:

In Wien Neubauten achtmal mehr als in Innsbruck, die Wohnungsnot dagegen hier viermal so groß als in Wien.

Nürnberg: Neubauten siebenmal mehr als in Innsbruck, die Wohnungsnot dagegen hier fünfmal so groß wie in Nürnberg.

Linz a. D.: Neubauten sechsmal mehr als in Innsbruck, die Wohnungsnot hier fast sechsmal so groß wie in Linz a. D.

Wir könnten noch andere Städte, wie Graz, Villach, Klagenfurt, Frankfurt am Main und München anführen, aber wir wollen nicht nur reine Statistiken bringen, das eine aber haben wir einwandfrei konstatiert, daß in ganz Deutschland und Oesterreich in keiner Stadt die Wohnungsnot so groß, wie bei uns ist, aber auch in keiner Stadt so wenig gebaut wird, wie in Innsbruck.

Spenden für den Verein der Obdachlosen.

Alteierhaus Franke, Firma Tannenberger, Sporthaus Bittling, Oskar Reif, Entomologe, je 20.000 Kronen, Leitner Rith 100.000 Kronen, Siemens-Schudertwerke 50.000 Kronen, Bauer u. Schwarz, Konditorei Schindler, Vereinigte Kanzlei der Rechtsanwälte Dr. Prochaska und Dr. Fris Kellner je 20.000 Kronen, Dieler, Schuhhaus 50.000 Kronen, Friedrich Pajsch, Dr. Alfred Groß, Advokat, P. Gieringer, Herrenmaßschneiderei, Frau Agrak je 20.000 Kronen, Salamander, Schuhgeschäft 30.000 Kronen.

Allen hochherzigen Spendern im Namen der Sache, die wir vertreten, den herzlichsten Dank. Wir bitten, auch in Zukunft die gute Sache nicht zu vergessen.

„Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden“
Innsbruck.

Mitteilungen.

Die Ziehung unserer großen Effektenlotterie findet unwiderrüchlich am 1. Juli, 8 Uhr vormittags, in Innsbruck im Paris-Saale statt. An die Bevölkerung richten wir das Ersuchen, die Zeit bis zum Ziehungstermine auszunutzen und sich in den Verkaufsstellen, beim Christlichen Caritasverband, Erkerstraße 10, oder in der Kanzlei des Vereines, Rennweg 6, Lose zu beschaffen. Preis eines Loses 10.000 K, bei Abnahme von 10 Lose ein Los gratis, von 50 Lose 10 Lose gratis und von 100 Lose 20 Lose gratis. — Die Treffer können an jedem Wochentage zwischen 3 und 6 Uhr Rennweg Nr. 6 besichtigt werden; die Besucher können dortselbst auch Einsicht in die amtliche Trefferliste nehmen.

Der Zusammenschluß des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck, dann des gleichnamigen Vereines in Bludenz und der Wiener Wohnungsliga in einen Reichsverband der Obdachlosen und Wohnungsuchenden Oesterreichs ist grundsätzlich schon durchgeführt. Im Monat Juni findet in Wien die gründende und konstituierende Versammlung dieses Reichsverbandes statt. Zustimmungserklärungen für den Beitritt sind uns von Graz und Klagenfurt bereits zugekommen.

Dem Christlichen Caritasverband für Tirol und insbesondere dem Herrn Direktor Eisenegger spricht der Verein der Wohnungsuchenden und Obdachlosen, besonders das Lotteriekomitee, für den Vertrieb und für die kommissionelle Uebernahme unserer Lose den allerwärmsten Dank aus. Direktor Eisenegger ist eine der wenigen führenden Persönlichkeiten, die den Schaden und die Gefahren der Wohnungsnot mit all ihren bösen Folgen richtig erkennen.

Dem Nationalrat Wilhelm Scheibin dankt die Leitung des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden herzlich für die Interpellation im Parlamente über das Innsbrucker Wohnungselend und über den Skandal der Waggonbewohner.

Briefkasten.

E. L., Rankweil. In Ergänzung unserer letzten Ansprache teilen wir Ihnen noch höflich mit, daß wir jederzeit bereit sind, zur gründenden Versammlung bei rechtzeitiger Einladung persönlich zu erscheinen. Eile tut not, da die Landeshypothekenanstalt Borsarlbergs, wie Sie ja wissen dürften, bereits grundsätzlich gewillt ist, Hypotheken zu vergeben.

Franz G., Innsbruck. Sie haben vollständig recht, der Besuch der Demonstrationsversammlung entsprach sicher nicht der ganz furchtbaren Wohnungsnot. Zum Großteil herrscht in den Massen der Wohnungsuchenden bereits eine solche Verzweiflungsstimmung, daß für jeden, der das ganze Wohnungselend Innsbrucks wirklich genau kennt, dieses apathische Verhalten eines Teiles der Obdachlosen und Wohnungsuchenden eigentlich gerade alle verantwortlichen Stellen zu ernstem Nachdenken veranlassen sollte. Doch das Denken haben diese Leute scheinbar schon verlernt oder es fehlt ihnen überhaupt der Apparat, um dies tun zu können.

Feine Gummiwaren bei Tachezy, Museumstr. 22.	Größtes Toiletten-Seifen-Lager bei Tachezy, Museumstr. 22.	Damen-Monatsbinden sehr preiswert bei Tachezy, Museumstr. 22.	Rasierapparate System Gillette 22.500 bei Tachezy, Museumstr. 22.	Wanzenbrut vernichtet sicher Viktoralösung bei Tachezy, Museumstr. 22.	Fußbälle, Seelen-Pumpen äußerst preiswert bei Tachezy, Museumstr. 22.	Sehr haltbare Gummihosenträger 25.000 bei Tachezy, Museumstr. 22.
--	--	---	--	--	---	--

Bau- und Möbel-Fabrik Angerer & Heinzeller

Innsbruck Staatsbahnstraße 30

Sämtliche Bautischlerei-Arbeiten sowie Vertäfelungen, Innen-Ausstattungen und Möbel-Einrichtungen von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung. Mache die P. T. Hausbesitzer aufmerksam auf meine Tischler- und Schlosser-Arbeiten und Reparaturen. Günstige Zahlungsbedingungen.

Innsbruck Staatsbahnstraße 30

Installationen von Hotels, Sanatorien, Zinshäusern und Villen

Templstraße
5
Telephon Nr. 453

Haller & Ortner in Innsbruck

Haymongasse
4
Telephon Nr. 453

Hochdruckwasserleitungen, großes Lager in Gas- und Kohlenbadeöfen sowie Badewannen und Spültischen

Kleine Anzeigen.

Kindeloses Ehepaar sucht Untermiete, Zimmer mit Kochgelegenheit. Sehr ruhige Leute. Bis zu 300.000 Kronen monatlich.

Getauscht wird Zweizimmerwohnung mit Nebenräumen, anfangs Schneeburggasse, gegen andere Wohnung in Innsbruck oder Umgebung.

Aus Dienstwohnung schuldblos delogierte kinderlose Part. sucht Hausmeisterposten, mit Stall (da eigene Pferde), oder kleine bescheidene Wohnung, auch Untermiete, gegen guten Zins.

Kleine Familie sucht Wohnung gegen Bezahlung der Uebernahmungskosten. Unter „Vordringlich“ an die Redaktion d. Bl.

Alle Mitglieder des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden, Innsbruck, welche eine Wohnung erhalten und sich bei der Uebern. Versicherungsanstalt „Foncière“ irgendwie versichern lassen, helfen der Vereinsleitung, da die „Foncière“ die Versicherungsprämie dem Vereine überläßt.

Beststöpfige Familie vordringl. vorgemerkt, bittet um Ueberlassung einer erträglichen Untermiete bis Herbst. Da vollständig obdachlos, gute Bezahlung.

Wohnungstausch zwischen Dornbirn - Innsbruck. Gebe meine Villa, fünfzimmerig, in Dornbirn gegen eine Dreizimmerwohnung in Innsbruck. Adresse in der Kanzlei des Vereines.

Kaufe Haus mit beziehbarer Wohnung geg. Barzahlung. Schwendinger, Haspingerstraße 7.

Ehepaar (Dienstmann) sucht Posten als Hausbesorger gegen Wohnung. Anfragen sind zu richten an die Kanzlei des Vereines.

Alte Wohnung (Witten) in Untermiete oder gänzlich abzugeben an Vordringliche, Delogierte oder Wagonbewohner. Anfragen in der Kanzlei des Vereines.

Neuer, grün gestrichelter Wagen ist billig zu verkaufen. Näheres beim Hausrecht im „Weißen Kreuz“.

O. Settele & L. Schmidt Innsbruck Heiligegeiststraße 2 Teleph. 1103/IV

Elektrische Installationen für Licht und Kraft, Telephon, Klingel- und Blitzableiter-Anlagen, Beleuchtungskörper, Glühlampen, Motore. Reparaturen billigst.

Haus- u. Küchengeräte

jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge in allen Ausführungen, Eisen- und Metallwaren, landwirtschaftl. Geräte, Schraubwaren, Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche, verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.

Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)
INNSBRUCK, Leopoldstraße 3 (Gasthof Greif)
Filiale: Museumstraße Nr. 28.

Franz Jiranek

Bau- u. Galanterie-Spenglerei und Glaserei

INNSBRUCK

Vinduktstraße, Bogen 25 - 28

empfiehlt sich zur Uebernahme aller Spengler- und Glaserarbeiten, Dachreparaturen sowie Lieferungen von Tafelglas jeden Quantums zu solidesten Preisen.

Lesen!

Eines Tages schrieb ein abergläubischer Abonnent an seine Zeitung, daß er in seinem Blatte eine Spinne gefunden habe und fragte an, ob dies Glück oder Unglück bedeute. Der Redakteur gab im Briefkasten der nächsten Nummer folgende Antwort: „Alter Abonnent! Das Finden einer Spinne in einer Zeitung bedeutet weder Glück noch Unglück. Die Spinne durchläst lediglich das Blatt, um zu erkennen, welcher Geschäftsmann nicht inseriert, um dann zu dessen Laden zu gehen, ihr Netz über die Türe zu weben, um fortan ein ungehörtes Leben zu verbringen.“

Tachezy Gummi
ganz verlässliche frische Ware

6 Stück Blaupackung . . .	1 Schilling
6 . . . Grün	1 1/2 . . .
6 . . . Rot	2 . . .

Versand über die ganze Welt
Ludwig Tachezy
Innsbruck, Museumstraße 22
und Bozen, Lantzen 33

Wohnung von wegziehender Partei gegen Ablöse (Uebernahmungskosten) gesucht. Vordringlich an die Redaktion d. Bl.

Mäuse- Ratten- Massenvergiftungsmittel erhältlich bei **Josef Neumair'sche Desinfektions-Anstalt** Innsbruck, Marktgr. 14.

Baumeister Franz Widmann

Herstellung von **Bauten aller Art und Reparaturen** in guter Ausführung bei billigster Berechnung

Innsbruck, Roseggerstr. 12
Telephon 932/IV

Franz Kronlachner

Lebensmittel-Einkaufsstelle für Obdachlose
Innsbruck
Haspingerstraße 16, gegenüber der Volksschule Haltestelle Fischergasse
gibt allen Obdachlosen auf Mitgliedskarte **10% Rabatt!!**

Kauft Lose der großen Effektenlotterie des Obdachlosen-Vereines Preis pro Los 10.000 Kronen

Zu beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines in Innsbruck, Rennweg Nr. 6. Bei Abnahme von 10 Losen 1 Los gratis, bei Abnahme von 50 Losen 10 Lose gratis, bei Abnahme von 100 Losen 20 Lose gratis.

Der Obdachlose

und Wohnungsuchende

Schriftleitung und Verwaltung
Sandsbrunn Rennweg Nummer 6
Inserate nach Tarif //

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 12

Innsbruck, 15. Juni 1924

Erscheint 14 tiglich

Der Kanzler und der Mieterschutz.

Der Lenker unseres kleinen, wenig lebensfähigen, der Bevölkerung zwangsweise aufgezwungenen Staates liegt schwer verwundet im Wiedner Krankenhaus darnieder. Ein Verblendeter oder Aufgehetzter, vielleicht auch ein ganz gewöhnlicher Verbrecher, hat unserem Staatsmann, einen von den wenigen wirklich großen Männern, die die Welt heute hat, heimtückisch niedergestreckt.

Wir gutmütigen Oesterreicher, nicht gewohnt, daß auf Andersgesinnte geschossen wird, sprechen daher unsere tiefste Entrüstung und Empörung über diesen Mordanschlag aus und bitten die Vorsehung, daß der Bundeskanzler rasch vollkommen genesen, sein Schmerzenslager verlassen möge.

Wir Wohnungslose wissen, daß wir in dem Lenker des Staates einen Gegner der heutigen Mietengesetze haben und da diese Gesetze eben die Hauptursache der entsetzlichen Wohnungsnot sind, so hat uns das Attentat doppelt schwer getroffen. Wir wollen einen vernünftigen Aus- und Abbau der Mietengesetze. Wir wollen, daß der kindische Eingriff in das gesamte Wirtschaftsleben, verursacht durch die Mietengesetze, endlich beseitigt werde. Wir wollen einen Schutz der armen und schuldlos zahlungsunfähigen Mieter vor eventueller Obdachlosigkeit, wir wollen aber auch, daß die tausende und abertausende Familien, die auf eine Wohnung warten, nicht ihr ganzes Leben, durch diese Wohnungsnot an der Nase geführt werden und keine Wohnung erhalten.

Wir wollen nicht, daß die Wohlhabenden und wirklich reichen Leute das Privileg genießen, in ihren Luxuswohnungen umsonst geschickt wohnen können; wir wollen nicht, daß der arme Teufel in seinem bescheidenen Wohnungsbedürfnis in den alten reparaturbedürftigen Häusern derartig wahnsinnige Zinsen zahlen muß, daß der Mieterschutz für ihn nur ein Unglück bedeutet. Wir wollen nicht, daß die Untermieter Mietzins in Goldkronen bezahlen müssen. Wir wollen nicht, daß die Untermieter bereits ein Viertel bis ein Drittel eines Durchschnittseinkommens betragen. Wir wollen, daß gebaut wird und, wenn freiwillig niemand bauen will, diejenigen zum Bauen gezwungen werden, die es eben können. Wir wollen auf die Dauer der Wohnungszwangsgesetzgebung in allen Wohnungsfürsorgeangelegenheiten, bei Klassifizierung der Wohnungslosen, bei Vergebung von Wohnungen an Wohnungsuchende ein Mitbestimmungsrecht erhalten. Wir wollen, daß in den Wohnungsämtern unhöfliche und rücksichtslose Beamte beseitigt werden und letzten Endes wollen wir, daß sich die Regierung und die politischen Parteien bemühen, für tausende und abertausende Familien Wohnungen zu beschaffen.

Alle diese Wünsche und berechtigten Forderungen haben beim Kanzler immer die verständnisvollste Aufnahme gefunden und aus seinem Munde hat es die Oeffentlichkeit zu wiederholtem Male zu hören bekommen, daß diese Wohnungszwangsgesetze korrigiert und als letztes Kriegsüberbleibsel vernünftig abgebaut werden müssen. Wir Wohnungslose bringen daher dem Kanzler das vollste Vertrauen entgegen und hoffen, daß im heurigen Jahr noch in der Wohnungsfürsorge gründlich Wandel geschaffen wird. Wir betrachten daher nur diejenigen Kreise als unsere Feinde, welche auf eine Permanenz, auf eine weitere Versteifung dieser unseligen Gesetze hinarbeiten.

Wir denken hierbei keineswegs ausschließlich an politische Parteien, sondern auch an alle jene, die es sich auf Kosten der Allgemeinheit in ihren großen Wohnungen recht bequem zu machen verstehen; alle jene, die mit ihren überschüssigen Räumen

Dringlich — vordringlich — zudringlich.

Ein Held der Arbeit: Eine Villa ganz allein aufgebaut.

Die Diban-Ehen. — Elendsbilder.

schamlosen Wucher treiben und an alle jene, die es kaltblütig zulassen, daß tausende Familien zugrunde gehen müssen.

Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel ist nicht nur der Führer und infolge seiner überragenden Persönlichkeit naturgemäß der fast absolute Souverän unseres kleinen Staates, sondern auch ein europäischer Staatsmann allerersten Ranges. Die Welt hatte das Unglück — schon seit dem Jahre 1914 bis in die heutige Zeit — keine großen Männer gehabt zu haben.

Große Zeiten bringen große Männer hervor und nicht große Männer machen große Zeiten — so die Lehre. Das Unglück von ganz Europa ist ausschließlich darin zu suchen, daß der Weltkrieg weder große Diplomaten, noch besondere Seerführer hatte.

Ein Bismarck — ein Moitte — ein Napoleon — ein Prinz Eugen — ein Wellington hätte genügt, und Europa würde anders aussehen.

Bei unserem Kanzler, der von Freund und Feind nicht nur wegen seiner vollständigen Uneigennützigkeit, seinem wahren, tief empfundenen Patriotismus, sondern auch wegen seinem überragenden Geist geachtet und gefürchtet wird, finden wir die Eigenschaften eines wirklich großen Weltstaatesmannes und deshalb auch aus diesem Grunde möge das Schicksal gerecht und gnädig sein und dem Kanzler in kürzester Zeit die volle Gesundheit wiedergeben.

Gibt es ein Ende der Wohnungsnot in Oesterreich?

Von Anton Hohn, Linz a. D.

Herr Anton Hohn in Linz a. D. richtet in einem Schreiben an uns das Ersuchen, zu seinem großen Vorschlag unter der obigen Ueberschrift Stellung nehmen zu wollen.

Eine der schwersten Sorgen der Nachkriegszeit war es, die durch den langen Krieg bis zur Erschöpfung aufgebrauchten lebenswichtigen Rohstoffe und Nahrungsmittel nachzuschaffen und wieder in genügendem Ausmaße einzuführen, um so Industrie und Volkswirtschaft zu neuem Leben zu retten. Die Behebung dieser Not war ohne neue Belegung der Einfuhr, diese wieder ohne Zuannahme des geldträchtigen Auslandes nicht zu erreichen. Zur Behebung der Wohnungsnot in Oesterreich brauchen wir keine Einfuhr und keine Hilfe des Auslandes. Unser Bundesstaat hat nicht viel an Schätzen, aber das Land besitzt in reichem Maße sicher alles, was man zum Aufbau von Wohnungen braucht: Wir haben Baugründe, haben Steine, Ziegel, Kalk, Zement, Glas, Holz, Eisen, kurz alles was zum Bau von Wohnungen notwendig ist und haben andererseits — die schreckliche Wohnungsnot! Tausende von braven Menschen wohnen seit Jahren in elenden Löchern, in verfallenden Baracken und in kalten Eisenbahnwaggons. Unglaublich scheint es: Alles ist hier, aber es fehlt das Geld zum Bauen, weil sich das Bauen nicht rentiert! So ist das Problem der Behebung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit ein Finanzproblem: Beschaffung von Bankapital.

(Anmerkung der Redaktion: Bis hierher pflichten wir diesem Gedankengang vollkommen bei und es freut uns aufrichtig, daß nun allerorts die schrecklichen Folgen, die die Wohnungsnot mit sich bringt, aufgezeigt werden.)

Die Mittel, die zur Behebung der Wohnungsnot seit Kriegsende versucht wurden, sind vielfältig, doch gering

ist ihr Erfolg. Drei Jahre eingehender Studien über die Mittel und Wege zur Behebung der Wohnungsnot und genaue Kenntnis der jugoslawischen Verhältnisse haben mich dazu geführt, daß ich behaupte: die Behebung oder auch nur eine fühlbare Besserung der Wohnungsnot in Oesterreich kann durch alle bisher versuchten Mittel und mit allen bisherigen kostspieligen Anstrengungen niemals durchgeführt werden! Weder Bund, noch Land, noch Gemeinden, noch auch die private Initiative zur Behebung der Bautätigkeit, wie sie im landläufigen Sinne heute verstanden wird, kann eine so umfangreiche Bautätigkeit bringen, daß die Katastrophe der Wohnungsnot in Oesterreich behoben wird.

Ich will in gedrängter Form einen neuen Vorschlag zur Behebung der Wohnungsnot in Oesterreich darlegen, der ernsthaft geprüft als jener Mittelweg erscheinen muß, der bei Zurückstellen der absteigenden extremen Parteiprogrammziele für alle Parteien, links und rechts, für die Regierung und für alle sonst Beteiligten gangbar ist. Wichtig ist, daß sich alle Versuchen, die das Vertrauen des Volkes genießen, aufraffen und zusammenschließen in dem festen Entschluß: Wir alle wollen in dieser Frage zusammenarbeiten und gemeinsam versuchen, das Beste zu tun, um diese wahre Not unseres Volkes zu meistern!

Die Hausbesitzer klopfen täglich an die Pforten der Bundesregierung um Aufhebung des Mieterschutzes. Keine Regierung und keine der Parteien kann und darf ihnen die Aufhebung oder auch nur die Milderung der geltenden Bestimmungen in naher Zukunft versprechen. Mit der Herstellung von 50.000 Kleinwohnungen (Wohnküche, Zimmer, Kabinett) ist die Wohnungsnot in Oesterreich zwar nicht ganz behoben, werden doch in Linz allein 6000 Wohnungen benötigt. Doch mit Vollendung dieser gigantischen Arbeit wäre die Gewähr gegeben, daß bei einer Milderung des Mieterschutzes ein Wohnungsmarkt von solchem Umfange vorgeliefert wird, daß dem Wohnungsnotleidenden nicht Tür und Tor geöffnet ist, der ja bei der jetzt herrschenden Wohnungsnot schon heute besteht und später unbedingt noch verstärkt zu Tage treten müßte. Da die heutige Bautätigkeit für eine dreitägige Wohnung in voller Ausführung im Durchschnitt 100 Millionen Kronen Baukosten erfordert, verlangt dies für das aufgewendete Zinsekapital (Zinsekapital) für diese Kleinwohnungen bei 20 Prozent Zinsen eine Jahresmiete von 20 Millionen Kronen, das sind 1.7 Millionen Kronen monatlich, einen Betrag, den der Bewohner dieser Kleinwohnung nie oder nur in den seltensten Fällen als Miete bezahlen kann. 50.000 Kleinwohnungen würden bei Baukosten von je 100 Millionen Kronen den riesigen Betrag von 5 Billionen Kronen Baukosten ergeben, einen Betrag, den unsere Volkswirtschaft unmöglich verzinsen kann. Es ergibt dies bei 20 Prozent Zinsen eine Billion Kronen, was ungefähr die Hälfte der gesamten Schuld des Bundes Oesterreich an die Oesterreichische Nationalbank gleichkommt. An die gewünschte Amortisation des Kapitals ist dabei gar nicht zu denken.

(Anmerkung der Redaktion: Daß die Hausbesitzer die Aufhebung des Mieterschutzes fordern, ist selbstverständlich und begreiflich, ebenso natürlich aber auch, daß die Wohnungslosen die gleiche Forderung stellen, weil sie eben durch die Beibehaltung der Wohnungszwangsgesetze die Hoffnung auf eine eigene Wohnung immer mehr und mehr schwinden sehen. Die Behauptung des Artikelschreibers, daß keine Regierung und keine der Parteien die Aufhebung oder auch nur die Milderung der geltenden Bestimmungen in naher Zukunft versprechen könnten, dies als gut und richtig hinstellen zu wollen, müssen wir vom Standpunkte der Wohnungslosen als grundsätzlich bezeichnen. Der Mieterschutz in seiner jetzigen Form stellt einen schweren Eingriff in das gesamte Wirtschaftsleben dar und bietet für einen Großteil von Mietern in Wirklichkeit gar keinen Schutz! Die Erfahrung, die andere

Staat mit dem Abbau der Mieterschutzgesetze gemacht haben, geben den besten Beweis für unsere Behauptung.)

Als Grundforderungen zur Behebung der Wohnungsnot gelten unwiderleglich: 1. Gebaut kann nur mit zinsenlosem Baukapital werden, d. h. nicht mit Leihkapital in bisher geübter Form; 2. gebaut muß werden für ganz Oesterreich und 3. für alle Angestellten und sonst im Abhängigkeitsverhältnis stehenden Mieter müssen, ähnlich wie bei der Aushebung der Zwangswirtschaft für Mehl, Brot, Fleisch usw. die Voraussetzungen geschaffen werden, daß die Mieter in der Lage sind, die geforderten neuen, d. h. der Wertsteigerung angemessenen Mieten zu bezahlen.

Nur ein hoher Gemeinssinn, nur die ausnahmslose Mittätigkeit aller, der Mieter, der Hausbesitzer, der Unternehmer, der Arbeitgeber, einschließlich des Bundes, kann hier Abhilfe schaffen. Wird der heutige günstige Zeitpunkt zur Durchführung dieses Planes verpaßt, wird diese wirtschaftliche Frage, die alle Kreise Oesterreichs mit gleicher Sorge beschäftigen muß, nur zum Politikum, dann findet sich nie wieder die verloren gegangene Gelegenheit, das Unheil, das das alte, gutgemeinte Mieterschutzgesetz im Laufe der Zeit geschaffen hat, wieder gut zu machen. Die Grundzüge, die in meinem Detailprojekt enthalten sind, führe ich hier kurz an:

1. Der jetzt geltende Mieterschutz ist zu teilen in einen wohnrechtlichen Teil und in einen finanziellen Teil. Der wohnrechtliche Teil (insbesondere Schutz vor Kündigung) bleibt erhalten. Der finanzielle Teil wird jedoch zur Gänze aufgehoben für jene zahlungsfähigen Mieter, die bisher dadurch, daß sie dem Hausherrn den entsprechenden wertgesteigerten Mietbetrag schuldig geblieben sind, Schmarotzer waren an dem Hausherrn. Jeder Mieter, der in der Lage ist, die wertgesteigerte Miete zu bezahlen, bezahle für seine Wohnung den valorisierten oder doch den seinem Einkommen entsprechenden Mietbetrag. Aber auch finanziell schlechter gestellte Mieter werden unter voller Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Lage gern die jetzt 150fache Miete auf das 500-, ja 1000fache erhöhen lassen, was Monatsbeiträge von 10, 20, 25 Tausend Kronen bedeutet, wenn sie damit der wirklichen Behebung der Wohnungsnot geholfen sehen.

2. Hausbesitzer, Unternehmer, Arbeitgeber im weitesten Sinne, einschließlich des Bundes, der Länder und Gemeinden, bilden eine Baugenossenschaft. Die Miet-Mehrbeträge (wertgesteigerte Miete) nehmen nicht die Hausbesitzer für sich zur Gänze in Anspruch, sondern stellen sie der „Baugenossenschaft“ zur Verfügung. Ein Teil verbleibt dem Hausbesitzer als erhöhter Beitrag zur Instandhaltung der Häuser, der Rest der Miete-Mehrbeträge fließt in den „Baufonds“ und „Ausgleichsfonds der Baugenossenschaft“. Ueber diese Beträge erhalten die Hausbesitzer Anteilscheine, die auf den Baufondsanteil lauten. Die Anteilscheine sind unverzinslich und steuerfrei. Sie lauten auf Namen und sind gegen Ummeldung der Namensänderung an jeden Inländer verkäuflich. Besondere Bestimmungen regeln den Verkauf an Ausländer.

3. Besitzer von Eigenwohnungen, sowie Unternehmer, Banken, Geschäftskreise und ähnliche bezahlten Beiträge in den „Baufonds“ nach gleichen Grundsätzen der Leistungsfähigkeit, als wären sie Mieter der betreffenden Objekte. Sie erhalten ebenso Anteilscheine, die unverzinslich und steuerfrei sind.

4. „Baufonds“ und „Ausgleichsfonds“ stellen nun das unverzinsliche Baukapital dar, das zur Herstellung ausschließlich solider, einfacher Dauerbauten mit Kleinwohnungen bilden soll. Die Mietkosten für eine so mit unverzinslichem Kapital von je 100 Millionen Kronen hergestellte dreiräumige Wohnung könnten billig, auch mit 100 bis 200 Tausend Kronen monatlich berech-

net werden, was einen Betrag darstellt, den jeder Angestellte und Arbeiter bei normaler Verdienstmöglichkeit leisten kann. Diese Neuwohnungen unterliegen den gleichen Bestimmungen wie Altwohnungen, Mieter von Altwohnungen werden nach gleichen Grundsätzen ihrer Leistungsfähigkeit behandelt.

5. Die riesenhafte Bautätigkeit, die sich so entwickeln würde, muß natürlich alle Arbeitslosigkeit beseitigen. Die kleinen Gruppen, die an Arbeitslosen übrig bleiben würden, sind verschwindend und kommen nicht in Betracht. Die Arbeitslosenunterstützungen, die heute das Budget des Bundes schwer belasten und als Ergebnis der Sanierungsstätigkeit unproduktiv ausgegeben werden müssen, könnten auf Regelung der Besoldung der Bundesangestellten verwendet werden, um auch diese in die Lage zu versetzen, das entsprechende Mietgeld bezahlen zu können. Zu der Geltungsdauer des Baugesetzes werden diese Quartiergelder der Bundesangestellten vom Bunde im „Ausgleichsfonds“ eingezahlt, von dort zur Befriedigung jener Vermieter verwendet, deren Mieter eben Bundesangestellte sind. Die Allgemeinhöhe der Mieten wird für alle Vermieter in ein richtiges Verhältnis zur Friedensmiete gebracht werden können. Im „Ausgleichsfonds“ erscheinen auch Pauschalbeiträge der übrigen Arbeitgeber, Steueranteile der Gemeinden. Aus diesen werden ebenfalls Dauerleistungen zur Besoldungsneuordnung (Quartiergeldersatz) für diese wirtschaftlich abhängigen Mieter gebildet werden können.

(Fortsetzung folgt.)

Dringlich — vordringlich — zudringlich.

Der deutsche Sprachschatz wurde während des Weltkrieges mannigfaltig vermehrt und manche Fachausdrücke des Notstandes haben sich bis heute erhalten. Aber ein traurig anmutender Sarkasmus hat sich in der Nachkriegszeit in der Terminologie des Wohnungswezens herausgebildet, weil die Herren vom Wohnungsamt von ihrer vorgesetzten Behörde mit dem Ernennungsdekret nicht auch die nötige soziale Einsicht zugeleitet erhielten und von Haus aus davon selbst nicht viel mitbrachten.

Als man seinerzeit daranging, die Listen der Wohnungsbewerber aufzustellen, da mußte man angehts der immer steigenden Schar von Bewerbern eine Klassifizierung vornehmen. Die Kategorie der Allerbedürftigsten wurde nun als „dringlich“ bezeichnet und begreiflicherweise trachteten nun alle Wohnungsuchenden nach Möglichkeit, in diese Klasse der Bevorzugten eingereiht zu werden.

Für sozial denkende Menschen wären diese Bestrebungen, wenn auch zwecklos, so doch begreiflich erschienen. Zwecklos aus dem Grunde, weil bei der geringen Zahl der zu vergebenden Wohnungen es doch keinen Sinn hat, allzu viele „dringlich“ zu qualifizieren, die deshalb doch nicht früher an die Reihe kommen; begreiflich deshalb, weil jeder Wohnungsuchende von dem Egoismus beherrscht wird, doch in absehbarer Zeit auch zu einer Wohnung zu kommen.

Die leider Gottes wenig sozial denkenden und mit der Zeit auch dieses Wenige noch einbüßenden Herren des Wohnungswezens, haben nun ihren traurigen Witz darin bestätigt, daß sie aus den dringlichen Bewerbern „vordringlich“ machten. Das Wort hat sich so rasch eingebürgert, daß man es sogar in den offiziellen Reden im Gemeinderate hören konnte. Die Wohnungsuchenden mußten sich also den Vorwurf der Vordringlichkeit gefallen lassen, weil sie das Bestreben hatten, ihr Elend früher als andere zu beenden.

Mit der Zeit hat aber befallentlich die Zahl der „Dringlichen“ schon die Stärke eines Regiments überschritten und es ist wieder sehr begreiflich, daß mit der immer geringer werdenden Hoffnung, endlich aus dem Elend erlöst zu werden, die Erregung steigt. Für uns ist es nämlich begreiflich, daß Familien, die vergebens auf Erlangung eines eigenen Heims hoffen, daß Männer, deren Familienmitglieder auf vielerlei Orte verstreut untergebracht sind, daß Eisenbahner, deren Angehörige und sie selbst schon zwei Winter im Lastwagen haften, ungeheuer erregt werden. Diese vom Unglück so schwer betroffenen Leute gehen in ihrer Verzweiflung immer wieder zum Wohnungsamt, zu Gemeinderäten, zu den Bürgermeistern, zu Ratskammern und sonstigen Funktionären, ihre Bitten streifen den devoten Ton ab und je mehr so ein Funktionär sich einschüchelt, desto schärfer werden die Worte und es werden vielleicht Vorwürfe erhoben, die nicht ganz gerechtfertigt sind.

Wir verstehen dies: Das natürliche Bedürfnis nach einer Wohnung, nach Beendigung des Familienjammers, bricht die Schranken durch. Und wenn noch die Art und Weise der Behandlung dieser Unglücklichen jeder Einsicht Hohn spricht, dann sind solche Wirkungen verständlich. Ein Funktionär, der tausendmal erklärt hat, er verfüge über keine Wohnung, weil nicht genügend gebaut wird, der soll halt in verschiedenen Variationen und mit etwas Gemüt diese Tatsache noch tausendmal wiederholen und außerdem zeigen, daß er in den Wohnungsuchenden nicht nur eine Ziffer für seine Statistik erblickt. Einfach brutal, zu sagen, es sei nichts da und über die „Belästigungen“ zu schimpfen, das bringt ein Schalterbeamter beim poste restante auch zusammen und hat keine soziale Funktion zu erfüllen.

Und nun hat neuerdings der schale Witz verändelter Glendbürokraten auch noch eine Steigerung der Vordringlichkeit in „zudringlich“ erfunden. Die eigene Vordringlichkeit einer leider unerfüllbaren Hoffnung hat die Leute vordringlich gemacht, nun sie das Elend nicht mehr ertragen können und aufgeregt werden, nennt man sie zudringlich! Einbilden dürfen sich die Erfinder des Wortes nichts!

Für Menschen mit Mitgefühl bedeutet diese Qualifizierung eine Gemütsröhe. Das Geschlecht der Bürokraten findet ein Wohlgefallen daran, denn es steht seit jeher auf dem falschen Standpunkt, daß die Bevölkerung ihrerwegen da sei, während es umgekehrt richtig ist. Jede Erschütterung des Menschenlebens bedeutet für sie eine Zudringlichkeit. Nur so konnte ein Ausbruch entstehen, der sich wie ein Hohn auf das Wohnungselend anhört.

Ein Held der Arbeit.

Eine Villa ganz allein aufgebaut.

An der Bezirksstraße Lieboch-Tobelbad in Steiermark erhebt sich ein schmüdes, einfaches, villenartiges Gebäude, dessen Entstehungsgeschichte gar seltsam anmutet. Baumeister d. R. Robert Englerth, der wie viele seiner Kameraden vom Abbau betroffen, aus seinem Berufe herausgerissen, die Zukunft und das Schicksal seiner Familie bedroht sah, entschloß sich im Jahre 1921, auf einem kleinen Grundstücke, das zum Besitze seines Eigentums zählte, seinen Angehörigen ein Heim zu schaffen. Für die Vergebung des Baues an fremde Kräfte reichten die Mittel nicht hin. Er vertraute auf seiner Hände Kraft und die Unterstützung seiner Frau und seiner Kinder.

Am jede verfügbare Zeit dem Bau widmen zu können, errichtete er sich im Walde beim Baugrund eine notdürftige Bretterhütte, wo er lange Zeit mit seinen Angehörigen bei färglicher Kost, den Unbilden der Witterung ausgefetzt, sein

Die Divan-Ehen.

kein Kapitel der Erotik, sondern des Wohnungselends.

Es kann zwischen den Kirchengläubigen und den Freigeistern über die Moralität einer sogenannten Sever-Ehe oder Kirchsteiger-Ehe eine Meinungsverschiedenheit bestehen, aber daß es Ehen gibt, die regelrecht nach den Geboten der Kirche geschlossen wurden und dennoch auf einer traurigen moralischen Stufe stehen, beweisen die in Wien immer häufiger werdenden sogenannten Divan-Ehen.

Ein trauriger Humor hat diese Bezeichnung erfunden, die jeder Menschenwürde Hohn spricht.

Da kennen sich zwei junge Leute schon jahrelang und können wegen der Wohnungsnot nicht heiraten. Ihr „Verhältnis“ erregt Aergernis, ihre Kinder leiden unter der Mangelernährung und die hohen Kosten gelegentlicher Absteigquartiere sind auf die Dauer unerträglich. Sie entschließen sich zur Heirat unter allen Umständen, der Priester spricht seinen Segen und das Paar steht nun in den Augen des strengsten Sittenrichters als rechtmäßig verbunden da und darf offen zeigen, daß es seinen Paarungszweck erfüllen will.

Das alte Dichterwort: „Raum ist in der kleinsten Hütte für ein glücklich liebend Paar“ erfährt nun die Korrektur, daß für dieses und viele ähnliche Paare weder eine kleine Hütte, noch sonst eine eigene kleine Wohnung zu haben ist.

Die Eltern des jungen Ehemannes sagen nun, „in Gottesnamen, bleib halt so lange noch bei uns wohnen, bis Ihr eine Wohnung bekommt“, das Gleiche müssen notgedrungen auch die Eltern der jungen Frau sagen, die wie bisher bei ihrer Schwester im Bett schlief. So bleibt denn jeder Teil wie bisher bei den Eltern und sie kommen — jetzt in allen Ehren, wie es die Kirchenmoral gebietet — als Eheleute zusammen, ohne daß ihnen jemand den Vorwurf der Unsitlichkeit des Lebens-

wandels machen kann. Und die Eltern trachten, es ihnen zu ermöglichen.

In einer der beiden Familien besitzt man meist das Altwiener Möbelstück, den Divan. Hier sitzen nun die jungen Eheleute abends beisammen, bevor jeder Teil in seine separate Behausung sich begibt. Und da die Eltern doch die Zweckbestimmung der Ehe kennen und die Sehnsucht von Eheleuten nach Zärtlichkeiten, so ziehen sie sich mit den anderen Mitbewohnern um jene Zeit des Beisammensitzens der zwei jungen Eheleute distret zurück oder gehen zu Nachbarn, die verständnisvoll ihnen Gastsfreundschaft gewähren oder bummeln sonstwo herum. Sie überlassen es den beiden jungen Leuten, das Alleinsein auszunützen. In allen Ehren, wohlgemerkt! Es ist keine Gelegenheitsmacherei, keine unmoralische Handlung, sondern die Ermöglichung, daß ein vollgültiges Ehepaar sich ungehindert zusammensindet, weil eine andere Möglichkeit nicht besteht und das Paar durch das Wohnungselend gezwungen ist, die Ehe in dieser Weise zu konsumieren.

Solche Divan-Ehen dauern oft jahrelang, die Beteiligten werden abgestumpft gegen die peinlichen Begleiterscheinungen. Hat man sich zuerst mit Absicht unwissend und harmlos gestellt, als ob das Alleinsein nur zufällig gekommen sei, so hat man bald die Ehen überwunden und zeigt offen, daß man sich dessen bewußt, was da vorgeht und alles vollzieht sich mit einer gleichmütigen Selbstverständlichkeit.

Die Folgen davon in moralischer Beziehung, sagen wir richtiger in ethischer Beziehung, besonders, wenn noch jugendliche Geschwister da sind, die bald heraus haben, warum man die Weibchen stets allein läßt und die den Divan mit interessierter Neugierde betrachten, oder wenn häßliche Nachbarn ihre Bemerkungen über das sonderbare Eheleben machen, brauchen nicht geschilbert zu werden. Auch die weitere Entwicklung dieses Glendbildes, wenn die Verhältnisse nicht bald anders werden, kann

man sich leicht ausmalen. Schon die Tatsache allein, daß man in Wien von den Divan-Ehen nicht als einen erotischen Witz eines Varieteehumoristen, sondern von einer sozialen Notwendigkeit spricht, beweist klar und deutlich, daß die Menschen insolge der Wohnungsnot die Rückkehr zur Unkultur als eine Selbstverständlichkeit betrachten.

Wir müssen aber sagen, daß es ein tieftrauriges Zeichen der Zeit ist, wenn politische Parteien und Regierung nicht alle Hebel in Bewegung setzen, um eine Zwangsengesetzgebung zu beseitigen, die solche Zustände ermöglicht. Man entsetzte sich früher über die moralische Verwahrlosung in den Quartieren des Glends und der Verworfenheit, heute findet man Divan-Ehen in Kreisen von Menschen, die bessere moralische Begriffe haben und sogar den Kirchengeboten Rechnung tragen, bevor sie so „unmoralisch“ ihr Eheleben beginnen.

Lange soll sich auch die Bevölkerung solche Zustände doch nicht gefallen lassen und eine Wohnungsfürsorge dulden, die einem Großteil der Menschen freie Wohnungen bietet, den anderen aber nur — einen Divan.

Marat.

Kolporteurs

die ehrlich und anständig sind, werden gegen gute Bezahlung gesucht. Vorzustellen in der Kanzlei des „Obdachlosen“, Rennweg 6.

Dagein kräftete, bis sein Haus begehbar wurde. Vom Aus-
sehen des Grundes bis zum Dachgiebel hat der wadere
Mann, nur auf sich und die Seinen angewiesen, die verschie-
densten Erd-, Mauer- und Holzarbeiten mit stannenswertem
Besicht benützt. Zur Fertigstellung der Außenfront wurden
für kurze Zeit drei Hilfskräfte aufgenommen. Sogar einen
19 Meter tiefen Brunnen hat Englerth selbst gegraben und
gebrauchsfähig gemacht.

Nun sieht sein Lebenswerk, eine Sebenswürdigkeit mensch-
licher Selbsthilfe, fertig da, und mit Stolz berichtet
der wadere Pionier der Arbeit von der Entstehungsgeschichte
seines Hauses. Englerth hat seine Villa mit einer Kaffee-
Restauration in Verbindung gebracht. Im „Waldbühler“,
das in zehn Gehminuten von der Eisenbahnstation Vieboch
erreichbar ist, hat man Gelegenheit, den „Hausheerrn“ im
edelsten Sinne des Wortes zum Erfolge seiner jahrelangen,
unter Mühen und den größten Entbehrungen geleisteten
Arbeit beglückwünschen zu können.

Elendsbilder aus Innsbrucker Wohnungsverhältnissen.

Das Wohnungsamt vermehrt die Delogiertenlisten.

Wir bringen nachstehenden traurigen Fall von Behand-
lung eines Wohnungsuchenden durch das Wohnungs-
amt der Öffentlichkeit zur Kenntnis:

An den

Gemeinderätlichen Wohnungsausschuss

Innsbruck.

Die Leitung des unterzeichneten Vereines richtet
an den gemeinderätlichen Wohnungsausschuss das
Ersuchen, den unter Nr. 4436, vordr. 23, vorgemer-
kten Alfons Kroiß, wohnhaft Universitätsstraße
Nr. 13, 1. Stock, in die Delogiertenliste aufnehmen
und vor Einbruch der kalten Jahreszeit von amts-
wegen eine Wohnung zuweisen zu wollen.

Wir begründen unser Ersuchen folgend:

Photograph Alfons Kroiß, seit 23. April 1921 beim
städtischen Wohnungsamt vorgemerkt, bewohnt seit
Weihnachten 1919 in der Universitätsstraße Nr. 13,
1. Stock, ein kleines, einseitiges und hoffentlich ge-
legenes feuchtes Zimmer. Anfangs 1923 war
die letzte Kommission des Wohnungsamtes in diesem
Zimmer und beschäftigte die Feuchtigkeit dieser Unter-
kunft. Frau Kroiß wurde durch diese schlechte Bequa-
rierung krank, machte eine schwere Unterleibsopera-
tion durch und ihr seelischer Zustand ist ein derartiger,
daß in dieser Behausung eine Heilung der Frau aus-
geschlossen erscheint. Ein Attest des behandelnden
Arztes, Dr. Lavatschel, bestätigt die Krankheit
und den Seelenzustand der Frau. Dem Photographen
Kroiß wurde durch den früheren Leiter des Woh-
nungsamtes, Obermagistratsrat Jotti, die Aussicht
auf eine Wohnung zugesprochen, wenn er dem Woh-
nungsamt freie oder unbenützte oder unzulänglich
bewohnte Wohnungen bekanntgibt. Herr Kroiß hat
in der Anichstraße eine Wohnung (Smerdou) ausfin-
dig gemacht, Material herbeigeschafft, durch den
Rechtsfreund des Vereines, Herrn Dr. Staudinger,
die Anforderung im eigenen Interesse betreiben
lassen und nachdem diese Anforderung bestätigt war,
wurde diese Wohnung — anderweitig vergeben!

Außerdem geben wir dem Wohnungsausschuss be-
kannt, daß Kroiß im Herbst 1919 im Auftrage des
Obermagistratsrates Jotti aus zwei möblierten Zim-
mern, die er schon fünf Monate lang bewohnte, im
Interesse des Senfals der Warenbörse, Herrn
Kraus aus Wien, gewaltsam delogiert
wurde. Die Warenbörse existiert nun schon lange nicht
mehr, der Wiener Kraus ist auch nicht mehr in Inns-
bruck, aber die Familie Kroiß ist durch diese Umstände
schwer in Mitleidenschaft gezogen worden.

Dies bringen wir dem geehrten Wohnungsausschuss
zur Kenntnis und bitten, um kurzen Bescheid unse-
res Ansuchens bis 12. Juni l. J.

Mit vorzüglichster Hochachtung

Der Verein der Obdachlosen und
Wohnungsuchenden in Innsbruck.

Der Wohnungsausschuss hatte es natürlich nicht für
notwendig befunden, dem Obdachlosenverein eine Ant-
wort zukommen zu lassen! Jeder Kommentar über-
flüssig.

Kein Dach über dem Kopfe.

Christian A., verheiratet, Vater von zwei Kindern,
seit Mitte Mai delogiert, steht buchstäblich auf der Straße.
Christian A. wurde mit seiner vierköpfigen Familie
vom Wohnungsamt delogiert und ist vollständig obdach-
los. Der Mann lebt 28 Jahre in Innsbruck, zahlt die
ganze Zeit hindurch Steuer und wohnt über sieben Jahre
in der nun von ihm geräumten Wohnung. Wir werden
sehen, ob diese nun frei gewordene Wohnung nach dem
Dringlichkeits- und Gerechtigkeitsprinzip vergeben wer-
den wird.

Der Dank des Vaterlandes ist ihnen gewiß...

P. S., seit drei Jahren beim Wohnungsamt vorge-
merkt, verheiratet, bewohnt mit zweijährigem Kinde
die Küche bei der Mutter in Gall. Die Wohnung besteht
bloß aus Zimmer und Küche und wohnen dortselbst
sechs Personen. Der Wohnungsbewerber war sechs
Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft und, obwohl
vordringlich klassifiziert, wird derselbe wohl nie zu einer
Wohnung gelangen.

Im Zeitalter: „Alles für das Kind!“

Karl B., Bundesangestellter, verheiratet, seit 1921
beim Wohnungsamt vorgemerkt, vordringlich klassifi-

ziert, bewohnt mit einem Kollegen eine kleines Zimmer
gemeinsam. Frau ist in einem hiesigen Gasthose bedien-
tet, kommt jedoch in vier Wochen erneuert ins Wochen-
heim. Ihr fünfjähriges Kind ist bei Verwandten in Ober-
österreich. Wo und wie die Frau ihr zu erwartendes
Kind zur Welt bringen und aufziehen wird, (wenn sie
die Gebärklinik verläßt,) ist der Familie bis jetzt voll-
ständig schleierhaft.

Mitteilungen.

Gründung des Reichsverbandes der Wohnungslosen.
In der Zeit vom 1. bis 6. Juni weilte der Obmann
des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden,
Major Dragoni, in Wien und nahm an den Verhand-
lungen der Wiener Wohnungsliga und der Hausbesitzer-
organisationen teil. Er sprach in mehreren Versammlun-
gen und es wurden die Vorbereitungen für den engen
Zusammenschluß aller Wohnungslosen
in Oesterreich mit den Hausbesitzern genauestens berate-
ten. — Ende dieses Monats wird der Verein der Ob-
dachlosen und Wohnungsuchenden in Graz gegründet
und Anfang nächsten Monats werden gleiche Vereini-
gungen in Salzburg, Linz a. d. D. und Laagen-
furt ins Leben gerufen. Die Statuten für den Reichs-
verband der Obdachlosen und Wohnungsuchenden sind
verfaßt und im Herbst dürfte der Verband seine Tätig-
keit bereits aufnehmen.

Wie die Innsbrucker Gemeindeverwaltung mit den
Wohnungsuchenden umspringt. Auf ein höfliches Ersuchen
des Vereines um Einräumung einer Sprechstunde beim
Wohnungsamt Innsbruck erhielten wir von der Ge-
meinde nach drei Monaten einen abschlägigen, direkt
großelnden Bescheid. Wir haben an den Gemeinderat so
geantwortet, wie dieser es verdient. Abgesehen davon,
daß eine Vorgesprache beim Wohnungsamt von Vertre-
tern der Wohnungslosen etwas so selbstverständliches sein
sollte, ist uns die regelrechte Sprechstunde durch zwei Ge-
meinderatsbeschlüsse zugebilligt worden. Dessen ungeach-
tet schämt sich die Gemeinde nicht, auf unser artiges
Ersuchen eine abschlägige Antwort zu geben.

Bund der Bodenreformer, Ortsgruppe Innsbruck. Am
11. Juni fand im Gasthose „Goldener Adler“ in Inns-
bruck die gründende Versammlung des Bundes Oester-
reichischer Bodenreformer, Ortsgruppe Innsbruck, statt.
Der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden ist
dieser Vereinigung schon vor einem Jahre beigetreten.
Zu den Vorstand wurden gewählt als Vorsitzender Dr.
Anton Meizer, als Stellvertreter Rechnungsrat Auer,
als Schatzmeister Stadtrat Gril, als Schriftführer Josef
Faulster, als Beisitzer Universitätsprofessor Dr.
Lamp und Major Dragoni.

Bölkertum und Mieterschutz. Zeitungsnachrichten zu-
folge wird der Abbau des Mieterschutzes und der damit
verbundenen schwerwiegenden wirtschaftlichen Fragen
Gegenstand der nächsten Böhmerbundtagung in Genf sein.
Die Verbandsleitung wird sich in dieser Angelegenheit
in den nächsten Tagen persönlich in Wien die nötigen
Aufklärungen beschaffen. Sicher ist nur eines, der Zu-
stand, wie er heute ist, geht auf die Dauer nicht länger
an. Die famosen Mieterschutzgesetze sind in ihrer heutigen
Form für einen Großteil der Bevölkerung nicht mehr zu
ertragen. Und diese Gesetzgebung nennt sich noch Woh-
nungsfürsorge.

Spenden für den Verein der Obdachlosen

R. Raffal, Gasthof „Alt Innebrugg“, Großgasthof
„Dreieck“, Tiroler Herlango, Helene Huber, Rhomborg
und Haude, Proff Josef, je 20.000 Kronen; Rozz, F.
Schärmer, Leitner Bernh., je 10.000 Kronen; Dr. Stau-
dinger, G. Hammerl, St. Anna Apotheke, Dellacher, Dr.
Arthur Joch, G. Haas, Franz Götsch, Kessler Ferdinand,
Eimhardt u. Auer, Souzjel, Stiehbierhalle Burggraben,
Max Holzner, Damenmode, Marie Singer, Alois Bett,
je 20.000 Kronen; Dr. Hampl, S. Hampl, je 5000 Kro-
nen; Fäseer, Feil J., je 10.000 Kronen.

Allen hochherzigen Spendern im Namen der Sache, die
wir vertreten, den wärmsten Dank. Wir bitten, auch in
Zukunft die gute Sache nicht zu vergessen. Verein der
Obdachlosen und Wohnungsuchenden Innsbruck.

Prima Portlandzement
Romanzement
Kalk, Gips, Ziegel
sowie alle Baumaterialien kaufen Sie gut
und preiswert bei
Friedrich Biendl
INNSBRUCK, Anichstraße Nr. 24
Telephon Nr. 1087/II.

Briefkasten.

Grazer Mieterschutz. Im „Grazer Mieterschutz“ vom
7. Juni 1924 wurde der Artikel „Fortwährende Häuser-
verwahrlosung“ von unserer Zeitung übernommen und
dieser einer kritischen Beurteilung unterzogen. Wir bitten
daher den Grazer Mieterschutz, mit dem wir ja so viele
gemeinsame Programmpunkte haben, folgendes zur
Kenntnis zu nehmen: Wir betreiben nie Geschäfte der
Gegner, denn unsere Feinde sind nur diejenigen, die sich
auf Kosten der Allgemeinheit einen mit ihrem Einkom-
men und mit der Größe der Familie nicht begründeten
Luxus leisten. Feinde von uns sind auch alle, die mit sich
über einen vernünftigen, stufenweisen Abbau der Woh-
nungszwangsgesetze nicht reden lassen. Aber ebensowenig
wie daher die Grazer Mieterschutzvereinigung keine feindliche
Organisation bis jetzt sein kann, da ihr Programm zum
Großteil den vollen Beifall unsererseits findet, ebensowenig
sind aber die Hausbesitzerorganisationen unsere
Gegner, vielmehr haben wir mit diesen Organisationen
in vielen Punkten der Forderungen Berührungspunkte.
Der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden
sucht nicht Feinde, sondern trachtet, sich die wenigen
Freunde zu erhalten. Die Ungeduld und der langsam
aufsteigende Stolz lassen es begreiflich erscheinen, daß
ein Großteil der Wohnungslosen heute bereits auf dem
Standpunkte steht, daß es besser, diese Zwangsgesetze
über Nacht und radikal abzuschaffen, bevor gar nichts
geschieht. Seit viereinhalb Jahren besteht unsere Orga-
nisation und hat in dieser Zeit unentwegt für einen ver-
nünftigen Aus- und Abbau der Kriegsnotgesetze im
Wohnungsweisen gestritten und gekämpft. Doch nicht der
leiseste Vorschlag, nicht ein einziger Punkt unseres Pro-
grammes wurde anerkannt und geschlecht veranlaßt. Es
darf daher nicht Wunder nehmen, wenn die Wohnungs-
losen jeden Glauben und jedes Vertrauen an unsere
Gesetzesfabrikanten verloren haben. Wir haben in Inns-
bruck allein 2000 Familien, die in den Elendslisten ein-
rangiert sind, d. h. Familien, die in Eisenbahnwaggons,
in Baracken, in vom Stabesphylax zum Wohnen un-
geeignet bezeichneten Räumen, in Kellern, Waschläden,
Dachböden und letzten Endes Familien, die wie die
Heringe zu 5 und 6 usw. Personen in einem Raume
hausen müssen. Diese 2000 Familien werden bei Lei-
zeiten unter dem Schutz dieser famosen Woh-
nungsfürsorge zum Großteil zu keiner Wohnung gelangen.
Das wissen diese Kernsten der Armen und deshalb darf
es nicht wunderlich erscheinen, wenn es in unserem Arti-
kel heißt: „Lieber über Nacht fort mit den Zwangsgesetzen,
als eine weitere Verbeibehaltung dieser Wohnungsnot.“
Wir bitten den „Grazer Mieterschutz“, er möge überzeugt
sein, daß wir niemandes Interesse vertreten, als aus-
schließlich das der Wohnungslosen. Ansonsten hoffen
wir, daß wir die Alten bleiben!

B. W. Baunternehmer Innsbruck. Ihr Schreiben
vom 14. d. M. ist erst nach Mediationschluß eingelangt.
Wir werden Ihre Angelegenheit in der nächsten Num-
mer eingehend behandeln. Wegen der Kündigung des
Untermieters bitten wir, diesen in unsere Kanzlei zu
senden. Wir vertreten bei Gericht 1. Instanz, Mietkom-
mission und Mietamt alle gelindigten Parteien kostenlos.

Josef A., Junstraße. Es hat vorläufig keinen Zweck,
Ihrem Quartiergeber brieflich noch den Weg zu zeigen,
wie er gegen Sie klagen vorgehen könnte. Mündliche
und briefliche Kündigungen sind gegenstandslos. Gefän-
digt kann nur in gerichtlichem Wege werden.

G. Hötting: Ihr wertiges Schreiben vom 15. Juni er-
halten. Wird von uns sofort verfolgt werden.

Teppichhaus
WEISER & FOHRINGER
INNSBRUCK
Landhausstraße 3

Teppiche, Vorhänge, Decken, Wachstuch,
Linoleum, Möbelstoffe, Matratzengradl

Bau-Genossenschaften, Baumeister,
Zimmermeister und alle Gewerbetrei-
benden des Bauwesens können

kostenlos

in unserer Zeitung Mitteilungen
bringen. Für Inserate Vorzugspreis

Installationen von Hotels, Sanatorien, Zinshäusern und Villen

Templstraße
5

Telephon Nr. 453

Haller & Ortner in Innsbruck

Haymorgasse
4

Telephon Nr. 453

Hochdruckwasserleitungen, großes Lager in Gas- und Kohlenbadeöfen sowie Badewannen und Spültischen

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck

Ecke Erler- und Museumstraße

Filialen: Kitzbühel — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.

Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.

◀ Einheimisches Geldinstitut ▶

Kleine Anzeigen!

Als Köchin od. Wirtschafterin suche ich einen Nebenjob, sehr auf gute Behandlung. Bin in Krankenpflege bewandert, kann auch nähen. Anfragen an die Redaktion.

Wohnungstausch
zwischen Dornbirn—Innsbruck. Gebe meine Villa, fünfzimmerig, in Dornbirn gegen eine Dreizimmerwohnung in Innsbruck. Adresse in der Kanzlei des Vereins.

Kaufe Haus mit beziehbarer Wohnung geg. Barzahlung. Schwendinger, Gaspinglerstraße 7.

Leset, verbreitet eure Zeitung!

Haus- u. Küchengeräte

jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge in allen Ausführungen, Eisen- und Metallwaren, landwirtschaftl. Geräte, Schraubwaren, Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche, verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.

Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)
INNSBRUCK, Leopoldstraße 3 (Gasthof Greif)
Filiale: Museumstraße Nr. 28.

Franz Kronlachner

Lebensmittel-Einkaufsstelle
für Obdachlose

Innsbruck

Gaspinglerstraße 16, gegenüber der Volksschule Haltestelle Fischergasse
gibt allen Obdachlosen auf Mitgliedskarte

10% Rabatt!!

Franz Jiranek

Bau- u. Galanterie-Spenglerei
und Glaserei

INNSBRUCK

Viaduktstraße, Bogen 25 - 28

empfehlte sich zur Uebernahme aller Spengler- und Glaserarbeiten, Dachreparaturen sowie Lieferungen von Tafelglas jeden Quantum zu solidesten Preisen.

Mäuse-Ratten

Massenvertilgungsmittel
erhältlich bei
**Josef Neumair'sche
Desinfektions-Anstalt**
Innsbruck, Marktgr. 14.

Die

konstituierende Generalversammlung der Tiroler Baugesellschaft

reg. Genossenschaft m. b. H.

findet am Dienstag, den 1. Juli, in Innsbruck,
im Gasthose „Breinössl“, 1. Stock, statt.

Tagesordnung:

1. Tätigkeitsbericht des prov. Vorstandes.
2. Wahl des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Verifikatoren.
3. Aenderung der Satzungen (§§ 10, 15, 17).
4. Bestimmung des Eintrittsgeldes.
5. Geschäftsanweisung für den Vorstand und Aufsichtsrat.
6. Festsetzung des Betrages für die Geschäftskosten.
7. Zuerkennung von Remunerationen an die Vorstandsmitglieder.
8. Anträge der Mitglieder nach § 13.

Tachezy

Gummi

ganz verlässliche frische
Ware

6 Stück Blaupackung . . . 1 Schilling
6 . . . Grün . . . 1 1/2 . . .
6 . . . Rot . . . 2 . . .

Versand über die ganze Welt

Ludwig Tachezy

Innsbruck, Museumstraße 22
und Brixen, Leoben 39.

Kauft Lose der großen Effektenlotterie des Obdachlosen-Vereines Preis pro Los 10.000 Kronen

Zu beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines in Innsbruck, Rennweg Nr. 6.

Bei Abnahme von 10 Losen 1 Los gratis, bei Abnahme von 50 Losen 10 Lose gratis, bei Abnahme von 100 Losen 20 Lose gratis.

Der Obdachlose

und Wohnungsuchende

Schriftleitung und Verwaltung:
Innsbruck, Rennweg, Nummer 6.
// Inserate nach Tarif //

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 13

Innsbruck, 1. Juli 1924

Erscheint 14 tägig

Normalbudget und Mieterschutz.

Die letzte Tagung des Volkerbundesrates in Gene hatte für uns Wohnungsllose eine um so größere Bedeutung als bei dieser Tagung auch die Lösung des Problems des Mieterschutzes hätte erörtert werden sollen. Wir haben daher mit begreiflichem Interesse die Genfer Konferenz und deren Beschlüsse verfolgt. Wir hatten uns keiner Täuschung hingegeben, daß dort gleich etwas Ersprieliches für uns zustande kommen würde. Wir waren daher auf einen teilweisen Mißerfolg vorbereitet. Die Vertreter Oesterreichs sind nun mit leeren Händen nach Hause gekommen, und wenn wir auch an das vollständige Regieren aller Wünsche Oesterreichs nicht geglaubt haben, so finden wir doch hiesfur eine Erklärung.

Nicht die Frankenspekulation, nicht das Krachen so vieler Banken, nicht der angeblich zu langsame Beamtenabbau und nicht die Streikerscheinungen im Staate waren die Ursachen des Mierfolges in Genf; denn all diese angeführten Uebelstände finden wir heute in fast allen Staaten Europas. In den meisten sind diese Begleiterscheinungen einer Revolution sogar in noch viel schärferem Maße zutage getreten als bei uns. Schuld an dem Debakel beim Völkerbund war die Aufstellung eines Normalbudgets für Oesterreich, ohne daß die Voraussetzungen hiesfur gegeben sind. Wie kann man von einer stabilen Haushaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staates sprechen, wenn wir noch ein Kriegsgefetz in voller Gänge in Kraft haben? Wenn man erklärt, der Mieterschutz sei eine permanente, stabile Einrichtung, dann könnte man von einem Normalbudget sprechen. Dann aber auch glauben wir, daß das Ausland jedes Vertrauen zu uns vollständig verlieren würde und die Sanierung müsste scheitern. Faßt man aber den Mieterschutz als ein Kriegsnotgefetz auf, und so wurde von allen Seiten immer erklärt, dann war uns die Aufstellung eines Normalbudgets unverständlich. Wie will man von einem stabilen Haushalt sprechen, wenn die Gehälter infolge des Abbaues der Mieterschutzgefetze noch eine beträchtliche Erhöhung werden erfahren müssen, und zu allem ist nicht einmal die Besoldungsreform der Beamenschaft, in welcher bis jetzt der Abbau der Mietengesetze nicht einbezogen war, durchgeführt. Von einem Normalbudget zu sprechen, solange der ganzen Volkswirtschaft ein riesiger Hemmschuh angelegt ist, ist — glatter Unsinn! Der Weg zum Normalbudget ist erst dann frei, wenn der Mieterschutz gefallen ist und Handel und Wandel und damit auch die Volkswirtschaft normale Entwicklungsmöglichkeiten haben.

In Deutschland werden bereits 50 Prozent der valorisierten Friedenszinsse bezahlt. Anfangs nächsten Jahres wird bereits der volle Friedenszins eingehoben werden. Wenn dann der gesamte Haushalt des Staates auf Goldmarkrechnung basiert, dann kann man dort ein Normalbudget aufstellen.

Oesterreich, dessen Haushalt nicht auf Goldkronen errechnet ist, dessen Währung trotz Schilling noch immer den Funfzigtausend-, Hunderttausend- und Halbmillionenschein kennt, dessen Gehälter und Löhne noch immer in Millionen gehen, dessen erste Silbergeldausgabe bereits gehamstert und mit 4000 Kronen Agio im Schleichwege gehandelt wird, ist im eigenen Haufe mit dem großen Reinemachen noch lange nicht fertig, das die notwendige Voraussetzung wäre um von einem wirklichen Normalbudget sprechen zu können.

Diese Blattsage hätte sich die Regierung in Genf ersparen können!

Wo der Mieterschutz fällt, hebt sich die Bautätigkeit. Langsam beginnt es zu dämmern. Das Schwalbennest. — Not und Fruchtabtreibung. Völlige Rechtlosigkeit der Untermieter.

Gibt es ein Ende der Wohnungsnot in Oesterreich?

Von Anton Hohn, Linz a. D.

II.

Die Vorteile, die sich aus dem in letzter Nummer veröffentlichten Plane ergeben, sind klar: Oesterreich ist durch die rege Bautätigkeit neu belebt. Die bisherigen Arbeitslosen sind fleißige Verdiener geworden, sind Steuerträger geworden. Die großen Warenumfae bringen Warenumsatzsteuern in reicher Hoe. Das ganze Geschaftleben ist zu neuer Tätigkeit aufgelebt. Oesterreich ist aus einem wirtschaftlich krank darniederliegenden Staate ein Gemeinleben mit voller Lebenskraft geworden. Die Arbeitslosigkeit, der Herd von soviel Unzufriedenheit, die Wohnungsnot, der Ursprung von so viel Elend, sind beseitigt.

Der Staat, in der Sanierung begriffen, hat sich nicht mit lähmenden Fragen der Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Geschaftstillstand und ahulichem zu beschäftigen. Er kann sich in ganzer Ruhe der Ordnung seines Staatshaushaltes voll hingeben, kann in blühender Wirtschaft die letzte Etappe der Besoldungsordnung für seine Angestellten fertigstellen. Industrie, Handel und Gewerbe können die Besoldung ihrer Arbeitnehmer regeln, ohne daß schwere Kämpfe der Regelung vorangehen müssen.

Regelung der Lohn- und Gehaltsfragen sind von der Regelung der Frage der Mietzinsshoe nicht zu trennen. Die Regelung der Gehaltsfragen ist aber in einer passiven, stillstehenden Wirtschaft nicht möglich, die alleits als notwendig erkannte Aenderung des heutigen Mieterschutzgesetzes bei spärlichem Wohnungsmarkt nicht durchführbar: Wohnungswucher und Gehaltskampfe waren das Bild des Tages!

Als weitere Vorteile meines Projektes führe ich an: Der Hausbesitzer erhält von allen Mietern einen der Friedensmiete entsprechenden angemessenen Ertrag der Häuser, vorerst zwar nicht zur Gänze in Bargeld, jedoch in hochwertigen, verkauflichen Anteilsscheinen. Durch geeignete Besetzung der Anteilsscheine ist auch die Instandhaltung der alten Häuser leichter durchführbar. Nach Ablauf des Gesetzes (fünf Baujahre) sind die Voraussetzungen für einen freien Wohnungsmarkt gegeben mit Widerrung der jetzt bestehenden Zwangswirtschaft und insbesonders des Zwanges in der Preisbildung. Durch einheitliche Festsetzung einer neuen (wertgesteigerten) Inzugrundlage für Mieteraufwand sind alle Mieter, insbesondere jene mit festen Bezügen, vor weiteren Beiträgen zur Erhaltung der Häuser geschützt, da die neuen Mietbetrage die Erhaltung der Wohnhäuser gewährleisten. Die Beiträge des Bestes gehen nicht in Form von Steuern verloren, sondern erscheinen als begünstigter steuerfreier Eigenbesitz, als wertvoller, selbständiger Hausbesitz. Die unproduktive Arbeitslosenunterstützung ist produktiven Zwecken zugeführt. Die behobene Arbeitslosigkeit, das aufblühende Wirtschaftsleben gestattet die friedliche Regelung der heute seit langem brennenden Frage der Besoldung der Angestellten von Bund, Land, Gemeinden und aller anderen Arbeitgeber. Die Gemeinden kommen in die Lage, eine Besteuerung ihrer Gemeindeglieder leichter vornehmen zu können.

Die Durchführung des Projektes bedeutet in zwolfster Stunde die Rettung von vielen Tausenden Menschen aus schrecklicher Not.

Die Antwort auf die gestellte Frage lautet also: Ja, es gibt ein Ende der Wohnungsnot in Oesterreich! Das Problem ist riesengroß und wir müssen es lösen, weil wir die Frage der Wohnungsnot in irgend einer Form lösen müssen. Mögen sich die Führer finden, die der Lösung eher nahertreten, bevor es zu spät ist. Der Raum gestattet es heute nicht, auf das Detail des Projektes einzugehen. Es bedeutet in seinem Ausmaße eine Riesentat,

in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht nicht mehr und nicht weniger als die Rettung Oesterreichs. Mögen sich daher alle Mitbürger, losgefagt von engherziger Possitil und großem Eigennutz, in unserem armen Lande endlich zu einer ganzen Tat ausschwingen, einigen zu einer Tat, die alle Parteien mit der Regierung an der Spitze, Mieter, Hausbesitz, Industrie, Banken, Handel und Gewerbe und alle Menschen, die es mit ihren Mitmenschen und mit dem Staate, in dem sie leben, ehrlich meinen, zusammensinden läst: es gilt ja letzten Endes die Rettung unserer Heimat und unser aller Zukunft!

Der Bankenkrach.

Seit Wochen erleben wir zum Schrecken der einen und zur Genugtuung und Freude der andern das Zusammenbrechen von Banken und Geschaftshauusern. Firmen von bestem Rufe sind in Zahlungsschwierigkeiten und die Insolvenzen von größeren Unternehmungen vermehren sich derart, daß diese schwere Krise unmöglich ohne Erschuterung des gesamten Wirtschaftslebens iberstanden werden kann.

Die Ursachen dieser erschreckenden wirtschaftlichen Erscheinung sind allgemein bekannt und wir wollen diesen zum Pf nicht ganz austruhren, abgesehen davon, daß der Umfang unseres Blattes dazu gar nicht reichen würde. Nach dem Kriege schossen die Banken wie Pilze nach einem Regen aus der Erde. Die Regierungen vor Seipel haben wahllos Bankkonzessionen erteilt. Seit Seipel die Zügel in der Hand hat, ist — das sei ihm hoch angerechnet — keine einzige Bankkonzession mehr ausgegeben worden, aber die Fehler und Sünden der früheren Regierungen rächen sich jetzt. Jeder für das Wohl der Bevölkerung Besorgte müsste sich sagen, daß die Notwendigkeit für die Errichtung so vieler Bankinstitute gar nie gegeben war. Die Bevölkerung hat sich kaum vermehrt, Handel, Verkehr und Industrie haben keinen derartigen Aufschwung genommen — im Gegenteil das Wirtschafts- und Interessengebiet ist durch die Zertrümmerung der Monarchie fast auf nichts zusammengeschrumpft.

Vor dem Kriege haben nur die Wenigen spekuliert, die wirklich iberflussiges Geld hatten. Heute gibt es genug Kellner, Kuchennadchen und Hausmädchen, die auf der Börse spekulieren, weil die Banken fast jeden, der mit iberst irgendwie zu tun hat, zum Spekulieren einladen anmieten. Das ehrliche solide Sparen, das man früher kannte, wurde dadurch ganz ausgeschaltet und die weitere Folge ist es auch, daß kein Geld zum Bauen von Hauusern vorhanden ist, weil ja bekanntlich die Spargelder die finanziellen Grundpfeiler der Wohnungsbauten bildeten. Heute tanzt alles um das goldene Kalb, will mühelosen Gewinn iber Nacht einheimen und wirft das Geld in den Rachen ungewisser Spekulationen. Die Geldgier hat heute die weitesten Kreise des Volkes in erschreckendem Maße erfasst und es wird jahrelang dauern, bis dieser Hexenjabbau voruber ist.

Während beim Kronensturz die ehrlichen Sparer ihre Vermögen einbuten, haben sich die Banken auf die Baulutenspekulation geworfen und die erworbenen Gelder dazu verwendet, um Paläste für ihre Institute zu errichten. Jetzt ist das Morgenrauschen des zablenden Tages angebrochen. Die Krise ist erst im Anfangsstadium. Diejenigen aber, die seinerzeit so leichtfertig die Konzessionen ausgegeben haben, sind genau so schuld an der Krise mit all ihren schlimmen Folgeerscheinungen wie die Banken selbst. Sie gehören ebenfalls zur Verantwortung und zur Rechenschaft gezogen.

Wir Obdachlose und Wohnungsuchende sind durch die vielen neuen Banken, die allerorts errichtet wurden, schwer geschädigt, denn die Institute haben für die von

ihnen oft mit immensen Abblößen eingedöckten Räume den Wohnungsuchenden keine Ersatzräume geboten. In Wien allein sind tausend neue Bankfilialen errichtet worden. Das alte Wien, die Reichshaupt- und Residenzstadt eines großen Staates und das heutige Wien sind doch immerhin solche Gegensätze, daß keineswegs die Notwendigkeit gegeben war, so viele Bewilligungen für Banken und Bankfilialen zu erteilen. In den Landeshauptstädten haben sich die Bank- und Wechselgeschäfte verdrei- und vervierfacht und selbst auf dem flachen Lande, in unscheinbaren Nestern, sind heute überall Exposituren und Bankfilialen zu finden. In den Städten etablierten sich die Banken in ehemaligen Caféhäusern und Geschäftslokalen, sie beschlagnahmten zahlreiche Wohnungen und vermehrten durch Zugang von Beamten die Wohnungsnot in erheblicher Weise. In Jugoslawien mußten die Banken von Staatswegen für ihre Angestellten Wohnungen erstellen. Auch wir sind seit über 3 Jahren unausgesetzt mit der gleichen Forderung an die Regierung herangetreten, immer billiger, immer bescheidener wurden unsere Forderungen und geschah ist nichts — rein gar nichts. Familien wurden delogiert, damit sich die Banken breit machen konnten. Unser Begehren an die Regierung, die Banken mögen zum Bauen von Wohnungen — wenigstens für ihre eigenen Angestellten — veranlaßt werden, wurde überhaupt nicht erwogen und geprüft und eine bestimmte Antwort auf unsere zahlreichen Eingaben wurde uns nie zuteil. Wir haben uns an die Banken selbst gewendet, haben in der dringendsten und höflichsten Weise den Großbanken die einschlägige Wohnungsnot vor Augen geführt, wurden aber überall höflich hinauskomplimentiert.

Beim kartellierten Wiener Bankenverband haben wir dreimal, bei fast allen leitenden Wiener Bankdirektoren mehrmals persönlich vorgeprochen und gebeten, sie mögen wenigstens einige hundert Lose der Effekten-Lotterie des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in kommissionarischer Verkauft übernehmen, aber was mündlich mit der größten Bereitwilligkeit zugesagt wurde, erfüllt schriftlich eine glatte Ablehnung, trotzdem der Reingewinn der Lotterie zur vollen Gänze verbaut wird, also wieder nur der Volkswirtschaft zugeführt wird. Für nichts haben die Banken ein Interesse gezeigt als lediglich für Spekulationen, die die Aussicht bieten mühelos Riesengewinne einzuschleusen.

Der Bankentwurf hat der Bevölkerung und speziell den Wohnungsuchenden auch die vielen Versprechungen in Erinnerung gebracht, die die gewählten Funktionäre in den Gemeinden, in den Landtagen und im Nationalrat ohne Unterschied der Parteirichtung vor den Wahlen gemacht haben. Was haben sie alles versprochen, was sie im Kampfe gegen das Spekulantentum unternehmen würden und wie sehen ihre Taten aus? Wenn die Zeit wieder einmal kommt, in der die Versprechungen nur so hagelnd auf die geduldige Wählerchar herabregnen werden, dann werden wir Wohnungslose das Gedächtnis der Masse etwas auffrischen und der Bevölkerung vor Augen führen, wie notwendig es ist, die Versprechungen und das Halten der Herren Gewählten gründlich voneinander zu unterscheiden.

Gegen die Banken haben wir eigentlich im Grunde nichts vorzubringen; wenn man sie von der Regierung aus gewähren läßt und ihr ganzes Tun und Treiben kontrolllos und unbeantwärtet duldet, dann haben sie ja eigentlich recht, wenn sie so handeln!

Inserieren Sie im „Obdachlosen“.

Das Schwab nest.

Eine lehrreiche Fabel.

Die jungen, vor kurzem aus dem Ei geschlüpften Schwablen hatten gerade wieder im Sonnenschein Flugversuche gemacht und sahen ermüdet auf einem Telephonbrakte. Sie spannten ihre Flügelchen weit aus, zogen einige widerpenstige Flugfedern durch den Schnabel und zwitscherten gar lustig in die Welt. Nur ein junger Schwablenberich, der eine Viertelstunde vor den Geschwiftern aus der Eihülle geschlüpft war, weil das Ei im Mittelpunkte des Nestes lag und der vollen Wärme des Mutterleibes teilhaftig wurde, sah etwas abseits und blühte heftig in die Luft, als wollte er Gedanken sammeln und Probleme der Zukunft lösen. Seine Gefährten neckten ihn ob seines ernsten Wesens und frugen ihn spöttisch, ob ihm ein anderes Schwablenchen eine Mücke vor dem Schnabel weggefangen hätte. Längere Zeit hörte der junge Schwablenberich diese Sticheleien an, dann aber hob er ein Beinchen, pökte sich damit den gelben Schnabel und hub zu sprechen an:

„Ihr jungen Schwablenwölfe, treibt nur eure losen Witze mit mir, weil ich nicht so sorglos wie ihr in den Tag hineinlebe. Ihr seht euch abends in eurer Eltern Nest, macht euch täglich breiter, so daß eure Eltern nur mehr am Rande der Nest flapp flühen oder auf Fenster-rahmen und Mauergefimsen die Nacht zubringen können. Ihr läßt euch noch teilweise füttern, treibt allerlei Alotria und denkt nicht daran, was im nächsten Frühjahr werden soll, wenn ihr von der warmen afrikanischen Küste als Erwachsene zurückgefliegen kommt und eure Sommerheimat aufsucht, da werden eure Eltern ihr altes Nest auffuchen und dort wieder nach einiger Adaptierung denselben wohnen, aber wo werdet Ihr Nester finden? Unsere Alten haben es wie die Menschen gemacht und

Eine erfreuliche Folge.

Wo der Mieterschutz fällt, hebt sich die Bautätigkeit.

Im Deutschen Reich hat man das Zwangsgesetz des Mieterschutzes so weit abgebaut, daß heute schon 50 Prozent der Friedensmiete bezahlt werden. Nach dem Abbauplan wird die volle Angleichung der Mieten an die Friedensmieten bis 1. April 1925 vollzogen sein. — Die erste Wirkung der Aufhebung des Mieterschutzgesetzes macht sich in erhöhter Bautätigkeit bereits bemerkbar. Schon die Aussicht, daß in absehbarer Zeit das Zwangsgesetz fallen wird, hat den Baumarkt belebt.

In Italien, wo das Mietengesetz schon außer Kraft gesetzt ist, hat eine ungeahnte Bautätigkeit eingesetzt. Ein Vertrauensmann von uns, der durch vier Monate das Land mit der Bahn und zu Fuß durchreist hat, berichtet uns, daß oft ganze Stadtteile niedergedrissen werden, um Neubauten Platz zu machen. Wir werden in unserer nächsten Folge hierüber eingehender berichten.

Völlige Rechtlosigkeit der Untermieter.

Wo bleibt die Vernunft?

Man schreibt uns:

In einem Innsbrucker Hause — neues Stadtviertel — hat seit längerer Zeit ein alleinstehendes Fräulein eine 3-Zimmerwohnung inne, wovon 2 Zimmer in Untermiete gegeben sind. Die Wohnungsinhaberin selbst ist aber im Laufe der letzten beiden Jahre den größten Teil des Jahres von Innsbruck abwesend, darunter einmal 9 Monate ununterbrochen. Das Wohnungsamt hat insolgedessen auf Grund der klaren gesetzlichen Bestimmungen die Wohnung angefordert. Die Wohnungsinhaberin hat jedoch dagegen beim Gericht Einsprache erhoben und ist sonderbarerweise, trotzdem das Gesetz bestimmt, daß Mieter, die länger als 3 Monate abwesend sind, den Wohnanspruch verlieren und solche Wohnungen anzufordern sind, damit durchgedrungen.

Das Fräulein hatte während ihrer Abwesenheit ihre Rechte ohne jeden zwingenden Grund als Pächterin in die Wohnung gesetzt und ihr dort einen Schlafplatz angewiesen, während sie den ganzen Tag über bei Verwandten zubringt, die von Friedens her über eine ziemlich große Wohnung verfügen und sie dort gewiß auch schlafen könnte.

Wenn unsere jamosen Wohnungsgesetze Gesetze der Vernunft und nicht solche der Parteipolitik und des Hasses wären, müßte man annehmen, daß Wohnungen, die über Gebühr und Bedarf groß sind, nicht als Kapitalobjekt für Mieter ausgenutzt werden dürfen und dem Hausbesitzer nur mehr das Recht zusteht, die beschädigten Wohnungen wieder instand zu setzen.

Da die Wohnungsinhaberin vermutete, daß die Austerpartei die Anforderung durch das Wohnungsamt betreiben habe und da die Anforderung abgewiesen wurde, ging sie gegen diese mit der Kündigung der Untermiete vor. Der Untermieter erhob dagegen gerichtliche Einsprache und fand dieser Tage die bezügliche Verhandlung statt. Das Fräulein macht Eigenbedarf geltend und begründet diesen damit, daß sie ihren abgebauten Bruder mit 4 Kindern (Bahnbeamter) aus Niederösterreich her in die Wohnung nehmen müsse. Wenn auch die Verhandlung noch nicht endgültig entschieden ist, da noch einige Einbernahmen zur Bestätigung des dringenden Eigenbedarfes notwendig sind, so glaubte die Austerpartei aus der Stellungnahme des Richters erken-

nen zu müssen, daß für sie die Sache aussichtslos sei, da z. B. die Bundesbahn ganz sicher alles tun werde, die Dienstwohnung freizubekommen. Die Austerpartei — eine Privatbeamtenfamilie — liegt damit auf der Straße und kann sich eine Wohnung suchen, wo sie will. Dem Hausbesitzer ist der Parteientausch aber nicht gleichgültig, da die Hauptpartei, die die Wohnung nun zirka 15 Jahre inne hat, bisher zu ihrer Erhaltung nichts beigetragen hat, der Untermieter aber seit seinem Einzuge die völlig verwahrlosten Räume mit großem Selbstaufwande wieder in Ordnung brachte und seither ständig alle Reparaturen in der Wohnung freiwillig bestritten. Man sollte glauben, daß dieser Umstand unter heutigen Verhältnissen, wo für die Instandhaltungen ohnehin niemand Geld haben will, auch seitens des Richters gewürdigt werden müßte, aber davor war keine Rede. Im Gegenteil, der Richter antwortete, auf diese Tatsachen aufmerksam gemacht, mit abweisender Geste: „Der Hausbesitzer hat nichts zu reden!“ Nach völliger Verwahrlosung der Räume findet man aber doch den Weg zum Hausbesitzer und schließlich, wenn niemand im Hause für Reparaturen sorgt, wird von ihm die Instandhaltung verlangt.

Zurückkommend auf die vorbesprochene Wohnungsangelegenheit sei hiezu bemerkt, daß die Hereinziehung eines Landfremden — bestehend aus 5 Köpfen — vom Standpunkte der Wohnungsuchenden nicht so ohne weiteres hingenommen werden dürfte, da dies in der Tatsache nichts anderes als die Zuerkennung einer Wohnung über die Köpfe aller Wohnungsuchenden hinweg bedeuten würde. Wenn auch die Wohnung am Papier der ledigen Schwester zugeschrieben ist, der Ruhegeber ist aber doch der abgebaute Bruder mit seinen 4 Kindern.

So wie bei uns.

Der Grazer „Mieterschutz“ fordert in seiner letzten Nummer vom 21. Jänner eine gründliche Remedur auf dem Gebiete der bisherigen Praxis der Wohnungsablässe und eine bessere Kontrolle bei Wohnungsvergebungen durch das Wohnungsamt. Er schreibt u. a.:

„Die Möglichkeit, eine Wohnung durch Ablösung zu erhalten, muß verschwinden, und zwar vollkommen verschwinden, da sie jedem Wohnungsschwindel, jedem Wohnungswucher und jeder Wohnungsschieberei Tür und Tor öffnet. Es muß an dem Grundsatz festgehalten werden, daß die Wohnung ein Ding für sich und der in derselben befindliche Hausrat wieder ein Ding für sich ist. Nur durch diese genaue und unerbittliche Unterscheidung wird den Forderungen des Mieterschutzes volle Genüge geleistet werden können. Wir wollen ja nicht in Abrede stellen, daß es unter Umständen in ganz bestimmten Fällen wünschenswert erscheinen mag, eine Ausnahme zu machen. Wenn aber diese Ausnahmen weder aus dem Geiste des Gesetzes gefolgert werden können, noch im Gesetze selbst angeführt sind, sind sie eben unstatthaft, und der Umstand allein, daß, falls man keine Ausnahme zuläßt, vielleicht der einzelne von dem Gesetze gar zu schwer getroffen wird, kann und darf keinen hinreichenden Grund zur Bildung von Ausnahmen bilden. Dura lex, sed lex!“

Auch praktische Erwägungen, und diese vor allen anderen, sprechen für die Aufassung der bisherigen Praxis. Diejenige Wohnung, welche um eine Millionensumme erst abgelöst werden muß, ganz gleichgültig, ob es sich um die Ablösung der Wohnung oder des Hausrates handelt, ist für den kleinen Mann, welcher über Millionen nicht verfügt, verloren, das kann aber die Absicht des Gesetzgebers nicht gewesen sein. Man bedenke bloß: serientweise werden abzulösende Wohnungen vom Wohnungsamt ver-lautbart und dabei handelt es sich sogar um Sparherb-

Gesetze geschaffen, die ihnen ihre alten Nester sichern, so daß sie ihnen nicht genommen werden können. Aber unsere heranwachsende Generation findet bei der Heimkehr aus Afrika alle Nester besetzt und weiß nicht, wo sie Unterkommen findet. Darum denke ich oft darüber nach, wie wir es machen sollen, damit auch wir bei der Ankunft und Paarung ein Nest vorfinden, wo wir Unterkunft finden. Reht wißt ihr, warum ich so nachdenklich und kopfhängerig bin.

„Na, na,“ meinte eine muntere Schwäbkin, „ich fürchte die Obdachlosigkeit nicht, die Hauptsache ist, daß ich im Frühjahr einen Viebsfinde. Der wird schon sorgen für eine Unterkunft.“

„Du bist ein dummes Ding,“ sagte darauf eine andere Schwäbkin, „unser Freund hat nicht Unrecht. Wir dürfen es nicht so einfältig wie die Menschen machen, die sich den Van von Wohnungen jahrelang nicht kümmern und nur Gesetze machen, daß die Alten ihre Wohnungen bekleben. Dann schufen sie Wohnungsämter, wo sich die Wohnungslosen und die jungen Ehepaare in langen Listen eintreten und warteten, bis durch den Tod oder eine langjährige Kerkerstrafe eines Wohnungsinhabers ein Raum frei würde. Darüber gehen tausende zu Grunde. Sollen wir den Unsinn nachmachen?“

„Sollen wir Protestversammlungen gegen die Alten abhalten oder sie aus den Nestern vertreiben?“ fragte ein anderer Schwäbberich.

„Nein,“ sagte der zuerst erwähnte, philosophisch angehauchte Schwäbberich. „Die Versammlungen nützen nicht viel, denn wer im warmen Nest sitzt, läßt doch über uns, aber mit ihnen zusammenzusehen und sie zwingen, mit uns die Mittel und Wege zu besprechen, wie für alle Schwablen Nester geschaffen werden können. Wir müssen Ecken in genügender Anzahl zur Verfügung erhalten, um Nester bauen zu können, sie müssen mit Heu, Stroh-

tot und Strohhalme zu bekommen, sie dürfen nicht nur an sich, sondern müssen auch an uns denken. Die unsinnige Registrierung der Nesterlosen dürfen sie den Menschen nicht nachmachen und nicht festsetzen, daß alle Ecken bloß den Alten gehören.“

„Die Idee ist nicht schlecht,“ meinte ein Schwäbberich, der bisher schweigend zugehört hatte. „Wir werden es so machen. Aber sagt mir nur, warum denn die Menschen so grenzenlos dumm sind und nur durch Gesetze die Inhaber von Wohnungen schützen, blind und taub gegen die Wohnungslosen sind, ihre eigenen Kinder nicht vor der Wohnungslosigkeit schützen nicht durch ausgiebige Heranziehung der Besitzer von Baukapitalien den Bau einer ausreichenden Zahl von Wohnungen herbeiführen?“

„Darüber habe ich auch schon nachgedacht und wegen der Dummheit der Menschen bin ich auf die Gedanken gekommen, wie man es machen muß, um nicht zu denselben Fehlern und nicht in das gleiche Elend zu geraten. Ich habe gefunden, daß nur ein sozialistisches Eintreten aller für einen und eines für alle ein gemeinsames Vinarbeiten auf das große Ziel, ein eigenes Nest für jede Schwablenfamilie, die Not beseitigen kann. Das gegenseitige Bekämpfen ist zwar populär, hilft aber nichts. Nur wenn sich alle Beteiligten mit dem ersten Willen zusammensehen, das Uebel zu beseitigen und nicht rechtshaberisch nur ihren eigenen Standpunkt verteidigen, kann etwas Positives geschaffen werden.“

Die jungen übermütigen Schwablen hatten aufmerksam der Diskussion zugehört und beschlossen, von nun an vernünftige Nesterpolitik zu treiben und den Alten klarzumachen, daß die egoistische Schutzpolitik aufhören müsse. Ein Antrag, die Menschen einzuladen, es auch so zu machen, wurde mit der Notwendigkeit abgelehnt, daß die Menschen leider noch zu rückständig seien, um von den Tieren zu lernen.

zimmer, von denen man doch unmöglich annehmen kann, daß sie millionenschwere Nestsantenn finden werden.

Mit dieser Praxis muß ein für allemal gedrohen werden!

Soweit der Grazer „Mieterschutz“. Was die Wohnungsablässe betrifft, die im Prinzip sicher zu bekämpfen sind, konnten wir uns trotz jahrelanger Erfahrungen auf diesem Gebiete nicht zu einer definitiven Stellungnahme durchringen, weil es eben ganz bestimmte Fälle gibt, die beweisen, daß den Wohnungslosen eher gedient ist, wenn für eine Wohnung eine Waise bezahlt wird, als daß die Wohnung überhaupt nicht frei wird. Es gibt genug Leute, die eine Wohnung frei machen wollen, wenn ihnen die Umzugs- und Ueberstellungslosten ersetzt werden. Werden diese nicht bezahlt, wird eben die Wohnung nicht frei. Es wäre sehr nützlich, wenn wir diesbezüglich die Meinung unserer Leser hören würden.

Ueber das kontrollöse System der Wohnungszuweisungen durch das Wohnungsamt schreibt der Grazer „Mieterschutz“:

„Ein Moment, welches hier nicht unerwähnt bleiben darf, ist die Praxis der vertraulichen oder sogenannten Geheimisungen des gemeinderätlichen Wohnungsausschusses. Auch damit haben wir uns bereits befaßt. Die Mitglieder des Wohnungsausschusses sind als Vertrauensmänner der Mieter, deren Wohl sie zu über- wachen haben, aufzufassen. Die Grundsätze, nach welchen die Wohnungen zugewiesen werden, sind allgemein be- kannt, und es ist nicht einzusehen, warum die Entscheidung in den einzelnen Fällen mit Ausschluß der Öffentlichkeit geschehen soll. Es mag ja der Fall denkbar sein, daß es einem einzelnen Mitgliede des Ausschusses nicht angenehm ist, wenn diese oder jene eine Wohnung beanspruchende Partei es erfährt, das betreffende Ausschussmitglied habe in einer für sie so wichtigen Sache zu ihren Ungunsten ge- sprochen. Männer, welche sich der großen Verantwortung bewußt sind, die sie in dem Augenblick auf sich genommen haben, dürfen sich dadurch nicht abschrecken lassen, sie müssen so viel Mut haben, öffentlich ihre Meinung zu vertreten, auch dann, wenn dies derjenige erfährt, für welchen ihre Meinung nicht eben spricht. Andererseits kann es nicht gelugnet werden, daß diese vertraulichen Sitzungen und deren Beschlüsse schon sehr viel böses Blut in Mieterkreisen gemacht haben. „Wer nichts zu ver- bergen hat, der verbirgt es eben nicht“, sagt der einfache Mann, und wer wollte ihm da Unrecht geben? Es wird daher weit besser sein, die vertraulichen Sitzungen ganz abzustellen.“

Diese Verhältnisse sind genau so verworren, wie bei uns in Innsbruck. Die Zusammensetzung des Wohnungs- ausschusses in Innsbruck entspricht nicht einmal dem § 25 des Anforderungsgesetzes, in welchem es ausdrück- lich heißt, daß in Gemeinden, in denen eigene Kommissionen aufgestellt werden, welche die Wohnungen zu ver- geben haben, die Kommissionen aus gleichen Teilen aus Mietern und Vermietern zusammengesetzt zu sein haben. Im Innsbrucker Gemeinderat sitzen gegenüber einer be- deutend größeren Anzahl von Mietern nur zwei Haus- besitzervertreter. Man möchte meinen, daß der Inns- brucker Gemeinderat wenigstens so weit rechnen kann, daß er weiß, daß 2 und 2 vier ist. Im Rechnen scheint die Innsbrucker Gemeinde nicht sehr stark zu sein.

Not und Fruchtabtreibung.

Unter dieser Überschrift bringt der große Berliner Frauenarzt Bumm in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ einen Aufsatz, der uns einen Blick in die schrecklichsten Verhältnisse tun läßt, in welche unser Volk zumal durch das Wohnungsgesetz hineingezwun- gen wird. Dazu schreibt uns ein Arzt:

„Schon vor dem Kriege haben sinkende Moral und steigender Materialismus die Zahl der Geburten von 40 auf 28 für 1000 Lebende herabgedrückt. . . In den Kriegsjahren begann die Abtreibung um sich zu greifen und stieg allmählich auf 40 Prozent der Schwangerschaften! Heute sind wir soweit, daß in großen Städten nahe- zu die Hälfte der Früchte abgetrieben wird. In den Großstädten kommen täglich 15 bis 30 Frauen mit beginnender oder halbvollendeter Fehlgeburt, so daß an man- chen Tagen Frauen, um noch zur Behandlung zu kom- men, ein paar Stunden „ansetzen“ müssen. Auch die Ge- sammen klagen, daß sie viel mehr Aborte als Geburten sehen. Wenn es auch in kleineren Städten und auf dem Lande nicht ganz so schlimm sein mag, so kommen doch auch von dort überhäufte Klagen über Zunahme der Ab- treibungen und Schwinden des Geburtenüberschusses. 90 Prozent der Aborte sind künstlich herbeigeführt, 85 Prozent der Frauen, die mit Abort in die Klinik kommen, sind verheiratet. Das Motiv ist bei fast allen die Not. Meist werden die Schwierigkeiten der Wohnungs- verhältnisse betont, daneben und damit das Feh- len aller Mittel zur Aufzucht der Kinder; man braucht die Frauen nur anzusehen, um überzeugt zu sein, daß sie die Wahrheit sprechen. Eine weitere Bestätigung geben die pathologischen Entbindungen in den Wohnungen, wo es oft an allem Nötigen, an einem richtigen Lager, an Wärme, Seife, Warmwasser und sogar an Beleuchtung mangelt. 50 Prozent unserer Abortierenden haben Fie- ber, 15 Prozent sind schwer krank und 3 Prozent bezah- len die Abtreibung mit dem Tode. Bei einer Steigerung der Aborte auf 40 Prozent der Schwangerschaften würde das 75.000 Kranke und 7500 Tote im Jahre ergeben.“

Es mag scheinen, daß unter den heutigen Verhältnissen jedes Kind weniger ein Glück ist. Die Folgen der Vergewaltigung, die jetzt mit dem kostbaren Gute des Volkes getrieben wird, werden sich aber später zeigen. Die Ge- schichte lehrt, daß beim Verfall der Kulturgeniten der al-

ten Welt der Verfall der sexuellen Moral und im An- schluß daran die Entvölkerung eine große Rolle gespielt haben. Weißt die Fortpflanzung intakt, so kann sich ein Volk wie das ausgeplünderte und dezimierte deutsche, wie die Zeit nach dem 30jährigen Kriege beweist, im Laufe von wenigen Generationen wieder erholen; fängt ein Volk an, die Lasten der Fortpflanzung von sich zu werfen und seine Nachkommenschaft zu zerstören, so ist sein Schicksal besiegelt, die Umkehr ist schwierig; der Ab- stieg vollzieht sich, ohne den lebenden Generationen voll zum Bewußtsein zu kommen, langsam aber sicher.

Ein großer Frauenarzt und Helfer schickt seinen Notruf aus warmem Herzen in die Welt hinaus. In früherer Zeit mußte der Medizin Studierende pflichtge- mäß auch Logik hören. Heute wäre ein Einführungs-Unterricht über die schlechten Wohnungsver- hältnisse nötiger, damit der ärztliche Nachwuchs er- kennen lernt, wie notwendig die Erfüllung des vornehm- sten ärztlichen Grundgesetzes ist: Vorbeugen ist besser als heilen!“

Anmerkung der Redaktion: Diese erschüt- ternden Ausführungen des Frauenarztes müßten eigent- lich in jedem sozial Denkenden einen unendlichen Joru entfachen, wenn nachgewiesen wird, wie die eigene Re- gierung und die politischen Parteien sich am eigenen Bosse schwerer versündigt, als es der ärgste Feind kaum zustande bringt. Und da spricht man von „schwarzer Schmach“ von Aufrichtung, Sklaverei und sonstigen Entehrungen, die die Franzosen heimtückisch den Deutschen zufügen. Man vergißt ganz, daß dieser gal- lische Feind zu seinen Niederträchtigkeiten über 40 Jahre planmäßig für die Rache erzogen wurde. Hier aber wählt sich das eigene Volk seine Parteiführer selbst, hört und umgibt sie mit einem Nimbus, dafür, daß sie vollständig tatenlos dem namenlosen Unglück und dem Untergange eines Teiles der Bevölkerung gegenübersehen. Für die Bekämpfung der Wohnungsnot hat man bis jetzt in Oester- reich wenigstens von Seiten der Regierung und der po- litischen Parteien nichts getan. Es sei denn, daß man das Zerquetschen einiger Krokodilstränen als eine Tat be- zeichnet.

Langsam beginnt es zu dämmern!

In der vorletzten Innsbrucker Gemeinderats- sitzung wurde zum zweitenmal über den Antrag der christlichsozialen Partei betreffs den fujenweisen Ab- bau der Mieterschutzgesetze verhandelt und der Antrag mit den Stimmen der Christlichsozialen und Großdeutschen gegen die der Sozialdemokraten angenom- men. Wir verzeichnen diesen Beschluß mit Genehmigung, sprechen den beiden bürgerlichen Parteien den Dank der Wohnungslosen aus, erklären jedoch ebenso aufrichtig und aus innerster Ueberzeugung heraus, daß die sozial- demokratische Fraktion, die diesen Antrag abgelehnt hat, dadurch wenig Verständnis für die Wohnungs- und Ob- dachlosen gezeigt hatte. Wenn diese Partei aus politi- scher Ueberzeugung an den Mietergesetzen nicht rütteln lassen will, dann muß sie zumindestens auf andere Weise dafür Sorge tragen, daß die Wohnungsnot, die sich bei uns und in ganz Oesterreich unausgesetzt vergrößert, end- lich eine Milderung erfährt. Wenn die Partei nun überall dort, wo sie die Minderheit hat, sich auf die Mehrheit ausreden kann, daß ihre Sozialisierungsanträge auf dem Gebiete des Wohnungswesens nicht angenommen wer- den, so bleibt ihr jedoch diese Methode in jenen Orten, wo sie in der Mehrheit ist, versagt. In diesen Gemeinden muß man also nachsehen, ob die Wohnungsfürsorge der Sozialdemokraten für die Wohnungs- und Obdachlosen- auch wirklich segensreich sei. Wir haben dies nun überall gründlich und ohne Voreingenommenheit getan und das Resultat war ein recht klägliches und für uns Obdachlose ein recht trauriges. In Wien z. B. — trotz der Zwei- drittel-Majorität der Sozialdemokraten — nimmt das Wohnungswesen ebenso unausgesetzt zu, wie in den anderen Städten. Und das Verhalten der Sozialdemokratie ist umso unverständlicher, als erwiesenermaßen mindes- tens 60 Prozent der Obdachlosen dem Proletariat und ihrer politischen Gesinnung angehören. Man muß kein Anhänger sein, daß die Hausbesitzer ein Berufsstand sind, man kann auch Anhänger von allen Sozialisierungsmaß- nahmen sein, aber man bricht erst dann mit einem alten System, wenn man für ein neues genügend vorbereitet

ist, damit durch die Erneuerung nicht unendlicher Schaden, statt Segen für die Allgemeinheit erwächst.

Gleichzeitig anerkennen wir auch die Bestrebungen des Handels- und Gewerbebundes, der sich in seiner Hauptversammlung am 22. Juni unzweideutig für den Abbau der Mieterschutzgesetze ausgesprochen hat, weil sie die Hauptursache der Niederganges von Handel und Gewerbe und der vollständigen Unterbindung der Bautätigkeit sind.

Mögen andere Stadtverwaltungen und gewerbliche Organisationen den vorerwähnten Beispielen folgen und ihren Einfluß bei der Regierung im gleichen Sinne geltend machen, damit endlich einmal mit dem jeder Volkswirtschaft höhn sprechenden Mieterzwangsgesetze aufgeräumt wird.

Elendsbilder aus Innsbrucker Wohnungsverhältnissen.

Wie im Heringglaf.

Adolf H., heimatständiger Innsbrucker, aus Böhmen ausgewiesen, wohnt mit seiner klöppigen Familie bei sei- nen Zieheltern in einer kleinen 2-Zimmerwohnung. Dort- selbst haufen jetzt 9 Personen: das reinste Heringglaf.

Um das ganze Hab und Gut gebracht.

Familie Ismael G. wohnt mit Frau und Tochter seit Jahr und Tag in einem Gasthofzimmer in Innsbruck. Vor anderthalb Jahren wurde die Familie durch eine fingierte Wohnungsablässe von einem Schwindler um ihr letztes Hab und Gut gebracht. Nachdem die abgelöste Wohnung bezogen wurde, erfolgte gleich am andern Tage die Verlogierung durch das Wohnungsamt. Und nun haufen diese drei erwachsenen Personen vollständig verarmt in einem Gasthofzimmer. Hier wäre die eheliche Zuwei- sung einer Wohnung ein Akt der Gerechtigkeit; denn diese Familie wurde durch einen Schwindler um ihr gan- zes Hab und Gut gebracht und wohl zu vollem Rechte sofort auf die Straße gesetzt, während in vielen anderen Fällen aus Billigkeitsgründen von einer übereiligen De- logierung Abstand genommen wurde.

Wohnung, Büro und Geschäftskofal in einem Raum.

M. Friedrich bewohnt mit Frau und Kind in der Au- dreas Hofersstraße ein Geschäftskofal. Dieses ist nicht zu lüften und wird außerdem gleichzeitig als Büro benutzt. Genannter ist vordringlich kassifiziert und seit 4 Jahren beim Wohnungsamt vorgemerkt.

Mitteilungen.

Erholung für obdachlose Kinder. Mit Bewilligung der Tiroler Landesregierung haben wir in der Stadt und auf dem Lande für Unterstützung obdachloser und not- leidender Familien gesammelt. Wir werden über die Ferien eine Anzahl kranker und erholungsbedürftiger Kinder der ärmsten der Obdachlosen zur Erholung auf dem Lande unterbringen. Kurze mündliche Anmeldun- gen von solchen hilfbedürftigen Familien werden bis inklusive 15. Juli in der Vereinskanzlei entgegengenom- men.

Die Ausschreibung des Ziehungstermines der Effek- tenlotterie. Mit Bewilligung der Generallotteriedirektion in Wien, sehen wir uns zu unserem großen Leidwesen gezwungen, den Ziehungstermin für unsere Effektenlot- terie bis zum Herbst, spätestens auf 10. Dezember, zu verlegen. In diesem Schritte waren wir gezwungen, weil nicht einmal annähernd 30.000 Lose verkauft wor- den sind. Dieser Einnahme von nicht einmal 300.000.000 Kronen stehen allein als Ausgabeposten 225.000.000 Kro- nen für die Gewinne und 70.000.000 Kronen an staat- licher Gebühr gegenüber. Die Lotterie wurde nicht des- halb ins Leben gerufen, damit wir bei den Geschäfts- luten Gewinne kaufen, oder daß der Staat eine Tage von 70.000.000 Kronen erhält, sondern, daß ein Reinge- winn erzielt wird. Die Lotterie wurde uns für das Jahr 1924 bewilligt, insolgebehalten müssen wir eben dieses Jahr zur vollen Gänze austrähen, Durch die Unter- stützung der Christlichen Caritas, sowie anderer Organi- sationen, müssen wir unter allen Umständen trotzdem, einen Reingewinn zu erzielen. In der nächsten Folge unserer Zeitung bringen wir den genauen Bericht über die Lotterie, nachdem dieser durch den staatlichen Ver- treter überprüft worden ist. Die Gewinne sind unter Sperr in den Hoffaltungen, gegen Einbruch und Feuer versichert, vollzählig vorhanden und können jeden Nach- mittag von 3 bis 5 Uhr besichtigt werden. Alle Einsichts- vollen werden daher diese Ziehungsterminverschie- bung begreiflich finden.

Die Zuverlässigkeit der großen Effektenlotterie. Die Fi- nanz-Bezirksdirektion Innsbruck verlaublich über unser Ersuchen in der Tagespresse folgende Mitteilung: „Zur Aufklärung von Zweifeln über die Zulässigkeit großer Effektenlotterien teilt die Finanzbehörde mit, daß diese Lotterien in erster Linie zum Schutze der Loskäufer gegenüber den Lotterieverwaltungen und in zweiter Linie deshalb unter staatliche Aufsicht gestellt sind, um Sicherung dafür zu bieten, daß die durch die Lotterie- unternehmungen ausgehenden Geldmittel den meist wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken ungeschmälert zugeführt werden. Die Namen der an der Lotterie-Unternehmung als Komitee-Mitglieder oder Angestellte Be- teiligten müssen der staatlichen Lotterieverwaltung ange- zeigt und können von dieser einzelne Personen ausgeschlos- sen werden. Die Komitee-Mitglieder dürfen keinerlei per-

Prima Portlandzement
Romanzement
Kalk, Gips, Ziegel
sowie alle Baumaterialien kaufen Sie gut und preiswert bei
Friedrich Biendl
INNSBRUCK, Anichstraße Nr. 24
Telephon Nr. 1087/II.

sönliche Vorteile aus dem Unternehmen beziehen. Die Sicherstellung des Wertes der ausgegebenen Treffer muß gewährleistet sein. Der Spielplan wird von der staatlichen Lotterieverwaltung genehmigt. Die Befugnisse des staatlichen Ueberwachungsorganes sind die weitestgehenden und versehen ihn in die Lage, den vorbereitenden Geschäftsgang in jedem seiner Stadien, die Losausgabe sowie die Ziehung selbst zum Schutze der Allgemeinheit auf das genaueste zu kontrollieren. Für die Ueberwachung des Losziehens sind dem Ueberwachungsorgan besondere, einem Mißbrauch vorbeugende Weisungen gegeben. Außerdem kann zur Ziehung auch noch ein Notar beigezogen werden. Bei willkürlichen Abweichungen von den Bestimmungen über große Effektenlotterien haben die Unternehmungen Inhabierung des Spieles und gefälligkeitsrechtliche Folgen zu gewärtigen."

Briefkasten.

Josef G., Midding. Sie haben sich an eine falsche Adresse gewendet, eine Gebärklini sind wir noch nicht, so weit ist unsere Organisation noch nicht ausgebaut.

Gustav S. Daß Ihnen im Hause der Union-Bank eine Wohnung in Aussicht gestellt und dann doch nicht zugewiesen wurde, ist unverständlich. Wir können doch nicht annehmen, daß man Sie in Ihrem Wohnungselende noch an der Nase herumführen will. Daß sich in dieser Wohnung auch noch eine 4köpfige Familie in Untermiete

befindet, ohne daß das Wohnungsamt hievon Kenntnis hatte, ist bezeichnend.

Landesverband für Wohnungsfürsorge und Mieterschutz Salzburg. Ihr Schreiben vom 24. v. M. haben wir erhalten. Wir freuen uns, daß auch in Salzburg eine uns ähnliche Organisation vorhanden ist, von deren Existenz wir bis heute nur sehr wenig wußten. Wir bitten uns bekanntzugeben, wie sich die Organisation zur Mieterschutzfrage stellt. Wir haben im April von der Verbandsleitung Ihres Vereines kein Schreiben erhalten. Wir sind selbstverständlich unpolitisch. Im übrigen wird Hauptmann Auer vom Grazer Mieterschutz bereits in Salzburg vorgeprochen haben. Wir hoffen auf gutes Zusammenarbeiten.

Verein der Obdachlosen, Bludenz. Brief vom 24. ds. erhalten. Nach mündlicher Aussprache mit beivuhitem Herrn wurde alles geregelt, im übrigen folgt nächste Woche ausführliches Schreiben.

Mieterschutz Graz. Unserer Schriftleitung war von Haus aus nicht daran gelegen, durch die Auswirkung des Artikels „Fortschrittende Häuserverwahrlosung" Mißhalt in den Mieterschutzvereinigungen, die für einen vernünftigen stufenweisen Abbau zu haben sind, zu tragen. Wir sind nie für einen radikalen plötzlichen Abbau der Mieterschutzgesetze eingetreten, weil wir nicht wollen, daß an Stelle derjenigen Leute, die vielleicht bei Aufhebung der Wohnungszwangsgesetze zu einer Wohnung gelangen, andere Leute dafür der Obdachlosigkeit

ausgesetzt werden. Unser Grundsatz „Die Mieterschutzgesetze sind die Hauptursache der Wohnungsnot" bleibt ebenso unberrückbar aufrecht, als unser Programm, welches ausdrücklich von einem stufenweisen Abbau der Mieterschutzgesetze im Rahmen der wirtschaftlichen Lage der Gesamtbevölkerung und in Berücksichtigung der finanziellen Kraft des Einzelnen spricht.

Spenden für den Obdachlosen-Verein.

Aud. Bauer, Loden-Exporthaus 50.000 Kronen, Ernst Bergmann 20.000 Kronen, Oesterr. Verkehrsbüro, G. m. b. H. 30.000 Kronen, Oswald März, Anton Köpf, Josef Worder, Graubart, Schuhgeschäft, Julius Krieser, Meiderhaus, F. Kalfschmied, Robert Berson, Starringger, Entner, Fout, W. Gihal, Andreas Colli, Heiß, Arnold, je 10.000 Kronen, Ungenannt 2000 Kronen, R. Schmarl 2 Kilo Mehl, Haidacher 3 Laib Brot, Hans, Ungenannt, je einen Laib Brot, Lemkowski 5 Portionen Suppen, Ungenannt ein halbes Kilo Malzkaffee, Ungenannt zwei Kilo Mehl, M. Svaka eineinhalb Laib Brot, Ungenannt Geselchtes, Khammer, Teigwaren.

Allen hochherzigen Spendern im Namen der Sache, die wir vertreten, den wärmsten Dank. Wir bitten, auch in Zukunft die gute Sache nicht zu vergessen.

Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden, Innsbruck.

Feine Gummiwaren bei Tachezy, Museumstr. 22.	Größtes Toiletten-Seifen-Lager bei Tachezy, Museumstr. 22.	Damen-Monatsbinden sehr preiswert bei Tachezy, Museumstr. 22.	Rasierapparate System Gillette 22.500 bei Tachezy, Museumstr. 22.	Wanzenbrut vernichtet sicher Viktoralösung bei Tachezy, Museumstr. 22.	Fußbälle, Seelen-Pumpen äußerst preiswert bei Tachezy, Museumstr. 22.	Sehr haltbare Gummihosenträger 25.000 bei Tachezy, Museumstr. 22.
--	--	---	--	--	---	--

Installationen von Hotels, Sanatorien, Zinshäusern und Villen

Templstraße
5

Telephon Nr. 453

Haller & Ortner in Innsbruck

Haymongasse
4

Telephon Nr. 453

Hochdruckwasserleitungen, großes Lager in Gas- und Kohlenbadeöfen sowie Badewannen und Spültischen

Franz Jiranek

Bau- u. Galanterie-Spenglerei
und Glaserei

INNSBRUCK

Viaduktstraße, Bogen 25 - 28

empfehlte sich zur Uebernahme aller
Spengler- und Glaserarbeiten,
Dachreparaturen
sowie Lieferungen von Tafelglas
jeden Quantums zu solidesten Preisen.

Haus- u. Küchengeräte

jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge
in allen Ausführungen, Eisen- und Metall-
waren, landwirtschaftl. Geräte, Schrauben-
waren, Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche,
verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.

Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)

INNSBRUCK, Leopoldstraße 3 (Gasthof Greif)
Filiale: Museumstraße Nr. 28.

Kolportüre

die ehrlich und anständig sind, werden
gegen gute Bezahlung **gesucht**.
Vorstellen in der Kanzlei des
„Obdachlosen“, Rennweg 6.

Altpapier

in jeder Menge (von aus-
wärts franko Bahnhof oder
Haus Innsbruck geliefert)
kauft **Buchdruckerei**
TYROLIA, Innsbruck,
Andreas Hoferstraße Nr. 4.
Telephon 742.

Leset und verbreitet eure Zeitung!

Franz Kronlachner

Lebensmittel-Einkaufsstelle
für Obdachlose

Innsbruck

Saspingerstraße 16, gegenüber der
Volksschule Saltestelle Fischergasse
gibt allen Obdachlosen auf Mitgliedskarte

10% Rabatt!!

Kauft Lose

der großen Effektenlotterie
des Obdachlosen-Vereines

Preis pro Los 10.000 Kronen

Zu beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines in Innsbruck, Rennweg Nr. 6.

Bei Abnahme von 10 Losen 1 Los gratis, bei Abnahme von 50 Losen 10 Lose gratis, bei Abnahme von 100 Losen 20 Lose gratis.

Der Obdachlose

und Wohnungsuchende

Schriftleitung und Verwaltung
Innsbruck, Rennweg Nummer 6
Inserate nach Tarif

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 14

Innsbruck, 15. Juli 1924

Erscheint 14 tägig

Vollständiger Bankerott des Mieterschutzes.

Die Wohnungsämter, die behördlichen Exekutivorgane der heutigen Wohnungspolitik, werden in allen Städten von Obdachlosen und Wohnungsuchenden belagert. Die Antworten, die die Wohnungsuchenden bei ihren Vorsprachen zu hören bekommen, die volle Unmöglichkeit, auch nur einen Bruchteil der Wohnungsbewerber mit ihren berechtigten und so natürlichen Ansprüchen befriedigen zu können, haben schon lange jedem Vernunftigen die klare Erkenntnis gebracht, daß die heutige Wohnungspolitik — in den jetzigen Gesetzen verankert — vollständig Bankerott gemacht hat.

Wir kennen zweierlei Konkurse, einen unverschuldeten und einen selbstverschuldeten. Der Zusammenbruch der sogenannten Mieterschutzgesetze ist ein selbstverschuldeter und daher nach dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche straffällig, und wir Wohnunglosen, die durch dieses System um die allereinfachste materielle Lebensbedingung gebracht wurden, die mit einem Heer von zusammengebrochenen Existenzen diese Schandgesetze bezahlen mußten, haben im Prinzip nichts dagegen, wenn diejenigen Volksvertreter, die den unbedingt notwendigen Mieterschutz derart gesetzlich festgelegt haben, auf einige Zeit ins Loch fliegen würden.

Jeder zehnte Bewohner Oesterreichs ist heute Wohnungsuchender, das sind mindestens 800.000 Menschen. Eine Kleinigkeit für unsere astronomischen Zahlen, die in unferem Budget ausgesprochen werden! Es handelt sich ja nur um Menschen, und dieser Artikel scheint bereits als der allerwertloseste betrachtet zu werden!

Wir hören des öfteren, daß die Feuerwehreinmarschieren muß, um hauffallige Häuser zu stützen. Diese Erscheinungen sind in letzter Zeit häufiger zutage getreten. Die Instandhaltungskosten, besonders bei älteren Häusern, belasten bereits die Mieter derartig, daß vom finanziellen Teile des Mieterschutzes für viele Mieter schon nicht mehr die Rede sein kann. In stark reparable bedürftigen Häusern sind heute die Mietzinse für die Parteien unerschwinglich; sie stehen in gar keinem Verhältnis zum Einkommen der Leute. Sie übersteigen in vielen Fällen bei weitem das gesamte Einkommen einer Wohnpartei. Nachdem der Karren so gründlich verfahren ist, kommen einige obergescheite Verusspolitiker auf die Idee, einen Ausgleichsfonds zu schaffen. Dieser sogenannte Ausgleichsfonds bedeutet nichts anderes als eine weitere Verlängerung und Verstärkung des unglücklichen Systems des heutigen Mieterschutzes!

In allen Städten Oesterreichs kommen auf jede durch die Wohnungsbehörde vergebene Wohnung mehrere Neuanmeldungen. Die logische Folge davon ist eine konstante Vermehrung der Wohnungsnot.

Der Mieterschutz räumt allen jenen Glücklichen, die schon vor dem Kriege oder später durch die Wohnungsämter eine Wohnung erhalten haben, im Verhältnis zu den durch die Wohnungsnot Betroffenen einen unerhörten Wohnungsluxus ein, welcher selbstverständlich im krassesten Gegensatz zu der katastrophalen Wohnungsnot und in den meisten Fällen auch in keinem Verhältnis zu den Verhältnissen der Betroffenen steht.

Hier krassestes Elend, Verzweiflung, ein Zugrundegehen der Existenzen und Familien — dort uppige Bequemlichkeit auf Kosten der Allgemeinheit!

Die heutige Wohnungsnot, die Folge dieses Mieterschutzes, läßt kaum mehr normale Geschlechter zu. Das moralische Fundament unseres

Der siegreiche Aufmarsch. Weltgeschichte und Bodenreform. Das Auswanderungsproblem. Biel Lärm um nichts. — Der endlose Skandal. Im Zeichen schamloster Bewucherung.

Staates wird untergraben. Der Mieterschutz verhindert die Privatbautätigkeit. Er trägt zum Teile Schuld an dem unnatürlichen Bankzinsfu, und wenn jemand meint, daß unsere Behauptung nicht richtig sei, daß Neubauten aus eigenen Mitteln erstellt, nicht vollständig mieterschutzfrei seien, so sind wir gerne bereit, ihn diesbeztuglich in seiner irrigen Auffassung einwandfrei zu korrigieren.

Der Mieterschutz greift in das Privatleben der Familien in vollkommen kulturwidriger Art und Weise ein.

Er zwingt Mieter, Obdachlose, Wohnungsuchende und Hausbesitzer, sich einem Diktat von Menschen zu heugen, die durch reinen Zufall als Richter über sie gesetzt sind!

Sehr merkwürdig hat eine Neuerung in einer parlamentarischen Körperschaft berührt, daß der Chef des städtischen Wohnungsamtes in Wien auch von der vielgerühmten Bautätigkeit der Gemeinde Wien, die ja wieder nur auf Grund erhöhter Steuern erfolgen kann, keine Linderung des Wohnungselends erhofft. Man fange doch endlich einmal mit wirklichen Maßregeln zur Unterstützung der privaten Bautätigkeit an! Mit Ausgleichsfonds, Wohnbau Steuern, Darlehensaufnahmen, die die Gemeinden in ärgste Verschuldung stürzen, ist nicht viel getan, wie die Praxis beweist. Man zerreie endlich die Ketten des sogenannten Mieterschutzes, der in Wirklichkeit gar keiner mehr ist. Wenn die vielen Notmaßnahmen einmal aufhören und wirklich die einseitige undemokratische Bevorzugung der Mieter gegenüber den Wohnungslosen aufhört, dann wird man überrascht sein, mit welcher Schnelligkeit ein neuer Schaffensfruhling für das Baugewerbe und damit für das ganze Gewerbe, für die Arbeiterchaft und die ganze Volkswirtschaft hereinbricht.

Die in Kraft stehenden Mieterschutzgesetze schützen wohl einen Großteil der Mieter vor eventueller Obdachlosigkeit, geben aber niemandem die Gewähr, daß ihn nicht plötzlich im Kundigungswege die Wohnung genommen wird und da die Wohnungszwangsgesetze eben verhindern, daß andere Wohnungen verfügbar werden, und daß gebaut wird, so ist niemand vor der vollständigen Obdachlosigkeit gesichert!

Es gehört schon eine große Portion Schamlosigkeit, Demagogie und Gleichgültigkeit dazu, an diesen Schandgesetzen festzuhalten und selbst gegen eine vernunftige Aenderung dieses unhaltbaren Zustandes anzukämpfen.

Wenn dies von uns kurz Aufgezeigte nicht einen vollständigen Bankerott des Mieterschutzes darstellt, dann wissen wir nicht, was eigentlich ein Zusammenbruch sein soll.

**Inserieren Sie im
„Obdachlosen“.**

Vollversammlung

des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck.

Am Samstag, den 5. Juli, fand im Gasthof „Brennöhl“ in Innsbruck eine Vollversammlung des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden statt.

Es war von der Leitung von Haus aus nicht geplant, in den Monaten Juli und August eine Vollversammlung abzuhalten, da bekannterweise diese Monate für Abhaltung von Versammlungen am ungeeignetsten sind. Da sich jedoch berart viel Material für eine Vollversammlung angehäuft hatte, mußte sie dennoch abgehalten werden. Obmann Major Dragoni berichtet, daß die Herren Josef Köbler und Rud. Dallagiovanna infolge beruflicher Ueberlastung aus dem Ausschusse ausgeschieden sind; an Stelle dieser Herren wurden einstimmig Direktor Wilhelm Seuchter und Oblt. a. D. Alois Amnesberger gewählt.

Ueber die Tiroler Baugesellschaft wurde mitgeteilt, daß der Verein der Obdachlosen, welcher ja der Gründer dieser Gesellschaft war, in den Aufsichtsrat einen Vertreter entsendet, da mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder und geschlossener Körperschaften und Kempter alle anderen Genossenschaftsmitglieder dem Vereine der Obdachlosen angehören müssen. Es ist Sache des Vereines, für die statutarischen Rechte der Mitglieder der Baugesellschaft zu sorgen. Im übrigen wurde konstatiert, daß die Tiroler Baugesellschaft bis jetzt weitaus am schnellsten in Innsbruck gebaut hat.

Die Effektenlotterie des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden wurde gleichfalls eingehend erörtert. Diesbeztuglich sei auf die betreffende Notiz in den Mitteilungen verwiesen. Das neue Lotteriekomitee besteht aus Major Dragoni, Direktor Wilhelm Seuchter, Buchhalter Max Schuler, Major Müller-Nordegg, Adjunkt Peter Griffemann und aus je einem Vertreter des Christlichen Caritasverbandes von Tirol und der Alpenländischen Vereinsbank. Außerdem wird der Verein an verschiedene Organisationen herantreten, um diese zu ersuchen, einen Vertreter in das Lotteriekomitee zu entsenden.

Der Reichsverband aller Obdachlosen und Wohnungsuchenden Oesterreichs soll unter allen Umständen im Herbst gegründet werden. Der Innsbrucker Verein steht derzeit mit den Bruderorganisationen in Graz, Salzburg, Bludenz, Wien, und anderen Orten in Unterhandlung.

Major Dragoni berichtet, daß die Tiroler Landesregierung die Bewilligung für eine Sammelaktion in den Monaten Juli und August gestattet hat, um kranken und erholungsbedurftigen Frauen und Kindern, die durch die Wohnungsnot gesundheitlich sehr gelitten haben, eine Erholung zu verschaffen und um arme Desolgierte und durch die Wohnungsnot in Geldschwierigkeiten geratene Familien unterstützen zu können. Ueber die Verwendung des eingesammelten Geldes wurde eine lebhaftige Debatte geführt. Ein Teil der Sprecher trat dafür ein, das Geld erst nach abgeschlossener Sammlung zu verwenden, während der Vorstehende und die Mehrzahl der Anwesenden sich für eine rasche Hilfe aussprach. Major Dragoni verlangte die Aufstellung eines Unterausschusses, in den die Herren Kaufmann Daler und die Beamten Mosler und Benesch gewählt wurden.

Mit dem Innsbrucker Wohnungsausschuß wurde der normale Verkehr wieder aufgenommen und alle Dienstag von 8 bis 9 Uhr vormittags wird die normale Sprechstunde wieder eingehalten.

Infolge Erkrankung des Kassiers kann die Kassarevision erst später durchgeführt werden; bei der nächsten

Versammlung wird nach Überprüfung und Entlastung durch die Kassarevisoren der genaue Rechenschaftsbericht erstattet werden.

Die Mitteilung, daß mit einer französischen Firma betreffs Errichtung von Kleinwohnungen zu äußerst billigen Preisen, in Verkehr getreten wurde, löste eine lebhafteste Debatte aus; es wurde beschloffen, für den Fall, daß die Angelegenheit in ein akutes Stadium treten sollte, vorher eine neue Vollversammlung einzuberufen.

Mit einem Appell, die Mitgliedsbeiträge zu bezahlen, für die Zeitung Propaganda zu machen und einem Dankeswort an den Gemeinderat, der in einer Resolution für den Abbau des Mieterschutzgesetzes eingetreten ist, wurde die Versammlung geschlossen.

Viel Lärm um nichts.

Der Fall Dörrfeld und die sozialdemokratische Presse.

Die im Jungsbruder Damenstift wohnhafte Witwe Alexandrine Dörrfeld, nach dem vor dem Feinde gefallenen Kaiserjäger-Hauptmann, hat der Wiener Arbeiter-Zeitung einen Brief geschrieben, in dem sie ihre trostlosen Wohnungsverhältnisse schildert. Weil sie in dem Brief als Nachsatz erwähnte, daß sie auf einmal gelernt hat, die idealen Gedankengänge der Sozialdemokratie zu verstehen, so wurde dieses Schreiben abgedruckt und von der Jungsbruder „Volkszeitung“ übernommen. Ob Frau Dörrfeld wirklich in die Ideologie des Marxismus eingedrungen ist, entzieht sich unserer Beurteilung. Wir kennen sie nur als durch und durch konservative Dame. Zu den Wohnungsverhältnissen der Offizierswitwe bemerken wir:

Es ist richtig, daß diese Wohnpartei des adeligen Damenstiftes mit einer anderen im selben Hause gelegenen Wohnung tauschen sollte. Wir haben uns diesbezüglich bereits im Monat November v. J. an die Tiroler Landesregierung gewendet und bringen in voller Abschrift nachstehendes Schreiben des Herrn Landeshauptmann:

Jungsbrud, am 21. November 1923. Sehr geehrter Herr Major! In Ihrem wegen der Wohnung der Offizierswitwe Dörrfeld an mich gerichteten Schreiben führen Herr Major darüber Beschwerde, daß Regierungsrat Stadlmahr, bei dem Sie brieflich für Frau Dörrfeld intervenierten, sich letzterer gegenüber sehr ungehalten über Ihre Intervention geäußert und gesagt hätte, daß ihn der Verein der Obdachlosen gar nichts angehe. Nach meiner Erkundigung soll jedoch Frau Dörrfeld nach Ihrem Briefe an Regierungsrat Stadlmahr nach Erhalt Ihres Briefes mit Frau Major Haas auch über die Wohnungsangelegenheit Dörrfeld gesprochen haben, doch erklärt Frau Haas protokolllarisch, daß bei dieser Konferenz vom Obdachlosenverein nicht die Rede war. Herr Major müssen daher irrig informiert worden sein und wäre ich für eine baldige Klärung Ihrerseits sehr verbunden. In der Sache selbst muß ich bemerken, daß nach meiner Meinung die Stiftsverwaltung nur vollkommen korrekt vorgeht, wenn sie bestrebt ist, aus dem Gebäude, das die einzige Einnahmequelle des Stiftes bildet, den größtmöglichen Nutzen zu erzielen; einerseits, um das Gebäude erhalten zu können, da sonst die Wohnungsnot nur gesteigert wird, andererseits, um den Stiftlingen, die heute wohl nur mehr als Pfandbesitzerinnen zu nennen sind, den allermindesten Lebensunterhalt zu gewähren. Zudem wurde Frau Dörrfeld, deren Einkommen ungefähr das zehnfache einer Stiftsdame beträgt, im Stiftsgebäude eine andere, sehr schöne südseitig gelegene Wohnung angeboten. Ihrer Antwort entgegensehend, verbleibe ich mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung Dr. Stumpf.

Da zum Schluß dieses Briefes ausdrücklich erwähnt war, daß nur ein Wohnungsaustausch vorgenommen wer-

den sollte, und die Vereinsleitung nicht dazu da ist, um luxuriöse Ansprüche der Wohnungslosen zu befürworten, so war diese Angelegenheit mit der Intervention des Landeshauptmannes erledigt. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Gruner und die sozialdemokratische Presse führen nun das merkwürdige Schauspiel auf, gegen die Verwaltung des adeligen Damenstiftes aggressiv aufzutreten, wo sie doch selbst als Mitschuldige an den Mieterschutzgesetzen genau wissen müßten, daß infolge Denkmalschutzes die Stiftshäuser außerhalb des Mieterschutzes stehen.

Man unterstütze daher unser Bestreben nach einem wirksamen Aus- und Abbau der Mieterschutzgesetze, bausche aber einen einzelnen Fall nicht demagogisch auf! Die Sozialdemokraten wissen ganz gut, daß nach den Bestimmungen des von ihnen so warm verteidigten Mieterschutzgesetzes vorgegangen wurde und trotzdem greifen sie diesen Fall heraus, der nur einer der vielen des von ihnen hochgepriesenen Mieterschutz-Systems ist.

Weltgeschichte und Bodenreform.

Für den, dem durch die Bodenreform die Augen aufgetan sind, erscheinen viele „unerklärliche“ Wirren dieser Zeit sehr leicht erklärlich.

Unter den Bodenschäben nimmt besonders seit dem Fortschreiten der Dörfenernung der Kriegs- und Handelschiffe das Petroleum eine ganz besondere Rolle ein. Wer das weiß, dem sind folgende Erscheinungen nicht mehr so zusammenhanglos zufällige Wirren:

Mexiko und England geraten in Zwist. Die Kriegsgefahr steigt drohend auf. Deshalb? Mexikos Regierung läßt das englische Gesandtschaftsgebäude belagern; sie will den englischen Gesandten Cummins aushungern, weil er sich weigert, als „lästiger Ausländer“ das Land zu verlassen. Wer ist Herr Cummins, der so mächtig ist, daß er den Frieden der Welt gefährden kann? Mexiko will bekanntlich, seitdem der mexikanische Präsident Carranza durch die spanische Ueberfegung der „Bodenreform“ unsere Gedankenlängen kennen gelernt hat, seine Bodenschätze für die Gesamtheit nutzbar machen, und Carranzas Nachfolger versucht, wenigstens einen Teil seiner Gedanken zu verwirklichen. Herr Cummins aber ist Agent von englischen Petroleuminteressen und deshalb muß der Friede der Welt gefährdet werden.

In Albanien bricht ein Aufstand aus. In Albanien vermutet man die reichsten Petroleumvorkommen auf dem Balkan. Es beginnt sofort ein heimlicher Wettbewerb zwischen großen englischen und amerikanischen Gesellschaften. Dahinter steht Italien, das an diesen Oelvorkommen natürlich besonders interessiert ist. Der Führer der amerikanischen Spekulantengruppe, Sinclair, gewinnt so großen Einfluß, daß gewisse albanische Arische ihm die Königswürde anbieten („Chicago Tribune“ vom 9. Juni). Ehe er aber die Konzession in Sicherheit bringen kann, übernehmen die Interessenten der Gegengruppe eine Gegenrevolution „auf Geschäftsunkosten“, wobei natürlich alle religiöse und rassische Unterschiede geschickt benutzt wurden; aber eben nur benutzt — im Hintergrunde steht der Gott Rammon.

Italien steht unter dem Zeichen des Falles Matteotti. Dieser, ein junger, sehr reicher Vertreter der sozialistischen Partei, verläßt nachmittags halb 5 Uhr

Gedenket des Pressefonds des „Obdachlosen!“

bedürftigen einige Duzend Wohnungen alle Jahre zu bauen, sog nicht mehr.

Wer hatte nur den Wohnungslosen ihr Elend plötzlich so drastisch vor Augen geführt, daß sie in helle Empörung gerieten? Vieles war doch schon gesprochen und geschrieben worden darüber, wie erbärmlich das Dasein dieser Klasse von Menschen sei, aber in dumpfer Hoffnungslosigkeit versunken wurde dieses Elend geduldig ertragen, jede versuchte gemeinsame Aktion mißglückte infolge dieser Indolenz. Ein unbekannter Zufall hatte die Explosion hervorgerufen.

In allen Städten und Industriegebieten erhoben sich die Wohnungslosen zu mächtigen Kundgebungen, die nicht mehr zum Stillstande kamen. Da er sah man erst, wie groß die Zahl jener war, die unter dem Wohnungselend seit Jahren litten! Die Waggonbewohner verließen ihre dunkleren Räume, alle anderen Wohnungsbedürftigen taten desgleichen, die Hauptstraßen füllten sich mit den Massen der Bedrängten, und wie aus einem Munde hallte es in den Ohren der Gesetzgeber:

„Fort mit den Schutzgesetzen für die Privilegierten!“ „Heraus mit den notwendigen und verfügbaren Mitteln der Geldmächtigen und der öffentlichen Körperschaften!“ „Großzügige Aktionen gegen die Wohnungsnot an Stelle der demagogischen kleinlichen Parteialtktionen!“

Es war kein Strohfeuer, das rasch gelöscht werden konnte durch leere Versprechungen, sondern ein Brand, der die Untätigkeit der verantwortlichen Faktoren vernichtete. Niemand vermochte dem Brand Einhalt zu tun, die Regierung und die Parteien waren machtlos gegenüber dieser Volksbewegung, der sich auch alle menschlich fühlenden Nichtbeteiligten angeschlossen hatten. Die politischen Parteien mußten mit Entsetzen erkennen, daß ihre eigenen leidenden Parteigehöri gen das Feuer immer wieder

feine Wohnung, wird mit Gewalt in ein Auto gesetzt und ist seitdem verschwunden. Er galt als Freund der Pächter und Kleinbauern und war im Lager der Latifundienbesitzer der am meisten verhaßte Mann. Jetzt sind in Italien einer amerikanischen Gesellschaft große Konzessionen auf Petroseumböhrungen verliehen worden, bei denen allerlei Schiebung untergekauft sein sollen. Matteotti hat das Material, das sehr einflußreiche, sehr mächtige Herren bloßstellen mußte. Er wollte es der Kammer vortragen. Um das zu verhindern, mußten der Mann und seine Aktien verschwinden.

Der Gott Rammon weiß, daß das Monopol am Boden und seine Schätze die sicherste Burg seiner Herrschaft ist!

Der endlose Skandal.

Bedeutend weniger Einwohner als vor dem Kriege und eine zwanzigmal so große Wohnungsnot.

Wien hat heute mehr als 350.000 Einwohner weniger als am 1. August 1914 und damals bestand keine quantitative Wohnungsnot. Es hat zwar Obdachlose und Wohnungsuchende gegeben, die aber zum weitaus größten Teil nur dem Lumpenproletariat angehörten. Heute warten in Wien 72.000 Familien vergebens auf eine Wohnung.

Eine Frage mögen uns die Verteidiger der heutigen Wohnungspolitik beantworten: Wann die Mietengesetze an dieser furchtbaren Wohnungsnot nicht Schuld sein sollen, was ist also die Ursache, daß keine Wohnungen zu haben sind?

Ohne Wohnungsamt und Zwangswirtschaft hatte jeder eine Wohnung und mit diesen glorreichen Einrichtungen bei Heranziehung vieler Objekte, die vor dem Kriege nicht als Wohnungen verwendet wurden, ist für tausende und tausende Familien jede Hoffnung, bei Lebzeiten eine Wohnung zu erlangen, begraben!

Das Auswanderungsproblem

Wir erhielten folgendes Schreiben:

Hochgeehrter Herr Major! In Ihrem Blatte „Der Obdachlose“ haben Sie den verschiedensten Anregungen, wie das Wohnungseld behoben werden sollte und könnte, Raum gegeben. Verschiedene praktische Versuche, diese brennendste Frage zu lösen, sind gescheitert. Es fehlte an Geld, das nur mehr zu Zuckerrüben zu haben ist, und es fehlt am Gemeininn des Volkes. Wer gut wohnt, hat kein Interesse für die Obdachlosigkeit. Nur wenige Volksvertreter zerbrechen sich über diese Frage den Kopf. Die Sache erscheint ihnen aber lästig genug. Lösung wissen sie erst recht keine. Die Städte sind im Verhältnis zum Lande ohnehin schon zu groß. Wohin man blickt, sogar in den industriellen Kreisen, sind fränke, zermürbende Verhältnisse, ein stetiger Rückgang, wenn wir ihn auch nicht eingestehen wollen. Wohin soll das führen? Wann glauben Sie an Ihr seit Jahren gestecktes Ziel zu kommen? Haben Sie noch nie ernstlich daran gedacht, das Uebel an der Wurzel anzufassen? Es fehlt an Platz und an Mitteln zur Entwicklung. Alle Völker, seit Jahrtausenden bis auf heute wußten, was in diesem Falle zu tun. Es gibt in der Welt auch heute noch Plätze, die gesund, fruchtbar und noch derart außerordentlich billig und leicht erreichbar sind, daß unsere wenigen Mitteln noch dazu hinreichen würden, um uns dorthin retten zu können. Oder soll man erst dann an eine solche Frage herantreten, wenn die Leute dieses wenige Geld auch noch aufgezehrt haben? Mühen Sie als Führer der ärmsten es nicht geradezu als eine Gewissenspflicht erachten, endlich einmal auch diesen Fragen eine Beachtung zu schenken? Oder schreden Sie vielleicht auch vor den Modevorurteilen eines kurzfristigen behaglichen Speierturns zurück? Eben weil ich das nicht glauben kann, ge-

Der siegreiche Aufmarsch.

Eine Vision.

Das Unglaubliche war Ereignis geworden.

Die unter der Wohnungsnot Leidenden, die bisher infolge ihrer Verbitterung, ihrer Hoffnungslosigkeit und den demagogischen Versprechungen der politischen Parteien zu keiner gemeinsamen Aktion zusammenzubringen waren, hatte plötzlich der Funke der Erkenntnis ihrer Solidarität erfaßt. Der Funke hatte gezündet, die Brandfackel der moralischen Empörung über die Zustände wurde in alle Elendsquartiere hineingeschleudert und der Sturm des gemeinsamen Unwillens über die Passivität aller vom Wohnungseld verschonten Kreise hatte lichterloh Flammen entfacht.

Niemand konnte sagen, woher der Funke kam, aber er hatte gezündet und wie ein verheerendes elementares Walten hatte er eine Katastrophe herbeigeführt, die das Weltgewissen zu einer erschöfenden Tat aufreizte.

In legend einer Stadt hatte die Bewegung begonnen, sie wirkte sofort beispielgebend und binnen einigen Tagen war sie in voller Ausbreitung. Die delogierten Wohnungslosen, die in wenigen Räumen zusammengepferchten Familien, die Waggonbewohner, die ausgebeuteten Astermießer, kurz alle, die unter dem heutigen Wohnungseld leiden, hatten es satt bekommen, von der Regierung und den politischen Parteien mit leeren Versprechungen abgefüttert zu werden, sie wollten nicht länger die Privilegien der Wohnungsbesitzenden auf fast kostenloses Wohnen dulden, sie häuften sich auf dagegen, daß Schutzgesetze für Bedürftige von zahlungsfähigen Leuten in Anspruch genommen werden, während Proletariat und ihre Familien zu Hunderten zugrunde gehen mußten in Elendsunterkünften. Die Fopperie, für die tausende Wohnungs-

entfachten, wenn es die Führer löschen wollten. Keine Flinte ging los, kein Säbel wurde gezückt, wenn deren Träger die abgehärmten Gesichter der Frauen und Männer, die verwahrlosten, lust- und lichterbehrenden Kinder erblickten.

Es geschah das, was schon längst hätte geschehen müssen, wenn es gerecht zugegangen wäre und die Vernunft über die Politik gesiegt hätte. Die Regierung des Bundes, die der Länder und die Vertreter der Städte traten mit den an der Wohnungsfrage beteiligten Körperschaften zusammen zu einer raschen und durchgreifenden Tat. Es gab kein theoretisches Schwägen und eigenartiges Beharren auf dem eigenen egoistischen Standpunkt, es mußte ein Ausweg unter allen Umständen gefunden werden. Und er wurde gefunden, genau so wie bei einem Vörsenkrach wegen verunglückter Valutapositionen.

In kurzer Zeit war das Notwendige geschehen, um das ärgste Wohnungseld zu beseitigen und den Weg zur vorkriegszeitlichen normalen Wohnungswirtschaft frei zu machen. Die bisher vom Mieterschutzgesetz bevorzugten Leute, so weit sie vom Arbeitseinkommen abhängig waren, hatten Mittel und Wege finden müssen, ohne Erschütterung des Wirtschaftslebens sich ihr Einkommen entsprechend zu erhöhen. Sie hatten noch immer jenen gesetzlichen Schutz gegen Willkürlichkeiten bei Ründigungen, der notwendig war, so lange das Wohnungsangebot nicht dem Wohnungsbedarf entsprach. In rechtlicher Beziehung die bisherigen Wohnungsinhaber zu schädigen, hatten die Wohnungslosen keine Ursache.

Warum, so muß nun die Frage gestellt werden, sollen diese Begebenheiten nur eine Vision darstellen? Diese Frage sollen die Wohnungslosen selbst beantworten.

Marat.

hatte ich mir, Herrn Major auf eine Frage aufmerksam zu machen, die in Oesterreich allerdings immer unpopulär war, heute aber geradezu zu einer Lebensfrage werden könnte. Mit vorzüglicher Hochachtung. M. R."

Wir bringen obiges Schreiben und erklären uns bereit, die Anregung, die nach unserem Dafürhalten sich wahrscheinlich auf Brasilien bezieht, weiter ernstlich zu verfolgen und die Vorarbeiten für die Auswanderung und Kolonisierung in Brasilien durchzuführen, wenn sich genügend viele für die Auswanderung Interessierte finden sollten. Wir verweisen aber schon bei dieser Gelegenheit auf unseren Artikel „Obdachlos“ bleiben oder auswandern“ in unserer Zeitungsfolge Nr. 8 vom 15. April 1924. Alle jene, die sich mit dem Gedanken der Auswanderung tragen, mögen sich daher zur Entgegennahme von Informationen in unserer Kanzlei, Innsbruck, Rennweg 6, melden.

Im Zeichen schamloser Betöucherung.

200.000 K Monatszins für ein Heulager.

Ein deutscher Handwerksbursche, der in Innsbruck Arbeit gefunden hat, bezog in Ermangelung eines anderen Quartiers in einem Bauernhaus in Sölling ein Heulager. Er mußte dafür pro Woche 50.000 K Miete bezahlen. Um sich an dem wucherischen Vermieter zu rächen, machte der Bursche neben seinem Lager eine kleine Grube im Heu und lockte eine Henne hinauf, damit sie ihm Eier lege. Tatsächlich legte eine Henne vier Eier in das Nest. Der Bursche nahm die Eier. Das Nest wurde entdeckt und der Bursche hat sich nun demnächst wegen Diebstahl vor dem Bezirksgerichte Innsbruck zu verantworten. So geschehen im Jahre 1924 im Zeichen des glorreichen „Mieterschutzes“!

Eine Million für ein leeres Zimmer!

In der Innsbrucker „Neuesten Zeitung“ vom 8. Juli findet sich unter „Zimmer gesucht“ nachstehende kurze Anzeige:

„Zahle für ein leeres Zimmer monatlich 1.000.000 Kronen.“

Derjenige, der diese Annonce in der Zeitung einrücken ließ, hat natürlich von seinem Standpunkte aus, vollständig recht. Wenn er die Million zahlen kann und obdachlos ist, so ist seine Annonce vollkommen begründet. Daß aber bei der katastrophalen Wohnungsnot derartig aufreizende Annoncen vom Staate gestattet werden, ist ein Zeichen von Verständnislosigkeit und Mangel an staatlicher Autorität. Uns fällt da der Ausspruch eines Ausländers ein, der Oesterreich für einen Misthaufen erklärte; ganz unecht hat er nicht. . . . In deutschen Städten sind derartige Annoncierungen in den Zeitungen verboten.

Mitteilungen.

Die Effektenlotterie des Obdachlosenvereins. Nach genauer Aufstellung und Ueberprüfung aller Ausgaben und Einnahmen der Effektenlotterie des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck, durch einen bilanzfähigen Buchhalter und den staatlichen Vertreter, ergibt sich die Geld- und Losbewegung wie folgt: Es wurden für die Gewinne 225, an staatlicher Lage 70 und an Gehälter für Angestellte seit Dezember 1923 17 1/2 Millionen Kronen, Rente, Inzerate, Plakate, Druckkosten, Affidierungen, Druck der Lose, Feuer- und Einbruchversicherung, Beheizung, Beleuchtung, Ausstellung usw. 90, für Reisen und Provisionen 25, insgesamt also 427 1/2 Millionen Kronen vorausgab. Diesen Ausgaben stehen an Einnahmen gegenüber: an verkauften Lose Eingang bis jetzt 245, Eintrittsgelder in der Ausstellung im Tiroler Landhaus 8 1/2, durch Zeitungsverkauf 4,3 Millionen, insgesamt 257,800.000 Kronen. Es bleibt somit mit 1. Juli 1924 ein Minus von 169,700.000 Kronen, welche Summe der Obdachlosenverein der Alpenländischen Vereinsbank schuldet. Jeder Einsichtige wird daher begreiflich finden, daß der Obdachlosenverein, beziehungsweise dessen Lotterie mit 169,700.000 Kronen Schulden nicht abschließen wird. Wir haben für das Jahr 1924 die Lotterie bewilligt bekommen und müssen das ganze Jahr ausnützen. Von der Generallotteriedirektion wurde der 24. November als der äußerste Ziehungstermin bestimmt. Das alte Lotteriekomitee wurde aufgelöst und ein neues auf breiterer Grundlage veranfert in der Stadt und im Lande aufgestellt. Der Verein wird mit allem Hochdruck und mit äußerster Energie und Zähigkeit dahin arbeiten, daß die Lotterie bis Herbst mit einem Reingewinn abschließt. — Der „Tiroler Wastl“ bringt nachstehende Notiz über unsere Effektenlotterie: „Eine stattliche, staatliche Gebühr hebt der österreichische Bundesstaat für die Obdachlosen-Lotterie ein. Nur siebzig Millionen. Eine Bagatelle, denkt man an die Milliarden, die zum Beispiel der Depositenbankrott gelöst hat. Ja, aber Obdachlose sind eben zum allergrößten Teile keine an Banken Interessierten, demzufolge auch von Bankrotten nicht Betroffene. Folglich verlieren sie kein Geld, folglich können aus zukünftigen der Obdachlosen geschaffenen Unternehmungen Gelder herausgezogen werden. Gibt es dann ein Defizit, müssen sie es eben hinnehmen. Weßhalb stürzt man sich aber auch in solch gänzlich überflüssige, waghalsige Geschichten. Der Staat Oesterreich veranstaltet jährlich Wohltätigkeitslotterien. Soll er seinen Wohltätigkeitssummen einmal dem Obdachlosenverein zuwenden und von der Erhebung eines solchen „Gewinnanteiles“ absehen. Das gute österreichische Herz, das so viel gerühmt, hat hier die beste Gelegenheit, sich praktisch zu betätigen.“

Preisaus schreiben über die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungs wesen. Der „Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine“ hat ein Preisaus schreiben zur Beantwortung nachstehender drei Fragen erlassen: 1. Warum muß die Zwangswirtschaft im Wohnungs wesen aufgehoben werden? 2. Welche Vorteile bringt die freie Wirtschaft der Allgemeinheit, 3. Wie kann die Zwangswirtschaft im Wohnungs wesen systematisch abgebaut und in die freie Wirtschaft übergeführt werden? Für die besten Arbeiten sind folgende Preise ausgesetzt worden: 1. Preis: 1500 Goldmark, 2. Preis 800 Goldmark, 3. Preis 500 Goldmark, 4. Preis 500 Goldmark. Der Ankauf weiterer vom Preisrichterkollegium empfohlener Arbeiten kann stattfinden. Als Preisrichter fungieren: Stadtrat Josef Humar, München, Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Otto Hoffmann, Münster in Westfalen, Justizrat Hallensleben, Berlin, Baumeister Ernst Koval, Dresden. Die drei Fragen des Preisaus schreibens sind getrennt zu behandeln. Es wird der größte Wert auf ganz objektive wissenschaftliche Bearbeitung gelegt. Bei dem statistischen Material sind überall die Quellen anzugeben. Eine Bearbeitung nur einzelner der drei Fragen ist nicht zulässig. Im allgemeinen soll der Umfang der Arbeiten zehn Druckseiten für jede einzelne Frage nicht überschreiten (Tabellen nicht mitgerechnet), die Druckseite zu ungefähr 800 Silben. Jede Bearbeitung ist mit einem Merkmal zu versehen und darf den Namen und die Adresse des Verfassers nicht tragen. Diese sind in einem beiliegenden, geschlossenen Briefumschlag mit einzureichen. Die Arbeiten sind auf einseitig beschriebenen Blättern einzuliefern. Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine erwirbt mit der Prämierung einer Arbeit das ausschließliche geistige Eigentumsrecht an ihr. Die Arbeiten müssen bis zum 15. September 1924 an die Adresse des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine, Berlin W 8, Taubensstraße 44/45, in geschlossenem Umschlag eingereicht sein. — Der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck wird sich an dieser Preisaus schreibung aktiv beteiligen. Den Zentralverband der österreichischen Haus- und Grundbesitzer fordern wir auf, ein ähnliches Preisaus schreiben zu veranstalten. Die deutschen Wohnungsverhältnisse sind von den österreichischen eben grundverschieden. Die verträglichsten Mietenschutzgesetze hat unbestritten Oesterreich.

Briefkasten.

Dr. Rudolf Sp., Wien. Der Zusammenschluß aller Obdachlosen und Wohnungsuchenden muß aus zweierlei Gründen unbedingt durchgeführt werden: 1. Um den weitläufig besser organisierten Mietervereinigungen, welche von einem Abbau der Mieterschutzgesetze unter gar keinen Umständen etwas wissen wollen, nicht zu unterliegen; 2. Weil bei Robellierung und Aenderung der Mietengesetze, die früher oder später vorgenommen werden muß, die Obdachlosen und Wohnungsuchenden gehört werden sollen. Wir haben ja doch in dem jetzt bestehenden Mietengesetz vom 7. Dezember 1922 gesehen, was für ein fürchterliches Monstrum von einem Gesetz die Veruspolitiker allein verbrochen haben. Der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck hat mündlich und schriftlich, sowohl vom Kanzler als auch vom Minister für soziale Verwaltung die Zusage erhalten, zu allen Verhandlungen über Wohnungs wesen beigezogen zu werden.

R. P. Langen. Der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden ist korporativ der Bodenreformbewegung beigetreten und durch den Obmann des Vereines auch im Ausschusse der Innsbrucker Ortsgruppe vertreten.

Grazer Mieterschutz. Vor uns liegt Ihre Nummer vom 5. Juli, Folge 27. Wir haben die Zeitung eingehend studiert und sehen uns veranlaßt, in aller Aufrichtigkeit zu bemerken, daß sich unsere Wege trennen werden, wenn in dieser Tonart weitergeschrieben wird. Wir fallen also direkt mit der Tür in's Haus. Keine Freunde vom Spiele hinter den Kulissen, wollen wir nur aufrichtige Freunde haben. Auf der ersten Seite Ihrer Zeitung steht der Standpunkt des Innsbrucker „Obdachlosen“, mit einem Kommentar Ihrerseits, mit welchem wir voll und ganz zufrieden sind. Wenn also in dieser Zeitung nicht der Artikel „Herr Felix Pistor, der Mieterweltstrolch“, und die Vereine der Obdachlosen und Wohnungsuchenden“ stünde, so wäre die so notwendige friedliche Eintracht zwischen

unseren Organisationen gegeben. Nun zu diesen merkwürdigen Ausführungen: Herr Hauptmann Ruder wurde mit aller Klarheit mitgeteilt, daß wir schon seit 4 1/2 Jahren mit den Hausbesitzerorganisationen alliiert sind und keine Veranlassung haben, diesen Organisationen irgendwie in den Rücken zu fallen. Eine Gründung unserer Vereinigung durch die Hausbesitzerschaft hat aber nie stattgefunden. Herr Pistor war bei keiner unserer Versammlung jemals zugegen. Unser Gründer und Obmann des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck, Major Dragoni, hat Herr Pistor nur einmal in einer Hausbesitzerversammlung sprechen gehört und ihn in der Kanzlei des Haus- und Grundbesitzervereines in Wien persönlich kennen gelernt. Es wurden nur einige Worte gesprochen und Herr Pistor teilte mit, daß er in Graz einen Obdachlosenverein gründen will, wozu er Major Dragoni einladen wird. Herr Pistor hat aber nicht mitgeteilt, daß im Grazer „Mieterschutz“ ausschließlich Mieter und deren Interessenten vertreten werden und sich in dieser Organisation keine Wohnungslosen befinden, sondern Major Dragoni war persönlich dieser Meinung, weil er schon vor Jahren die Grazer Organisation, allerdings ganz anders geleitet, kennen lernte. Aber ganz unerhört finden wir die Behauptung im bewußten Artikel Ihrer geschätzten Zeitung, daß der Herr Pistor einen Obdachlosenverein in Studenz gegründet hat. Dort ist selbst der Name Pistor sämtlichen Vereinsmitgliedern unbekannt. Diese Vereinigung wurde von uns ins Leben gerufen und deren Mitglieder sind mit Ausnahme einiger Förderer durchwegs obdachlose Familien, deren Wohnungsverhältnisse die trostlosesten sind. Daß in dem Artikel auch Anspielungen auf finanzielle Unterstützungen von Seiten des Herrn Pistor den Obdachlosenvereinen gegenüber gemacht werden, können wir selbstverständlich nur als eine unbewußte Entgleisung bezeichnen, denn auf diesem Gebiete glauben wir, sind die Ehrenausstellungen der Zeitung des Mieterschutzes, sowie des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck die gleichen. Der Reichsverband aller Wohnungslosen Oesterreichs wird unter allen Umständen im Herbst (Frühherbst) gegründet. Die Statuten sind bereits verfaßt und es ist selbstverständlich, daß nach vollständiger Vereinigung aller divergierenden Auffassungen zwischen dem Mieterschutz und uns im Interesse der Allgemeinheit, auch Graz vertreten sein muß. Sollte eine Einladung vom Haus- und Grundbesitzerverein Graz zu einer gründenden Versammlung an uns ergehen, so ist es selbstverständlich, daß wir dieser Einladung Folge leisten werden. Auch dies haben wir dem Herrn Hauptmann Ruder mitgeteilt. Hiemit wäre aber keineswegs noch ein unfreundlicher Akt dem Grazer Mieterschutz gegenüber vollzogen. Im Gegenteil, bei dieser Gelegenheit könnte alles erörtert werden, um ein gedeihliches Zusammenarbeiten für alle Zukunft sicherzustellen. Wir bitten den Grazer Mieterschutz, dies zur Kenntnis nehmen zu wollen und, da wir schon öffentlich miteinander diese Fehde austragen, in Ihrer geschätzten Zeitung die Angelegenheit in befriedigender Weise abzuklären. — Vorstehende Ausführungen waren schon gesagt, als uns die letzte Nummer des Grazer „Mieterschutz“ in die Hand kam. Wir sind daher gezwungen, Ergänzungen und Korrekturen zu machen. Die Berichterstattung des Herrn Ruder über seine Aussprache mit Major Dragoni in Graz dürfte scheinbar in vollkommen unrichtiger Weise geschehen sein. Was Major Dragoni diesem Herrn vor Zungen mitteilte, war vollständig klar und ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wir gehen auf den Leitartikel Ihrer geschätzten Zeitung vom 12. Juli nicht näher ein, weil wir dies bereits als zwecklos betrachten. Ausgesprochene Zweifel an unserer Objektivität und Aufrichtigkeit hinsichtlich unserer Vertretung im Interesse der Obdachlosen macht ein weiteres Zusammenarbeiten, wenigstens für uns, unmöglich. Wir sind einmal von allem Anfang mit den Hausbesitzerorganisationen alliiert, aber Verrat und Unaufrichtigkeit gegen die eigenen Prinzipien müssen wir strenge zurückweisen; wir vertragen sehr gerne von Ihrer Seite eine scharfe Kritik und gegenseitige Auffassung, keineswegs jedoch Verdächtigungen.

Wenn man anfängt, gegen jemanden Mißtrauen zu haben, dann liest man auf einmal nicht Vorhandenes zwischen den Zeilen und unterschiebt Gedanken und Absichten, die nicht existieren. Ihre Kritik an unseren Ausführungen, betreffend Wohnungsablässe, dann an der Zusammensetzung des Innsbrucker Wohnungsausschusses und an unserem Grundsatz, die Mieterschutzgesetze sind die Hauptursache der Wohnungsnot, würden wir einwandfrei korrigieren und richtigstellen können, wir unterlassen es jedoch, bis es der Grazer „Mieterschutz“ für richtig findet, seine Verdächtigungen zu widerrufen. Sollte dies mit offenem Visier geschehen, so begrüßen wir es herzlich, wenn nicht, dann haben sich eben unsere Wege endgültig getrennt.

Spenden für den Obdachlosen-Verein.

Kini Richter 2000 K, Marie Raffel, Rattner, je 3000 K, Sanel 4000 K, Josefa Weidinger, Polshut, Ruzinger, Mayer Marie, je 5000 K, Sieben, Ledthaler, Berger, A. Daler, Ing. Adler, Dr. Otto Hämmerle, A. Zwick, Emil Behrer, Haller, Johann Peterlongo, Sportgeschäft, je 10.000 K, Leopold Blum, Neurauto, „Ein“, Hader-Weiß, je 20.000 K, Steiner 50.000 K.

Allen hochherzigen Spendern im Namen der Sache, die wir vertreten, den wärmsten Dank. Wir bitten, auch in Zukunft die gute Sache nicht zu vergessen.

Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden, Innsbruck.

Prima Portlandzement
Romanzement
Kalk, Gips, Ziegel
sowie alle Baumaterialien kaufen Sie gut und preiswert bei
Friedrich Biendl
INNSBRUCK, Anichstraße Nr. 24
Telephon Nr. 1087/II.

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck

Ecke Erler- und Museumstraße

Filialen: Kitzbühel — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.

Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.

◀ • Einheimisches Geldinstitut ▶

Feine Gummiwaren bei Tachezy, Museumstr. 22.	Größtes Toiletten-Seifen- Lager bei Tachezy, Museumstr. 22.	Damen- Monatsbinden sehr preiswert bei Tachezy, Museumstr. 22.	Rasierapparate System Gillette 22.500 bei Tachezy, Museumstr. 22.	Wanzenbrut vernichtet sicher ViktoriaLösung bei Tachezy, Museumstr. 22.	Fußbälle, Seelen-Pumpen äußerst preiswert bei Tachezy, Museumstr. 22.	Sehr haltbare Gummihosenträger 25.000 bei Tachezy, Museumstr. 22.
--	---	--	--	---	---	--

Installationen von Hotels, Sanatorien, Zinshäusern und Villen

Templstraße
5

Telephon Nr. 453

Haller & Ortner in Innsbruck

Haymongasse
4

Telephon Nr. 453

Hochdruckwasserleitungen, großes Lager in Gas- und Kohlenbadeöfen sowie Badewannen und Spültischen

Franz Kronlachner

Lebensmittel-Einkaufsstelle
für Obdachlose

Innsbruck

Saspingerstraße 16, gegenüber der
Volkschule Haltestelle Fischergasse
gibt allen Obdachlosen auf Mitgliedskarte

10% Rabatt!!

Beste, billigste
und bequemste Einkaufsstelle
für Fremde und Einheimische!

Warenhaus Bauer-Schwarz

Innsbruck, Maria-Theresien-Straße 33-35

Gegründet 1868

Telephon Nr. 199

Größtes Kaufhaus der Stadt

On parle française

Si parla italiano

English spoken

Rechnen Sie
mit Ihrer Zeit!

„Zeit ist Geld!“

Wer kennt nicht den Aus-
spruch, ohne für sich die
Anwendung zu ziehen?
Durchlaufen Sie nicht die
Straßen, durchstöbern Sie
nicht die Häuser und
Wohnungen, wenn Sie
etwas zu kaufen suchen,
sondern durchblättern Sie
die Anzeigenspalten unseres
Blattes oder inserieren Sie
selbst in diesem.

Franz Jiranek

Bau- u. Galanterie-Spenglerei
und Glaserei

INNSBRUCK

Viaduktstraße, Bogen 25 - 28

empfiehlt sich zur Uebernahme aller
Spengler- und Glaserarbeiten,
Dachreparaturen
sowie Lieferungen von Tafelglas
jeden Quantums zu solidesten Preisen.

Elekta

In Ihrem eigenen Interesse
sollen Sie einen Versuch
machen: Billigste, reellste
Einkaufsquelle für

Uhren

jeder Art, Eheringe und
Steinringe, Brillen,
Zwicker, Schutzbrillen,
Thermometer, Barometer
sämtl. Reparaturen schnell,
gut, billig (Barometer neu
aufrichten).

F. Neibl senior, Schwarz

Franz Josefstraße 111

Handelsschulgebäude
Optiker und Uhrmacher,
Gold- und Silberwaren.



TIROLER ELEKTRO
INNSBRUCK
K. ANDRES HOFER STR. 24

Haus- u. Küchengeräte

jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge
in allen Ausführungen, Eisen- und Metall-
waren, landwirtschaftl. Geräte, Schrauben-
waren, Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche,
verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.

Gegründet
1854

Gegründet
1854

Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)

INNSBRUCK, Leopoldstraße 3 (Gasthof Greif)

Filiale: Museumstraße Nr. 28.

Kolporteur

die ehrlich und anständig sind, werden
gegen gute Bezahlung **gesucht**.
Vorstellen in der Kanzlei des
„Obdachlosen“, Rennweg 6.



UMSONST!

erhalten Sie unseren
Illustrierten Neuheiten - Katalog
welcher hunderte interessante Neuheiten in
wie viele neulungene Zug- und Scherzartikel
enthält. Bestelle gendel an: Sporthaus
H. KERTESZ, Rosenberg a. Kamp 25-344, N.-O.

Kauft Lose

der großen Effektenlotterie
des Obdachlosen-Vereines

Preis pro Los 10.000 Kronen

Zu beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines in Innsbruck, Rennweg Nr. 6.

Bei Abnahme von 10 Losen 1 Los gratis, bei Abnahme von 50 Losen 10 Lose gratis, bei Abnahme von 100 Losen 20 Lose gratis.

Der Obdachlose

Schriftleitung und Verwaltung
Innsbruck, Rennweg, Nummer 6
Inserate nach Tarif //

und Wohnungsuchende

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 15

Innsbruck, 1. August 1924

Erscheint 14 tägig

Wie lange noch?

Seit dem Waffenstillstand und dem unseligen Zusammenbruch sind fast sechs Jahre verstrichen. Wenn auch der Friedensschluß nur auf dem Papier steht, in Wahrheit aber der Krieg in anderer Form seine Fortsetzung fand, so merkt man dennoch in allen Staaten das Bestreben, die schlimmsten Folgeerscheinungen des Krieges abzubauen und gänzlich zu beseitigen. Auch bei uns in Oesterreich haben sich die Regierungen bemuht, den vielen Schutt, der sich bei der Zertrümmerung unserer Monarchie turmhoch aufgehäuft hat, wegzuschaffen. Es soll nicht geleugnet werden: In vieler Hinsicht ist es besser geworden. Der gemuhtliche Durchschnitts-Oesterreicher, der sein Drauskommen hat und sich um Politik und Parteien wenig oder gar nicht kummert, findet, daß es sich bei uns nicht nur lustig, sondern auch erträglich lebt. Dies gilt aber nur für jene, die im Besitze einer Wohnung sind. Doch wehe jenen, die in Waggons, Baracken, Kellerwohnungen, getrenntem Haushalt, in Untermiete, in Gasthosen, geschieden und doch beisammen, auf einem Divan oder auf einer Bank hausen müssen! Sie sind die Entrechteten und Ausgestoenen.

Bisher hat man die Obdachlosen- und Wohnungsuchenden immer nur mit Vertrostungen und Versprechungen abgespeist, gesehen ist aber gar nichts! Das Wohnungselend ist, wie wir es vorausgesetzt haben, in ungeheurem Maße angewachsen und noch immer winkt von keiner Seite Hilfe oder Besserung. Der Hohpunkt ist noch immer nicht erreicht. Die Wohnungsnot steigt progressiv an und zieht immer weitere Kreise in ihre traurigen Fangarme mit ihren gesundheits- und sittenverderbenden giftigen Fingern.

Was auf der einen Seite in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben aufgebaut wird, zerstören auf der anderen Seite unglückselige, veraltete Kriegsbestimmungen. Während die großen Zeitungen und Parteien ihre jeweiligen Ansichten über das Wohnungsproblem ändern und immer bestrebt sind, den Mantel nach dem Wind zu hängen, erfüllen wir trotz aller Anfeindungen unsere Mission als Träger und Bannerträger des freien Gedankens, als Förderer des Kulturbewutseins und als Teilhaber des üblichen Gewissens. Richtunggebend zeigen wir den Weg, erwecken und sammeln neue Kräfte, die für die Erneuerung und den Aufbau unserer verarmten und desorganisierten Gesellschaft wichtiger sind, als das viele Gerede und Geschimpfe, das in den verschiedenen Vertretungskorpfern, ähnlich wie am Biertisch, verpufft wird.

Alle möglichen Fragen mag man in Angriff nehmen, die neuesten Errungenschaften der Technik in den Dienst der Allgemeinheit stellen, alles ist nur halbe Arbeit, solange Tausende und Abertausende teilweise oder gänzlich der Obdachlosigkeit ausgeliefert sind. Deshalb schreiten wir unerschütterlich fort in der rückhaltlosen vernichtenden Kritik an der bisherigen gänzlichen Teilnahmslosigkeit der Regierung, die dem obersten sozialen Problem der Nachkriegszeit nicht das mindeste Verständnis entgegenbringt. Der Wahrheitsgehalt, das Feuer des Protestes und der Ueberzeugung ist es, das uns dazu bestimmt, im Ausbau unserer Organisation, im Sammeln der unter der Wohnungsnot Schmachtenden unerschrocken fortzufahren, die Grundubel in unserer Gesellschaft mit Freimut aufzuzeigen und sozialethische Reformen den Weg zu bahnen.

Wir fragen: Wie lange noch zögert die Regierung, sich mit dieser wichtigsten Materie zu befassen und neue Grundlinien der kunstigen Wohnungs- und Wohnbaugesetzgebung zu ziehen?

Das Märchen vom Mieterschutz.

Die Wohnungsnot behoben.

Lockerung des Mietengesetzes in der Tschechoslowakei. Mietzins in Amerika. — Elendsbilder.

Mieterschutz und Bautätigkeit.

Die volkswirtschaftlichen Schäden des Mietengesetzes.

Gelentlich der kürzlich in Klagenfurt stattgehabten Präsidial Sitzung des Reichs-, Handels- und Gewerbebundes hielt Kommerzialrat Ing. Hermann Wolff-Innsbruck ein Referat über obiges Thema, das allseitige Zustimmung fand. Wir entnehmen dem Referat folgende Stellen aus der „Alpen. Handels- und Gewerbezeitung“:

Unstreitig bricht sich die Erkenntnis immer mehr Bahn, daß das gegenwärtige sterreichische Mieterschutzgesetz nicht geeignet ist, das bestehende Wohnungselend zu vermindern, oder gar aus der Welt zu schaffen. Im Gegenteil, die geradezu widersinnigen, jedem Rechtsempfinden hohnsprechenden Maßnahmen sind in ihren schädigenden Auswirkungen kaum zu uberschaen. Sie haben das Rechtsbewußtsein unterminiert, den Eigentumsbegriff verschoben dem Kommunismus die Wege geebnet und weite Volkskreise vergiftet, so daß dieses einzig in der Welt dastehende, von einer schwächlichen Regierung geschaffene Gesetz als eine wahre Volksgeißel bezeichnet werden muß.

Anstatt, daß man die während des Krieges durch Ministerialverordnung aus ganz begreiflichen Gründen erlassene Schutzbestimmungen im gegebenen Moment wieder auf dem Verordnungswege abgeschwächt oder außer Wirksamkeit gesetzt hätte, hat man im Gegenteil der Rotverordnung ihren provisorischen Charakter genommen, indem man das sogenannte Mieterschutzgesetz ins Leben rief. Daß unsere burglichen Volksvertreter beim Zustandekommen dieses Gesetzes mitgeholfen haben und sich der Straße und dem sozialdemokratischen Terror beugten, das bildet für ewige Zeiten einen Schandfleck in den Annalen des sogenannten demokratischen Staates Oesterreich. Welch ungeheure und weitreichende Machtmittel man durch dieses Gesetz den Sozialdemokraten in die Hände gespielt hat, haben die letzten Nationalratswahlen bewiesen. Die jahrelange Uebung: fast nichts für die Wohnungsmiete zahlen zu müssen, hat in der großen Masse der früher unantastbaren und heiligen Eigentumsbegriff verschoben und unser Volk vergiftet. Hausbesitzer und Mieter stehen sich in den meisten Fällen als grimmige Feinde gegenüber. Die unzähligen Gerichtsprozesse und sonstigen Begleiterscheinungen, die Verarmung und Entrechtung eines Standes, der als regierungstreu und staatsertreu galt, lassen uns mit erschodernder Deutlichkeit erkennen, wie die Auswirkung dieses Gesetzes am Mark des Volkes ihre zerstörende Wirkung betreibt. So war es gewollt von Seiten der kommunistisch-sozialistischen Masse, die ja von der Unzufriedenheit des Volkes lebt, und unsere Regierung und Volksvertreter waren mit Blindheit geschlagen, als sie diesem unbegreiflichen Gesetze zustimmten. Es ist tief beklagenswert, wenn man täglich sehen muß, wie sich die Mentalität unseres Volkes so weit schon verändert hat, daß selbst die Intelligenz und geistig hochstehende Kreise das Mieterschutzgesetz nicht nur gerechtfertigt finden, sondern dessen Fortbestand, ja sogar dessen Erweiterung fordern.

Daß das Mieterschutzgesetz undemokratisch, ja sogar antisozialistisch ist, beweist die Tatsache, daß nur ein Teil der Mieter geschützt wird, und daß gerade dieser Teil am allerwenigsten schutzbedürftig ist. In gut gebauten, mit allem Komfort ausgestatteten Häusern wohnen und wohnen gewöhnlich auch aufstuierte Mieter. In diesen Häusern kommen jedoch weniger oder so gut wie keine Reparaturen vor, während in älteren oder weniger gut gebauten Objekten gewöhnlich minderbemittelte Mieter wohnen, die jedoch durch die unvermeidlichen Reparaturen belastet sind — und somit schon heute oft ganz erhebliche Mietbetrage aufwenden müssen. Hier tritt die große Ungerechtigkeit dieses Gesetzes zutage. Nachdem nun die für gewerblichen

Zwecke dienenden Räume in der Regel in älteren oder minder gut gebauten Häusern zu finden sind, wird auch der Gewerbestand durch diese Ungerechtigkeit des Mieterschutzgesetzes in Mitleidenschaft gezogen, indem oft für kleinere und unzulängliche Werkstätten bereits ganz erhebliche Mietbetrage infolge der großen Reparaturen aufgewendet werden müssen.

Es soll nicht unsere Aufgabe sein, die gesamten, geradezu verheerenden Auswirkungen dieses unglücklichen Gesetzes zu schildern, wir beschränken uns vielmehr darauf, die schädigenden und lähmenden Wirkungen, welche das Mieterschutzgesetz auf das gewerbliche Leben ausut, näher zu beleuchten. Es ist eine bekannte Erscheinung, daß mit Inkrafttreten des Mieterschutzes automatisch die Bautätigkeit erlahmt, weil eine Verzinsung des aufzuwendenden Baukapitales nicht gegeben war, da keine Mietzins vereinnahmt werden konnten, die auch nur annähernd eine Kapitalverzinsung ermöglicht hätten. An dieser ganz einfachen und logischen Tatsache verweilen und verweilen keine wie immer lautenden Vorschläge und Versuche etwas zu ändern. Wenn die schädigenden Wirkungen der Mieterschutzgesetzgebung im gewerblichen Leben nicht gleich zu Beginn mit voller Deutlichkeit in Erscheinung traten, so sehen wir die Erklärung darin, daß die während der langen Kriegszeit hinausgeschobenen Instandhaltungsarbeiten und Reparaturen unter allen Umständen ausgeführt werden mußten, um dem gänzlichen Verfall der Wohnobjekte zu steuern. Dadurch konnte in erster Linie das Baugewerbe, wenn auch in vermindertem Maße, Beschäftigung erhalten. Unser heimisches Baugewerbe ist jedoch nicht auf Reparaturen eingestellt. Seine Einrichtungen, sein Arbeiter- und Beamtenstand verlangen gebieterisch die Erstellung von Neubauten, sofern dieses einst blühende Gewerbe nicht völlig zugrunde gehen soll. Wie weit die verheerenden Wirkungen des Mieterschutzes speziell im Baugewerbe sich bemerkbar machen, möge bloß die Tatsache zeigen, daß beispielsweise eine der angesehensten alpenländischen Baufirmen von ihrem früheren Arbeiterstand, der 90 betrug, auf 6 herunter gekommen ist. Das spricht Bände. Jeder Kommentator ist hier uberschlufig.

Nachdem nun das Baugewerbe fast alle anderen Gewerbe alimentiert und befruchtigt, ist ohne weiteres klar, wie durch eine verminderte od. gar unterbundene Bautätigkeit fast alle anderen gewerblichen Unternehmungen leiden müssen. Es kommen in erster Linie außer den eigentlichen Baufirmen bekanntlich folgende Gewerbegruppen in Betracht: Tischler, Zimmerleute, Schlosser, Spengler, Glaser, Dachdecker, Maler, Ofenseker, Wasser-, Gas- und Elektro-Installateure, Tabakzucker, Drechsler usw. Wenn man sich vor Augen führt, wieviele selbständige Gewerbe an einem Neubau Beschäftigung finden, wie durch Beschaffung der Rohmaterialien auch weitere Kreise, Industrie und Handel beteiligt sind, wie durch Ausgestaltung der Innenräume das Gebiet der Kunst und das der gewerblichen Kunstarbeiten belebt wird, so erat sich ein Bild von der Segenreichen und ungemein vielseitigen Wirkung der Bautätigkeit, es erhellt aber daraus auch ohne weiteres: welche schweren Schädigungen dem gesamten Gewerbe stande durch Bruchliegen der Bautätigkeit erwachsen müssen. Jeder einsichtige Gewerbetreibende, auch wenn er selber Mieter sein sollte, muß heute einsehen, daß es zehnmal besser ist, mehr Miete zu bezahlen und ausreichend beschäftigt zu sein, als wohl billige Werkstätten oder Verkaufsstalle zu besitzen, jedoch am Hungertuche nagen zu müssen.

Eine weitere Schädigung des gewerblichen Lebens, ja des ganzen Wirtschaftsbetriebes besteht in der praktischen Aufhebung der Freizugigkeit durch die bestehende Wohnungsnot, beziehungsweise durch den Mieterschutz. Während in normalen Zeiten der Gewerbetreibende seine Gehilfen und Mitarbeiter, Spezialarbeiter usw. ohne Mue von auswärts erhalten und somit die Leistungsfähigkeit seines Betriebes steigern konnte, ist

ihm dies heute unmöglich, weil für die Leute keine Wohnmöglichkeit besteht. Handels- und Gewerbetreibende sehen sich dadurch in ihrer Entfaltung gehemmt. Aber auch umgekehrt schädigt das Mieterschutzgesetz die freie Betätigung der strebsamen Gehilfen und Arbeiterschaft. Der an die Scholle gebundene Geselle, der keine Möglichkeit hat, seine Erfahrungen in anderen Betrieben zu erweitern, der keine Gelegenheit hat, Land und Leute mit anderen Gebräuchen und Arbeits-Methoden kennen zu lernen, wird seinen Geschicklichkeit und seine Leistungsfähigkeit nicht in dem Maße erweitern und steigern können, als dies früher dem strebsamen und wissbegierigen Menschen möglich war. Das schöne Wort „freie Bahn dem Tüchtigen“ hat durch unser Wohnungsgesetz einen gewaltigen Stoß erlitten. Die Fesseln, die hiedurch sowohl dem Einzelnen, sowie dem ganzen Wirtschaftsleben angelegt sind, werden in ihrer Auswirkung viel zu wenig beachtet. Die Zwangswirtschaft auf den verschiedensten Gebieten während und nach dem Kriege ist uns wohl allen noch in unangenehmer Erinnerung. Alle derartigen Maßnahmen sind heute praktisch abgebaut, nur das Mieterschutzgesetz, die stärkste Waffe, die man den Sozialdemokraten zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft in die Hand gedrückt hat, besteht weiter und läßt geordnete Verhältnisse im Wirtschaftsleben nicht aufkommen.

Welche unhaltbaren Zustände heute bereits im Handel und Gewerbe eingerissen sind, können wir täglich sehen. Die geschäftliche Stagnation ist bereits größer, als vor dem Kriege. Viele Betriebe kämpfen seit Monaten mit den größten Schwierigkeiten und vermögen sich nur noch über Wasser zu halten, indem sie unter den Gesehenslofen verkaufen, mit anderen Worten: indem sie von den angesammelten Werken, also von der Substanz, leben. Längere Zeit darf dieser Zustand nicht bestehen, wenn nicht alles insanken kommen soll.

Man muß sich da unwillkürlich die Frage vorlegen: Kann unsere Regierung unter diesen Verhältnissen noch länger mit verschränkten Armen zusehen? Hat sie nicht die Pflicht, im Interesse der gesamten Volkswirtschaft ohne Verzug alles zu tun, was hier Wandel zu schaffen. Ohne Abbau des Mieterschutzgesetzes ist aber die Sanierung in Frage gestellt. Wie kann eine wirkliche Sanierung Platz greifen, wenn die erste Aktivpost des Staates, nämlich der gesamte österreichische Hausbesitz ohne Ertrag bleibt. Viele Milliarden Goldkronen gehen dadurch ihrer produktiven Verwertung verloren und der Staat bringt sich selbst um seine sicherste und erträglichste Einnahmequelle. Kein anderer Staat auf der Erde leistet sich derartiges, wie der arme Staat Oesterreich. Kein Bundesrat, wenn der Völkerverbund gegenüber dieser österreichischen Wirtschaftsmethode eine abwartende Haltung einnimmt. In allen Staaten, wo Mieterschutz bestand, arbeitet man intensiv an seinem Abbau. Beispielsweise sei erwähnt, daß in Deutschland heute bereits die Miete 62 Prozent der Vorkriegszeit beträgt. So ist man überall auf dem besten Wege, wieder zu normalen Zuständen zu gelangen, nur im armen Oesterreich nicht, Zuständen zu gelangen, nur im armen Oesterreich nicht.

Das Märchen vom Mieterschutz.

Bei den letzten Nationalratswahlen, die angeblich so wichtig für die Gesamtbevölkerung waren, wurde in nichterträglichster, demagogischer Weise ein Großteil der Wähler wieder einmal gründlich an der Nase herumgeführt. Die Sozialdemokraten hatten es ausgezeichnet verstanden, ihre Stellung gegen die Sanierung zu verfestigen und die Wohnungsfürsorge als Hauptziel der Regierung aufgestellt. Die niederen Instinkte der Menschen kennend, haben sie gut gerechnet, denn es ist ihnen eine ganz stattliche Anzahl Wählerlicher auf diesen Wahlschlager herein gefallen. Mit der Behauptung, daß die Regierungsparteien, wenn sie unumschränkt zur Herrschaft kommen, den Mieterschutz beseitigen würden, d. h. freies Kündigungsrecht und mindestens 15.000fachen Friedens-

zins fordern würden, gelang es ihnen, viele Stimmen auch aus dem Lager ihrer Gegner zu ergattern.

Im Wiener Rathaus haben die Sozialdemokraten ihre fast uneingeschränkte Herrschaft auch nach den Wahlen, hauptsächlich als Verteidiger des sogenannten Mieterschutzes, behalten und wie sieht es mit diesen Schützern und Freunden des Mieterschutzes in Wirklichkeit aus? Eine Wohnbausteuer wurde eingeführt, die im Durchschnitt für eine normale Wohnung eines Beamten und Mittelständlers zirka 100.000 K pro Monat, für einen Arbeiter beiläufig 50.000 K ausmacht. Diese horrenden Wohnbausteuer wird logischerweise auch den Zustandhaltungszins gewaltig in die Höhe bringen. Somit gibt die sozialdemokratische verstaatlichte Gemeinde Wien selber das allgemeine Signal für das rasche Emporschnellen der Mietzinsse. Wir als Vertreter der Wohnungslosen, die den Mieterschutz von allem Anfang an als die Hauptursache unseres Elendes bezeichnet haben, müssen daher konsequenterweise für diesen ersten Abbau des Mieterschutzes den Wiener Sozialdemokraten unseren Dank aussprechen. In Wien dürfte bis Ende des Jahres der 15.000fache Friedenszins sicher erreicht, wenn nicht überschritten sein und dies haben dann einzig und allein die patentierten Mieterschutzfreunde getan.

Ähnlich ist auch die Auffassung der Wiener Rathausmajorität über die Kündigungsbeschränkung. Das Vorkriegsbauzinsgesetz bestimmt, daß für Häuser, die innerhalb einer gewissen Frist gebaut werden, der Mieterschutz nicht gelte. Diese gesetzlichen Bestimmungen benötigt die Gemeinde Wien, um in ihren neuverbauten Häusern nach Willkür die Mieter zu kündigen, also die Obdachlosigkeit zu vermehren. Beispiele hierfür können wir genügend anführen.

Was bleibt nun vom vielgerühmten „Schutz der Mieter“ noch übrig?

Die Lockerung des Mietengesetzes in der Tschechoslowakei.

Mit dem Gesetz vom 25. April 1924 wurden in der Tschechoslowakei einige immerhin wesentliche Lockerungen des Mietengesetzes vollzogen. Die wichtigste neue Bestimmung von einschneidender Bedeutung betrifft die großen Wohnungen. Im Falle eines Mieterwechsels werden Wohnungen, welche außer der Küche und den bewohnbaren Dienstbotenzimmern aus vier oder mehr Wohnräumen bestehen, nicht mehr dem Mietengesetz unterliegen. Eine weitere wichtige Bestimmung besteht darin, daß Mietern, wenn sie physische Personen sind und ein Vermögen von wenigstens einer Million Tschechenkronen besitzen oder wenn sie Gesellschaften sind mit wenigstens 15 Millionen Tschechenkronen, die Wohnungen und letzteren außerdem die Geschäftskontakte gekündigt werden können.

Alle Wohnungen, Betriebsstätten können im Falle eines Mieterwechsels um bestimmte Prozentsätze (20 bis 80) gesteigert werden. Eine weitere Steigerung um 20 Prozent des Mietzinses ist außerdem bei Wohnungen zulässig von fünf und mehr Wohnräumen, wenn die Zahl der die Wohnung bewohnenden erwachsenen Personen ohne Einrechnung der Dienstpersonen kleiner ist als die um eins verminderte Zahl der Wohnräume.

Einem Mieter, dem nach der letzten Vorschreibung die Einkommensteuer von einem steuerpflichtigen Einkommen von über 60.000 Tschechenkronen vorgeschrieben wurde, kann der Mietzins bis zu 120 Prozent des Grundmietzinses erhöht werden. Die Steueradministrationen sind verpflichtet, dem Gerichte auf Verfragen mitzuteilen, ob das steuerpflichtige Einkommen des Mieters nach der maßgebenden Vorschreibung obigen Betrag übersteigt oder nicht.

Dieses Gesetz ist bis 30. April 1925 befristet.

Dieser Abbau des Mietengesetzes in der Tschechoslowakei entspricht im wesentlichen einzelnen unserer Forderungen. Man möchte glauben, daß der Verein der Obdachlosen und Wohnungsjuchenden in Innsbruck unter

die staatliche Souveränität Böhmens fällt. Seit Jahren wird von uns ein stufenweiser Abbau des Wohnungszwangsgesetzes gefordert und die Regierung ist taub und blind und sieht nicht das entsetzliche Elend der Wohnungslosen. Entweder fehlt es bei uns an Verständnis oder an gutem Willen, wahrscheinlich an beidem.

Mietzinsse in den Vereinigten Staaten.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat, wie der New Yorker Korrespondent Virgil Jordan schreibt — so gut wie in den europäischen Ländern die Verwendung von Menschen und Materialien zu Kriegszwecken, ein starkes Zurückbleiben des verfügbaren Wohnraumes gegenüber der Nachfrage zur Folge gehabt. Im Verein mit der natürlichen Zunahme der Bevölkerung und den Bedürfnissen der Industrie, die von 1914 bis 1919 sich immerhin gesteigert hatten, hat dieses Minus zu einer erschreckenden Knappheit an Bauten und Wohnungen geführt. Das Baugewerbe in den Vereinigten Staaten hat daraufhin in den letzten drei Jahren sicher in weit stärkerem Umfang, als in den übrigen kriegsführenden Ländern versucht, das infolge des Krieges entstandene Manco auszugleichen, und so hat besonders in den Jahren 1922 und 1923 die Bautätigkeit beispiellosen Umfang angenommen; wenn sie auch seither etwas nachgelassen hat, so ist doch auf längere Zeit hinaus die Aussicht auf gute Beschäftigung im Baugewerbe gegeben. Dabei sind die Baukosten um rund 100 Prozent höher als vor zehn Jahren.

Die erstaunlichste Feststellung an der ganzen Entwicklung der letzten zwei Jahre ist, daß trotz der überaus starken Bautätigkeit, die auch noch anzuhalten scheint, für die große Masse der wohnungssuchenden Amerikaner mit geringerem oder mittlerem Einkommen nicht eben viel neuer Wohnraum geschaffen zu sein scheint. Die Mieten sind auch heute noch, wie in den letzten zehn Jahren der große Alpdruck, unter dem der amerikanischen Arbeiter, der Büroangestellte und ähnlich gestellte Großstadtbewohner zu leben hat.

Unter diesen Umständen ist seit Kriegsende der Posten für Miete im Haushalt ständig im Steigen gewesen. Im November 1918 beanspruchte die Miete nur 12,8 Prozent des Familienbudgets, im März 1924 jedoch volle 20 Prozent.

Aus den vorstehenden Ausführungen des Amerikaners sehen wir deutlich, daß auch über dem Wasser das Wohnungswesen ein ernstes soziales Problem darstellt. Ein Kräftefeld des Einkommens wird drüber im Durchschnitt für die Wohnung verwendet. So ähnlich waren auch die Verhältnisse bei uns vor dem Kriege und die Wohnungsnot in Amerika dürfte jetzt die gleiche sein, wie sie in Europa vor Ausbruch des Krieges geherrscht hat.

Wohnungsnot auch in New-York?

Nach den amerikanischen Blättern befinden sich zur Zeit in New-York über 50.000 Personen, die keine Wohnung haben. Die Obdachlosen sind zum Teil bei Verwandten und Bekannten untergebracht, während ein anderer Teil bei Mutter Grün sein Unterkommen sucht und selbst auf den Dächern der Häuser kampiert. So die amerikanischen Blätter. — Wir müssen dazu bemerken, daß da von einer Wohnungsnot eigentlich nicht zu sprechen ist. New-York hat eine Einwohnerzahl von 6.000.000, es kommt daher auf 120 Menschen ein Wohnungsloser. Wenn man dabei noch bedenkt, daß die riesenweitläufige New-Yorker allerlei lichtfeines Gesindel und zahllose Abenteuerer beherbergt und von den wohnungslosen Personen ein Großteil bei Verwandten und Bekannten untergebracht ist, so sind diese Wohnungsverhältnisse für eine Großstadt im allgemeinen nur normale.

In Innsbruck fallen auf je fünf bis sechs Personen, in Wien auf je zehn Personen und in Graz auf je 35 Personen ein Wohnungsloser.

Die Wohnungsnot behoben.

Die einfachste Lösung.

Dieses sensationelle Ereignis bedarf einer einleitenden Bemerkung! Kürzlich war ich Zeuge einer eigenartigen Szene. Eine dreiköpfige Familie lenkte zwei nebeneinander stehende Ruhebänke einer öffentlichen Anlage als Nachtlager. Von einem Wachmann aufgefordert, erzählte der Mann, er sei krank in der Nervenklinik gelegen, da kam seine Frau samt dem Kinde weinend ins Spital und teilte mit, daß sie nun wirklich — was schon lange drohte, deliriert worden seien. Die Möbel ständen auf der Straße. Der Mann nahm sofort im Spital seine Entlassung; nach vieler Mühe hätte er seine Möbel untergebracht und nun habe er mit Frau und Kind in Ermangelung einer Unterkunft und aus Mitleidigkeit die zwei Ruhebänke als Schlafstätte aufgesucht. „Was hätten wir sonst tun können?“ frug er den Wachmann.

Der Wachmann schüttelte lange den Kopf, brummte etwas in den Bart und — ging fort.

Eine große Idee durchzuckte mein Gehirn. Das war die ansichtsreichste Lösung zur radikalsten Behebung der Wohnungsnot, wenn man die öffentlichen Anlagen entsprechend und planmäßig auswertet und ein weitverbreitetes System von Ruhebänken schafft.

Für Wohnbauten ist bekanntlich weit und breit, man mag in politischer oder geographischer Richtung links oder rechts blicken, kein Geld vorhanden. Man muß also

sein Ziel sozusagen von hinten herum erreichen, in der Form einer Gründung einer Aktiengesellschaft. In einem grandiosen Flugblatt und entsprechend ausgestatteten Plakaten wird zur Gründung einer Ruhebank-Errichtungs- und Verwertungs-Aktiengesellschaft (abgekürzt Ruhebag) aufgerufen, der sich öffentliche Körperschaften und private Kapitalisten anzuschließen hätten. Diese Gesellschaft errichtet nicht nur in allen öffentlichen Anlagen, sondern auch an allen Straßenecken Hunderte von Ruhebänken in verschiedenen Dimensionen und Ausstattungen. Man versteht sie insbesondere mit Schutzvorrichtungen gegen Wind und Wetter. Diese Schutzvorrichtungen müssen zusammenklappbar sein nach dem System „Ein Griff, ein Bett“ und bei Tage unsichtbar gemacht werden können.

Ist man einmal so weit, dann ist die Lösung der Wohnungsfrage auf dem besten Wege und nur mehr eine Frage der Organisation. Am Tage repräsentiert sich die Stadt als ein Paradies für duhebedürftige Fremde und Einheimische, die sich zu jeder Stunde irgendwo hinsetzen können. Man freut sich allenthalben über diese Bequemlichkeit und lobt die Gründung der „Ruhebag“. Klückt aber die Nacht heran, dann ändert sich das Bild und die Ruhebänke erfüllen ihren eigentlichen Zweck.

Die vom Wohnungsamt systematisch und auf Grund eines wissenschaftlichen Planes unter Beobachtung auf alle obwaltenden Umstände den Wohnungslosen zugewiesenen Ruhebänke bevölkern sich. Die Familien kommen und nun zeigen sich die verschiedenen Dimensionen

und Einrichtungen in ihrer praktischen Verwendbarkeit. Man kann auch noch transportable Zwischenwände zur Wahrung der Sittlichkeit anbringen, auch elektrische Heizkörper wie bei der Straßenbahn kann man für den Fall übler Witterung unter den Bänken anbringen, obwohl eine solche Einrichtung die Möglichkeit der Ausnützung des Raumes unter den Bänken für Altermieter unterbindet. Uebrigens bleibt immer noch der privaten Ausgestaltung der Ruhebank-Unterkünfte ein weites Feld offen.

Die an der Aktiengesellschaft beteiligten Körperschaften und Kapitalisten werden hohe Dividenden beziehen, denn kein Häuserbau wird ihrem Unternehmen Konkurrenz machen können. Die Vorteile der Billigkeit und der Anspruchslosigkeit sind verbunden mit der Möglichkeit einer unbegrenzten Ausdehnung des modernen Unterkunfts-systems.

Jahrelang hat man sich über die Lösung der Wohnungsfrage die geschicktesten Köpfe zerbrochen und soziale Abhandlungen geschrieben. Das Mieterschutzgesetz ist dann kein Kampfbjekt mehr. Diese einfache Lösung hebt alle Gegenstände auf. Auf diese einfache Lösung hat mich ein delogierter nerventranker Familienvater und ein achselzuckender Wachmann gebracht, als ich einmal nachts durch eine Parlanlage schlenderte. Hoffentlich schlägt die Idee ein, ich verlange kein Denkmal für meine Verdienste um die Lösung der Wohnungsfrage. Höchstens nehme ich ein paar Gratifikationen der „Ruhebag“. **Marat.**

Elendsbilder aus Innsbrucker Wohnungsbeziehungen.

Ständig auf der Wanderung.

Familie F. fährt von Ort zu Ort, um ein Unterkommen für die Nacht zu finden. Bei Tag ist sie stets im wahrsten Sinne des Wortes auf der Straße. Die Karrerleute haben wenigstens einen Wagen, aber auch der fehlt dieser Familie.

Zusammengepfercht wie Heringe.

Marie M. wohnt mit fünf Kindern in einem elenden Barackenraum. Sie und die Kinder sind infolge der ständigen Feuchtigkeit fortwährend krank.

Familie N. bewohnt bei ihrem Schwager in der Tempelstraße ein Zimmer. In diesem und der Küche, welche Räume die ganze Wohnung ausmachen, wohnen außer der Familie N. mit drei Personen noch vier erwachsene Personen. Frau N. kommt im Herbst ins Wochenbett.

Die Wohnung im Henstahl.

Witwe A., deren Mann vor kurzer Zeit gestorben ist, lebt mit ihrer Tochter vollständig mittellos in einem Henstahl in Hötting. Da der Bauer denselben jetzt selbst für sein Heu braucht, weil die Tiere, für die das Heu gehört, wertvoller sind als die Menschen, verliert sie auch diese Notunterkunft.

Auf die Straße gestochen.

Christian B. ist seit 19. Mai delogiert und steht seit dieser Zeit obdachlos auf der Straße. Er schläft teils an seiner Arbeitsstätte, teils bei Kollegen.

Frau Anna G. mit einer Familie von sechs Personen wohnt in zwei kleinen Zimmern und steht vor der Delogierung, ohne Aussicht, ein anderes Unterkommen zu finden. Was soll die Frau mit ihren Kindern tun, von denen einige krank sind?

Das Pradler Garnisonsspital

wurde im Vorjahre für Wohnzwecke umgebaut und im Febrer von zirka 20 Familien bezogen. Die anfängliche Begeisterung und Freude der Glücklichen, die nach heilem Kampfe im Garnisonsspital eingezogen sind, ist bei einem Großteil bereits verfliegen. Die großen Fenster und die für ein Spital eben notwendige Zimmerhöhe verschlingen zur Beheizung enorme Summen, ohne daß eine gemüßliche Wärme erzielt wird. Besonders schwer sind zwei Familien A. und B. dadurch betroffen, daß die Zimmerbede nur eine ganz dünne Terrasse ist und die beiden Familien im Winter keine höhere Temperatur erzielen konnten, als höchstens 5 Grad Celsius. Die eine der beiden genannten Familien hatte vorher durch 6 Jahre in einer Kellerwohnung enfschlich haufen müssen. Bei der anderen Familie wurde die Frau schwer leidend.

Mitteilungen.

Unsere Aktion: Kranke Frauen und Kinder von Obdachlosen aufs Land

hat bisher, da die Sammelaktion günstig vorwärts schreitet, schöne Früchte gezeitigt. Die Aktion wird fortgesetzt. Bis zum 27. Juli wurde durch die Aktion 9 Frauen und 12 Kindern ein Landaufenthalt ermöglicht, und zwar:

- Arbeiterfrau St., unterleibsleidend, nach Rißbüchel K 600.000
- Bahnarbeiterfrau Sch. mit zwei Kindern nach schwerer Operation der Frau und langer Spitalbehandlung der Kinder nach Leogang K 1.200.000
- Frau De., deren Mann seit Jahren gelähmt und vollkommen arbeitsunfähig ist, mit einem blutarmen, unterernährten Kinde nach Götzens K 1.200.000
- Sohn und Tochter der Kriegswitwe G., beide lungenkrank, nach Anholz in Südtirol K 1.000.000
- Arbeiterfrau Sch., drei blutarme Kinder, Mühlau K 1.100.000
- Arbeiterfrau H., mit einem unterernährten, blutarmen Kinde nach Matrie i. Osttirol K 1.100.000
- Frau Sp., unterleibsleidend, Dostal K 600.000
- Bäckergehilfensgattin M., mit einem Kinde, schwerer Herzfehler, nach Dölsach K 1.000.000
- Fam. A. mit sechs Kindern, alles krank in im Waggon, nach Dölsach K 1.000.000
- An Unterstützungen für schuldlos delogierte und sonst durch die Wohnungsnot ins Elend geratene Familien wurden durch uns verteilt:
- Frau A. mit einem Kinde, obdachlos, Mann plötzlich gestorben K 100.000
- Kriegswitwe B. mit zwei Kindern, eines kürzlich gestorben, gänzlich verarmt K 400.000
- Frau M., eine Puherin mit drei Kindern, obdachlos gewesen K 600.000
- Frau A. mit sechs Kindern, alles krank in einem Raum zusammengepfercht K 600.000
- Frau B. mit fünf Kindern, lange Zeit obdachlos gewesen K 800.000
- 19 Familien mit Beträgen unter 100.000 K geholfen, worüber genaue Aufzeichnungen vorliegen, zusammen K 1.150.000

Zu unserer Aktion: „Kranke und bedürftige Kinder von Obdachlosen aufs Land“ schreibt der „Tiroler Waffl“: „Das war einmal ein guter Gedanke. Aber ob ihm auch Erfolg winkt? Es ist doch wirklich sonderbar,

daß noch heute unausgesetzt Kinder aus Bayern nach Tirol zu kostenlosem Aufenthalt genommen werden. Die Zeit des größten Elends ist, namentlich in den Agrarstaaten da draußen im Reiche, jetzt vorbei und es wäre an der Zeit, der Kollektenden im eigenen Lande zu denken. Und derer gibt es viel mehr, als es die Veranstalter dieser politisch durchhauchten Hilfsaktion auch nur zu ahnen scheinen. Ob sich wohl für diese einheimischen Hilfsbedürftigen auch so viele gute Seelen finden, die unermüßlich für kostenlose Aufnahme am Lande arbeiten?“

Kanzleistunden beim Obdachlosenverein Innsbrud. Im Monat August ist die Kanzlei, Rennweg Nr. 6, täglich von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr 30 Minuten nachmittags für den Parteienverkehr geöffnet.

Wann kann gekündigt werden? Nach § 19 des Anforderungsgesetzes kann überhaupt nicht gekündigt werden, sondern es kann nur, wenn es sich um angeforderte und den Parteien zugewiesene Räume handelt, nach § 27 Anf.-Ges. der Räumungsauftrag seitens des Wohnungsamtes ausgestellt werden. Kündigungen sind bezüglich nicht angeforderter Wohnungen möglich nach § 19 des Mietengesetzes; es bestehen keinerlei Verordnungen, welche den § 19 des Mietengesetzes geändert hätten.

Auswanderung. In diesem Monat geht bereits unter Führung des Herrn Inspektors Thurner eine kleine Auswanderertruppe (20 Personen) auf Grund eines genau durchgearbeiteten Projektes nach Brasilien ab.

Aus der Bodenreformbewegung. Max Herzog zu Sachsen, der bekanntlich katholischer Theologie-Professor ist, sprach vor kurzem über „Lebenserneuerung“ im „Verein für Christliche Volksbildung“ in Linz. In diesem Vortrag hat er nicht nur die äußeren Erscheinungen des Lebensverfalls bekämpft, sondern ist mit der stillen Kraft, die vielfach eine Stärke gerade der katholischen Geistlichkeit ist, auch bis zu den tiefsten Quellen hinabgestiegen. Die „Linzener Tagespost“ berichtet: „Dem süßen Wohnungswesen und dessen schädlichen Folgen widmete der Redner eine ausführliche Besprechung und bekannte sich als Anhänger der Bodenreform Damaskus“.

Freies Spiel der Kräfte, Auswanderung und Bodenreform. In dem bedeutsamen Aufsatz von Jos. Rob. Breiter: „Volkswirtschaft, Arbeitswissenschaft und Bodenreform“ in Heft 2 des „Jahrbuchs der Bodenreform“ finden wir zu diesen Fragen Ausführungen, von denen wir wenigstens noch ein Wort auch an dieser Stelle wiedergeben wollen: „Wir alle kennen das so oft gebrauchte Wort vom „freien Spiel der Kräfte“. Dieses Wort führten unsere deutschen Wirtschaftsführer bei ihren Kämpfen gegen die Zwangswirtschaft und gegen Sozialisierungsbemühungen dauernd im Munde. Das Wort in dieser Fassung ist falsch. Wir Bodenreformer wollen es nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit umformen in: „das Spiel der freien Kräfte“. Es bedarf nur der Umstellung eines einzigen Wortes, um zu erkennen, daß im Vertrauen auf die Gedankenlosigkeit der Massen mit diesem Wort bisher ein frivoles Spiel getrieben wurde. . .

— Erfüllung der bodenreformistischen Forderungen macht die Kräfte im Volke auf der ganzen Linie frei; sie löst diese freien Kräfte zum Ringen miteinander aus. Nicht länger braucht in der Stadt zu frönen, wem die eigene Scholle winkt. Kein bequemeres, aber ein freies Leben bietet sie jedem Menschen, der arbeiten will. — Unzählige Menschen wandern heute aus. Wir haben sie großgezogen; sie haben die Einrichtungen des Staates in Anspruch genommen, haben sich Schul- und Fachkenntnisse angeeignet und ziehen jetzt zu Hunderttausenden übers Meer! Es wiederholt sich das Trauerspiel der deutschen Vergangenheit. All diesen Menschen bietet das Ausland nichts Besseres, als Deutschland ihnen zu bieten vermöchte, wenn wir dem Einzelnen ein Recht auf Arbeitsland gewährten!“

Briefkasten.

Mehrere Anfragen. Die Wohnungszinse im adeligen Damenstift in Innsbrud entsprechen heute der vollen Goldparität, aber gesetzlich hat die Stiftsverwaltung hierzu das Recht. Wenn Frau D. eine Million im Monat für zwei Zimmer bezahlen muß, so sind wir jederzeit bereit, dieses krasse Mißverhältnis von Wohnungszins und Einkommen in schärfster Weise gegen jedermann zu vertreten. Aber nicht demagogisch, wie dies bis jetzt von gewisser Seite geschehen ist. Wenn heute ein Bahnwächter mehr Gehalt als der Eisenbahnminister beziehen würde, so wäre ein Schimpfen auf den Bahnwächter demagogisch und gemein. Man könnte nur gegen eine Regierung, die so etwas bewilligt, losziehen. In diesem Falle muß man also gegen das Mietengesetz scharf Stellung nehmen, weil es gewisse Häuser außerhalb des Gesetzes stellt, wofür eigentlich gar kein logischer Grund vorhanden ist. Es ist demagogisch, auf Landesregierung und Stiftsverwaltung loszugehen. Also bitte, das Kind immer hübsch beim richtigen Namen nennen!

Auswanderer Landed. Prospekte erscheinen erst Ende August. Nichts überstürzen!

Verein der Obdachlosen in Bludenz. Der Expresbrief ist am Samstag abends hier eingetroffen. Ein Kommen daher am Sonntag vormittags nach Dornbirn war unmöglich. Brief abgegangen.

Wohnungsflüchtlinge in Wien. Antwort auf unsere Schreiben vom 4. und 18. Juli ist noch ausständig. Wir bitten um baldigste Erledigung, da die Zeit schon sehr vorgeschritten ist.

Grazer Mieterschutz. Der Leitartikel in Folge 30 vom 26. Juli befaßt sich, wahrscheinlich in Ermangelung von genügend anderem Stoff, zu unserem größten Erstaunen wieder mit uns. Wir haben schon erklärt, daß für uns ein Zusammenarbeiten nicht mehr möglich ist, daher lassen wir uns auch konsequenterweise in keine Polemik mehr ein. Auf alle nun vielleicht noch folgenden Artikel wird nicht mehr reagiert.

Prof. R.; G. W.; A. L.; A. F.; M. A.; F. F.; Dr. G. B.; Oberst L. D., sämtliche Graz. Zuschrift erhalten. Wir ersuchen um Geduld; wir gehen zähe und konsequent unseren Weg. Der uns kennt, weiß, daß Dange machen hier unbekannt ist.

Hausbesitzer Franz G. Der Ausgleichsfonds bedeutet nach unserer Auffassung in der Breitenerschen Auslegung eine weitere Verfleischung der völlig bankrotten heutigen Wohnungspolitik. So lange die Mietengesetze in Kraft sind, ist eine gleichmäßige Verteilung der Instandhaltungskosten der Häuser auf die Gesamtbevölkerung und alle Häuser natürlich. Der Reformverband der Wiener Hausbesitzerschaft hat über den Ausgleichsfonds folgende Auffassung: „Der „Ausgleichsfonds“ ist eine alte Idee derer um Gerhold; es ist klar, daß ein Haus mit hohem Grundwerte (z. B. am Stephansplatz in Wien) und dementsprechend hohen Mietzinsen für den Fall einer allgemeinen Erhöhung des Instandhaltungszinses etwa auf das Tausendfache auch für den Grund Instandhaltungszins bekommen würde (!), Summen, die es nicht aufbrauchen kann, die jedoch nach dem Gesetz durchaus nicht Eigentum des betreffenden Hausbesitzers werden; hingegen kann ein altes, schwer krankes Haus mit Kleinwohnungen und niedrigem Grundwerte und diesem Umfange entsprechend kleinen Mietzinsen selbst mit einem, über den allgemein erhöhten Instandhaltungszins weit hinausgehenden Betrag nicht auskommen — die Mieter dort müßten über ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinaus, zumal auch im Inder für solche Einzelfälle keine Deckung gefunden werden kann, belastet werden! Ist das eine Ungeheuerlichkeit: Summen, die dort tot liegen würden (sofern sie das dortige Haus nicht selbst benötigt) dem Hause hier zukommen zu lassen? — Und bleibt der Mieter hier nicht zahlungssträtiger zugunsten des Hausbesitzers, wenn er auf solche Weise geschont wird, ohne daß dem Hausbesitzer dort etwas entzogen wird? Dieser Ausgleich muß doch gerade dort tot liegen würden (sofern sie das dortige Haus besitzer will von einem Ausgleichsfonds überhaupt nichts wissen. Wir sehen also, daß die Hausbesitzer selbst durch ihre verschiedenen Verbände keine einheitlichen Richtlinien für ihre Forderungen haben.“

Spenden für den Obdachlosen-Verein.

- Stadtrat Hall 100.000 Kr.; Dr. Holznecht 50.000; Dr. A. Weber 100.000; Dr. J. Substiedl 100.000; Dr. A. Steinbrecher 100.000; Dr. A. Zach 100.000; Dr. A. Höchhager 100.000; Gottfried Moser 20.000; Heinz Harting, Telfs, 100.000; Josef Mader, Telfs, 5000; Hans Söpperger 50.000; Ubele Fria, Telfs, 20.000; Engel-Apotheker, Telfs, 50.000; August Haas, Telfs, 50.000; Leopold Bissinger 20.000; Joh. Seif, Telfs, 30.000; Joh. Wottawa, Telfs, 10.000; Danziger Pfaffenhofen, 20.000; Gaihof Hadl, Pfaffenhofen, 10.000; Neukomm & Cattaneo 200.000; Jos. Siller, Briglegg, 30.000; Catholic Grailspiz 100.000; Hans Kirchlechner 10.000; Peter Sagmeister 15.000; Jos. Kofener 10.000; M. Kalschmid 100.000; Georg Kögl 20.000; Handels- und Gendebank 100.000; Franz Baitl 10.000; Gemeinde Rißbüchel 100.000; Nikolaus Leis 100.000; Jos. Culek 30.000; Dr. v. Hohenmarch 10.000; Alois Vogl 50.000; Gemeinde St. Johann i. T. 100.000; Anton Baigar 40.000; Andreas-Hofer-Apotheker 10.000; Cerafin Widmann 100.000; Franz Gruschka 40.000; H. G. Floßmann 50.000; J. Bittscheider 50.000; R. Raffig 150.000; Hans Dbl 30.000; A. Rauch, Mehlwiederlage, 150.000; Hans Munding 150.000; Wallpach-Schwanefeld 10.000; R. Stockhammer 50.000; Reumair 100.000; Ungenannt 10.000; Karl A. Senfischel 100.000; Otto Kohlberger 50.000; Dr. Eugen Paul 100.000; Rud. Schögl 50.000; Art. Wallinger 50.000; Ed. Mühlreiter 40.000; Dr. Gruber 50.000; Hanni Weiß 5000; Viktor Slop 50.000; Wessely, Schwaz, 10.000; M. Biegeleben 50.000; Gebr. Gung 100.000; A. M. Erhart 80.000; Frz. Schüh 100.000; Heinz Huber 100.000; Hans Sieß & Sohn 100.000; Vinzenz Leng 20.000; Johann Grassl, Landeck, 100.000; Stadlapotheke Mariahilf 50.000; Dr. Dabl, Landeck, 50.000; Landecker Buchdruckerei 50.000; Throlla Landeck 50.000; Spar- und Verschuhverein 100.000; Joh. Weißkopf 100.000; Maria Schrott 50.000; Dr. E. Rosler 10.000; Dr. V. Wassermaun 100.000; Dr. Wfr. Groß 100.000; Glasmalerei & Siccun 1.000.000; Dr. Frz. Wörle 100.000; Dr. Othm. Greipel 50.000; Dr. Othm. Aschberger 100.000; Dr. Otto Hämerle 50.000; Dr. Karl Loewit 100.000; M. H. Dr. A. Finger 100.000; Dr. Frz. Pfeiler 100.000; Dr. Louis Mayr 100.000; Dr. Paul Kühne 50.000; Prof. Dr. Herrenschwand 100.000; Dr. Treitner 30.000; Dr. Hans Benin 50.000; Dr. Rich. Maritschnigg 51.000; Dr. Laffenau 50.000; Dr. Löffler 100.000; Dr. Dietrich 100.000; Dr. Friedrich 20.000; Dr. Gugler 100.000; Dr. Jörg 50.000; Dr. Hg 100.000; Dr. Lehndorff 100.000; Dr. Mayr 100.000; Parramt Ehrwald 10.000; Marie Hosp. Ehrwald, 15.000; Adalbert Baader, Ehrwald, 10.000; Lekner Max, Ehrwald, 20.000; Dr. Vandzauer, Ehrwald, 50.000; Marie Baader, Ehrwald, 30.000; Hans Gruber, Ruffstein, 20.000; Anton Gruber, Ruffstein, 20.000; Hans Bierchenhaller 20.000; Hotelbetriebe Auracher 100.000; Geif, Ruffstein, 30.000; Jangenseid, Ruffstein, 10.000; Mich. Egger, Ruffstein, 100.000; Jakob Gerber, Ruffstein, 30.000; Sogl, Ruffstein, 10.000; Weiß, Ruffstein, 20.000; Dachsbichler, Ruffstein, 40.000; Pirls & Co., Ruffstein, 100.000; Landeshauptmann Dr. Peer 200.000; Weyrer Lodenfabrik 100.000 Kronen.

Allen hochherzigen Spendern im Namen der Sache, die wir vertreten, den wärmsten Dank. Wir bitten, auch in Zukunft die gute Sache nicht zu vergessen. Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden, Innsbrud.

Installationen von Hotels, Sanatorien, Zinshäusern und Villen

Tempelstraße
5
Telephon Nr. 453

Haller & Ortner in Innsbruck

Haymongasse
4
Telephon Nr. 453

Hochdruckwasserleitungen, großes Lager in Gas- und Kohlenbadeöfen sowie Badewannen und Spültischen

Foncière

Gegründet 1864

Allgemeine Versicherungs-Anstalt
Direktion Wien

Repräsentanz für Tirol:
Innsbruck
Adamgasse 9, 2. Stock

Lebens-, Feuer-, Einbruch-, Haftpflicht-,
Unfall-, Glasbruch-, Transport-, Valoren-,
Hagel-Versicherungen

Original „Weck“

Einkochapparate, Gläser und Ringe

eingetroffen!

ALOIS BAYR

Porzellan-, Glas- und Steingut-Lager
INNSBRUCK

derzeit: Schlossergasse Nr. 4

Franz Kronlachner

Lebensmittel-Einkaufsstelle
für Obdachlose

Innsbruck

Saspingerstraße 16, gegenüber der
Volksschule Haltestelle Fischergasse
gibt allen Obdachlosen auf Mitgliedskarte

10% Rabatt!!

Beste, billigste
und bequemste Einkaufsstelle
für Fremde und Einheimische!

Warenhaus

Bauer-Schwarz

Innsbruck, Maria-Theresien-Straße 33-35
Gegründet 1868 * Telephon Nr. 199

Größtes Kaufhaus der Stadt

On parle française Si parla italiano
English spoken

Achtung

Arbeiter und Arbeiterinnen

Achtung

Wegen vorgeschrittener Saison bin ich imstande, folgende Waren zu tiefreduzierten Preisen, solange der Vorrat reicht, wie folgt zu verkaufen:

- Oxford 14.500 — 16.500
- Zephyre 16.000 — 29.000
- Kratonne, hochprima 16.500
- Kleiderstoffe, doppelb. 29.500

Arbeiterhosen, Damenstrümpfe, Socken, Decken,
Baumwollgarne, fertige Dirndl für Kinder,
alles zu billigsten Preisen!

Maria Fritz, Leopoldstr. 35, Innsbruck

Elektra



TIROLER ELEKTRO
INNSBRUCK
ANDREAS HOFERSTR. 24

In Ihrem eigenen Interesse
sollen Sie einen Versuch
machen: Billigste, reellste
Einkaufsstelle für

Uhren

jeder Art, Eheringe u. Stein-
ringe, Brillen, Zwicker,
Schutzbrillen, Thermo-
meter, Barometer, sämtl.
Reparaturen schnell, gut,
billig (Barometer neu auf-
richten).

F. Neißl senior, Schwarz

Franz-Josef-Straße 111
Handelsschulgebäude
Optiker und Uhrmacher,
Gold- und Silberwaren.



Kleine Anzeigen!

Wohnungstausch!

Zwei Zimmer im neuen
Eisenbahnerhaus in Inns-
bruck, Knollerstraße, gegen
eine gleichwertige Wohnung
mit einem Genossenschafts-
mitglied gesucht.



Kauft Lose

der großen Effektenlotterie
des Obdachlosen-Vereines

Preis pro Los 10.000 Kronen

Zu beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines in Innsbruck, Rennweg Nr. 6.

Bei Abnahme von 10 Losen 1 Los gratis, bei Abnahme von 50 Losen 10 Lose gratis, bei Abnahme von 100 Losen 20 Lose gratis.

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck

Ecke Erlar- und Museumstraße

Filialen: Kitzbühel — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.

Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.

Einheimisches Geldinstitut

Der Obdachlose

und Wohnungsuchende

Schriftleitung und Verwaltung:
Innsbruck, Rennweg Nummer 6
Inserate nach Tarif //

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 16

Innsbruck, 15. August 1924

Erscheint 14 tägig

Man lerne!

Die dringend notwendige Reform in der heutigen Wohnungspolitik.

Keines der vielen bestehenden Gesetze ist so reformbedürftig wie das heutige Mietenschutzgesetz. Seit Jahr und Tag wird über die Reform der heutigen Wohnungspolitik geschrieben und gesprochen, aber geändert wird nichts. Dafür werden aber die Schäden, die dieses Zwangsgesetz für die Gesamtbevölkerung und für das Wirtschaftsleben, im besonderen aber für die Wohnungslosen mit sich bringt, immer größer und schrecklicher. Private, Vereinigungen, Körperschaften aller Interessengruppen beschäftigen sich mit der großen sozialen Frage des Wohnungswesens, nur die höchste gesetzliche Körperschaft, der Nationalrat, schweigt sich darüber gründlich aus. Dessen ungeachtet hat sich die Erkenntnis allgemein Bahn gebrochen, daß die heutigen Zustände es gebieterisch erheischen, mit dem letzten Kriegsnotgesetz langsam aufzuräumen. Leider ist auch diese menschliche und rein wirtschaftliche Frage in das politische Parteileben hineingezerrt und eben aus diesem Grunde sind die Wege zu einer gründlichen Vereinigung des Wohnungswesens mit allen möglichen politischen Schwierigkeiten und Dogmen verrammelt. Dank der demagogischen Auswirkung dieser rein volkswirtschaftlichen Angelegenheit stehen wir in Oesterreich mit unseren Mietengesetzen in ganz Europa vollständig isoliert da. Kein Staat, kein Balkanvolk, hat so hundsmiserable Mietenschutzgesetze, wie Oesterreich, welches nicht nur ein Raub an den Hausbesitzern und ein Verbrechen an den Wohnungsuchenden ist, sondern auch keinen Schutz den Mietern gibt.

Wohl ist schon ein Großteil der Bevölkerung von der Notwendigkeit durchdrungen, einen stufenweisen Abbau der Zwangswirtschaft vorzunehmen, aber ebenso sicher ist das Mißtrauen gegen unser Abgeordnetenhaus vorhanden, daß ohne nötigen Nachdruck von Seiten der durch diese Gesetze am meisten Geschädigten nichts geschehen wird.

Wer ist geschädigt? Alle! Die bestehenden großen Gegensätze in der Wohnungsfrage zwischen Mieter und Vermieter, dann die oft herrschende gegenseitige Verbitterung lassen sehr einseitige und voreingenommene Stellungnahmen seitens der einzelnen Parteien erwarten, weshalb es fast unmöglich erscheint, zu einer glücklichen Lösung der Frage zu gelangen. Es wäre jedenfalls für Mieter wie Vermieter von entscheidendem Vorteil, wenn zwischen den Mieterschutz-, Hausbesitzer- und Obdachlosen-Organisationen Verhandlungen stattfinden würden, um auf Grund des Resultats der Verhandlungen dem Nationalrat und der Regierung zwei entscheidende Vorschläge machen zu können.

Bei Verfassung von neuen Wohnungsgesetzen sollen folgende Grundsätze zur Anwendung kommen:

1. Auflassung aller bisher erschienenen Ausnahmeverordnungen und Gesetze und Inkraftsetzung der vor dem Kriege bestehenden Gesetzbestimmungen, bei Festsetzung der notwendigen Uebergangsbestimmungen, insbesondere betreffend das Kündigungsrecht.

2. Die finanziell Schwachen haben für Wohnungen nur einen Mietzins von 10 bis 15 Prozent ihres Gesamteinkommens zu entrichten und sind für sie noch besondere Ausnahmeverfügungen zu treffen. Für die übrigen Personen ist der Mietzins im gegenseitigen freien Einvernehmen zwischen Mieter und Vermieter festzusetzen.

3. Damit die einzelnen Hauseigentümer, welche den in Punkt 2 bezeichneten bevorzugten Personen, Wohnungen zu einem niedrigeren als den orts-

Fremdenverkehr und Wohnungsnot.

Ein Martyrium zwischen Untermieter und Hauptpartei.

Die Wohnung in der Leichenkammer. — Elendsbilder.

üblichen Zins vermieten müssen, nicht Schaden erleiden, haben die den vollen Ortszins beziehenden Hausherrn jenen die entsprechende Vergütung zu leisten.

Diese Grundsätze sind gerecht und sowohl für Mieter als Vermieter wohlmeinend, müssen daher jeden Einsichtsvollen befriedigen. Zwischen Hauseigentümern und Bewohnern aber wird dauernder Friede herrschen.

Wir Wohnungslosen wollen keinen unvernünftigen Abbau der Mietengesetze, wir wollen nicht an Stelle dieses laudummen Gesetzes ein genau so minderwertiges setzen, sondern verlangen, daß alle Berufenen, das sind alle wirtschaftlichen Faktoren im Verein mit der Hausbesitzerenschaft, den Wohnungslosen und den Mietern, zur gründlichen Reform der heutigen Wohnungspolitik zusammentreten.

Der Antrag der christlichsozialen Nationalräte.

Knapp vor Schluß der heutigen Session des Abgeordnetenhauses brachten die Nationalräte Kollmann, Reiner und Fink, sämtliche der christlichsozialen Partei angehörig, einen Antrag auf Abbau, bezw. Aenderung des gegenwärtig bestehenden Mietenschutzgesetzes ein. In der Hauptsache sieht dieser Antrag eine bedeutende Erhöhung der Mietzinse vor. In dem diesbezüglichen Motivenbericht, der dem Antrag beigefügt wurde, wird von der Entwertung der Rente, bezw. von dem erhöhten unbezahlten Aufwand in Wohnungsfragen, von der Degradierung des Hausherrn zum Sklaven des Mieters gesprochen, um zu dem Schluß zu kommen, daß die von den Antragstellern angeregte Reform des Mietengesetzes durchaus den Ansprüchen der Vernunft und der sachlichen Notwendigkeit entspräche. Der Gesetzentwurf stellt gleich eingangs fest, daß der gesetzliche Mietzins aus den Hauptmietzinsen in der Höhe des tausendfachen Jahresmietzinses für 1924 zu bestehen haben wird. Dieser ist auf Grund des Mietzinses zu ermitteln, der am 1. August 1914 vereinbart war. Dazu kommen noch die entsprechenden Anteile an den Betriebskosten (Rauchfangkehrergebühren, Kanalaräumung, Wassersteuer usw.), weiters die entsprechenden Anteile an den tausenden öffentlichen Abgaben usw. Dieser Mietzins gebührt dem Vermieter vom 1. Nov. 1924 an und erhöht sich

am 1. Februar 1925 auf das Zweitausendfache,
am 1. August 1925 auf das Dreitausendfache,
am 1. Februar 1926 auf das Viertausendfache,
am 1. August 1926 auf das Fünftausendfache

und
am 1. Februar 1927 auf das Sechstausendfache des im Jahre 1914 gezahlten Jahresmietzinses.

Die Christlichsozialen haben im vergangenen Jahre ehrlich und offen nicht nur den Hausbesitzern, sondern auch uns Wohnungslosen das Versprechen gegeben, daß mit der unglückseligen bisherigen Wohnungspolitik gebrochen werden muß. Nicht nur die Hauseigentümer leiden unter diesem Gesetz so schrecklich, sondern auch alle jene Familien, die auf eine eigene Wohnung warten — und dies vergeblich. Wenn diese Zwangsgesetze, die sich nicht einmal die Hottentotten und Botokuden auf die Dauer gefallen ließen, nicht bald verschwinden,

werden auch die ganze Volkswirtschaft und die damit verbundene Arbeitslosigkeit überhaupt nie in ein normales Gleichgewicht kommen.

Die Christlichsozialen haben die ganze Zeit der parlamentarischen Tätigkeit seit den Neuwahlen verstreichen lassen, ohne über das Kapitel „Wohnungswirtschaft“ überhaupt nur ein Wort zu verlieren. Erst knapp vor den Ferien wurde dieser Antrag eingebracht. Er bedeutet nicht viel und wir sagen im voraus, daß er in dieser Form und Fassung nie Gesetz wird. Wir kennen die drei Antragsteller als tüchtige Parlamentarier und wundern uns daher, daß dieser Gesetzentwurf so mangelhaft ausgefallen ist. Wir verweisen dabei gelegentlich auf ein bereits angenommenes Gesetz in der Tschechoslowakei, datiert vom 25. April d. J., welches Gesetz ganz in dem Sinne unseres Abbauprogrammes gehalten ist. Das böhmische Gesetz sieht in der Hauptsache folgendes vor:

1. Große Wohnungen über 4 Zimmer sind bei Freiwerden außerhalb des Mieterschutzgesetzes zu betrachten.

2. Vermögende Mieter (von 1 Million tschech. Kronen aufwärts) stehen außerhalb des Mieterschutzes. Geschäftslokale von Gesellschaften oder einzelnen Personen mit beweglichen oder unbeweglichem Vermögen von 15 Millionen tschech. Kronen aufwärts, stehen gleichfalls außerhalb des Mieterschutzes.

3. Wohnungen und Betriebsstätten können im Falle eines Mietwechsels um bestimmte Prozentsätze (20 bis 80 Prozent) gesteigert werden.

4. Eine weitere Steigerung von 80 Prozent ist bei allen Wohnungen zulässig, die fünf oder mehrere Wohnräume haben, und wenn diese Wohnung von so viel erwachsenen Personen bewohnt wird, als Zimmer vorhanden sind. Mietern mit einer Steuervorschreibung von über 60.000 Kronen kann der Mietzins bis zu 120 Prozent des Grundmietzinses erhöht werden. Dieses Gesetz trat sofort in Kraft und wird durch ein neues im April 1925 ersetzt.

Die Tagespresse der führenden Zeitungen Oesterreichs hat sich mit dem Gesetzentwurf der Christlichsozialen Partei eingehend beschäftigt, hiebei aber in den meisten Fällen ein unglaubliches Unverständnis über die Materie des Wohnungswesens an den Tag gelegt und die Angelegenheit ziemlich offensichtlich parteipolitisch beleuchtet.

Zur Abänderung des Mietengesetzes macht die „Christlichsoziale Arbeiterzeitung“ folgende bemerkenswerte Mitteilung:

„Der bezügliche Antrag Reiner, Fink, Kollmann (stufenweise Erhöhung der Mietzinse bis zum 6000fachen Betrag der Friedensmiete) wurde von keinem einzigen der christlichsozialen Arbeitervertreter unterschrieben. Er scheint außerordentlich abänderungsbedürftig zu sein, wenn er eine für alle annehmbare Lösung des Mietersproblems herbeiführen soll.“

Unser Wohnungseld hat seine Hauptursache in der künstlichen Niedrighaltung der Mietzinse. Die Häuser verfallen, weil der Mietzins kaum die notwendigen Reparaturkosten deckt und es können keine Neubauten stattfinden, weil keine Hypotheken für ein ertragsloses Haus zu haben

sind. Ein erheblicher Teil der Arbeitslosigkeit ist auf die vollständige Stilllegung der Bautätigkeit zurückzuführen. Daher haben Arbeiter und Angestellte ein Interesse an einer erträglichen Erhöhung der Mietzinse, die durch Behebung der Bautätigkeit nicht nur Tausenden von Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit, sondern auch Aussicht auf Behebung oder doch Verminderung des Wohnungs-elendes schafft.

Die von dem Antrag in seiner ganzen Auswirkung beabsichtigte Erhöhung der Mietzinse geht über das erträgliche Ausmaß hinaus. Er hat auch den Fehler, daß er keine Rücksicht darauf nimmt, ob den Gehalts- und Lohnempfängern die Zahlung des erhöhten Mietzinses ermöglicht ist. Auch kann einer Ausdehnung des Kündigungsrechtes des Hausbesitzers die Zustimmung so lange nicht erteilt werden, als die Wohnungsnot weiter anhält.

Die Sozialdemokraten nützen den Antrag bereits in demagogischer Weise aus. Die Fehler des Antrages geben ihnen hiezu den Vorwand. Deutschland und Ungarn zeigen zwar deutlich, daß die Aufrechterhaltung der bisherigen Mietzinse auch in wirtschaftlich schwachen Staaten ein Ding der Unmöglichkeit ist. Doch was kümmert die Sozialdemokraten alles das, wenn sie nur ein Agitationsmaterial haben, durch das sie die von ihnen so heiß ersehnte Macht erlangen und die heutige unglückselige Wohnungspolitik verewigen können.

Man lerne doch endlich von anderen Staaten, wenn man sich bei uns schon nicht dazu aufraffen kann, selbständig ein vernünftiges Projekt auszudenken und durchzuführen, das uns aus dem großen Wohnungselend herausbringt.

Überall Abbau der Mietengesetze, nur bei uns nicht.

Überall werden die letzten Kriegszwangsgesetze abgeschafft und man trachtet die Schäden der letzten, so furchtbaren Jahre im Wohnungswesen zu beseitigen. Die Wohnungszwangsgesetze, die eine unbedingte Notwendigkeit während des Krieges waren, sind merkwürdigerweise in allen Staaten über die unbedingt notwendige Zeit beibehalten worden. Aber heute sind in den meisten Staaten diese Gesetze verschwunden oder noch für eine gewisse Zeit begrenzt beibehalten. Nur bei uns geschah bis jetzt noch nichts! Obwohl auch bei uns die furchterlichen Schäden, die dieses Zwangsgesetz der Gesamtbevölkerung und Wirtschaft verursacht, von allen Seiten einwandfrei erkannt werden. Wir wollen keinen Vergleich mit Deutschland machen, denn draußen ist die Sache wesentlich leichter.

Die Sozialdemokraten haben sich im Reich ein vernünftigen Abbau der Mietengesetze keineswegs widersteht. Sie klärten das Proletariat vernünftig auf.

In anderen Staaten wieder ist die Wirtschaftskrise nicht so groß, daher auch der Widerstand gegen den Abbau nicht so mächtig. Sicher ist eines, in Oesterreich ist ein Abbau der Wohnungszwangsgesetze und die Lösung der Wohnungsfrage überhaupt

ohne wirtschaftliche Erschütterung nicht zu machen. Aber daß man die ganzen Jahre nicht einmal den Versuch unternommen hat, das ganze Wohnungswesen wieder allmählich in freie Wirtschaft überzuleiten, ist recht betrübend. Hier ist der Widerstand gegen eine Abänderung der Mieterschutzgesetze mehr oder weniger auf die politische Einstellung der zwei großen Parteien zurückzuführen — die eine hat keine Courage und die andere traut sich nicht. Wir sind neugierig, ob sich in der neuen Session der Nationalrat ernstlich mit dieser wichtigen sozialen Frage beschäftigen wird.

Viel Zeitvergeudung verträgt jedoch ein Großteil der Bevölkerung und die Gesamtwirtschaft nicht mehr und dann wären alle Opfer der Sanierung vollständig zwecklos gewesen.

Wie man in Jugoslawien den Mieterschutz abbaut.

Aus Meldungen aus Belgrad ist zu ersehen, daß man in Jugoslawien ganz radikal darangehen will, das Mieterschutzgesetz abzubauen.

Die Nachricht lautet:

„Im Laufe des Jahres 1925 wird das Mieterschutzgesetz stufenweise außer Kraft gesetzt werden. Der Anfang wird damit gemacht, daß vom 1. Jänner 1925 an die Hauseigentümer die Vorkriegsmiete in Gold berechnen zu entrichten haben werden, während vom 1. Juli 1925 an den Hauseigentümern das volle freie Verfügungsrecht über ihre Wohnungen eingeräumt werden wird. Ausgenommen hiervon werden nur Staatsbeamte und -angestellte und Offiziere sein, welche bis 1. Jänner 1926 unter dem Schutz der Ausnahmsbestimmungen stehen werden.“

Unverständlich ist es uns, warum den Staatsbediensteten und Offizieren Sonderrechte eingeräumt werden.

Es ist nicht zu verkennen, daß ein derartiger radikaler Abbau ein starker Eingriff in das gesamte

Wirtschaftsleben ist. In der Zeit, da neue Teuerungswellen an uns heranbranden und die Wirtschaftskrise noch lange nicht überwunden ist, will man in Jugoslawien mit einem Male den gordischen Knoten durchschlagen. Die Meldung, wenn sie sich bewahrheitet, bedeutet jedenfalls eine entscheidende Tat.

Daß dadurch die allgemeinen Gehalts- und Lohnverhältnisse der Privatangestellten und Arbeiter eine gründliche Regelung erfahren müssen, ist selbstverständlich.

Man erkennt, daß bei uns, wo gar nichts geschieht, die führenden Kreise noch sehr viel zu lernen haben — sogar von Völkern, denen man im allgemeinen nachsagt, daß sie sich noch nicht auf der „hohen Kulturstufe“ unseres Volkes befinden.

Fremdenverkehr und Wohnungsnot.

Nach oberflächlicher Schätzung dürften wir in Tirol in den Monaten Juli und August täglich mindestens 30.000 Fremde beherbergen. Bei einem Tagesverbrauch von 100.000 K pro Person bleiben in zwei Monaten 180 Milliarden im Lande. Da wir aber außer den zwei Monaten eine Vor- und eine Nachsaison haben und der Wintersport bei uns in guter Entwicklung steht, so ist die Summe von 250 Milliarden, die die Fremden in unser Land tragen, nicht zu hoch gegriffen. Ohne über die Ungleichmäßigkeit der Verteilung der Güter Worte verlieren zu wollen, ist es sicher, daß dieses Geld ausschließlich im Lande bleibt. Die Fremdensteuer, die das Land einhebt, dürfte im heurigen Jahre gegen 10 Milliarden betragen. Dieses Geld sollte zur Erstellung von Wohnungen verwendet werden!

Der Streit im Innsbrucker Wohnungsausschuß.

In keiner Stadt herrscht eine so große Wohnungsnot wie in Innsbruck, dafür wird auch für die Linderung des großen Elends von Seiten der Gemeinde am allermeinsten getan. Das Bauprogramm der Gemeinde Innsbruck vom Jahre 1921 sieht die Errichtung von 17 vierstöckigen Reihenhäusern vor. Wir sind bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 und doch haben wir erst weniger als die Hälfte dieser bereits im Jahre 1921 fertiggestellten Häuser erbaut.

Um wenigstens einige Notwohnungen für die Zeit der allergrößten Wohnungsnot zur Verfügung zu haben, wurden das Garnisonsspital und die Trainskajerne für Wohnungen adaptiert und im heurigen Jahr das Kapjersche Siechenhaus. Nach mühseligen Verhandlungen und Vergeudung der so kostbaren Bauzeit, wie wir es hier ja übrigens in Innsbruck gewohnt sind, wurden endlich elf Wohnungen des Kapjerschen Siechenhauses mit 15. Juli bezugsreif. Der gemeinderätliche Wohnungsausschuß, die einzig hiezu berufene Instanz, hätte daher schon vor diesem Termine Wohnungen vergeben sollen. Dem war jedoch nicht so. Von den Wohnungsausschussitzungen wurde dieser Punkt der Tagesordnung immer wieder verschoben. Einmal war gerade der Leiter des Wohnungsausschusses auf Urlaub, ein anderesmal war ein anderer wichtiger Grund vorhanden und zum Schluß, als über die Vergebung der genannten Wohnungen verhandelt wurde, brach

**Prima Portlandzement
Romanzement
Kalk, Gips, Ziegel**
sowie alle Baumaterialien kaufen Sie gut und preiswert bei
Friedrich Biendl
INNSBRUCK, Anichstraße Nr. 24
Telephon Nr. 1087/II.

Der Zusammenbruch der „Rubeag“.

Das traurige Ende einer großartigen Idee.

Die durch unser Blatt bekannt und berühmt gewordene Ruhebank-Errichtungs- und Bewertungs-Aktiengesellschaft „Rubeag“ ist nach kurzem Bestande leider Gottes zusammengebrochen. Daran war nicht die Idee als solche schuld, sie war großartig in ihrer Anwendungsmöglichkeit. Und das traurige Ende ändert nichts an der Tatsache, daß in der Theorie damit eine Lösung der Wohnungsfrage gefunden worden wäre, wenn die Praxis nicht eben auch hier einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte. Schicksal!

Die rührige Gesellschaft hatte den bis ins Detail ausgearbeiteten Plan für die Unterbringung der Wohnungslosen reibungslos ausgeführt. Die unzähligen Ruhebank-Wohngelegheiten waren planmäßig an allen Ecken und in allen Anlagen aufgestellt und nachts gleich die Stadt „Wallensteins Lager“. Der private Erfindungsgeist hatte für die mannigfaltigsten Abwechslungen in der Ausstattung gesorgt und sogar an Wegweisern fehlte es nicht. Das Wohnungssamt nahm in einem rührenden Aufruf von seinen bisherigen Pflegebefohlenen Abschied, sein umfangreiches Aktienmaterial wurde an einen Altpapierhändler verkauft und sowohl der Mieter, wie der Obdachlosenverein mußten mangels eines Betätigungsfeldes ihre Auflösung beschließen. Alles schien sich in Wohlgefallen aufgelöst zu haben und die Aktien der „Rubeag“ liegen von Tag zu Tag.

Ablich fanden einige heimische Vereine das Bedürfnis, sich intensiv zu betätigen, und zwar ausgerechnet im Rahmen der Ruhebankunternehmung. Eine völkische Arbeitsgemeinschaft verlangte, daß an Stelle der Nummern für die Ruhebänke, die unvölkisch arabisch oder römisch angebracht worden waren, völkische Namen von Dörfern Südtirols gewählt werden. Der Bekämpfungsverein für Anständigkeit forderte wieder ungehört eine Reihe von Maßnahmen zur Hintanhaltung aller Erotik und zur Herbeiführung eines Idealzustandes von Sit-

lichkeit, der beispielgebend für die in den verschwiegenen Wohnungen ihren Gästen drohenden übrigen Bewohner sein sollte. Insbesondere sollten keine Kleidernägel an den Bänken angebracht werden, damit die unsittliche Gewohnheit der schamlosen Entkleidung vor dem Schlafengehen von vornherein unmöglich gemacht werde. Auch von politischer Seite fehlte man dem Unternehmen hart zu. Die Parteien verlangten, daß die Ruhebänke je nach der politischen Zugehörigkeit des Mieters schwarz, rot, blau, schwarzgelb oder mit Hakenkreuz gekennzeichnet und den Mietermieten unter den Bänken die Bedingung gesetzt werde, ihre Ueberzeugung der des Hauptmieters anzupassen. Die „Rubeag“ wollte sich mit keiner Seite verberben und so erfüllte sie nahezu alle die Wünsche von dreiundsechzig Körperkassen, einschließlich der Polizei und der Landesregierung, die eine Reihe von Verhaltungsmaßregeln herausgaben.

Und dieses Entgegenkommen war die Ursache des Zusammenbruches. Es gab bald nichts als Uebertretungen von Vorschriften, die unglücklichsten Vorkommnisse spielten sich ab. Ein Bewohner einer schwarzrotgoldenen Bank hatte ein wenig über den Durst getrunken und es war ihm dabei sein geographisches Wissen verloren gegangen, so daß er den Namen seiner Bank nicht mehr wußte. Da er im Dämmerzustande auch farbenblind wurde, kam er an eine unrechte Bank und wedte statt seiner Lebensgefährtin eine fremde Schwiegermutter auf. Bevor er mit vielen Worten seinen Irrtum erklären konnte, hatte sie ihm handgreiflich beigebracht, daß er auf falschen Wegen gewandelt. Die Folgen waren beiderseitige Körperverletzungen und Gerichtsklagen.

Ein nervöser Bankbewohner hatte einem Mietermieten unter der Bank auf Grund der Polizeivorschriften, die er natürlich irrtümlich auslegte, auch das Schnarchen als ruhestörend verboten wollen, was sich der Mietermieten auf Grund von verschiedenen Landesregierungsverfügungen über den Schutz der persönlichen Freiheiten der Ruhebankbewohner nicht gefallen lassen wollte. Darauf steckte ihm sein Vermieter einmal zur

Hintanhaltung des Schnarchens über den Bankrand hinaus den Zipfel einer gebrauchten Windel in den Mund, worauf der noch seines Vermieters Gefinnung skeptisch gewordene Mietermieten in die frühere kommunistische Stimmung geriet und eine große antiliterale Demonstration für die Freiheit des Schnarchens einberief.

Aber diese und tausend andere Vorkommnisse hätten noch immer nicht den Zusammenbruch herbeigeführt, wenn nicht die Regierung des Königreichs Italien in den Vorkommnissen nach südtirolischen Dörfern einen feindseligen Akt erblickt hätte. Der Vertreter des Königreichs protestierte beim Landeshauptmann gegen diesen völkerrechtswidrigen Akt und drohte mit Repressalien. Der Landeshauptmann bekam davon einen roten Kopf und ordnete eine Nummerierung an, was die Verwirrung nur vergrößerte, denn jetzt entstanden zur Nachtzeit noch größere Irrtümer. Die Börse reagierte auf alle diese Vorkommnisse und es gab eine Baissé in den Aktien der „Rubeag“, deren Kurs so tief sank, daß die Bäder bei der Brotpreiserhöhung zur Beruhigung der darob erregten Gemüter „Rubeag“-Aktien zum Einwickeln der Semmeln benützten.

Die mit so großen Hoffnungen entstandene Gesellschaft brach also zusammen. Das Wohnungssamt beeilte sich, neue Listen für die Obdachlosen und Wohnungsbedürftigen drucken zu lassen, denn die Ruhebänke leerten sich bedenklich. Ein neuer Mieterverein forderte die Wiederherstellung der abgebauten Mieterschutzgesetze, der Obdachlosenverein reasumierte den Auflösungsbeschuß und forderte die zwecklos gewordenen Bänke an, um sie in den Papierfabriken zur Erzeugung des Druckpapiers für seine Zeitung vernichten zu lassen und der Erfinder der Idee der Ruhebank-Wohnungsfrage-Lösung mußte auf der Polizei die protokolllarische Erklärung abgeben, nicht mehr nachts öffentliche Anlagen abzustreifen, damit ihm nicht wieder Einfälle mit derart verheerenden Folgen in das allholzig erhigte Gehirn kommen.

M. r. a. t.

ein ausgesprochen parteipolitischer Streit zwischen den Gemeinderäten aus. Natürlich mußten sich deshalb die gequälten Menschen, die auf Erlösung aus ihren unerträglichsten Wohnungsverhältnissen warteten, neuerdings mit Geduld wappnen. Endlich nachdem ein parteipolitischer Kuhhandel zustande gekommen war, wurden diese Wohnungen in der Sitzung am 7. August an 11 bestimmt würdige Parteien vergeben.

Ein Martyrium zwischen Untermieter und Hauptpartei.

Die Hauptpartei E. & ... n der seit 1920 der Zwangsbe- wirtschaffung unterworfenen Bierzimmerwohnung im Hause Nr. 8 in der Bruneder Straße in Innsbruck brachte aber- mals gegen den ihr vom Wohnungsamt zugewiesenen Unter- mieter, einen verheirateten, aktiven und kriegsbeschädigten Bundesbeamten, die gerichtliche Aufkündigung des von ihm und seiner Frau mit einem kleinen Kinde bewohnten Leer- zimmers ein, worüber diesen Monat verhandelt und die Hauptpartei, wie bereits vor zwei Jahren, kostenpflichtig ab- gegeben wurde. Aufkündigungen sind, besonders gegenüber Untermietern, wegen Eigenbedarfes und unseidlichem Ver- halten an der Tagesordnung und zeigen vielfach die Härten auf, denen die gänzlich entrechteten Untermieter ausgesetzt sind. Im gegenständlichen Falle handelt es sich aber um eine Spezia- lität, mit welcher der Untermieter seit Jahren gepeinig wird. Nicht genug, daß in Sonderheit seine Frau, die, um die be- scheidene Hauswirtschaft in einem einzigen Zimmer zu führen, genötigt ist, die vitalsten Einrichtungen einer Wohnung mit der Hauptpartei zu teilen, versucht dieselbe unausgesetzt, der Unterpartei das Wohnen in dem Zimmer möglichst zu ver- leiden und hat hiebei sogar zu dem verwerflichen Mittel einer gerichtlichen Anzeige gegriffen, bei welchem Delikt bei er- wiesenem Tatbestande die schwersten Strafen zu gewärtigen wären. Mit welcher Hartnäckigkeit die Hauptpartei versucht, sich in den Wiederbesitz des angeforderten Zimmers zu setzen, geht auch daraus hervor, daß sie trotz aller Mahnungen und Belehrungen, die Kündigung als vollkommen aussichtslos zurück- zuziehen, dieselbe aufrecht zu halten versuchte.

Wir haben uns in unserer Zeitung mit diesem Falle schon wiederholt beschäftigt müssen und sehen uns genötigt, noch einmal darauf hinzuweisen, damit die maßgebenden Faktoren endlich Wandel schaffen, damit einerseits der Hauptpartei die Möglichkeit zum mutwilligen Prozeßieren wegen Räumung des bei ihr angeforderten Zimmers genommen wird und an- dererseits der Untermieter zu einem geregelten Haushalte kom- men kann. — Wir verkennen keineswegs die Schwierigkeiten, die sich bei Vergabung der wenigen in Betracht kommenden Wohnungen herausbilden, können aber auch auf keinen Fall mehr länger zusehen, wie beispielsweise ein junges Ehepaar (der Mann hat den ganzen Feldzug mitgemacht und ist krank zurückgekommen, die Frau ist ebenfalls nicht ganz gesund) von der Hauptpartei gepeinigt werden soll, während aus Billigkeitsrücksichten zwei ledige, alleinstehende Fräuleins unbeschränkte Herren einer geräumigen Wohnung sind, die, wie es sich nach Schluß der oben erwähnten Verhandlung zeigte, zum Dank für die zugesprochene Billigkeit über die Oesterreicher schimpften.

Wir stellen daher an dieser Stelle neuerlich die Bitte, ent- weder den Wohnungsbedarf im Sinne der zu recht bestehenden Anforderung für den Untermieter zu vergrößern, wenn schon, wie es scheint, keine zweckdienlichen Wohnungen verfügbar sind, oder aber demselben ehestens eine gesunde Wohnung zuteilen zu wollen, wobei zu berücksichtigen wäre, daß derselbe mit einem neuen Wohnverhältnisse nicht vom Regen in die Traufe kommt, wie es bereits in zwei uns bekannten und von uns nachgeprüften Fällen gewesen ist.

Die Wohnung in der Leichen- kammer.

Früher war in der minderintelligenten Klasse die Schund- literatur stark verbreitet. In allwöchentlichen Fortsetzungen wurden die gruseligsten Schandgeschichten bis zu 100 und 150 Heften unter der Arbeiterschaft verkauft. Die blutrünstigsten Titel für diese Romane wurden gewählt: *Jad der Bachauf- schlicher*, die *Kaubgräfin*, *Lebendig begraben*, *Der blutige Knaben* usw. — Ein aufreizendes erotisches Titelbild genügte und die Kolporteurs machten mit diesem Dreck die besten Ge- schäfte.

Nun ist, Gott sei Dank, durch Aufklärung und kulturellen Fortschritt diese Art „Literatur“ vom Markte verschwunden und durch Zeitschriften, wie: „Ich und Du“, „Adam und Eva“ usw. ersetzt, dafür sorgen für Kernbeißel unsere Tages- zeitungen. Man braucht nur die Gerichtsbeilagen, die Ehrenbeleidigungsprozesse (zu 80 Prozent herborgerufen durch die heutige Wohnungsnot) oder sonstige Abhandlungen über das Wohnungselend zu lesen und der Verbenaufpeithung ist Genüge getan. Perverse und sadistische Seelen finden ihre Befriedigung bei dieser Literatur. Jeden Tag finden wir erschütternde Bilder des Wohnungselendes in den Tages- blättern. Vor einigen Tagen stand ein Bericht über das Wohnungselend in einer kleinen ungarischen Stadt. Es wurde darin wohl eines der schrecklichsten sozialen Bilder angerollt. Ein Ehepaar mit sechs Kindern, vollständig obdachlos, nahm Quartier in der städtischen Leichenhalle, weil es ihr unmöglich war, anderswo ein Unterkommen zu finden. Wurde ein Toter zur gerichtlichen Obduktion in die Leichenhalle eingeliefert, so zog die Familie während dieser Zeit ins Freie und laum war die Sezierung vorbei, so zog die Familie wieder ein.

Wenn mit diesem Wohnungselend nicht gründlich aufge- räumt wird, so werden wir bald auf die Kultur der Neander- talmenschen herabsinken.

Elendsbilder aus Innsbrucker Wohnungsverhältnissen.

Familien im Obdachlosenzust.

Franz H., von Beruf Bäcker, ist mit Frau und vier Kindern vollständig obdachlos. Die Familie wohnt zum Teil auf einem Dachboden, zum Teil im Obdachlosenzust.

Rudolf D., Tischler, wohnt mit seiner Frau im Obdach- losenzust.

Der häusliche Herd ohne Ofen.

Karl M. bewohnt mit seiner Frau in der Gabelsberger- straße ein Zimmer ohne Kochgelegenheit. Die Frau hat untertags Mutter und Schwester bei sich.

Nicht einmal der Stall ist ihm gelassen.

Josef R. ist seit 8 Monaten obdachlos und hat bei seinen Pferden im Stall geschlafen. Da derselbe aus dem Dienst entlassen wurde, so ist ihm auch diese Unterkunft genommen.

Mitteilungen.

Unjere Aktion: Kranke Frauen und Kinder von Obdachlosen aufs Land

hat weiters folgenden Personen einen Landaufenthalt ermög- licht:

Eisenbahnersfrau Marie G. mit 2 Kindern nach Steinach K 1.000.000,—

Marie D. (Waggonbewohner) nach Rum K 250.000,—

An Unterstüßungen für schullos Delagierete und sonstige durch die Wohnungsnot ins Elend geratene Familien wurden verteilt:

Frau Auguste F., eine verschämte Arme, die nicht einmal das Geld hat, ihr Gastz-immer zu bezahlen, einst in glänzenden Verhältnissen lebte, K 500.000,—

Johanna K., Puhlerin, wohnt mit Tochter und Enkelin in einem Elendsloch, wo das kleine Enkelkind von Ratten schon angenagt wurde, K 800.000,—

12 Familien mit Beträgen unter K 100.000, in Summe: K 830.000,—

Die Effektenlotterie des Obdachlosenvereins. Wie bereits mitgeteilt, hat sich das alte Lotterienomitee aufgelöst und wurde durch ein neues ersetzt. Das ganze Lotterienunternehmen wurde auf die breitesten Grundlage gestellt. Zum technischen Leiter wurde einstimmig Gemeinderat Wankler gewählt. Die in Kommission befindlichen Lose werden zwecks Abstemperung für die Neuangabe vorläufig eingezogen; durch lebhaftes Propa- ganda und einen neuen Spielplan hofft das Komitee mit Sicherheit, den Ziehungstermin bereits auf den Monat Okto- ber verlegen zu können. Die Gewinne sind in den Hof- stellungen, Rennweg 6, wieder trefferweise gezeichnet und nachmittags der allgemeinen Besichtigung zugänglich.

Andritt aus der Tiroler Baugesellschaft. Der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden, der bei Beginn des heuri- gen Jahres die Tiroler Baugesellschaft gegründet hat und dem bisher die Obmannstelle im provisorischen Aufsichtsrate ein- geräumt war, ist aus der Baugesellschaft ausgetreten. Da statutenmäßig alle Genossenschaftsmitglieder mit Ausnahme des Vorstandes auch Mitglieder des Vereines der Obdachlosen sein müssen, wird die Leitung dieser Organisation jederzeit für die statutarischen Rechte der Mitglieder eintreten. Der Verein der Obdachlosen hat diese Baugesellschaft nur unter der Voraussetzung gegründet, daß die Behörden und Groß- organisationen aktiv teilnehmen. Nachdem die beigetretenen großen Interessentvertretungen und die Behörden aus dem Aufsichtsrate der Baugesellschaft ausgetreten sind, ist für den Verein der Obdachlosen vorläufig die Unmöglichkeit ge- geben, im Aufsichtsrate der Tiroler Baugesellschaft eine Funk- tion ausüben zu können.

Briefkasten.

H. A. In der Höttingeran, Untertweg 2, 4. Stod, ist eine Wohnung nun schon seit über einem Monat frei, ohne daß sich anscheinend das Wohnungsamt in Hötting darum kümmert.

D. J., St. Völlen. Ihre Anfrage wird am besten durch eine Rede des Nationalrates Schö n s t e i n e r beantwortet. Dieser referierte kürzlich in Wien in einer von der Orts- gruppe Rudolfsheim der Vereinigung deutscher christlicher Mieter einberufenen Massenversammlung. Er bedauerte, daß die Sozialdemokratie mit ihrer demagogischen Wahparole vom 15.000fachen Friedenszins die Parteipolitik in diese Frage hineingetragen habe. Die Erhöhungen aller Abgaben an die Gemeinde für Gas, elektrisches Licht, der Kanalrömer- und Rauchfanglehrengebühren, welche nach dem Valorisierungsschlüssel vorgeschrieben werden und auch von den kleinsten Mie- tern unter Betriebskosten geleistet werden müssen, dazu die bevorstehende ungewöhnliche Erhöhung der Wohnbausteuer er- schweren durchaus eine erprießliche Lösung der Frage. Er empfahl, das Mietengesetz in folgender Weise zu ändern: Der Kündigungsschutz bleibt solange unverändert aufrecht, bis ge- nügende Wohnungen geschaffen sind, was durch die private Bautätigkeit, wobei Arbeiter und Gewerbetreibende Verdienst finden, geschehen könne, daher stufenweise Mietzinshöhen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mieter, Unterscheidung zwischen altem und neuem Besitz. Ausländer sollen nicht denselben Mietererschutz genießen wie die heimatischen Mieter. Bei Schaffung eines „Ausgleichsfonds“ sei dieser durch das Ministerium für soziale Fürsorge zu über-

nehmen, um jeder einseitigen parteipolitischen Verwaltung entriekt zu sein.

Eifriger Leser. Das sind Nichtigkeiten. Zum Herbst werden haben wir keine Lust und nehmen uns dazu keine Zeit. Wenn andere anderer Ansicht sind oder Dinge herauslesen wollen, die nicht drinnen stehen, so muß dies für einen Redakteur gleichgültig bleiben und gibt keinen Anlaß zur Aufregung. Von einem Dessen kann man nur Mißbilligung fordern.

Turnsvereinshausbewohner. Sie haben mit Ihrer Be- hauptung vollständig recht. Wenn die Gemeinde nicht bald energisch einschreitet, so werden im Turnsvereinshaus Zu- stände einreichen, die der Stadt keinesfalls zur Ehre gereichen dürften. Ein Skandal und eine Niedertracht sondersgleichen ist es auch, wenn man Familien, die sich in dieser Mißläsereie todunglücklich fühlen, schon über 4 Jahre in dieser Notunter- tunst beläßt. Die von der Stadt geschaffenen Notunterkünfte sollen ausschließlich an Familien, die durch eigenes Verschulden delagiert wurden und an Parteien vergeben werden, die durch ihr unseidliches Verhalten für Normalhäuser schwer in Be- tracht kommen. Dies gilt besonders für den Mißfall des Turnsvereinshauses. Der größte Teil der Bewohner dort- selbst ist mit Recht unzufrieden. Und nun reichen auch noch solche skandalöse Zustände dortselbst ein.

Reformverband Wien. Schreiben vom 9. ds. erhalten. Dank hiefür. Brief folgt.

Professor W. A., Wien. Solange der Bankzinsfuß so bleibt (er wurde in den letzten Tagen sogar noch erhöht!), ist an eine rege Bautätigkeit nicht zu denken. Die wenigen gemein- nützigen Baugenossenschaften, welche überhaupt proflisch etwas tun, haben Schwierigkeiten zu überwinden, denen auf die Dauer niemand gewachsen ist.

Sch., Innsbruck, Vorarl. Wir haben beim Gemeinderat Innsbruck gegen die Art der Wohnungsvergaben im Kap- sererischen Sichenhaus protestiert.

Vollstürmer, Aulstein. Der Artikel Wohnungsbaun und soziale Frage im „Vollsturm“ vom 10. August findet nicht unsern Beifall. Abgesehen vom Inhalt streift die ganze Ab- handlung von Stufen: Wer verzieht; „Aufscheidung und Pulve- risierung des Organischen“; „Durchdringung der Mechanik durch einen Gemeinheitsgeist“; „liberal-atomistisch mechani- stische Auffassung“; „Rassenpoker“; „natürlicher Organismus oder rationalistischer Mechanismus“ usw. — Johannes Scheer war auch ein Worteneubilder — aber ein guter.

Spenden für den Obdachlosen-Verein.

- Frz. Wauts Söhne 1.500.000, Innsbrucker Spinnfabrik 1.500.000, Bürgerl. Bräuhaus 1.500.000, Karl Pollak 20.000, Wilh. Heintl 10.000, Warenkredithaus Fortuna 50.000, Wilh. Pradi 20.000, Karl Rover 100.000, Anton Konstantini 50.000, Frz. Streit 20.000, Erhard Wolf 30.000, Chabesfabrik 100.000, Vinzenz Kollo 20.000, Schwienbacher u. Dangler 100.000, R. Hellmeter 10.000, Tiroler Kunstverlag 50.000, Casperl u. Schladeck 20.000, B. Kneringer 10.000, S. Stein- lechner 20.000, Jaworsky Louis 150.000, Alois Kufnerer 20.000, Deutsche Verkehrsvereinsgesellschaft 10.000, Anton Rüdgel 5000, R. Gultmann 100.000, unierselich 100.000, Gebr. Wilker G. m. b. H. 100.000, Sagen-Apotheke 10.000, Theiner 50.000, Max Gelder 50.000, Hans Fallhuber 100.000, Angerer-Wat- tens 20.000, Anton Köller-Wattens 50.000, D. Soarowsky 100.000, Papierfabrik Wattens 200.000, Tonwerk Fritzens 200.000, Romed Angerer 50.000, Tiroler-Weck Schwaig 50.000, Ferd. Roser-Schwaig 20.000, Hans Orglers Witwe-Schwaig 50.000, Ludwig Weber-Schwaig 50.000, Matth. Etel-Schwaig 50.000, Balthären-Apotheke Schwaig 50.000, Osw. Schwaig- Schwaig 10.000, Josef Kirchmayr-Schwaig 80.000, Ernst Baum- gartner-Schwaig 50.000, Gebr. Stemberger-Schwaig 50.000, Antonie Jäger-Schwaig 50.000, Peti Schmid-Schwaig 50.000, Georg Angerer-Schwaig 20.000, Georg Schwaig-Schwaig 20.000, Dr. Heinz Ortwein-Schwaig 50.000, Dr. Heinz Kochell- Schwaig 50.000, August Heubacher-Schwaig 50.000, Sebastian Heiß-Schwaig 50.000, Hugo Fran-Schwaig 10.000, Ludwig Burgler-Schwaig 70.000, Banr. u. Tir. Sengenunion 500.000, Jenbacher Holz-Industrie 100.000, Gabert Kallgrubenbesitzer 100.000, Georg Ramminger 50.000, A. Gredler u. Sohn 20.000, A. Fischer-Jenbach 50.000, A. Bodstaller u. Co. Jenbach 100.000, Hans Fels-Jenbach 50.000, Jos. Recheis-Hall 250.000, Dr. Kathrein-Hall 100.000, Heinz Frieden-Landeck 50.000, Orest u. Plattner-Landeck 50.000, Bezirkshaupt- mannschaft Imst 100.000, Branerei Starckenberg 100.000, Jennu u. Schindler 100.000, A. Glög, Fleischh. Imst 50.000, Jos. Württenberger-Imst 100.000, M. Waple-Imst 50.000, Jos. König-Imst 20.000, Innsbrucker Spinnfabrik 200.000, Gebr. Knapp-Abfam 100.000, Unterberger u. Co., Innsbruck 100.000, Drimer u. Stanger, Innsbruck 100.000, Helene Su- ber-Innsbruck 50.000, Königs Hotel u. Wirtsh. 50.000, Be- zirkshauptmannschaft von Kufstein 100.000, Stadtmagistrat Kufstein 200.000, Bürgern. Firmofer-Kufstein 100.000, Matth. Seisl-Kufstein 50.000, Ed. Lippolt-Kufstein 50.000, Ant. Joanko-Kufstein 50.000, Ambros-Kufstein 50.000, Kuffl. Lach- und Farbensabrik 50.000, Frz. Schmeiger-Kufstein 20.000, Wilhelm Köhle-Kufstein 50.000, Anton Helferer-Kuf- stein 20.000, Rud. Kögl-Kufstein 100.000, Schneider in Mark gesp., Alois Kraft-Kufstein 200.000, C. E. Roesperl-Kufstein 20.000, Ant. Schmidt-Kufstein 30.000, A. Raß-Kufstein 30.000, Int. Transport-Ges.-Kufstein 100.000, Hotel Drei König, Kufstein 100.000, Karl Link 50.000, Alp. Bau- u. Holz-A.-G. 100.000, Jos. Dillersberger-Kufstein 100.000, S. Roser u. Co., Kufstein 50.000, Skordarafi-Innsbruck 50.000, Cafe Hunger- burg-Innsbruck 30.000, Anton Dietrich-Innsbruck 20.000, Mart. Storf-Reutte 10.000, Brauerei Reutte 50.000, Bezirks- hauptmann Ehmeyer-Reutte 20.000, Franz Storf-Reutte 10.000, Wilh. Strauß-Reutte 10.000, Wolf Bodl-Reutte 10.000, Dr. Stern-Reutte 50.000, Gahran Prosper-Reutte 10.000 Kronen.

Allen hochherzigen Spendern im Namen der Sache, die wir vertreten, den wärmsten Dank. Wir bitten, auch in Zukunft die gute Sache nicht zu vergessen.

Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden, Innsbruck.

Installationen von Hotels, Sanatorien, Zinshäusern und Villen

Tempistraße
5

Telephon Nr. 453

Haller & Ortner in Innsbruck

Haymongasse
4

Telephon Nr. 453

Hochdruckwasserleitungen, großes Lager in Gas- und Kohlenbadeöfen sowie Badewannen und Spültischen

Foncière

Gegründet 1864

Allgemeine Versicherungs-Anstalt
Direktion Wien

Repräsentanz für Tirol:
Innsbruck

Adamgasse 9, 2. Stock

Lebens-, Feuer-, Einbruch-, Haftpflicht-,
Unfall-, Glasbruch-, Transport-, Valoren-,
Hagel-Versicherungen

Achtung

Arbeiter und Arbeiterinnen

Achtung

Wegen vorgeschrittener Saison bin ich imstande, folgende Waren zu tiefreduzierten Preisen, solange der Vorrat reicht, wie folgt zu verkaufen:

Oxford 14.500 — 16.500
Zephyr 18.000 — 29.000
Kretonne, hochprima 16.500
Kleiderstoffe, doppeltb. 29.500

Arbeiterhosen, Damenstrümpfe, Socken, Decken,
Baumwollgarne, fertige Dirndl für Kinder,
alles zu billigsten Preisen!

Maria Fritz, Leopoldstr. 35, Innsbruck

Original „Weck“

Einkochapparate, Gläser
und Ringe

eingetroffen!

ALOIS BAYR

Porzellan-, Glas- und Steingut-Lager
INNSBRUCK

derzeit: Schlossergasse Nr. 4

Franz Kronlachner

Lebensmittel-Einkaufsstelle
für Obdachlose

Innsbruck

Haspingerstraße 16, gegenüber der
Volkschule Saltestelle Fischergasse
gibt allen Obdachlosen auf Mitgliedskarte

10% Rabatt!!

Beste, billigste
und bequemste Einkaufsstelle
für Fremde und Einheimische!

Warenhaus

Bauer-Schwarz

Innsbruck, Maria-Theresien-Straße 33-35
Gegründet 1868 * Telephon Nr. 199

Größtes Kaufhaus der Stadt

On parle française Si parla italiano
English spoken

Elektra



TIROLER ELEKTRO
INNSBRUCK
ANDREAS HÜFERSTR. 24

In Ihrem eigenen Interesse
sollen Sie einen Versuch
machen: Billigste, reellste
Einkaufsstelle für 4088

Uhren

jeder Art, Eheringe und
Steintineen, Brillen,
Zwicker, Schutzbrillen,
Thermometer, Barometer
sämtl. Reparaturen schnell,
gut, billig (Barometer neu
aufrichten).

F. Neißl senior, Schwuz
Franz Josefstraße 111
Handelsschulgebäude
Optiker und Uhrmacher,
Gold- und Silberwaren.



**Kleine
Anzeigen!**

Wohnungstausch!
Zwei Zimmer im neuen
Eisenbahnerhaus in Inns-
bruck, Knollerstraße, gegen
eine gleichwertige Wohnung
mit einem Genossenschafts-
mitglied gesucht.



Kauft Lose der großen Effektenlotterie des Obdachlosen-Vereines **Preis pro Los 10.000 Kronen**

Su beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines in Innsbruck, Rennweg Nr. 6, und im Kathol. Arbeitersekretariat, Innsbruck, Bürgerstraße 10, 1. Stock.

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck

Ecke Erler- und Museumstraße

Filialen: Kitzbühel — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.

Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.

◀ **Einheimisches Geldinstitut** ▶

Der Obdachlose

und Wohnungsuchende

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 17

Innsbruck, 1. September 1924

Erscheint 14 tägig

Die neue Nationalrats- Session.

Die Nationalratsferien sind vorbei und die Volkstribunen kommen in den nächsten Tagen wieder in Wien zusammen, um des „Volkes Wohl“ zu beraten. So stellt es sich nämlich der naive Staatsbürger vor, der bei den Wahlen seinen Stimmzettel abgibt und dabei überzeugt ist, daß der Erwählte getreu seinen Versprechungen vor der Wahl und getreu dem Programm der von ihm vertretenen Partei keine anderen Sorgen hat, als nur das Beste für das Volk zu tun. Der Staatsbürger leidet ungeheuer unter den Verhältnissen und er denkt sich, wenn auch die Volksvertretung in Parteien gespalten ist, werden doch alle Nationalräte nichts anderes als nur das Gute für ihre Wähler erreichen wollen.

Aber der Wähler existiert für den Abgeordneten meist nur vor der Wahl, wo es auf die Stimmen ankommt. Nach der Wahl ist die Geschichte anders. Der Nationalrat ist dann ein kurioser Herr. Stets hat er eine Aktentasche unter dem Arm, denn diese gibt ihm ein wichtiges Ansehen, als ob sein Kopf nicht ausreiche, um alles Mögliche zu fassen, das er für die Wähler schaffen will. Die Akten in der Tasche scheinen seine größte Sorge. Er läuft geschäftig von Amt zu Amt, von Sitzung zu Sitzung und wenn der Wähler sich an ihn um Hilfe in einer Angelegenheit wendet, so zeigt er ihm die Aktentasche, schaut ungeduldig auf die Uhr und hat — momentan keine Zeit. Ein andermal, mein Lieber! läßt der Wähler nicht locker, so zieht der Nationalrat mit einer Gebärde der Ungeduld seinen Block heraus, macht sich einige Notizen im Fluge, versenkt das Blatt in seine Aktentasche, macht noch rasch Versprechungen, läßt den laftigen Wähler nicht mehr zu Worte kommen und komplimentiert ihn zur Tür hinaus. Jawohl, die Nationalräte sind sehr beschäftigte Leute ohne Maximalarbeitszeit, sind immer um die Wege — aber leisten sie auch etwas?

Die Mühle klappert, aber meist geht sie nur leer. Die Abgeordneten tun das, was die tägliche Agitation ihrer Partei von ihnen verlangt. Sie müssen natürlich alles das besorgen, was die Partei braucht, um nach außen zu zeigen, daß sie die alleinseligmachende Partei ist. Es wird nur sozusagen für den Tagesbedarf gearbeitet; große Probleme werden im weiten Bogen umgangen, denn das sind meist sehr kitzliche Dinge, die man lieber nicht in Angriff nimmt.

Für die Bevölkerung sind die wirtschaftlichen und kulturellen Fragen des Wichtigste. Das erste natürliche Gebot des Menschen ist die Nahrung, das erste kulturelle Gebot Kleidung und Wohnung. Man sollte meinen, daß die Menschen in dieser Hinsicht wenigstens notdürftig versorgt sind, was aber leider nicht der Fall ist. Solange aber dieser Zustand besteht, sollten die Berufspolitiker ihre Köpfe nicht mit anderen Dingen beschweren.

Wie sieht es mit der unseren Leserkreis besonders wichtigen Wohnungsfrage aus? Viele tausende Bundesbürger leiden seit Jahren unter der ungeheuren Wohnungsnot und immer wieder vermehrt sich deren Zahl. Die Mittel der Abhilfe werden von den politischen Gesichtspunkten aus betrachtet und beurteilt. Die christlichsoziale Partei stellt einen Antrag auf Abbau des Mieterschutzgesetzes, der in der Hauptsache einen politischen Zweck verfolgt u. so gehalten ist, daß er den schärfsten Kampf auf der Gegenseite hervorruft u. daher nicht Gesetz werden kann. Was ist damit den Wohnungsuchenden geholfen? Sollen sie sich mit dem guten Willen begnügen und weiterhin ihr Elend tragen? Die andere Seite begnügt sich damit, den Antrag leidenschaftlich zu bekämpfen, um ihren

Wie ich zu einer Wohnung kam.

Innsbruck — die Stadt der Widersprüche.

Die teuerste Stadt, die meisten Fremden, die schwersten Lebensbedingungen, die lustigste Stadt und die größte Wohnungsnot.

Pensionisten aufs Land. — Elendsbilder.

Das nennt sich Mieterschutz?

politischen Anhängern gerecht zu werden, unterläßt es aber, andere positive Anträge zu stellen, wie der Kulturschande ein Ende bereitet wird.

Wir haben immer schon betont, daß dieses Wettlaufen um die Gunst der Wähler ein Verbrechen ist, daß eine richtige Volkspolitik nur darin bestehen kann, alle beteiligten Kreise zu ernster Beratung zusammenzubringen, um einen Ausweg zu finden aus dem Sumpf, in den uns die Kriegsgesetzgebung in der Wohnungsfrage gebracht hat. Ein Nachtgebot: Du mußt! und ein kategorisches Niemals! führt nur dazu, daß es eben beim Alten bleibt. Und beim Alten kann und darf es nicht bleiben, soll ein Teil der Bevölkerung, der immer größer wird, nicht kulturell verelenden. Was nugt es, wenn die Sozialdemokraten den Zementzoll mit Recht als haushindernd bekämpfen und die Christlichsozialen das Mieterschutzgesetz als eine Behinderung der Bautätigkeit abschaffen wollen? Beide Parteien bekämpfen diese ihre Bestrebungen und der Effekt ist, daß beide haushindernden Umstände bestehen bleiben. Daraus kann man ersuchen, wie die Einstellung auf den rein politischen Standpunkt die Wohnungsfrage niemals der Lösung zuführen kann. Es nugt auch nichts, wenn die Sozialdemokraten auf ihre Wiener Wohnhausbauten hinweisen und den anderen Gemeinden und Ländern zurufen: Macht es uns nach! Die Wohnungslosen der anderen Städte und Länder haben nichts von diesem guten Rat, denn die bürgerliche Politik geht eben andere Wege als die sozialdemokratische Politik. Trotz der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung oder vielmehr wegen ihr, denn das ganze Bestreben der sozialdemokratischen Mehrheit im Wiener Gemeinderat ist darauf gerichtet, das Wiederaufleben der privaten Wohnbautätigkeit zu verhindern, herrscht auch in Wien noch immer eine große Wohnungsnot. Die Sozialdemokraten wollen unter keinen Umständen einen, wenn auch stufenweise vor sich gehenden Abbau des geltenden Mieterschutzgesetzes zulassen, durch das der private Wohnungsbau verhindert wird, weil der Hausbesitz aufgehört hat, eine Kapitalanlage zu sein, die eine bescheidene Rente abwirft wie vor dem Kriege. Auf diese Weise ist es den Sozialdemokraten gelungen, in Wien und wohl auch anderswo jede private Wohnbautätigkeit nahezu gänzlich zu unterbinden und den Bau von Wohnhäusern als Monopol an sich zu reißen. Denn nur die sozialdemokratische Gemeinde Wien ist mit ihren in die Hunderte von Milliarden gehenden Einkünften in der Lage, eine großzügige Bautätigkeit zu entfalten. Und sie baut Wohnhäuser in einer Art, die sie früher als „kapitalistische“ Baumethode schärfsten bekämpft hat, sie baut Zinskasernen in der Form von Riesenhuserblocks. Sie baut sie, weil sie in diesen Zinskasernen die in ihnen wohnenden Parteien agitatorisch in der Hand hat. In diesen Zinskasernen bekommen meist nur Leute Wohnungen zugewiesen, die Sozialdemokraten sind oder die sich für die Sozialdemokratie gewinnen lassen. Das wird der sozialdemokratischen Partei ermöglicht, weil sie als herrschende Partei in Wien auch das

Wohnungsamt beherrscht. Gelingt es aber einmal einer anders gesinnten Familie in einem solchen Gemeindehaufe eine Wohnung zu erhalten und es kommt das „ruchlose Verbrechen“, kein Genosse zu sein, an den Tag, so wird sie von den anderen sozialdemokratischen Mietern „hinausgebissen“, indem ihr das Wohnen in dem Hause einfach unmöglich gemacht wird. Es hat sich ereignet, daß die sozialdemokratischen Mieter in einem solchen Wohnhaufe von der Gemeinde durch eine von allen Parteien unterschriebene Eingabe das Ausmieten einer nichtsozialdemokratischen Familie verlangt haben und daß diesem Verlangen von der sozialdemokratischen Stadtverwaltung Rechnung getragen wurde. Ein weiterer Vorteil, der den Sozialdemokraten aus dieser menschenfreundlichen Politik erwächst, ist die unumschränkte Macht, mit der sie durch ihr Wohnbau-Monopol das Baugewerbe und alle damit verbundenen Erwerbszweige beherrscht. Denn es liegt doch auf der Hand, daß Aufträge nur an jene Firmen und Geschaftleute vergeben werden, die sich zur roten Couleur bekennen. Die sozialdemokratische Gemeinde Wien bringt das Geld für ihre Wohnungsbauten in erster Linie aus der Wohnbausteuer auf, zu der bekanntlich jetzt auch die Mieter kleiner Wohnungen herangezogen werden. Aber die sozialdemokratische Stadtverwaltung baut aus dem Erlös dieser drückenden Abgaben nicht etwa nur Wohnungen für das Volk, sie führt auch Monumentalbauten auf, die in der Zeit der bittersten Wohnungsnot allem sozialen Empfinden hohnsprechen. In Favoriten ist jetzt ein städtisches Riesenbad im Entstehen, das Ende 1925 fertig sein wird. Es soll das größte Warmbad Europas werden. Der Bauaufwand für dieses Riesenbad beträgt nach einem sozialdemokratischen Blatt gegen hundert Milliarden Kronen. Reinlichkeit ist gewiß recht schön, aber so lange es noch Familien gibt, die mit ihren Kindern unter den schlechtesten gesundheitlichen Verhältnissen in Eisenbahnwaggons kampieren müssen, und wenn ehnehin die vorhandenen Bäder so ziemlich ausreichen, so gäbe es für derartige Riesenbader doch noch dringendere Verwendung. Solche mit einem Aufwand von hundert Milliarden errichtete Prachtbauten sind Auswüchse sozialdemokratischer Gromannsucht.

Solange die Wohnungsfrage von Politik beeinflusst wird, kommt sie nicht zur Lösung. Als Kulturfrage aufgefaßt, muß sie gelöst werden und kann es auch. Aber nicht im Kampf, sondern durch aufrichtiges Wollen am Beratungstisch.

Dem nun wieder zusammentretenden Nationalrat möchten wir daher zurufen: Geht ernstlich daran, die Wohnungsfrage endlich zu lösen, bevor es zu einer kulturellen und dann vielleicht auch zu einer politischen Katastrophe kommt! Heute ist eine Lösung bei gutem Willen noch zu finden, später kann die zertrümmerte Kultur nicht mehr oder nur mit ungeheuren Opfern wieder ausgerichtet werden. Die Wohnungsbedürftigen sind heute noch ein resigniertes Volk, das sein Elend geduldigt trägt, sie könnten aber einmal aufwachen aus

ihrem Dahinbrüten, die Geduld verlieren und mit den Politikern Abrechnung halten. Erfüllt eure Pflicht, Nationalräte!

Pensionisten aufs Land.

Aus Landeck (Tirol) wird uns geschrieben: „Sehr geehrter Herr Major! Aus Zeitungsnachrichten ist mir Ihre opfervolle Tätigkeit zum Wohle der Wohnungslosen bekannt, weshalb ich glaube, Ihres Einverständnisses sicher zu sein, wenn ich Ihr Interesse für einen Umstand roge mache, den Sie bei Ihrer Routine auf diesem Gebiete vielleicht schon im Sinne hatten, den aber voll zu würdigen Ihnen vielleicht aus irgend einem Grunde nicht möglich war. In dem Bestreben für meine der direktesten Sonnenbestrahlung entbehrenden und darum für einen alternden Menschen ungeeignete Wohnung einen besseren Ersatz zu finden, kam ich bei meinen, der Gesundheit förderlichen täglichen Radfahrten zur langsamen, jedoch sicheren Erkenntnis, daß ich bei meiner Anspruchslosigkeit auf gesellschaftlichen Verkehr ebenso gut, ja in mancher Beziehung sogar besser in einer der nächstgelegenen Ortschaften (Weller) wohnen könnte. Zu diesem Behufe setzte ich mich mit hochw. Pfarrern, Bürgermeistern, Landbriefträgern usw. ins Einvernehmen, versprach u. a. im Gesuche die Beobachtung der Ortschaften (des Kirchengebäudes), sowie meine Bereitwilligkeit, meine im einjährigen Gemeindedienste (Landeck) erworbenen Kenntnisse tätig und unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und dergleichen mehr; doch scheiterten alle diese Versuche am Starrsinn der ländlichen Wohnungsbesitzer, die tatsächlich leerstehende Lokale besaßen und denen ich Abote bis zum schätzungsweise valorisierten Zinse machte! Mein Versuch kann übrigens auf eine Analogie hinweisen: Ich las kürzlich in einer Zeitung, daß hierzu berufene Organe in Wien eine Aktion einleiteten, Pensionisten und sonstigen Parteien, deren Wohnen in Wien nicht unbedingt notwendig ist, Wohnungen in der Provinz zu verschaffen. Falls nicht etwa politische Momente vorliegen — z. B. die Befürchtung, daß durch die Verlehrung der ländlichen Bevölkerung mit der städtischen eine unerwünschte geistige Beeinflussung der ersteren erfolgen könnte — so wäre nicht einzusehen, daß es unmöglich ist, jenem Starrsinn durch fiskalische Maßnahmen, etwa forcierte Besteuerung solcher ländlichen Wohngebäude beizukommen, wodurch das Interesse einerseits der wohnungsuchenden Parteien, andererseits der steuerempfangenden Körperschaften gefördert würde. S. Z. Postoberoffizial i. R.“

Das nennt sich Mieterschutz?

Es ist eine bekannte Tatsache, daß nicht nur der Mangel jeder Bautätigkeit die Wohnungsbedürftigen zur vollen Hoffnungslosigkeit bezüglich Erlangung einer menschenwürdigen Unterkunft verurteilt, sondern daß der zunehmende Verfall der Häuser eine unabwehrbare Gefahr für die heutigen Mieter, und gerade für die in alten Häusern wohnenden armen Leute bedeutet. Die wütendsten Anhänger des Mieterschutzes selbst haben diese Gefahr erkannt, indem sie mitheissen, das Gesetz abzuändern, wodurch die Mieter zur Zahlung des Instandhaltungszinses und zur Beitragsleistung bei notwendigen Hausreparaturen verpflichtet wurden.

Die Wirkungen dieser Gesetzesänderungen waren allerdings die — unangenehmsten für die Mieter. Die Hausbesitzer hatten, da ihnen ihr Besitz nicht die geringste Einnahme, geschweige eine Verzinsung brachte, jahrelang feinerlei Reparaturen vornehmen lassen, vielfach waren sie dazu finanziell gar nicht in der Lage und die Dächer, die Mauern, die Wäschküchen, alles wurde schadhaft und verfiel. Als nun die neuen Gesetzesbestimmungen in Kraft traten, da war schon so viel dem Verderben anheim gefallen, so daß der normale Instandhaltungszins nicht mehr hinreichte, um die Schäden gutzumachen. Es mußten

große und kostspielige Reparaturen gemacht werden, die dann die Mieter belasteten und der Effekt war, daß der zu entrichtende Mietbetrag nicht nur die Höhe der Vorkriegszeit erreichte, sondern vielfach überstieg. Viele Millionen kosteten die Dachreparaturen und die sonstigen Herrichtungen und, da die Mieter ihren Anteil daran meist nicht auf einmal zahlen konnten, mußten sie zu den Teilbeträgen auch die immens hohen Bankzinsen zahlen, da heute niemand auf Kredit arbeiten kann.

Da ging nun vielen Mietern ein Licht auf über die „Segnungen des Mieterschutzes“ und leider waren und sind es die armen Leute, die am schwersten leiden, denn in den alten Häusern sind die meisten Reparaturen; die reichen Ruhnießer des Mietenschutzes — übrigens dessen eifrigste Verteidiger — lachen sich ins Häuschen. Es soll nicht verschwiegen werden, daß manche Hausbesitzer diese neuen Bestimmungen weidlich ausnützen und sich, so lange die Mieterschutzgesetze noch bestehen, ihre Häuser auf Kosten der Mieter auf den Klauz herrichten lassen. Sie wollen sich schadlos halten für den Entgang der Verzinsung ihres Kapitals und das Kapital selbst im Werte erhalten.

Man sollte nun meinen, daß sich unter diesen Umständen die Freude an dem Mieterschutzgesetz bei den armen Leuten und deren politische Vertreter merklich abgekühlt hat, daß sie darüber nachdenken würden, wie man es anstellen könnte, wieder zu den früheren Verhältnissen zurückzukehren, als man seine Miete zahlte und sich um nichts weiter zu kümmern brauchte. (Zur Vermeidung absichtlicher oder unabsichtlicher Mißverständnisse betonen wir, daß wir die Aufrechterhaltung der Beschränkungen des Kündigungsrechtes für die Zeit des abnormalen Wohnungsmangels für selbstverständlich halten. Die Red.) Aber nein, die unentwegten Kämpfer für den „Mieterschutz“, der in Wirklichkeit in materieller Hinsicht gar keiner mehr ist, verfallen nun auf eine neue Demagogie, um sich ihre Anhängerstaffel tren zu erhalten. Sie rufen den Mietern zu: „Wehrt Euch gegen die Hausreparaturen!“

Wenn man einem Menschen zumuten würde, den Ast abzuhängen, auf dem er sitzt, so würde er die wahnsinnige Zumutung ablehnen. Ihm aber zu sagen, er soll das Haus, in dem er wohnt, dem Verfall preisgeben, das erschein vielen Mietern verlockend. Wenn am Dache einige Ziegel vom Winde gelockert und fortgetragen werden, so „wehrt euch Mieter gegen diese Reparatur“, die überflüssig ist. Erst wenn euch der Regen durch den Pfand in die Betten kommt, wenn das Wasser von den Wänden rinnt, wenn euch Hab und Gut verdorben werden, dann müßt ihr halt Millionen zahlen, aber die Zehntausende sind euch durch uns erspart worden!

Das ist die richtige Methode, den Mieter zu schützen, während der Obdachlosenverein angeblich ein Schädling für die Mieter sei, weil er ihnen sagt, das Mietenschutzgesetz sei bezüglich der finanziellen Seite mehr eine Last als eine Begünstigung der Mieter und nur für die Reichen vorteilhaft, weil es ihnen fast umsonst eine große Wohnung sichert und es sei für die Leute nur nützlich, die ihre Mieter mehr hören ausbeuten. Ja, der Obdachlosenverein ist ein Verbündeter der „habgierigen Hausbesitzer“, während die Mieterschutzanhänger so vollstimmlich sind, die Untermieter schamlos ausnützen zu lassen, die armen Mieter den relativ höchsten Zins zahlen lassen, und auch die Wohnungslosen ganz vergessen.

Der Obdachlosenverein ist sogar so „raffiniert“ — aber der „Mieterschutz“ Graz durchschaut ihn glücklicherweise, den Mietern die hohen Reparaturkosten zu gönnen, damit ihnen die Freude am Mieterschutz vergällt wird. Wenn man „vollstimmlich“ sein will, ist es besser, den Mietern zu empfehlen, sich gegen die Reparaturen zu wehren, damit das Haus zusammenfällt und sie zur Schar der Delozierten und Wohnungslosen stoßen, um die sich dann niemand kümmert. Man greift sich an den Kopf und fragt sich, wie logisch denkende Menschen eine solche „Vollstimmlichkeit“ gesten lassen können.

Wie weit der Wahnsinn fortgeschritten ist, beweist folgendes: Der „Mieterschutz“ in Graz verlangt, selbst wenn

das städt. Bauamt und das Schlichtungsamt die Reparatur für notwendig halten, soll sich der Mieter nicht damit zufrieden geben, denn diese Ämter urteilen im Sinne des Hausbesitzers. Sie sollen an die Mietkommission appellieren, wenn dies auch hohe Kosten verursacht. Aber nur, wenn es ihnen der „Mieterschutz“ anrät! Und da wird es wahrscheinlich so gemacht werden, wie bei den Kündigungen wegen Eigenbedarf. Man rät zur Anrufung der letzten Instanz, um Zeit zu gewinnen, verliert den Prozeß, der Mieter muß ein paar Millionen mehr zahlen und dann — schimpft man über das Gesetz, das man selbst aufrechterhalten will und den Mieter belastet.

Rein, auf diesem Wege der Demagogie folgen wir den Anhängern des heutigen Mietenschutzes nicht, auch wenn sie uns deshalb „Anedite der Hausbesitzer“ schimpfen, von welcher letzteren uns manches trennt. Wir sagen offen und ehrlich den Mietern, daß das Zwangsgesetz ihnen mehr schadet als nützt, der jahrelang andauernde Vorteil des billigen Wohnens wird durch die notwendig gewordene Hausreparatur aufgehoben, ohne daß dies im Index und im weiteren Verfolge im Einkommen ein Äquivalent findet, die Zahl der Wohnungsbedürftigen wird immer größer, ebenso die Zahl der ausgebeuteten Untermieter, und es ist besser, auf direktem Wege zu normalen Verhältnissen zu kommen und wieder die alten Mietzinse zu zahlen und dafür das normale Friedenseinkommen zu haben, als auf indirektem Wege, wo sichtbar die Miete geringfügig ist, die Nebenkosten aber so hoch sind, daß der alte Zins in anderer Form bei geringem Einkommen bezahlt werden muß!

Innsbruck — die Stadt der Widersprüche.

Die teuerste Stadt, die meisten Fremden, die schwersten Lebensbedingungen, die lustigste Stadt und die größte Wohnungsnot.

Wie aus den amtlichen statistischen Daten zu entnehmen war, ist Innsbruck die zweitgrößte und teuerste Stadt Oesterreichs. Mit Ausnahme von Fleisch sind die Lebensmittel im Innsbruck gegenüber allen anderen Städten bedeutend teurer. Diese Tatsache ist ein Skandal sondergleichen.

Der heutige Fremdenzustrom in unser kleines Land ist ganz enorm. Er übertrifft den Fremdenverkehr in den besten Friedensjahren bedeutend. Schätzungsweise haben die Fremden bis jetzt an 200 Millionen Kronen hereingebracht und im Lande gelassen, die sich in die verschiedensten volkswirtschaftlichen Kanäle verstreuen. Bei vernünftiger Gebarung der öffentlichen Haushalte kann unter solchen Umständen von einer Not oder von einer Verelendung der Finanzen des Landes und der Gemeinden nicht gesprochen werden. Dessenungeachtet werden unausgeseht neue Steuern und Abgaben erlassen. Die gelungenste und weittragendste ist die sogenannte Luxusgaststättenabgabe, die die Gemeinde Innsbruck heuer in allen bürgerlichen Lokalen, ja selbst in einfachen Gastwirtschaften mit einigen Prozents vom gesamten Umsatz einheben läßt. Wenn Nachtlokale und ausgepöckelte Luxusgaststätten eine Abgabe leisten müssen, dagegen wird niemand etwas haben; daß aber fast alle Lokale herangezogen werden, geht denn doch zu weit. Früher erhielten die Einheimischen ermäßigte Preise in den Lokalen — in Salzburg ist dies heute noch der Fall! —, jetzt hört man davon nichts. Die Einheimischen werden den Fremden vollständig gleichgestellt. Es wird also als Luxus betrachtet, wenn ein Einheimischer im Gasthaus ist, weil er eben nicht in der Lage ist, bei der heutigen Wohnungsnot einen eigenen Herd zu gründen oder infolge der Wohnungsnot an den Gasthausbesitzer angewiesen ist. Man weiß es im Voraus, was die Gemeindegewaltigen antworten werden: Sie erklären, die Abgabe macht nicht viel aus, aber die Wirte schlagen gleich das Doppelte und mehr der Abgabe auf die Preise. Gut. Der Einwand mag berechtigt sein: warum kümmert sich aber die Stadtverwaltung nicht, daß dieser

Wie ich zu einer Wohnung kam.

Eine Methode, vor der ich aber abrate.

Seit drei Jahren warte ich vergebens auf die Zuweisung einer Wohnung seitens des Wohnungsamtes, das allein das Verfügungsrecht über alle beziehbaren Räumlichkeiten besitzt, soweit sie nicht mit ungezählten Millionen auf irgendeine erlaubte oder unerlaubte Weise abgelöst werden können. Da ich nicht glücklicher Besitzer von Millionen bin, scheiden diese Räume für mich aus und bleibt mir nur das Wohnungsamt als Retter. Statt der Millionen besitze ich drei Kinder und eine Frau, die zur Illustration der Heiligkeit der Ehe und zur größeren Ehre des berühmten goldwertigen häuslichen Herdes bei verschiedenen Verwandten verteilt sind. Wir treffen uns bei einer Mahlzeit täglich und mitunter sind wir auch bei einer Sonntagspartie vollzählig beisammen, also ein sehr schönes Familienleben.

Dieser idyllische Zustand dauert, wie gesagt, 3 Jahre, vorher hatten wir eine Wohnung, die wegen Eigenbedarf angefordert wurde. Unsere Unterkunft bei verschiedenen Verwandten fand das Wohnungsamt für immerhin besser als ein Wohnen in einer elenden Baracke, reißt uns aber dennoch entgegenkommenderweise in die Klasse der Vordringlichen ein. Dort stehen wir seit drei Jahren. Dieser letztere Umstand kann zum besseren Verständnis des Nachfolgenden nicht oft genug betont werden.

Ich schreibe nämlich diese Zeilen in einer Zelle des Landesgerichts, wo ich wegen öffentlicher Ge-

walttätigkeit, begangen an Amtspersonen in Ausübung ihres Amtes, für vier Monate untergebracht bin, also vorläufig für meine Person keine Wohnung benötige. Diese Tatsache verdankt ich dem Umstand, daß ich eine kurze Zeit mich mit politischen Fragen beschäftigte, was mir aber nicht mehr passieren wird. In dieser kurzen Spanne Zeit habe ich nämlich meine Lehrer in Politik, die Beamten des Wohnungsamtes, durchgeprügelt. Das kam nämlich so:

Ich hatte beim Wohnungsamt mit der gebotenen Bescheidenheit angefragt, ob eine der demnächst zu beziehenden Wohnungen im Kapfererhause mir und meiner Familie zugewiesen werde. Der Beamte erklärte zuerst wohlwollend, er wäre überglücklich, mir diesen Gefallen tun zu dürfen, aber über die Wohnungen entscheide der Wohnungsausschuß, der aus zwei Parteigruppen bestehe, ich müsse versuchen, eine dieser Gruppen für meine Sache zu interessieren. Meine bescheidene Einwendung, daß ich nicht verstehe, was die Wohnungszuweisungen mit der Politik der Parteien zu tun hätten, rief bloß ein undefinierbares Lächeln auf den Lippen des Beamten hervor. Dann meinte dieser traurig: Ja, wenn Sie weder mit den Sozialdemokraten, noch mit den Bürgerlichen Verbindungen haben, wie wollen Sie dann überhaupt zu einer Wohnung kommen? Wegen Ihnen wird sich der Ausschuss nicht streiten, es wird keinen Exodus und keinen nachträglichen Kuhhandel geben, kurz und gut, was nicht parteipolitisch ist, existiert im Ausschuss nicht. Machen Sie über Ihre Hoffnungen ein Kreuz!

So sprach der Mann im Amte und, wie ich jetzt ruhig

anerkenne, hatte er vollkommen Recht. Aber diese späte Erkenntnis hebt meine Verurteilung nicht auf. Damals erschien mir diese Behauptung eine freche Verhöhnung meines Glucks. Ich sagte ihm eine Grobheit und da wurde er ungemütlich und meinte, ich sei ein Narr, wenn ich nicht begreife, daß auch in Wohnungsfragen alles vom Parteistandpunkte aus betrachtet werde. Ich antwortete aufgeregt, wenn ich ein Narr deshalb sei, weil ich dies nicht begreife, so sei es eine Schandtat, so zu wirtschaften, ja ein Verbrechen an der Menschlichkeit.

Da mischten sich nun noch zwei Beamte in den Streit und einer meinte, ich müßte ein Idiot sein, wenn ich nicht wüßte, daß deshalb im Wohnungsausschuß Parteienvertreter säßen, damit sie ihre Parteigenossen unterbringen. Der Idiot (das war ich) war nicht saul und prügelte die Beamten durch.

Ich sehe jetzt meine Strafe dafür verdienstermaßen ab, denn wer nicht begreift, daß es im Wohnungsausschuß so zugeht, der gehört ins Irrenhaus oder ins Gefängnis. Nur rate ich ab, meine Methode, zu einer Wohnung zu kommen, anzuwenden. Schon aus dem Grunde, weil die Liebe nicht den Beamten, sondern anderen Leuten gebühren, und dann auch, weil die Gefängnisse überfüllt sein würden, wenn jeder, der durch das Vorgehen der politischen Parteien in seinem Rechtsgefühl verletzt, zu Gewalttätigkeiten sich hinreißen ließe. Bleibt daher ruhig in der zugewiesenen Liste der Wohnungsbedürftigen bis zum seligen Ende, wenn Ihr nicht imstande seid, eine Partei für Euch zu interessieren. Marat.

Unfug unterbleibt? Sie ist doch dazu berufen, in erster Linie die Einheimischen zu schützen! Oder vielleicht nicht? Wenn der Wille da ist, wird auch ein Weg gefunden werden, daß jedes übermäßige „Wurzen“ unterbleibt. Aber wenn die Behörden stillschweigend alles dulden, dann muß man sich eigentlich nur wundern, daß die Frechheit der Auswärtigen nicht noch weiter geht.

In der Metropole unseres braven und arbeitssamen Bergvolkes ist der Karneval in Permanenz erklärt. Alle Wirtshäuser durchziehen Musikballetten die Straßen, Auf- und Umzüge sind auf der Tagesordnung, Trachtenfeste finden alle Sonn- und Feiertage statt. Bars, Cafés, Kinos usw. sind stets überfüllt. Bis in die ersten Morgenstunden herrscht in den Hauptstraßen der lebhafteste und lärmendste Verkehr.

Damit aber auch für die ausgleichende Gerechtigkeit genügend gesorgt ist und bei vollem Licht nicht auch der nötige Schatten fehlt, haben wir in Innsbruck die nachweisbar größte Wohnungsnot von ganz Oesterreich und Deutschland . . .

Elendsbilder aus Innsbrucker Wohnungsverhältnissen.

Oessentlich geförderte Unmoral.

M. St. bewohnt im Turnvereinshaus seit Jahren mit einer anderen Frau und deren Liebhaber ein kleines Zimmer. Obwohl durch die Jahre abgestumpft, ist die gegenseitige Zuneigung jedenfalls nicht gewachsen.

Ein Mausloch.

B. D. wohnt mit seiner Familie in einem finsternen Zimmer, da kein elektrisches Licht eingeleitet ist (das auch nicht Tag und Nacht bezahlt werden könnte), ist die Familie gezwungen, auch bei Tag die Petroleumlampe zu benutzen und in diesem Geruch und Rauch sich ständig aufzuhalten und auch in diesem Gestank zu schlafen.

Schlechter als auf dem Wirtshausen.

A. U. bewohnt mit seiner Familie ein Zimmer. Seit neuester Zeit tritt zu den sonstigen Nachteilen desselben die Unannehmlichkeit, daß infolge eines Defektes der Inhalt des Abortes seinen Abfluß in das Zimmer nimmt.

Ohne Dach über dem Haupt.

Der Wirtspächter N. ist am 22. August delogiert worden; er mußte infolge Pachtablauf seine bisherige Wohnung aufgeben, in die der Besitzer des Wirtshauses eingezogen ist. Der Pächter hat seine Möbel in einem Magazin eines Spektors eingelagert und schläft mit seiner Frau und seinem schulpflichtigen Kinde teils im Magazin, teils bei Verwandten, weil das kleine Wirtshaus nicht soviel Gewinn abgeworfen hat, daß er sich ein Hotelzimmer halten kann. Er ist nach Innsbruck zurückgekehrt und jetzt nicht nur existenzlos, sondern auch obdachlos.

Die Hausbesitzer wenden sich an den Völkerbund.

Die Hausbesitzer sind mit ihren Wünschen an die Völkerbunddelegierten herantreten. In einer diesbezüglichen Eingabe ihrer Spitzenorganisation wird ausgeführt:

„Der Haus- und Grundbesitz, ein Drittel des Volkvermögens, liegt im Staate Oesterreich durch das Mietengesetz entrechtet, d. h. ohne jedes Erträgnis, für die Staatswirtschaft fruchtloses Kapital, für die Privatwirtschaft tote Milliarden. Sieben Jahre Mieterschutz bedeuten sieben Jahre Erträgnislosigkeit, sieben Jahre Vernachlässigung der Instandhaltung der Häuser. Die durch das Mietengesetz erzeugte Wohnungsnot kann nur durch die entsprechende Preisbildung der Wohnungen behoben werden und nicht durch Wohnungsbauten, die aus der Wohnbausteuer von der Gemeinde Wien gebaut werden. Durch das Mietengesetz ist der Hausbesitzer gesetzlich gezwungen, auf seine Rente aus dem Hausbesitz zugunsten der Mieter zu verzichten und ihnen billige Wohnungen auf seine und seiner Häuser Kosten zu überlassen, das heißt mit anderen Worten, der Hausbesitz leistet dem Mieter eine unfreiwillige Wohnungssubvention. Wir sind gewiß nicht gegen Subventionen für einzelne Erwerbszweige, wo dies notwendig erscheint, halten es jedoch für vollständig verfehlt, Subventionen und Prämien nur durch einen Staat, den Hausbesitzerstand, zahlen zu las-

sen. Subventionen und Prämien sind eben Sache der Allgemeinheit.“

Mitteilungen.

An unsere Leser und Abonnenten! Unsere Zeitschrift, die eine verhältnismäßig hohe Auflage hat, leidet sehr unter finanziellen Schwierigkeiten. Kaum ein Zehntel aller jener Personen, die die Zeitung zugesendet erhalten, haben bis jetzt einen Beitrag geleistet. Wir bringen daher allen Freunden und Interessierten an unseren Bestrebungen höflichst in Erinnerung, sie mögen einen Geldbeitrag der Redaktion des „Obdachlosen“ überweisen. Die Zeitschrift stellt kein Unternehmen auf Gewinn dar, sondern soll sich lediglich bei ehrenamtlicher Führung der Redaktion erhalten.

Ein entstellter Bericht. In den „Innsbrucker Nachrichten“ vom 22. August erschien ein kurzer Aufsatz über die in Bludenz vom Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden am 19. August in der Föhrenburgerhalle abgehaltenen Vollversammlung. In Berichten werden die Ausführungen des Obmannes des Vereines der Obdachlosen, Innsbruck, Major Dragoni, nicht richtig wiedergegeben. Es heißt darin wörtlich: „Den allgemeinen Ausführungen des Herrn Major Dragoni und dessen vertretenen Forderungen, daß die Mietzinsbildung frei sein soll, während die Kündigung beschränkt bleiben müsse, trat Herr Amann entgegen, der die Auswirkung des Mietengesetzes für die Voralberger Verhältnisse, sowie die Tätigkeit der Voralberger Mieterschutzvereine schilderte; und Herr Kup, der die Wirkung der Forderung Major Dragonis schilderte, durch die wir aus der dormaligen Wohnungsnot in ein noch größeres Wohnungselend kommen würden und die Anschauung vertrat, daß die Freigabe der Mietzinsfestsetzung auch direkt oder indirekt die freie Kündigung zur Folge habe, wobei gerade die arme, zahlungsunfähige Bevölkerung am meisten betroffen werde. Allgemein wurde den Ausführungen des Herrn Sprenger zugestimmt, daß sich die Mieter und Hausbesitzer in dieser Frage unbedingt zusammenfinden müssen, damit die Abgeordneten gezwungen werden, die Forderungen des Volkes und nicht die ihrer Parteipolitik zu vertreten. Obwohl Herr Dragoni den Ausführungen der verschiedenen Gegner entgegnet hat, konnte er doch eigentlich seine Zustimmung den vorgebrachten Anschauungen nicht versagen.“ — Soweit der irreführende Bericht. Demgegenüber geben wir kurz bekannt, daß Major Dragoni für jedermann verständlich in dieser Versammlung offen erklärte, die Lösung der sozialen Frage des Wohnungswesens ist grundsätzlich in zwei Teilen zu behandeln: 1. Die Mietzinsfrage. 2. Die Kündigungsfrage, beziehungsweise das unbeschränkte Verfügungsrecht des Hausbesitzers über sein Eigentum. Die Mietzinsbildung darf nicht länger eine derartige bleiben, daß ein Wohnungslurus von vielen betrieben wird, der mit der Größe der Familie und mit dem Einkommen in gar keinem Einklange steht. Das nahezu Unionswohnen müsse endlich aufhören, wohl aber können die Wohnungszinsen nur jene Höhe erreichen, die vom Mieter auch getragen werden kann. Die Einführung einer Quartiergeldbeihilfe, bezw. die Erhöhung der Löhne sei unbedingt notwendig. In diesem Sinne müsse mit dem Abbaue der jetzigen Wohnungszwangswirtschaft begonnen werden. Die Kündigungsbeschränkung, d. h. das freie Verfügungsrecht des Hausbesitzers, kann erst dann befristet werden, wenn sich Angebot und Nachfrage am Wohnungsmarkte wenigstens annähernd die Waagschale halten. Erstrecklich war die ruhige und sachliche Art, in welcher die Vertreter der Mieterorganisation ihren Standpunkt und ihre Auffassung in dieser Frage vertreten haben.

Ein Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Derubira wurde am Samstag, den 20. August abends, im Großgasthof Stern ins Leben gerufen. Die gründende Versammlung war sehr gut besucht. Einstimmig wurde ein leitender Ausschuss bestellt unter Führung des Herrn Major Dragoni aus Innsbruck, sowie des prov. Obmannes des Bankbeamten G a i s m a h e r. Den Ausführungen der beiden Herrn wurde lebhafter Beifall gezollt und in voller Uebereinstimmung aller Anwesenden die Notwendigkeit erkannt, eine Organisation der Wohnungslosen analog wie in Innsbruck und anderen Städten ins Leben zu rufen. Nähere Ausführungen folgen.

Ein Renovierungskredit für Wohnhäuser — in Ungarn. In Budapest fand im Volkswohlfahrtsministerium eine Konferenz statt, in der die Vereinbarungen zwischen dem Hausbesitzerverband und einer Reihe von Finanzinsti-

ten betreffend Regierungskredite für Wohnhäuser abgeschlossen wurden. Dem Hausbesitzerverband werden 100 Millionen zur Verfügung gestellt, die ausschließlich zu Renovierungszwecken verwendet werden müssen.

Spenden für den Obdachlosen-Verein.

- Tiroler Industriewerke 50.000 Kronen, Rudolf Reiter-Reutte 50.000, Ferdinand Angerbauer 5000, Beamtenchaft der Bezirkshauptmannschaft 60.000, Hans Herstein-Reutte 10.000, Adalbert Singer 10.000, Josef Wacker, Baumeister 20.000, Karl Weber, Fleischnhauer 10.000, Mechaniker Strele-Reutte 20.000, Gasthof zum „Hirschen“ 50.000, Hotel „Post“-Reutte 20.000, Goldarbeiter Knittel 10.000, Franz Grabherr-Reutte 10.000, Josef Weisler, Krämer 10.000, Gemeindevorstehung Ehrwald 20.000, Bankhaus Otto Boder 100.000, Heinrich Parschitz 300.000, Anton Ritschka 50.000, Brüder Dornhauser 500.000, Schurrer Prior 200.000, J. Dinkhauser 100.000, Sumanic, Schuhhaus 50.000, Universitätsverlag Wagner 50.000, P. Rapper-Innsbruck 100.000, Tiroler Kohlenvertrieb 100.000, Karoline Mlinerich 5000, Czichna, Papierhandlung 100.000, Martin Tschurtschenthaler 100.000, Marie Leitner 100.000, Wihmann Loise 50.000, Reinhardt-Innsbruck 20.000, Thomas Fronwieser 20.000, Julius Patsch-Innsbruck 200.000, Sporthaus Witting 100.000, Fiedler, zur Weißen Rose 100.000, P. Schausler-Innsbruck 50.000, A. Schrotz 20.000, J. Pöschl-Innsbruck 10.000, Photograph. Atelier Maria-Theresien-Straße 100.000, J. C. Souček-Innsbruck 50.000, Bernardi, Burggraben 10.000, Max Holzer Burggraben 100.000, Alois Singer 50.000, O. Schönach Söhne 50.000, J. F. Wieser, Burggraben 10.000, Hans Duffner, Burggraben 5000, Fritz Rapp, Burggraben 200.000, W. Sehle und Co., Burggraben 20.000, Berta Koch, Museumstraße 50.000, Griffmann und Wald, 300.000, Oberhuber, Museumstraße 10.000, Comper und Co., Museumstraße 5000, Adler und Co., merchant, Handelsplatz, 300.000, Erhart, Museumstraße 100.000, Tachezy Ludwig 100.000, Albert Strobl, Buchbinder 100.000, Edmund Koller, Dipl. Ing. 50.000, Jbinger, Museumstraße 100.000, A. Köpf, Museumstraße 50.000, Kaiser Ein- u. Verkaufsstelle 10.000, Unterberger, Museumstraße 100.000, Ernest Peterzelba 20.000, Baggerische Universitätsdruckerei 150.000, Interkontinentale 50.000, Josef Rycinski, Erlerstraße 100.000, Stift Willen 200.000, Bürgermeisterei Jals 50.000, Sanatorium Jals 100.000, Witwe Marie Dichtl 100.000, Ferdinand Silber 20.000, Haji Kari-Jals 100.000, Tiroloerhof Jals 50.000, Villa Katharina Jals 10.000, Ungenannt, Jals 10.000, Maria Meran, Jals 50.000, Anna Schweinsberger-Wil 100.000, Berthel-Steinach 30.000, Hedwig Plattner-Steinach 20.000, Johann Jordan, Warrter in Steinach 120.000, Franz Westsch-Steinach 30.000, Johann Holzmann, Fleischhauer 100.000, Max Pranger-Steinach 50.000, Anna Strickner-Steinach 15.000, Luftverwertungs-Ges. 200.000, Sanatorium Kreuzschmestern 150.000, Johann Gogl, Leichenbestattung 50.000, H. Pachmann-Innsbruck 30.000, Karl Karner, Warrter 50.000, Stadtpfarramt Innsbruck 100.000, Siegfried Ofheimer 30.000, Alfons Krotz, vorm. Nemeth 50.000, Ewenzbräu Innsbruck 200.000, Innerer und Rayer 150.000, Rezzl, Ungenannt 10.000, Ludwig Zach-Innsbruck 10.000, Dr. Karl Tögel-Innsbruck 100.000, Fritz Gabriell 50.000, Marsoner und Rainer 300.000, Paul Kulow-Innsbruck 30.000, Servilshaus, Innsbruck 150.000, Karl Kewesky-Innsbruck 10.000, Dr. Wahnert, Warrter 50.000, Redemptoristenkolleg 15.000, Dr. Gustav Türner 100.000, Dr. Otto Janowsky 50.000, Dr. Ludwig Duregger 20.000, Dr. Max-Innsbruck 50.000, Dr. P. Arthler 50.000, Dr. Franz Heller und Cornet 50.000, Dr. Anton Thurner 50.000, Dr. Anton Demotio 20.000, Dr. E. Spör 10.000, Dr. Haas-Innsbruck 50.000, Dr. Pefendorfer 100.000, Dr. Kamilla Trotter 30.000, Friedrich Sieberer 50.000, Robitsch-Brizlegg 50.000, Reinhold, Mechaniker 50.000, J. Kleiber-Brizlegg 20.000, Stehner-Brizlegg 100.000, Dir. Hermann Schuster 50.000, Eduard Schwach, Dir. 50.000 Kronen.

Wohnungstausch!!
Zwei-Zimmerwohnung in schöner Wohnliche, Glasbalkon, Keller, Dachboden, in der Defreggerstraße in Innsbruck gegen Dreizimmerwohnung mit selbst Neben-Räumlichkeiten zu tauschen gesucht. Ueberbietungslos werden bezahlt. Nähere Auskunft bei der Redaktion ds. Bl.

Hausmeisterposten mit Wohnung sucht ein Ehepaar mit einem Kind. Köstliche Zufuhrten sind an die Redaktion ds. Bl., Innsbruck, Rennweg Nr. 6, zu richten.

Interieren Sie im Kleinen Anzeiger.

Kolporteurs
die ehrlich und anständig sind, werden gegen gute Bezahlung **gesucht.**
Vorstellen in der Kanzlei des „Obdachlosen“, Rennweg 6.

Holz- und Kohlengroßhandlung
JOHANN TANZER & Co.
Innsbruck—Pradl
empfehlte sich zur Winter-Eindeckung bei billigsten Tagespreisen.
Telephon Pradl 25

Installationen von Hotels, Sanatorien, Zinshäusern und Villen

Templstraße
5
Telephon Nr. 453

Haller & Ortner in Innsbruck

Haymongasse
4
Telephon Nr. 453

Hochdruckwasserleitungen, großes Lager in Gas- und Kohlenbadeöfen sowie Badewannen und Spültischen

Foncière

Gegründet 1864

Allgemeine Versicherungs-Anstalt
Direktion Wien

Repräsentanz für Tirol:
Innsbruck

Adamgasse 9, 2. Stock

Lebens-, Feuer-, Einbruch-, Haftpflicht-,
Unfall-, Glasbruch-, Transport-, Valoren-,
Hagel-Versicherungen

Achtung

Arbeiter und Arbeiterinnen

Achtung

Wegen vorgeschrittener Saison bin ich imstande, folgende Waren zu tiefreduzierten Preisen, solange der Vorrat reicht, wie folgt zu verkaufen:

- Oxforde 14.500 — 16.500
- Zephyre 18.000 — 29.000
- Kretonne, hochprima 16.500
- Kleiderstoffe, doppeltb. 29.500

Arbeiterhosen, Damenstrümpfe, Socken, Decken,
Baumwollgarne, fertige Dirndl für Kinder,
alles zu billigsten Preisen!

Maria Fritz, Leopoldstr. 35, Innsbruck

Original „Weck“
Einkochapparate, Gläser
und Ringe
eingetroffen!
ALOIS BAYR
Porzellan-, Glas- und Steingut-Lager
INNSBRUCK
derzeit: Schlossergasse Nr. 4

Franz Kronlachner

Lebensmittel-Einkaufsstelle
für Obdachlose

Innsbruck

Haspingerstraße 16, gegenüber der
Volkschule Haltestelle Fischergasse
gibt allen Obdachlosen auf Mitgliedskarte

10% Rabatt!!

Beste, billigste
und bequemste Einkaufsstelle
für Fremde und Einheimische!

Warenhaus

Bauer-Schwarz

Innsbruck, Maria-Theresien-Straße 33-35
Gegründet 1868 * Telephon Nr. 199

Größtes Kaufhaus der Stadt

On parle française Si parla italiano
English spoken

Elektra

5 JAHRE
GARANTIE
TIROLER ELEKTRO
INNSBRUCK
ANDREAS HOFFKIR 24

Kleine Anzeigen!

Wohnungstausch!
Zwei Zimmer im neuen
Eisenbahnerhaus in Inns-
bruck, Knollerstraße, gegen
eine gleichwertige Wohnung
mit einem Genossenschafts-
mitglied gesucht.

Wohnungstausch!
Tausche Drei-Zimmerwoh-
nung mit Keller, Dachboden,
Holzlage, Garten usw. in
Inzing gegen Drei-Zim-
merwohnung in Innsbruck.

In Ihrem eigenen Interesse
sollen Sie einen Versuch
machen: Billigste, reellste
Einkaufsquelle für 4088

Uhren

jeder Art, Eheringe und
Steinringe, Brillen,
Zwicker, Schutzbrillen,
Thermometer, Barometer
sämtl. Reparaturen schnell,
gut, billig (Barometer neu
aufrichten).

F. Neibl senior, Schwarz
Franz Josefstraße 111
Handelsschulgebäude
Optiker und Uhrmacher,
Gold- und Silberwaren.

Kauft Lose der großen Effektenlotterie des Obdachlosen-Vereines Preis pro Los 10.000 Kronen

Zu beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines in Innsbruck, Rennweg Nr. 6, und im Kathol. Arbeitersekretariat, Innsbruck, Bürgerstraße 10, 1. Stock.

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck

Ecke Erler- und Museumstraße
Filialen: Kitzbühel — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.
Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.
Einheimisches Geldinstitut

Der Obdachlose

und Wohnungsuchende

Schriftleitung und Verwaltung
Innsbruck, Mennweg Nummer 6
Inserate nach Tarif //

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 18

Innsbruck, 15. September 1924

Erscheint 14 tägig

Der Mieterschutz und die Arbeiter.

Der Antrag der christlichsozialen Nationalräte, knapp vor Schluß der letzten Parlamentsession auf Aenderung der gegenwärtig bestehenden Mietenzwangsgesetze, beinhaltet hauptsächlich eine Erhöhung der Mietzinse. Begreiflich, daß die Presse jener politischen Partei, die an den bestehenden Mietengesetzen nicht rütteln lassen will, gegen diesen Antrag sofort Sturm geblasen hat und aller Voraussicht nach dürften bei Beratung dieser Gesetzesänderung deshalb heftige Kämpfe in- und außerhalb des Parlamentes entbrennen. Die sozialdemokratische Partei hatte bei den Herbstwahlen 1923 als einen Hauptpunkt des Wahlprogrammes die Unverrückbarkeit der Mietengesetze aufgestellt und daher ist sie konsequenter Weise, vielleicht gegen ihre bessere Ueberzeugung, gezwungen gegen jede Aenderung der Mieterschutzgesetze scharfsten zu protestieren.

Betrachtet man nun die trostlosen Wohnungsverhältnisse in Oesterreich, die immer schlechter und unhaltbarer werden, so berührt einem die Leidenschaftlichkeit, mit der die Sozialdemokraten dieses Gesetz verurteilen, eigenlich überprüfend, ob gerade für ihre Wähler der Mieterschutz wirklich so wertvoll ist und ob es sich lohnt, eben für diese überlebten und unzeitgemäßen Gesetze so heiß und leidenschaftlich zu kämpfen. Wir wollen daher die in Kraft stehenden Mietengesetze vom Standpunkt des Arbeiters kritisch beurteilen.

Der Großteil der manuellen Arbeiter ist nicht so sechhaft und stabil wie die meisten anderen Berufe. Er hat in der Vorkriegszeit von dem Rechte der Freizügigkeit so ziemlich den meisten Gebrauch gemacht. Er zog dorthin, wo die Lebens- und Arbeitsverhältnisse besser und einträglicher waren.

Damals hatten Handel und Gewerbe, Industrie schon eine solche Entwicklung genommen, daß die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering war oder meist nur periodisch in gewissen Bran-

Wohnungsnot und Unsittlichkeit.

Das Wohnungsamt gehört in die Kumpelkammer.

Zur Linderung der Wohnungsnot — einfache Holzbauten.

Die Geduld ist zu Ende. — Gedanken über den Massenmörder Haarmann.

chen auftrat. Am Arbeitsmarkte waren genügend Angebote gegeben, so daß auch die Nachfrage im Allgemeinen befriedigt wurde. Durch den Zusammenbruch, durch das Zerreißen und Zerstoren des großen einheitlichen Wirtschaftsgebietes der österreichisch-ungarischen Monarchie haben wir im heutigen Kumpelstaat Oesterreich die Wirtschaftskrise in Permanenz und auch die Aussicht auf eine bessere Zukunft ist noch sehr trübe.

Nun sind diese Arbeiter sechhaft geworden. Nicht daß sie vielleicht kolonisiert und gleich Nomaden und Zigeunern angesiedelt worden sind, sondern die heutigen Unterkunftsverhältnisse schließen die Annahme eines Arbeitsplatzes an einem anderen Ort wegen der Unmöglichkeit, eine bescheidene Behausung zu erlangen, aus.

Den Arbeiter, namentlich den Jugendlichen, hat als deutscher Mann auch das Heimweh erfaßt. Er zog in die Ferne, um Land und Leute kennen zu lernen, er sammelte in den verschiedenen Betrieben ausgedehnte berufliche Erfahrungen und Kenntnisse und erweiterte seinen Horizont auf seinen vielfach romantischen Lehr- und Wanderjahren. Aus ihrem Stände gingen die hervorragendsten Arbeiterführer, wie Bebel, Ebert, Hanusch und viele andere hervor. Der Arbeiter hat durch die Wohnungsverhältnisse sein individuelles Selbstbestimmungsrecht tatsächlich verloren. Er ist im vollsten Sinne des Wortes, dank der unglückseligen Wohnungspolitik, Sklave seiner Wohnung, ja seiner Schlafstelle, mitunter sogar seines Betriebes geworden. Der Arbeiter von heute, den die wirtschaftlichen Erschütterungen arbeitslos gemacht ha-

ben, sieht sich vor den schweren Entschluß gestellt, entweder an seinem bisherigen Wohnorte, wo er eben seine Wohnung hat, zu bleiben und dabei mit seiner Familie von der Arbeitslosenunterstützung zu vegetieren oder er sucht und findet einen Arbeitsplatz anderswo, findet aber selbstredend keine Unterkunft, geschweige denn eine Wohnung.

Ist er verheiratet, so läßt er Frau und Kinder zur Sicherung seiner Wohnung zurück und kämpft allerorts um eine Schlafstelle. Den Verdienst muß er ja doch mit seiner zurückbleibenden Familie teilen. Die ehelichen Bande sind gelockert, lösen sich nicht selten auf und das bescheidene Glück einer Arbeiterfamilie steht bald an der Kante der schiefen Ebene, die ihn und die Seinen ins Verderben rollen läßt.

Die Behörden wollten nun die vorstehenden Wohnungen rationieren, und dadurch dem Wohnungsmangel Abhilfe schaffen. Auch wurde das Ausmaß an Wohnräumen für jede Familie gesetzlich festgelegt und auf diese Weise sollte eben der Wohnungsnot vorgebeugt werden. Es kam aber gerade umgekehrt. Von Jahr zu Jahr, ja man kann sagen von Tag zu Tag, wird das Wohnungselend immer größer und gerade das Gegenteil von dem, was sie wollten, haben diese Gesetze erreicht.

Haben alle diese tief in das Privat- und Eigentumsrecht eingreifenden Maßnahmen wirklich der Allgemeinheit genützt?

Mit Ausnahme der großen schönen Herrschaftswohnungen in neuen Häusern, die Mieter oft ohne Notwendigkeit in finanzieller Beziehung schonen und für diese Wohnungen nicht viel zahlen, hat

Eine Lösung der Wohnungsfrage:

Die Wohnungslosen haben sich zu folgender Forderung entschlossen:

Hohes Finanzministerium!

Wir unterfertigten, dormalig den Behörden tätigen Staatsbürger, gestatten uns, in die Kompetenz Ihrer Herren Räte und Sektionschefs einzugreifen und einen praktischen Vorschlag zur Schaffung eines Wohnbaufonds zu unterbreiten.

Wir haben gelesen, daß seinerzeit Banken und Industrielle hunderte Milliarden bei der Frankenspekulation verloren haben, obwohl sie immer behaupteten, kein Geld für Wohnbauzwecke zu haben. Es ist natürlich derzeit verspätet, diesen unzähligen Milliarden nachzutauern und nachzurechnen, wie viele dreistöckige Häuser mit dem Geld hätten gebaut werden können und wie viel Wohnungselend damit beseitigt worden wäre. Das schöne Geld ist nun einmal futsch, ist ins Ausland gewandert, statt hier volkswirtschaftlich und gemeinnützig angelegt zu werden und es ist nur ein Glück, daß wir einen Völkerbundkredit haben, der für Wohnungszwecke nichts, dafür aber für Bankensanierung 300 Milliarden übrig hatte, sonst wäre es gefehlt gegangen.

Wir haben leithin gelesen, daß abermals Milliarden ins Rollen gekommen sind. In Bad Ischl, in Baden bei Wien, in Bad Gastein und in Jals, in lauter Orten, wo sich die Industriemagnaten und die Kriegsgewinner von ihren Anstrengungen erholen, wurden Spielbanken betrieben, die den Veranfallern viele hundert Millionen einbrachten und wo einzelne Leute Duhende Millionen, ja sogar ein Industrieller 15 Milliarden Kronen ver-

loren hat. Man hat dabei unter der Duldung von Behörden zwar das Strafgesetz übertreten, aber über derlei Dinge sehen wir Wohnungslose uns leicht hinweg, denn das Strafgesetz verurteilt auch den Mord und unsere Frauen und Kinder werden infolge des Wohnungselendes seit Jahren langsam ermordet und es kümmert sich auch keine Behörde darum.

Aber diese Milliarden-Umfänge haben uns auf den Gedanken gebracht, den wir dem hohen Finanzministerium zur technischen und organisatorischen Ausarbeitung hiemit vorlegen. Es soll das Strafgesetz in der Weise novelliert werden, daß das Hasardspiel in dem Falle straflos bleibt, wenn das Erträgnis aus der Spielbank zu Wohnbauzwecken verwendet wird. Man müßte natürlich die Sache verstaatlichen und damit teilweise einer Beamtenabbau überflüssig machen. Statt daß der Herr Jaitelles und der Graf Sigbartstein-Bodenhausen samt gleichwertigen Hintermännern den reichen Fischzug machen, könnte sich der Staat auf diese Weise die Mittel für Wohnbauzwecke beschaffen.

Die Sache ist furchtbar einfach. In allen Sommerkurorten und Wintersportplätzen, in allen großen Fremdenstädten und Berg-hotels werden staatliche Spielhöllen errichtet und nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet. Um die Sache besonders moralisch zu gestalten, dürfte nur mit hohen Einlagen gespielt werden, Menschen mit einem Existenzminimum müßten ausgeschlossen werden. Die Kalkulation der Spielbank müßte so beschaffen sein, daß 50 Prozent des Umsatzes von vornherein der Bank verbleiben, weiters müßten 50 Prozent vom Spielgewinn der Bank anheimfallen und der Gewinner müßte außerdem verpflichtet werden, dem Verlierenden auf Verlangen einen funktionierenden Revolver zur Verfügung zu

stellen, wenn dieser der Meinung ist, daß er zur ehrlichen Arbeit und zu einem ehrlichen Erwerb unfähig sei. Rechnet man in allen Spielbanken nur einen Umsatz von jährlich 2000 Milliarden, so hat der Staat eine Einnahme von 1000 + 500 = 1500 Milliarden. Und wenn die Verwaltungskosten und sonstigen Spesen 20 Prozent ausmachen, verbleiben 1200 Milliarden für Wohnbauzwecke. Dabei haben alle europäischen Staaten noch den Vorteil, ihre zwecklosesten Bürger durch Selbstmord loszubringen, denn schließlich werden auch die Gewinner zu Verlierern und machen Gebrauch vom Revolver.

Wenn der Staat vielleicht moralische Bedenken gegen diesen Vorschlag haben sollte, so schlagen wir vor, daß die Spielhöllen in den Sommerkurorten im Winter und in den Wintersportplätzen im Sommer zu Seesanisierungszwecken zeitweise geschlossen werden. Die in den aus dem Erträgnis der Spielhöllen erbeuteten Häuser untergebrachten Wohnungslosen werden nicht abgeneigt sein, in erhebender Weise jener reichen Leute zu gedanken, die auf diesem Wege beigetragen haben, einen Teil des sozialen Elendes zu beseitigen.

Wir hoffen, unser Vorschlag findet im hohen Finanzministerium Anklang, weil er die einzige Möglichkeit darstellt, aus den reichen Leuten Geld herauszuholen. Die politischen Parteien werden gerne ihre Zustimmung geben, weil dann der Streit um das Mieterschutzgesetz von selbst beendet wird. Wir haben gesehen, daß die bisherigen Vorschläge an dem Eigentum der Beteiligten scheiterten; wenn nun der Spielteufel die Mittel zur Bautätigkeit liefert, so kann niemand dagegen etwas haben und uns ist geholfen.

Also ans Werk, hohes Finanzministerium!

Die Wohnungslosen.

n i e m a n d durch diese Gesetzgebung irgendwelche Vorteile. Für die Hauseigentümer, die Wohnungslosen, und für den Großteil der Mieter in alten völlig baufälligen oder stark reparaturbedürftigen Häusern, ist der heutige Mieterschutz in schwerer Schaden und eine Ungerechtigkeit gegenüber dem Einzelnen und der Allgemeinheit.

Die Geduld ist zu Ende!

Nun haben es die Innsbrucker Barackenbewohner und die ins Turnusvereinshaus verbannten Obdachlosen schon satt, sich immer wieder mit Schlagworten verdrösten zu lassen und begehren auf. Als wir vom Obdachlosen-Berein ihnen ehrlich sagten, daß sie keinerlei Aussicht hätten, aus ihrem Elend herauszukommen, wenn nicht hinreichend gebaut werde, daß die Wohnbaupolitik der Gemeinde mangels der nötigen Mittel immer nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein wirken könne, daß nur dann Wohnungen geschaffen werden können, wenn die private Bautätigkeit einsetze und dies nur geschehen könne, wenn die Zwangs-gesetze bezüglich der Mietenzahlung fallen, da wurden wir verhöhnt und beschimpft. Der Major Dragoni ist ein falscher Apostel, hieß es, das Mietengesetz dürfe nicht angetastet werden, die Gemeinde werde schon bauen, man werde sie dazu zwingen.

Jahre sind vergangen, die Gemeinde hat mit großen finanziellen Opfern einige Häuser gebaut und einige Wohnungen erstellt, aber die Waggon- und Barackenbewohner, die in elenden Notwohnungen untergebrachten Familien, befinden sich im gleichen Elend, nur die Geldkräftigen, die Wohnungen um viele Millionen ablösen können, bekommen solche. Dazu kommt noch, daß um die paar von der Gemeinde erstellten Wohnungen die politischen Parteien einen Schacher treiben, so daß Leute, die sich nicht der Gunst der Parteien erfreuen, überhaupt keine Aussicht haben, eine Wohnung zu bekommen. Die Erbitterung über dieses hoffnungslose Elend ist bei den Wohnungslosen auf das höchste gestiegen und sie wollen nun die politischen Parteien und das Wohnungsamt, das sich gegenüber diesen armen Leuten auch noch Unfreundlichkeiten erlaubt, zur Verantwortung ziehen. Sie hielten kürzlich eine Versammlung ab. Von den eingeladenen Gemeinderäten erschien bloß Herr Bierler, der aber gleich erkennen mußte, daß seine weißschweifigen Redensarten nicht mehr versingen. Die Wohnungslosen wollen sehen und keine schwulstigen Phrasen hören, sie haben es satt, im Elend zu verkommen, damit die privilegierten Mieter fast umsonst wohnen können. Sie verzichten auf ein Mietengesetz, das nur die Wohnungsbesitzer begünstigt, die Wohnungslosen aber zur Hoffnungslosigkeit verurteilt.

Das Wohnungsamt, selbst ein Spielball der politischen Parteien, wurde in der Versammlung wegen Protektionwirtschaft bei Vergabe der Wohnungen schwer angegriffen. Herr Bierler mußte zugeben, daß es die Parteien im Wohnungsausschusse sind, die derart die Wohnungen vergeben, daß Parteilichkeit vermutet werden muß und er jammerte, daß viel zu wenig gebaut werde, ohne den Mut aufzubringen, auch die Ursache aufzudecken. Da mußte er ja auf den gleichen Standpunkt kommen, den der Obdachlosen-Berein vertritt. Und das wäre schrecklich! Natürlich fehlte nicht der Hinweis auf Wien, obwohl auch dort trotz der vielen versprochenen und teilweise wirklich gebauten Häuser die Zahl der Wohnungslosen nicht geringer wird.

Es nützt alles nichts, es muß mit der Kriegswirtschaft aufgeräumt und die Privatbautätigkeit ermöglicht werden.

Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution einstimmig an:

„Die am 29. August 1924 im Gasthof „Schwarzer Adler“ in Innsbruck tagende, von fast allen Wohnungsinhabern der Notwohnungen in den Prader- und Prüglerbau-Baracken und des Turnusvereinshauses besuchte Versammlung begehrt, daß in Zukunft bei Vergabe von Notwohnungen unter allen Umständen der Feinheit zu ihren Gunsten gefasste prinzipielle Beschlüsse eingehalten und die Notwohnungsbesitzer der Reihenfolge nach der Dauer des Aufenthalts in diesen Notwohnungen in Dauerwohnungen unterzubringen versucht wird. Bei der Zuweisung von Dauerwohnungen für die Mieter obgenannter Notwohnungsgebäude wäre dann folgender Vorgang, bzw. Reihenfolge erwünscht: je eine frei werdende Wohnung gleichmäßig und fortlaufend w e c h s e l n d den Notwohnungsgebäude-Mietern in den Prader- und Prüglerbau-Baracken und im Turnusvereinshaus zur Verfügung zu stellen. Die gewählten Vertrauenspersonen im Einbernehmen mit der Mietervereinigung haben darüber zu wachen, daß dem Beschlusse Rechnung getragen werde und eventuell neuerliche Versammlungen einzuberufen, im Falle Schwierigkeiten entstehen sollten.“

Natürlich wird diese Kundgebung, so notwendig sie war, an den Verhältnissen nichts ändern. Man kann mit einigen Duzend Wohnungen nicht Tausende befriedigen. Der Ruf „Bauet Wohnungen!“, der so vollständig klingt, kann vom Gemeinderat nicht ausreißend erfüllt werden, auch wenn lauter Sozialdemokraten drinnen säßen. Es gibt nichts anderes als Abschaffung der Zwangsgesetze und Ermöglichung, daß auch die Arbeiter und Angestellten Friedenszinsen zahlen können. Das ist Sache der Gesetzgebung und dort muß der Hebel angelegt werden.

Zur Linderung der Wohnungsnot.

empfehlen ein alter Zimmermeister seine neuartige Bauweise im Selbstbau kleiner Familienhäuser aus jeder Art von minderwertigem Holzmaterial, wie kleinem Rundholz, Stangen, Schwarztling, unbefäumter Abzüge, Bretter, Pfosten, Staffelhölzer, lernrissiger, zersprengter Leiste, Ausschuß- und aller Art Holzware von jeder beliebigen Breite, Länge und Stärke.

Die Hauptbedingung ist jedoch, daß kein morsches, sondern nur gesundes Material dazu verwendet wird, dann sind derlei Bauten weit besser, haltbarer, dauerhafter, auch trockener und wärmer als unsere heutigen Blockbauten, die aus reinem Kahlholz hergestellt werden. Und so lassen sich nach dieser Bauweise alte Gebäude in neue umwandeln, Brandstätten wiederherstellen und Stockwerke auf alte Häuser aufsetzen, sowie auch ganz leichte, zierliche Sommerwohnungen für Kurorte, Sommerfrischen usw. errichten.

Für Landwirte, Gemeinden, Sägebesitzer usw., welche das Holz selbst haben, und Leute, die derlei Holz leicht erwerben können, wäre das die einfachste, schnellste und billigste Bauart, die man heute anwenden könnte.

Die Herstellungsweise ist ebenso einfach, da dazu weder Maschinen noch besondere Arbeiter notwendig sind, jeder, der einmal mitgearbeitet, so besonders Bäcker, Holzhauer usw., die mit Holz umzugehen verstehen, können sich zum größten Teile die Bauarbeit selbst machen.

Sollte sich jemand für diese Bauweise interessieren und mir an die Hand gegangen werden, so bin ich gerne bereit, so weit mir das noch möglich ist, solche Musterbauten aufzustellen, die Leute in der Arbeit dabei zu unterrichten, um damit zu zeigen, wie man aus minderwertigem Edles schaffen und mit bescheidenen Mitteln noch ein freundliches Heim gründen kann. Es ist dies die einzige praktische Bauweise, die der Zeit der Not angepaßt ist und zur Linderung der Wohnungsnot ein großer Beitrag wäre.

Nähere Auskunft durch Ad. K a b e l, protol. Zimmermeister in Spittal a. d. Drau in Kärnten.

Wohnungsnot und Unfittlichkeit

Von Dr. theol. Martin U b r i c h - Magdeburg.

Die maßlose Unfittlichkeit unsres Volkes, die zur Folge hat, daß heute jeder zehnte Deutsche syphilitisch ist und unter einer Million Neugeborener sich 40.000 mit Lues behaftete Säuglinge befinden, hat nicht in letzter Linie ihre Ursache in der furchtbaren Wohnungsnot, die zu keiner Zeit so groß gewesen ist wie in der Gegenwart. Das Zusammengebrängeltsein vieler Menschen auf einem kleinen Raum und die Einzwängung großer Familien in die minimalsten Verhältnisse läßt bei den Bewohnern keine wahre Freude am Heim aufkommen, falls man die vielen tausend Wohnflüge überhaupt Heimstätten nennen darf. Die Unbehaglichkeit dieser überfüllten Wohnungen drängt einmal die Leute hinaus auf die Straße und in die Vergnügungslotale, vor allem in die Aneipen und ins Kino, das bei seiner Minderwertigkeit geradezu pornographischen Unterricht erteilt. Dazu das beliebte Thema des Kinoromans „Schwelgerei, Verbrechen und Ehebruch“, das schlechte Wirkungen auf die Beschauer ausüben muß. Und bleiben die Leute im Heim, so verlieren sie wegen des engen Zusammengepresstseins die Fähigkeit, sich vor einander zu schämen. Die Eltern verrichten ungeniert vor den Kindern und die Brüder vor den Schwestern und umgekehrt Dinge, die sonst jeder vor den Augen der andern verbirgt. Ein Arbeiter sagte mir, daß er den Verkehr mit seiner Frau ausübe, auch wenn die Kinder zusehen. Es ginge eben nicht anders, da nur ein Raum zur Verfügung stehe. Und kommt dazu das Schlafen der verschiedenen Geschlechter in einem Bette, so ist die Luftschande etwas Unausbleibliches. Es gibt unter den minderwertigen Kindern viel mehr, die von Vater und Tochter und von Bruder und Schwester abstammen, als der Fernerstehende vermutet. Der Fachmann kennt den Typ der konsanguinen Kinder, der ihn den tiefsten Jammer unseres Volkes blicken läßt. In solchen Häusern ist es kein Wunder, wenn schon die zehnjährigen völlig aufgefärbt sind und praktisch betätigen, was sie von den größeren Kindern gesehen haben. Es gibt Gegenden, wo es geradezu ausgeschlossen ist, bei einem unehelichen Kinde die Paternität festzustellen, da die junge Mutter außerstande ist, die Burschen oder Männer anzugeben, mit denen sie verkehrt hat. Wer will die Sünden wider § 144 des Strafgesetzbuches zählen, die unter Beihilfe von Kurpfuschern und Kurpfuscherrinnen verübt werden, ohne daß der Staatsanwalt in der Lage ist, einzugreifen. Hier scheitern die besten Bemühungen der Fürsorger und Fürsorgerinnen und des treuesten Seelsorgers. Es kommt vor, daß ein Geisteslicher die Hälfte seiner Firmlinge als desloriert ansehen muß, wenn sie überhaupt noch zum Unterricht kommen.

Es ist ohne Zweifel, daß der seelische Affekt der geschlechtlich miteinander verkehrenden Personen zur Zeit des Alters für die innere Beschaffenheit des kommenden Kindes von ausschlaggebender Bedeutung ist. Kann man sich wundern, wenn aus diesem Sumpfe so viele körperlich, sittlich und intellektuell minderwertige Nachkommen hervorgehen, nachdem man die Vorbedingungen geprüft hat! Hier wird ohne jedes Hemmnis ein fortgesetztes Elend erzeugt, gegen welches alle Maßnahmen machtlos sind, solange nicht das Wohnungs-Elend durch eine gründliche Bodenreform beseitigt worden ist. Um auf diesem Wege Wandel zu schaffen, müssen die Staaten und die Gemeinden auf jede Weise Ersparnisse zu machen suchen, um Mittel für Wohnungs- und Bodenreform zu

schaffen. Ohne diese Hilfe ist keine sittliche Erneuerung unseres Volkes und ohne solches Neuwesen kein Aufstieg zu Macht und Blüte möglich. Die Erfahrungen der Anormalenfürsorge reden eine Sprache, von der den Trägern der Verantwortung die Ohren gellen müssen. Möchten sie nicht die rechte Zeit verpassen, damit das deutsche Volk nicht im Sumpfe sittlicher Fäulnis ganz und gar verberbel

Gedanken über den Massenmörder Hgarmann.

Ueber den Massenmörder H a a r m a n n in Hannover sind kürzlich die Zeitungen voll gewesen und mit wahren Lüsterheit hat ihn unsere morderne Presse sensationell breitgetreten. Man war entsetzt über den Abgrund, der sich hier aufat, gleichgültig, ob dieser furchtbare Mensch zwanzig oder hundert Morde auf dem Gewissen hatte. Nun bringt man gelehrte Abhandlungen über Homosexualität, über Sadismus usw. und man benützt den Fall, um Angriffe gegen die Polizei und die Justiz zu erheben. Aber den Grund, aus welchem solche Giftpflanzen erwachsen können, legt man nicht bloß.

Der Mensch ist das Produkt seiner natürlichen Anlagen, der Erziehung und seiner Umgebung und es wäre schade um all die Erregung und Empörung, die dieses Schicksal in allen guten Menschen hervorgerufen hat, wenn dies nicht in irgend einer Weise dazu führen sollte, daß man Uebelständen, die durch ihn ins helle Licht der Öffentlichkeit gestellt worden sind, einmal mit Ernst und Nachdruck zu beseitigen sucht.

In den meisten Orten finden wir eine „Altklatsch“. Die Häuser in den Altklatschen bieten wohl für den Fremden Interessantes zum Beobachten, aber die armen Menschen, die in diesen Wohnhöhlen ohne frische Luft und ohne Sonnenschein haufen müssen, haben in diesen Städten wahrlich keine Heimat. Der Zugang zu diesen Wohnungen ist beinahe lebensgefährlich, Dunkelheit und Feuchtigkeit herrschen im Innern. Und in solchen Wohnungen leben viele tausende Familien und tausende von Kindern müssen unter solchen traurigen Verhältnissen aufwachsen. Ist es da ein Wunder, daß kein Heimatsgefühl in diesen Kindern lebendig wird? Daß Krankheit, Unzufriedenheit und Verbrechen hier zu Hause sind? Mehr als einmal haben wir es erlebt, daß Kinder aus diesen Straßen, die irgendwo auf dem Lande für einige Zeit untergebracht waren, mit Tränen in den Augen gebeten haben, sie doch nicht wieder in ihre Wohnhöhle zurückzuschicken, daß sie sich mit Händen und Füßen gewehrt haben, wenn sie wieder „nach Hause“ sollten. Und ist nicht alle Lungenfürsorge ein Un Ding, wenn die Tuberkulosen nach einer Kur wieder in ihre dunklen und feuchten Löcher zurück müssen? Kann es da Wunder nehmen, wenn aus den Kindern dieser Elendsquartiere ein gemeingefährliches Lumpenproletariat, eine sittlich vollkommen verrotte und verkommene Verbrecherwelt heranwächst? 90 Prozent aller Verbrechen haben ihre Ursache in der Wohnungsnot.

Unsere berufenen gewählten Faktoren sollten nicht so achtlos an diesen Elendsquartieren vorbeigehen. Man meint vielfach, diese Zustände ließen sich nicht ändern. Man rechnet damit, daß bei den meisten dieser Bewohner eine Abgestumpftheit gegen ihr Elend eingetreten ist und sie sich vielfach gewissermaßen im Schmutz wohlfühlen. Man beruhigt sich damit, daß es in jeder Stadt eine solche Gegend für die „Hefe des Volkes“ gibt.

Man weiß oft mit Stolz und in überhebendem Brustton auf die Fortschritte unserer modernen Kultur im Hinblick auf technische Errungenschaften und Erfindungen hin. Wir haben aber kein Recht von moderner Kultur zu sprechen, solange wir dulden und nichts zur Abhilfe tun, daß tausende Menschen in schandvollen Elendslöchern haufen müssen. Diese Unkultur kann die größten Kulturfortschritte nicht aufwiegen.

Das Wohnungsamt gehört in die Kumpelkammer.

Man schreibt uns:

Trotz zehnjährigen Mieterschutzes besteht die Wohnungsnot noch immer. Ein unumstößlicher Beweis, daß der Mieterschutz kein geeignetes Mittel zur Linderung, geschweige denn zur gänzlichen Beseitigung der Wohnungsnot ist. Deshalb ist die Begründung der weiteren Aufrechterhaltung des Mieterschutzes mit dem Hinweis auf die Wohnungsnot hinfänglich. Nach allgemeiner Meinung kann nur durch Einsetzung einer regeren Bautätigkeit der Wohnungsnot ein Ende bereitet werden. Vollkommen zutreffend ist diese Meinung nicht. Geht es durch die Erbauung neuer Wohnhäuser die Anzahl der Wohnungen vermehrt. Damit wird aber noch nicht



Bau-Genossenschaften, Baumeister, Zimmermeister und alle Gewerbetreibenden des Bauwesens können

kostenlos

in unserer Zeitung. Mitteilungen bringen. Für Inserate Vorzugspreis

die Wohnungsnot verringert. Es kommt nicht auf das Entstehen neuer Wohnungen, sondern darauf an, daß sie auch bewohnt werden. Weiblich die Wohnungen in den neuerbauten Häusern — was mit Rücksicht auf die unerschwinglich hohen Mietzinse, die von den Hauseigentümern verlangt werden, in der Regel der Fall ist — leer, so würde durch die Erbauung neuer Wohnhäuser wenig zur Linderung der Wohnungsnot beigetragen.

Nichtig ist, daß durch die Schaffung den jeweiligen Verhältnissen der Mieter entsprechender Wohnungen die Wohnungsnot gemildert oder auch ganz aus der Welt geschafft werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, müßte in erster Linie der Mieterschutz aufgehoben und die Wohnungsämter aufgelöst werden.

Der Mieterschutz bringt es mit sich, daß Leute mit geringem Vermögen und bescheidenen Einkommen Wohnungen festhalten, die ihren tatsächlichen Wohnbedarf und Lebensstandard bedeutend übersteigern. Sie können sich das jetzt leisten, weil sie eben einen lächerlich geringen Mietzins entrichten. Der Mieterschutz bringt es mit sich, daß Leute Wohnungen innehaben und sehr geringe Mietzinse bezahlen, obwohl es ihnen ihr Vermögen und Einkommen ermöglichen würde, viel höhere Mietzinse zu entrichten. Ohne den Mieterschutz würden sich die ersteren mit kleineren, ihren Verhältnissen entsprechenden Wohnungen begnügen. Ohne den Mieterschutz würden die letzteren ihre Wohnungen auflassen und Wohnungen in den neu erbauten Häusern

beziehen. Die Wohnungen in den neu erbauten Häusern würden nicht leer stehen. Durch diesen Umstand würde wieder die ersehnte Bautätigkeit neue Anregung finden.

Mit einem Worte: durch die Aufhebung des Mieterschutzes würde von selbst eine dem tatsächlichen Wohnungsbedarf und den Vermögens-, bzw. Einkommenverhältnissen des Mieters entsprechende Regulierung auf dem Wohnungsmarkte eintreten, wodurch die Wohnungsnot am sichersten behoben werden könnte. Dies gilt namentlich für jene Städte, deren Bevölkerungszuwachs nach dem Kriege kein bedeutender ist.

Mit der Aufhebung des Mieterschutzes müßten auch die Wohnungsämter, die schon längst in die Rumpellammer gehören, vom Schauplatz verschwinden. Durch die Tätigkeit der Wohnungsämter wird nicht nur das Abflauen der Wohnungsnot verhindert, es wird sogar die Wohnungsnot vergrößert. Ohne den Mieterschutz würden leerstehende Wohnungen entsprechend dem Wohnungsbedarf und den Vermögensverhältnissen des Reflektanten ohne Verzug vergeben werden können. Infolge des Mieterschutzes stehen sehr viele frei werdende Wohnungen Wochen und Monate lang leer. Es vergeht eine geraume Zeit, bis sich das Wohnungsamt entschließt, einem der vielen Reflektanten eine leer stehende Wohnung zuzuteilen. Dann kommt der Instanzenzug. Oft dauert es viele Monate, bis eine Entscheidung fällt. Solche leerstehende Wohnungen gibt es eine schwere Menge, wodurch die Wohnungsnot noch vermehrt wird.

Auch die Pariser Gemeinde baut Volkswohnungen. Der Senat von Paris votierte in seiner letzten Sitzung die Gesetzesvorlage, durch welche die Stadt Paris ermächtigt wird, einen Kredit von 300 Millionen Franken für die Errichtung billiger Wohnhäuser aufzunehmen. Der Berichterstatter, Senator Schramel, führte aus, daß das Bauprogramm die Schaffung von rund 14.000 Wohnungen vorsehe. Die Stadt Paris wird sechsstöckige Zinshäuser errichten, von denen mehrere bis zu 500 Wohnungen enthalten werden. Der Jahreszins wird sich zwischen 637 und 1100 Franken (das sind zweieinhalb bis viereinviertel Millionen Kronen) bewegen. Senator Daussat bemerkte, daß bei aller Nützlichkeit der Vorlage das Bauprogramm unzulänglich sei, weil Paris nicht 14.000, sondern 60.000 Wohnungen benötige. Die Zukunft gehört Gartenstädten in der Umgebung von Paris, die durch ein Netz von Schnellbahnverbindungen an die Hauptstadt angeschlossen werden müßten.

Briefkasten.

Theodor F., Innsbruck. Ihre Mitteilung über eine leerstehende Wohnung in der Herzog-Friedrich-Straße 33 findet damit ihre Beantwortung, daß die Expeditionsfirma U. und die Versicherungsgesellschaft A. in der Maria-Theresien-Straße Nr. 38 Büroräume zugewiesen erhielten, da die genannten Firmen dem Wohnbaufonds der Gemeinde die Kosten für die Adaptierung des Kapfererschen Siedenhauses bezahlten.

Unsere Aktion franke Frauen und Kinder aufs Land.

An Unterstützungen für schuldlos Delogierte und sonstige durch die Wohnungsnot ins Elend geratene Familien wurden verteilt: Rothburga K. (Arbeiterfrau mit drei Kindern, alle krank) 400.000 K., Hildegard Sch. (durch lange Krankheit in finanziellen Nöten) 1 Million Kronen, Josefine S. (blutarm und ständig leidend) 1 Million Kronen.

Mitteilungen.

Die Effektenlotterie des Vereines der Obdachlosen in Innsbruck. Von der Generallotteriedirektion genehmigt, besteht nunmehr das Lotterielomitee aus folgenden Herren: Gemeinderat Banker, Voith, Major Müller-Nordegg und Obmann Major Dragoni. Zum technischen Leiter wurde Sekretär Unterwurzacher bestellt. Die Ziehung findet untwidererrlich am 24. November 1924 statt. Der Losverkauf unter der neuen Leitung ist ein ganz ausgezeichneteter. In den letzten 14 Tagen wurden über 20.000 Lose verkauft.

Teppichhaus
WEISER & FOHRINGER
INNSBRUCK
Landhausstraße 3
*
Teppiche, Vorhänge, Decken, Wachstuch, Linoleum, Möbelstoffe, Matratzengradl

Prima Portlandzement
Romanzement
Kalk, Gips, Ziegel
sowie alle Baumaterialien kaufen Sie gut und preiswert bei
Friedrich Biendl
INNSBRUCK, Anichstraße Nr. 24
Telephon Nr. 1087/II.

Feine Gummiwaren bei Tachezy, Museumstr. 22.	Größtes Toiletten-Seifen-Lager bei Tachezy, Museumstr. 22.	Damen-Monatsbinden sehr preiswert bei Tachezy, Museumstr. 22.	Rasierapparate System Gillette 22.500 bei Tachezy, Museumstr. 22.	Wanzenbrut vernichtet sicher Viktoralösung bei Tachezy, Museumstr. 22.	Fußbälle, Seelen-Pumpen äußerst preiswert bei Tachezy, Museumstr. 22.	Sehr haltbare Gummihosenträger 25.000 bei Tachezy, Museumstr. 22.
---	---	--	--	--	--	--

Hotel Maria Theresia Jeden Sonn- u. Feiertag Militär-Konzert
Täglich (auch Sonntag) Künstler-Quartett Bohème

Baumeister
Franz Widmann
Herstellung von
Bauten aller Art und Reparaturen
in guter Ausführung bei billigster Berechnung
Innsbruck, Roseggerstr. 12
Telephon 932/IV

Haus- u. Küchengeräte
jeder Art in größter Auswahl: Werkzeuge in allen Ausführungen, Eisen- und Metallwaren, landwirtschaftl. Geräte, Schraubenwaren, Drahtstifte, Stabeisen, Eisenbleche, verzinkte Bleche, Groß- und Kleinverkauf.
Gegründet 1854
Karl Zambra jun. (vorm. Dom. Zambra)
INNSBRUCK, Leopoldstraße 3 (Gasthof Greif)
Filiale: Museumstraße Nr. 28.

Franz Jiranek
Bau- u. Galanterie-Spenglerei und Glaserei
INNSBRUCK
Viaduktstraße, Bogen 25 - 28
empfiehlt sich zur Uebernahme aller Spengler- und Glaserarbeiten, Dachreparaturen sowie Lieferungen von Tafelglas jeden Quantums zu solidesten Preisen.

Beachten Sie vor jedem Einkauf unsere Inserate.

Bau- und Möbel-Fabrik Angerer & Heinzeller
Innsbruck Staatsbahnstraße 30
Sämtliche Baulschlerei-Arbeiten sowie Vertäfelungen, Innen-Ausstattungen und Möbel-Einrichtungen von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung. Mache die P. T. Hausbesitzer aufmerksam auf meine Tischler- und Schlosser-Arbeiten und Reparaturen. Günstige Zahlungsbedingungen.
Innsbruck Staatsbahnstraße 30

Installationen von Hotels, Sanatorien, Zinshäusern und Villen

Templstraße
5

Telephon Nr. 453

Haller & Ortner in Innsbruck

Haymongasse
4

Telephon Nr. 453

Hochdruckwasserleitungen, großes Lager in Gas- und Kohlenbadeöfen sowie Badewannen und Spültischen

Foncière

Gegründet 1864

Allgemeine Versicherungs-Anstalt
Direktion Wien

Repräsentanz für Tirol:
Innsbruck

Adamgasse 9, 2. Stock

Lebens-, Feuer-, Einbruch-, Haftpflicht-,
Unfall-, Glasbruch-, Transport-, Valoren-,
Hagel-Versicherungen

Original „Weck“

Einkochapparate, Gläser und Ringe

eingetroffen!

ALOIS BAYR

Porzellan-, Glas- und Steingut-Lager
INNSBRUCK

derzeit: Schlossergasse Nr. 4

Beste, billigste
und bequemste Einkaufsstelle
für Fremde und Einheimische!

Warenhaus

Bauer-Schwarz

Innsbruck, Maria-Theresien-Straße 33-35

Gegründet 1868

Telephon Nr. 199

Größtes Kaufhaus der Stadt

On parle française

Si parla italiano

English spoken

Achtung

Arbeiter und Arbeiterinnen

Achtung

Wegen vorgeschrittener Saison bin ich imstande, folgende Waren zu tiefreduzierten Preisen, solange der Vorrat reicht, wie folgt zu verkaufen:

- Oxford 14.500 — 16.500
- Zephyr 18.000 — 29.000
- Kretonne, hochprima 16.500
- Kleiderstoffe, doppeltb. 29.500

Arbeiterhosen, Damenstrümpfe, Socken, Decken,
Baumwollgarne, fertige Dirndl für Kinder,
alles zu billigsten Preisen!

Maria Fritz, Leopoldstr. 35, Innsbruck

Elektra



5 JAHRE
GARANTIE
TIROLER ELEKTRO
INNSBRUCK
ANDREAS HOFERSTR. 2



Kleine Anzeigen!

Wohnungstausch!

Zwei Zimmer im neuen
Eisenbahnerhaus in Inns-
bruck, Knollerstraße, gegen
eine gleichwertige Wohnung
mit einem Genossenschafts-
mitglied gesucht.



In Ihrem eigenen Interesse
sollen Sie einen Versuch
machen: Billigste, reellste
Einkaufsquelle für

Uhren

jeder Art, Eheringe und
Steinringe, Brillen,
Zwicker, Schutzbrillen,
Thermometer, Barometer
sämtl. Reparaturen schnell,
gut, billig (Barometer neu
aufrichten).

F. Neißl senior, Schwarz

Franz Josefstraße 111

Handelsschulgebäude

Optiker und Uhrmacher,
Gold- und Silberwaren.

Franz Kronlachner

Lebensmittel-Einkaufsstelle
für Obdachlose

Innsbruck

Haspingerstraße 16, gegenüber der
Volkschule Haltestelle Fischergasse
gibt allen Obdachlosen auf Mitgliedskarte

10% Rabatt!!

Kauft Lose

der großen Effektenlotterie
des Obdachlosen-Vereines

Preis pro Los 10.000 Kronen

Su beziehen in den Banken und in der Kanzlei des Vereines in Innsbruck, Rennweg Nr. 6, und im Kathol. Arbeitersekretariat, Innsbruck, Bürger-
straße 10, 1. Stock.

Alpenländische Vereinsbank A.-G., Innsbruck

Ecke Erlers- und Museumstraße

Filialen: Kitzbühel — Kufstein — Landeck — Lienz — St. Johann in Tirol — Wörgl.

Solide Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes.

Einheimisches Geldinstitut

Der Obdachlose

und Wohnungsuchende

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten! //

Organ des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Obmann Major a. D. Alfons Dragoni

Nummer 19

Innsbruck, 1. Oktober 1924

Erscheint 14 tägig

Die große Schande.

Die österreichische Delegation hat vom Völkerbund in Genf verschiedene Verpflichtungen auferlegt bekommen. Es finden sich in der langen Liste der Verpflichtungen auch solche, die viele Österreicher selbst schon längst in Enqueten, in der Presse und in Versammlungen als notwendige Forderungen erhoben haben. Es ist für uns eigentlich peinlich und tief beschämend, daß erst das Ausland uns auftragen muß, was bei uns geschehen soll, damit wir volkswirtschaftlich und politisch vorwärts kommen. Man muß bei dieser Lage der Dinge zur Ansicht kommen, daß wir schon in den neuen Vulkan einbezogen sind und vom Auslande eigentlich nur als ein minderwertiges Volk, das bevormundet werden muß, betrachtet werden.

Seit Jahr und Tag liegt das wichtige, alle Gewerbe und die ganze Wirtschaft befruchtende Baugewerbe bei uns brach. Die Wirtschaftskreise, vor allem die Handwerker und alle übrigen Berufe, die direkt oder indirekt vom Blühen des Baugewerbes ihren Nutzen zogen, klagen über flauen Geschäftsgang, seit Jahr und Tag jammern die Hausbesitzer über ihre vollständige Entrechtung, die schon einer Enteignung ihres Besitzes gleichkommt, und seit ebenso langer Zeit erheben die Obdachlosen und Wohnungsuchenden herzerzehrende Klagen über die vollständige Tatlosigkeit und Gleichgültigkeit der maßgebenden Faktoren gegenüber dem großen Wohnungselement. Ununterbrochen wird auf die schweren sozialen und wirtschaftlichen Gefahren hingewiesen, die durch die Wohnungsnot heraufbeschworen werden. Der Staat selbst sieht nicht ein, daß jungen Leuten die Gründung einer Familie und eines eigenen Hausstandes unmöglich gemacht ist, und daß er sich dadurch, daß er seine eigene „Reinzeile“ zerstört, selbst langsam aber sicher dem Untergang preisgibt. Die Mieter, die doch durch das samose Gesetz geschützt werden sollen, müssen ungeheure Summen für Hausreparaturen bezahlen, die in keinem Index berücksichtigt werden. Die Untermieter werden bis aufs Blut ausgefaßt. Alle Staaten haben mit dem Abbau des sogenannten Mieterschutzes begonnen, weil sie seine Schäden und seine Sicrtlosigkeit richtig erkannt haben. Aber bei uns? Trotz allem besteht dieses unglückliche Kriegesgesetz noch immer, obwohl wir schon an der 6. Jahreswende des Friedens stehen . . .

Weil sich die Sozialdemokraten mit teuflischem Haß und fanatischer Verbissenheit gegen ein Mittel am unfeigen Mieterschutz, gestemmt haben, deshalb durfte diese wichtige Frage im Parlament gar nicht angeschnitten werden. Wohl ist zu Ende der verflochtenen Sommerfession von christlichsozialer Seite ein diesbezüglicher Versuch unternommen und ein Antrag auf stufenweisen Abbau des Mieterschutzgesetzes eingebracht worden, aber man ist durch die Erfahrungen überzeugt, daß in Wahrheit nichts geschieht und auch nichts geschehen kann, weil sonst die Sozialdemokratie der Regierung sofort den Fehdehandschuh vor die Füße wirft. Man munkelt schon davon, daß sich die Sozialdemokraten wohl bereit erklären würden, über das Mieterschutzgesetz zu „verhandeln“, wenn ihnen dafür Kompensationen auf dem Gebiete der Chereform und des Kindesabtreibungsparagraphen gemacht werden. Man arbeitet also auf einen regulären, politischen Kuhhandel hin. Und weil dieser Kuhhandel bei der gegenwärtigen politischen Konstellation nicht von heute auf morgen zustande kommen kann, müssen die Obdachlosen und Wohnungsuchenden wieder . . . warten. Es ist die erste große Schande in unserem Staate, daß im Parlament nicht nach Notwendigkeiten und

Wie deutsche Kinder verderben müssen. Ein Babilon des Elends.

Bedürfnissen beraten wird, sondern nach parteipolitischen Doktrinen. Das Parlament ist in seiner heutigen Form zur Abwicklungsstätte politischer Schachergeschäfte auf Kosten und auf dem Rücken der Bevölkerung herabgesunken!

Alle berechtigten und notwendigen Forderungen der Wohnungsuchenden, der Elendsbewohner der Obdachlosen, der Hausbesitzer, der Gewerbetreibenden und eines Großteils der Mieter sind bei den maßgebenden Faktoren auf taube Ohren gestoßen. Sie haben sich den wirklichen Bedürfnissen des Volkes gegenüber blind gezeigt.

Nun sind sie aber doch mit einem Male sehend gemacht worden. Der Völkerbund hat den Abbau des Mieterschutzes als Voraussetzung der wirtschaftlichen Gesundung dringend anempfohlen, nun muß es doch geschehen!

Die Notwendigkeit, daß mit den Kriegesgesetzen einmal aufgeräumt werden muß, wollte die auf billige Schlagworte aufgebaute sozialdemokratische Politik nicht zulassen, jetzt erleben wir das traurige Schauspiel, daß der Völkerbund es uns befehlt, was wir zu tun haben, nachdem unsere eigenen Leute nicht so viel volkswirtschaftlichen Verstand zeigten.

Es ist wirklich traurig und tief beschämend, ein Österreicher zu sein.

Der tote Punkt.

Der wirtschaftlich Denkende sieht die Dinge, wie sie seit dem Bestande unseres Rumpfsstaates sich entwickelt haben, wie sie eben sind. Nach der währungspolitischen Krise kam die Politisierung der gesamten Staats- und Kommunalwirtschaft, die Vergiftung der Massen durch politische Schlagworte und terroristische Maßnahmen. Eine Verwirrung der Rechtsbegriffe, ein Schwinden des wahren sozialen Empfindens war die Folge. Die volkswirtschaftliche Krise setzte ein. Vor dem gänzlichen Zusammenbruch rettete uns die Sanierung, die, nach vielen Mühen langsam fortschreitend, an einem toten Punkt angelangt ist. Soll sie weiter gehen und zu einem für alle günstigen Abschluß gelangen, bedarf sie der Mitarbeit aller Kreise. Alle Hindernisse müssen hinweggeräumt werden, wie, haben wir in Genf gehört, sollten wir darüber noch im Zweifel sein. Der Haus- und Grundbesitz zählt zu jenen Mitteln, die nach Einschaltung in die Volkswirtschaft einen günstigen Einfluß auf die Sanierung der Staatswirtschaft ausüben werden. Dazu ist aber nötig, daß vorerst die Eigentümer selbst wieder in den Besitz der ihnen geraubten Rechte gelangen. Die bestehenden Mietenzwangsgesetze müssen daher fallen. Diese Erkenntnis bricht sich in allen Kreisen Bahn und ihr verdanken wir auch den im Nationalrat erliegenden Antrag auf Aenderung des Mietengesetzes.

Die Befürchtung, daß der Abbau Nachteile für die Wirtschaft des einzelnen mit sich bringt, ist durch den Abbau der Zwangsgesetze in den Lebensmitteln widerlegt. Eine Abänderung der Zwangsgesetze muß erfolgen. Sollte sich der Nationalrat trotz aller Beweise und Bitten noch immer nicht entschließen, diese Aenderung herbeizuführen, so muß angenommen werden, daß unser Parlament nicht die Stätte ist, wo das bedrängte Volk Recht und Saß findet, sondern ein Versorgungshaus für politische Dynastien darstellt.

Wie die Verhandlungen in Genf zeigen, wurde aus volkswirtschaftlichen Gründen der Abbau des Mietengesetzes der Regierung empfohlen. Wann wird nun die Regierung diesem Rat folgen? Da muß an die Nationalräte ein ernstes Wort gerichtet werden. Der bodenständige Besitz ist heute schon zu 45 Prozent an Fremde übergegangen zu einem Schandpreis von 3 Pro-

zent des Wertes. Die Ursache, daß das internationale Kapital den Rest des Haus- und Grundbesitzes noch nicht an sich gerissen hat, liegt in dem Umstand, daß bei Fortbestand der Mietenzwangsgesetze der Preis auf 1 Prozent sinken wird. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo nicht nur die Banken, die heute schon zumeist in den Händen der Ausländer sind, auch Grund- und Hausbesitz an dieselben übergeht, dann hat aber der Österreicher in Österreich nichts mehr zu tun, er kann auswandern.

Der Bestand des Mietengesetzes in der derzeitigen Form ist unhaltbar. Es hat sich zu dem Gegenteil herausgebildet, was es sein sollte, denn es schützt nicht den armen Mieter, den bedürftigen Wohnungslosen, es knechtet den Lausbesitz. Die Wohnungsfrage ist heute ein Politikum geworden — eine volkswirtschaftliche Begründung, das Wohnungswesen weiterhin und ungemindert mit Zwangswirtschaft zu belasten, fehlt. Daß das Mietengesetz undemokratisch, antisozial ist, beweisen Tatsachen.

Ruhige, nüchterne und wirtschaftliche Erwägungen führen zu der Erkenntnis, daß unsere Forderungen unbedingt von der Regierung gehört werden müssen und den Nationalrat zwingen werden, die Mietengesetze stufenweise abzubauen. Der Großteil unserer Bevölkerung ist arbeitsam, intelligent, redlich und nüchtern, fleißig und begabt, daher empfindet diese Bevölkerung, ob Mieter oder Hausbesitzer, das durch die Politisierung der Wohnungsfrage geschaffene Unrecht als unerträglich, was die zahlreichen Proteste und Entschliefungen sowie Kundgebungen der Industrie, des Gewerbes, der Mieter und Obdachlosen zur Genüge beweisen. Es besteht kein Zweifel, daß der Abbau der Zwangsgesetze im Wohnungswesen das grundlegendste und bedeutungsvollste Problem bei der Sanierung Österreichs und unserer Volkswirtschaft darstellt. Auch vom politischen Standpunkte, von dem die Parteien Österreichs die Wohnungsfrage zumeist zu behandeln pflegen, ist äußerst dringlich eine Klärung nötig, weil endlich eine reinere Atmosphäre geschaffen werden muß. Nie war der Zeitpunkt dazu so dringend wie jetzt, denn die Gegner des Abbaues eines volkschädigenden Mietengesetzes — es sind das nicht die Mieter — geben die Notwendigkeit einer Aenderung wohl zu, erklären aber zugleich, daß jene Partei, die den Wohnungsmarkt beherrscht, allen anderen Parteien weit voraus ist, ein Beweis, daß ihr Widerstand nur aus politischen Gründen zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft aufrechterhalten werden soll.

Der im Nationalrat Ende Juli 1924 eingebrachte Antrag auf Aenderung der heutigen Mieterschutzgesetzgebung sieht eine allgemeine Steigerung der Mietzinsen bis zum 600fachen Friedenszins und überdies eine Lockerung in den bisherigen Bestimmungen des Mieterschutzes (Kündigung) vor. Der Antrag ist in der gegebenen Form unannehmbar. An eine Lockerung der wohnrechtlichen Bestimmungen des Mieterschutzes (Kündigung) ist so lange nicht zu denken, so lange das ärgste Elend der Wohnungsnot nicht behoben ist. Mit der Mietzinssteigerung allein wird keine Belebung der Wohnbautätigkeit erreicht. (Niedrigster Geldzinsfuß — Österreichische Nationalbank — 15 Prozent, sonst bis 50 Prozent.) Hohe, allgemein gleich gehaltene Mietzinsen allein würden im Gegenteil ein neues Elend auf anderer Grundlage bringen: Einerseits neuen Wohnungswucher und andererseits ein verstärktes Elend der weniger zahlungsfähigen, wenn auch fleißig arbeitenden Bevölkerung in unmögliche Wohnräume. Das Elend der Angestakten, Arbeitslosen, Kleinrentner, Pensionisten, Abgehauenen würde eine neue Verschärfung erfahren, die weitere Verelendung würde wieder zum Schlafschermwesen und noch tiefer in die Volksecke der Tuberkulose hineinführen. Alle Fortschritte in Kindererziehung, Schule und sozialer Gesetzgebung, alle Erfolge in der Erleichterung unseres Volkes im Turnen, Sport und Abhinen; werden wieder vernichtet durch das Wohnen in menschenunwürdigen Löchern, in Waggons,

Massenquartieren und Baracken und durch die demotivierende Arbeitslosigkeit.

Für die Reichen ist der finanzielle Teil des Mieterschutzes überflüssig und ungerecht, da sie dieses Schutzes nicht bedürfen. Die reichen Mieter und von dem finanziellen Teil des Mieterschutzes sofort abzuziehen: sie haben, ihrem Einkommen entsprechend, riedensmäßige (wertgesteigerte) Mieten zu bezahlen.

Auch sonst ist eine allgemeine schrittweise Mietzinssteigerung notwendig bis zu jener Mieten-Mindesthöhe, mit der die Erhaltung und Instandhaltung der bestehenden und entstehenden Häuser gewährleistet ist. Diese neue Mietenhöhe ist in der Indexberechnung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten zu Grunde zu legen.

Die künftige Besteuerung des Hausbesitzes hat für eine bestimmte Uebergangszeit zu unterscheiden zwischen altem, bodenständigem Hausbesitz und Neuerwerb, der durch Käufe in der Zeit des Niederganges der Krone entstanden ist.

Die heutige Zeit der ärgsten Volksnot verlangt es, daß einer Mietzinssteigerung nur zuzustimmen ist, soweit ihr Ausmaß für die arbeitende, wirtschaftlich schwache Bevölkerung erträglich ist und wenn gleichzeitig mit dieser Mietzinssteigerung eine gesetzliche Garantie dafür geschaffen wird, daß sofort mit Beginn der Gültigkeit der erhöhten Mietzinse, zur Behebung der schlimmsten Not und der Arbeitslosigkeit, auch mit ausreichenden Pflichtbauten zu menschenwürdigen Volkswohnungen begonnen wird. Das heute gültige Bauaufwandsbegünstigungsgesetz ist ungenügend, weil es keinen Bauzwang enthält.

Der Bauzwang (Baufonds) ist zu erreichen, wenn für die Zeit des Notstandes ein ausreichender Teil des erhöhten Mietzinses treuhändig zu Bauzwecken in einem Baufonds gesammelt und ausschließlich auf Volkswohnungen verwendet wird.

Bei allen diesen Bauten hat der Grundsatz des Eigenbesitzes gewahrt zu bleiben, wobei z. B. die Form der gemeinnützigen Baugenossenschaft als Eigenbesitz anzusehen ist. Die Bedingungen für die Ausführung der Bauten sind so zu gestalten, daß die aus den Mitteln dieses Baufonds erbauten Wohnungen dauernd der Spekulation entzogen werden. (Grundsätze der Bodenreform.)

Die Verwendung des z. B. durch das Ministerium für soziale Verwaltung verwalteten Baufonds, d. h. die Ausführung der Neubauten, kann geschehen:

- a) durch Ueberlassung des Baufonds an eine zu gründende Baugenossenschaft der Hausbesitzer (Hausbesitzervereine), oder
- b) durch Ueberlassung des Baufonds an schon bestehende gemeinnützige Baugenossenschaften unter Vereinbarung planmäßiger Rückzahlung an das Ministerium für soziale Verwaltung, bezw. an die anspruchsberechtigten Hausbesitzer. Zu einer angemessenen billigen Verzinsung könnten der Bund und die Länder Zuschüsse leisten.

Inserieren Sie im „Obdachlosen“.

Ein Babilon des Elends.

Auf der heutigen Innsbrucker Herbstmesse gelangt auch ein Pavillon der Obdachlosen, Waggondwobner und Untermieter zur Ausstellung, kurz als „Babilon des Elends“ bezeichnet. Infolge unserer Verbindungen ist uns heute schon eine Beschreibung möglich. Wir müssen der Ausstellungsleitung schon im Vorhinein für ihr Entgegenkommen danken und insbesondere hervorheben, daß sie mit der Postierung dieses Pavillons unmittelbar neben den Schweinefäkalien sinnig zum Ausdruck bracht, daß man bei uns bestrebt ist, Menschen und Schweine gleichermaßen verkaufen zu lassen.

Eine Abteilung dieses Elendspavillons zeigt die getreue Wiedergabe einer Baracken- und einer Waggondwohnung. Das bei Regenwetter und im Winter in diese Wohnungen einströmende Wasser wird durch kunstvoll erdachte Apparate zugeführt, wozu ein eigener Hydrant bestimmt wurde. Die durch die Risse verfallenen Einrichtungsgegenstände wurden aus der Wohnung einer ausgestorbenen und dadurch aus der Liste der dringlich vorgemerkten Wohnungssuchenden gestrichenen Familie beigeleitet und kommen nach der Ausstellung ins kulturhistorische Museum. Zur möglichst naturgetreuen Ausstattung dieser Wohnräume hat man Originalmatten und Mäße sowie sonstiges Ungeziefer übertragen und die aus Papiermache angefertigten Bewohner zeigen die üblichen Rheumatisuserkrankungen der Erwachsenen und die Abacitis der Kinder in täuschender Naturtreue.

In der Abteilung für Statistik wird die Steigerung der Wohnungsnot im Verhältnis zur Einkommenslosigkeit der maßgebenden Kreise anschaulich dargestellt. Eine andere zahlenmäßige Darstellung behandelt die Vorschläge zur Beseitigung der Wohnungsnot im Vergleich mit dem, was nicht geschieht. Ungemein interessant ist der Nachweis, daß das Gewicht der zerissenen Stiefelsohlen und vertretenen Stiefelabfälle der frequentierten des Wohnungsamtes bedeutend größer ist als das Gewicht der zum Baue neuer Häuser verwendeten Baumaterialien. Für die Bewohner der ausgestellten Waggons wird es nicht uninteressant sein, aus

Wie deutsche Kinder verderben müssen.

Aus der Fachpresse heraus in die weiteste Öffentlichkeit, ja in den Mittelpunkt aller ehrlichen Aufbauarbeit, muß die Sorge unserer Aertze um die Zukunft unseres Volkes, die ja allein von den deutschen Kindern getragen werden kann, gehen. Wir lesen in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift, Herausgeber Geh. San.-Rat Prof. Dr. J. Schwabe (1924, Nr. 7):

Aus der Dermatologischen Abteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses in Berlin „Die Zunahme erworbenner Geschlechtskrankheiten bei Kindern“ von Doktor Martin Gumpert: „Vor einem Jahr habe ich durch eine statistische Zusammenstellung das Anwachsen der heimlichen Prostitution in Berlin festgestellt und in diesem Zusammenhang bereits kurz darauf hingewiesen, daß auch die Zahl der Kinder, die sich durch Verkehr geschlechtlich infizieren, in ständiger Zunahme begriffen sei. Seitdem hat diese verhängnisvolle Erscheinung, entsprechend der durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch bedingten sozialen Auflösung, an Umfang ständig zugenommen. In letzter Zeit haben sich auf unserer Abteilung, der nur eine sehr begrenzte Zahl von Kinderbetten zur Verfügung steht, die Fälle durch Stuprum akquirierter oder extragenital in der Familie erworbene Geschlechtskrankheiten berart gehäuft, daß wir es für geboten halten, in aller Öffentlichkeit auf die Gefahren hinzuweisen, die für die Volksgesundheit entstehen müssen, wenn die Zunahme derartiger Fälle allgemein sein sollte.“

In einem Zeitraum von drei Monaten sind auf unserer Abteilung die nachfolgend kurz skizzierten Fälle zur Beobachtung gelangt:

1. Elisabeth G., 13 Jahre, Vater Arbeiter, keine Geschwister, Familie bewohnt ein Zimmer. Patientin ist angeblich von einem Ladeninhaber ihrer Gegend, von dem sie öfters Geschenke erhalten hat, vergewaltigt worden.
2. Luise L., 7jährig, Vater tot, zwei Brüder, eine 13jährige Schwester, mit der sie zusammenschläft. Familie bewohnt eine Stube und Küche. Die Stube ist vermietet, der Untermieter hat das Kind mißbraucht und angestekt.
3. Erna N., 10 Jahre, Mutter geschieden, lebt mit einem anderen Mann zusammen, arbeitslos. Familie bewohnt eine Stube, 5jährige Schwester, mit der sie zusammenschläft. Patientin ist vom „Onkel“ mißbraucht und angestekt worden.
4. Erna F., 11 Jahre, Vater Arbeiter, 17jähriger Bruder. Familie bewohnt eine Stube. Freund des Bruders hat das Kind vor 10 Tagen vergewaltigt. Patientin verkehrt geschlechtlich mit dem Bruder, der Bruder mit der Mutter.
5. Charlotte B., 9 Jahre, Vater tot, Geschwister leben nicht im Hause, eine Stube und Küche. Patientin ist vom 48jährigen Untermieter monatelang mißbraucht und infiziert worden.
6. Marianne S., 3½ Jahre, Vater Arbeiter, keine Geschwister, 3 wei Stuben. Patientin ist vom Untermieter mehrere Male mißbraucht worden.
7. Cäcilie B., 12 Jahre, Vater tot. Patientin ist wegen mangelnder häuslicher Aufsicht vom Fürsorgeamt in

Pflege gegeben worden. Der Pflegevater, 45 Jahre, hat das Kind vergewaltigt und gonorrhöisch infiziert.

8. Gertrud J., 9 Jahre, Vater Arbeiter, sieben ältere Geschwister, alle arbeitslos. Familie bewohnt eine Stube. Patientin schläft mit 19jähriger Schwester zusammen, von der sie Syphilis akquiriert hat.

9./10. Charlotte B., 13 Jahre, Vater Schneider, drei Geschwister, drei Brüder. Familie bewohnt zwei Stuben. Patientin hat sich angeblich in der Schule durch ein Mädchen infiziert, dessen Vater die Krankheit aus dem Felde mitgebracht hat. Die Angaben klingen unwahr. Sie hat den 11jährigen Bruder, Hans B., angestekt, der gleichfalls mit floriden syphilitischen Erscheinungen behaftet ist.

11. Hilde G., 11 Jahre, Vater arbeitslos, vier Geschwister, Familie bewohnt eine Stube. Mutter hat sich vor zwei Jahren vom Manne angestekt, ihre vier Kinder, die in einem Bett, zwei am Kopf, zwei am Fußende schlafen, sind infiziert.

12. Gertrud D., 16jährig, hat sich per coitum syphilitisch infiziert, die Mutter angestekt, die Mutter den Vater.

13. Marie J., 12 Jahre, Vater Arbeiter, hat einen jüngeren Bruder. Angeblich hat sich Patientin während eines Ferienaufenthaltes beim Baden angestekt. Aussehen ungläubwürdig.

14./15. Lise L., 2 Jahre, Vater Händler. Patientin hat seit drei Wochen Ausschlag. Die Anamnese ergibt, daß der Vater das Kind angestekt hat, das Kind die 17jährige Schwester.

Ausnahmsweise sei ein Fall von Inzest erwähnt, der eine ältere Patientin betrifft, weil er einen Zustand ungewöhnlicher Verwahrlosung offenbart.

Frieda H., 26jährig, demont, Vater 63, Mutter lebt, alle arbeitslos. Patientin ist vom Vater, der sie vergewaltigt hat, syphilitisch infiziert worden und hat vor 14 Tagen ein kongenital syphilitisches Kind geboren.

Einige weitere Fälle mit unsicherer Anamnese lassen wir fort.

Schuldig sind nach unserer Ansicht in erster Linie die Erschütterungen, denen der Volksorganismus ausgesetzt ist, ihre Symptome: Hunger, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Schmutz. Auf diesem hoffnungslosen Boden wachsen der ethische Verfall und als schlimmste Frucht die maßlose Indolenz gegen fremdes und eigenes Leiden. Wir müssen mit dem Gefühl der Ohnmacht das körperlich und seelisch schwer geschädigte Kind nach kurzer klinischer Behandlung wieder entlassen. Es ist nicht angebracht, vorbeugende und fürsorgliche Maßnahmen, wie sie in glücklicheren Ländern zur Durchführung gelangen, in einem Augenblick zu erörtern, in dem die Jugendfürsorge und die Wohlfahrtsvereinigungen das Ziel eines unerbittlichen Abbaues sind. Man wird allen sozialen Maßnahmen, die nicht großzügig eingreifen können, mit großer Skepsis begegnen müssen. Verlangt werden muß jedoch, daß, so lange noch Geld für weniger vitale Volksinteressen zur Verfügung steht, die Rettung der Kinder aus dem Schmutz mit allem Aufwand an geistiger und materieller Kraft betrieben werden muß!

In der Zwischenzeit habe ich etwa 15 weitere Fälle registriert mit zum Teil erschütternden sozialen Befunden, aus denen besonders die unheilvolle Bedeutung der Wohnungsnot hervorgeht. Auch diese Fälle werden in einer kleinen Arbeit in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlicht werden. Ich schreibe da:

„Ueberfüllte und verschmutzte Wohnungen zu tragen, wie wir gesehen haben, einen großen Teil der Schuld. Familienangehörige und Fremde, Erwachsene und Kinder, Kranke und Gesunde wohnen lästigartig zusammen. In Berlin verfügten 1920 150.000 Familien über nur ein Zimmer. Fälle, in denen eine Familie von 14 Mitgliedern (12 Kinder von ein bis achtzehn Jahren) in Stube und Küche hausten, sind für uns nichts Seltenes. Notwendigste körperliche Pflege, Absonderung Kranker, Schutz der seelischen Entwicklung ist in solchen Wohnungen ausgeschlossen. Höchst selten haben, selbst in relativ gut gestellten Familien, Kinder ihr eigenes Bett. Häufig schlafen bis zu vier Personen auf einem Lager. Die Forderung, daß jedes Kind sein eigenes Bett besitzt, wie jedes Tier sein eigenes Lager hat, muß mit allen Mitteln durchgeführt, muß gesetzlich erzwungen werden!“

Wir kennen den Ratgeber von Geh. Rat Abberhuden und von Prof. Lazarus mit ihren ergreifenden Darlegungen eines Massen-Elends, wie es bisher in unserem Volk unerhört ist — wem dadurch die Augen aufgetan sind, der kann nur mit Grauen in das Getriebe unseres Parteiwesens sehen und ihre Tätigkeit oder vielmehr Untätigkeit auf dem Gebiet, das allein Volksgesundung verheißt, auf dem der Bodenreform!

Soeben bringt die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ (Nr. 33) zwei Seiten, die mehr sagen, als viele dicke Bücher. Sie lauten:

„Die Wiener Gemeinde hat im Zentralkinderheim eine eigene Abteilung für 150 geschlechtskranke Kinder errichtet.“ (Anmerkung der Redaktion: Im Zentralkinderheim sind jedoch bedeutend mehr Kinder untergebracht.)

In diesem Zusammenhang sei noch einmal Scheinrat Dr. Abberhuden gehört, der in der schweizerischen Zeitschrift „Pro Juventute“ über seine Erfahrungen bei seinem großen Ferienkinderwerk berichtet. Es heißt darin:

„Leider beschränken sich die ganzen Wohlfahrtsvereinigungen und sozialen Maßnahmen vielfach darauf, entstandene Schäden abzuschwächen. Ungeheure Summen werden zur Linderung von Krankheiten usw. ausgeworfen. Man braucht nur bestimmte Straßen in Städten als Ausgangspunkt von Betrachtungen über diese Dinge

einer Statistik zu entnehmen, daß die Kindersterblichkeit in ihren Reihen in annähernd gleichem Maße steigt, als die Besuche von gefühlvollen Gemeinderäten und sensationelsternen Journalisten erhalten. Zur Abteilung für Statistik gehört auch der Nachweis, in welchem Verhältnis die politische Parteizugehörigkeit zur objektiven Wohnungsvergebung und zur Ohnmacht der Beamten des Wohnungsamtes steht. Auch die ziffernmäßige Feststellung der seit dem Zusammenbruche in den Elendsquartieren vorgekommenen Unstillschleissdelikte insofern des engen Zusammenwohnens wird aufzuweisen machen.

Die Abteilung für Untermieter zeigt eine licht- und lustleere Behausung, die dadurch zum Wohnen geeignet gemacht wurde, daß man vom Abortfenster eine alte Ofenröhre durch einen Mauerdurchbruch eingeführt hat. Wenn im Winter wegen der Kälte das Abortfenster geschlossen werden muß, wird die alte Ofenröhre mit dem Abortschlauch verbunden. Der Untermieter zahlt bloß zwanzigmal so viel wie sein Vermieter für eine große Wohnung. Im Anschlusse an diese Musterwohnung befindet sich die Selbstmörderwand, so genannt, weil einige Duzend Wandhaken angebracht sind, an denen sich in den letzten Jahren Untermieter zur Beendigung ihrer Leiden aufgehängt haben.

Sehr instruktiv ist die neue Radiokammer für die Neben eines mieterschutzbegeisterten Gemeinderates. Man begibt sich in die Kammer, hört eine zweistündige Rede an und kommt mit Gehirnverweichung heraus. Die Schallwellen müssen sehr oft ausgewechselt werden, wenn sie nicht schon früher brechen, besser gejagt erbrechen, denn mehr als zwei solcher Reden halten selbst Schallwellen nicht aus. Für die Besucher dieser Radiokammer steht ein Rettungsautomobil bereit und sind Betten in der Haller Irrenanstalt reserviert.

Erwähnt sei noch die Abteilung für Raumkunst, nämlich für die großartige Ausnützung des Raumes, damit ein Zimmer von mehreren Familien bewohnt werden kann. Diese Kulturerrungenschaft Oesterreichs hat sogar das Interesse des Naturforschertages erregt.

Wer diesen Pavillon des Elends auf der Messe nicht gleich findet, dem wiederholen wir: er befindet sich gleich neben den Schweinefäkalien . . . M a r a t.

nehmen. Mietskasernen mit engen, feuchten Wohnungen, wenig Licht und gar keine Sonne! Und die Folgen: Die Kinder verkümmern körperlich und seelisch. Jede Familie, die in ein solches Haus zieht, ist dem Verderben ausgesetzt. Vielfach sind es kinderreiche Familien, die von Haus zu Haus getrieben werden. Niemand will sie behalten. Sie landen dann schließlich in solchen Kasernen. Rechnet man aus, was aus einem solchen Milieu alles an Krankheiten, Verbrechen usw. hervorgeht, und stellt man dann die Summen zusammen, die der Staat aufbringen muß, um diese gewaltigen Schäden einigermaßen auszugleichen, dann läßt sich leicht errechnen, daß ein Niederreißen dieser Stätten eines dauernden Zustusses größten menschlichen Elends und ein Bau von menschenwürdigen Wohnungen bedeutend weniger Kosten verursachen würde. Dazu kommt, daß diese Quellen körperlichen und seelischen Elends einen ständigen Vorwurf für die Gesellschaft bedeuten."

Elendsbilder aus Innsbrucker Wohnungsbeziehungen.

Die „Einheit“ der Familie.

Gottfried L., Bahnbeförderer, seit nahezu 3 Jahren beim Wohnungsamt vorgemerkt und folglich in die vorbringslichste Liste eingetragen, ist durch die Wohnungsnot gezwungen, folgendes „Familienleben“ zu führen: Der Mann wohnt mit seinem Bruder in einem kleinen Zimmer bei den Eltern, die Frau in Hötting mit ihrer Mutter, einem ihrer beiden Kinder und der ledigen Schwester in einem Zimmer. Diese ist nebenbei bemerkt Epileptikerin. Das zweite Kind der Familie ist bei einer verheirateten Schwester in Wattens untergebracht.

Verstoßene Witwen.

Kriegerwitwe Rosa E. hat bis jetzt in der Pfarrgasse ein kleines Kabinett als Unterkommen gehabt. Nun ist sie krank, Quartier verloren und existenzlos.

Amalia B., Witwe mit einem 12 Jahre alten Knaben, bewohnt bis jetzt eine ganz bescheidene, unzureichende Behausung in der Kollingasse. Beim Wohnungsamt schon fünf Jahre vorgemerkt und in der vorbringslichsten Liste eingetragen, wurde nun dieser Tage ohne Eigenvermögen belagert und mit ihrer bescheidenen Habe auf die Straße gestellt.

Leichenhaus und Gemeindegasse als Notwohnung.

Aus Hötting wird geschrieben: Die Wohnungsnot zeigt sich hier in ihrer vollsten Auswirkung in der Gemeinde Hötting. Ein Beispiel dafür sind die folgenden, das Wohnungsamt trotz belästigender zwei Fälle: Das alte Leichenhaus dient schon seit langer Zeit als Notwohnung für eine zahlreiche Kinderfamilie, für die sich diese Wohnung als viel zu klein erweist. Im zweiten Fall muß sich eine Arbeiterfamilie als Wohnung mit dem Gemeindegasse in der Höttingerau begnügen. Wie eine Familie sich in einem Gemeindegasse ohne gesundheitliche Nachteile zurechtfinden kann, das mag die Öffentlichkeit beurteilen.

Mitteilungen.

Wir richten an unsere Abnehmer das dringende Ersuchen, die bereits schon öfter zugesandten Posterschlafmittel stungemäß anzuwenden zu wollen. Der Herausgeber ist nicht mehr imstande, die Zeitung länger erhalten zu können, wenn die Abonnementsgebühren nicht bezahlt werden. Die nächste Folge unserer Zeitung erscheint am 1. November.

Die Effektenlotterie des Vereines der Obdachlosen. Der Losverkauf ist ein derart günstiger, daß die bei der Alpenländischen Vereinsbank gestandenen Schulden bereits gedeckt erscheinen. Jedes weitere Los, welches nun verkauft wird, bedeutet nun einen kleinen Kaufsinn für den eigenen Baufonds des Vereines der Obdachlosen. Circa 40.000 Lose sind noch abzusetzen. Die Ziehung findet unter allen Umständen am 24. November statt. Wir legen unserer heutigen Ausgabe der Zeitung Bestellungen bei und bitten alle Leser, durch Abnahme eines oder mehrerer Lose der sozialen Sache dienen zu wollen.

Die Tiroler Baugesellschaft und der Verein der Obdachlosen. Die Innsbrucker sozialdemokratische „Volkszeitung“ hat vor kurzem einen äußerst gehässigen Artikel über die Tätigkeit der Tiroler Baugesellschaft in Zu-

sammenhänge mit dem Vereine der Obdachlosen, beziehungsweise dessen Obmann, Major Dragoni, gebracht. Wir geben allen Mitgliedern unseres Vereines bekannt, daß die Tiroler Baugesellschaft vom Vereine der Obdachlosen nur unter der Voraussetzung ins Leben gerufen wurde, daß die Gemeinde und die Landesregierung, sowie Großorganisationen, Handels- und Gewerkschaften, Industrieverband usw. in den Aufsichtsrat dieser Baugesellschaft Vertreter entsenden. Gemeinde und Landesregierung, sowie der Gewerkschaftsverband, Industrieverband und die christliche Caritas haben unserem Ersuchen entsprochen und waren im Aufsichtsrat der Tiroler Baugesellschaft vertreten. Aus verschiedenen Gründen haben sie sich jedoch zurückgezogen und ihre Mandate niedergelegt. Aus diesem Grunde und weil die Leitung des Vereines der Obdachlosen mit der Führung der Baugesellschaft nicht einverstanden war, hat auch der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden in Innsbruck jede aktive Beteiligung an der Tiroler Baugesellschaft widerrufen und abgelehnt. Die Vereinsleitung wird über Ersuchen der Genossenschaftsmitglieder, welche gleichzeitig Angehörige des Obdachlosenvereines sind, die statutarischen Rechte derselben zu wahren wissen.

Zum Artikel: „Das Wohnungsamt gehört in die Rumpfkammer“ in der Nummer vom 15. September bringen wir aus eigenem, der Gerechtigkeit halber, folgende redaktionelle Bemerkung: Die Mitteilung des Einsenders, daß oft eine geraume Zeit vergeht, bis sich das Wohnungsamt entschließt, einem der Reflektanten eine Wohnung zuzuwiesen, ist unrichtig, denn über die wenigen behördlich verfügbaren Wohnungen entscheidet ausschließlich der gemeinderätliche Wohnungsausschuß, in welchem alle drei politischen Parteien paritätisch vertreten sind und das Wohnungsamt durch einen Vertreter lediglich bei diesem Ausschusse als Berichterstatter fungiert. Sie und Stimme hat das Amt nicht. Die Herren des gemeinderätlichen Wohnungsausschusses sind oft von ihrer Parteibesorgnis beart beherrscht, daß bei Vergabung der Wohnungen über die Dringlichkeit ganz merkwürdige Auffassungen zu Tage treten. Der Verein der Obdachlosen und Wohnungsuchenden strebt jedoch schon seit Jahr und Tag die vollständige Trennung der Parteipolitik von dem rein wirtschaftlichen Gebiete des Wohnungswezens an.

Auswandererbewegung. Seit mehr als einem halben Jahr wird von Seiten des Vereines der Obdachlosen und Wohnungsuchenden die Auswandererbewegung von Österreich nach den Ueberseeändern und nach Rußland eingehend verfolgt. Nach persönlicher Orientierung beim Auswandereramt in Wien haben wir die Auskunft erhalten, daß bermalen die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien, zwecks Gründung eigener Kolonien nicht in Betracht kommt. Nur eine Auswanderung nach Brasilien ist möglich und viele Deutsche und Polen haben dort schon blühende Kolonien errichtet. Von Seiten des Vereines wird daher die Auswanderung nach Brasilien mit Hilfe der Regierung und des brasilianischen Generalkonsuls nunmehr organisiert. Dies zur vorläufigen Orientierung. Wir verwelken bei dieser Gelegenheit gleichzeitig auf die in den nächsten Tagen erscheinende genaue Broschüre über die Auswanderung nach Brasilien, welche in allen Buchverlagsstellen aufgelegt und auch direkt in der Kanzlei des Vereines der Obdachlosen zu beziehen ist.

Untermieterbund in Wien. Am 19. September wurde in Wien ein Untermieterbund ins Leben gerufen, der sich zu den Forderungen des Obdachlosenvereines in Innsbruck bekannt hat. Bis zur Gründung des Reichsverbandes aller Wohnungslosen steht auch diese Organisation unter der Leitung des Innsbrucker Vereines.

Hausbesitzerveranstaltungen in Wien. Am 21. September wurden in Wien zwei große Hausbesitzerveranstaltungen abgehalten. Der Reformverband berief seine Mitglieder in Schwandners Großgasthof zu einer Demonstrationsversammlung gegen die heutige Wohnungspolitik ein. Diese Versammlung war von Tausenden von Hausbesitzern besucht. Unter den zahlreichen Rednern war auch der Obmann des Vereines der Obdachlosen Innsbrucks, Major Dragoni vertreten. — Der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer hielt am selben Tage im Großgasthofe Stalcher gleichfalls eine große Versammlung ab. Auch hier wurde in sachlicher und scharfer Weise gefordert, daß endlich mit der heutigen Wohnungszwangsgesetzgebung aufgeräumt werden müsse. Nach unserer Auffassung wäre es entschieden im Interesse der Sache,

wenn sich die diversen Hausbesitzerorganisationen wieder vereinigen würden. Man kann getrennt marschieren und vereint schlagen, aber man kann auch getrennt marschieren und vereint geschlagen werden.

In Deutschland sind 1,5 Millionen Wohnungen zu wenig. Der Fehlbeitrag an Wohnungen in Deutschland wird gegenwärtig auf 1,5 geschätzt. Daß er so groß angewachsen konnte, versteht man leicht, wenn man hört, daß in der Vorkriegszeit jährlich 280—300.000 Wohnungen neu gebaut wurden, dagegen in den letzten Jahren nur 40—50.000 Wohnungen im Jahr entstanden. Diese Zahl reicht gerade aus, um die unbrauchbar gewordenen Wohnungen zu ersetzen, und so blieb der fortlaufend auftretende Mehrbedarf unbefriedigt.

An Unterstühtungen wurden ausbezahlt:
 Rotb. St., Arbeiterfrau, 500.000 K;
 A. B., hilfslose Schneiderin, belagert und nervenkrank, 500.000 K;
 Zur Beschaffung von Heizmaterial an acht Familien 1.652.000 K.

Spenden für den Obdachlosen-Verein.

Tiroler Glashütte 50, Ing. Viktor Krejzi 100, E. Kulmiz, Krambach 250, Hew. Berger, Mattenberg 30, A. Pfister, Gastwirt 30, Klaus Huber, Mattenberg 100, Tiroler Aktienbrauerei Rendl 100, Margarete Stumpf, Rendl 50, F. Janes, Rendl 50, S. Droschfeld, Hall 20, unleserlich, Hall 40, J. Ahuen, Hall 10, Steisl, Gastwirt, Hall 20, Albert Mäßl, Hall 15, Kollos, Hall 10, Jos. Siebert, Hall 50, Hermann Pollak, Hall 50, J. und H. Wieser, Hall 10, Karl Polzner, Hall 50, E. Chef, Hall 10, Berta Graf, Hall 5, Hermann Rattl 10, Franz Mühl, Hall 20, Philipp Kofler, Hall 20, J. Naz, Hall 10, Ludwig Leitner, Hall 20, Benji Wien, Hall 10, Dr. Fritz Neger 50, Alois Schennach, Hall 20, Bauer, Hall 50, Riegenhausen, Hall 20, Rühner, Hall 10, Hanns Reinalter, Hall 10, Ferd. Zelenta, Hall 40, Jos. Anter, Hall 30, Josef Schuster, Hall 5, Recheis, Fleischhauer 5, G. Rieger, Innsbruck 100, Singer, Spengler, Hötting 10, Wilhelms Bernhart 50, Franz Kersch 20, Jos. Polorny, Hötting 10, Josef Hutter 10, Marktgemeinde Börgl 10, Sichelhammer und Lehner 20, Dr. Ananauer 10, Alpenländ. Vereinsbank Börgl 50, Joh. Gutterer, Börgl 10, Joh. Kröll, Börgl 20, Konrad Schwingshadl 30, Anton Tomas, Börgl 10, Apotheke C. A. Koch 60, Rudolf Gottlieb 50, Hofner, Adler-Drog. 30, Anton Pragmarter 10, Adolf Polorny 50, Foradori, Innsbruck 2.000, Wagnerische Univ.-Buchhandlung, Innsbruck 100, Franz Pöttinger 10, S. Granbari, Innsbruck 100, F. Podlechnigg, Innsbruck 100, Carl Fischer, Innsbruck 100, Karl Kasper und Co. 100, Wilhelm Stempfle 100, Anton Kogler 20, Julius Krieser 50, Marie Jait 20, Otto Fochinger 100, Max Jeggale 100, F. Ledstätter und Co. 100, Peter Prantner 50, Wilhelm Müller 100, Hermann und Rühner 10, Arthur Sieg u. Co. 100, Wölling, Juwelier 100, Müller, Optiker 200, Max Augustin 100, Tiroler Holzverwertung 10, Hans Simoni 100, Kölsinger Josef 10, A. Kemwirth 100, Tiroler Werke A.-G. 100, Tiroler Bauernspartakasse 100, Wolda, Schneidern. 20, Jos. Schupfer 50, L. und A. Frohnweiser 50, Heinrich Menardi 100, Hermann Hueber 200, W. Frühwirt 20, Jakob Herndl 100, Gottfried Gröbner 100, Ernst Bergmann 100, Josef Schirmer 100, Kerber, Hötting 20, Porter und Daniel 20, Herm. Dinthauser 50, Hans Mayr 200, Aeraementwerke 100, G. Passamani 10, Max Sunkowsky 50, Joh. Pohs, Hötting 30, Klara Tschon 50. Die Ziffern bedeuten Tausender.

Kleine Anzeigen.

<p>Wohnungstausch! Zwei-Zimmer-Wohnung in Innsbruck gegen andere gleichwertige zu tauschen gesucht.</p> <p>Kleinere Wohnung bis zu vier Zimmer wird gegen Ablöse von vordringlich klassifizierter Partei gesucht. Anfragen: Innsbruck, Rennweg 6, Kanzlei des Obdachlosen-Vereines.</p>	<p>Wohnungstausch! Gebe meine Drei-Zimmerwohnung in Meran gegen eine gleichwertige in Innsbruck. Ueberhebungslosten werden vergütet. Anfragen an die Redaktion des „Obdachlosen“, Innsbruck.</p> <p>Kaufe Haus mit beziehlich klassifizierter Partei. Wohnung geg. Barzahlung. Schwendinger, Gaspingergasse 7.</p>
---	--

Installationen von Hotels, Sanatorien, Zinshäusern und Villen

Templstraße
5
Telephon Nr. 453

Haller & Ortner in Innsbruck

Haymongasse
4
Telephon Nr. 453

Hochdruckwasserleitungen, großes Lager in Gas- und Kohlenbadeöfen sowie Badewannen und Spültischen

Aufruf an die Bevölkerung!

Ein Teil der Bevölkerung zahlt gar keinen Zins und ein Teil, die Alftermieter, zahlen den valorisierten Friedenszins und mehr. Junge, verheiratete Paare erhalten überhaupt keine Wohnung. Bestehende Gebäude gehen zugrunde. Mit der gemeinwirtschaftlichen Herstellung neuer Gebäude sind diejenigen, die darüber einzig ein Urteil haben können, die Wohnungslosen, alles weniger wie einverstanden. Man kann niemandem die Kleider vorschreiben, die er tragen soll, und niemandem gemeinwirtschaftlich die Wohnung vorschreiben, die er bewohnen soll.

Durch die heutige Wohnungsbewirtschaftung ist der ganze Staat kreditlos geworden. Unter dem ungeheuren Zinsfuß brechen die Unternehmer zusammen, der Konsum nimmt ab, die Arbeitslosen mehren sich und Unternehmen, die sich selbst in einer Zwangslage befinden, können auch gerechtfertigten Wünschen der Arbeitnehmer nicht entsprechend willfahren.

Wir sind entschieden dagegen, daß die Hausbesitzer die neue Wohnbausteuer einfassieren. Sie helfen damit den ungeheuren Geldzinsfuß stabilisieren. Der heutige Zinsfuß richtet den Staat, der sein Haupteigentum — den festen Besitz — dauernd zerstört, durch Festlegung der Kreditunfähigkeit zugrunde.

Auf eines mögen sich diejenigen, die die Kreditwirtschaft und damit auch die gesamte Volkswirtschaft zugrunde richten, nicht berufen, daß sie den Wohnungssuchenden selbst irgend etwas damit leisten.

Wir fordern unbedingt den sukzessiven Abbau des Mieterschutzgesetzes!

Verein der Obdachlosen u. Wohnungssuchenden Innsbruck
Obmann Major Alfons Dragoni

Die Wiener Wohnungsliga:
Obmann Ing. Franz Bica

Verein der Obdachlosen u. Wohnungssuchenden Kludenz
Obmann Alfred Dworzák

Verein der Obdachlosen u. Wohnungssuchenden Dornbirn
Obmann Bankbeamter Alfred Gaiszmayer